

**Die USA und der Transformationsprozess in der ‘Dritten Welt’:  
Amerikanische Afrikapolitik am Beispiel von Ghana,  
1950-1966**

Inauguraldissertation zur  
Erlangung des Doktorgrades  
der Philosophischen Fakultät  
der Universität zu Köln

vorgelegt von

Wibke Becker  
Eumeniusstr. 1  
50668 Köln

April 2004

# Inhaltsverzeichnis

## Teil I

Kapitel I	Einleitung	1
	1. Thema der Arbeit	1
	2. Zum Forschungsstand und methodischen Ansatz der Arbeit	7
	3. Untersuchungsebenen	16
	4. Aufbau der Arbeit	21
	5. Wichtige Archive und Dokumentengruppen	23
Kapitel II	Die Voraussetzungen der amerikanischen Afrikapolitik in den 1950er und 1960er Jahren	25
	1. Rassistische Hierarchien und ihre gesellschaftliche Funktion: Genese einer Bewusstseinsform	25
	2. Ursachen und Verlauf der britischen Dekolonisation nach 1945	35
	3. Afrikabilder amerikanischer Entscheidungsträger von 1950 bis zum Abschluss der Unabhängigkeitswelle in Afrika 1960/61	45
	3.1. <i>'Primitive and backward'</i> : Amerikanische Bilder von der Bevölkerung in den afrikanischen Kolonien	45
	3.2. <i>'The warm blanket of colonial protection'</i> : Die USA und die europäische Kolonialherrschaft	52
	3.3. <i>'An ugly totalitarian clique'</i> : Die amerikanische Perzeption des afrikanischen Nationalismus	55
	4. Die amerikanische Afrikapolitik im Spannungsfeld von Kolonialismus und Kaltem Krieg	58
Kapitel III	Die USA und die Entwicklungen in der Goldküste bis zum Vorabend der Unabhängigkeit	61
	1. Der Abbau der britischen Herrschaft in der Goldküste	61
	1.1. Die <i>Accra Riots</i> 1948: Das Ende der kolonialen Selbstsicherheit	61
	1.2. Kwame Nkrumah und sein Weg in die Politik	63
	1.3. Die <i>Convention People's Party</i> und die britischen Reaktionen auf die wachsende Dynamik der nationalistischen Bewegung in der Goldküste	68
	2. Die USA und die CPP	75
	3. US-Auslandspropaganda in Afrika zur Zeit des Kolonialismus	78
	3.1. Der Auftakt der US-Auslandswerbung in der Goldküste	78
	3.2. Themen und Probleme der amerikanischen Auslandswerbung	85
	3.3. Die Rolle der Segregation im Rahmen der US-Auslandswerbung	96
	3.4. Amerikanische Auslandspropaganda in den Kolonien – Erfolg oder Misserfolg?	101
Kapitel IV	Die USA und die afrikanische Unabhängigkeit	104
	1. Nkrumah als neuer Freund des Westens	104
	2. Die sowjetische 'Afrikaoffensive'	106
	2.1. Die Neuorientierung der sowjetischen Außenpolitik	106

2.2. Die USA, das neue sowjetische Afrikaengagement und die Unabhängigkeitswelle in Afrika	108
3. Der Ausbau der amerikanischen Afrikapolitik, 1957-1962	118
4. Die USA und das Primat der Stabilität: Amerikanische Reaktionen auf die innenpolitischen Entwicklungen im unabhängigen Afrika	132
4.1. Die Eisenhower-Administration und die ghanaische Innenpolitik, 1957-1960	132
4.2. Die Bewertung der afrikanischen Einparteiensysteme in den USA	136
5. Die USA und panafrikanische Initiativen, 1957-1960	143
6. Der Ausbau der ghanaisch-amerikanischen Beziehungen: Das Voltaprojekt, 1957-1960	148
7. Die USA und die Bewegung der Blockfreien	153
7.1. Entstehung und Ziele der Bewegung	153
7.2. Die amerikanische Haltung gegenüber den Blockfreien	155
7.3. Die Kennedy-Administration und die erste Gipfelkonferenz der Blockfreien, September 1961	161
8. Vertrauenskrise: Der Zusammenstoß der ghanaisch-amerikanischen Interessen im Kongo	163
8.1. Der Beginn der Kongo-Krise, Sommer 1960	163
8.2. Die Auswirkungen der Kongo-Krise auf die amerikanisch-ghanaischen Beziehungen	167
9. Die USA und der 'afrikanische Sozialismus'	171
9.1. Die Idee eines 'afrikanischen Sozialismus' und die Neuorientierung der ghanaischen Wirtschaft nach 1960	171
9.2. Reaktionen der USA auf den 'afrikanischen Sozialismus'	175
 Kapitel V Die USA und der afrikanische 'Radikalismus'	 181
1. Die USA und die Radikalisierung der ghanaischen Außenpolitik nach 1960	181
1.1. Der Tod von Patrice Lumumba	181
1.2. Nkrumahs Beitrag zur Neokolonialismus-Debatte in Afrika	187
1.3. Ghanaische Strategien für ein 'neues' Afrika, 1960-1965	195
1.4. Amerikanische Reaktionen auf die Radikalisierung der ghanaischen Politik nach 1960	205
2. Erste Schritte gegen den ghanaischen 'Radikalismus': Die Kennedy-Administration und Ghana, 1961/62	214
2.1. Die Diskussionen über die Zukunft des Voltaprojekts	214
2.2. Der Putschversuch im Herbst 1961	222
2.3. Die Bewilligung der Voltakredite	224
3. Die Entwicklung der ghanaisch-amerikanischen Beziehungen nach 1962	230
3.1. Bleibende Gegensätze und Nkrumahs Haltung gegenüber der CIA	230
3.2. Die USA und die ghanaischen Medien	234
3.2.1. Die ghanaische Berichterstattung über die Politik der USA	234
3.2.2. Die Reaktionen der US-Regierung auf die Angriffe in den ghanaischen Medien	240
3.3. ' <i>Tactical Disengagement From The Bad Guys</i> ': Die amerikanische Haltung gegenüber den afrikanischen Radikalen nach 1962	243
4. Amerikanische Strategien gegen Nkrumah und seine Position in Afrika, 1962-1966	249
4.1. Bemühungen um eine Diskreditierung Nkrumahs in Afrika: Die Rolle der amerikanischen Entwicklungshilfe und der US-Kulturpolitik	249
4.2. Die USA und Nigeria	255

4.2.1.	Die nigerianische Führung unter Premierminister Alhaji Abubakar Tafawa Balewa	255
4.2.2.	Die amerikanische Nigerialilfe	260
4.2.3.	Amerikanisch-nigerianische Kooperation bei der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit	263
4.3.	Amerikanische Initiativen gegen die <i>All African Trade Union Federation</i>	268
5.	Das Ende der Regierungszeit Nkrumahs	271
5.1.	Die USA und der Zusammenbruch der ghanaischen Wirtschaft, 1965	271
5.2.	Der Militärputsch in Ghana, Februar 1966	276
5.3.	Der <i>National Liberation Council</i> als neuer Partner der USA in Afrika	281
Kapitel VI	Schlussbetrachtung	287
1.	Der Triumph des Westens: <i>'The myth of Kwame Nkrumah has been broken'</i>	287
2.	Der verlorene Kontinent und der Rückgang der amerikanischen Afrikahilfe	289
3.	Die Krise der Modernisierungstheorie und der Wandel des Nkrumahbildes in der westlichen Wissenschaft	292
4.	Zusammenfassung	294
Teil II		
Anhang	1. Verzeichnis wichtiger Personen	304
	2. Abkürzungsverzeichnis	308
	3. Quellen- und Literaturverzeichnis	310
	3.1. Archivbestände	310
	3.1.1. National Archives, College Park, Maryland	310
	3.1.2. Dwight D. Eisenhower Library, Abilene, Kansas	311
	3.1.3. John F. Kennedy Library, Boston, Massachusetts	312
	3.1.4. Lyndon B. Johnson Library, Austin, Texas	313
	3.1.5. Bancroft Library, Berkeley, Kalifornien	313
	3.2. Gedruckte Quellen, Memoiren, zeitgenössische Darstellungen und Texte	314
	3.3. Zeitungen und Zeitschriften	317
	3.4. Literatur	317

*„We really must have a change of heart in the attitude of the developed nations towards the developing nations in Africa, Asia and Latin America. (...) No honest person can say that the economic and financial pressures to which the new nations are now subject make for a healthy relationship between the haves and the have-nots of the world.“ (Kwame Nkrumah, 7.12.1965)\**

## **Kapitel I – Einleitung**

### **1. Thema der Arbeit**

Am 6. März 1957, kurz nach Mitternacht, wurde auf dem Polofeld gegenüber dem Parlamentsgebäude in der westafrikanischen Kolonie Goldküste die britische Flagge eingeholt. Unter dem Jubel der versammelten Menschenmenge betrat Kwame Nkrumah, der Führer der Befreiungsbewegung, die Rednertribüne und verkündete die Geburt eines neuen unabhängigen Staates mit dem Namen Ghana:

„At long last the battle has ended! And thus Ghana, your beloved country, is free for ever. (...) [F]rom now on, today, we must change our attitudes, our minds. We must realise that from now on we are no more a colonial but a free and independent people! (...) Today, from now on, there is a new African in the world and that new African is ready to fight his own battle and show that after all the black man is capable of managing his own affairs.“<sup>1</sup>

Der 6. März 1957 wurde zu einem historischen Tag für ganz Afrika. Der Souveränitätswechsel in der Goldküste/Ghana markierte den Auftakt einer Unabhängigkeitswelle, die 1960 ihren Höhepunkt fand. In diesem Jahr erlangten

---

\* Letter From President Kwame Nkrumah to Chad F. Calhoun, 7.12.1965, in: Edgar F. Kaiser Papers, 1886-1981, Collec. Number BANC MSS 85/61/c, Foreign Files, 1953-1981, Box 321, Bancroft Library, University of California, Berkeley.

<sup>1</sup> Kwame Nkrumah, *I Speak of Freedom. A Statement of African Ideology*. London 1961, S. 106f.

insgesamt 17 afrikanische Kolonien die Unabhängigkeit, 16 neue afrikanische Staaten wurden in die UNO aufgenommen. Die Auflösung der Kolonialreiche in Afrika führte zu einer Neustrukturierung des internationalen Systems und hatte erhebliche Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Europa und dem ‘schwarzen Kontinent’.

Die politischen Umbrüche in Afrika in der Mitte des 20. Jahrhunderts stellten auch die USA vor neue Herausforderungen. Seit dem erfolgreichen Kampf um die Unabhängigkeit von Großbritannien im 18. Jahrhundert verstanden sich amerikanische Politiker und Diplomaten als Vertreter einer traditionell antikolonialistischen Macht.<sup>2</sup> Der Glaube an eine spezielle Verantwortung der USA, sich überall auf der Welt für Demokratie und Selbstbestimmungsrechte einzusetzen, spielte – und spielt – eine wichtige Rolle im amerikanischen Selbstverständnis. Erinnerungen an die ‘besondere Mission’ der Vereinigten Staaten wurden – und werden – von US-Politikern regelmäßig herangezogen, um außenpolitische Entscheidungen zu legitimieren.

Bereits in den 1960er Jahren erschien allerdings eine Reihe wissenschaftlicher Studien, die Widersprüche zwischen diesen proklamierten Idealen und der amerikanischen Haltung gegenüber den Unabhängigkeitsbestrebungen in der ‘Dritten Welt’<sup>3</sup> in der Mitte des 20. Jahrhunderts aufzeigten. Entgegen der amerikanischen Selbstdarstellung als Verteidiger der Freiheit engagierten sich US-Politiker nur selten auf der Seite der Befreiungsbewegungen, sondern traten stattdessen als Unterstützer der europäischen Kolonialmächte oder rechtsgerichteter Diktatoren auf.<sup>4</sup>

---

<sup>2</sup> Ein typisches Beispiel für die Rekurrerung auf die eigene ‘koloniale Vergangenheit’ bietet eine Stellungnahme des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles vom 21.6.1954: „We ourselves are the first colony in modern times to have won independence. We have a natural sympathy with those everywhere who would follow our example“ (zit. nach Paul G. Lauren, *Power and Prejudice: The Politics and Diplomacy of Racial Discrimination*. New York 1996, S. 220).

<sup>3</sup> Die Problematik des ‘Dritte Welt’-Begriffs ist hinlänglich bekannt. Er suggeriert eine große Homogenität, die über die Unterschiede zwischen den einzelnen ‘Dritte Welt’-Staaten hinwegtäuscht. Darüber hinaus ist der Begriff ‘Dritte Welt’ seit seiner Entstehung 1952 immer wieder in abschätziger und diskriminierender Weise verwendet worden (siehe u.a. Dieter Nohlen, Franz Nuscheler, „Ende der Dritte Welt“, in: *Handbuch der Dritten Welt. Band 1*. Hrsg. v. Dieter Nohlen u. Franz Nuscheler. Hamburg 1992, S. 14-30). In Ermangelung eines alternativen Begriffs zur Bezeichnung der Regionen in der südlichen Welthälfte wird der Begriff im Rahmen der vorliegenden Studie allerdings weiter verwendet.

<sup>4</sup> Richard J. Barnet, *Intervention and Revolution. The United States in the Third World*. New York 1968 zählt zu den bekanntesten Studien, die sich bereits in den 1960er Jahren kritisch mit der amerikanischen Politik gegenüber der ‘Dritten Welt’ auseinandersetzen. Zu den wichtigsten Untersuchungen neueren Datums zählen John L. S. Girling, *America and the Third World*.

Im Mittelpunkt der folgenden Arbeit steht die Frage, inwieweit sich diese Diskrepanz zwischen rhetorischen Bekenntnissen und außenpolitischer Praxis auch für die amerikanische Politik gegenüber den Entwicklungen im subsaharischen Afrika in den 1950er und 1960er Jahren festhalten lässt und welche Motive für das amerikanische Vorgehen verantwortlich waren. Die Untersuchung orientiert sich an den folgenden Leitfragen, die besonders geeignet sind, wesentliche Facetten der amerikanischen Afrikapolitik in dieser Zeit transparent zu machen. Welche Interessen verfolgten die US-Entscheidungsträger in Afrika und welche Position bezogen sie gegenüber den afrikanischen Unabhängigkeitsforderungen auf der einen und den Plänen der Europäer auf der anderen Seite? Welche Vorstellungen, Hoffnungen und Befürchtungen verbanden amerikanische Politiker mit den Umbrüchen in Afrika, die sich im Spannungsfeld von Kaltem Krieg und transatlantischen Beziehungen vollzogen? Welche Denkmuster und Wertvorstellungen beeinflussten die amerikanische Herangehensweise an die Entwicklungen in Afrika?

Eine Analyse der amerikanischen Haltung gegenüber den Emanzipationsbestrebungen in Afrika kann nicht mit dem Eintritt der staatsrechtlichen Unabhängigkeit der Kolonien enden, sondern muss auch die amerikanischen Reaktionen auf die Entwicklungen nach dem Ende der offiziellen europäischen Herrschaft einbeziehen. Die Übertragung der staatlichen Souveränität führte nicht automatisch zu einem Ende der während der Kolonialherrschaft aufgebauten Abhängigkeitsstrukturen. Viele Historiker erkennen heute an,

„[that the] formal granting of independence did not change social reality at the periphery overnight; instead it was merely a stage, though an important one, in the painful and difficult struggle for emancipation in a

---

*Revolution and Intervention*. London 1980; Scott L. Bills, *Empire and the Cold War: The Roots of US-Third World Antagonism, 1945-1947*. New York 1990; Peter J. Schraeder (Hrsg.), *Intervention into the 1990s. U.S. Foreign Policy in the Third World*. Boulder 1992; Dennis Merrill, „The United States and the Rise of the Third World”, in: *American Foreign Policy Reconsidered, 1890-1993*. Hrsg. v. Gordon Martel. London 1994, S. 166-186; Zachary Karabell, *Architects of Intervention. The United States, the Third World and the Cold War 1946-1962*. Baton Rouge 1999; David Ryan, Victor Pungong (Hrsg.), *The United States and Decolonization. Power and Freedom*. London 2000; Peter L. Hahn, Mary Ann Heiss (Hrsg.), *Empire and Revolution. The United States and the Third World Since 1945*. Columbus 2001; David F. Schmitz, *Thank God They're On Our Side. The United States and Right-Wing Dictatorships, 1921-1965*. Chapel Hill 1999.

world still dominated by the West economically, culturally and, at least to some degree, politically (...).“<sup>5</sup>

Die juristische Souveränität gab den neuen afrikanischen Führungen zwar die Macht, „to legitimate political decisions“, aber nur in eingeschränkter Weise die „political ‘power’ (...) to influence decisions“.<sup>6</sup> Auch viele strukturelle Defizite des nachkolonialen Staats sind auf das koloniale Erbe zurückzuführen. Rainer Tetzlaff betont: „Dekolonisation bedeutet nicht die Stunde Null für befreite Völker, (...) sondern häufig zunächst nur die Fortsetzung eingefahrener Wege, auf denen lediglich die gewohnten Gespanne mit neuen Kutschern fahren.“<sup>7</sup> Es existieren heute daher mehrere Definitionen von ‘Dekolonisation’. Die völkerrechtliche Interpretation des Begriffs – nach John Darwin „[t]he most conventional and user-friendly (...) definition[] of decolonization“ – setzt Dekolonisation mit dem „welthistorischen Prozess“ gleich, „in dem die Kolonien nach 1945 ihre politische Unabhängigkeit“ erlangten: „When colonial rule is formally terminated and an independent state has been born, decolonization has taken place.“<sup>8</sup> In der Literatur findet sich zudem noch eine weitere Definition, der zufolge die Dekolonisation erst mit der vollständigen Beseitigung aller Formen von Abhängigkeit abgeschlossen ist. In diesem Sinn ist die Dekolonisation ein bis heute unvollendetes Projekt.<sup>9</sup> Andere Autoren bezeichnen die Dekolonisation als

---

<sup>5</sup> Wolfgang J. Mommsen, „The End of Empire and the Continuity of Imperialism“, in: *Imperialism and After. Continuities and Discontinuities*. Hrsg. v. Wolfgang J. Mommsen u. Jürgen Osterhammel. London 1986, S. 333-358, S. 333. Siehe auch Jürgen Osterhammel, *Kolonialismus: Geschichte, Formen, Folgen*. München 2001, S. 121f.; Nicholas J. White, *Decolonisation. The British Experience Since 1945*. Harlow 1999, S. 2f.

<sup>6</sup> Charles O. Chikeka, *Britain, France and the New African States. A Study of Post Independence Relationships, 1960-1985*. New York 1990, S. 20. Siehe auch John Darwin, „Decolonization and the End of Empire“, in: *The Oxford History of the British Empire. Vol. V: Historiography*. Hrsg. v. Robin W. Winks. Oxford/New York 1999, S. 540-557, S. 542: „Constitutional status may be a pointer to the substantive relationship between two states, but it is not a reliable guide.“ Gerade afrikanische Wissenschaftler sprechen daher oft von einer ‘independence of flag’ oder ‘false decolonization’ (siehe u.a. Aguibou Y. Yansané, „Decolonization, Dependency, and Development in Africa: The Theory Revisited“, in: *Decolonization and Dependency. Problems of Development of African Societies*. Hrsg. v. Aguibou Y. Yansané. Westport 1980, S. 3-54, S. 3).

<sup>7</sup> Rainer Tetzlaff, „Die Dekolonisation und das neue Staatensystem“, in: *Die neue Weltpolitik*. Hrsg. v. Karl Kaiser u. Hans-Peter Schwarz. Bonn 1995, S. 34-55, S. 34.

<sup>8</sup> Darwin, „Decolonization and the End of Empire“, S. 542; Jacob E. Mabe, *Das Afrika-Lexikon. Ein Kontinent in 1000 Stichwörtern*. Wuppertal 2001, S. 148; Darwin, „Decolonization and the End of Empire“, S. 542.

<sup>9</sup> Siehe beispielsweise Bill Ashcroft, Gareth Griffiths, *Key Concepts in Post-Colonial Studies*. London 1998, S. 63: „Decolonization is the process of revealing and dismantling colonialist power in all its forms. This includes dismantling the hidden aspects of those institutional and cultural forces that had maintained the colonialist power and that remain even after political independence is achieved.“ Nach Ansicht dieser Autoren ist auch die Rückbesinnung auf lokale Sprachen ein wichtiger Teil der Dekolonisierung (siehe ebd., S. 64).

einen Prozess, der lediglich die Form der Abhängigkeit veränderte. Nach der Neokolonialismus-Theorie verzichteten die Metropolen auf die „längst obsolet gewordene formelle Kolonialherrschaft im Interesse einer Effektivierung des internationalen Ausbeutungssystems“: „In most countries, decolonization resulted in the creation of neo-colonial states which were integrated in the global capitalist system. The economies of Third World states continue to be dominated by the metropolises.”<sup>10</sup>

Trotz dieser unterschiedlichen Definitionen von Dekolonisierung kann kein Zweifel daran bestehen, dass das Erbe des Kolonialismus vielfach bis in die Gegenwart virulent geblieben ist.<sup>11</sup> Wichtig im Rahmen der vorliegenden Arbeit ist daher die Frage, wie die USA die fortgesetzte Abhängigkeit der ehemaligen Kolonien wahrnahmen und welche Haltung amerikanische Entscheidungsträger gegenüber Politikern einnahmen, die auf eine Ausweitung des Handlungsspielraums der neuen afrikanischen Staaten drängten.

Die Goldküste/Ghana bietet sich aus mehreren Gründen für eine repräsentative Fallstudie über die amerikanische Afrikapolitik in der Mitte des 20. Jahrhunderts an. Die Goldküste zog früher als andere afrikanische Kolonien die Aufmerksamkeit amerikanischer Politiker auf sich. Zu Beginn der 1950er Jahre, als der größte Teil Afrikas noch als sichere Bastion der Europäer galt, begann sich in der Goldküste bereits das Ende der britischen Herrschaft abzuzeichnen. Die Entwicklungen in dieser Kolonie standen daher im Mittelpunkt vieler Diskussionen im *State Department* über die möglichen Konsequenzen eines europäischen Rückzugs aus Afrika für die USA. Als die Goldküste 1957 als erste subsaharische Kolonie die Unabhängigkeit erlangte, reiste auch US-Vizepräsident

---

<sup>10</sup> Definition der Neokolonialismus-Theorie von Jürgen Osterhammel in „Spätkolonialismus und Dekolonisation“, in: *Neue Politische Literatur* 37 (1992), S. 404-426, S. 409; Gilbert A. Sekgoma, „Decolonization: Towards a Global Perspective, 1940-1978“, in: *Africa and the International Political System*. Hrsg. v. Timothy M. Shaw u. Sola Ojo. Lanham 1982, S. 41-67, S. 61. Wieder andere Autoren sprechen von ‘*Informal Empire*’, um die Situation in den ehemaligen Kolonien nach der Unabhängigkeit zu beschreiben (siehe dazu Robin W. Winks, „On Decolonization and Informal Empire“, in: *American Historical Review* 81 (1976), S. 540-556; Wm. Roger Louis, Ronald Robinson, „The Imperialism of Decolonization“, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 22 (1994), S. 462-511, S. 485).

<sup>11</sup> Um Missverständnisse zu vermeiden, schließt sich die vorliegende Arbeit der gängigen völkerrechtlichen Interpretation von Dekolonisation an. Zur Bezeichnung des langfristigen Veränderungs- bzw. Emanzipationsprozesses, der nicht mit dem Eintritt der staatsrechtlichen

Richard M. Nixon zu den Feierlichkeiten nach Accra – ein deutliches Zeichen für die Bedeutung, die diesem Ereignis von Seiten der US-Regierung zugebilligt wurde.<sup>12</sup>

Ghana nahm auch nach 1957 in den Augen amerikanischer Politiker eine Sonderposition unter den Ländern Afrikas ein. Der ghanaische Staatschef Kwame Nkrumah (1957-1966) entwickelte sich nach der Unabhängigkeit der Goldküste zu einem der ersten Wortführer der Neokolonialismus-Theorie in Afrika. Da Nkrumah die Entwicklung der afrikanischen Neokolonialismus-Debatte stark beeinflusste, wird der Begriff 'Neokolonialismus' im Rahmen der vorliegenden Arbeit als ein Quellenbegriff und nicht als wissenschaftliche Analysekategorie behandelt. Mit Hilfe der ghanaischen Regierungsmedien, deren Wirkungskreis weit über Ghana hinausging, versuchte Nkrumah, den Widerstand der neuen afrikanischen Staaten gegen die politischen und wirtschaftlichen Strategien der westlichen Industrienationen zu mobilisieren, die aus seiner Sicht eine Weiterführung kolonialer Ausbeutungspraktiken darstellten. Gleichzeitig engagierte er sich für den Aufbau einer panafrikanischen Union, die die kolonialen Grenzziehungen aufheben und die Machtlosigkeit der kleinen afrikanischen Splitterstaaten beenden sollte. Sein Einsatz für sozialistische Wirtschaftsreformen, die Ausweitung der Beziehungen mit den Ostblockstaaten und eine einflussreichere Position der neuen afrikanischen Staaten in internationalen Organisationen wie der UNO zielte ebenfalls auf eine Änderung des zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit bestehenden Status quo. Seine Politik polarisierte die Zeitgenossen. Während Ghana in den Augen vieler Afrikaner zu einem Symbol für ein neues afrikanisches Selbstbewusstsein wurde, stießen Nkrumahs Initiativen bei den ehemaligen Kolonialmächten auf Kritik und Widerstand. Die Reaktionen der US-Politiker auf die Ideen und das Vorgehen Nkrumahs zeigen daher deutlich, welche Haltung die Verantwortlichen in Washington gegenüber Forderungen nach einem umfassenderen Abbau bestehender Abhängigkeitsverhältnisse in Afrika einnahmen. Die amerikanische Auseinandersetzung mit Nkrumahs panafrikanischen Plänen bietet einen guten

---

Unabhängigkeit der Kolonien endet, sondern sich in der Auseinandersetzung mit dem bleibenden europäischen Einfluss fortsetzt, wird stattdessen der Begriff 'Transformationsprozess' verwendet.

<sup>12</sup> Der Sudan, der 1956 unabhängig wurde, wurde in den 1950er Jahren als Teil des arabischen Nordafrikas gesehen und nicht dem subsaharischen Afrika zugeordnet (siehe Martin Staniland, *American Intellectuals and African Nationalists, 1955-1970*. New Haven 1991, S. 45).

Einblick in die amerikanischen Vorstellungen über die zukünftige Organisation des 'schwarzen Kontinents'.

## 2. Zum Forschungsstand und methodischen Ansatz der Arbeit

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der amerikanischen Politik gegenüber dem Transformationsprozess in Afrika in den 1950er und 1960er Jahren hat in vielerlei Hinsicht erst begonnen. Das Hauptinteresse der Forschung richtete sich bislang vor allem auf die Afrikapolitik der John F. Kennedy-Administration (1961-1963), die unmittelbar nach dem Abschluss der ersten Unabhängigkeitswelle in Afrika die Leitung der Regierungsgeschäfte in Washington übernahm. Zu den einflussreichsten Studien zählen Walter Leimgrubers „Kalter Krieg um Afrika. Die amerikanische Afrikapolitik unter Präsident Kennedy 1961-1963“ (1990), Thomas J. Noers Aufsatz „New Frontiers and Old Priorities in Africa“ (1989) und Richard D. Mahoneys „JFK: Ordeal in Africa“ (1983).<sup>13</sup> Die Aufarbeitung der afrikanisch-amerikanischen Beziehungen unter Harry S. Truman (1945-1953), Dwight D. Eisenhower (1953-1961) oder Lyndon B. Johnson (1963-1969) fällt dagegen deutlich zurück. Brauchbare Überblicksdarstellungen über die US-Afrikapolitik vor 1961 finden sich lediglich in den älteren Studien von Veron McKay „Africa in World Politics“ (1963), Rupert Emerson „Africa and United States Policy“ (1967) und Waldemar A. Nielsen „The Great Powers and Africa“ (1969).<sup>14</sup> Die einzige nennenswerte Zusammenfassung der Afrikainitiativen der Johnson-Administration bietet der

---

<sup>13</sup> Walter Leimgruber, *Kalter Krieg um Afrika. Die amerikanische Afrikapolitik unter Präsident Kennedy 1961-1963*. Stuttgart 1990; Thomas J. Noer, „New Frontiers and Old Priorities in Africa“, in: *Kennedy's Quest for Victory: American Foreign Policy, 1961-1963*. Hrsg. v. Thomas G. Paterson. New York 1989, S. 253-283; Richard D. Mahoney, *JFK: Ordeal in Africa*. New York 1983. Siehe auch Ibezim Chukweumerije, *The New Frontier and Africa 1961-1963*. Diss. State University of New York 1976.

<sup>14</sup> Veron McKay, *Africa in World Politics*. New York 1963; Rupert Emerson, *Africa and United States Policy*. Englewood Cliffs 1967; Waldemar A. Nielsen, *The Great Powers and Africa*. New York 1969. Alle drei Autoren waren zu Beginn der 1960er Jahre als Berater der US-Regierung tätig. Die Arbeiten zur Afrikapolitik Harry S. Trumans beschränken sich auf eine Studie von G. Macharia Munene, *The Truman Administration and the Decolonisation of Sub-Saharan Africa, 1945-1953*. Nairobi 1995. Einen kurzen Überblick über die US-Afrikapolitik in den 1940er und

Aufsatz von Terrence Lyons „Keeping Africa off the Agenda“ (1964) in einem Sammelband zur US-Außenpolitik von 1963 bis 1968.<sup>15</sup>

Die Erschließung der amerikanisch-afrikanischen Beziehungen in den 1950er und 1960er Jahren mit Hilfe von Länderstudien steht ebenfalls erst am Anfang. Die bislang erschienenen Falluntersuchungen konzentrieren sich auf die amerikanische Politik in bestimmten Krisenregionen wie dem Kongo, Nigeria, Südafrika oder Südrhodesien (Simbabwe), während andere Regionen nur wenig Beachtung finden.<sup>16</sup> Dies gilt auch für die amerikanischen Beziehungen zu Ghana, die von Amerikahistorikern erst in Ansätzen quellengestützt behandelt worden sind. Die Überblicksdarstellungen über die Afrikapolitik der Kennedy-Administration von Leimgruber, Noer und Mahoney setzen sich in Unterkapiteln mit der US-Politik in Ghana auseinander, bieten jedoch zwangsläufig nur einen zeitlich und thematisch beschränkten Ausschnitt aus dem komplexen Interaktionsverhältnis zwischen Ghana und den USA. Terrence Lyons' Ausführungen über die Entwicklung der amerikanisch-ghanaischen Beziehungen unter Lyndon B. Johnson beschränken sich auf zwei Seiten. Die einzige umfangreichere Detailstudie zur amerikanischen Ghanapolitik liegt seit 1995 mit der Dissertation von Ebere Nwaubani „The United States and Decolonization in

---

1950er Jahren bietet John Kent, „The United States and the Decolonization of Black Africa, 1945-63“, in: *The United States and Decolonization: Power and Freedom*, S. 168-187.

<sup>15</sup> Terrence Lyons, „Keeping Africa off the Agenda“, in: *Lyndon B. Johnson Confronts the World. American Foreign Policy, 1963-1968*. Hrsg. v. Warren I. Cohen u. Nancy Bernkopf Tucker. Cambridge 1994, S. 245-278. Einige wenige Informationen bieten zudem David A. Dickson, *United States Foreign Policy toward Sub-Saharan Africa. Change, Continuity and Constraint*. Lanham 1985, S. 45ff.; Nielsen, *The Great Powers and Africa*, S. 305ff.

<sup>16</sup> Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stand bislang vor allem die amerikanische Kongopolitik. Eine der besten Darstellungen bietet Gerhard Th. Mollin, *Die USA und der Kolonialismus. Amerika als Partner und Nachfolger der belgischen Macht in Afrika 1939-1965*. Berlin 1996. Siehe auch David N. Gibbs, *The Political Economy of Third World Intervention: Mines, Money, and U.S. Policy in the Congo Crisis*. Chicago 1991; Michael G. Schatzberg, *Mobutu or Chaos?: The United States and Zaire, 1960-1990*. Lanham 1991; Madeleine Kalb, *The Congo Cables. The Cold War in Africa. From Eisenhower to Kennedy*. New York 1982; Peter J. Schraeder, *United States Foreign Policy toward Africa: Incrementalism, Crisis, and Change*. Cambridge 1994, S. 51ff. Zu den amerikanisch-nigerianischen Beziehungen siehe u.a. die Arbeiten von Robert B. Shephard, *Nigeria, Africa, and the United States: From Kennedy to Reagan*. Bloomington 1991; Bassey E. Ate, *Decolonization and Dependence. The Development of Nigerian-U.S. Relations, 1960-1984*. Boulder 1987. Informationen über die amerikanische Politik gegenüber den Entwicklungen in Südafrika und Rhodesien/Zimbabwe finden sich in Thomas Borstelmann, *Apartheid's Reluctant Uncle: The United States and Southern Africa in the Early Cold War*. New York 1993; Thomas J. Noer, *Cold War and Black Liberation: The United States and White Rule in Africa, 1948-1968*. Columbia 1985; Andrew DeRoche, *Black, White And Chrome: The United States and Zimbabwe, 1953-1998*. Trenton 2001; Anthony Lake, *The 'Tar Baby' Option: American Policy Toward Southern Rhodesia*. New York 1974.

West Africa, 1950-1960“ vor.<sup>17</sup> Eine vergleichende Darstellung der amerikanischen Haltung gegenüber den Reformen in der Goldküste nach 1948 und der US-Reaktionen auf die ghanaische Politik nach 1957 ist bislang nicht versucht worden. Die vorliegende Arbeit soll diese Forschungslücke schließen und langfristige Entwicklungen beziehungsweise Kontinuitäten in den amerikanisch-ghanaischen Beziehungen deutlich machen, die neue Rückschlüsse auf dominante Motive innerhalb der amerikanischen Afrikapolitik zulassen.

Die vorliegende Studie unterscheidet sich zudem in ihrem methodischen Ansatz von den älteren Darstellungen. Nielsen, Mahoney und die anderen oben aufgeführten Autoren liefern in ihren Untersuchungen eindrucksvolle Beispiele für die Abweichungen der US-Politik von der proklamierten amerikanischen Freiheitsideologie. Bei ihren Bemühungen, Erklärungen für das amerikanische Vorgehen zu finden, setzen sie sich allerdings ausschließlich mit den machtpolitischen Überlegungen der US-Entscheidungsträger auseinander. Der Kalte Krieg war ihrer Ansicht nach die Ursache für die offenkundige Diskrepanz zwischen Selbstverständnis und politischer Praxis. Vor dem Hintergrund des Ost-West-Konfliktes seien die Verantwortlichen in Washington überzeugt gewesen, dass sie – um die Zusammenarbeit mit den Kolonialmächten im Rahmen der NATO und den Schutz Afrikas vor kommunistischen Einflüssen nicht zu gefährden – keine andere Wahl hatten, als antikolonialistische Postulate zurückzustellen. Formulierungen wie „fundamental concerns of national security“, „web of international commitments“ oder „preoccupation with communism and the cold war“ spielen in den Arbeiten von Nielsen oder Mahoney eine zentrale Rolle.<sup>18</sup> Die Reduzierung des Untersuchungsfeldes auf die

---

<sup>17</sup> Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 161-211; Noer, „New Frontiers and Old Priorities in Africa“, S. 279-282 (siehe auch ders., „The New Frontier and African Neutralism: Kennedy, Nkrumah, and the Volta River Project“, in: *Diplomatic History* 8 (1984), S. 61-79); Mahoney, *Ordeal in Africa*, S. 157-186; Lyons, „Keeping Africa off the Agenda“, S. 253f.; Ebere Nwaubani, *The United States and Decolonization in West Africa, 1950-1960*. Diss. University of Toronto 1995 (2001 bei der *University of Rochester Press* erschienen). Richard D. Mahoneys Darstellung ist zudem nicht unproblematisch, da sein Vater, William P. Mahoney, langjähriger US-Botschafter in Ghana war. Viele Interpretationen Mahoneys zeugen von seinen Bemühungen, seinen Vater in einem möglichst positiven Licht darzustellen.

<sup>18</sup> Nielsen, *The Great Powers and Africa*, S. 304. Zu den Auswirkungen des Ost-West-Konflikts auf das ‘Nationale-Sicherheits’-Verständnis der USA siehe Melvyn P. Leffler, *A Preponderance of Power: National Security, the Truman Administration and the Cold War*. Stanford 1992; ders., *The Specter of Communism: The United States and the Origins of the Cold War*. New York 1994; Ernest R. May (Hrsg.), *American Cold War Strategy: Interpreting NSC 68*. Boston 1993; Wilfried Loth, *Die Teilung der Welt 1941-1955*. München 1990; John Lewis Gaddis, *Strategies of*

Systemauseinandersetzung mit der Sowjetunion bietet jedoch meines Erachtens kein ausreichendes Erklärungsmodell für die amerikanische Afrikapolitik. Die vorliegende Arbeit stellt die These auf, dass das mangelnde Engagement der USA auf der Seite der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen nicht ausschließlich eine Reaktion auf den Ost-West-Konflikt war, sondern auch mit Faktoren zusammenhing, die über rein machtpolitische Erwägungen hinausgingen. Die seit ca. zwei Jahrzehnten unter US-Diplomatiehistorikern geführte Debatte über die Einbeziehung psychologischer, ideengeschichtlicher und kultureller Perspektiven in diplomatiegeschichtliche Untersuchungen hat hinlänglich auf die Probleme einer solchen, auf die Analyse des Politischen reduzierten Vorgehensweise aufmerksam gemacht.<sup>19</sup> Außenpolitische Entscheidungen werden nicht in einem Vakuum gefällt, sondern sind eng mit dem kulturellen Kontext verbunden, aus dem heraus Politiker und Diplomaten operieren. Der kulturelle Hintergrund bestimmt Normen, Wirklichkeitsauffassungen und Selbstbilder der Akteure und bildet die Voraussetzung für gesellschaftliches und individuelles Handeln. 'Kultur' bezieht sich dabei nicht nur auf die Erschaffung von sichtbaren Artefakten (Kunstobjekte oder textuelle Medien), sondern auch auf die „creation and communication of memory, ideology, emotions, life styles, scholarly (...) works, and other symbols“.<sup>20</sup> Michael H. Hunt hat in seiner Studie „Ideology and U.S. Foreign Policy“ (1987) und mehreren Aufsätzen den starken Einfluss

---

*Containment. A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy.* New York 1982.

<sup>19</sup> Einen Überblick über die Entwicklung der Debatte bieten Charles S. Maier, „Marking Time: The Historiography of International Relations“, in: *The Past Before Us: Contemporary Historical Writing in the United States*. Hrsg. v. Michael Kammen. Ithaca 1980, S. 355-387; Michael H. Hunt, „The Long Crisis in U.S. Diplomatic History: Coming to Closure“, in: *Diplomatic History* 16 (1992), S. 115-140; Melvyn P. Leffler, „New Approaches, Old Interpretations, and Prospective Reconfigurations“, in: *Diplomatic History* 19 (1995), S. 173-196.

<sup>20</sup> Akira Iriye, „Culture and International History“, in: *Explaining the History of American Foreign Relations*. Hrsg. v. Michael J. Hogan u. Thomas G. Paterson. Cambridge 1991, S. 214-225, S. 215. Diese Definition orientiert sich an dem aus der Kulturanthropologie stammenden symbolischen Kulturbegriff, dessen Entwicklung maßgeblich durch die Arbeiten des Kulturanthropologen Clifford Geertz beeinflusst wurde (siehe z.B. Clifford Geertz, *The Interpretations of Cultures. Selected Essays*. New York 1973). Eine gute Einführung in die Bedeutung des kulturellen Umfeldes für außenpolitische Entscheidungen bieten Iriye, „Culture and International History“, S. 214ff.; Valerie M. Hudson (Hrsg.), *Culture and Foreign Policy*. Boulder 1997; Frode Liland, *Culture and Foreign Policy: An Introduction to Approaches and Theory*. Oslo 1993; Richard J. Payne, *The Clash with Distant Cultures. Values, Interests and Force in American Foreign Policy*. New York 1995; Christian G. Appy (Hrsg.), *Cold War Constructions. The Political Culture of United States Imperialism, 1945-1966*. New Caledonia 2000; Ursula Lehmkuhl, „Entscheidungsprozesse in der internationalen Geschichte: Möglichkeiten und Grenzen einer kulturwissenschaftlichen Fundierung außenpolitischer Entscheidungsmodelle“, in: *Internationale Geschichte. Themen-Ergebnisse-Aussichten*. Hrsg. v. Wilfried Loth u. Jürgen Osterhammel. München 2000, S. 187-207.

ideologischer Überzeugungen auf die Entscheidungsprozesse innerhalb der US-Regierung deutlich gemacht:

„[Ideologies] are not like pieces of clothing to be donned or doffed with every passing breeze or personal whim. (...) [T]hey embody our individual and collective understanding of the world and limit the possibilities for our acting within it.”<sup>21</sup>

Zu den wichtigsten ideologischen Konzepten, die die Selbstbilder und Wahrnehmungsmuster der US-Politiker in der Mitte des 20. Jahrhunderts prägten, zählten laut Hunt sowohl der Glaube an eine besondere Mission der USA zur Verbreitung des amerikanischen Zivilisationsentwurfs als auch die Vorstellung von einer hierarchischen Gliederung der Menschheit und der Überlegenheit der eigenen Kultur.<sup>22</sup> Darüber hinaus verweist Hunt auf ein unter Mitgliedern der US-Regierung weitverbreitetes Misstrauen gegenüber revolutionären Bewegungen, das seiner Ansicht nach ebenfalls auf ideologische Überzeugungen zurückzuführen war und wesentliche Auswirkungen auf die Gestaltung der US-Außenpolitik hatte.<sup>23</sup>

Die Ursprünge dieser „core foreign-policy ideas“ gehen bis in die früheste Phase der europäischen Siedlung in Amerika zurück und stehen in einem engen Zusammenhang mit den Bemühungen der damaligen Elite – „usually white males possessed of at least a modicum of wealth from birth“ –, ihre herausgehobene Stellung innerhalb der Siedlergemeinschaft abzusichern und ihre Machtbasis zu

---

<sup>21</sup> Michael H. Hunt, „Conclusions: The Decolonization Puzzle in US Policy – Promise versus Performance“, in: *The United States and Decolonization: Power and Freedom*, S. 207-229, S. 215. Zur Definition seines Ideologie-Begriffs siehe ders., *Ideology and U.S. Foreign Policy*. New Haven 1987, S. 12. Eine gute Zusammenfassung dieser Definition bietet Payne, *The clash with Distant Cultures*, S. 18f.: „Ideology is a system of values, beliefs, and ideas within the larger cultural system. It is defined as a reasonably coherent body of ideas, a framework of political consciousness, by which a people, or at least its dominant, governing element, organizes itself for political action. (...) Ideology often profoundly affects how we perceive ourselves and others (...). [I]deologies help to establish the intellectual framework through which those responsible for making foreign policy observe reality. Information about international developments is given meaning within the categories, predictions, and definitions provided by ideology.”

<sup>22</sup> Siehe Hunt, *Ideology and U.S. Foreign Policy*, S. 17f.

<sup>23</sup> Die Mitglieder der amerikanischen Elite neigten dazu, nur diejenigen Revolutionen als ‘legitim’ anzuerkennen, die sich eng am Modell der ‘Amerikanischen Revolution’ orientierten: „Revolution was a solemn affair, to be conducted with a minimum of disorder, led by respectable citizens, harnessed to moderate political goals (...)” (Hunt, *Ideology and U.S. Foreign Policy*, S. 116). Hunts Ausführungen beziehen sich auf Denkmuster und Vorstellungswelten innerhalb der US-Elite. Da in der Mitte des 20. Jahrhunderts die meisten US-Diplomaten und Politiker aus dieser Elite stammten, ist ein solcher Zuschnitt gerechtfertigt. Siehe auch Robert A. Packenham, *Liberal America and the Third World. Political Development Ideas in Foreign Aid and Social Science*. Princeton 1973, S. 112ff.

erweitern.<sup>24</sup> Die Etablierung der Sklavenwirtschaft und das Streben nach einer Ausweitung des amerikanischen Einflussgebiets förderten die Vorstellung von der eigenen Überlegenheit, da mit ihrer Hilfe territoriale Annexion, Eroberungskriege und Unterdrückung gerechtfertigt werden konnte.<sup>25</sup> Das Interesse der damaligen amerikanischen Elite an einer Aufrechterhaltung der bisherigen Besitzverhältnisse führte dazu, dass viele Mitglieder der Oberschicht eine grundsätzliche Abwehrhaltung gegenüber Forderungen nach radikalen Änderungen bestehender Ordnungen einnahmen. Unterschiede in Einkommen und Besitz galten als gottgegeben und nicht als ausreichende Rechtfertigung für gewaltsame Umstürze. Diese Ideen und Einstellungen beeinflussten auch in den 1950er und 1960er Jahren die amerikanische Auseinandersetzung mit der Außenwelt.<sup>26</sup>

Die Perzeption der Außenwelt mit Hilfe von Denkmustern, die in einem spezifischen kulturellen Kontext entstanden sind, führte zwangsläufig zu einer selektiven Wahrnehmung internationaler Entwicklungen und Gegebenheiten. Bewusstseinsbestimmende Bilder wurden von den Akteuren selten als ideologisch produziert erkannt und entzogen sich daher der direkten Reflexion. Dies betraf in besonderem Maß die amerikanische Auseinandersetzung mit Afrika. Da der

---

<sup>24</sup> Hunt, *Ideology and U.S. Foreign Policy*, S. 14, 12.

<sup>25</sup> Für die Überzeugung von einer besonderen Pflicht der Amerikaner, den eigenen Ordnungsvorstellungen auch außerhalb der Grenzen des eigenen Landes Geltung zu verschaffen, hat sich seit dem 19. Jahrhundert der Begriff des 'Manifest Destiny' etabliert. Diese Idee kam beispielsweise während des Krieges gegen Mexiko (1846-1848) zur Anwendung, der durch die vermeintliche Unfähigkeit der Mexikaner zur Durchsetzung einer freien Regierung legitimiert wurde. Informationen über den Begriff des 'Manifest Destiny' und die Bedeutung der damit verbundenen Vorstellungen für die amerikanische Außenpolitik bieten Henry W. Brands, *What America Owes the World: The Struggle for the Soul of Foreign Policy*. Cambridge 1998; Gustav H. Blanke, Knud Krakau, *Mission, Myth, Rhetoric, and Politics in American History*. Berlin 1992; Matthew Frye Jacobson, *Barbarian Virtues: The United States Encounters Foreign Peoples at Home and Abroad, 1876-1917*. New York 2001; Hartmut Keil, „Die Vereinigten Staaten von Amerika zwischen kontinentaler Expansion und Imperialismus“, in: *Imperialistische Kontinuität und nationale Ungeduld im 19. Jahrhundert*. Hrsg. v. Wolfgang Reinhard. Frankfurt/M. 1991, S. 68-86. Die einflussreiche Stellung der Puritaner innerhalb der Siedlergemeinschaft trug viel zur Durchsetzung dieser Vorstellungen von einer besonderen Stellung und 'schicksalhaften Bestimmung' der USA bei. Literaturhinweise über die Bedeutung der Sklaverei für die Entwicklung des Selbstverständnisses der amerikanischen Elite finden sich in Teil 2, Kapitel 1 der vorliegenden Arbeit.

<sup>26</sup> Siehe dazu Hunt, *Ideology and U.S. Foreign Policy*, S. 13: „Once generated, [those] ideas acquire (...) 'a life of their own'. (...) An ideology may owe its survival to cultural impulses that played no, or only a marginal, role in its rise. It may attract the support of new sponsors that value it for particular reasons of their own or for its contribution to some vaguely felt need for continuity or stability. (...) Moreover, ideologies may become institutionalized and hold sway even after they have ceased to serve any obvious functional role or advance any clearly identifiable class or group interest. For instance, the views that rationalized the father's control of black slaves continued to define the son's and grandson's perception of blacks even after emancipation had eroded the base of concrete self-interest. An ideology may, in other words, survive as a form of 'folk wisdom',

Kontinent in der Mitte des 20. Jahrhunderts weit außerhalb des persönlichen Erfahrungsbereiches der meisten US-Politiker lag, konnten ideologisch präformierte Überzeugungen ihre Wirkung frei entfalten. Auch die in den 1950er und 1960er Jahren noch immer existierende Rassentrennung in den USA blieb nicht ohne Konsequenzen für die handlungsleitenden Afrikabilder amerikanischer Entscheidungsträger. Die in der Diplomatiegeschichte lange Zeit vorherrschende realistische Denkschule, die von einer Existenz objektiv zu erkennender internationaler Machtkonfigurationen ausging, weist daher eine Reihe analytischer Schwächen auf. Die Annahme einer potenziell vorhandenen Fähigkeit der Politiker, außenpolitische Entwicklungen objektiv zu beurteilen, trägt der Wirkungskraft ideologischer Überzeugungen zu wenig Rechnung.<sup>27</sup> Verhaftet in einer Art naivem Positivismus neigten die Anhänger der realistischen Schule dazu, Regierungsdokumente wörtlich zu nehmen und Schlüsselbegriffe wie 'nationales Interesse', 'geopolitische Zwänge' oder 'internationale Realitäten' nicht weiter zu hinterfragen. Dies zeigt sich auch in ihrem Umgang mit den Wörtern 'Entwicklung', 'Moderne' oder 'Modernisierung', die in den 1950er und 1960er Jahren die amerikanischen Diskussionen über die Situation in Afrika bestimmten. 'Modernisierung' oder 'nationale Sicherheit' sind keine rein deskriptiven Begriffe, sondern beinhalten ideologisch präformierte Ordnungsvorstellungen. Die unkritische Übernahme des in den Quellen dominierenden Vokabulars führte daher dazu, dass viele ideologisch aufgeladene Leitbegriffe der damaligen Akteure Eingang in den wissenschaftlichen Diskurs fanden.<sup>28</sup>

---

thanks to those carriers and repositories of culture – the family, the school, clubs, churches, and places of work.”

<sup>27</sup> Eine gute Einführung in die realistische Denkschule bieten Ole R. Holsti, „International Relations Models“, in: *Explaining the History of American Foreign Relations*, S. 57-88; Scott Burchill, „Realism and Neo-realism“, in: *Theories of International Relations*. Hrsg. v. Scott Burchill u. Andrew Linklater. Basingstoke 1996, S. 67-92; Paul R. Viotti, Mark V. Kauppi, *International Relations Theory. Realism, Pluralism, Globalism*. New York 1987, S. 60ff.

<sup>28</sup> Der Begriff 'Diskurs' wird im Rahmen dieser Arbeit relativ offen zur Bezeichnung von „Gruppen von Texten und Äußerungen“ verwendet, „die sich auf bestimmte Fragen oder Themen beziehen“ (Jürgen Heideking, Vera Nünning, *Einführung in die amerikanische Geschichte*. München 1998, S. 147) und orientiert sich nicht strikt an dem Diskursbegriff des französischen Philosophen Michel Foucault. Kritische Auseinandersetzungen mit Begriffen wie 'Entwicklung'/'Modernisierung' oder 'nationales Interesse'/'nationale Sicherheit' bieten David Campbell, „On dangers and their interpretation“, in: ders., *Writing National Security: U.S. Foreign Policy and the Politics of Identity*. Minneapolis 1992, S. 1-16; Michael E. Latham, *Modernization as Ideology. American Social Science and 'Nation Building' in the Kennedy Era*. Chapel Hill 2000; Antony G. Hopkins, „Development and the Utopian Ideal, 1960-1999“, in: *The Oxford History of the British Empire. Vol. V: Historiography*, S. 635-652; Frederick Cooper, Randall

Eine Analyse der amerikanisch-afrikanischen Beziehungen unter kulturellen und ideengeschichtlichen Gesichtspunkten steht überraschenderweise noch immer aus. Selbst die Auswirkungen rassistischer Denkmuster auf die Afrikabilder der US-Politiker werden von den Verfassern der oben genannten Studien zur amerikanischen Afrikapolitik nur unzureichend beachtet und nicht als handlungsstrukturierende Kategorie begriffen. Es ist daher notwendig, die in ihren Arbeiten vertretenen Urteile einer kritischen Überprüfung zu unterziehen.<sup>29</sup> Wichtige Impulse für die vorliegende Untersuchung gingen von den Ergebnissen der *Post-Colonial Studies* aus. Die unter dem Label 'Postkolonialismus' zusammengefassten Arbeiten zeigen die Konstruiertheit westlicher Vorstellungen über außereuropäische Kulturen und die Funktion dieser Bilder und sprachlicher Konventionen bei der Legitimation von Machtverhältnissen. Eine bedeutende Rolle bei der Entstehung dieser Forschungsrichtung spielten die Arbeiten von Edward W. Said, der in seinem Buch „Orientalism“ (1978) die Darstellungen des Nahen Ostens in westlichen literarischen und wissenschaftlichen Texten als „ideas, beliefs, clichés“ enttarnte.<sup>30</sup> Nach Einschätzung Saids gaben die Beschreibungen weniger Aufschluss über die Gegebenheiten im Nahen Osten als über die Überzeugung der Kommentatoren von der Überlegenheit der eigenen Kultur und einem damit verbundenen europäischen Herrschaftsanspruch: „[T]his way of knowing the ‘Orient’ (...) [was] a way of maintaining power over it.“<sup>31</sup> Die in den Texten enthaltenen klaren Abgrenzungen zwischen den Menschen im Nahen Osten und den Mitgliedern der eigenen Gesellschaft erfüllten zudem eine wichtige Funktion bei der Konstruktion der eigenen bzw. westlichen Identität. Der

---

Packard (Hrsg.), *International Development and the Social Sciences. Essays on the History and Politics of Knowledge*. Berkeley 1997; John Brohman, „Universalism, Eurocentrism, and Ideological Bias in Development Studies: From Modernisation to Neoliberalism“, in: *Third World Quarterly* 16 (1995), S. 121-140; Peter J. Katzenstein (Hrsg.), *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*. New York 1996; Henry W. Brands, „The Idea of the National Interest“, in: *Diplomatic History* 23 (1999), S. 239-261.

<sup>29</sup> Es liegen zwar einige Studien über dominante Afrikabilder in der amerikanischen Öffentlichkeit vor, die Autoren dieser Arbeiten setzten sich aber nicht mit den Auswirkungen dieser Bilder auf politische Entscheidungen auseinander (siehe Cornelia Sears, *Africa in the American Mind, 1870-1955. A Study in Mythology, Ideology and the Reconstruction of Race*. Ann Arbor 1998; Staniland, *American Intellectuals and African Nationalists*; Dennis Hickery, Kenneth C. Wylie, *An Enchanting Darkness. The American Vision of Africa in the Twentieth Century*. East Lansing 1993; Michael McCarthy, *Dark Continent. Africa as Seen by Americans*. Westport 1983; George Shepperson, *Africa in American History and Literature*. Oxford 1979. Von den auf Seite 7 genannten Autoren beschäftigt sich lediglich Leimgruber am Rande mit dem Einfluss von Fremdbildern und Selbstbildern auf die Ausrichtung der amerikanischen Afrikapolitik.

<sup>30</sup> Edward W. Said, *Orientalism*. London 1978, S. 105.

<sup>31</sup> Ashcroft, Griffiths, *Key Concepts in Post-Colonial Studies*, S. 72.

‘Orient’ wurde zu einem Zerrspiegel, durch den sich der Westen definierte, legitimierte und feierte.<sup>32</sup> Seit der Veröffentlichung von „Orientalism“ entstand eine Reihe von Studien, die ähnliche Tendenzen in der europäischen Auseinandersetzung mit afrikanischen Kulturen und Gesellschaften nachwiesen. Viele dieser vorurteilsbehafteten Dichotomien in europäischen Texten prägten auch den amerikanischen Diskurs über außereuropäische Kulturen. Die Ergebnisse von Said und anderen Autoren sollten in der Geschichte der internationalen Beziehungen stärkere Berücksichtigung finden. Stellungnahmen und Bilder über außereuropäische Kulturen, die in politischen Memoranden auftauchen, müssen ebenso kritisch hinterfragt werden wie Darstellungen in literarischen Texten.

Für ein besseres Verständnis der Wirkungsweisen von Stereotypen und Vorurteilen wird im Rahmen der vorliegenden Arbeit zudem auf die Erkenntnisse der Kognitionspsychologie zurückgegriffen. Internationale Beziehungen entstehen aus sozialen Handlungen und werden durch persönliche Kontakte beeinflusst. Die von den Kognitionspsychologen aufgestellten Modelle der Informationsverarbeitung zeigen, wie sich Menschen – und damit auch Politiker – in ihrer Umwelt orientieren. Das „umweltverarbeitende menschliche Subjekt“ bildet von außen kommende Reize und Informationen nicht „passiv-rezeptiv“ ab,

---

<sup>32</sup> Während die Postkolonialismus-Debatte zunächst vorwiegend von Literaturwissenschaftlern geführt wurde, erschienen seit den 1980er Jahren auch Arbeiten aus anderen Fachbereichen, die dem Label ‘Postkolonialismus’ zugeordnet werden. Ashcroft und Griffiths betonten in ihrer Einführung „Key Concepts in Post-Colonial Studies“: „‘Post-colonialism/ postcolonialism’ is now used in wide and diverse ways to include the study and analysis of European territorial conquest, the various institutions of European colonialisms, the discursive operations of empire, the subtleties of subject construction in colonial discourse and the resistance of those subjects, and, most importantly perhaps, the differing responses to such incursions and their contemporary colonial legacies in both pre- and post-independence nations and communities.“ (Ashcroft, Griffiths, *Key Concepts in Post-Colonial Studies*, S. 187). Viele postkolonialistische Arbeiten stehen in der Tradition von Michel Foucault, dessen diskurstheoretischer Ansatz viel zur Entstehung eines kritischeren Bewusstseins über die Zusammenhänge zwischen Macht und Wissen unter Wissenschaftlern beigetragen hat. Der ‘Diskurs’ bei Foucault bezeichnet ein „system of statements within which the world can be known. It is the system by which dominant groups in society constitute the field of truth by imposing specific knowledges, disciplines and values upon dominated groups.“ (ebenda, S. 42). Eine gute Einführung in die Thesen und wichtigsten Vertreter des Postkolonialismus bieten Robert Young, *White Mythologies. Writing History and the West*. London 1990; ders. *Postcolonialism. A Historical Introduction*. London 2001; Ania Loomba, *Colonialism/ Postcolonialism*. New York 1998; Vera und Ansgar Nünning, „Fictions of Empire and the Making of Imperialist Mentalities: Colonial Discourse and Post-Colonial Criticism as a Paradigm for Intercultural Studies“, in: *Intercultural Studies: Fictions of Empire*. Hrsg. v. Vera u. Ansgar Nünning. Heidelberg 1996, S. 7-31; Francis Barker, Peter Hulme, *Colonial Discourse. Postcolonial Theory*. Manchester 1994; Bill Ashcroft, Gareth Griffiths, *The Empire Writes Back. Theory and Practice in Post-Colonial Literatures*. London 1989; David A. Washbrook, „Orient and Occidents: Colonial Discourse Theory and the Historiography of the British Empire“, in: *The Oxford History of the British Empire. Volume V: Historiography*, S. 596-611.

sondern verbindet sie „aktiv-konstruktiv mit vorhandenen kognitiven Strukturen“.<sup>33</sup> Wahrnehmungsfilter oder ‘Perzeptions-Blocker’ sorgen dafür, dass nicht alle eingehenden Informationen vom Menschen in gleicher Weise und zur gleichen Zeit abrufbar sind. Informationen, die von bereits vorhandenen Denkschemata abweichen, werden bei der Interpretation von Ereignissen oft ausgeblendet. Dies erklärt, warum Bilder und Vorstellungen über andere Menschen, Kulturen und Länder sich trotz widersprechender Erfahrungen nur schwer korrigieren lassen. Negative Zwischenfälle hinterlassen oft prägnantere Spuren in der Erinnerung als positive Erlebnisse und können – vor allem auf der Grundlage bereits existierender Negativ-Bilder – die Bewertung neuer Informationen dauerhaft beeinflussen.<sup>34</sup>

### 3. Untersuchungsebenen

Um handlungsleitende Afrikabilder amerikanischer Politiker aufzuzeigen, wird im Rahmen der vorliegenden Arbeit eine Reihe von Quellen herangezogen, die in Studien zur internationalen Geschichte bislang nur wenig Beachtung gefunden haben. Als besonders wertvoll erwies sich die Beschäftigung mit den Quellenbeständen der 1953 entstandenen *United States Information Agency* (USIA) und ihrer Vorgängerorganisationen, die für die Konzeptionierung der amerikanischen Auslandspropaganda in den 1950er und 1960er Jahren zuständig

---

<sup>33</sup> Ralf Nüsse, Norbert Groeben, *Über die Erfindung-en [sic] des radikalen Konstruktivismus. Kritische Gegenargumente aus psychologischer Sicht*. Weinheim 1991, S. 2ff.

<sup>34</sup> Der Begriff ‘Denkschemata’ wurde der Studie von Michael Jochum, *Persönliche Eindrücke auf Gipfeltreffen als Faktor außenpolitischer Urteils- und Entscheidungsbildung: Eisenhower und Chruschtschow. Gipfeldiplomatie im Kalten Krieg, 1955-1960*. Paderborn 1996, S. 34 entnommen. Siehe auch Gottfried Niedhart, „Selektive Wahrnehmung und politisches Handeln: Internationale Beziehungen im Perzeptionsparadigma“, in: *Internationale Geschichte. Themen-Ergebnisse-Aussichten*, S. 141-157; Endel Tulving, Donald M. Thomson, „Encoding Specificity and Retrieval Processes in Episodic Memory“, in: *Psychological Review* 80 (1973), S. 352-373. Eine besondere Bedeutung spielten die Modelle der Informationsverarbeitung bislang im Rahmen der Feinbildforschung (siehe Ragnhild Fiebig-von Hase, Ursula Lehmkuhl (Hrsg.), *Enemy Images in American History*. Oxford 1997; Robert Jervis, *Perception and Misperception in International Politics*. Princeton 1976). Die Politikwissenschaft beschäftigt sich bereits seit Mitte der 1950er Jahre mit der kognitiven Dimension internationaler Beziehungen (siehe u.a. Kenneth E. Boulding, *The Image: Knowledge in Life and Society*. Ann Arbor 1956).

waren.<sup>35</sup> Die auswärtige Kultur- und Informationspolitik diente dazu, die Menschen in anderen Ländern für die amerikanische Politik einzunehmen und ihre Zustimmung für die Absichten der US-Regierung zu gewinnen. Kulturpolitische Initiativen zielten auf eine Verbreitung amerikanischer Normen und Ordnungsvorstellungen, die die Verbindungen zwischen den USA und anderen Regionen festigen und die Durchsetzung amerikanischer Interessen erleichtern sollte.<sup>36</sup> Die Untersuchung der Quellen zur US-Auslandspropaganda bietet eine Reihe von Vorteilen. Die inhaltliche Gestaltung der kulturellen Veranstaltungen und Informationsmedien ermöglicht Rückschlüsse auf Selbstbilder und Wertesysteme der entscheidungstragenden Elite in den USA.<sup>37</sup> Analysen über die kulturellen Neigungen der Zielgruppen und die versuchte Abstimmung der Kommunikationsmittel auf das vorherrschende Bildungsniveau geben Aufschluss über die amerikanische Sichtweise auf die Menschen in den jeweiligen Ländern. Negative Einstellungen gegenüber Vertretern anderer Kulturen treten in den Arbeitsberichten der US-Kulturdiplomaten oft deutlicher

---

<sup>35</sup> Zu den wichtigen Vorgängerorganisationen der USIA zählte das 1948 innerhalb des *State Department* gegründete *United States International Information and Educational Exchange Program* (USIE), das 1952 in der *International Information Administration* (IIA) aufging. Mit der Gründung der USIA entstand erstmals eine eigenständige Behörde für die Umsetzung der amerikanischen Auslandspropaganda. Sie übernahm sowohl die Propagandaprogramme des *State Department* und der *Mutual Security Agency* (siehe dazu Manfred Knapp, *Die Stimme Amerikas. Auslandspropaganda der USA unter der Regierung John F. Kennedys*. Opladen 1972, S. 31) als auch die Verwaltung der Informationsprogramme in Deutschland, Japan und Österreich. Die Personenaustauschprogramme wurden weiterhin vom *State Department* organisiert, das auch für die Festsetzung der politischen Richtlinien für die Konzeptionierung der Auslandspropaganda verantwortlich blieb. Der kontinuierliche Ausbau der US-Auslandswerbung nach 1948 hing eng mit dem Kalten Krieg und den Bemühungen um eine Ausweitung amerikanischer Einflusszonen zusammen. Einen guten Überblick über die Entwicklung der US-Auslandspropaganda bietet Frank Schumacher, *Kalter Krieg und Propaganda. Die USA, der Kampf um die Weltmeinung und die ideelle Westbindung der Bundesrepublik Deutschland, 1945-1955*. Köln 1997. Siehe auch Frank A. Ninkovich, *U.S. Information Policy and Cultural Diplomacy*. New York 1996; Knapp, *Die Stimme Amerikas*; Shawn J. Parry-Giles, „The Eisenhower Administration’s Conceptualization of the USIA: The Development of Overt and Covert Propaganda Strategy”, in: *Presidential Studies Quarterly* 14 (1994), S. 263-277.

<sup>36</sup> Diese Zielsetzung rechtfertigt die Verwendung des Begriffs ‘Propaganda’ für die US-Auslandswerbung (so auch Knapp, *Die Stimme Amerikas*, S. 95). Der in dieser Studie verwendete ‘Propaganda’-Begriff orientiert sich an Terrence H. Qualter, der Propaganda als “deliberate attempt by some individual or group to form, control, or alter the attitudes of other groups by the use of the instruments of communication” beschreibt (Terrence H. Qualter, *Propaganda and Psychological Warfare*. New York 1962, S. 27).

<sup>37</sup> Die Wahrnehmung der amerikanischen Propaganda durch die afrikanische Bevölkerung und die Erfolge der einzelnen Programme kann im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden. Es gibt kaum Quellen, die es ermöglichen, gesicherte Aussagen über die Reaktionen der Bevölkerung in der Goldküste/Ghana zu treffen. Die Berichte der US-Kulturattachés über Erfolge oder Niederlagen bieten keine objektiven Darstellungen der Auswirkungen der kulturpolitischen Initiativen. Die Stimmung innerhalb der afrikanischen Bevölkerung wurde von Seiten der US-Diplomaten oft fehlinterpretiert. Darüber hinaus wurden Misserfolge in den Arbeitsberichten für die zuständigen Stellen in Washington oft verschwiegen.

zutage als in den Mitteilungen der US-Botschafter, die sich selten mit umfassenden Charakterstudien über die Bevölkerung in ihren Einsatzorten beschäftigten. Da akute Krisen in bilateralen Beziehungen nicht zu einer sofortigen Modifikation des kulturpolitischen Auftrags führen, ist die Auseinandersetzung mit der US-Kulturpolitik zudem besonders geeignet, langfristige Tendenzen und dominante Argumentationsmuster innerhalb der amerikanischen Außenpolitik sichtbar zu machen.<sup>38</sup>

Die vorliegende Arbeit setzt sich zudem mit der Rolle der amerikanischen Entwicklungshilfe in Rahmen der US-Afrikapolitik auseinander. Wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen wurden oft als Disziplinierungsinstrument benutzt, um die Entwicklungen in der ‘Dritten Welt’ im amerikanischen Sinne zu beeinflussen. Die Hilfsinitiativen der US-Regierung sollten den USA das Wohlwollen der Empfängerstaaten sichern und pro-amerikanische Führungen gegenüber ‘unliebsamen’ Regimen stärken. Die Streuung der US-Hilfe in Afrika spiegelt daher die amerikanische Haltung gegenüber der politischen Orientierung der einzelnen Staaten. Darüber hinaus sollte die Entwicklungshilfe – ähnlich wie die US-Auslandspropaganda – die globale Verbreitung amerikanischer Werte und

---

<sup>38</sup> Trotz der mit der Analyse der US-Auslandswerbung verbundenen Erkenntnismöglichkeiten haben die kulturpolitischen Initiativen der USA in Afrika bislang nicht das Interesse von Historikern gefunden. Die einzige wissenschaftliche Beschäftigung mit den amerikanischen Kultur- und Informationsprogrammen in Afrika bietet eine 1987 erschienene Dissertation aus dem Bereich der Politikwissenschaft von Donald R. Culverson mit dem Titel *Propaganda and National Interests: USA Policy Toward West and Central Africa, 1957–1973*. Diss. University of California 1987. Culverson geht allerdings nicht auf die amerikanischen Propagandainitiativen vor 1957 ein, die im Rahmen dieser Studie von besonderem Interesse sind. Darüber hinaus setzt er sich nur in Ansätzen mit dem Inhalt der kulturpolitischen Programme auseinander. In der Überblicksdarstellung von Knapp wird die Auslandspropaganda der Kennedy-Administration in Afrika auf zwei Seiten abgehandelt (siehe Knapp, *Die Stimme Amerikas*, S. 72ff.). Die einzige Ausnahme bildet die Präsentation der amerikanischen Rassentrennung durch die US-Auslandswerbung in Afrika, die von Penny M. Von Eschen und Mary L. Dudziak untersucht worden ist (siehe Penny M. Von Eschen, „Who is the Real Ambassador? Exploring Cold War Racial Ideology“, in: *Cold War Constructions. The Political Culture of United States Imperialism, 1945-1966*, S. 110-131; Mary L. Dudziak, *Cold War Civil Rights. Race and the Image of American Democracy*. Princeton 2000). Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Umsetzung der amerikanischen Auslandspropaganda in anderen Regionen steht ebenfalls erst am Anfang. Die bislang erschienenen Studien konzentrieren sich auf die amerikanischen Strategien in einigen wenigen europäischen Ländern (z.B. in Deutschland oder Österreich), der Sowjetunion und Teilen Lateinamerikas, während das amerikanische Vorgehen in anderen Ländern bislang wenig Beachtung gefunden hat (siehe u.a. Walter L. Hixon, *Parting the Curtain: Propaganda, Culture and the Cold War, 1945-1961*. New York 1997; Scott Lucas, *Freedom's War: The American Crusade against the Soviet Union*. New York 1997; Schumacher, *Kalter Krieg und Propaganda*; Reinhold Wagenleiter, *Coca-Colonisation und Kalter Krieg. Die Kulturmission der USA in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg*. Wien 1991). Seit 2003 liegt zudem ein Aufsatz über die US-Kulturpolitik in Südostasien von Marc Frey, „Tools of Empire: Persuasion and the United States Modernization Mission in Southeast Asia“, in: *Diplomatic History* 27 (2003), S. 543-568 vor.

Wirtschaftsvorstellungen fördern und wurde daher auch auf einer kulturellen Ebene wirksam. Die Ausrichtung der Hilfsprogramme zeigt, welche Wirtschaftskonzepte die Amerikaner in Afrika verwirklicht sehen wollten und welche Haltung die USA gegenüber Bemühungen um einen eigenständigen afrikanischen Entwicklungsweg einnahmen. Der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank fungierten aufgrund des großen Einflusses der Vereinigten Staaten innerhalb der beiden Organisationen oft als verlängerter Arm der US-Regierung. Die Projekte der Bretton-Woods-Zwillinge in Afrika finden im Rahmen dieser Studie daher ebenfalls Berücksichtigung.<sup>39</sup>

Weitere Einblicke in die amerikanische Position gegenüber den Entwicklungen in Afrika bieten die US-Initiativen im Bereich der afrikanischen Gewerkschaftsbewegung. Die Beeinflussung der Gewerkschaften galt als ein geeignetes Mittel, um die Etablierung westlicher Wirtschaftskonzepte und Zivilisationsentwürfe in Afrika voranzutreiben und kommunistische Tendenzen zurückzudrängen. Das große Interesse amerikanischer Entscheidungsträger an einer Manipulation der Diskussionen unter afrikanischen Gewerkschaftlern, unterstreicht den Sinn einer Untersuchung, die sich nicht auf eine Betrachtung der Akten des *State Department* oder der Aufzeichnungen der außenpolitischen Berater im Weißen Haus beschränkt. Bei den Bemühungen um eine Beeinflussung der afrikanischen Gewerkschaftsbewegung arbeitete die US-Regierung eng mit dem Dachverband der amerikanischen Gewerkschaften *American Federation of Labor & Congress of Industrial Organizations* (AFL-CIO) zusammen. Wertvolle Hinweise für die vorliegende Arbeit lieferte die 2001 erschienene Studie von John Charles Stoner, „Anti-Communism, Anti-Colonialism, and African Labor: The AFL-CIO in Africa, 1955-1975“, die sich auf eine Auswertung der Aktenbestände der AFL-CIO stützt.<sup>40</sup>

---

<sup>39</sup> Zur amerikanischen Entwicklungspolitik in den 1950er und 1960er Jahren siehe u.a. Latham, *Modernization as Ideology*; James M. Hagen, Veron W. Ruttan, „Development Policy under Eisenhower and Kennedy“, in: *Journal of Developing Areas* 23 (1988), S. 1-30; Yvonne Baumann, *John F. Kennedy und 'Foreign Aid.' Die Auslandshilfepolitik der Administration Kennedy unter besonderer Berücksichtigung des entwicklungspolitischen Anspruchs*. Stuttgart 1990. Eine gute Einführung in die Entscheidungsprozesse und Vorgehensweise der Weltbank und des IWF bieten die Darstellungen von Rainer Tetzlaff, *Weltbank und Währungsfond – Gestalter der Bretton-Woods-Ära. Kooperations- und Integrations-Regime in einer sich dynamisch entwickelnden Weltgesellschaft*. Opladen 1996 und ders., *Die Weltbank: Machtinstrument der USA oder Hilfe für Entwicklungsländer? Zur Geschichte und Struktur der modernen Weltgesellschaft*. München 1980.

<sup>40</sup> John C. Stoner, *Anti-Communism, Anti-Colonialism, and African Labor: the AFL-CIO in Africa, 1955-1975*. Diss. Columbia University 2001. Die Unterlagen der USIA enthalten ebenfalls

Als sinnvoll erwies sich zudem die Einbeziehung zeitgenössischer Texte aus dem Bereich der Soziologie, Politik-, Geschichts- und Wirtschaftswissenschaften in die Analyse. Da sich wissenschaftliche Forschung – ebenso wie politische Entscheidungsprozesse –, nicht in einem luftleeren Raum vollzieht, sondern in einem bestimmten gesellschaftlichen Kontext, verfügen auch Wissenschaftler nicht über einen direkten oder privilegierten Zugang zur Wirklichkeit. US-Wissenschaftler gehörten in den 1950er und 1960er Jahren ähnlich wie die Diplomaten und Politiker fast ausschließlich der amerikanischen Elite an und standen in einem engen wechselseitigen Beeinflussungsverhältnis mit der Politik. Wissenschaftliche Texte sind daher ein wichtiger Spiegel zeitgenössischer Denkweisen und Wissensformen und wirken gleichzeitig aufgrund der ihnen zugesprochenen besonderen Autorität auf den aktuellen Diskurs zurück. Die amerikanischen Universitäten und Forschungsinstitute waren zudem in den 1950er und 1960er Jahren in die Konzeptionierung der US-Auslandspropaganda und der Entwicklungspolitik eingebunden und müssen auch aus diesem Grund in den Blick genommen werden.<sup>41</sup>

---

Informationen über das Engagement amerikanischer Gewerkschaftler in Afrika. Bereits 1969 verwies Ronald Radosh in seiner Studie „American Labor and United States Foreign Policy“ auf die Kooperation zwischen den amerikanischen Gewerkschaften und den US-Administrationen bei der Durchsetzung außenpolitischer Interessen: „Union leaders (...) not only supported Administration foreign policy; they became the most vociferous advocates of a firm stand on behalf of State Department goals. (...) From the days of the First World War to the war in Vietnam, American organized labor has officially supported both aims and purposes of U.S. foreign policy, in the hope that such support would give the working class a share of the great American pie.“ (Ronald Radosh, *American Labor and United States Foreign Policy*. New York 1969, S. 4, 452). Radosh beschäftigt sich allerdings nur mit den Initiativen der US-Gewerkschaften in Lateinamerika und Europa, während er die Rolle der AFL-CIO in Afrika nicht in den Blick nimmt. Die AFL-CIO entstand 1955 durch die Vereinigung von AFL und CIO.

<sup>41</sup> Siehe Aron L. Friedberg, „Science, the Cold War, and the American State“, in: *Diplomatic History* 20 (1996), S. 107-118; Christopher Simpson, *Science of Coercion: Communication Research and Psychological Warfare, 1945-1960*. New York 1994; Roger L. Geiger, *Research and Relevant Knowledge: American Research Universities since World WAR II*. New York 1993. Zu den Grenzen und der Zeitgebundenheit wissenschaftlicher Erkenntnis siehe u.a. Peter Novick, *That Noble Dream: The 'Objectivity Question' and the American Historical Profession*. Cambridge 1999; Reinhart Koselleck, *Objektivität und Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft*. München 1977.

#### 4. Aufbau der Arbeit

Anders als in den meisten wissenschaftlichen Darstellungen der amerikanischen Außenpolitik wird die Gliederung der vorliegenden Studie nicht durch die Abfolge der amerikanischen Präsidentschaften bestimmt. Die Analyse des ausgewählten Quellenmaterials zeigte, dass Änderungen in der amerikanischen Haltung nur selten mit dem Wechsel der Personen an der Spitze der US-Regierung zusammenhingen. Entscheidend für Zäsuren im amerikanischen Vorgehen waren dagegen Wandlungsprozesse in Afrika oder die Intensität des Afrikaengagements von Seiten der Sowjetunion. Die hohe personelle Kontinuität innerhalb der amerikanischen Regierung unterhalb der direkten Führungsebene spricht ebenfalls gegen eine Einteilung der Untersuchung anhand wechselnder Administrationen. Der Amtsantritt eines neuen Präsidenten führte nicht zu einem Austausch aller Diplomaten und Politiker. Personen wie Joseph Palmer II. und Joseph C. Satterthwaite hatten beispielsweise sowohl in den 1950er als auch in den 1960er Jahren wesentlichen Einfluss auf die Formulierung der amerikanischen Afrikapolitik.<sup>42</sup> Dieser Punkt ist vor allem deshalb bedeutend, da sich die US-Präsidenten nur in Ausnahmefällen direkt in die Gestaltung des amerikanischen Vorgehens in Afrika einschalteten. Sie konzentrierten sich stattdessen in erster Linie auf die Entwicklungen in Europa, Lateinamerika oder Asien, da diese Regionen von größerem strategischen Interesse für die USA waren.

Die Eingrenzung des Untersuchungszeitraums auf die Jahre von 1950 bis 1966 orientiert sich an wichtigen Ereignissen innerhalb der amerikanisch-ghanaischen Beziehungen. Die Ankunft des ersten, für die Umsetzung der US-Auslandspropaganda zuständigen *Public Affairs Officer* im Jahr 1950 markierte den Auftakt der amerikanischen Bemühungen, die Entwicklungen in der Goldküste im amerikanischen Sinne zu beeinflussen. Das Jahr 1966 brachte den Sturz des ersten ghanaischen Staatschefs Kwame Nkrumah, der eine neue Phase in den amerikanisch-ghanaischen Beziehungen einleitete. Um dem Bild der amerikanischen Politik größere Tiefenschärfe zu verleihen, werden auch die

---

<sup>42</sup> Joseph Palmer II war von 1956 bis 1958 *Deputy Assistant Secretary of State for African Affairs*, von 1958 bis 1960 amerikanischer Generalkonsul in Südrhodesien, von 1960 bis 1963 amerikanischer Botschafter in Nigeria und ab 1966 *Assistant Secretary of State for African Affairs*.

amerikanischen Reaktionen auf die Entwicklungen in anderen afrikanischen Regionen in die Untersuchung einbezogen.

Der Hauptteil der folgenden Arbeit beginnt mit einer Einführung in die Voraussetzungen der amerikanischen Afrika-/Ghanapolitik in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Aufgezeigt werden die dominanten Afrikabilder von US-Politikern, Journalisten und Wissenschaftlern, die Auswirkungen auf die amerikanische Position gegenüber dem Kolonialismus in Afrika in den 1950er und frühen 1960er Jahren hatten. Eine Auseinandersetzung mit der Entstehung und Bedeutung rassistischer Ideen in den USA zeigt die Zusammenhänge dieser Bilder mit älteren Vorstellungen über den Charakter und die Fähigkeiten der Menschen in Afrika. Zu den wichtigen Grundlagen für ein Verständnis des amerikanischen Vorgehens zählt zudem ein kurzer Abriss der britischen Dekolonisationspolitik, die aufgrund des besonderen Zuschnitts dieser Arbeit auf die Entwicklungen in der Goldküste im Vordergrund des Interesses steht (Kapitel II).<sup>43</sup> Nach diesen einleitenden Überlegungen folgt eine Analyse der amerikanischen Haltung gegenüber dem Reformprozess in der Goldküste bis zum Vorabend der Unabhängigkeit 1954/1955. Die amerikanischen Bemühungen um eine Beeinflussung der Entwicklungen konzentrierten sich in diesem Zeitraum auf Initiativen im Bereich der Kultur- und Informationspolitik, die sowohl in ihrer inhaltlichen Gestaltung als auch in ihrer praktischen Umsetzung untersucht werden sollen (Kapitel III). Kapitel IV beschäftigt sich mit den Reaktionen amerikanischer Politiker auf das Ende der Kolonialherrschaft in der Goldküste und auf die Unabhängigkeitswelle in Afrika im Jahr 1960. Die Einstellungen der amerikanischen Entscheidungsträger gegenüber den Entwicklungen in Afrika nach dem Souveränitätswechsel werden anhand einiger prägnanter Problemfelder (Einparteienherrschaft, Panafrikanismus, Blockfreiheit, afrikanischer Sozialismus)

---

Joseph C. Satterthwaite war 1958 bis 1960 *Assistant Secretary of State for African Affairs* und von 1961 bis 1965 amerikanischer Botschafter in Südafrika.

<sup>43</sup> Besondere Aufmerksamkeit soll in diesem Zusammenhang den britischen Initiativen im Bereich der Kulturpolitik zukommen. Die britische Kulturpolitik in den Kolonien hat in der Forschung bislang nur wenig Beachtung gefunden, bietet aber deutliche Belege für die These, dass die Briten ihren Einfluss auch nach dem Ende der Kolonialherrschaft aufrechterhalten wollten. Die wenigen Untersuchungen, die zur britischen Auslandpropaganda in Afrika vorliegen, behandeln lediglich die Strategien zur Zeit des Zweiten Weltkrieges (siehe z.B. Rosaleen Smyth, „The British Colonial Film Unit and Sub-Saharan Africa, 1939-1945“, in: *Historical Journal of Film, Radio and Television* 8 (1988), S. 285-298; Kate Morris, *British Techniques of Public Relations and Propaganda for Mobilizing East and Central Africa During World War II*. Lewiston 2000).

exemplarisch untersucht. Kapitel V zeigt die Ursachen für die Radikalisierung des außenpolitischen Auftretens des ghanaischen Staatschefs Kwame Nkrumah und beleuchtet die Wahrnehmung seiner Kampagnen gegen Kolonialismus und ‘Neo-Kolonialismus’ durch Vertreter der US-Regierung. Weiteren Aufschluss über die amerikanische Haltung gibt ein Vergleich der amerikanischen Ghanapolitik mit den US-Beziehungen zu Nigeria, da die nigerianische Regierung eine grundsätzlich andere Politik gegenüber den ehemaligen Kolonialmächten verfolgte als Nkrumah. Beleuchtet wird zudem die Rolle der USA bei dem Militärputsch gegen den ghanaischen Präsidenten im Februar 1966. Kapitel VI fasst die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zusammen und bietet eine kurze Auseinandersetzung mit dem Wandel des Nkrumah-Bildes in der westlichen Wissenschaft vom Zeitpunkt seines Sturzes bis heute.

## 5. Wichtige Archive und Dokumentengruppen

Für die vorliegende Arbeit wurden Quellen in verschiedenen US-amerikanischen Archiven ausgewertet. Viele wichtige Dokumente zur amerikanischen Afrikapolitik finden sich in den *National Archives*, College Park, Maryland, wo sowohl die Akten des *State Department* als auch Teile der Bestände der USIA und ihrer Vorgängerorganisationen aufbewahrt werden. Als besonders hilfreich erwiesen sich die *Decimal Files* (1950-1963) und *Subject-Numeric Files* (1964-1969) der *Record Group 59* [*Records of the Department of State*]. Diese Aktenbestände enthalten die Korrespondenz zwischen dem *State Department* und den amerikanischen Auslandsvertretungen und sind nach thematischen Gesichtspunkten geordnet.<sup>44</sup> Informationen über die *International Information* und *Educational and Cultural Relations* der USA finden sich beispielsweise in der Kategorie 500 der *Decimal Files*.<sup>45</sup> Die Kategorie 600 der *Decimal Files*

---

<sup>44</sup> Die Telegramme, die den größten Teil des Schriftverkehrs zwischen dem *State Department* und den US-Auslandsvertretungen ausmachen, sind meist in verkürzter ‘Telegramm-Sprache’ verfasst. Dadurch erklärt sich die Auslassung von Füllwörtern und die gelegentlichen grammatikalischen ‘Ungenauigkeiten’.

<sup>45</sup> Bei den *Subject-Numeric Files* finden sich die Unterlagen zu den *International Information* und *Educational and Cultural Relations* unter den Rubriken CUL [*Cultural Activities USIS*], EDU

behandelt *International Relations*, die Kategorie 700 *Internal Political and National Defense Affairs*. Bei den nach verwaltungstechnischen Gesichtspunkten geordneten Aktenbeständen waren vor allem die Unterlagen des *Bureau of African Affairs* entscheidend, die die Entwicklung und Arbeit der für die Formulierung der amerikanischen Afrikapolitik zuständigen Abteilungen im Außenministerium dokumentieren. Aufschlussreich waren zudem die Akten des *Policy Planning Staff*, des Planungsstabs im *State Department*, der sich mit der Ausarbeitung grundsätzlicher Analysen über internationale Entwicklungen beschäftigte und Empfehlungen für das außenpolitische Vorgehen der USA aufstellte.<sup>46</sup> Ergänzend zu den Unterlagen in der Kategorie 500 der *Decimal Files* wurden die Aktenbestände des *Bureau of Public Affairs* and des *Bureau of Cultural Affairs* ausgewertet, um die „psychologische[ ] Ebene der amerikanischen Außenpolitik“ zu analysieren.<sup>47</sup> Die *Records Relating to Exhibits in Foreign Countries* und die *Records of the Inspection Staff* der USIA in der *Record Group 306* [*Records of the United States Information Agency*] bieten Informationen über die Umsetzung der US-Auslandspropaganda vor Ort. Die *Record Group 306* beinhaltet zudem die Akten des *Office of Research and Analysis*. Hier sind Untersuchungen und Meinungsumfragen gesammelt, die für die inhaltliche Gestaltung der US-Auslandspropaganda wichtig waren.

Als sinnvoll erwies sich außerdem die Auswertung der Aktenbestände der Präsidentenarchive von Dwight D. Eisenhower (Abilene, Kansas), John F. Kennedy (Boston, Massachusetts) und Lyndon B. Johnson (Austin, Texas). Von besonderem Interesse waren die Aufzeichnungen und Memoranden der Mitarbeiter im Weißen Haus, die *Records of the White House Office* (Dwight D. Eisenhower Library) und die *National Security Files* der John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson Library, die die Arbeitsunterlagen des Nationalen Sicherheitsrats enthalten. Weitere wichtige Informationen über das amerikanische Vorgehen in Ghana finden sich im Nachlass

---

[*Education and Culture*] und INF [*Information Activities*]. Im Vergleich zu den Beständen der *Decimal Files* bieten die *Subject-Numeric Files* jedoch nur wenige Informationen über die Gestaltung der US-Auslandspropaganda. Viele Ordner enthalten nicht mehr als drei bis vier Dokumente.

<sup>46</sup> Zu den Aufgaben des *Policy Planning Staff* siehe <http://www.state.gov/s/p/>: „[T]he Policy Planning Staff serves as a source of independent policy analysis and advice for the Secretary of State. The Policy Planning Staff’s mission is to take a longer term, strategic view of global trends and frame recommendations for the Secretary of State to advance U.S. interests and American values.“

<sup>47</sup> Schumacher, *Kalter Krieg und Propaganda*, S. 32.

des Industriellen Edgar F. Kaiser (Bancroft Library, University of California, Berkeley, Kalifornien). Die *Kaiser Aluminium and Chemical Corporation* war in den 1960er Jahren am Bau eines Staudammprojekts in Ghana beteiligt. Der Briefwechsel zwischen Edgar F. Kaiser und dem Vizepräsidenten der *Kaiser Aluminum and Chemical Corporation*, Chad F. Calhoun, dokumentiert die Sicht eines amerikanischen Industriellen auf die Ereignisse und bietet – aufgrund der engen persönlichen Beziehungen zwischen Chad F. Calhoun und Nkrumah – Einblick in die ‘Stimmungslage’ des ghanaischen Präsidenten.

Darüber hinaus stützt sich die vorliegende Untersuchung auf veröffentlichte Quellensammlungen. Zu erwähnen sind hier vor allem die Bände der *Foreign Relations of the United States*<sup>48</sup> bzw. die *British Documents of the End of Empire*<sup>49</sup>, die Aufschluss über britische Absichten und Pläne in Afrika geben.

## **Kapitel II – Die Voraussetzungen der amerikanischen Afrikapolitik in den 1950er und 1960er Jahren**

### **1. Rassistische Hierarchien und ihre gesellschaftliche Funktion: Genese einer Bewusstseinsform**

Rassistische Weltbilder und Denkstereotypen übten in den 1950er und 1960er Jahren (und üben noch heute) einen bestimmenden Einfluss auf die Gestaltung internationaler Beziehungen aus. Paul Gordon Lauren betont in seiner Studie

---

<sup>48</sup> U.S. Department of State: *Foreign Relations of the United States* [im Folgenden FRUS], 1950, Vol. V, *The Near East, South Asia, and Africa*. Washington D.C. 1978; *FRUS, 1951, Vol. V, The Near East and Africa*. Washington D.C. 1982; *FRUS, 1952-1954, Vol. III, United Nations Affairs*. Washington D.C. 1979; *FRUS, 1952-1954, Vol. XI, Africa and South Asia*. Washington D.C. 1983; *FRUS, 1955-1957, Vol. XVIII, Africa*. Washington D.C. 1989; *FRUS, 1958-1960, Vol. XIV, Africa*. Washington D.C. 1992; *FRUS, 1961-1963, Vol. XXI, Africa*. Washington D.C. 1995; *FRUS, 1961-1963, Vol. VIII, National Security Policy*. Washington D.C. 1996; *FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, Africa*. Washington D.C.

<sup>49</sup> Richard Rathbone (Hrsg.), *British Documents on the End of Empire* [im Folgenden BDEE]. *Ghana 1941-1957*. 2 Bde. London 1992; Ronald Hyam (Hrsg.), *BDEE. The Labour Government and the End of Empire, 1945-1951*. 4. Bde. London 1992; David Goldsworthy (Hrsg.), *BDEE. The Conservative Government and the End of Empire, 1951-1957*. 3 Bde. London 1994; Ronald Hyam, Wm. Roger Louis (Hrsg.), *BDEE. The Conservative Government and the End of Empire, 1957-1964*. 2 Bde. London 2000.

„Power and Prejudice: The Politics and Diplomacy of Racial Discrimination“:

„Few issues in our own time have possessed such an overwhelming impact upon the world as race and its most easily identifiable characteristic – color. Indeed, the racial problem has profoundly influenced most of the major developments in contemporary international politics and diplomacy.“<sup>50</sup>

Der Begriff ‘Rassismus’ taucht im englischen Sprachgebrauch erstmals in den 1930er Jahren auf. ‘Rassismus’ ist in der Wissenschaft unterschiedlich definiert worden, bezeichnet jedoch im Kern den gedanklichen Prozess, bei dem „anhand von scheinbaren oder tatsächlichen Rassenmerkmalen eine Unter- und damit eine Überlegenheit einzelner Rassen oder ethnischer Gruppen konstruiert wird (...)“.<sup>51</sup> Biologische, meist phänotypische Eigenschaften gelten als Anzeichen für besondere kulturelle Eigenschaften und bekommen gesellschaftliche Bedeutung. ‘Rassen’ sind keine natürlich vorkommenden Bevölkerungseinheiten, sondern gesellschaftliche Konstruktionen, die durch Bedingungen außerhalb des eigentlichen Betrachtungsgegenstandes bestimmt werden.<sup>52</sup> Den Mitgliedern anderer ‘Rassen’ werden Charakterzüge zugeschrieben, die oft eine Widerspiegelungsform entgegengesetzter Charakterzüge des eigenen Selbst sind. Dieser gedankliche Prozess erfüllt eine wichtige Funktion bei der Konstruktion

---

<sup>50</sup> Lauren, *Power and Prejudice*, S. 1. Siehe auch Frank Füredi, *The Silent War: Racism, Imperialism, and Ideology in the Twentieth Century*. London 1998; ders., *The New Ideology of Imperialism: Renewing the Moral Imperative*. London 1995; Jan Nederveen Pieterse, *Empire and Emancipation: Power and Liberation on a World Scale*. London 1990; Thomas Borstelmann, *The Cold War and the Color Line. American Race Relations in the Global Arena*. Cambridge 2001; Gerald Horne, „Race from Power: U.S. Foreign Policy and the General Crisis of ‘White Supremacy’“, in: *Diplomatic History* 23 (1999), S. 437-462. Eine frühe Auseinandersetzung mit der Problematik bietet Hugh Tinker, *Race, Conflict, and the International Order. From Empire to United Nations*. London 1977.

<sup>51</sup> Christian J. Jäggi, *Rassismus. Ein globales Problem*. Zürich/Köln 1992, S. 34. Eine relativ offene Definition des Begriffs bietet Paul B. Rich, dem zufolge „any form of belief system that rationalises and justifies the assumption that one human group is inferior to another“ als Rassismus bezeichnet werden kann (Paul B. Rich, *Race and Empire in British Politics*. Cambridge 1990, S. 2). Zur Entstehung und Entwicklung rassistischer Ideen liegt auch eine Reihe guter Arbeiten in deutscher Sprache vor. Siehe z.B. Robert Miles, „Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus“, in: *Theorien über Rassismus*. Hrsg. v. Nora Räthzel. Hamburg 2000, S. 17-34; Manfred Kappeler, *Rassismus. Über die Genese einer europäischen Bewußtseinsform*. Frankfurt 1994; Eckhard J. Dittrich, *Das Weltbild des Rassismus*. Frankfurt 1991. Eine knappe Einführung in die unterschiedlichen Definitionsmöglichkeiten des Begriffs ‘Rassismus’ bietet Robert Miles, *Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffes*. Hamburg 1991, S. 57ff.

<sup>52</sup> Siehe dazu die Ausführungen von Lee D. Baker, *From Savage to Negro. Anthropology and the Construction of Race, 1896-1954*. Berkeley 1998, S. 1: „[C]ategories of race (...) have little to do with natural history and a great deal to do with social and political history. (...) Complex political, economic, and cultural processes on a global scale produce various racial constructs that vary during particular periods in history (...)“

der eigenen Identität:

„Ein rassistisches Verhalten äußert sich (...) in zwei komplementären Bewegungen, der Ablehnung des anderen und der Behauptung des eigenen Selbst, die beide zum selben Ergebnis führen: Man festigt die eigene Position gegen den anderen. Psychoanalytisch gesprochen ermöglicht der Rassismus *eine individuelle und kollektive Stärkung des Ichs.*“<sup>53</sup>

Rassenideologische Konstrukte unterstützen die Durchsetzung von Privilegien und Herrschaftsansprüchen. Das mit dem Rassismus einhergehende hierarchische Menschenbild ermöglicht es, soziale Missstände und unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten zu kulturellen und materiellen Ressourcen zu legitimieren. Rassismus wird daher auch als eine „interessensgeleitete Art von selektiver, aber systematisierter Wahrnehmung“ definiert.<sup>54</sup>

Rassistische Denkmuster bestimmten die Haltung vieler US-Politiker und Diplomaten gegenüber den Entwicklungen in Afrika in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Ausgrenzung und diffamierende Stereotypisierungen von Menschen ‘schwarzer’ Hautfarbe bildeten von Beginn an ein konstitutives Element in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Bereits die ersten europäischen Siedler in Amerika waren von der Minderwertigkeit der Menschen in Afrika überzeugt.<sup>55</sup> Fiktionale Texte und Reiseberichte aus dem 17. Jahrhundert charakterisierten die Lebensweise in Afrika als abnormal im Gegensatz zu der als normal empfundenen europäischen Lebensweise. In vielen bildlichen Darstellungen glichen die Afrikaner eher Tieren als Menschen. Die Sklavenwirtschaft in den USA

---

<sup>53</sup> Albert Memmi, *Rassismus*. Frankfurt/M. 1987, S. 160.

<sup>54</sup> George L. Mosse, *Die Geschichte des Rassismus in Europa*. Frankfurt 1990, S. 29. Imanuel Geiss setzt die Entstehung des Rassismus explizit in Verbindung mit der Entwicklung des europäischen Imperialismus und der Notwendigkeit einer „Erklärungs- und Rechtfertigungsideologie“ für die „materielle[], militärische[] und technologische[] Überlegenheit der Europäer“ (Immanuel Geiss, *Geschichte des Rassismus*. Frankfurt 1988, S. 15). Aufgrund des Auftretens von Diskriminierung in ‘nicht-weißen’ Kulturen kann Rassismus jedoch nicht ausschließlich auf seine Funktion als ein Instrument ‘weißer’ Interessensicherung reduziert werden (so auch Jäggi, *Rassismus*, S. 25; Floya Anthias, Nira Yuval-Davis, *Racialized Boundaries: Race, Nation, Gender, Colour, and Class and the Anti-Racist Struggle*. London 1995, S. 15; Miles, *Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffes*, S. 74ff.).

<sup>55</sup> Bereits die antike Kultur besaß einen festgelegten Farbsymbolismus, in dem Weiß eine positive, Schwarz dagegen eine negative Bedeutung hatte. Auch im mittelalterlichen Christentum wurde die Farbe Schwarz meist mit Begriffen wie ‘schmutzig’, ‘düster’ oder ‘unheilvoll’ assoziiert, während Weiß für Tugend und Schönheit stand (siehe ebd., S. 23).

verfestigte diese abwertenden Vorstellungen von der afrikanischen Bevölkerung.<sup>56</sup> Die Annahme einer besonderen Faulheit, Disziplinlosigkeit und Primitivität der Afrikaner bot Möglichkeiten, ihre Ausbeutung und Unterdrückung im Rahmen der Sklaverei zu legitimieren. Die 'Weiterentwicklung' des 'Negers' durch die Befreiung aus seiner ursprünglichen tierähnlichen Existenz wurde zu einer wichtigen rhetorischen Figur im Diskurs der Sklavenhalter. Nach der Abkehr vom Einsatz europäischer *indentured servants* blieb der Begriff 'Sklave' für Menschen 'schwarzer' Hautfarbe reserviert, denen damit der unterste Platz in der menschlichen Hierarchie zugewiesen wurde. Die den Afrikanern zugeschriebenen negativen Charakterzüge galten zunächst jedoch nicht als naturgegeben und unveränderbar. Das 'Anderssein' der 'Neger' wurde vorwiegend durch die äußeren Umstände wie z.B. das extreme afrikanische Klima erklärt. Rassismus im eigentlichen Sinn entstand erst während der Aufklärung. Das neue Interesse an einer Klassifizierung der Menschen und die Bemühungen um eine Rückführung aller sozialen Phänomene auf Naturgesetze schuf die Voraussetzung für die Entwicklung rassistischer Typologien. Der 'Andere' wurde nun als eine „biologisch distinkte Einheit“ begriffen, dessen Fähigkeiten durch „unveränderliche Bedingungen, die der kollektiven Gemeinschaft insgesamt zukamen“, festgelegt waren.<sup>57</sup> In den USA und Europa entstanden neue Wissenschaftszweige, die die Vorstellungen von einer grundsätzlichen Unterlegenheit anderer 'Rassen' durch scheinbar objektive Untersuchungsmethoden legitimierten.<sup>58</sup> Den Afrikanern blieb auch weiterhin der Platz auf den untersten Rängen der menschlichen Hierarchie vorbehalten. Besonders populär war in den USA seit dem frühen 19. Jahrhundert die Phrenologie. Vertreter dieser Wissenschaftsdisziplin versuchten mit Hilfe von

---

<sup>56</sup> Zur Entwicklung des Rassismus im amerikanischen Kontext siehe u.a. Earl Louis, „Race“, in: *Encyclopedia of the United States in the Twentieth Century, Vol. I*. Hrsg. v. Stanley I. Kutler. New York 1996. S. 129-160; Baker, *From Savage to Negro*; Howard Winant, *Racial Conditions: Politics, Theory, Comparisons*. Minneapolis 1994; Thomas C. Holt, „Race, Race-Making, and the Writing of History“, in: *American Historical Review* 100 (1995), S. 1-20; Audrey Smedley, *Race in North America: Origin and Evolution of a Worldview*. Boulder 1993; David Campbell, *Writing Security. United States Foreign Policy and the Politics of Identity*. Manchester 1992, S. 129ff.; Barbara J. Fields, „Slavery, Race and Ideology in the United States of America“, in: *New Left Review* 181 (1990), S. 95-128; Winthrop D. Jordan, *White Over Black: American Attitudes Toward the Negro, 1550-1812*. New York 1977.

<sup>57</sup> Miles, *Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffes*, S. 44.

<sup>58</sup> Laut Robert Miles verdeutlicht der 'Rassen'-Diskurs den „zunehmend internationalen Charakter des wissenschaftlichen Unternehmens, der zugleich seine Formulierung erleichterte“ (ebd., S. 47). Wissenschaftliche Veröffentlichungen wurden oft auf beiden Seiten des Atlantik rezipiert.

Schädelmessungen zu beweisen, dass Menschen afrikanischer Abstammung über ein kleineres Gehirn verfügten als Kaukasier und daher nicht zu denselben Leistungen in der Lage seien. Auch die Ergebnisse der akademischen Anthropologie, die sich in den USA Ende des 19. Jahrhunderts zeitgleich mit der Institutionalisierung der Segregation etablierte, untermauerten solche Thesen. Daniel G. Brinton, der erste Professor für Anthropologie in den Vereinigten Staaten, verortete in seinen Studien die „weiße Rasse oben auf der Liste“, die Afrikaner, die seiner Ansicht nach „die zahlreichen fötalen, kindlichen oder affenähnlichen Merkmale bewahrt“ hatten, dagegen „ganz unten“.<sup>59</sup> Die im Süden des Landes nach der *Reconstruction* (1865-1877) gesetzlich verankerte Trennung der öffentlichen Sphäre für Weiße und Schwarze wurde zu einem Spiegel für die mit der postulierten Minderwertigkeit der ‘Neger’ verbundenen gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen. In dem Verfahren *Plessy vs. Ferguson* bestätigte der Oberste Gerichtshof im Jahr 1896 die Segregationspolitik. Diesem Urteil folgten weitere gesetzliche Regelungen, die den Ausschluss der afroamerikanischen Bevölkerung von einer gleichberechtigten Teilnahme am sozialen Leben zementierten.

Parallel zur systematischen Abwertung außereuropäischer Menschen bekam die Verbindung mit Großbritannien einen neuen Stellenwert in den USA. Die anti-britischen Ressentiments aus der Zeit des Unabhängigkeitskampfes wichen einem neuen Interesse an den gemeinsamen angelsächsischen Ursprüngen. Die Angelsachsen wurden zu den Urvätern der stärksten europäischen Völker stilisiert, die auf Grund von gleichsam angeborenen Tugenden wie Loyalität, Arbeitseifer und Freiheitsliebe besonders zur Durchsetzung freiheitlicher

---

<sup>59</sup> Brinton 1890, zit. nach Dittrich, *Das Weltbild des Rassismus*, S. 21. Neben der Segregation bildeten auch die Eroberungskriege gegen Mexiko (1846-48) und andere Etappen des amerikanischen Imperialismus einen wichtigen Hintergrund für die Entstehung und Entwicklung der Anthropologie in den USA (siehe dazu Baker, *From Savage to Negro*, S. 26ff.; Jacobson, *Barbarian Virtues*). Die amerikanischen Vorstellungen von außereuropäischen Menschen und Kulturen wurden zudem durch die Lehren des Sozialdarwinismus beeinflusst, der ebenfalls Ende des 19. Jahrhunderts aufkam und die ursprünglich auf Charles Darwin zurückgehenden Konzepte der natürlichen Selektion auf die Beziehungen zwischen den ‘Rassen’ übertrug. Herbert Spencer (1820-1903) gilt als der Vater des Sozialdarwinismus. Von seinen *Principles of Sociology* (3 Bde. New York 1898-99) wurden allein in den USA über 300.000 Exemplare verkauft. Informationen über die Bedeutung des Sozialdarwinismus in den USA finden sich in Carl N. Degler, *In Search of Human Nature: The Decline and Revival of Darwinism in American Social Thought*. New York 1991; Norbert Finzsch, „Wissenschaftlicher Rassismus in den USA, 1850-1930“, in: *Wissenschaftlicher Rassismus. Analysen einer Kontinuität in den Human- und Naturwissenschaften*. Hrsg. v. Heidrun Kaupen-Haas u. Christian Saller. Frankfurt/ M. 1999, S. 84-110, v.a. S. 94.

Ordnungen befähigt waren.<sup>60</sup> Wissenschaftler sprachen von einer einheitlichen angelsächsischen Wertetradition, von Banden des Blutes, der Sprache und der Erinnerung, die trotz der politischen und geographischen Trennung weiterbestünden. Diese Ideen übten starken Einfluss auf die amerikanische Perzeption des britischen Kolonialismus in Afrika aus. Das von den Briten zur Legitimation ihrer Herrschaft herangezogene Bild von der 'Bürde des Weißen Mannes' und die britischen Darstellungen der Afrikaner als unmündige Kinder, die aufgrund ihrer fehlenden intellektuellen Reife weder zur Selbstregierung noch zu moralischer Entwicklung fähig waren, wurden nicht in Frage gestellt.<sup>61</sup>

Die Annahme von der Überlegenheit der 'weißen Rasse' und Zivilisation blieb bis ins 20. Jahrhundert hinein ein fester Bestandteil westlichen Selbstverständnisses. Das Vormundschaftsrecht der Europäer über weite Teile der Welt wurde in der Versailler Friedensordnung erneut bestätigt. Auch der für Kolonialfragen zuständige amerikanische Delegierte, George Louis Beer, betonte während der Pariser Gespräche, „[that the Negro is] apparently incapable of advance by his own unaided efforts“.<sup>62</sup> Im Artikel 22 der Völkerbundssatzung wurden die Kolonialgebiete als „[regions] inhabited by peoples not yet able to stand by

---

<sup>60</sup> Siehe Thomas F. Gossett, *Race: The History of an Idea in America*. Dallas 1963, S. 310ff.; Hunt, *Ideology and U.S. Foreign Policy*, S. 78ff.; Reginald Horsman, *Race and Manifest Destiny: The Origins of American Racial Anglo-Saxonism*. Cambridge 1994. Die verstärkte Thematisierung der zivilisatorischen Überlegenheit der angelsächsischen 'Rasse' ging auch auf den breiten Zustrom von Einwanderern aus Irland, Süd- und Osteuropa zurück, der zu neuen Abgrenzungen innerhalb der Gruppe der 'Weißen' führte. Auch in England nahm die Beschäftigung mit den angelsächsischen Ursprüngen im 19. Jahrhundert einen zunehmend rassistischen Beigeschmack an (siehe Mosse, *Die Geschichte des Rassismus in Europa*, S. 90f.).

<sup>61</sup> Die These von der Unmündigkeit der afrikanischen Bevölkerung bildete einen zentralen Bestandteil kolonialistischen Denkens. Jürgen Osterhammel betont: „Die im Kolonialismus des 19. und des 20. Jahrhunderts (...) überwiegende Legitimierung kolonialer Herrschaft bestand nicht im Pochen auf dem Herrenrecht des Eroberers, sondern in dem Anspruch, als Befreier von Tyrannei und geistiger Finsternis eine weltgeschichtliche Mission zu erfüllen. Man berief sich auf die doppelte moralische Pflicht, zum einen den Bewohnern der Tropen die Segnungen der westlichen Zivilisation zu bescheren, zum anderen die 'brachliegenden' Produktivkräfte in Übersee für den allgemeinen Nutzen der Weltwirtschaft zu aktivieren.“ (Osterhammel, *Kolonialismus*, S. 115). Zum Bild der 'weißen Überlegenheit' im Rahmen des Kolonialismus siehe auch Alastair Pennycook, *English and the Discourse of Colonialism*. London 1998; David Spurr, *The Rhetoric of Empire. Colonial Discourse in Journalism, Travel Writing and Imperial Administration*. London 1993; James M. Blaut, *The Colonizer's Model of the World: Geographical Diffusionism and Eurocentric History*. New York 1993. Ähnlich wie in den USA nahmen die Afrikaner auch im britischen Diskurs den Platz am untersten Ende der menschlichen Hierarchie ein (siehe Osterhammel, *Kolonialismus*, S. 95; Pennycook, *English and the Discourse of Colonialism*, S. 55ff.).

<sup>62</sup> Zit. nach Barbara Bush, *Imperialism, Race and Resistance. Africa and Britain, 1919-1945*. London 1999, S. 38. Die berühmten 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilsons (1913-1921) vom 18.1.1918 zielten lediglich auf eine 'gerechte' Regelung kolonialer Ansprüche; den Kolonialismus selbst stellte Wilson nicht in Frage. Zum Inhalt der 14 Punkte siehe Rudolf von

themselves under the strenuous conditions of the modern world“ beschrieben.<sup>63</sup> Die Überzeugung von biologisch determinierten Unterschieden in den geistigen Fähigkeiten einzelner ‘Rassen’ geriet erst in der Zwischenkriegszeit ins Wanken. Während des Zweiten Weltkriegs erschien eine Reihe von Büchern, die dem wissenschaftlichen Rassismus eine Absage erteilten.<sup>64</sup> Der Untergang des Dritten Reiches und das Entsetzen der akademischen Welt über die Instrumentalisierung der Rassen-Idee zur Legitimation der Vernichtung ‘nicht-arischer’ Gruppen trug dazu bei, dass die klassischen Rassentheorien aus dem wissenschaftlichen Diskurs verschwanden.<sup>65</sup> Hinweise auf eine biologische Überlegenheit der eigenen Rasse konnten – zumindest offiziell – nicht länger zur Legitimierung von Diskriminierung und Fremdherrschaft herangezogen werden. Auch die wichtige Stellung von Begriffen wie ‘Demokratie’ und ‘Freiheit’ in der westlichen Kalten-Kriegs-Rhetorik und die Kampagnen der sowjetischen Propaganda gegen Kolonialismus und Segregation führten zu einer Abwendung von den Darstellungsformen der Vorkriegszeit.<sup>66</sup> Unter der Oberfläche existierten rassistische Überzeugungen jedoch in einer modernisierten Form weiter. Die Diskreditierung der Rassentheorien brachte keine vollständige Aufhebung angenommener Hierarchien, sondern in erster Linie einen Wandel der Begrifflichkeiten. Anstatt rassistisch-biologischer Merkmale wurden nun kulturalistische bzw. ökonomische Kategorien herangezogen, um die Rangunterschiede zwischen menschlichen Gruppen zu beschreiben.<sup>67</sup> Die

---

Albertini, „Die USA und die Kolonialfrage (1917-1945)“, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 13 (1965), S. 1-31, S. 4.

<sup>63</sup> Zit. nach Robert H. Jackson, „The Weight of Ideas in Decolonization: Normative Change in International Relations“, in: *Ideas and Foreign Policy: Beliefs, Institutions, and Political Change*. Hrsg. v. Judith Goldstein u. Robert O. Keohane. Ithaca 1993, S. 111-138, S. 121.

<sup>64</sup> Siehe dazu Elazar Barkan, *The Retreat of Scientific Racism. Changing Concepts of Race in Britain and the United States Between the World Wars*. New York 1992. Zu den bekanntesten Arbeiten, die die Unterschiede in den menschlichen Fähigkeiten nicht mehr auf die ‘Rasse’ zurückführten, zählen die Studien des in die USA emigrierten deutschen Anthropologen Franz Boas (1858-1942) und seiner Schülerin Ruth Benedict (1887-1948). Siehe u.a. Frank Boas, *Race Language and Culture*. New York 1940; Ruth Benedict, *Race: Science and Politics*. New York 1940.

<sup>65</sup> Siehe Lewis, „Race“, S. 152; Jackson, „The Weight of Ideas in Decolonization“, S. 135f.; Lauren, *Power and Prejudice*, S. 145ff.

<sup>66</sup> Informationen über die Rolle der amerikanischen Segregation und des europäischen Kolonialismus in der sowjetischen Propaganda finden sich in ebd., S. 200ff., Füredi, *Silent War*, S. 196ff.; Dudziak, *Cold War Civil Rights*.

<sup>67</sup> Siehe dazu die Äußerungen von Bush, *Imperialism, Race and Resistance*, S. 11: „[C]ulture (...) became a polite euphemism for race.“ Ähnlich argumentieren Pennycook, *English and the Discourse of Colonialism*, S. 54f.; Füredi, *Silent War*, S. 217; Hunt, *Ideology and U.S. Foreign Policy*, S. 162; Rich, *Race and Empire in British Politics*, S. 1ff. Heute ziehen Wissenschaftler oft den Begriff ‘Ethnozentrismus’ („of which Eurocentrism is a special case“) zur Bezeichnung der

Segregation prägte auch weiterhin weite Teile des öffentlichen Lebens in den USA. Trotz des Hinweises auf die Prinzipien der „equal rights and self-determination of peoples“ wurde in Artikel 73 der UNO-Charta die in der Völkerbundssatzung festgeschriebene westliche Vormundchaftspflicht wieder aufgenommen.<sup>68</sup> Die Menschen in den Kolonien sollten zunächst einen gewissen ‘Entwicklungsstand’ erreichen, bevor sie in die Unabhängigkeit entlassen werden sollten.<sup>69</sup> Begriffe wie ‘Fortschritt’, ‘Rückständigkeit’, ‘Entwicklung’, ‘Modernität’ und ‘Tradition’ wurden zu neuen Schlüsselkategorien, anhand derer der Wert einer Gesellschaft bemessen wurde. Die ‘notwendige’ Modernisierung der Wirtschaft in der ‘Dritten Welt’ lieferte aus europäischer bzw. amerikanischer Sicht den weiteren Begründungszusammenhang für das westliche Zugriffsrecht. Diese Legitimationsbasis für den westlichen Einfluss in der ‘Dritten Welt’ bekam nach der Auflösung der Kolonialreiche zusätzliche Bedeutung:

„[T]he end of the classical colonial period has made the ideology of modernization both more central and more finely articulated in Western administrative policies and in the language of the press, for in the absence of direct colonial rule, it is the legitimacy of this ideology that justifies the pursuit of Western interests in the affairs of the Third World.”<sup>70</sup>

Parallel zur Dekolonisation erfolgte der Aufstieg der Entwicklungsökonomie an westlichen Universitäten. In den 1950er Jahren drängte eine Vielzahl von Publikationen zum Thema ‘Entwicklungspolitik’ auf den akademischen Markt. Der Begriff ‘Entwicklungshilfe’ wurde zum neuen Emblem des westlichen Mandats zur ‘Zivilisierung’ der nicht-weißen Welt.<sup>71</sup> Multilaterale Organisationen

---

„tendency to view one’s own ethnic group and its social standards as the basis for evaluative judgments concerning the practices of others (...) with the implication that one views one’s own standards as superior” heran (Brohman, „Universalism, Eurocentrism, and Ideological Bias in Development Studies”, S. 127).

<sup>68</sup> Zit. nach Jackson, „The Weight of Ideas in Decolonization”, S. 121.

<sup>69</sup> Erst 1960 wurde von der UNO-Generalversammlung eine Resolution verabschiedet, die eine Verweigerung der Souveränität aufgrund einer von außen festgestellten mangelnden Eignung zur Selbstregierung für nicht länger zulässig erklärte (Resolution 1514: *General Assembly Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples* vom Dezember 1960). Die Resolution wurde mit 89 Stimmen angenommen. Sowohl Großbritannien als auch die USA enthielten sich der Stimme (siehe ebd., S. 124).

<sup>70</sup> Spurr, *The Rhetoric of Empire*, S. 70.

<sup>71</sup> Wolfgang Sachs bezeichnet in der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Sammelband „The Development Dictionary” den Entwicklungsdiskurs als den „fundamental frame of reference for that mixture of generosity, bribery and oppression which has characterised the policies towards the South” (Wolfgang Sachs, „Introduction”, in: *The Development Dictionary. A Guide to Knowledge as Power*. Hrsg. v. Wolfgang Sachs. London 1992, S. 1-5, S. 1). Siehe dazu auch Arturo Escobar: „[T]he development discourse (...) has created an extremely efficient apparatus for producing knowledge about, and the exercise of power over, the Third World.” (Arturo Escobar,

wie die Weltbank oder der Internationale Währungsfond förderten die Internationalisierung westlicher Entwicklungskonzepte. Wissens- und Informationsströme verliefen bzw. verlaufen auf einer Einbahnstraße von der ‘entwickelten’ zur ‘unterentwickelten’ Welt. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Schwäche haben die Staaten der südlichen Welthälfte wenig Stimmrecht innerhalb der großen Finanzorganisationen. Entwicklungsideen, die den Interessen der westlichen Industriestaaten widersprechen, hatten bzw. haben daher kaum Möglichkeiten, sich international durchzusetzen.<sup>72</sup>

Eine besonders einflussreiche Position innerhalb des Entwicklungsdiskurses nahmen die vor allem an amerikanischen Universitäten in den 1950er und 1960er Jahren entwickelten Modernisierungstheorien ein. Diese vermeintlich rein wissenschaftlichen Theorien waren geprägt durch den Glauben an die

---

*Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World.* Princeton 1995, S. 9). Anders als die frühere Legitimation der europäischen Präsenz durch die ‘rassistische Überlegenheit’ der Europäer weckte das ‘Projekt Entwicklung’ auch das Interesse der westlich gebildeten Eliten in den Kolonien und förderte die Kooperationsbereitschaft. Siehe auch Gustavo Esteva, „Development“, in: *The Development Dictionary*, S. 6-13; Cooper, Packard (Hrsg.), *International Development and the Social Sciences*; Gilbert Rist, *The History of Development. From Western Origins to Global Faith*. London 1997; Brohman, „Universalism, Eurocentrism, and Ideological Bias in Development Studies“; Mike Manson, *Development and Disorder. A History of the Third World since 1945*. Hanover 1997.

<sup>72</sup> Frederick Cooper und Randall Packard betonen: „Acceptance by key institutions, like the World Bank, gives power to ideas and imposes consensus. (...) [The ability of the World Bank and the IMF] arises from their place at the center of development finance (...) [and is based on their] position within overlapping global networks of research, communication, and training. (...) [T]he ability to deny or provide funds intersects with the ability to define what kinds of knowledge are or are not acceptable.“ (Frederick Cooper, Randall Packard, „Introduction“, in: *International Development and the Social Sciences*, S. 1-36, S. 20, 21, 3). Eine kritische Auseinandersetzung mit der Arbeit der Internationalen Finanzorganisationen bieten auch David H. Lumsdaine, *Moral Vision in International Politics: The Foreign Aid Regime, 1949-1989*, Princeton 1993; Brohman, „Universalism, Eurocentrism, and Ideological Bias in Development Studies“, S. 130; Tetzlaff, *Weltbank und Währungsfond*. Die Tatsache, dass nahezu alle einflussreichen Wissenschaftsmagazine, in denen wichtige Themen der Forschung diskutiert und Schwerpunkte festgelegt werden, bis heute in Europa bzw. den USA herausgegeben werden, unterstützt die Dominanz westlicher Ideen (siehe Philip G. Altbach, „The Distribution of Knowledge in the Third World: A Case Study in Neo-colonialism“, in: *Education and the Colonial Experience*. Hrsg. v. Philip G. Altbach u. Gail P. Kelly. New Brunswick 1984, S. 229-251). Zum Abstimmungsmodus innerhalb der Bretton Woods-Zwillinge siehe Ralf Freiberg und Thomas Jürgens: „Wegen der naheliegenden Schwierigkeiten, im Spannungsverhältnis zwischen souveräner Staatengleichheit und national-differenzierter Stimmrechtsausgestaltung einen dennoch im Kern konsensfähigen Stimmzählmodus zu implementieren, hat sich bisher (...) in den Internationalen Finanzorganisationen und in den Rohstoffräten das Prinzip der Stimmwägung durchgesetzt. Bei den einen basiert es, vereinfacht ausgedrückt, auf dem eingezahlten Geld eines Mitgliedsstaates, bei den anderen auf der produzierten bzw. verbrauchten Rohstoffmenge.“ (Ralf Freiberg, Thomas Jürgens, „Rechtsgrundlagen der Entwicklung, des Aufbaus und der Befugnisse der Weltbank“, in: *Die Weltbank*. Hrsg. v. Thomas U. Koll. Berlin 1988, S. 11-47, S. 33). Aufgrund dieser Art der Stimmverteilung konnten v.a. die USA einen bestimmenden Einfluss auf die Entscheidungsprozesse innerhalb der beiden Organisationen ausüben.

Überlegenheit des eigenen Zivilisationsentwurfs:

„The theory and practice of modernization (...) had much in common with older patterns of American nationalist thought and ideology. (...) Explicit arguments about biological and racial factors, moreover, were also jettisoned in favor of those stressing America's relative cultural advance and moral mission.“<sup>73</sup>

Wissenschaftliche Studien wie das noch heute populäre Werk des Wirtschaftshistorikers Walt W. Rostow „Stages of Economic Growth. A Non-Communist Manifesto“ (1960) erklärten die Übernahme europäischer und insbesondere amerikanischer Entwicklungsmodelle zum einzig erfolgversprechenden Weg für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in der ‘Dritten Welt’.<sup>74</sup> ‘Entwicklung’ wurde gleichgesetzt mit der Übernahme westlicher Denk- und Lebensweisen. Aus Rostows Sicht behinderten die traditionellen Lebensgewohnheiten und Verhaltensnormen der Menschen in Afrika und Asien das Wirtschaftswachstum in diesen Regionen. Die ‘defizitäre’ Kultur der autochthonen Bevölkerung wurde zur Ursache für die Armut in der südlichen Welthälfte deklariert. Auch in dieser neuen, durch die Pole ‘traditionelle Gesellschaft’ und ‘Industriegesellschaft’ bestimmten Hierarchie

---

<sup>73</sup> Latham, *Modernization as Ideology*, S. 211f. Eine gute Einführung in die Entwicklung und Bedeutung der Modernisierungstheorien in den USA bietet auch Baumann, *John F. Kennedy und ‘Foreign Aid’*, S. 62ff.

<sup>74</sup> Siehe Walt W. Rostow, *The Stages of Economic Growth. A Non-Communist Manifesto*. Cambridge 1960. Aufmerksamkeit erregten zudem Walt W. Rostows *The Process of Economic Growth*. New York 1952; „The Take-Off into Self-Sustained Growth“, in: *Economic Journal* 66 (1956), S. 25-48; *A Proposal: Key to an Effective Foreign Policy* (gemeinsam mit Max F. Millikan). New York 1957. Rostow entwickelte ein Stufenmodell, das den Entwicklungsprozess in fünf idealtypische Wachstumsstadien unterteilt. Die traditionelle Gesellschaft (‘traditional society’) steht auf der untersten Stufe dieses Modells. Die zweite Stufe – die Übergangsgesellschaft (‘preconditions for take-off’) – wird seinen Ausführungen zufolge erreicht, wenn die Wirkungsmacht alter Traditionen zurückgeht und die Menschen eine neue Einstellung zu Wissenschaft und Technik einnehmen. Auf der nächsten Stufe – dem ‘take-off’ – vollzieht sich laut Rostow der Durchbruch zum stetigen, sich selbst erhaltenden Wachstum. Über die Phase der ‘Entwicklung zur Reife’ (‘drive to maturity’) wird dann die letzte Stufe und damit der Standard der westlichen Industriestaaten erreicht: das Zeitalter des Massenkonsums (‘age of high mass-consumption’). Detailliertere Informationen über die Vorstellungen Rostows bieten Baumann, *John F. Kennedy und ‘Foreign Aid’*, S. 69ff.; Kimber Charles Pearce, *Rostow, Kennedy, and the Rhetoric of Foreign Aid*. East Lansing 2001; Latham, *Modernization as Ideology*, S. 44ff. Die Vorstellungen von der Vorbildlichkeit des damaligen Entwicklungsniveaus der USA wurden stark durch die soziale Herkunft der amerikanischen Wissenschaftler beeinflusst. Aufgrund ihrer privilegierten Stellung als Mitglieder der Elite hatten die US-Modernisierungstheoretiker wenig Einblick in die Unterschiede in den Zugangsmöglichkeiten der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in den USA zu Besitz oder Bildung. Brohman erinnert zurecht daran, „[that] many of the supposedly beneficial traits of modern society are only rarely found in real-world industrial countries (...). Blanket terms like ‘traditional’ and ‘modern’ do not do justice to the variability of societies either in the North or South, neither of which are homogeneous but are invariably

nahm Afrika den untersten Platz ein. In Anlehnung an das von Rostow in seinem Buch „Stages of Economic Growth“ entwickelte Stufenmodell erklärten US-Wissenschaftler in den 1960er Jahren: „In a time when an ordered series of stages of development is commonly used as a frame for thought and analysis, it is only clear that most of Africa is in some ill-defined early stage, well back from ‘take-off’.“<sup>75</sup>

## 2. Ursachen und Verlauf der britischen Dekolonisation nach 1945

Die Gründe und Motive der britischen Dekolonisation in Afrika nach 1945 sind noch immer Gegenstand lebhafter Forschungsdiskussion. Die meisten Wissenschaftler warnen heute vor der Anwendung monokausaler Erklärungsmodelle. Die Auflösung des britischen Empire lässt sich nicht allein – wie oft geschehen – durch die finanziellen Schwierigkeiten Großbritanniens nach dem Zweiten Weltkrieg erklären. Die afrikanischen Kolonien galten nach 1945 nicht als eine Belastung für die britische Wirtschaft, sondern als wichtige Absatz- und Rohstoffmärkte, die einen bedeutenden Beitrag für den ökonomischen Wiederaufschwung leisten sollten. Durch den Zerfall der Kolonialreiche in Asien rückten die afrikanischen Besitzungen sogar stärker als zuvor in den Mittelpunkt ökonomischer Planungen.<sup>76</sup> Die Steigerung der wirtschaftlichen Ertragsfähigkeit

---

fissured by factors such as class, gender, ethnicity and religion.” (Brohman, „Universalism, Eurocentrism, and Ideological Bias in Development Studies“, S. 125).

<sup>75</sup> Memorandum From the Slater Working Group, Subject: Educational and Cultural Advancement in Africa: Problems of Educational Development and Strategies of External Aid, undated, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Records of the Slater Working Group, 1961, Lot 63D94, Box 2, National Archives [NA].

<sup>76</sup> Siehe beispielsweise die Äußerungen von Frederick Pedler, einem führenden Mitarbeiter im Kolonialministerium, im Januar 1946: „Africa is now the core of our colonial position; the only continental space from which we can still hope to draw reserves of economic (...) strength.“ (zit. nach White, *Decolonisation. The British Experience Since 1945*, S. 109). Eine gute Einführung in die Diskussionen über das Ende des britischen Kolonialreichs bieten Darwin, „Decolonization and the End of Empire“ und Osterhammel, „Spätkolonialismus und Dekolonisation“. Siehe auch John Darwin, *Britain and Decolonization: The Retreat from Empire in the Post-War World*. London 1988; Ronald Hyam, „Introduction“, in: *BDEE. The Labour Government and the End of Empire, 1945-1951*, I, S. xxiii-Ixxviii; David Goldsworthy, „Keeping Changes within Bounds: Aspects of Colonial Policy during the Churchill and Eden Governments, 1951-1957“, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 18 (1990), S. 81-108; Wm. Roger Louis, „The Dissolution of the British Empire“, in: *The Oxford History of the British Empire. Vol. IV: The Twentieth Century*.

der Kolonien zum Nutzen der britischen Wirtschaft wurde zu einem handlungsweisenden Ziel der britischen Afrikapolitik. Die Kolonialverwaltungen und die Infrastruktur wurden ausgebaut, um 'effektivere' Anbau- und Arbeitsmethoden durchzusetzen.<sup>77</sup> Die Diskreditierung der Rassen-Idee und die wachsende internationale Kritik an der britischen Fremdherrschaft – sei es durch die Sowjetunion oder die neuen asiatischen Mitglieder in den Vereinten Nationen – führten in erster Linie zu symbolischen Zugeständnissen von Seiten der britischen Regierung, aber nicht zu substanziellen Veränderungen.<sup>78</sup> Forderungen, der UNO ein Kontrollrecht über die Vorgänge in den Kolonien zu übertragen, stießen unter britischen Entscheidungsträgern auf entschiedenen Widerstand. Bis in die Mitte der 1950er Jahre stellten sich britische Politiker gegen alle Versuche, Diskussionen über die britische Kolonialpolitik auf die Agenda der UNO zu setzen.<sup>79</sup> Von einem übermächtigen antikolonialen Druck der USA auf Großbritannien konnte nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Amerikanische Finanzhilfen im Rahmen des Marshall-Plans trugen zumindest indirekt zur Aufrechterhaltung des britischen Kolonialsystems in Afrika bei.

Verantwortlich für den Rückzug der britischen Kolonialherren war ein komplexes Zusammenspiel verschiedener Faktoren, wie die Entstehung politischer Massenparteien in den Kolonien und die veränderte weltpolitische Konstellation nach 1945, die eine Aufrechterhaltung der bisherigen Herrschaftspraxis zunehmend unmöglich machten:

„[T]he history of decolonization requires the careful fusion of three ‘sub-historiographies’: the domestic politics of ‘decline’, the tectonic shifts of relative power, wealth, and legitimacy at the international level; and the colonial (or semi-colonial) politics of locality, province, and nation.“<sup>80</sup>

---

Hrsg. v. Judith M. Brown u. Wm. Roger Louis. Oxford 1999, S. 329-355; William David McIntyre, *British Decolonization, 1946-1997. When, Why, and How did the British Empire Fall?* London 1998; John D. Hargreaves, *Decolonization in Africa*. London 1988.

<sup>77</sup> Historiker bezeichnen die Zeit nach 1945 daher als die Periode der „zweiten kolonialen Besetzung Afrikas“ (Osterhammel, *Kolonialismus*, S. 45). Einen guten Einblick in die Thematik bietet Frederick Cooper, „Modernizing Bureaucrats, Backward Africans, and the Development Concept“, in: *International Development and the Social Sciences*, S. 64-92.

<sup>78</sup> Siehe dazu die Ausführungen von David Goldsworthy, „Britain and the International Critics of Colonialism, 1951-1956“, in: *The Journal of Commonwealth and Comparative Politics* 29 (1991), S. 1-24 sowie Füredi, *Silent War*, S. 200 und die Dokumente 155-172 in: BDEE. *The Conservative Government and the End of Empire, 1951-1957*, I, S. 380ff.

<sup>79</sup> Siehe Goldsworthy, „Britain and the International Critics of Colonialism, 1951-1956“, S. 4f.

<sup>80</sup> Darwin, „Decolonization and the End of Empire“, S. 552. Siehe auch die Darstellungen der Entwicklungen in der Goldküste in Teil 3, Kapitel 1 der vorliegenden Arbeit.

Da die Bedingungen für eine Fortsetzung des alten Herrschaftssystems nicht mehr gegeben waren, versuchten die Verantwortlichen in London, den britischen Einfluss in Afrika durch eine sukzessive Aufgabe der direkten Kontrolle zu sichern. In öffentlichen Verlautbarungen sprachen britische Politiker von der Absicht Großbritanniens, die Kolonien auf ein größeres Maß an Autonomie vorzubereiten. Die Unabhängigkeit galt jedoch lediglich als ein Fernziel, dem ein längerer Reformprozess zur Absicherung britischer Interessen vorausgehen sollte. Die Mitglieder des Kolonialministeriums der *Labour*-Regierung waren 1947 überzeugt, „that in Africa the period before self-government can be granted will be longer than in most other parts of the Colonial Empire”.<sup>81</sup> Viele britische Politiker und Kolonialbeamte gingen davon aus, dass die Goldküste und Nigeria als erste britische Afrikakolonien in den 1970er Jahren die staatliche Souveränität erlangen würden. Die neue britische ‘Entwicklungsoffensive’ in Afrika wurde herangezogen, um die Aufrechterhaltung des Kolonialismus vor der UNO und anderen internationalen Gremien zu rechtfertigen. Britische Politiker sprachen nicht länger von einer ‘Herrschaft’ oder ‘Vormundschaft’ über die afrikanische Bevölkerung, sondern von ‘Partnerschaft’ und ‘Kooperation’. Ausbeutung und Unterdrückung wurden zu Problemen der Vergangenheit stilisiert. Britische Propagandaexperten proklamierten:

„British ‘Imperialism’ is dead, in so far as it ever existed, except as a slogan used by our critics. (...) The British approach to the complex human and physical problems presented by the administration of backward tropical territories which comprise the greater part of the Colonial Empire is both liberal and dynamic. (...) Britain pushes forward with schemes for the enlightenment and welfare of the Colonial peoples

---

<sup>81</sup> Report of the Colonial Office Agenda Committee on the Conference of African Governors, 22.5.1947, zit. in: Richard Rathbone, „Introduction“, in: *BDEE. Ghana, 1941-1957*, I, S. xxxi-lxxviii, S. xlv. Darüber hinaus dürfen bei der Interpretation britischer Stellungnahmen aus dieser Zeit die Unterschiede zwischen den Konzepten ‘self-government’ und ‘self-determination’ nicht übersehen werden: „Only the former was mentioned. Only the latter equates with independence (...)” (Hyam, „Introduction”, S. xxxv). Die Kritik an der konservativen Kolonialpolitik, die die Mitglieder der *Labour*-Partei in der Zeit der Opposition vor 1945 geäußert hatten, bezog sich lediglich auf die *Form* der kolonialen Herrschaft; das Prinzip des Kolonialismus *an sich* stellten sie nicht in Frage. Siehe dazu auch Kate Morris, *British Techniques of Public Relations and Propaganda for Mobilizing East and Central Africa*, S. 399: „[T]he leading members of the Labour government were no natural colonial revolutionaries (...) [but] personalities with deep imperial attachments.” Weitere Informationen über die Haltung der *Labour*-Partei bietet P. S. Gupta, *Imperialism and the British Labour Movement, 1914-1964*. London 1975.

(...). At the same time she tackles with vigour and vision the problems presented by difficult physical conditions.<sup>82</sup>

Durch die verstärkte Integration der urbanen afrikanischen Elite in die Lokalverwaltungen sollten Widerstände gegen die europäische Herrschaft von Seiten der Kolonisierten gemildert werden. Einigen Afrikanern wurden zudem Posten in den Ministerien der Kolonialregierungen angeboten, um ihnen das Gefühl einer Mitverantwortung für politische Entscheidungen zu suggerieren.<sup>83</sup> Die Pläne für eine stärkere Einbeziehung der afrikanischen Bevölkerung in die Kolonialwirtschaft, um die angestrebten Wirtschaftsziele zu erreichen, unterstützten die neue britische Offenheit gegenüber einer Kooperation mit der 'gemäßigten' urbanen Elite. Mit den traditionellen Autoritäten, den *Chiefs*, die im

---

<sup>82</sup> Memorandum From the Committee on Overseas Information Services, Subject: Statement on the Projection of Britain Overseas, 17.8.1946, in: BDEE. The Labour Government and the End of Empire, 1945-1951, I, S. 306ff., S. 309. Gegenüber US-Politikern sollte nach Ansicht der Mitarbeiter des britischen *Foreign Office* vor allem der Beitrag, den die britischen Initiativen zur Bekämpfung des Kommunismus leisten konnten, herausgestellt werden: „[Steps should be taken] to educate the United States Government and public in our ideas of colonial and national development (particularly by emphasizing the contribution made by it to combating the spread of Communism) [so] that we can rely on obtaining a sympathetic hearing for our interests and requirements and obtain an assurance of their cooperation (...).“ (Letter From the Permanent Under-Secretary of State for Foreign Affairs (Strang) to the Permanent Under-Secretary of State for the Colonies (Lloyd), Subject: The Problem of Nationalism, 21.6.1952, in: BDEE. The Conservative Government and the End of Empire, 1951-1957, I, S. 13ff., S. 18. Zur Darstellung der britischen Kolonialherrschaft durch die britische Propaganda siehe auch Füredi, *The New Ideology of Imperialism*, S. 83ff.; John M. Mackenzie (Hrsg.), *Imperialism and Popular Culture*. Manchester 1986. Trotz der positiven Außendarstellung des britischen Vorgehens bestimmten britische Interessen auch weiterhin die Ausrichtung der Kolonialpolitik: „Colonial policy was driven hardly at all by welfarist considerations, a great deal by considerations of political and economic gain and loss.“ (David Goldsworthy, „Introduction“, in: *BDEE. The Conservative Government and the End of Empire, 1951-1957*, I, S. xxv-Ixvi., S. Iix). Auch der von der britischen Propaganda hervorgehobene vermeintliche Einsatz Großbritanniens für die Etablierung demokratischer Strukturen in den Kolonien findet wenig Entsprechungen in der Realität. Der Kolonialstaat, den die afrikanischen Nationalisten schließlich übernahmen, blieb autoritär und legte keine Grundlage für eine funktionierende Demokratie (siehe Albert Wirz, „La décolonisation de l’Afrique noire: lorsque l’avenir paraissait ouvert“, in: *Relations Internationales* 77 (1994), S. 37-51 oder die Debatte über die Folgen des Kolonialismus in Adu A. Boahen, *African Perspectives of Colonialism*. Baltimore 1987). Die Bilanz des Kolonialismus fällt daher in erster Linie negativ aus. Neue Infrastrukturen wie Straßen oder Eisenbahnlinien wurden im Hinblick auf die eigenen kommerziellen Interessen gebaut, während die indigene Bevölkerung von den neuen Einrichtungen nur wenig profitierte. Anbaugüter wurden nur für den Export gefördert, ohne die Nahrungsmittelsituation in den Kolonien selbst näher zu berücksichtigen.

<sup>83</sup> Kolonialminister Arthur Creech-Jones betonte auf einer Konferenz im August 1948 gegenüber Vertretern der Kolonialregierungen: „[T]he emotional fervour attached to nationalism infects and spreads (...). [U]nless a serious effort is made to channel it, it may become disruptive and destructive.“ (zit. nach Füredi, *New Ideology*, S. 63). Der Begriff 'urbane Elite' bezieht sich auf die (in der Regel männlichen) Teile der indigenen Bevölkerung, die eine Kolonialschule besucht oder sich auf andere Weise europäisches Wissen angeeignet und 'bürgerliche' Lebensmuster übernommen hatten. Eine kurze, aber umfassende Einführung in den Begriff der 'afrikanischen Eliten' bietet Gerhard Grohs, „Eliten“, in: *Das Kleine Afrika-Lexikon. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Hrsg. v. Jacob E. Mabe. Stuttgart 2002, S. 45-47.

Rahmen der *Indirect Rule* lange Zeit eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung der britischen Herrschaft gespielt hatten, war eine 'Modernisierung' Afrikas nicht zu leisten, da die meisten von ihnen weder lesen noch schreiben konnten.<sup>84</sup>

Die Kooperationsangebote bezogen sich allerdings nur auf die 'gemäßigt' antikolonialistischen Mitglieder der afrikanischen Elite, von denen keine gravierenden Maßnahmen gegen britische Interessen erwartet wurden. Die 'radikalen' Nationalisten<sup>85</sup> unter den westlich gebildeten Afrikanern, die einen stärkeren Konfrontationskurs gegenüber der britischen Herrschaft einschlugen, blieben auch weiterhin Repressionsmaßnahmen ausgesetzt. Britische Kommentatoren entwarfen diffamierende Bilder von den nationalistischen Aktivisten, die den harten Umgang mit den Vertretern dieser Gruppe rechtfertigten. Sie wurden als Verbrecher oder kommunistisch beeinflusste Agitatoren bezeichnet. Durch diese Charakterisierungen konnten die Ziele und Motive der Befreiungsführer und der Wahrheitsgehalt ihrer Anschuldigungen gegenüber der Kolonialmacht, die den Mythos von der Dankbarkeit der Kolonisierten und damit die britische Selbstdarstellung als Wohltäter der indigenen Bevölkerung gefährdeten, in Zweifel gezogen werden.<sup>86</sup> Viele

---

<sup>84</sup> Das von britischen Kolonialtheoretikern entwickelte Prinzip der *Indirect Rule* sah vor, dass unter dem Schirm kolonialer Oberherrschaft einheimische Herrscher in Autoritätspositionen belassen wurden, die als Vertreter der Kolonialmacht auftreten sollten. Ausgangspunkt für diese Herrschaftsmethode bildete die Annahme, dass die *Indirect Rule* billiger und effizienter war als eine direkte Herrschaft und weniger Personalaufwand erforderte. Die Afrikaner sollten dazu gebracht werden, unpopuläre Maßnahmen, wie das Einziehen von Steuern, selbst durchzuführen. In der Praxis ist die Doktrin der *Indirect Rule* allerdings selten erfolgreich durchgeführt worden (siehe dazu Franz Nuscheler, Klaus Ziemer, *Politische Herrschaft in Schwarzafrika*. München 1980).

<sup>85</sup> Aufgrund der negativen Bedeutung, die der Begriff 'radikal' im damaligen britischen (und amerikanischen) Diskurs hatte, wäre es sicherlich sinnvoll, das Wort 'radikal' im Rahmen dieser Arbeit konsequent in Anführungszeichen zu setzen (siehe dazu auch Teil 5, Kapitel 1.4, Fußnote 523). Im Sinne der Lesbarkeit des Textes wird darauf jedoch weitgehend verzichtet. Auch der Begriff 'konservativ' zur Bezeichnung der politischen Orientierung der afrikanischen Staaten oder Politiker ist problematisch und müsste eigentlich durchgehend in Anführungszeichen gesetzt werden (siehe ebd.).

<sup>86</sup> Diese Diffamierungsstrategien hatten nicht nur eine wichtige Funktion im Rahmen der Außendarstellung der britischen Kolonialherrschaft, sondern spielten auch eine bedeutende Rolle bei der Aufrechterhaltung des positiven Selbstbildes britischer Entscheidungsträger. Durch die Diskreditierung der Motive der Nationalisten bestand keine Notwendigkeit, sich mit kolonialen Unrechtspraktiken auseinander zu setzen: „A lot was at stake in terms of elite self-confidence and legitimacy.“ (Füredi, *New Ideology*, S. 79). Die Verwendung des Begriffs 'Nationalismus' im Zusammenhang mit den afrikanischen Befreiungsbewegungen unterscheidet sich von der Bedeutung und Verwendung dieses Begriffs im europäischen Kontext. In der Geschichte Afrikas steht der Begriff 'Nationalismus' für das politische Aufbegehren gegen die Kolonialherrschaft und bezieht sich nicht auf die Auseinandersetzung mit den Nachbarvölkern (siehe dazu Franz Ansprenger, *Politische Geschichte Afrikas im 20. Jahrhundert*. München 1999, S. 54ff.).

Diffamierungsstrategien stellten die 'unheilvollen Auswirkungen' der westlichen Bildung auf den Charakter und die Integrität der Afrikaner in den Vordergrund. Kolonialbeamte sprachen von Entwurzelung, Minderwertigkeitsgefühlen und Frustration durch den Kontakt mit westlichem Wissen, das die traditionellen Weltbilder als Illusionen enttarnte, in seiner Komplexität jedoch das ' Fassungsvermögen' der Afrikaner überstieg. Auch das mit der Ansiedlung in den Städten verbundene Aufbrechen der traditionellen Stammes- und Familienstrukturen wurde zitiert, um die These von einer psychischen Zerrüttung vieler westernisierter Afrikaner zu unterstreichen. Der antikoloniale Protest wurde so als Auswirkung der Unsicherheits- und Neidgefühle einer kleinen Gruppe trivialisiert und in einen klaren Gegensatz zu politisch motivierten Befreiungsbewegungen gestellt.<sup>87</sup> Zur Beschreibung antikolonialistischer Stellungnahmen wurden oft Vokabeln aus dem Bereich der Medizin und der Psychologie wie 'Hysterie' herangezogen, die den Eindruck der Irrationalität der Unabhängigkeitsforderungen verstärkten. Mitarbeiter des *Foreign Office* bezeichneten den afrikanischen Nationalismus als einen „state of mind [which] is highly infectious“.<sup>88</sup> Die Gleichsetzung der Unabhängigkeitsbewegungen mit einer ansteckenden Krankheit bot eine einfache Erklärung für die Entstehung von Massenparteien mit klarer antikolonialistischer Zielsetzung.

Der Wahlsieg der *Conservative Party* unter Winston Churchill im November 1951 brachte keine Neuakzentuierung der britischen Afrikapolitik. Trotz der entschiedenen Gegnerschaft vieler führender Konservativer gegenüber Forderungen nach einer Auflösung des Empire sah die neue britische Führung keine Möglichkeiten, die bis zu diesem Zeitpunkt eingeleiteten Reformen wieder zurückzunehmen. Die konservative Regierung orientierte sich daher an der Kolonialpolitik der *Labour Party* und bemühte sich, durch eine Zusammenarbeit

---

<sup>87</sup> Nach Ansicht einiger Kommentatoren im *Foreign Office* führten die Unsicherheitsgefühle zu einem 'Gemütszustand', „in which any sense of grievance, injustice or inferiority is magnified out of all proportion“. (Letter From the Permanent Under-Secretary of State for Foreign Affairs (Strang) to the Permanent Under-Secretary of State for the Colonies (Lloyd), Subject: The Problem of Nationalism, 21.6.1952, in: BDEE. The Conservative Government and the End of Empire, 1951-1957, I, S. 13ff., S. 14). Die These von den vermeintlichen Neidgefühlen der Nationalisten zeigt sich deutlich in einer Erklärung des *Colonial Office* vom April 1950: „[The nationalists are] activated by envy in two senses, in that they envy any European because of his apparent wealth and because of his superior intellectual ability.“ (zit. nach Füredi, *Silent War*, S. 205).

<sup>88</sup> Letter From the Permanent Under-Secretary of State for Foreign Affairs (Strang) to the Permanent Under-Secretary of State for the Colonies (Lloyd), Subject: The Problem of

mit gemäßigten Gruppen die Entwicklungen in eine Richtung zu lenken, die eine Aufrechterhaltung britischer Interessen trotz Reformen und politischer Zugeständnisse ermöglichte. Die Suche nach alternativen Mitteln der Einflussssicherung wurde verstärkt. Maßnahmen zur Etablierung britischer Werte und Ordnungskonzepte bekamen in den Augen der Politiker und Kolonialbeamten neue Priorität. Mitglieder des Kolonialministeriums drängten, „[that] it is most important to take every step open to us to ensure, as far as we can, that British standards and methods of business and administration permeate the whole life of the territory”.<sup>89</sup> Gemeinsam mit Politikern des *Foreign Office* setzten sie sich für einen Ausbau der britischen Kultur- und Informationspolitik in den afrikanischen Kolonien ein, um die Verbindungen zwischen Großbritannien und den Kolonisierten zu verstärken und radikale oder kommunistische Tendenzen zurückzudrängen.<sup>90</sup>

Ein immer größerer Teil des Budgets, das für die britische Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stand, wurde für die Durchsetzung von Propagandakampagnen in den Kolonien reserviert. 1954 entstanden neue *Information Offices* in Afrika, welche die Arbeit der Öffentlichkeitsabteilung des Kolonialministeriums ergänzen sollten. Bücher und Zeitschriften wurden verstärkt herangezogen, um ein positives Großbritannien-Bild zu präsentieren. Experten des *Colonial Office* setzten sich zudem für eine bessere Unterstützung des *British Council* ein, der seit den 1940er Jahren in den afrikanischen Kolonien Bibliotheken unterhielt und Sprachkurse oder kulturelle Veranstaltungen organisierte. Mitarbeiter des Kolonialministeriums betonten die wichtige Rolle des *British Council* im Kampf gegen kommunistische Einflüsse: „[The British Council accomplishes] valuable, positive work in countering Communist propaganda by showing that Britain and the Western tradition for which Britain stands has something better to offer than the Communist way of life.”<sup>91</sup> Die Abhängigkeit des *Council* von

---

Nationalism, 21.6.1952, in: BDEE. The Conservative Government and the End of Empire, 1951-1957, I, S. 13ff., S. 14.

<sup>89</sup> Stellungnahme des Vorsitzenden des *Official Committee on Colonial Policy*, Norman Brook, 1957, zit. nach Cooper, „Modernizing Bureaucrats, Backward Africans, and the Development Concept”, S. 79.

<sup>90</sup> Zu den Auswirkungen des Kalten Krieges auf die britische Kolonialpolitik siehe Hargreaves, *Decolonization in Africa*, S. 147; Hyam, „Introduction“, S. Iii; Philip Murphy, *Party Politics and Decolonization: The Conservative Party and British Colonial Policy in Tropical Africa, 1951-1964*. Oxford 1995, S. 32ff.

<sup>91</sup> Stellungnahme des *Colonial Office* vom 28.11.1949, zit. nach Philip M. Taylor, *British Propaganda in the 20th Century. Selling Democracy*. Edinburgh 1999, S. 234. Gerade den

Regierungsgeldern sicherte London ein Mitspracherecht bei der Konzeptionierung und Ausrichtung der einzelnen Initiativen. Neben dem *British Council* wurde auch der britische Rundfunk *British Broadcasting Cooperation* (BBC) in die Propagandabemühungen in den afrikanischen Kolonien einbezogen. Die BBC reduzierte ihr Engagement in Europa, um einen Ausbau der Rundfunkprogramme in Afrika zu ermöglichen. Die Programmgestaltung erfolgte in enger Absprache mit dem britischen Außenministerium.<sup>92</sup> Der Rückzug aus offiziellen Einflusspositionen lenkte das Interesse britischer Politiker zudem verstärkt auf die Tätigkeit der Kolonialschulen. Eine in Zusammenarbeit mit britischen Pädagogen erstellte Studie des *Colonial Office* aus dem Jahr 1953 verwies nachdrücklich auf die besondere Rolle der Schulen bei der Ausbildung von Führungspersonlichkeiten, die sich für eine Aufrechterhaltung britischer Werte und Traditionen einsetzen würden.<sup>93</sup> Viele Entscheidungsträger in London sprachen sich deshalb für eine Erweiterung und bessere finanzielle Unterstützung der Schulen und Universitäten in den Kolonien aus. Die enge Zusammenarbeit der Hochschulen in Afrika mit den Universitäten in Großbritannien, die Lehrpläne, Prüfungsthemen und die Zusammensetzung des Lehrkörpers bestimmten, ermöglichte nach Einschätzung von Experten eine Beeinflussung der Studenten, ohne dass die Regierung als solche in Erscheinung treten musste. Mitarbeiter des *Social Service Department* im Kolonialministerium erklärten: „[T]hese professional connections (...) can maintain U.K. influence on the intelligentsia of

---

Sprachkursen des *Council* wurde eine große Bedeutung beigemessen. Die Übernahme der englischen Sprache stellte nach Ansicht britischer Experten eine der besten Möglichkeiten dar, die Verbindungen zwischen den Kolonisierten und dem 'Mutterland' zu zementieren. Gemeinsame Veranstaltungen für Afrikaner und Europäer sollten dem Vorwurf einer rassistischen Einstellung unter britischen Beamten entgegenwirken. Über die Einbeziehung des *British Council* in die britische Propaganda in Afrika liegen bis heute leider so gut wie keine wissenschaftlichen Studien vor. Einige wenige Hinweise bieten Taylor, *British Propaganda in the 20th Century*, S. 234 und John B. Black, *Organising the Propaganda Instrument: The British Experience*. The Hague 1975, S. 54.

<sup>92</sup> Informationen über die Afrika-Programme der BBC finden sich bei Taylor, *British Propaganda in the 20th Century*, S. 238 und Black, *Organising the Propaganda Instrument*, S. 68. Die BBC unterstützte zudem den Aufbau von Radiostationen in den Kolonien und die Ausbildung afrikanischer Radiojournalisten und war daher in der Position, die Entwicklung und Organisation der afrikanischen Medien zu beeinflussen (siehe dazu Peter Golding, „Media Professionalism in the Third World: The Transfer of an Ideology“, in: *Mass Communications and Society*. Hrsg. v. James Curran u. Michael Gurevitch. London 1977, S. 291-314; Frank Füredi, *Colonial Wars and the Politics of Third World Nationalism*. London 1994, S. 227).

<sup>93</sup> Siehe *African Education. A Study of Educational Policy and Practice in British Tropical Africa*. Produced on behalf of the Nuffield Foundation and the Colonial Office. Oxford 1953. Zur Rolle des kolonialen Schulsystems bei den Bemühungen um eine dauerhafte Etablierung des britischen Einflusses in Afrika siehe auch James A. Mangan (Hrsg.), *'Benefits bestowed'? Education and*

the colonial territories in a way which the Colonial Office never can.”<sup>94</sup> Darüber hinaus wurden neue Projekte im Rahmen der *Mass Education* bzw. des *Community Development* geplant, die die indigene Bevölkerung mit britischen Methoden in der Landwirtschaft, der Kinderpflege, Gesundheitsversorgung und Gemeindeorganisation vertraut machen und die Übernahme der britischen Sprache vorantreiben sollten. Viele Experten verwiesen auf die Ausweitung des Wahlrechts in einigen Kolonien, beispielsweise in der Goldküste, um die Notwendigkeit eines breiteren bildungspolitischen Engagements zu unterstreichen.<sup>95</sup> Die Definition der *Community Development*-Programme durch den *Assistant Secretary* des *Colonial Office*, F. D. Webber, im Januar 1952 zeigt nicht nur die britische Entschlossenheit, eigene Werte dauerhaft zu etablieren, sondern spiegelt auch die unverminderte Überzeugung von der Minderwertigkeit afrikanischer Traditionen und Vorgehensweisen: „Community Development is to do with getting backward people in the right frame of mind for doing things, its business is to breathe new life into the processes by which standards of living, moral as well as material, are being raised.”<sup>96</sup>

Britische Kolonialexperten suchten außerdem nach neuen Wegen zur Beeinflussung der afrikanischen Gewerkschaftsbewegung. Die afrikanischen

---

*British Imperialism*. Manchester 1988; Martin Carnoy, *Education as Imperialism*. New York 1974.

<sup>94</sup> Memorandum of the Social Service Department of the Colonial Office (Harvey), Subject: Universities Role in Maintaining British Influence, 3.9.1954, in: BDEE. The Conservative Government and the End of Empire, 1951-1957, III, S. 348f., 348. Wissenschaftler wie Ali A. Mazrui kritisieren die Universitäten in Afrika daher als „the most sophisticated instrument of cultural dependency (...)“ (Ali A. Mazrui, „The African University as a Multinational Corporation: Problems of Penetration and Dependency“, in: *Education and the Colonial Experience*, S. 273-291, S. 273). Noch heute stehen die afrikanischen Universitäten stark unter dem Einfluss westlicher Wissenschaftsinstitutionen. Zum Aufbau der Universitäten in Afrika siehe u.a. Apollos O. Nwauwa, *Imperialism, Academe and Nationalism. Britain and University Education for Africans 1860-1960*. London 1997.

<sup>95</sup> Siehe z.B. Nuffield Foundation, *African Education*, S. 31. Zur Ausweitung des Wahlrechts in der Goldküste siehe Teil 3, Kapitel 1.3 der vorliegenden Arbeit.

<sup>96</sup> Memorandum From the Assistant Secretary of the Colonial Office (Webber) to the Assistant Under-Secretary of State of the Colonial Office (Martin), Subject: The Meaning of Community Development, 17.1.1952, in: BDEE. The Conservative Government and the End of Empire, 1951-1957, III, S. 319f., 319f. Siehe auch Nuffield Foundation, *African Education*, v.a. S. 31ff. Von den geplanten Initiativen für den Ausbau des Bildungssystems wurde allerdings nur wenig in die Tat umgesetzt. Trotz des Drängens vieler außenpolitischer Experten verhinderte die weitverbreitete Überzeugung, dass die Kosten für die Bildung der afrikanischen Bevölkerung in erster Linie von den Kolonien selbst getragen werden sollten, eine flächendeckende Umsetzung bildungspolitischer Projekte. Die geplante und gegenüber der Weltöffentlichkeit immer wieder in den Vordergrund gestellte britische Entwicklungsoffensive in den Kolonien kam ebenfalls über erste Ansätze nicht hinaus, da die Umsetzung vieler Entwicklungsprojekte oft einen größeren finanziellen Aufwand erforderten als ursprünglich vorgesehen. Viele Initiativen wurden daher nach der anfänglichen

Gewerkschaften spielten eine wichtige politische Rolle in den Kolonien. Viele Gewerkschaftler beteiligten sich an 'vorderster Front' an antikolonialistischen Aktivitäten und zählten zu den wichtigsten Meinungsführern in den Kolonien.<sup>97</sup> Die britischen Beamten legten daher großen Wert auf eine Stärkung derjenigen Gruppen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, die zu einer Kooperation mit der Kolonialregierung bereit waren und sich gegen 'radikale' Ideen stellten. Bei ihrem Vorgehen konnten die Kolonialregierungen auf die Unterstützung des britischen Gewerkschaftsdachverbandes *Trades Union Congress* (TUC) zählen, der sich für den Aufbau von Gewerkschaften in den Kolonien engagierte. Die Einbeziehung von Gewerkschaftsvertretern in die Arbeit des *Colonial Labour Advisory Committee* förderte die Zusammenarbeit zwischen dem TUC und dem Kolonialministerium. Die Verantwortlichen in London gingen davon aus, dass antikolonialistische Gewerkschaftsführer die Schulungsangebote des TUC, einer 'regierungsunabhängigen' und 'reformorientierten' Organisation, eher annehmen würden als vergleichbare Kurse der Kolonialregierung. Der TUC übernahm daher oft die Verantwortung für Ausbildungsprogramme, die von der Regierung unterstützt wurden. Die Politiker in London gaben zudem ihren Widerstand gegen ein Engagement des Internationalen Bunds Freier Gewerkschaften (IBFG) in Afrika auf. Die Kolonialbeamten vor Ort wurden daran erinnert, dass der IBFG als ein internationaler Verband besser geeignet sei, ein Vertrauensverhältnis zu den afrikanischen Gewerkschaftlern aufzubauen und sie mit westlichen Vorstellungen zu beeinflussen, als die *Labour Departments* der Kolonialregierungen.<sup>98</sup> Die starke Stellung des TUC in den Führungsgremien des IBFG sicherte Großbritannien eine weitgehende Kontrolle über die Afrikainitiativen des Dachverbandes. Die Realisierung der IBFG-Programme in den Kolonien wurde in der Regel Vertretern des TUC übertragen. Im Januar 1953 eröffnete der Internationale Bund Freier Gewerkschaften unter der Leitung des

---

Euphorie unter britischen Kolonial- und Wirtschaftsexperten wieder zurückgestellt (siehe dazu Cooper, „Modernizing Bureaucrats, Backward Africans, and the Development Concept“, S. 78).

<sup>97</sup> Zur Bedeutung der Gewerkschaften in Afrika siehe Bush, *Imperialism, Race and Resistance*, S. 22f.; Richard Jeffries, *Class, Power and Ideology in Ghana: The Railwaymen of Sekondi*. Cambridge 1978; Frederick Cooper, *Decolonization and African Society: The Labour Question in French and British Africa*. Cambridge 1996.

<sup>98</sup> Detailliertere Informationen über die britischen Strategien zur Beeinflussung der Gewerkschaften und über die Haltung der britischen Regierung gegenüber dem IBFG finden sich in Füredi, *Colonial Wars*, S. 231ff.; Anthony Carew, „Conflict within the ICFTU: Anti-Communism and Anti-Colonialism in the 1950s“, in: *International Review of Social History* 41

Briten Albert Hammerton ein *Information and Advisory Center* in der Goldküste, um radikalen Tendenzen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung entgegenzusteuern.<sup>99</sup>

### **3. Afrikabilder amerikanischer Entscheidungsträger von 1950 bis zum Abschluss der Unabhängigkeitswelle in Afrika 1960/61**

#### **3.1. 'Primitive and backward': Amerikanische Bilder von der Bevölkerung in den afrikanischen Kolonien**

Das britische Vorgehen in den Kolonien in den 1950er Jahren fand weitgehende Anerkennung unter Mitgliedern der amerikanischen Regierung. Der Glaube an die Minderwertigkeit der Menschen afrikanischer Abstammung bestimmte zu diesem Zeitpunkt noch immer das Afrikabild vieler Amerikaner. Die afrikanische Bevölkerung galt unvermindert als „retarded“, „culturally backward“ und „primitive“.<sup>100</sup> In den Vorstellungen amerikanischer Politiker und Journalisten war Afrika ein „[continent] of apes and ivory (...), of crocodile and lion, and of 125 million people still living in or at the edge of savagery“.<sup>101</sup> Vermeintlich wissenschaftliche Darstellungen bekundeten: „The Dark Continent is an unexplored wilderness, with an unbearable climate [and] a Negro population largely barbarous (...). The people are dark of skin; many of them are even darker

---

(1996), S. 147-181. Siehe auch die Dokumente 370 und 501-503 in: BDEE, *The Conservative Government and the End of Empire, 1951-1957*, III, S. 50ff. und 364ff.

<sup>99</sup> Zu den Aktivitäten des IBFG in der Goldküste von 1953 bis 1957 siehe Stoner, *Anti-Communism, Anti-Colonialism, and African Labor*, S. 67ff.

<sup>100</sup> Memorandum From the Policy Planning Staff, Subject: A Reconsideration of U.S. Policy toward Colonialism, 15.6.1956, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, Policy Planning Staff Office Files, 1956, Lot 66D487, Box 106, NA; Memorandum From the Policy Planning Staff, Subject: Certain Thoughts on Problems of U.S. Policy with Respect to 'Colonial' Areas, 2.10.1952, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, Subject Files, 1947-1953, Lot 64D563, Colonialism, Box 8, ebd; ebd. Zu den Afrikabildern der amerikanischen Öffentlichkeit siehe auch Hickery, Wylie, *An Enchanting Darkness*; McCarthy, *Dark Continent*; Shepperson, *Africa in American History and Literature*; James R. Nesteby, *Black Images in American Films, 1896-1954*. New York 1982; Jan Nederveen Pieterse, *White on Black. Images of Africa and Blacks in Western Popular Culture*. New Haven 1992 sowie Melville J. Herskovits, „The Image of Africa in the United States“, in: *Journal of Human Relations* 10 (1962), S. 236-245.

<sup>101</sup> Robert Coughlan, „Black Africa Surges to Independence“, *Life*, 16.1.1959, S. 101.

in mind.“<sup>102</sup> Auch Schulbücher kolportierten in den 1950er Jahren Bilder von der besonderen Primitivität der Afrikaner.<sup>103</sup> Zeitschriften und Magazine wie *Reader's Digest* oder *Time* brachten regelmäßig Schauergeschichten über groteske Riten und Kannibalismus in Afrika, welche die afrikanische Bevölkerung weit außerhalb aller als zivilisiert geltenden Kulturkreise stellten.<sup>104</sup>

Die räumliche Distanz und die damit einhergehenden mangelnden persönlichen Erfahrungen mit den Menschen und Lebensbedingungen in Afrika begünstigten die Stabilität alter Vorurteile. Bis zum Ende der 1950er Jahre waren die USA in Afrika diplomatisch kaum vertreten. Ähnlich spärlich gestaltete sich die journalistische Präsenz.<sup>105</sup> Das Afrikabild vieler Amerikaner basierte zum größten Teil auf literarischen Quellen wie den Reiseberichten von Henry Morton Stanley (1841-1904) oder den Tarzan-Romanen von Edgar Rice Burroughs (1875-1950), die von dem Mythos der weißen Überlegenheit und der Hilflosigkeit der Afrikaner lebten.<sup>106</sup> Die Erfahrungsberichte amerikanischer Missionare unterstrichen den Eindruck eines unzivilisierten Kontinents, der von Menschen bewohnt wurde, die der Anleitung durch westliche Geistliche bedurften.<sup>107</sup> US-Politiker stützten sich bei der Beurteilung der Situation in Afrika zudem auf

---

<sup>102</sup> Carlton J. H. Haynes, Parker T. Moon, *World History*. New York 1950, zit. nach Angene Wilson, „Taking Tarzan out of the Textbooks“, in: *Africa Report* 13 (1968), S. 43-44, S. 43.

<sup>103</sup> Siehe dazu die Beschreibungen in Harold R. Isaacs, *The New World of Negro Americans*. New York 1964, S. 162ff.

<sup>104</sup> Siehe z.B. Alexander Campbell, „Africa: A Continent in Ferment“, *Life*, 4.5.1953, S. 9f.; Stuart Cloete, „End of Era with Threat of the Jungle Taking Over“, ebd., 1.8.1960, S. 14f.; Reed David, „In the Congo's Jungles, a Boom and a Ferment“, *U.S. News and World Report*, 18.5.1959, S. 92ff.

<sup>105</sup> 1955 hielten sich lediglich drei US-Korrespondenten in Afrika auf. Siehe dazu Aron Segal, „Africa and the US Media“, in: *Issue* 6 (1976), S. 49-56; William A. Payne, „American Press Coverage of Africa“, in: *Africa Report* 11 (1966), S. 44-48; Norman Philips Roberts, *The Changed Images of Africa in Some Selected American Media from 1930 to 1969*. Diss. American University 1971. Auch in den 1960er Jahren, in der Zeit nach der Unabhängigkeit der meisten Kolonien, waren drei- bis viermal so viele amerikanische Korrespondenten in London oder Paris wie in ganz Afrika zusammen. Die *Washington Post* beispielsweise hatte erst seit 1965 einen eigenen Korrespondenten in Afrika (siehe Segal, „Africa and the US Media“, S. 51). Weitere Literaturhinweise bietet Gretchen Walsh, *The Media in Africa and Africa in the Media: An Annotated Bibliography*. London 1996.

<sup>106</sup> Siehe u.a. Henry Morton Stanley, *Through the Dark Continent*. London 1878; Edgar Rice Burroughs, *Tarzan of the Apes*. New York 1912. Burroughs schrieb insgesamt 23 Tarzan-Romane, kannte Afrika aber nicht aus eigener Anschauung. Ebenso populär wie die Romane waren in den USA die Verfilmungen oder die Comic-Versionen der Geschichte (siehe Hickery, Wylie, *An Enchanting Darkness*, S. 81ff.; Philip W. Quigg, „The Changing American View of Africa“, in: *Africa Report* 14 (1969), S. 8-10; Alfred E. Opubor, Ogunubi Adebayo, „Ooga Booga: The African Image in American Films“, in: *Other Voices, Other Views: An International Collection of Essays from the Bicentennial*. Hrsg. v. Robin W. Winks. Westport 1978, S. 343-375, S. 344).

<sup>107</sup> Zu den Afrikadarstellungen in amerikanischen Missionarsberichten siehe McCarthy, *Dark Continent*, S. 145; Edward H. McKinley, *The Lure of Africa: American Interests in Tropical Africa, 1919-1939*. New York 1974, S. 6.

Berichte der Briten, deren Darstellungen nur selten hinterfragt wurden. Ein Großteil der Literatur, mit deren Hilfe sich US-Diplomaten auf ihren Aufenthalt in den britischen Kolonien vorbereiteten, wurde von der britischen Regierung herausgegeben.<sup>108</sup>

Afrikanische Traditionen wurden von den meisten US-Entscheidungsträgern grundsätzlich negativ bewertet. Asiatische Gebräuche und Traditionen standen in den hierarchisierten Vorstellungen von Kulturen weit über den Lebensweisen der Menschen in Afrika.<sup>109</sup> Viele abwertende Bemerkungen konzentrierten sich auf den afrikanischen ‘Tribalismus’, der nach Ansicht amerikanischer Beobachter keine Grundlage für eine funktionierende soziale Organisation oder wirtschaftlichen Fortschritt bot.<sup>110</sup> US-Diplomaten sprachen von einer „particularly awkward brake on (...) efforts to modernize the society” und einer gesellschaftlichen Organisationsform „ill equipped to face the challenge [of modernity]”.<sup>111</sup> Der afrikanischen Bevölkerung wurde per se die Fähigkeit abgesprochen, eine wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents einleiten zu können. Armut wurde als der afrikanische Normalzustand betrachtet, der durch

---

<sup>108</sup> So empfahl das *State Department* beispielsweise den Mitarbeitern des amerikanischen Generalkonsulats in Nigeria das Studium der „Colonial Annual Reports” des Kolonialministeriums und der „History of Nigeria” (London 1948) des britischen Gouverneurs Sir Alan Burns (siehe Telegram From the Consulate General in Nigeria (Childs) to the Department of State, Subject: USIE [United States Information and Education Program] Country Plan Nigeria – Draft Revision of Country Paper of August 1950, 25.1.1952, in: RG 59, Central Files, 511.45h/1-2552, NA).

<sup>109</sup> Mitarbeiter des *Policy Planning Staffs* des *State Department* betonten beispielsweise, „[that Asians] have had more stabilizing traditions to build upon even if they have not been of the modern Western variety” (Memorandum From the Policy Planning Staff, Subject: Problems and Proposals for African Policy, 25.10.1957, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, 1957-1961, Minutes of S/P Staff Meetings, Lot 67D548, Box 148, ebd.).

<sup>110</sup> Mit ‘Tribalismus’ wurde in 1950er und 1960er Jahren das Denken und Handeln in ‘Stammeskategorien’ bezeichnet. Der Begriff entwickelte sich zu einem „wissenschaftliche[n] Konzept, von dem ausgehend die gesamte soziopolitische Realität“ Afrikas erklärt wurde (Christoff Hartmann, „Tribalismus“, in: *Lexikon Dritte Welt. Länder. Organisationen. Theorien. Begriffe. Personen.* Hrsg. v. Dieter Nohlen. Hamburg 2000, S. 744). Die Afrikanisten haben sich mittlerweile von der Verwendung dieses Begriffes distanziert. ‘Tribalismus’ gilt heute als ein ideologisches Konstrukt der Kolonialzeit. Nähere Informationen über die Problematik des ‘Tribalismus’-Begriffes bieten Bush, *Imperialism, Race and Resistance*, S. 38, 126; Leroy Vail, *The Creation of Tribalism in Southern Africa*. London 1989.

<sup>111</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Rutter) to the Department of State, 25.7.1957, in: RG 59, Central Files, 745j00/7-2557, NA; Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: IIA [International Information Administration], Submission of 1954-55 Prospectus Call, 13.5.1953, ebd., 511.45k/5-1353. Diese Einschätzungen finden sich auch im wissenschaftlichen Diskurs (siehe z.B. Peter Duignan, Louis H. Gann, „The Case for the White Man”, *New Leader*, 2.1.1961, S. 16: „[T]he ‘web of kinship’ discouraged individual enterprise; communal tenure inhibited experimentation and advances in agricultural techniques.“). Viele US-Kommentatoren waren zudem von der „reluctance of Africans to undertake regular employment” überzeugt (National Intelligence Estimate, Subject: Conditions and Trends in Tropical Africa, 22.12.1953, in: FRUS, 1952-1954, Vol. XI, S. 71ff., S. 76).

die Schwächen der afrikanischen Gesellschaften verursacht wurde. Amerikanische Entscheidungsträger bezeichneten die Afrikaner als

„people (...) who are still culturally and linguistically rent; who remain largely illiterate and uneducated, whose economy is underdeveloped and seriously unbalanced – in short, who began to come out of the jungle, figuratively and to some extent literally speaking, only two or three generations ago, and who are not ready to manage their own affairs in a modern society by any standards which heretofore have been considered reasonable.”<sup>112</sup>

Der ‘Tribalismus’ galt zudem als Ursache für blutige Konflikte, die nach amerikanischen Vorstellungen das Zusammenleben verschiedener Volksgruppen in Afrika prägten. US-Zeitschriften und Magazine verkündeten in den 1950er Jahren, „[that the] normal, preferred relation between tribe X and tribe Y is, often enough, hostility: A hostility that may express itself in torture, killing, cannibalism.“<sup>113</sup> Nach Ansicht amerikanischer Diplomaten, Journalisten und Wissenschaftler hatten moralische Grundwerte und soziale Disziplin keine Bedeutung in der afrikanischen Gesellschaft. US-Diplomaten betonten, „[that] basic qualities as a sense of responsibility, honesty, and cooperative effort (...) are practically unknown“; amerikanische Propagandaexperten reklamierten den Mangel an „tolerance [and] respect for the individual“.<sup>114</sup> Besonders deutlich zeigte sich die Überzeugung von der vermeintlich mangelhaften sozialen, kulturellen und ethisch-moralischen Entwicklung der Afrikaner in den Berichten des amerikanischen Generalkonsuls in Dakar, Perry N. Jester. In einem

---

<sup>112</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Bartelt) to the Department of State, Subject: A Review and Analysis of Post-War Developments in the Gold Coast, 30.11.1951, in: RG 59, Central Files, 511.45k/11-3051, NA.

<sup>113</sup> James Burnham, „What Is Ahead for Black Africa“, *National Review*, 22.10.1960, S. 240.

<sup>114</sup> Telegram From the Department of State to the Consulate General in Nigeria, Subject: USIE – Country Paper for Nigeria, August 1950, in: RG 59, Bureau of Public Affairs, Records Relating to International Information Activities, 1938-1953, Lot 53D47, Box 41, NA; Memorandum From the Psychological Strategy Board, Subject: Africa, 13.4.1953, in: White House Office [WHO], National Security Council Staff Papers, 1953-1961, Central File Series, Psychological Strategy Board, Box 14, Dwight D. Eisenhower Library [DDEL]. [Der Rat für Psychologische Kriegsführung wurde im April 1951 als eine zentrale Koordinationsstelle zur Planung der amerikanischen Auslandspropaganda eingerichtet. Zu den Mitgliedern des Rates zählten u.a. der *Under Secretary of State*, der *Deputy Secretary of Defense*, der CIA Direktor (zu diesem Zeitpunkt Walter Bedell Smith) und ein Vertreter der *Joint Chiefs of Staff* (siehe Schumacher, *Kalter Krieg und Propaganda*, S. 89ff.). Der Rat für Psychologische Kriegsführung wurde 1953 vom *Operations Coordinating Board* (OCB) abgelöst (siehe ebd., S. 119).

Telegramm an das *State Department* vom Februar 1950 erklärte Jester:

„The peoples in Black Africa are basically primitive rather than backward, due to racial characteristics and environmental influences. (...) The native people of Africa (...) have not yet as a people achieved sufficient evolutionary stature to understand the existence of motivation other than the compulsion of self-interest of a very low order or fear.“<sup>115</sup>

Die Diskussionen in Washington und den US-Vertretungen in den Kolonien waren zudem durch die dichotomische Gegenüberstellung von ‘kindgleichen’ Afrikanern und ‘erwachsenen’ Europäern geprägt. Während die Afrikaner als „careless“, „irresponsibl[e] and dishonest“, „immature and unsophisticated“ beschrieben wurden, verwendeten US-Politiker und Diplomaten für die Kolonialmächte Bezeichnungen wie “parent state[s]” oder “mother countries“.<sup>116</sup> US-Kommentatoren aus dem konservativen Meinungsspektrum gingen sogar soweit, die Fähigkeit der indigenen Bevölkerung zu logischem oder abstraktem Denken grundsätzlich in Frage zu stellen: „What goes on in the African mind is an important matter, and we must realize that it may not be the product of logical reasoning as it is understood in the West. (...) [W]e may often find ourselves dealing at first-hand with the forces of superstition.“<sup>117</sup> Aus dem Kindervergleich

---

<sup>115</sup> Telegram From the Consulate General in Senegal (Jester) to the Department of State, 15.2.1950, in: RG 59, Central Files, 611.70/2-1550, NA.

<sup>116</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Ross) to the Department of State, Subject: Combined USIE Semi-Annual Evaluation Reports for Periods December 1, 1950 to May 31, 1951 and June 1, 1951 to November 30, 1951, 15.2.1952, ebd., 511.45g/2-1552; Telegram From the Consulate General in Ghana (Lamm) to the Department of State, Subject: A Short Analysis of Current Problems in the Gold Coast, 20.12.1955, ebd., 745k00/12-2055; National Security Council Report (NSC 5719/1), Subject: U.S. Policy toward Africa South of the Sahara, 23.8.1957, in: FRUS, 1955-1957, Vol. XVIII, S. 75ff., S. 76; Telegram From Secretary of State Dulles to the Consulate General in the Gold Coast, 22.12.1955, in: RG 59, Central Files, 611.45k/12-2255, NA; Memorandum of a Conversation (Eisenhower im Gespräch mit Mitgliedern der britischen Regierung), Mid-Ocean Club, Conference Room, Bermuda, 23.3.1957, in: FRUS, 1955-1957, Vol. XVIII, S. 53ff., S. 55.

<sup>117</sup> Robert Coughlan, „Black Magic: Vital Force in Africa’s New Nations“, *Reader’s Digest*, September 1961, S. 156-162, S. 156, 160. Bei den amerikanischen Konservativen handelte es sich um eine heterogene Gruppe, deren Ansichten nicht an allen Stellen von liberalen Überzeugungen zu trennen sind. Zu den Konservativen werden u.a. die sogenannten Traditionalisten (z.B. Thomas Molnar oder Eric Voegelin) gezählt, die den ‘Niedergang der westlichen Zivilisation’ befürchteten, sowie diejenigen Amerikaner, die sich für ein klassisches liberalistisches Wirtschaftssystem einsetzten. Hinzu kamen entschiedene Antikommunisten wie der republikanische Senator Joseph McCarthy und ehemalige amerikanische Kommunisten wie James Burnham, „who now embraced the Right as ardently as they had once embraced the Left“ (Forrest McDonald, „Conservatism“, in: *Encyclopedia of American Political History. Studies of the Principal Movements and Ideas*. Hrsg. v. Jack P. Greene. New York 1984, I, S. 354-366, S. 364. Siehe auch George H. Nash, *The Conservative Intellectual Movement in America since 1945*. New York 1976). Die meisten Konservativen zeichneten sich durch eine pessimistische Menschensicht aus und waren von der Existenz grundsätzlicher Unterschiede zwischen Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturen überzeugt. Traditionen spielten eine wichtige Rolle im konservativen Weltbild. Anders

ergab sich die Annahme einer besonderen Affinität der Afrikaner zu autoritären Regierungsformen. US-Wissenschaftler und Politiker sprachen von einem „traditional need[] for leadership and guidance“, der sich bereits in den ‘Stammesstrukturen‘ der vorkolonialen Gesellschaft gezeigt habe.<sup>118</sup> Mitarbeiter der politischen Planungsabteilung im *State Department* erklärten in ihren Berichten über die Verhältnisse in Afrika, „[that Africans] have lived for centuries amid traditions of despotism and oppression and (...) do not understand the values of freedom and personal liberties“.<sup>119</sup> Journalisten betonten, „[that Chiefs] had always been despots (...). [T]he African mind [has] been conditioned for centuries to respect a tyrant.“<sup>120</sup> Der politischen Vielfalt der traditionellen afrikanischen Organisationsformen wurden solche Äußerungen nicht gerecht. US-Politiker und Diplomaten gingen davon aus, dass Afrikaner nur wenig Probleme mit der europäischen Fremdherrschaft hatten: „[O]ppression and exploitation have been known in Africa for a long time, long before the white man came, and this familiarity to some extent seems to cool resentment against them.“<sup>121</sup> Noch 1961 verkündeten Mitarbeiter der US-Botschaft in Ghana: „[W]e in the United States

---

als die amerikanischen Liberalen, die zumindest theoretisch von der prinzipiellen Fähigkeit aller Menschen zur Weiterentwicklung ausgingen (zum liberalen Weltbild siehe u.a. Kenneth Minogue, *The Liberal Mind*. London 1963), glaubten viele Konservative nicht an die Modifizierbarkeit von Traditionen und Gebräuchen. Konservative Amerikaner beurteilten die Situation in Afrika daher pessimistischer als Kommentatoren aus dem liberalen Meinungsspektrum. Äußerungen wie „The forms of Occidental life merely distress and demoralize the member of races to whom the spiritual essence of Occidental culture must *forever* remain incomprehensible“ ziehen sich wie ein rotes Band durch ihre Stellungnahmen (P. R. Oliver, „Review of Prince Modupe ‘I Was a Savage’“, *National Review*, 17.5.1958, S. 476, Hervorhebung durch die Autorin der vorliegenden Arbeit [im Folgenden W.B.]). Eine genauere Untersuchung der Afrikadiskussionen liberaler Amerikaner zeigt jedoch, dass viele Liberale nicht daran glaubten, dass ihre Überzeugungen auch für Afrika galten. Auf eine getrennte Darstellung konservativer und liberaler Afrikabilder kann daher verzichtet werden. Ebenso wie die Konservativen waren die amerikanischen Liberalen von der Überlegenheit der eigenen Vorstellungen und Werte gegenüber den Traditionen in Afrika überzeugt. Allerdings benutzten die Liberalen eine weniger drastische Sprache als die Konservativen, da offen rassistische Äußerungen nicht mit dem liberalen Selbstbild vereinbar waren.

<sup>118</sup> Memorandum From the Operations Coordinating Board, Subject: Operations Plan for Nigeria, 24.2.1958, in: RG 59, Miscellaneous Records of the Bureau of Public Affairs, 1944-1962, Policy Information Statements and Information Guides of the Policy Plans and Guidance Staff, 1954-1960, Lot 62D370, Box 102, NA.

<sup>119</sup> Memorandum From the Policy Planning Staff, Subject: A Reconsideration of U.S. Policy toward Colonialism, 15.6.1956, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, Policy Planning Staff Office Files, 1956, Lot 66D487, Box 106, ebd. Andere Kommentatoren sprachen von „anti-democratic trends that are strongly based in African culture“ (Telegram From the Consulate General in Nigeria (Emmerson) to the Department of State, 9.1.1960, in: RG 59, Central Files, 745g11/1-960, ebd.).

<sup>120</sup> Russell Warren Howe, „These Are the Africans“, *Progressive*, August 1961, S. 11-13, S. 12.

<sup>121</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Bartelt) to the Department of State, Subject: A Review and Analysis of Post-War Developments in the Gold Coast, 30.11.1951, in: RG 59, Central Files, 511.45k/11-3051, NA.

put a great sore on 'freedom of choice'. (...) [T]he average African couldn't care less about this (...)."<sup>122</sup>

Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges wurde die Unmündigkeit der Afrikaner in den Augen amerikanischer Entscheidungsträger zu einer Bedrohung für den internationalen Frieden. Die afrikanische Bevölkerung galt als leicht beeinflussbar – nicht nur durch die 'wohlmeinenden' westlichen Mächte, sondern auch durch kommunistische Agitatoren. Mitarbeiter des *State Department* warnten: „[Africa is] more susceptible (...) to outside determinism than any other large area of the world.“ Britische Behauptungen, „[that the people are] unable to resist the blandishments of demagogues“ wurden von US-Politikern und Diplomaten nicht hinterfragt.<sup>123</sup> Die Amerikaner befürchteten, dass die Sowjetunion ohne die Anwesenheit der Europäer in Afrika ein leichtes Spiel haben würde. Unter diesem Gesichtspunkt erschien den amerikanischen Entscheidungsträgern eine sofortige Unabhängigkeit der afrikanischen Kolonien weder erstrebenswert noch durchführbar. Der US-Generalkonsul in Dakar, Perry N. Jester, warnte stellvertretend für viele US-Kommentatoren: „To endow these African groups prematurely with independence and sovereignty would only result in creating entities which would almost immediately become pawns of the Kremlin.“ Außenminister John Foster Dulles unterstrich: „[P]recipitate action would in fact not produce independence but only a transition to a captivity far worse than present dependence.“<sup>124</sup>

---

<sup>122</sup> Stellungnahme vom Juli 1961, zit. in Memorandum From the Assistant Secretary of State for African Affairs (Williams) to the Deputy Assistant Secretary of State for African Affairs (Fredericks), 27.7.1961, in: RG 59, Bureau of African Affairs [BAA], Office of West African Affairs, Country Files, 1951-1963, Entry [E] 3112, Box 8, ebd.

<sup>123</sup> Report Prepared in the Department of State, Subject: Political and Economic Problems of Africa, undated, in: FRUS, 1950, Vol. V, S. 1503ff., S. 1505; Elspeth Huxley, „Two Revolutions That Are Changing Africa“, in: *New York Times Magazine*, 19.5.1957, S. 69.

<sup>124</sup> Telegram From the Consulate General in Senegal (Jester) to the Department of State, 15.2.1950, in: RG 59, Central Files, 611.70/2-1550, NA; John Foster Dulles am 30.11.1953, zit. nach Emerson, *Africa and United States Policy*, S. 23.

### 3.2. 'The warm blanket of colonial protection': Die USA und die europäische Kolonialherrschaft

Die Annahme von den mangelnden Fähigkeiten der afrikanischen Bevölkerung führte dazu, dass viele US-Politiker und Diplomaten davon überzeugt waren, dass der Kolonialismus letztendlich für die Afrikaner die beste Lösung darstellte. Der Glaube an eine angloamerikanische Wertegemeinschaft unterstützte diese Haltung. Immer wieder sprachen US-Kommentatoren von einer „fundamental American confidence in the British and their institutions as democratic, enlightened, sound, and reliable“.<sup>125</sup> Vorwürfe von Seiten der afroasiatischen Staaten oder der Sowjetunion, dass der Kolonialismus auf einer Ausbeutung der indigenen Bevölkerung beruhe, galten als unbegründete Pauschalurteile. Nach Ansicht amerikanischer Beobachter konnte es keinen Vergleich zwischen der europäischen Herrschaft in Afrika und dem sowjetischen Unterdrückungssystem in Osteuropa geben. Ebenso wie ihre britischen Kollegen bestritten US-Politiker und Diplomaten die negativen Auswirkungen der 'modernen' Kolonialherrschaft auf die Lebensumstände der indigenen Bevölkerung und stellten stattdessen die 'Sorge' der Europäer um das Wohlergehen der Afrikaner in den Vordergrund. Der Vertreter der USA im *Trusteeship Council* der UNO, Mason Sears, versicherte nach einem Aufenthalt in Westafrika:

„I could find no sign of economic or racial exploitation in any field. In fact, it is the reverse which is the case. (...) Under these circumstances the term 'colonialism', as generally understood, should be replaced by a new and more accurate description of the progress which is taking place in this part of Africa.“<sup>126</sup>

---

<sup>125</sup> Memorandum From the Slater Working Group, Subject: Educational and Cultural Advancement in Africa – Problems of Educational Development and Strategies of External Aid, undated, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Records of the Slater Working Group, 1961, Lot 63D94, Box 2, NA. Die Formulierung „warm blanket of colonial protection“ findet sich in Memorandum From the Secretary of State's Special Assistant (Holmes) to Secretary of State Dulles, Subject: Report on Africa, 6.2.1958, in: FRUS, 1958-1960, Vol. XIV, S. 1ff., S. 2.

<sup>126</sup> Memorandum by the United States Representative on the Trusteeship Council (Sears) to the Assistant Secretary of State for United Nations Affairs (Key), Subject: West Africa, 3.6.1954, in: FRUS, 1952-1954, Vol. III, S. 1383ff., S. 1383. Die britische Verwaltung in Afrika wurde zwar besonders positiv kommentiert, doch auch die Initiativen der anderen europäischen Kolonialmächte fanden die Anerkennung von US-Kommentatoren. So betonte der amerikanische Konsul im Kongo, Robert G. McGregor, im August 1954: „In Congo there is order because there is hope and prosperity which all levels population increasingly share. (...) [T]o imply that Belgian policy is founded on old order of colonialism would do an injustice and if done publicly would only sow suspicion among Africans. We would thereby play into hands of Soviet propagandists.“ (Telegram From the Consulate in Leopoldville (McGregor) to the Department of State, 6.8.1954, in: FRUS, 1952-1954, Vol. XI, S. 123f., S. 123).

Selbst liberale Wissenschaftler in den USA stellten sich gegen die Behauptung,

„that the boasted mission civilisatrice was a sheer fraud and that exploitation and repression were the real core of imperialism (...). Since World War II these powers have brought into being a new style of colonialism which may be honestly characterized as intended to secure the advancement of the dependent peoples.“<sup>127</sup>

Die europäische Kontrolle galt als ein Katalysator für den Fortschritt und die Zivilisierung des Kontinents. Noch 1961 bezeichneten Mitarbeiter der Planungsabteilung im *State Department* den Kolonialismus als „civilizing agent for backward cultures and peoples“.<sup>128</sup> US-Politiker gingen davon aus, dass alle wesentlichen Rechts- und Ordnungsstrukturen in Afrika von den Kolonialmächten eingeführt worden waren. Der Kolonialismus wurde von vielen US-Beobachtern nicht als eine Form der Unterdrückung angesehen, sondern als eine Kraft, die es der indigenen Bevölkerung ermöglichte, sich endlich frei und ohne Angst vor gewaltsamen Übergriffen oder Kannibalismus zu bewegen. Diplomaten vor Ort warnten, „[that] without the discipline and control of Western nations, ancient antagonisms will burst their present bounds and numerous races or tribes will attack traditional enemies in primitive savagery.“<sup>129</sup> Eine *Special Study Mission* des US-Kongresses hielt 1957 fest:

„[T]he colonizers brought (...) progress and culture of Western civilization with its foundation stones set deep into the principles of freedom and equality. (...) Colonialism in African areas since the 1900's has meant a new orientation toward the right of the individual, a raising of

---

<sup>127</sup> Rupert Emerson [Professor of Government in Harvard, Autor von „Africa and United States Policy“ (s.v.)], „The Character of American Interests in Africa“, in: *The United States and Africa. The American Assembly, Columbia University, New York. Background Papers Prepared for the Use of Participants in the Thirteenth American Assembly, May 1 to 4, 1958*. New York 1958, S. 1-23, S. 10, 9.

<sup>128</sup> Memorandum From the Policy Planning Council, Subject: U.S. Policy Toward Anti-colonialism, 1.12.1961, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, 1957-1961, Lot 67D548, Box 117, NA.

<sup>129</sup> Telegram From the Consulate General in Senegal (Jester) to the Department of State, 23.2.1950, in: RG 59, Central Files, 611.70/2-2350, ebd. Die US-Diplomaten in der Goldküste berichteten nach Gesprächen mit britischen Kolonialbeamten: „[The British] point to the dismal state of affairs that existed here – despite all the nationalist raptures today about the lovely Ghana that was before the white man came – when inter-tribal warfare was taking a heavy toll in lives and property (...). And then they point to the present colony (...) to claim *quite rightly* that it is an infinite improvement over what was (...)“ (Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Bartelt) to the Department of State, Subject: A Review and Analysis of Post-War Developments in the Gold Coast, 30.11.1951, ebd., 511.45k/11-3051, Hervorhebung durch W.B.).

the status of women, the eradication of disease, the development of education.“<sup>130</sup>

Ohne die Europäer war nach Ansicht von US-Politikern, Journalisten und Wissenschaftlern die vermeintlich notwendige Modernisierung Afrikas nicht zu leisten. Die wirtschaftlichen Initiativen der Kolonialmächte versöhnten auch viele amerikanische Liberale mit der europäischen Kontrolle.<sup>131</sup> US-Politiker zitierten die wirtschaftlichen Probleme in den unabhängigen Ländern wie Liberia oder Äthiopien als Beweis für die Abhängigkeit der Afrikaner von der europäischen Unterstützung. Der außenpolitische Berater der Eisenhower-Administration Julius C. Holmes betonte 1958: „The African countries with colonial background are making the most progress. Liberia and Ethiopia, although independent and having a non-colonialist background, are the most backward countries in Africa.“<sup>132</sup> US-Wissenschaftler wie der Harvard-Professor Rupert Emerson bestätigten diese Überzeugungen:

„[A] factor serving to lessen the ill repute of colonialism is the comparison frequently drawn between countries which have had intensive experience of Western colonial rule and other underdeveloped areas which have had no or only a brief touch of it. The basic assumption of all the earlier liberal and leftward theory of imperialism make inescapable the conclusion that the free countries should be well ahead of the colonies which have by definition been ground under the imperial heel. Much

---

<sup>130</sup> House, Committee on Foreign Affairs, Subcommittee on Africa, Report of the Special Study Mission to Africa, South and East of the Sahara. Chairman Frances P. Bolton. 85th Congress, 1st session. Washington D.C. 1957. Auf diese Weise wurde die afrikanische Unabhängigkeitsbewegung zu einem ‘Produkt’ der Kolonialherrschaft, da aus amerikanischer Sicht erst die Kolonialherren die Afrikaner mit Konzepten wie ‘Unabhängigkeit’ und ‘Selbstbestimmung’ vertraut gemacht hatten. Der *Policy Planning Staff* betonte: „[The independence movement in] Africa does not represent merely the reaction or revolt of (...) African societies against an alien culture, *but even more significantly an extension of Western civilization and the maturing of Western ideas and concepts in these societies.*“ (Memorandum From the Policy Planning Staff, Subject: Study of Ex-Metropole vs. Ex-Colonial Relationships, 31.10.1960, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, 1957-1961, Minutes of S/P Staff Meetings, Lot 67D548, Box 117, NA, Hervorhebung durch W.B.).

<sup>131</sup> Siehe beispielsweise Martin L. Kilson, „African Political Change and the Modernization Process“, in: *Journal of Modern African Studies* 4 (1963), S. 431-432, S. 427: „It is evident that the source of modernisation in Africa was the establishment of colonial rule – or more precisely, the colonial situation.“ Ähnlich äußerte sich Walt W. Rostow in *The Stages of Economic Growth*: „[The colonial powers] did not always optimize the creation of the preconditions for take-off, [but] they could not avoid bringing about transformations in thought, knowledge, and institutions (...) which moved the colonial society along the path towards take-off (...).“ (S. 112).

<sup>132</sup> Memorandum From the Secretary of State’s Special Assistant (Holmes) to the Chairman of the U.S. Council on Foreign Economic Policy (Randall), 6.1.1958, in: U.S. Council on Foreign Economic Policy [USCFEP], Office of the Chairman, Records, 1954-1961, Randall Series, Subject Series, Box 1, DDEL.

testimony bears witness to the contrary, and it is not only the testimony of the colonial powers which have an obvious axe to grind.“<sup>133</sup>

Die europäische Herrschaft galt zudem als der beste Schutz gegen eine Ausweitung kommunistischer Einflüsse in Afrika. Viele US-Kommentatoren zeigten sich überzeugt, „[that] Western presence in authority is absolutely essential to the area if it is to remain tied to the free world“.<sup>134</sup>

### **3.3. ‘An ugly totalitarian clique’: Die amerikanische Perzeption des afrikanischen Nationalismus**

Die weitgehend positive Bewertung der Kolonialherrschaft beeinflusste auch die amerikanische Haltung gegenüber den afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen. Die von den Kolonialmächten entworfenen diffamierenden Bilder der afrikanischen Befreiungskämpfer wurden oft vorbehaltlos übernommen. Ebenso wie britische Kommentatoren bezeichneten amerikanische Politiker und Diplomaten den afrikanischen Nationalismus als „irresponsible“, „xenophobic“, „exaggerated“ und „emotional“.<sup>135</sup> Selbst kleinere Manifestationen antikolonialen Widerstandes wurden zu „exhibition[s] of hooliganism“ stilisiert.<sup>136</sup> Nach Ansicht vieler amerikanischer Beobachter gab es keine Parallelen zwischen dem afrikanischen Nationalismus und dem amerikanischen Unabhängigkeitskampf gegen Großbritannien im 18. Jahrhundert. Gerade konservative Journalisten und Politiker bezeichneten solche Vergleiche als absurd:

„[T]he men who wrote our Declaration were among the most idealistic, educated and politically enlightened men of their day, (...) our new citizens had brought with them the best of the civilization of the Old

---

<sup>133</sup> Emerson, „The Character of American Interests in Africa“, S. 11. Dieser Vergleich spielte auch in der britischen Propaganda eine wichtige Rolle (siehe Füredi, *New Ideology*, S. 94).

<sup>134</sup> Telegram From the Consulate General in Leopoldville (McGregor) to the Assistant Secretary of State for Near Eastern, South Asian, and African Affairs (Allen), 21.3.1956, in: RG 59, BAA, Office of West African Affairs, Country Files, 1951-1963, Box 8, E 3112, NA.

<sup>135</sup> Memorandum From the Assistant Secretary of State for Near Eastern, South Asian, and African Affairs (Allen) to Secretary of State Dulles, Subject: United States Policy towards Africa South of the Sahara – Memorandum Prepared in the Office of African Affairs, 12.8.1955, in: FRUS, 1955-1957, Vol. XVIII, S. 12ff., S. 18.

<sup>136</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Bloom) to the Department of State, 19.1.1950, in: RG 59, Central Files, 745k00/1-1950, NA.

World. In contrast, the vast majority of Africans today are uneducated and uncivilized.“<sup>137</sup>

Die afrikanischen Nationalisten galten als Fanatiker, als unberechenbare „rabble-rousers“, die nicht der Unterstützung, sondern der Kontrolle bedurften und das politische Klima in den Kolonien vergifteten.<sup>138</sup> Die Haltung der nationalistischen Führer war nach Ansicht amerikanischer Beobachter nicht repräsentativ für die Stimmung innerhalb der Bevölkerung. Mitglieder des US-Generalkonsulats in Lagos versicherten: „[The] illiterate natives are quite satisfied with their present care-free, traditional existence and are not concerned with movements on the part of minority political groups looking toward self-government.“<sup>139</sup> Die nationalistisch gesinnten Mitglieder der westlich gebildeten Elite wurden zu Außenseitern erklärt, die kein Recht hatten, sich als Stellvertreter des Volkes zu präsentieren. Rupert Emerson betonte: „[T]here is (...) the most widespread discrepancy between the pretensions of those who assert their prerogatives as champions of their nations and the social reality which lies behind them.“<sup>140</sup> Da sie von der positiven Rolle der Europäer in Afrika überzeugt waren, hielten viele US-Kommentatoren die afrikanischen Nationalisten für rücksichtslose und machtgierige Kriminelle, die das leichtgläubige Volk aufhetzten und für ihre Zwecke missbrauchten. Wörter wie „dishonest“, „corrupt“ oder „thoroughly untrustworthy“ wurden von US-Politikern immer wieder herangezogen, um die nationalistischen Führer zu charakterisieren.<sup>141</sup> Viele amerikanische Beobachter waren überzeugt, dass eine Übergabe der Macht an die Nationalisten der indigenen Bevölkerung keine Vorteile bringen würde. US-Diplomaten warnten

---

<sup>137</sup> Francis Vivian Drake, „Don't Decry Colonialism“, *Reader's Digest*, August 1960, S. 65-70, S. 66. Liberale Kommentatoren sprachen zwar oft von der wichtigen Rolle amerikanischer Ideale bei der Entstehung der afrikanischen Befreiungsbewegung (siehe z.B. Adlai E. Stevenson, „The American Revolution in Our Time“, *Progressive*, Juni 1960, S. 26-30), die liberalen Bedenken bezüglich der Zukunft der Kolonien nach dem Rückzug der Europäer zeigen jedoch, dass auch die Liberalen die Voraussetzungen für den amerikanischen und den afrikanischen Unabhängigkeitskampf unterschiedlich bewerteten.

<sup>138</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Bartelt) to the Department of State, Subject: A Review and Analysis of Post-War Developments in the Gold Coast, 30.11.1951, in: RG 59, Central Files, 511.45k/11-3051, NA.

<sup>139</sup> Telegram From the Consulate General in Nigeria (Childs) to the Department of State, Subject: First Impressions of Political Character, 15.5.1951, ebd., 745h00/5-1515.

<sup>140</sup> Emerson, „The Character of American Interests in Africa“, S. 13.

<sup>141</sup> Telegram From the Consulate General in the Gold Coast (Lamm) to the Department of State, Subject: A Short Analysis of Current Problems in the Gold Coast, 20.12.1955, in: RG 59, Central Files, 745k00/12-2055, NA; Telegram From the Consulate General in Nigeria (Stanton) to the Department of State, Subject: USIS [United States Information Service] Semi-Annual Evaluation Report, May 31, 1950, 31.8.1950, ebd., 511.45h/8-3150; ebd.

vor der Etablierung einer „repressive tyranny of some literate clique of Africans over the mass of poor and ignorant illiterates“.<sup>142</sup> Der amerikanische Generalkonsul im Senegal, Perry N. Jester, unterstrich: „There is no widespread development of moral integrity which would lend constancy to their activities and make possible the fulfillment of commitments.“<sup>143</sup>

US-Politiker und Diplomaten befürchteten, dass die nationalistischen Führer auch vor einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion nicht zurückschrecken würden, um ihre Ziele durchzusetzen. Mitarbeiter des US-Generalkonsulats in Nigeria erklärten: „[They do] not hesitate to say or do anything at all which suits their purposes.“<sup>144</sup> Amerikanische Beobachter waren überzeugt, dass die Nationalisten nicht in der Lage waren, die von der Sowjetunion ausgehenden Gefahren richtig einzuschätzen. Die Demonstrationen gegen die Kolonialherrschaft vergrößerten nach Ansicht von US-Beobachtern die Chancen für eine Ausbreitung kommunistischer Einflüsse: „Native politicians inflame men of unbelievable ignorance and Communist agents wait hopefully to take over from the politicians.“<sup>145</sup> Bei sorgfältig geplanten und effizient durchgeführten antikolonialistischen Aktionen kam zudem schnell die Befürchtung auf, dass kommunistische Agenten, und nicht die afrikanischen Nationalisten für die Organisation verantwortlich gewesen waren.<sup>146</sup>

---

<sup>142</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIE Country Plan, Gold Coast, 1952, 6.3.1952, ebd., 511.45k/3-652.

<sup>143</sup> Telegram From the Consulate General in Senegal (Jester) to the Department of State, 23.2.1950, ebd., 611.70/2-2350. Siehe auch Telegram From the Consulate General in Nigeria (Childs) to the Department of State, Subject: First Impressions of Political Character, 15.5.1951, ebd., 745h00/5-1515: „One important reason why no more rapid progress in self-government has been made is graft and corruption. (...) The small minority of educated Nigerians finds it easy to fleece their illiterate countrymen, and often do not hesitate to do so. (...) In short, it seems probable that many political leaders are more concerned with what they can take from rather than what they will give to the country if they attain power.“

<sup>144</sup> Telegram From the Consulate General in Nigeria (Childs) to the Department of State, Subject: Corruption in Nigerian Politics and Lack of Press Support as Respects Publication of Favorable Racial and Political Developments in U.S., 1.10.1951, ebd., 745h00/10-151.

<sup>145</sup> Drake, „Don't Decry Colonialism“, S. 65. Siehe auch die Äußerungen von John Foster Dulles im November 1958: „It is classic Communist doctrine, enunciated by Lenin, that Communism should initially stimulate 'nationalism', in order to break the ties between colonized areas and the colonial powers. Then communism should move in to 'amalgamate' the newly independent peoples into the Communist bloc.“ (zit. nach Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 27).

<sup>146</sup> US-Kommentatoren gingen zudem davon aus, dass viele antikolonialistische Artikel in afrikanischen Zeitungen von europäischen Kommunisten geschrieben wurden (siehe z.B. Memorandum From the Department of State to the Consulate General in Nigeria, Subject: USIE –

#### 4. Die amerikanische Afrikapolitik im Spannungsfeld von Kolonialismus und Kaltem Krieg

Die Interdependenz von rassistischen Vorstellungen und dem Primat des Antikommunismus führte dazu, dass die Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht der Afrikaner bei der Konzeptionierung der amerikanischen Afrikapolitik kaum eine Rolle spielte. In den *Policy Guidelines* finden sich nur selten Passagen, die an die Verpflichtung der amerikanischen Politik gegenüber einem universalistischen Freiheitsideal erinnern. Hinweise auf die Bedeutung des NATO-Zusammenhalts für die amerikanische Sicherheit nahmen dagegen breiten Raum in den Diskussionen ein. Stellungnahmen wie die des Staatssekretärs für Nahöstliche, Südasiatische und Afrikanische Angelegenheiten, Henry A. Byroade, aus dem Jahr 1953 ziehen sich wie ein roter Faden durch die Unterlagen des *State Department*:

„[L]et us be frank in recognizing our stake in the strength and stability of certain European nations which (...) are our allies. (...) [They] will probably represent, for many years to come, the major source of free-world defensive power outside our own. We cannot blindly disregard their side of the colonial question without injury to our own security.“<sup>147</sup>

Mitglieder der innerhalb der außenpolitischen Bürokratie der USA tonangebenden Europaabteilung des *State Department*, die besonders an guten Beziehungen mit den Kolonialmächten interessiert waren, erklärten:

„[A] shift in U.S. policy toward greater support of anti-colonial demands would [not] produce a net profit in terms of over-all U.S. interests. (...) We cannot go to our European allies and ask them to accept U.S. leadership on matters of vital interest to the U.S. while telling them that

---

Country Paper for Nigeria, August 1950, in: RG 59, Bureau of Public Affairs, Records Relating to International Information Activities, 1938-1953, Lot 53D47, Box 41, NA).

<sup>147</sup> Address by the Assistant Secretary of State for Near Eastern, South Asian, and African Affairs (Byroade) Before the World Affairs Council of Northern California at Asilomar, California, 31.10.1953, in: FRUS, 1952-54, Vol. XI, S. 54ff., S. 58f. Allein die in den *Foreign Relations of the United States* veröffentlichten Dokumente bieten zahlreiche Beispiele für Äußerungen amerikanischer Politiker über die 'Notwendigkeit', im Dienst der 'nationalen Sicherheit' auf ein Vorgehen gegen den Kolonialismus zu verzichten. Zu den administrativen Reorganisationen innerhalb des State Departments und der Gründung des *Bureau of African Affairs* im Jahr 1958 siehe Teil 4, Kapitel 3 der vorliegenden Arbeit.

the U.S. is negative or even neutral on matters which they deem vital to their own interests.”<sup>148</sup>

Warnungen vor Chaos und Anarchie bzw. der Möglichkeit einer kommunistischen Machtübernahme nach einem Rückzug der Europäer bildeten den zweiten Schwerpunkt in den politischen Diskussionen in Washington. Vermeintliche Afrikaexperten warnten in unzähligen Memoranden vor einer Bedrohung des internationalen Friedens durch die Entstehung eines gefährlichen Machtvakuum:

„The withdrawal of foreign influence from a territory not yet capable of independent existence does not mean that the area will simply disappear from the world community. Instead, there will be created a power vacuum, an area of weakness which invites internal disorder and external aggression.”<sup>149</sup>

US-Politiker hatten daher wenig Interesse an öffentlichen antikolonialistischen Auftritten. Stattdessen unterstützten die Amerikaner in der UNO mit Hilfe von Stimmenthaltungen und Verzögerungstaktiken die Bemühungen der Kolonialmächte, die Verabschiedung von bindenden Resolutionen der Vereinten Nationen gegen Kolonialismus und Rassismus zu verhindern.<sup>150</sup>

Auf der anderen Seite erkannten viele US-Politiker, dass die Kolonialherrschaft auch in Afrika nicht unbegrenzt aufrechterhalten werden konnte. Der *Policy Planning Staff* betonte: „Although nationalism will affect some dependent territories later than others, its spread has become as inevitable and irreversible as any historical process can be (...).“<sup>151</sup> Mitarbeiter der CIA und des *State Department* gingen davon aus, dass eine kompromisslose Unterdrückung der Unabhängigkeitsbewegungen zu gewaltsamen Eskalationen, der Ausbreitung revolutionärer Potentiale und damit zu einem vollständigen Verlust westlicher Einflussspositionen führen würde. Ähnlich wie britische Experten sprachen sich US-Politiker daher für einen langsamen, graduellen Machttransfer aus, der den

---

<sup>148</sup> Memorandum From the Policy Planning Staff, Subject: A Reconsideration of U.S. Policy toward Colonialism: General Comments by EUR, 15.6.1956, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, Policy Planning Staff Office Files, 1956, Lot 66D487, Box 106, NA.

<sup>149</sup> Address by the Assistant Secretary of State for Near Eastern, South Asian, and African Affairs (Byroade) Before the World Affairs Council of Northern California at Asilomar, California, 31.10.1953, in: FRUS, 1952-54, Vol. XI, S. 54ff., S. 57f.

<sup>150</sup> Siehe „Editorial Note“, in: FRUS, 1955-1957, Vol. XVIII, S. 43f.

<sup>151</sup> Memorandum From the Policy Planning Staff, Subject: A Reconsideration of U.S. Policy toward Colonialism, 15.6.1956, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, Policy Planning Staff Office Files, 1956, Lot 66D487, Box 106, NA.

Europäern genügend Zeit geben sollte, westliche Ordnungsvorstellungen und Einflussbastionen dauerhaft zu verankern. Wörter wie *orderly*, *evolutionary*, *constructive* und *gradually* entwickelten sich zu den zentralen Begriffen in den öffentlichen Stellungnahmen amerikanischer Politiker und in den internen Debatten im *State Department*.<sup>152</sup> Noch Mitte der 1950er Jahre hielten führende Politiker wie Außenminister John Foster Dulles einen Übergangsprozess bis ins Jahr 2000 für möglich. Präsident Dwight D. Eisenhower hoffte sogar, „that in some cases these countries would not want to become independent and would retain their relationships with the mother countries“.<sup>153</sup>

Die britischen Bemühungen, die Macht radikaler Nationalisten durch eine Stärkung moderater afrikanischer Gruppen zu begrenzen, fanden breite Zustimmung in Washington. Wie die Kolonialmächte unterschieden US-Politiker zwischen „extremist, disruptive and negative movements“ und „responsible, moderate, positive elements“. Zu den ‘verantwortungsbewussten Elementen’ zählten nach amerikanischer Definition diejenigen Gruppen, „[who are] non-Communist (...) [and who are able to] produce a government tolerable to the community of free peoples“.<sup>154</sup> Das britische Vorgehen wurde zu einem nachahmenswerten Modell erklärt, an dem sich auch die anderen europäischen Kolonialmächte orientieren sollten. Die US-Diplomaten in den britischen Afrikakolonien wurden aufgefordert, die Maßnahmen der Kolonialregierungen zu unterstützen.

---

<sup>152</sup> So betonte z.B. der erste *Assistant Secretary of State for African Affairs* Joseph C. Satherthwaite in einer Rede von 1958: „[T]he United States supports the principle of *orderly* transition to self-government and *eventual* self-determination in the interests of all parties and peoples involved. The speed of this evolution, we believe, should be determined by the capacity of the African populations concerned to assume and discharge the *responsibilities* of self-government.“ (Rede des Staatssekretärs für Afrikanische Angelegenheiten vor der *Western Regional Assembly* in Lake Arrowhead, Kalifornien am 9.10.1958, zit. nach „Editorial Note“, in: FRUS, 1958-1960, Vol. XIV, S. 38, Hervorhebung durch W.B.).

<sup>153</sup> Zit. in Memorandum of a Conversation, Mid-Ocean Club, Conference Room, Bermuda, 23.3.1957, in: FRUS, 1955-1957, Vol. XVIII, S. 53ff., S. 55. An dem Gespräch waren u.a. auch John Foster Dulles und der britische Außenminister Selwyn Lloyd beteiligt.

<sup>154</sup> Memorandum From the Policy Planning Staff, Subject: A Reconsideration of U.S. Policy toward Colonialism, 15.6.1956, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, Policy Planning Staff Office Files, 1956, Lot 66D487, Box 106, NA.

## **Kapitel III – Die USA und die Entwicklungen in der Goldküste bis zum Vorabend der Unabhängigkeit**

### **1. Der Abbau der britischen Herrschaft in der Goldküste**

#### **1.1. Die Accra Riots 1948: Das Ende der kolonialen Selbstsicherheit**

Die Entwicklungen in der Goldküste bieten ein deutliches Bild der britischen Bemühungen, die bisherige Machtstellung durch symbolische Zugeständnisse und die Übertragung begrenzter Machtbefugnisse an kooperationsbereite Gruppen innerhalb der afrikanischen Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Die Goldküste galt unter britischen Kolonialbeamten bereits früh als eine ausgesprochen schwierige Region.<sup>155</sup> Den Briten war es nach der kolonialen Okkupation im 19. Jahrhundert zu keinem Zeitpunkt gelungen, den Widerstand der indigenen Bevölkerung gegen britische Maßnahmen einzudämmen. Während des Zweiten Weltkrieges prägten Streiks und Boykotte die Atmosphäre in vielen Städten. Die Menschen protestierten gegen kriegsbedingte Versorgungsengpässe, Inflation und neue Zwangsmaßnahmen der Kolonialregierung. Vor allem die Erhebung einer Einkommenssteuer rief wütende Kritik innerhalb der Bevölkerung hervor. Um die Situation zu entschärfen und Zeit für eine bessere Verankerung britischer Positionen zu gewinnen, stellte Gouverneur Sir Alan Burns 1944 eine Verfassungsänderung in Aussicht, die erstmals eine afrikanische Mehrheit im Legislativrat der Kolonie vorsah. Die Auswahl der afrikanischen Abgeordneten wurde den *Chiefs*, den traditionellen Stützen der britischen Kolonialmacht, übertragen. Burns ging daher nicht davon aus, dass die neuen Mitglieder im

---

<sup>155</sup> Das auch in der Wissenschaft oft verwendete Bild der Goldküste als einer ‘Modell-Kolonie’ und der damit implizierte Eindruck einer reibungslosen Zusammenarbeit zwischen Kolonialmacht und Kolonisierten fußt in erster Line auf bewussten Fehldarstellungen von Seiten der Kolonialbeamten vor Ort. Der Gouverneur der Goldküste, Sir Alan Burns (1941-1948), verwendete zu Beginn der 1940er Jahre einen großen Teil seiner Energie darauf, die Regierung in London von dem vorbildlichen Charakter seines Herrschaftsgebietes zu überzeugen – um sein persönliches Ansehen zu verbessern und ‘seiner’ Kolonie größere Investitionen durch die Metropole zu sichern. Entgegen Burns Verlautbarungen setzten viele Menschen in der Goldküste jedoch den Maßnahmen der Kolonialmacht entschiedenen Widerstand entgegen (siehe Rathbone, „Introduction“, S. xxxv). Die Proteste der normalen afrikanischen Bevölkerung sind in der Wissenschaft oft vernachlässigt worden, da sich die meisten Historiker lediglich mit den Protestaktionen der westliche gebildeten Afrikaner auseinandersetzen (siehe dazu die Kritik bei Bush, *Imperialism, Race and Resistance*, S. 16f.). Detaillierte Informationen über die Entwicklungen in der Goldküste nach 1945 finden sich in Rathbone, „Introduction“; David Rooney, *Kwame Nkrumah. The Political Kingdom in the Third World*. New York 1988; Basil Davidson, *Black Star. A View of the Life and Times of Kwame Nkrumah*. Boulder 1989; David Birmingham, *Kwame Nkrumah: The Father of African Nationalism*. London 1990.

Legislativrat radikale Neuordnungen verlangen würden. Er war überzeugt, dass es ihm mit seiner Taktik gelungen war, die britische Herrschaft in der Goldküste für mehrere Jahrzehnte zu sichern.<sup>156</sup>

Die Menschen in den urbanen Gebieten sahen in der Verfassungsänderung, die 1946 umgesetzt wurde, jedoch keinen Grund, ihre Demonstrationen und Boykottmaßnahmen einzustellen. Sie verlangten substanziellere Schritte zur Verbesserung ihrer Lebenssituation. Am 28. Februar 1948 kam es schließlich zur Eskalation, da sich die europäischen Geschäftsleute in Accra trotz der vehementen Forderungen von Seiten der Bevölkerung weigerten, die während des Krieges angehobenen Lebensmittelpreise wieder zu senken. In die aufgebrachte Stimmung platzte die Nachricht, dass der Gouverneur einen Schießbefehl gegen die afrikanischen Soldaten ausgegeben hatte, die zur selben Zeit vor seinem Palast für eine Auszahlung ihrer Löhne demonstrierten. „Nun brach die Hölle los“, erinnerten sich Zeitzeugen später.<sup>157</sup> Die ganze Stadt geriet in Aufruhr. Es kam zu Plünderungen und Ausschreitungen. Autos wurden zerstört und europäische Geschäfte in Brand gesetzt. Die Niederlassungen der *United Africa Company* und der *Union Trading Company*, die den Handel in der Kolonie kontrollierten, gingen in Flammen auf. 29 Menschen starben bei den Unruhen, mehrere hundert wurden verletzt. Ähnlich entwickelte sich die Situation in Städten wie Kumasi und Nsawam. Die Kolonialregierung benötigte zwei Tage, um die Lage wieder unter Kontrolle zu bekommen. Die Briten reagierten schockiert auf die Ereignisse. Viele sprachen von einer „wild orgy of anarchy and greed“ bzw. einer von kommunistischen Elementen angezettelten Verschwörung und forderten ein radikales Vorgehen gegen die Anführer des Aufruhrs.<sup>158</sup>

Viele Verdächtigungen richteten sich gegen die Mitglieder der *United Gold Coast Convention* (UGCC), der ersten politischen Partei in der Goldküste, die im August 1947 von Teilen der westlich gebildeten Elite um den Juristen Joseph K. K. B. Danquah gegründet worden war. Die UGCC-Mitglieder hatten sich zwar an der

---

<sup>156</sup> Zur Burns-Verfassung siehe die Dokumentente 14 und 15 in: BDEE. Ghana, 1941-1957, I, S. 29ff.

<sup>157</sup> Kwame Nkrumah, *Sprung über zwei Jahrtausende. Unser Weg in die Freiheit*. Düsseldorf 1963, S. 18.

<sup>158</sup> Kenneth Bradley, *Once a District Officer*. London 1966, S. 151. Einen guten Einblick in die britischen Reaktionen auf die Ereignisse bieten die Dokumente 21-28 in: BDEE. Ghana, 1941-1957, I, S. 61ff. Viele Historiker schreiben den Unruhen in Accra große Bedeutung für die weitere Entwicklung der britischen Politik in Afrika zu (so z.B. Henry S. Wilson, *African Decolonization*. London 1994, S. 138).

Organisation der Februar-Demonstrationen nicht beteiligt, versuchten aber, die Unruhen für ihre Interessen zu nutzen. Sprecher der Partei wandten sich nach den Ausschreitungen vom 28. Februar an die Kolonialregierung mit der Forderung nach unmittelbaren Diskussionen über eine neue Verfassung. Die Gründer der UGCC waren jedoch keine radikalen Nationalisten. Die meisten Parteimitglieder gehörten Familien an, die bereits seit längerer Zeit in engem Kontakt mit der Kolonialmacht standen und sich eng mit Großbritannien verbunden fühlten. Sie pochten zwar auf eine Reform der Burns-Verfassung, das Wort 'Unabhängigkeit' wurde in den öffentlichen Äußerungen und Manifesten der UGCC allerdings sorgfältig vermieden.<sup>159</sup> Die wenig radikale Einstellung der meisten UGCC-Mitglieder zeigte sich deutlich in der Auseinandersetzung der Parteigründer mit den Initiativen ihres jungen Generalsekretärs Kwame Nkrumah, der entgegen den Vorstellungen von Danquah und seinen Vertrauten für eine sofortige Übertragung der Regierungsgewalt eintrat.

## 1.2. Kwame Nkrumah und sein Weg in die Politik

Kwame Nkrumah hatte mehrere Jahre an westlichen Universitäten studiert. Nach dem Abschluss seiner Lehrerausbildung am *Government Training College* in Accra ging er 1935 im Alter von 26 Jahren in die USA. Er besuchte zunächst die *Lincoln University* in Oxford, Pennsylvania. 1935 erlangte er einen *Bachelor of Arts* mit einem *Major* in Wirtschaftswissenschaften und Soziologie. Im selben Jahr wurde er im theologischen Seminar der *Lincoln University* aufgenommen und begann gleichzeitig ein Studium der Philosophie und Pädagogik an der *University of Pennsylvania* in Philadelphia.<sup>160</sup> An der *University of Pennsylvania*

---

<sup>159</sup> Franz Ansprenger spricht in Bezug auf die UGCC von einer „Honoratioren-Partei“, andere Wissenschaftler von einer Versammlung der „reactionary, middle-class intelligentsia“ (Ansprenger, *Politische Geschichte Afrikas*, S. 58; Rooney, *The Political Kingdom in the Third World*, S. 28). Zu den Mitgliedern der UGCC zählten neben Anwälten und Mitarbeitern der Verwaltung auch einige wohlhabende Geschäftsleute, die bislang von der Zusammenarbeit mit der Kolonialmacht profitiert hatten. Die Partei stand zudem in enger Verbindung mit einigen *Chiefs*.

<sup>160</sup> 1942 erlangte Nkrumah einen Abschluss in Theologie (*Bachelor*) und einen *Master of Science* in Pädagogik, 1943 kam ein *Master of Arts* in Philosophie dazu. Bis zu seiner Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Philosophie der *Lincoln University* finanzierte

schloss er sich mit einer Reihe anderer afrikanischer Studenten zusammen. Gemeinsam gründeten sie die *African Students' Association of America and Canada*. Diskussionen über eine Befreiung Afrikas standen bald im Mittelpunkt der Debatten bei den Verbindungstreffen. Nkrumah setzte sich während der Diskussionen für eine Vernetzung der Befreiungsbewegungen in den einzelnen Kolonien ein. Er betonte, dass dies seiner Ansicht nach der beste Weg sei, um eine starke Position gegenüber den europäischen Regierungen zu gewinnen. Gemeinsam mit zwei weiteren Mitgliedern der *Students' Association* organisierte Nkrumah die Herausgabe der Zeitschrift *The African Interpreter*, die einen neuen „spirit of nationalism“ unter den afrikanischen Studenten in Philadelphia wecken sollte.<sup>161</sup> Nkrumah entwickelte ein immer stärkeres Interesse an afrikanischer Geschichte, sozialistischen Ideen und Autoren, die weder von der *Lincoln University* noch von der *University of Pennsylvania* empfohlen wurden. In seiner Autobiographie erinnerte sich Nkrumah:

„I knew that whatever the programme for the solution of the colonial question might be, success would depend upon the organisation adopted. I concentrated on finding a formula by which the whole colonial question and the problem of imperialism could be solved. I read Hegel, Karl Marx, Engels, Lenin and Mazzini. The writings of these men did much to influence me in my revolutionary ideas and activities, and Karl Marx and Lenin particularly impressed me as I felt sure that their philosophy was capable of solving these problems.“<sup>162</sup>

Nkrumahs politische Ideen wurden außerdem von Marcus Mosiah Garvey beeinflusst, dessen „philosophy of ‘Africa for the Africans’ and (...) ‘Back to

---

Nkrumah sein Studium durch eine Reihe von Gelegenheitsjobs (er arbeitete u.a. Fischverkäufer und Tellerwäscher). Als mittelloser Student schwarzer Hautfarbe in den USA machte er wiederholt Erfahrungen mit rassistischer Diskriminierung und Ausgrenzung. 1939 beteiligte er sich an einer Studie der presbyterianischen Kirche in Philadelphia über die Lebensbedingungen der afroamerikanischen Bevölkerung und gewann auch auf diese Weise Einblick in das Leben der Afroamerikaner (siehe Kwame Nkrumah, *The Autobiography of Kwame Nkrumah*. London 1957, S. 42f.). Eine der besten Darstellungen der Aktivitäten Nkrumahs in den USA bietet Marika Sherwood, *Kwame Nkrumah. The Years Abroad, 1935-1947*. Accra 1996.

<sup>161</sup> Nkrumah, *Autobiography*, S. 43.

<sup>162</sup> Ebd., S. 45. Weitere Informationen über die Entwicklung von Nkrumahs politischen Ideen finden sich in Michael W. Williams, *The Relationship between Nkrumahism and Twentieth Century Leftist Thought in the African World*. Diss. University of Notre Dame 1981; K. Afari-Gyan, „Nkrumah’s Ideology“, in: *The Life and Work of Kwame Nkrumah. Papers of a Symposium Organized by the Institute of African Studies, University of Ghana, Legon*. Hrsg. v. Kwame Arhin. Trenton 1993, S. 161-175; Dominic Kofi Agyeman, „Social and Political Outlook“, ebd., S. 147-157; Charles Adom Boateng, *The Political Legacy of Kwame Nkrumah of Ghana*. Lewiston 2003.

Africa' movement did much to inspire the Negroes of America in the 1920's".<sup>163</sup> Nkrumah beschäftigte sich zudem intensiv mit den Schriften Mahatma Gandhis, dessen „philosophy of non-violence“ zum Vorbild für Nkrumahs spätere *Positive Action*-Kampagne wurde.<sup>164</sup> Um sein Wissen über politische Strategien zu verbessern, nahm er Verbindungen mit einer Reihe von Organisationen auf, wie dem *Council on African Affairs* (CAA), der *National Association for the Advancement of Colored People* (NAACP) und der *National Urban League* (NUL).<sup>165</sup> Er kam in Kontakt mit dem in Trinidad geborenen C. L. R. James, einem „[h]istorian, critic, novelist, philosopher, (...) editor, and organizer“ und Aktivisten für die westindische Unabhängigkeit, der seit 1938 in den USA lebte.<sup>166</sup> Panafrikanische Ideen zogen Nkrumah immer mehr in den Bann. Die

---

<sup>163</sup> Nkrumah, *Autobiography*, S. 45. Der Jamaikaner Marcus Moshia Garvey (1887-1940) gründete 1914 die *Universal Negro Improvement Association and African Communities League* (UNIA & ACL). Das proklamierte Ziel der UNIA & ACL war es, Menschen afrikanischer Herkunft zusammenzubringen, um eine Befreiung Afrikas durchzusetzen. Garvey ging 1916 in die USA, wo seine UNIA & ACL schnell neue Anhänger fand. Die UNIA & ACL gilt heute als die erste bedeutende Manifestation eines 'schwarzen' Nationalismus in den USA. Zu Marcus Garvey siehe Adolph Edwards, *Marcus Garvey, 1887-1940*. London 1987; Robert A. Hill (Hrsg.), *The Marcus Garvey and University Negro Improvement Association Papers*. 2 Bde. Berkeley 1983.

<sup>164</sup> Nkrumah, *Autobiography*, S. viii. Nkrumah betonte in seiner Autobiographie: „At first, I could not understand how Gandhi's [ideas] (...) could possibly be effective. (...) After months of studying Gandhi's policy, and watching the effect it had, I began to see that, when backed by a strong political organisation it could be the solution to the colonial problem. In Jawaharlal Nehru's rise to power I recognised the success of one who, pledged to Socialism, was able to interpret Gandhi's philosophy in practical terms.“ (ebd.). Der Versuch einer Synthese unterschiedlichster Ideen, um neue Wege für eine Verbesserung der Situation in Afrika zu finden, wurde zu einer wesentlichen Facette des politischen und wirtschaftlichen Denkens Nkrumahs (siehe dazu Vincent Bakepetu Thompson, *Africa and Unity, The Evolution of Pan-Africanism*. London 1969, S. 271; Marika Sherwood, „Kwame Nkrumah. The London Years, 1945-47“: in: *Africans in Britain*. Hrsg. v. David Killinggray. Illford 1994, S. 164-194, S. 189; Davidson, *Black Star*, S. 44). Nkrumah selbst beschrieb sich in seiner Autobiographie als „non-denominational Christian and (...) Marxist socialist“ (Nkrumah, *The Autobiography*, S. 12).

<sup>165</sup> 1944 half Nkrumah beispielsweise bei der Organisation einer Konferenz des *Council on African Affairs* zum Thema „Africa – New Perspectives“. Das *Council on African Affairs* setzte sich sowohl gegen die Segregation als auch gegen Kolonialismus und Apartheid ein. Die Kontakte zwischen Nkrumah und Paul Robson (1898-1976) und W. Alphaeus Hunton, die zu den Gründern des *Council* gehörten, blieben auch nach der Auflösung der Organisation im Jahr 1954 bestehen. W. Alphaeus Hunton lebte von 1963-1966 in Ghana. Robson wurde im Jahr 1961 der Lehrstuhl für Musik und Drama an der *University of Ghana* angeboten; er war jedoch zu krank, um diesen Posten anzutreten. Informationen über die Rolle des *Council on African Affairs* finden sich in Martin B. Duberman, *Paul Robson*. New York 1988; Penny M. Von Eschen, *Race against Empire: Black Americans and Anticolonialism, 1937-1957*. Ithaca 1997; Hollis R. Lynch, *Black American Radicals and the Liberation of Africa: The Council on African Affairs, 1937-1955*. Ithaca 1978. Zur NAACP siehe u.a. Manfred Berg, *The Ticket To Freedom: Die NAACP und das Wahlrecht der Afro-Amerikaner*. Frankfurt/M. 2000. Informationen über die Initiativen der NUL finden sich in Jesse T. Moore, *A Search for Equality: The National Urban League, 1910-1961*. University Park 1981. Zu Nkrumahs Kontakten mit diesen Organisationen und unterschiedlichen Parteien in den USA siehe Sherwood, *The Years Abroad*, S. 73ff.; Nkrumah, *The Autobiography*, S. 44.

<sup>166</sup> Williams, *The Relationship between Nkrumahism and Twentieth Century Leftist Thought*, Appendix 1 (ohne Seitenangabe). Vor seinem Aufenthalt in den USA lebte C.L.R. James (1901-

panafrikanische Bewegung entstand im 19. Jahrhundert, als afrokaribische und afroamerikanische Wortführer an die gemeinsamen Wurzeln erinnerten, um ein neues Identitätsgefühl unter den Nachkommen der ehemaligen Sklaven zu fördern. Zu einem der wichtigsten Sprecher des Panafricanismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelte sich der afroamerikanische Historiker und Soziologe William E. B. Du Bois, der auch zu den Gründern der NAACP gehörte.<sup>167</sup> 1919 organisierte er in Paris, am Rande der Versailler Friedenskonferenz, den ersten Panafrikanischen Kongress, auf dem 57 Delegierte aus den USA, den westindischen Inseln, Frankreich, Haiti, Liberia und einigen afrikanischen Kolonien zusammenkamen und eine Anerkennung der Rechte der Afrikaner forderten. Weitere Kongresse folgten 1921, 1923 und 1927. 1944 fand in New York eine panafrikanische Konferenz statt, an der auch Nkrumah teilnahm.

Ein Jahr später verließ Nkrumah die USA, um seine Studien an der *London School of Economics and Political Science* fortzusetzen. Durch die Vermittlung von C. L. R. James lernte er dessen Schulfreund George Padmore kennen, einen Ex-Kommunisten, Journalisten und einflussreichen Unterstützer der panafrikanischen Bewegung. Padmore trat in London als eine Art Mentor für afrikanische und westindische Studenten auf, die zum Kampf gegen den Kolonialismus entschlossen waren.<sup>168</sup> In der Zeit nach dem Ende des zweiten

---

1989) in Großbritannien (1932-1938). In dieser Zeit schloss er sich der *Independent Labour Party* und der *Revolutionary Socialist League* an und arbeitete für linksgerichtete Journale wie dem *New Leader*. Er war Mitgründer der *Organisation International African Friends of Abyssinia* und führendes Mitglied des *International African Service Bureau* (IASB), einer Organisation, die sich für eine Verbesserung der Kontakte zwischen karibischen und afrikanischen Politikern, Journalisten, Gewerkschaftlern und Intellektuellen einsetzte. 1944 ging das IASB in der *Pan-African Federation* auf. C.L.R. James schrieb zudem eine Reihe von Büchern, die sich mit Klassenfragen, Rassismus, Marxismus und Kolonialismus auseinandersetzen. 1953 wurde James aus den USA ausgewiesen.

<sup>167</sup> Weitere Informationen über das Leben und Wirken von Du Bois (1868-1963) finden sich in David L. Lewis, *W.E.B. Du Bois: The Fight for Equality and the American Century, 1919-1963*. New York 2000. Zur Entwicklung des Panafricanismus siehe Peter O. Esedebe, *Pan-Africanism. The Idea and Movement, 1776-1991*. Washington 1994; Imanuel Geiss, *Panafricanismus. Zur Geschichte der Dekolonisation*. Frankfurt/M. 1968; Thompson, *Africa and Unity*.

<sup>168</sup> George Padmore (1902-1959) – ein „guru of colonial revolutionaries“ (Sherwood, „The London Years, 1945-47“, S. 187) –, war bis zu seinem Bruch mit der Komintern 1935 ein wichtiges Mitglied der kommunistischen Internationalen. Er war u.a. Vorsitzender des *Negro Bureau* der *Communist Trade Union International*. Nach seinem Austritt aus der Kommunistischen Partei ging er nach Großbritannien, wo er sich für die Gründung des IASB engagierte. Gemeinsam mit C.L.R. James gab er die Zeitschrift *The International African Opinion* heraus. Zwischen Nkrumah und Padmore entwickelte sich in den folgenden Jahren eine enge Freundschaft. 1953 ging Padmore nach Ghana und blieb bis zu seinem Tod 1959 einer der wichtigsten Berater Nkrumahs. Weitere Informationen über Nkrumahs Zeit in London finden sich in Sherwood, „Kwame Nkrumah. The London Years, 1945-47“.

Weltkrieges herrschte unter den afrikanischen Studenten in London eine aufgeregte und erwartungsvolle Stimmung. Die *Labour*-Partei, die während des Krieges die Kolonialpolitik der regierenden Konservativen als unflexibel und unzeitgemäß kritisiert hatte, gewann die Wahlen von 1945. Viele Studenten sahen nun neue Möglichkeiten für ein baldiges Ende der britischen Herrschaft in Afrika. Nkrumah trat der *West African Students' Union* (WASU) bei, deren Mitglieder entschlossen waren, sich für ein vereintes und freies Westafrika einzusetzen. Zur gleichen Zeit unterstützte er Padmore bei der Organisation des Fünften Panafrikanischen Kongresses, der vom 13. bis zum 21. Oktober 1945 in Manchester stattfinden sollte. Hier traf er auf William E. B. Du Bois, der ähnlich wie George Padmore Nkrumah später nach Ghana folgte. Die während der Tagung in Manchester verabschiedete „Declaration to the Colonial Peoples of the World“ – ein Aufruf an alle Menschen in den Kolonien, gemeinsam für Freiheit und Selbstbestimmung zu kämpfen – beruhte auf einem Entwurf Nkrumahs.<sup>169</sup> Der Kongress trug viel zur wachsenden Bekanntheit des späteren ghanaischen Präsidenten bei. Im Dezember 1945 wurde er Generalsekretär des neugegründeten *West African National Secretariat* (WANS), das sich für den Aufbau einer „West African Front for a United West African National Independence“ engagierte.<sup>170</sup> Nkrumahs Ruf als talentierter Redner und Organisator drang auch nach Accra. Die UGCC-Spitze hoffte, mit seiner Hilfe die Unterstützung des Volkes für die Ziele der Partei zu gewinnen und bot ihm das Amt des UGCC-Generalsekretärs an: „They did not realize what a deep gulf separated their views and their aims from those of the revolutionary leader they were about to invite to join them.“<sup>171</sup> Nach anfänglichem Zögern ging Nkrumah auf das Angebot ein. Im November 1947 reiste er nach Ghana zurück.

---

<sup>169</sup> Zum Fünften Panafrikanischen Kongress in Manchester siehe Hakim Adi, *West Africans in Britain, 1900-1960. Nationalism, Pan-Africanism and Communism*. London 1998, S. 125ff.

<sup>170</sup> *Aims and Objectives of the WANS*, undated, zit. nach ebd., S. 129.

<sup>171</sup> Rooney, *The Political Kingdom in the Third World*, S. 28.

### **1.3. Die *Convention People's Party* und die britischen Reaktionen auf die wachsende Dynamik der nationalistischen Bewegung in der Goldküste**

Nach seinem Amtsantritt als Generalsekretär setzte Nkrumah alles daran, die UGCC – u.a. durch den Aufbau neuer Zweigstellen – in eine Massenpartei zu verwandeln und alle antikolonialistisch gesinnten Kräfte in der Goldküste in einer Organisation zu vereinen. Die Einbeziehung der weniger begüterten Bevölkerungsschichten in die Parteiarbeit und die immer lauter erhobenen Forderungen nach einer Abkehr vom Gradualismus und einer sofortigen Übertragung der Regierungsgewalt stießen jedoch auf den Widerstand der UGCC-Gründer. Im August 1948 wurde Nkrumah zum Schatzmeister degradiert. Weite Teile der Bevölkerung standen jedoch auch weiterhin hinter dem charismatischen Nkrumah.<sup>172</sup> Im Juni 1949 trennte sich Nkrumah endgültig von der UGCC und gründete seine eigene Partei, die *Convention People's Party* (CPP). Mit Hilfe von *Regional Committees* baute die CPP ihre Kontakte in allen Teilen der Kolonie aus. Anders als die UGCC-Mitglieder, die sich auch weiterhin als Vertreter einer Elitepartei verstanden, bemühte sich Nkrumah explizit um eine Mobilisierung der Arbeiter und der Landbevölkerung. Die CPP wurde zu einem Sammelbecken der verschiedensten Kräfte in der Goldküste. Die ideologische Bandbreite innerhalb der Partei reichte von konservativ gesinnten Nationalisten bis hin zu Personen aus dem links-sozialistischen Spektrum. Nkrumah selbst nahm in vielen Fragen eine Mittelposition zwischen diesen beiden Lagern ein.

Die wachsende Anhängerschaft der CPP war vielen britischen Kolonialbeamten ein Dorn im Auge. Mitarbeiter der Regierung in Accra alarmierten das *Colonial Office*, „[that Nkrumah's] intensive campaign for 'self-government now' (...) [has] a disturbing popular appeal (...). The alternative of evolutionary progress

---

<sup>172</sup> Selbst Kritiker Nkrumahs wie der spätere US-Botschafter in Accra, William P. Mahoney, bescheinigen: „As a leader and a person, Nkrumah radiated overwhelming charm and had more than his share of charismatic appeal.“ (William P. Mahoney, „Nkrumah in Retrospect“, in: *Review of Politics* 30 (1968), S. 246-250, S. 247). Siehe auch Bemerkungen britischer Beobachter über Nkrumahs „ability to charm and delight almost everyone he meets“ (Despatch From the High Commissioner in Ghana (Snelling) to the Secretary of State for Commonwealth Relations (Sandys), Subject: Relations Between Britain and Ghana, and the Communist Threat, 5.12.1961, in: BDEE, *The Conservative Government and the End of Empire, 1957-1964*, II, S. 256ff., S. 260.

looks dull beside it, and the African likes emotion and color.”<sup>173</sup> Die Kolonialbeamten erklärten die CPP zu einem „small body of zealots, partly composed of fanatical ‘anti-imperialists’ (...) and partly of gangsters”. Nkrumah war in ihren Augen ein unverantwortlicher Extremist mit kommunistischen Verbindungen – „[a] tawdry mixture of nationalism, racialism and Eastern European dogma“.<sup>174</sup> Die Mitglieder einer Untersuchungskommission erklärten: „Mr. Nkrumah boldly proposes a programme which is all too familiar to those who have studied the technique of countries which have fallen the victims of Communist enslavement.”<sup>175</sup> Das effiziente und erfolgreiche Vorgehen der CPP bei der Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten ließ sich nur schwer mit dem Bild vom passiven Afrikaner vereinbaren und bestärkte viele britische Beobachter in dem Glauben an eine kommunistische Unterwanderung der Partei. Die Diffamierung Nkrumahs als Kommunist erfolgte oft parallel zu Anspielungen auf seine Teilnahme an einheimischen Riten und Gebräuchen, die ebenfalls herangezogen wurde, um ihm den Status eines ernstzunehmenden Politikers zu verweigern. Die UGCC wurde von den britischen Kolonialbeamten dagegen zunehmend positiver bewertet. Im Vergleich mit den Anhängern der CPP erschienen die UGCC-Mitglieder als „far-sighted men with progressive ideas on political and economic development” und geeignete Partner, um die radikalen Kräfte um Nkrumah zurückzudrängen. Das *Colonial Office* forderte die Kolonialbeamten in der Goldküste auf, verstärkt mit den UGCC-Gründern, den „responsible and educated elements“, zusammenzuarbeiten und sie in die Verwaltung der Kolonie einzubeziehen.<sup>176</sup>

Im Januar 1949 ernannte die britische Regierung eine allein aus Afrikanern zusammengesetzte Kommission unter J. Henley Coussey – „a pious Judge and an obvious moderate” –, die ein Konzept für eine neue Verfassung ausarbeiten

---

<sup>173</sup> Despatch From the Government of the Gold Coast (Scott) to the Secretary of State for the Colonies (Creech Jones), Subject: Agitation for Self-Government, 10.3.1949, in: BDEE. Ghana, 1941-1952, I, S. 118ff., S. 120, 127.

<sup>174</sup> Ebd., S. 121, 122.

<sup>175</sup> Report of the Commission of Enquiry into Disturbances in the Gold Coast, 1948, zit. in Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Bartelt) to the Department of State, Subject: A Review and Analysis of Post-War Developments in the Gold Coast, 30.11.1951, in: RG 59, Central Files, 511.45k/11-3051, NA.

<sup>176</sup> Despatch From the Government of the Gold Coast (Scott) to the Secretary of State for the Colonies (Creech Jones), Subject: Agitation for Self-Government, 10.3.1949, in: BDEE. Ghana, 1941-1952, I, S. 118ff., S. 120; Instruktionen des Kolonialministeriums vom April 1948, zit. nach Cooper, *Decolonization and African Society*, S. 254.

sollte.<sup>177</sup> In das Komitee wurden ausschließlich Personen aus dem Umkreis der *Chiefs* oder Anhänger der UGCC berufen, während Nkrumah und andere CPP-Angehörige ausgeschlossen blieben. Die Briten ließen den Mitgliedern des Coussey-Komitees zudem wenig Raum für eine unabhängige Entscheidungsfindung. Die Kolonialbeamten kontrollierten die einzelnen Planungsschritte und beeinflussten die Diskussionen, um ihre Vorstellungen in die neue Verfassung einzubringen. Der Bericht des Coussey-Komitees lag am 17. August 1949 vor und wurde mit nur wenigen Änderungen akzeptiert. Die Coussey-Verfassung sah eine Aufnahme von acht Afrikanern in den Exekutivrat und eine Erweiterung der afrikanischen Vertretung im Legislativrat vor. Von den 57 neuen Abgeordneten im Legislativrat sollten allerdings nur fünf von der Bevölkerung in den größeren Städten gewählt werden. Die Briten waren überzeugt, dass die CPP lediglich in den urbanen Zentren über eine starke Basis verfügte. Durch die besondere Berücksichtigung der Landbezirke bei den Wahlen hofften sie, die Präsenz der CPP im Legislativrat gering zu halten.<sup>178</sup> Der Einfluss der neuen afrikanischen Mitglieder im Exekutivrat war ebenfalls begrenzt. Die Schlüsselministerien für die innere Sicherheit, Außenpolitik, Verteidigung und Finanzen blieben weiterhin in britischer Hand. Auch die Macht des Gouverneurs wurde nicht angetastet.

Parallel zu den politischen Zugeständnissen wurde der koloniale Sicherheitsapparat ausgebaut, um die weitere britische Kontrolle über die Vorgänge zu gewährleisten. Neue mobile Einsatztruppen und effizientere Ausrüstungen sollten die Zugriffsmöglichkeiten der Kolonialmacht verbessern.<sup>179</sup> Viele politische Aktivisten gerieten in Haft. Die internationale Kritik an diesen

---

<sup>177</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Bartelt) to the Department of State, Subject: A Review and Analysis of Post-War Developments in the Gold Coast, 30.11.1951, in: RG 59, Central Files, 511.45k/11-3051, NA.

<sup>178</sup> Darüber hinaus blieben 18 Sitze für die *Chiefs* reserviert, die ein eigenes Interesse an der Isolierung radikaler Kräfte hatten. Auch die Präsenz von drei hohen britischen Kolonialbeamten und sechs Wirtschaftsvertreter im Legislativrat sollte dazu dienen, unliebsame Überraschungen zu verhindern. Detaillierte Informationen über die Coussey-Verfassung bietet Rathbone, „Introduction“, S. Iiii.

<sup>179</sup> Zu den Sicherheitskräften in den britischen Afrikakolonien siehe James Robert Atz, *The British Colonial Police Service. A Study of Its Organisation and Its Operations in Six British African Colonies, 1937-1966*. Philadelphia 1988; David M. Anderson, David Killingray (Hrsg.), *Policing and Decolonisation: Politics, Nationalism and the Police, 1917-1965*. Manchester 1992; Anthony Clayton, David Killingray, *Khaki and Blue: Military and Police in British Colonial Africa*. Athens 1989. Der Ausbau der Sicherheitskräfte wird in den meisten älteren Darstellungen der Entwicklungen in der Goldküste nicht erwähnt. Diese Auslassung förderte den Eindruck eines ‚bereitwilligen‘ Rückzuges Großbritanniens.

Maßnahmen wurde von den Kolonialbeamten als notwendiges Übel hingenommen. Die *Special Branch*, eine Unterabteilung der Polizei, die für die Überwachung nationalistischer ‘Unruhestifter’ verantwortlich war, verstärkte ihre Aktivitäten in der Goldküste. Die Mitarbeiter dieser Sicherheitsabteilung legten umfangreiche Dossiers über die afrikanischen Politiker und Gewerkschaftsführer an. Ihre Analysen waren geprägt von rassistischen Äußerungen und einer nahezu paranoiden Furcht vor der Ausbreitung kommunistischer Einflüsse. Nkrumah und andere CPP-Politiker waren nach Ansicht der *Special Branch*-Mitarbeiter Verrückte oder Kommunisten. Diese Verdächtigungen bezogen sich auch auf diejenigen CPP-Mitglieder, die dem konservativen Flügel der Partei angehörten.<sup>180</sup> Neben der Sicherheitspolizei baute auch der britische Geheimdienst MI 5 seine Tätigkeiten in Westafrika aus.<sup>181</sup> Die Neubesetzung des Gouverneursamtes 1949 war ein weiteres Anzeichen für die Entschlossenheit des *Colonial Office*, die britische Kontrolle trotz der politischen Liberalisierungen aufrechtzuhalten. Der neue Gouverneur Sir Charles Arden-Clarke galt als ein entschlossener Mann, der es verstand, hart durchzugreifen. Darüber hinaus hatte Arden-Clarke während seiner Zeit als Gouverneur in Südostasien (1946-1949) seine ‘Fähigkeiten’ bei der Bekämpfung kommunistischer Einflüsse unter Beweis gestellt.

Die von der Coussey-Kommission ausgearbeitete Verfassung wurde sowohl von der CPP als auch von weiten Teilen der organisierten Arbeiterschaft als ein „kümmerliche[r] Ersatz“ für den geforderten Dominion-Status abgelehnt.<sup>182</sup> Am 8. Januar 1950 rief die CPP gemeinsam mit einigen Führern des Dachverbandes der Gewerkschaften in der Goldküste (*Gold Coast Trades Union Congress* (GCTUC)) zu einem Generalstreik und zu Demonstrationen auf, um Druck auf die Kolonialregierung auszuüben.<sup>183</sup> Arden-Clarke konterte diese als *Positive Action*

---

<sup>180</sup> Zur Rolle der *Special Branch* siehe Rathbone, „Political Intelligence and Policing in Ghana“, S. 89ff.

<sup>181</sup> Bereits im März 1948 – nur kurze Zeit nach den Unruhen in Accra – reiste einer der leitenden Agenten des MI 5 nach Westafrika, um Möglichkeiten für eine bessere Organisation der geheimdienstlichen Aktivitäten zu erforschen (siehe Richard Rathbone, „Political Intelligence and Policing in Ghana in the late 1940s and 1950s“, in: *Policing and Decolonisation*, S. 84-104, S. 86). Weitere Informationen über die Rolle des britischen Geheimdienst in den Kolonien finden sich in Jonathan Bloch, Patrick Fitzgerald, *British Intelligence and Covert Action*. Dingle 1983, S. 30ff.

<sup>182</sup> Nkrumah, *Sprung über zwei Jahrtausende*, S. 33.

<sup>183</sup> Zu den antikolonialistischen Initiativen der ghanaischen Gewerkschaften siehe Jeffries, *Class, Power and Ideology in Ghana*; Davidson, *Black Star*, S. 130f.; Stoner, *Anti-Communism, Anti-Colonialism, and African Labor*, S. 56ff.

bezeichnete Kampagne mit der Verhängung des Ausnahmezustands. Die Organisatoren des Protestes – unter ihnen auch Nkrumah – wurden verhaftet und zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt. Arden-Clarke ging davon aus, dass dieser Schlag gegen die Führungsebene der CPP zu einem Zusammenbruch der Partei führen würde. Er war überzeugt, dass die UGCC nun als Gewinner aus den für Februar 1951 anberaumten Parlamentswahlen hervorgehen mußte.<sup>184</sup>

Der Wahltag am 8. Februar 1951 endete jedoch mit einem überwältigenden Sieg der CPP. Nicht nur die Bevölkerung in den Städten, sondern auch die Menschen auf dem Land hatten sich eindeutig für Nkrumah und seine Forderungen nach einer sofortigen Übergabe der Regierungsgewalt entschieden. Die UGCC gewann lediglich drei Sitze.<sup>185</sup> Die Kolonialbeamten vor Ort und die verantwortlichen Politiker in London reagierten schockiert und überrascht auf das Wahlergebnis. Viele sprachen von einem schwarzen Tag für die demokratische Entwicklung der Kolonie. Der Ausgang der Wahl wurde zu einem Beweis erklärt, dass die Bevölkerung in der Goldküste noch nicht die nötige 'Reife' erlangt habe, um verantwortungsvolle Entscheidungen treffen zu können. Einige Beamte bezeichneten die Bewilligung der neuen Verfassung und die Ausrufung der Parlamentswahlen als „wholly unnecessary frittering away of one more part of free world's remaining strength“.<sup>186</sup> Vor allem jüngere Kolonialbeamte fürchteten um ihre Karrieren und äußerten deutlich ihren Unmut über die eingeleiteten Reformen. Rassistische Ressentiments gegenüber der indigenen Bevölkerung traten deutlicher als zuvor an die Oberfläche.<sup>187</sup>

Aufgrund des eindeutigen Wahlergebnisses glaubte Arden-Clarke, keine andere Wahl zu haben, als seinen Widerstand gegen Nkrumah und die CPP aufzugeben. Gegenüber London betonte er, dass eine Zusammenarbeit mit einflussreichen

---

<sup>184</sup> Siehe dazu u.a. Letter From the Governor of the Gold Coast (Arden-Clarke) to the Colonial Office, 28.1.1950, in: BDEE. Ghana, 1941-1957, I, S. 238ff.

<sup>185</sup> Zu den Ergebnissen der Wahl siehe Rooney, *The Political Kingdom in the Third World*, S. 60ff. Die Kolonialbeamten hatten die Effektivität der von der CPP ins Leben gerufenen Regionalbüros unterschätzt, die auch ohne eine direkte Beteiligung der Parteiführung funktionierten. Das mangelnde Interesse der UGCC an einer Mobilisierung breiter Volksschichten war ebenfalls für den eindeutigen Wahlausgang verantwortlich (siehe Rathbone, „Introduction“, S. Iivf.).

<sup>186</sup> Zit. in Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Bartelt) to the Department of State, Subject: A Review and Analysis of Post-War Developments in the Gold Coast, 30.11.1951, in: RG 59, Central Files, 511.45k/11-3051, NA.

<sup>187</sup> Siehe Rathbone, „Introduction“, S. Ixxiv. Auch in anderen britischen Afrikakolonien sprachen sich viele Kolonialbeamte gegen die Reformen in der Goldküste aus. Viele befürchteten, dass die politischen Umbrüche in der Kolonie gefährliche Auswirkungen auf die Entwicklungen in 'ihren' Kolonien haben würden (siehe dazu die Dokumente 123-125 in: BDEE. Ghana, 1941-1957, II, S. 13ff.).

afrikanischen Meinungsführern der einzige Weg sei, um weitere Eskalationen zu vermeiden, die den Einsatz größerer militärischer Mittel erfordern würden. Eine Unterdrückung der CPP stand seiner Ansicht nach außer Frage. Da die UGCC offensichtlich über keinen Rückhalt in der Bevölkerung verfügte, wollte er sich nun darauf konzentrieren, die weniger radikalen Elemente innerhalb der CPP zu unterstützen. Arden-Clarke war überzeugt, dass Nkrumah, allen 'Schauergeschichten' zum Trotz, den gemäßigten Flügel der CPP repräsentierte und – bei einem geschickten Vorgehen – zur Kooperation mit der Kolonialmacht gebracht werden konnte: „We have only one dog in our kennel, all we can do is to build it up and feed it vitamins and cod liver oil; it could only be replaced with one of even more extremist nationalist tendencies.“<sup>188</sup> Gegen die Proteste vieler seiner Mitarbeiter entließ Arden-Clarke Nkrumah aus dem Gefängnis und betraute ihn mit der Auswahl der afrikanischen Minister für den Exekutivrat.

Die CPP passte sich der neuen Situation an. *Positive Action* wurde zur *Tactical Action*. Nkrumah distanzierte sich von öffentlichen Forderungen nach einer unmittelbaren Unabhängigkeit, um die Zusammenarbeit mit Arden-Clarke nicht zu gefährden. In seinen Gesprächen mit Vertretern der Kolonialmacht stellte er immer wieder seine Verbundenheit mit Großbritannien heraus. Diese Strategie zahlte sich aus. Im März 1952 ernannte Arden-Clarke Nkrumah zum Premierminister, um ihn für seine kooperative Haltung zu 'belohnen' und den Fortgang der Reformen herauszustellen. In einem Gespräch mit amerikanischen Diplomaten betonte der Gouverneur, dass die Verleihung des Premierminister-Titels nicht viel mehr als eine symbolische Geste sei, die Nkrumah keine neuen Machtbefugnisse gab.<sup>189</sup> Die CPP bemühte sich zu diesem Zeitpunkt um die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die ein Ausscheiden der europäischen Minister aus dem Exekutivrat vorsah. 1953 stellte Nkrumah Arden-Clarke seinen Entwurf vor. Arden-Clarke drängte London, die von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützten Vorschläge anzunehmen, da er andernfalls nicht für die

---

<sup>188</sup> Zit. in Wm. Roger Louis, Ronald Robinson, „The Imperialism of Decolonization“, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 12 (1994), S. 462-511, S. 508. Im Gegensatz zu vielen anderen britischen Beobachtern in der Goldküste ging Arden-Clarke zudem nicht davon aus, dass unter den CPP-Mitgliedern überzeugte Kommunisten waren. Seiner Ansicht nach waren Afrikaner zu undiszipliniert, um sich dem strengen Diktat kommunistischer Organisationsformen zu beugen (siehe Rathbone, „Political Intelligence and Policing in Ghana“, S. 91).

<sup>189</sup> Siehe Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: Interview with Governor of the Gold Coast, 1.4.1952, in: FRUS, 1952-1954, Vol. XI, S. 267ff.

Ruhe und die Sicherheit in der Kolonie garantieren könne: „[Their] rejection would bring to an end settled government by consent, and forfeit the goodwill towards the United Kingdom and the desire to retain the British connection which are common to all parties in the Gold Coast.“<sup>190</sup>

In Anbetracht der politischen Liberalisierungen intensivierten die Briten ihre Bemühungen, britische Werte und Ordnungsvorstellungen dauerhaft zu verankern. Die Kolonialregierung eröffnete ein *Information Office* in Accra, um ihre Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern.<sup>191</sup> Die Entscheidungsträger in London drängten auf die Einführung neuer Gesetze gegen kommunistische Infiltrationsmöglichkeiten, um den ‘Agenten Moskaus’ keine Möglichkeiten zu geben, die politischen Liberalisierungen für ihre Zwecke auszunutzen. 1953/54 verabschiedete die Regierung der Goldküste eine Reihe von Bestimmungen, die unter anderem härtere Maßnahmen gegen die Einfuhr kommunistischer Literatur und den Ausschluss von ‘kommunistischen Sympathisanten’ aus der Regierung und der Verwaltung vorsahen.<sup>192</sup> Reisen in kommunistische Länder wurden verboten.

Die Politiker in London forderten die Beamten vor Ort zudem dazu auf, die Gewerkschaftsbewegung stärker zu kontrollieren. Innerhalb des GCTUC gab es einige einflussreiche Kräfte, wie den Generalsekretär E. C. Turkson-Ocran und seinen Vertrauten Anthony Woode, die sich gegen Nkrumahs *Tactical Action* aussprachen und auf einer Einführung sozialistischer Wirtschaftsmodelle bestanden. Darüber hinaus demonstrierten sie ein Interesse an Kontakten mit der kommunistischen *World Federation of Trade Unions* (WFTU). Im September 1953 verkündeten sie die Trennung des GCTUC vom IBFG. Turkson-Ocran begründete diesen Schritt in einem Schreiben an die IBFG-Führung mit der einflussreichen Rolle Großbritanniens – „which is still the Colonial exploiter of

---

<sup>190</sup> Cabinet Memorandum by the Secretary of State for the Colonies (Lyttelton), Subject: Constitutional Developments in the Gold Coast and Nigeria, 4.9.1953, in: BDEE. The Conservative Government and the End of Empire, 1951-1957, II, S. 202ff., S. 204.

<sup>191</sup> Nach Aussage des *Colonial Office* sollte die neue Einrichtung den „goodwill towards the British connection“ fördern und dafür sorgen „that political advances take place in a friendly spirit within the framework of the Commonwealth“ (*Colonial Office*, zit. nach Black, *Organising the Propaganda Instrument*, S. 31).

<sup>192</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt tauchten in Accra regelmäßig Publikationen der kommunistischen Partei Großbritanniens oder der *World Federation of Trade Unions* auf (siehe dazu Memorandum From the Foreign Office Research Department, Subject: A Survey of Communism in Africa – British West Africa, June 1950, in: BDEE. Ghana, 1941-1952, I, S. 269ff.; Minutes of the Meeting of the Official Committee on Communism of the Colonial Office, Subject: Communist Literature

the Gold Coast” – innerhalb des Verbandes.<sup>193</sup> London ließ keinen Zweifel daran, dass die Wiederangliederung des GCTUC an den IBFG die Voraussetzung für die Umsetzung der von der CPP ausgearbeiteten Verfassungsvorschläge war. Nkrumah wurde unter Druck gesetzt, Woode von seinen Posten in den Führungsgremien der CPP zu entbinden und sich in einer öffentlichen Rede gegen Verbindungen mit kommunistischen Organisationen auszusprechen.<sup>194</sup> Im Oktober 1953 kam Nkrumah den britischen Aufforderungen nach. Turkson-Ocran wurde als GCTUC-Generalsekretär entlassen und im Februar 1954 erklärte der GCTUC die Wiederangliederung des Verbandes an den IBFG. Erst jetzt sicherte London der CPP die Durchsetzung der neuen Verfassung zu.<sup>195</sup>

## 2. Die USA und die CPP

Die Mitarbeiter des 1942 gegründeten US-Konsulats in Accra (ab 1953 Generalkonsulat) und die für Afrika zuständigen Politiker in Washington betrachteten die Vorgänge in der Goldküste mit gemischten Gefühlen.<sup>196</sup> Auf der

---

in the Colonies, 24.9.1952, in: BDEE. The Conservative Government and the End of Empire, 1951-1957, I, S. 25f.).

<sup>193</sup> Letter From E.C. Turkson-Ocran to the ICFTU General Secretary, 15.9.1953, zit. in Stoner, *Anti-Communism, Anti-Colonialism, and African Labor*, S. 71.

<sup>194</sup> Arden-Clarke setzte Hinweise auf die Entwicklungen in Britisch-Guayana ein, um Nkrumah zum Handeln zu zwingen. Bei den Wahlen in der Kolonie Britisch-Guayana im April 1953 hatte sich die *Progressive People's Party* durchgesetzt. Da dieser Partei jedoch kommunistische Verbindungen nachgesagt wurden, entschloss sich die britische Regierung im Oktober 1953 die neue Verfassung zu suspendieren und erneut die direkte Regierungsgewalt zu übernehmen. Zu den Diskussionen zwischen Nkrumah und Arden-Clarke siehe die Dokumente 147-149 in: BDEE. Ghana, 1941-1957, II, S. 78ff. sowie Telegram From the Consulate General in the Gold Coast (Fleming) to the Department of State, 30.10.1953, in: FRUS, 1952-1954, Vol. XI, S. 286ff., Jeffries, *Class, Power and Ideology in Ghana*, S. 59ff. Zu den Instruktionen aus London siehe Letter From the Colonial Office (Barnes) to Sir Charles Arden-Clare, 26.6.+24.10.1953, in: BDEE. Ghana, 1941-1952, II, S. 57ff. bzw. S. 75ff.

<sup>195</sup> Auch in der Verfassung von 1954 wurde die oberste Entscheidungsgewalt des Gouverneurs nicht angetastet. Die Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik unterstand weiterhin den Briten. Richard Rathborne warnt daher vor einem „sloppy use of the concept of ‘internal self-government’“ zur Charakterisierung der Machtverhältnisse in der Goldküste von 1954 bis 1957 (Rathbone, „Political Intelligence and Policing in Ghana“, S. 93).

<sup>196</sup> Die Erhöhung des Konsulats in Accra zum Generalkonsulat 1953, die von einigen Mitgliedern des *State Department* bereits 1951 gefordert worden war, stellte ein deutliches Zeichen für die wachsende Bedeutung der Goldküste dar (siehe Memorandum by the Director of the Office of African Affairs (Bourgerie) to the Executive Director of the Bureau of Near Eastern, South Asian, and African Affairs (Jago), Subject: Proposal to Raise the Status of the Consulate at Accra, Gold Coast, to that of Consulate General, 23.1.1951, in: FRUS, 1951, Vol. V, The Near East and Africa.

einen Seite begrüßten US-Politiker und Diplomaten die politischen Liberalisierungen in der Goldküste als ein Mittel, um den sowjetischen Propagandakampagnen entgegenzutreten, die von der Unbeweglichkeit der Kolonialmächte sprachen. Das Tempo, mit dem sich die politischen Umbrüche nach 1948 vollzogen, traf jedoch keineswegs auf ungeteilte Zustimmung unter amerikanischen Beobachtern. In internen Diskussionen im *State Department* und im US-Konsulat überwogen Stimmen, die die Reformen als übereilt und gefährlich kritisierten. Die US-Diplomaten vor Ort betonten: „[The British Government] may have gone too far in its enlightenment (...). [S]ocial development has lagged behind political advance. So has economic development.“<sup>197</sup> Während die Gruppe um Danquah weitgehend die Billigung der amerikanischen Diplomaten besaß, wurde die CPP als militant und gefährlich eingeschätzt. Ähnlich wie viele britische Kolonialbeamte befürchteten US-Diplomaten eine kommunistische Unterwanderung der CPP und waren von der mangelnden Integrität der Parteiführung überzeugt. Die Mitarbeiter des US-Konsulats warnten in ihren Berichten vor der „all-too-well-proven tendency“ von extremistischen Kräften, „to become either the easy prey or the easy ally of any world-staling force linked with communism“.<sup>198</sup> Aussagen Arden-Clarkes, dass Nkrumah ein immer größeres Maß an ‘staatsbürgerlicher’ Verantwortung beweise, wurden zwar mit Erleichterung zur Kenntnis genommen, konnten jedoch das grundlegende Misstrauen vieler amerikanischer Beobachter gegenüber dem CPP-Vorsitzenden nicht vollständig ausräumen. US-Diplomaten bezweifelten, dass sich ein ‘gewissenloser Demagoge’ innerhalb weniger Monate in einen pflichtbewussten Politiker verwandeln konnte. In einem Schreiben an das *State Department* vom März 1952 erinnerte der US-Konsul William E. Cole:

„[M]ost potent nationalist leaders, including Nkrumah himself, have had Communist associations (...). [D]espite their present commitments to democratic principles (...), [they] have proven in the past to be agile

---

Washington D.C. 1982, S. 1266ff.; Memorandum by the Deputy Assistant Secretary of State for Near Eastern, South Asian, and African Affairs (Jernegan) to the Under Secretary of State for Administration (Lourie), Subject: Changing Rank of Accra from Consulate to Consulate General and Assignment of Principal Officer with Rank of Consul General, 25.6.53, in: FRUS, 1952-1954, Vol. XI, S. 285f.

<sup>197</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIE Country Plan – Gold Coast, 1952, 6.3.1952, in: RG 59, Central Files, 511.45k/3-652, NA.

<sup>198</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Bartelt) to the Department of State, Subject: A Review and Analysis of Post-War Developments in the Gold Coast, 30.11.1951, ebd., 511.45k/11-3051.

opportunists, and are believed capable of shifting their ground quickly again should a changing situation seem to them to warrant it.“<sup>199</sup>

Die Mitarbeiter der US-Vertretung befürchteten, dass die von Arden-Clarke und seinen Mitarbeitern eingeleiteten antikommunistischen Maßnahmen nicht ausreichen, um die Situation ausreichend zu kontrollieren. Der angenommene Modellcharakter der Entwicklungen in der Goldküste erhöhte die Unruhe unter amerikanischen Beobachtern: „As the Gold Coast goes in the next few months and years, so will tend to go much of the rest of Africa. International Communism is aware of this.“<sup>200</sup> Die Entscheidungsträger in Washington waren daher entschlossen, die britischen Bemühungen um eine Kontrolle der nationalistischen Bewegung und die Ausrichtung der Bevölkerung auf westliche Wirtschafts- und Sozialkonzepte zu unterstützen. Darüber hinaus war es ihrer Ansicht nach höchste Zeit, den Menschen in der Goldküste ein positives Amerikabild zu vermitteln und die Rechtmäßigkeit des amerikanischen Führungsanspruchs über die ‘Freie Welt’ herauszustellen. Nach Einschätzung der Diplomaten vor Ort besaßen die meisten Koloniewohner aufgrund ihrer Abgeschlossenheit vom politischen Weltgeschehen bislang nur sehr ungenaue Vorstellungen von den USA. Sie forderten daher, „[that misconceptions] must be replaced by factual data“.<sup>201</sup> Da die USA keine eigenen strategischen und wirtschaftlichen Interessen in der Goldküste verfolgten, sollten diese Maßnahmen aber keinen größeren finanziellen Aufwand erfordern.

---

<sup>199</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIE Country Plan – Gold Coast, 1952, 6.3.1952, ebd., 511.45K/3-652.

<sup>200</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Bloom) to the Department of State, Subject: USIE: Need, in all media, for greater emphasis on affairs of U.S. Negroes, 2.4.1951, ebd., 511.45k5/4-251.

<sup>201</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Roach) to the Department of State, Subject: USIE Country Paper, 2.5.1950, ebd., 511.45k/5-250.

### 3. US-Auslandspropaganda in Afrika zur Zeit des Kolonialismus

#### 3.1. Der Auftakt der US-Auslandswerbung in der Goldküste

Die amerikanischen Maßnahmen zur Unterstützung des westlichen Einflusses in der Goldküste konzentrierten sich zunächst auf den Bereich der Auslandswerbung, die als ein kostengünstiges Instrument zur Durchsetzung amerikanischer Vorstellungen galt. Aufgrund der britischen Oberhoheit über die Kolonie gab es für die Amerikaner ohnehin kaum andere Möglichkeiten, um in direkten Kontakt mit der Bevölkerung zu treten und die Entwicklungen in der Goldküste zu beeinflussen.<sup>202</sup>

1950 wurde der erste amerikanische *Public Affairs Officer*, Roger P. Ross, in die Goldküste geschickt; ab 1952 wurde er von einem *Information Officer*, Robert Flemming, unterstützt. Ross und seine Mitarbeiter konzentrierten sich zunächst auf den Aufbau eines US-Informationszentrums (IZ) – dem Herzstück der amerikanischen Öffentlichkeitsarbeit im Ausland –, das im August 1950 eröffnet wurde. Den Mittelpunkt des Hauses bildete eine Bibliothek. Aufgrund der mangelnden Konkurrenz besaß das IZ (mit rund 700 Büchern) eine der größten Büchersammlungen in der Kolonie.<sup>203</sup> Die Bücher für die Bibliothek wurden in Washington unter dem Aspekt ihrer psychologischen Wirksamkeit im Kampf um die internationale Vormachtstellung der USA und die weltweite Durchsetzung amerikanischer Ideale ausgewählt. Titel wie ‘What Do You Know about

---

<sup>202</sup> Die Wirtschaftshilfe wurde von den Briten verwaltet und eröffnete den USA daher keine direkten Kontaktmöglichkeiten mit den Kolonisierten.

<sup>203</sup> Über die Reaktionen der Menschen in der Goldküste auf die neue Einrichtung und über die Anzahl der täglichen Besucher im IZ lassen sich keine gesicherten Aussagen treffen. Die von den US-Diplomaten an Washington übermittelten Zahlen – Ross sprach z.B. im Februar 1952 von 30 bis 50 Besuchern pro Tag – müssen mit Skepsis betrachtet werden (siehe Kapitel 3.4). Eine gute Zusammenfassung der Aufgaben der *Public Affairs* bzw. *Information Officers* bietet <http://dosfan.lib.uic.edu/usia/usiahome/oldoview.htm>: „The PAO [Public Affairs Officer] is responsible for managing the embassy’s information and cultural activities. The PAO is the senior advisor to the Ambassador and other embassy officials on public affairs strategies for policy implementation and other embassy activities, on foreign public opinion, the media, education issues, and cultural affairs. He or she oversees the work of the Information Officer (...). The IO [Information Officer] works with host country and international media and serves as the embassy’s spokesperson. He or she drafts policy guidance on key issues of public interest, arranges press events, issues press releases, and works with local editors and reporters to explain U.S. policy and publicize embassy activities.“ Zu den unterschiedlichen Organisationen, die für die Konzeptionierung der US-Auslandswerbung verantwortlich waren, siehe Teil 1, Kapitel 1.3. Die oben zitierten Angaben von Ross über die täglichen Besucherzahlen finden sich in Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Ross) to the Department of State, Subject: Combined USIE

Democracy?’ oder ‘What Do You Know about Communism?’ gehörten zum Grundstock aller amerikanischen Auslandsbibliotheken. Bücher, die kein überwiegend positives Bild der USA präsentierten, waren in den Beständen dagegen selten zu finden.<sup>204</sup> Das IZ sollte zudem als Ort für Filmvorführungen, Konzerte, Ausstellungen, Diskussionsabende und Vorträge dienen. Die US-Diplomaten hofften, dass sich das IZ zu einem kulturellen Mittelpunkt in Accra entwickeln würde und ihnen Möglichkeiten geben würde, in Kontakt mit allen wichtigen Meinungsführern in der Kolonie zu treten. Propagandaexperten in Washington betonten:

„To do their job well, the libraries cannot simply open their doors every day and wait upon the people who use them. Their task is more positive and dynamic. The Americans, and local nationals, who run them must know, personally wherever possible (...) all those whose views regarding the United States (...) are most apt to be influential.”<sup>205</sup>

Die Aktivitäten der Amerikaner beschränkten sich allerdings nicht nur auf das Informationszentrum. Seit März 1952 gaben Ross und seine Mitarbeiter eine eigene Wochenzeitschrift (*American Outlook*) heraus, die kostenlos an alle wichtigen Persönlichkeiten und Organisationen in der Kolonie geschickt wurde bzw. im IZ auslag.<sup>206</sup> Verteilt wurden zudem kommerzielle Zeitschriften wie *Ebony*, *Time* oder *Newsweek*. Mit Hilfe großzügiger Bücherspenden bemühten sich die Kulturattachés, Kontakte zu den Schulen herzustellen und amerikanisches Wissen in den Schulunterricht einzubringen. Die US-Diplomaten investierten zudem viel Zeit in den Aufbau eines Filmprogramms, dem aufgrund der hohen

---

Semi-Annual Evaluation Reports for Periods December 1, 1950 to May 31, 1951 and June 1, 1951 to November 30, 1951, 15.2.1952, ebd., 511.45g/2-1552.

<sup>204</sup> Zwischen August 1949 und Januar 1954 verabschiedete die US-Regierung insgesamt 23 Direktiven und Zensurrichtlinien für die US-Auslandsbibliotheken. Verboten wurden u.a. W.E.B. Du Bois’ „Color and Democracy” (1945), „The Last Frontier“ von Howard Fast (1941) und „Citizen of the World” von Paul Robsons (1946). 1953 wurde ein generelles Verbot gegen Bücher von Autoren ausgesprochen, „who regularly follow the Communist line or take part in front organization“ (Memorandum From the Administrator of the International Information Administration (Johnson) to President Eisenhower, Subject: Report on the Operations of the Overseas Book and Library Program, 15.7.1953, in: Papers of Dwight D. Eisenhower as President of the United States, 1953-1961 (Ann Whitman File [AWF]), Administration Series, International Information Service, Box 21, DDEL).

<sup>205</sup> Ebd.

<sup>206</sup> Nach Angaben von Ross hatte der *American Outlook* zunächst eine Auflage von 750 Exemplaren (siehe Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIS Semi-Annual Evaluation Report for Period December 1, 1951 to May 31, 1952, 18.7.1952, in: RG 59, Central Files, 511.45k/7-1852, NA). Die Abkürzung USIS [*United States Information Service*] wird zur Bezeichnung der informationspolitischen Aktivitäten im Ausland verwendet.

Analphabeten-Rate in der Kolonie besondere Bedeutung beigemessen wurde. Die Filme – in erster Linie Dokumentarfilme über das Leben in Amerika – wurden nicht nur im Informationszentrum gezeigt, sondern mit Hilfe mobiler Filmvorführungseinheiten bzw. kurzfristig umfunktionierter Lieferwagen auch außerhalb Accras präsentiert.<sup>207</sup> Eine Reihe von Filmen wurde dem *Public Relations Department* der Kolonialregierung übermittelt, in der Hoffnung, dass die Briten diese Filme im Rahmen ihrer eigenen Veranstaltungen nutzen würden. Das Rundfunkprogramm *Voice of America* (VOA) – eines der bekanntesten Instrumente amerikanischer Auslandspropaganda – spielte bei der Arbeit der US-Attachés in der Goldküste dagegen zunächst nur eine untergeordnete Rolle. Zu Beginn der 1950er Jahre gab es in der Kolonie zu wenig Radioapparate, um eine effektive Propagandaarbeit mit Hilfe des Radios zu gewährleisten. Die Kulturattachés versuchten zwar zunächst, diesem Problem durch die kostenlose Verteilung von Rundfunkempfängern zu begegnen, doch die mangelnde Tropentauglichkeit der Apparate führte dazu, dass dieses Projekt nach kurzer Zeit wieder eingestellt wurde.<sup>208</sup> Hinzu kam, dass die britischen Kolonialbeamten nicht bereit waren, den Amerikanern einen wesentlichen Anteil der ohnehin knapp bemessenen Sendezeit zur Verfügung zu stellen. Es gelang Ross und seinen Mitarbeitern daher nur sporadisch, die Sendung amerikanischer Features und Berichte im Radio durchzusetzen.

Die US-Diplomaten begannen zudem mit der Organisation eines Personenaustauschprogramms zwischen den USA und der Goldküste. Mit Hilfe so genannter *Leader Grants* sollte einflussreichen Meinungsführern in der Kolonie ein längerer Aufenthalt in den USA ermöglicht werden. US-Experten waren überzeugt, dass persönliche Kontakte und eigene Erfahrungen mit der amerikanischen Lebenswelt einen noch stärkeren Eindruck hinterließen, als

---

<sup>207</sup> Die Aussagen der US-Kulturattachés über die Zuschauerzahlen bei den Filmvorführungen müssen ebenfalls mit Skepsis betrachtet werden (s.o.). Den Mitarbeitern des US-Konsulats zufolge besuchten zwischen Januar und April 1950 bereits 46.658 Personen die amerikanischen Filmvorführungen (siehe Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Roach) to the Department of State, Subject: USIE Country Paper, 2.5.1950, ebd., 511.45k/5-250). Eine solche Angabe muss aufgrund der geringen Möglichkeiten der Diplomaten (siehe Kapitel 3.4) jedoch misstrauisch stimmen.

<sup>208</sup> Siehe Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIS Semi-Annual Evaluation Report for Period December 1, 1951 to May 31, 1952, 18.7.1952, ebd., 511.45k/7-1852; Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIS Semi-Annual Evaluation Report for Period May 31, 1952 to December 31, 1952, 20.4.1953, ebd., 511.45k/4-2053. Zum amerikanischen Auslandssender VOA

Darstellungen in Filmen oder Informationsbroschüren.<sup>209</sup> Die möglichen negativen Konsequenzen eines Aufenthalts in den USA aufgrund der Segregation wurden von den Kalten Kriegern in Washington stark unterschätzt. Als Mitgliedern der amerikanischen Elite war nur den wenigsten Politikern und Diplomaten bewusst, dass Unterdrückung und Ausgrenzung für den *American Way of Life* ebenso kennzeichnend waren wie Konsum und Überfluss. Die Personenaustauschprogramme sollten nicht nur wichtige Personen aus der Goldküste in die USA bringen, sondern auch die Reisen amerikanischer Staatsbürger in die Kolonie fördern. Das *State Department* stellte finanzielle Mittel für Auftritte von amerikanischen Sportlern, Musikern und Schauspielern sowie für Vorträge von amerikanischen Wissenschaftlern, Gewerkschaftlern und Journalisten bereit. Zu den bekanntesten Künstlern, die mit Unterstützung des *State Department* in die Goldküste reisten, zählte Louis Armstrong, der im Sommer 1956 in der Kolonie auftrat.<sup>210</sup> Die amerikanischen Diplomaten legten

---

siehe Maureen Jane Nemecek, *Speaking of America: The Voice of America. It's Mission and Message, 1942-1982*. Diss. University of Maryland 1984.

<sup>209</sup> Die *Leader Grants* sollten außerdem dazu dienen, das Ansehen von afrikanischen Führungspersonlichkeiten, deren politische Haltung auf das Wohlwollen von US-Beobachtern stieß, zu stärken. Einige wichtige Mitglieder der späteren ghanaischen Regierung hatten während der 1950er Jahre an den Austauschprogrammen teilgenommen. Der ghanaische Handelsminister von 1958 (und spätere Verteidigungsminister) Nathan F. Riberio-Ayeh war z.B. 1956 Empfänger eines *US Leader Grants*. Ein weiterer *Leader Grant* ging 1956 an den späteren ghanaischen Polizeichef Erasmus R. T. Madjitey – der 1964 verhaftete wurde, da er sich angeblich an einer Verschwörung gegen Nkrumah beteiligt hatte. Weitere Beispiele für einflussreiche Ghanaer, die mit Hilfe eines *Leader Grant* in den USA waren, finden sich in Telegram From the Embassy in Ghana (Dunlap) to the Department of State, Subject: Educational Exchange: Grantees who have Risen to Prominent Positions, 29.4.1958, in: RG 59, Central Files, 511.45j3/4-2958, NA. Das *State Department* organisierte seit 1947 solche Austauschprogramme. Der Umfang der Austauschprogramme in der Goldküste blieb allerdings bis zur Unabhängigkeit der Kolonie begrenzt. Zwischen 1950 und 1956 wurden im Durchschnitt lediglich zwei bis drei *Leader Grants* pro Jahr verliehen. Nach 1957 wurden die Austauschprogramme deutlich ausgebaut. 1958 wurden beispielsweise bereits 10 *Leader Grants* verliehen (siehe Telegram From the Embassy in Ghana (Dunlap) to the Department of State, Subject: Educational Exchange: Post's Proposed Program for Fiscal Year 1960, 3.7.1958, ebd., 511.45j3/7-358).

<sup>210</sup> Informationen über den Besuch von Louis Armstrong finden sich in Telegram From the Consulate General in the Gold Coast (Lamm) to the Department of State, 23.5.1956, ebd., 745k00/5-2356. Einer der ersten Sportler, der mit Hilfe von Regierungsgeldern in die Goldküste reiste, war der Leichtathletik-Trainer Mal Whitefield (Oktober 1954). Im November 1955 schickte das *State Department* den ehemaligen Weltrekordinhaber im Hochsprung, den Afroamerikaner Gilbert Cruter, in die Goldküste. Cruter blieb bis April 1956 und unterstützte den Aufbau lokaler Sportvereine. Sein Aufenthalt in der Kolonie wurde durch den Besuch einer amerikanischen Leichtathletikmannschaft im März 1956 abgerundet, die als erste nicht-afrikanische Mannschaft an Wettkämpfen in der Goldküste teilnahm. Die Verantwortlichen im *State Department* hofften, dass die Mitglieder des US-Teams den Afrikanern den 'Mannschaftsgeist' und die 'Leistungsfähigkeit' amerikanischer Sportler vor Augen führen würden. Im selben Jahr reiste auch der Weltmeister im Hürdenlauf, der Afroamerikaner Jack Davis, in die Goldküste (siehe Telegram From the Consulate General in the Gold Coast (Lamm) to the Department of State, 20.5.1955+2.3.1956, ebd., 511.45k3/5-2055/3-256). Zur Rolle der Afroamerikaner im Rahmen der amerikanischen Austauschprogramme siehe Kapitel 3.3.

zudem erste Grundlagen für die Etablierung eines US-Stipendienprogramms für afrikanische Studenten, das jedoch erst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre in größerem Umfang umgesetzt wurde.<sup>211</sup>

Zielgruppe der amerikanischen Bemühungen waren die Mitglieder der Elite – Parteiführer wie Nkrumah oder Danquah, Mitarbeiter der Kolonialverwaltung, Journalisten, Lehrer, Studenten und andere Meinungsführer. Diese Gruppe umfasste zwar weniger als 2 % der gesamten Bevölkerung, sie war nach Ansicht der US-Kulturattachés jedoch die einzige, die Einfluss auf die Entwicklungen in der Goldküste nehmen konnte und deren Haltung daher von Bedeutung für die USA war. In ihren Berichten an das *State Department* betonten sie: „Only the literate Africans have attitudes useful to note. The illiterates, who by their vastly dominant numbers still represent ‘the real Gold Coast’, are politically inert save as they are activated by the literates.”<sup>212</sup> Trotz gegenteiliger Aufforderungen der Verantwortlichen in Washington, die an die politischen Reformen und die damit verbundene Ausweitung des Wahlrechts erinnerten, strich Ross 1952 die *illiterates* von der Liste relevanter Zielgruppen. Gegenüber dem *State Department* erklärte er:

„The Department has taken exception to the post’s dropping of illiterates as a target group. The post believes it might better have used the word ‘primitive’ to describe the group it had in mind. The great bulk of the Gold Coast population (...) is still more than illiterate – it is bush-primitive, lacking any peg in its experience upon which a USIS[United States Information Service]-type message can be hung. USIS lacks any practicable means of communicating with people of this sort.”<sup>213</sup>

Ross betonte, dass selbst die Dokumentarfilme, die in anderen Gegenden mit hoher Analphabeten-Rate mit Erfolg eingesetzt worden seien, die Aufnahmefähigkeit der meisten Afrikaner in ‘seiner’ Kolonie überfordern würden.

---

<sup>211</sup> Zu den Problemen beim Aufbau des Stipendienprogramms siehe Kapitel 3.2, Fußnote 227.

<sup>212</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIE Country Plan – Gold Coast, 1952, 6.3.1952, in: RG 59, Central Files, 511.45k/3-652, NA.

<sup>213</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Ross) to the Department of State, Subject: USIS Semi-Annual Evaluation Report for Period December 1, 1951 to May 31, 1952, 18.7.1952, ebd., 511.45k/7-1852. Das *State Department* hatte in den Instruktionen an Ross auf dessen eigene Einschätzungen verwiesen, „that African nationalist leaders, may, once they achieve full power, try to consolidate and expand their power by playing the communist game, carrying an *ignorant and careless people* along with them.“ (Telegram From Secretary of State Acheson to the

Die Anstrengungen und Kosten, die durch den Versuch einer breiten Streuung der amerikanischen Propaganda entstehen würden, seien aufgrund der mangelnden Erfolgsaussichten solcher Projekte nicht zu rechtfertigen. Auch nach weiteren Protesten des *State Department* hielt er an seiner Absicht fest: „All USIE media, including films, are now being aimed at the literates. It is these who will control the rest. (...) It is the leaders that count.“<sup>214</sup>

Ross und seine Mitarbeiter hofften, durch die Beeinflussung der Meinungsführer auch andere Teile der Bevölkerung zu erreichen. Gerade die einheimischen Journalisten sollten als Multiplikatoren amerikanischer Ideen und Einschätzungen auftreten.<sup>215</sup> Die politische Orientierung der Journalisten war daher – neben der Haltung wichtiger Persönlichkeiten in der CPP bzw. der UGCC – von besonderem Interesse für die US-Kulturdiplomaten. Die Amerikaner nahmen eine negative Haltung gegenüber der antikolonialistischen Orientierung vieler Journalisten und Zeitungen ein. Artikel, die die britische Politik kritisierten, bedrohten ihrer Meinung nach den inneren Frieden der Kolonie und verringerten die Möglichkeiten für einen kontrollierten Rückzug der Europäer. Da die meisten Zeitungen in der Goldküste als Sprachrohr nationalistischer Gruppen fungierten,

---

Consulate in the Gold Coast, Subject: NEA's Appraisal of USIE Semi-Annual Report, 28.3.1952, ebd., 511.45g/3-2852, Hervorhebung durch W.B.).

<sup>214</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIS Semi-Annual Evaluation Report for Period December 1, 1951 to May 31, 1952, 18.7.1952, ebd., 511.45k/7-1852. Selbst den meisten westlich gebildeten Afrikanern fehlte aus Ross' Sicht die nötige Konzentrations- und Abstraktionsfähigkeit, um die in Washington D.C. zentral produzierten Filme und Informationsmagazine wirklich zu verstehen. Er war beispielsweise überzeugt, dass die US-Informationsmedien zu lang waren, um die Afrikaner, die sich – seiner Ansicht nach – nicht für längere Zeit auf einen Sachverhalt konzentrieren konnten, zu beeindrucken. Der 'niedrige Entwicklungsstand' der afrikanischen Bevölkerung verlangte in seinen Augen eine völlig andere Konzeptionierung der Propaganda als in Europa oder anderen 'zivilisierten' Regionen der Welt und eine stärkere Konzentration auf visuelle bzw. leicht verständliche Materialien (siehe u.a. Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Ross) to the Department of State, Subject: Combined USIE Semi-Annual Evaluation Reports for Periods December 1, 1950 to May 31, 1951 and June 1, 1951 to November 30, 1951, 15.2.1952, ebd., 511.45g/2-1552). Die konzentrierte Ausrichtung der US-Kulturprogramme auf die Elite blieb auch in den folgenden Jahren kennzeichnend für die Arbeit der US-Kulturdiplomaten in der Goldküste/Ghana und anderen afrikanischen Staaten. USIA-eigene Historiker erklärten 1969, dass der Zuschnitt der Programme auf eine verhältnismäßig kleine Bevölkerungsgruppe in den vorausgegangenen Jahren in keiner Region so stark ausgeprägt gewesen sei wie in Afrika (siehe Administrative History of the USIA, Vol. One, Chapter 5: African Areas (IAA) Program, 1969, in: Administrative History, Box 1, Lyndon B. Johnson Library [LBJL]).

<sup>215</sup> 1952 gab es in der Goldküste insgesamt 20 Zeitungen, von denen nur zwei – die *Daily Graphic* und die *Ashanti Times* – in britischer Hand waren. Allerdings war die *Daily Graphic* mit 445.000 Exemplaren die auflagenstärkste Zeitung in der Kolonie. Die meisten Publikationen entstanden als Sprachrohr und Agitationsorgan nationalistischer Gruppen. Die CPP besaß allein vier Zeitungen, von denen die *Evening News* zu diesem Zeitpunkt die erfolgreichste war (siehe Rolf Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie im internationalen System. Das Beispiel Ghana*. Saarbrücken 1975, S. 205f.).

sahen die US-Diplomaten großen Handlungsbedarf, um ein größeres Bewußtsein für die ‘Verantwortung der Presse gegenüber der Gemeinschaft’ unter den Journalisten zu wecken:

„The African Press suffers from the same lacks as does the country generally – inadequate management, untrained staff (...) and a good bit of venality. It also lacks a clear notion of what its function properly should be; vociferously aware of the rights of a free press, it is for the most part careless of concomitant responsibilities.“<sup>216</sup>

Konsterniert nahmen die US-Diplomaten zur Kenntnis, dass einige ghanaische Journalisten auch die Segregation in den USA kritisch kommentierten. Solche Artikel galten als ein Beweis für die prokommunistische Ausrichtung vieler Journalisten. Ein großer Teil der Veranstaltungen im IZ richtete sich explizit an die Journalisten. Einer der ersten verliehenen *Leader Grants* ging 1952 an einen Vertreter der Presse. Die Journalisten bekamen den *American Outlook* und kommerzielle US-Magazine zur Verfügung gestellt, damit sie diese als Informationsbasis für ihre Arbeit nutzen konnten. Die US-Kulturdiplomaten suchten die Journalisten regelmäßig in ihren Büros bzw. sogar in ihren Privathäusern auf, um die Kontakte weiter zu intensivieren und die Pressevertreter verstärkt auf eine ‘gemäßigtere’ Linie einzuschwören. Durch die kostenlose Verteilung von journalistischen Lehrbüchern und durch ein breites Angebot von Vortragsreihen und Seminaren sollte die Ausbildung der Journalisten im amerikanischen Sinne beeinflusst werden. Die US-Kulturattachés bemühten sich zudem, auch direkt in die Gestaltung der Presse einzugreifen, indem sie den Journalisten amerikanische Presstexte anboten, die von den Zeitungen wörtlich übernommen werden konnten. Nach Aussagen von Mitarbeitern des US-Konsulats stammte bereits 1952 ein Viertel aller Artikel in der einheimischen Presse aus amerikanischen Quellen.<sup>217</sup>

---

<sup>216</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIS Semi-Annual Evaluation Report for Period December 1, 1951 to May 31, 1952, 18.7.1952, in: RG 59, Central Files, 511.45k/7-1852, NA; Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Ross) to the Department of State, Subject: Combined USIE Semi-Annual Evaluation Reports for Periods December 1, 1950 to May 31, 1951 and June 1, 1951 to November 30, 1951, 15.2.1952, ebd., 511.45g/2-1552.

<sup>217</sup> Siehe Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Ross) to the Department of State, Subject: Combined USIE Semi-Annual Evaluation Reports for Periods December 1, 1950 to May 31, 1951 and June 1, 1951 to November 30, 1951, 15.2.1952, ebd., 511.45g/2-1552. Auch diese Angabe ist jedoch mit Vorsicht zu betrachten (siehe Kapitel 3.4.). Die US-Diplomaten in Accra befürchteten allerdings, dass der ‘normale’ afrikanische Zeitungsleser mit den ‘komplexen’

### 3.2. Themen und Probleme der amerikanischen Auslandswerbung

Die Einsatzpläne der US-Kulturdiplomaten ließen keinen Zweifel daran, dass die amerikanischen Initiativen darauf ausgerichtet waren, das britische Vorgehen in der Goldküste zu unterstützen. Die Darstellung der 'fruchtbaren Beziehungen zwischen den britischen Kolonialbeamten und der einheimischen Bevölkerung' zählte zu den wichtigsten Aufgaben der Kulturattachés.<sup>218</sup> Die Amerikaner hofften, durch eine positive Präsentation der britischen Rolle in der Goldküste nationalistischen Ausbrüchen entgegenzuwirken und Vorbehalte gegenüber der britischen Präsenz abbauen zu können. Die US-Diplomaten sollten zudem mit Vertretern der britischen Kolonialmacht zusammenarbeiten, um westliche Werte besser innerhalb der afrikanischen Gesellschaft zu verankern und somit die Verbindungen zwischen der Kolonie und der westlichen Welt zu sichern. Die Entscheidungsträger in Washington betonten, dass der durch den Kontakt mit der modernen Welt ausgelöste Aufbruch traditioneller Denkmuster zu Orientierungslosigkeit führe und es daher notwendig sei, den Menschen in der Goldküste amerikanische Zivilisationsentwürfe als Beispiele für die zukünftige Sozialorganisation anzubieten. Mitarbeiter des *State Department* unterstrichen: „[W]hoever brings the African education has the power to influence him in a basic fashion.“<sup>219</sup> Die Vorbildlichkeit amerikanischer Konzepte wurde nicht in Frage gestellt. Detaillierte Informationen über das Regierungssystem in den USA sollten die Bevölkerung in der Goldküste mit amerikanischen Vorgehensweisen vertraut machen und zu einer Nachahmung der vorgestellten Modelle animieren. Dokumentarfilme, Broschüren und Bücher wie „American Government in

---

amerikanischen Texte überfordert war. Aufgrund der fehlenden Afrikaabteilungen in den für die Konzeptionierung der US-Propaganda zuständigen Behörden in Washington konnten sie jedoch auf keine speziell auf das afrikanische Publikum zugeschnittenen Materialien zurückgreifen (s.u.).

<sup>218</sup> Siehe u.a. Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIE Country Plan – Gold Coast. Draft Revision of Country Paper of August 1950, 24.1.1952, in: RG 59, Central Files, 611.45k/1-2452, NA; Telegram From the Secretary of State Acheson to the Consulate in the Gold Coast, Subject: NEA's Appraisal of USIE Semi-Annual Report, 28.3.1952, ebd., 511.45g/3-2852.

<sup>219</sup> Memorandum From the Assistant Secretary of State for Near Eastern, South Asian, and African Affairs (Allen) to Secretary of State Dulles, Subject: United States Policy towards Africa South of the Sahara, 12.8.1955, in: FRUS, 1955-1957, Vol. XVIII, S. 12ff., S. 21. Siehe auch Memorandum From the Psychological Strategy Board, Subject: Africa, 13.4.1953, in: WHO, National Security Council Staff Papers, 1953-1961, Central File Series, Psychological Strategy Board, Box 14, DDEL; Committee Reports on Conference Discussions, Lourenco Marques Conference, February 27 to March 2, 1950, Subject: U.S. Information and Education Exchange as an Instrument of U.S. Foreign Policy, in: RG 59, BAA, Office of West African Affairs, Country Files, 1951-1963, E 3112, Box 8, NA.

Action“ thematisierten Aufgaben und Organisation der US-Regierung; Vorlesungen und Seminare informierten über „American Electoral Processes“, „Democracy: Its Meaning and Its Institutions“ oder „The Citizen’s Responsibility in a Democratic Society“.<sup>220</sup> Die US-Kulturdiplomaten wurden aufgefordert, an das Macht- und Prestigebedürfnis der afrikanischen Politiker und Minister zu appellieren, um ihr Interesse für amerikanische Konzepte zu wecken. Sie sollten vor allem darauf hinweisen, dass ein

„political leader in a democracy generally enjoys greater security, satisfaction and peace of mind than his counterpart in a totalitarian regime – and in the long run usually wields greater power as well. (...) Democratic rather than totalitarian statesmen hold the admiration of the world’s most advanced nations. Democracy is the form of government of the world’s most powerful block of nations.“<sup>221</sup>

Trotz der Bemühungen um eine positive Projektion des amerikanischen Regierungssystems ging es den US-Beamten allerdings nicht um die Durchsetzung basisdemokratischer Strukturen in der Goldküste. Die US-Initiativen zielten in erster Linie darauf ab, den Menschen ein Gefühl für ‘staatsbürgerliche Tugenden’ wie Ruhe, Besonnenheit, Verantwortungsbewusstsein und Pflichtgefühl zu vermitteln und sollten nicht dazu dienen, Forderungen nach einer Ausweitung politischer Entscheidungsbefugnisse auf die breite Masse der Bevölkerung Vorschub zu leisten.

Andere Filme und Presstexte zeigten amerikanische Methoden im Bereich der Technologie und der Landwirtschaft. Die Bilder und Berichte sollten die Menschen in der Goldküste dazu bewegen, ihren ‘Fatalismus’ und die ‘Fesseln’ der Tradition zu überwinden und sich gemeinsam mit den Briten für eine Modernisierung der Wirtschaft einzusetzen. Ein westlich gesteuerter Entwicklungsprozess und eine Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung waren nach Ansicht amerikanischer Entscheidungsträger die besten Mittel, um Kommunisten keine Einflussmöglichkeiten zu geben. Filme wie

---

<sup>220</sup> Siehe Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIS Semi-Annual Evaluation Report for Period May 31, 1952 to December 31, 1952, 20.4.1953, in: RG 59, Central Files, 511.45k/4–2053, ebd.; Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: Copies of the Monthly Schedule of Activities of USIS Accra, 20.1.1952, ebd., 511.45k/1-2052.

<sup>221</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIS Country Plan – Gold Coast, 1952, 4.12.1952, ebd., 511.45k/12-452.

„Building a House“, „Community in Action“ oder „The Training of Nurses“ sollten ebenfalls Möglichkeiten für eine Steigerung der Lebensqualität aufzeigen und so Anknüpfungspunkte kommunistischer Agitatoren beseitigen.<sup>222</sup> Die amerikanischen Diplomaten hofften zudem, dass die Personenaustauschprogramme zwischen der Goldküste und den USA den Afrikanern einen Eindruck von dem „American twist of social awareness, thoroughness, dedication“ vermitteln würden, der sich positiv auf ihr weiteres Vorgehen auswirken könnte.<sup>223</sup>

Ähnlich wie die Briten bemühten sich die US-Kulturdiplomaten auch darum, die Entwicklungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu beeinflussen. Die organisierte Arbeiterschaft galt als einer der besten Träger westlicher Ideen. Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung zählten neben den Journalisten zu den bevorzugten Kandidaten für die amerikanischen *Leader Grants*. Die Vermittlung von Techniken zur Bekämpfung kommunistischer Einflüsse innerhalb der Arbeiterbewegung stand im Mittelpunkt der USA-Aufenthalte der ausgewählten Gewerkschaftler. Der Besuch amerikanischer Arbeiterverbände sollte ihnen westliche Organisationsformen näher bringen und einen ‘mäßigen’ Einfluss auf ihre weiteren Aktivitäten ausüben. Der Bruch zwischen dem GCTUC und dem IBFG im Jahr 1953 verstärkte in den Augen amerikanischer Entscheidungsträger die Notwendigkeit für umfangreiche Maßnahmen im Bereich der Gewerkschaftsbewegung. Die US-Kulturdiplomaten in Accra starteten eine ‘Groß-Offensive’, um die Arbeiterverbände wieder auf einen pro-westlichen Kurs einzuschwören. Sie arbeiteten dabei eng mit dem Leiter des IBFG-Büros in Accra, Albert Hammerton, zusammen. Die amerikanischen Diplomaten verteilten USIS- Informationsbroschüren unter den Gewerkschaftlern, in denen die WFTU als ein Instrument der Ausbeutung und der Unterdrückung gebrandmarkt wurde. Der 1952 in der Goldküste eingetroffene *Information Officer* Robert Flemming versuchte, wichtige Meinungsführer in persönlichen Gesprächen von dem Wert der IBFG-Verbindung zu überzeugen. Er wurde zudem mehrmals bei Nkrumah vorstellig, um dem Premierminister den ‘Ernst der Lage’ zu verdeutlichen und ihn zu einer Zusammenarbeit mit Hammerton zu bewegen. Nach Angaben der US-

---

<sup>222</sup> Siehe u.a. Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Roach) to the Department of State, 14.1.1950, ebd., 511.45k/1-1450.

<sup>223</sup> Telegram From the Consulate General in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, 18.1.1954, ebd., 511.45k3/1-1854.

Diplomaten in Accra hatten ihre Initiativen wesentlich dazu beigetragen, dass der GCTUC im Februar 1954 die Wiederangliederung des Verbandes an den IBFG verkündete.<sup>224</sup>

Die Kulturattachés warnten die zuständigen Stellen in Washington allerdings davor, allzu große Hoffnungen auf die Projekte zur Durchsetzung westlicher Gesellschaftskonzepte zu setzen. Sie bezweifelten, dass die Mehrheit der Afrikaner jemals in der Lage sein würde, amerikanische Modelle zu übernehmen oder ein Verständnis für demokratische Praktiken zu entwickeln. Sie befürchteten vielmehr, dass ein von außen forcierter Wandlungsprozess die Bevölkerung verunsichern und damit weniger zu einer Stabilisierung als zu einer Gefährdung des inneren Friedens in der Kolonie beitragen könnte. Diese Überlegungen bremsten deutlich den Enthusiasmus der US-Kulturattachés bei der Umsetzung der geplanten Programme. Hinzu kamen Probleme bei der Zusammenarbeit mit den britischen Kolonialbeamten. Zwar gehörten die Unterstützung des britischen Einflusses und die Stabilisierung des Status quo zu den wichtigsten Zielen des amerikanischen Engagements, doch viele Briten begegneten den Bemühungen der US-Diplomaten nichtsdestoweniger mit unverhohlenem Misstrauen. Die offiziellen Stellen in London begrüßten zwar das gemeinsame Vorgehen mit den Amerikanern, dies änderte jedoch wenig an der Situation vor Ort. Immer wieder klagten die Amerikaner in Accra, dass viele Kolonialbeamte sie mit Geringschätzung und Arroganz behandeln würden. Dies galt vor allem für die Mitarbeiter des *Public Relations Department* der Kolonialregierung, die in den amerikanischen Bemühungen eine unwillkommene Einmischung in ihren Aufgabenbereich sahen.<sup>225</sup> Aufgrund des Rufs der USA als einer traditionell

---

<sup>224</sup> Siehe Telegram From the Consulate General in the Gold Coast (Flemming) to the Department of State, 30.10.1953, in: FRUS, 1952-1954, Vol. XI, S. 286ff.; Telegram From the Consulate General in the Gold Coast (Sawyer) to the Department of State, Subject: Recent Developments in USIS Labor Contract Program, 23.3.1954, ebd., S. 290ff.; National Security Council Report (NSC 5430), Status of the USIA Program, 30.6.1954, in: WHO, Office of the Special Assistant for National Security Affairs, Records 1952-1961, NSC Series, Status of Project Subseries, Box 5, DDEL. Während der entscheidenden GCTUC-Konferenz im Februar 1954 war Fleming im Hintergrund präsent, um so mögliche 'Störfälle' zu verhindern. Siehe auch Stoner, *Anti-Communism, Anti-Colonialism, and African Labor*, S. 77ff. Da die IBFG-Initiativen in den britischen Afrikakolonien hauptsächlich von britischen Gewerkschaftlern umgesetzt wurden, reiste erst nach 1957 eine nennenswerte Anzahl von amerikanischen Gewerkschaftlern nach Ghana (siehe ebd., S. 105ff. sowie Carew, „Conflict within the ICFTU“).

<sup>225</sup> US-Diplomaten berichteten von einem „unhappy spirit of rivalry“ zwischen den Mitarbeitern der US-Kulturprogramme und dem *Gold Coast Public Relations Department* (Telegram From the Consulate General in Nigeria (Stanton) to the Department of State, Subject: Report on USIS in Accra, 13.9.1950, in: RG 59, Central Files, 511.45h/9-1350, NA). Siehe auch Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Roach) to the Department of State, Subject: USIE Country Paper,

antikolonialistischen Macht ließen sich die Kolonialbeamte nur schwer davon überzeugen, dass die US-Maßnahmen der Unterstützung der Briten dienen sollten. Im Gegensatz zu den Politikern in London hatten die britischen Beamten in der Goldküste nur wenige Informationen über die amerikanischen Initiativen auf Seiten der Kolonialmächte in der UNO und anderen internationalen Gremien. Ross hielt resigniert fest: „[A]ware as they are of America’s traditional role as foe of colonialism, they betray a continuing uneasiness that such activities might occur, even unintentionally.“<sup>226</sup> Viele Briten waren überzeugt, dass das US-Engagement vor allem darauf abzielte, die Afrikaner gegen die Kolonialmacht aufzubringen und den amerikanischen Einfluss in der Kolonie auf Kosten Großbritanniens zu erweitern. Die US-Kulturattachés wurden von den Kolonialbeamten bei ihrer Arbeit daher wenig unterstützt. Da die amerikanischen Diplomaten bei vielen Maßnahmen auf die Zustimmung der Kolonialregierung angewiesen waren, kam es wiederholt zu Verzögerungen bei der Umsetzung der geplanten Programme.<sup>227</sup> Die Briten waren zudem nur nach wiederholten Aufforderungen bereit, den US-Diplomaten wichtige Informationen, wie beispielsweise die Zahl der Schüler und Schulen, zukommen zu lassen. Den amerikanischen Kulturattachés standen keine Mittel zur Verfügung, mit denen sie die Kolonialbeamten unter Druck setzen und zu einer besseren Kooperation hätten zwingen können. Die Instruktionen des *State Department* ließen keinen Zweifel daran, dass die internationale Zusammenarbeit mit Großbritannien nicht durch Positionskämpfe und Konkurrenzgebaren in den Kolonien gestört werden durfte. Die US-Kulturattachés in Accra investierten daher zu Beginn der 1950er Jahren

---

2.5.1950, ebd., 511.45k/5-250; Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Bartelt) to the Department of State, Subject: USIE Film Program Accra, 21.11.1951, ebd., 511.45k5/11-2151; Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Ross) to the Department of State, Subject: Combined USIE Semi-Annual Evaluation Reports for Periods December 1, 1950 to May 31, 1951 and June 1, 1951 to November 30, 1951, 15.2.1952, ebd., 511.45g/2-1552.

<sup>226</sup> Ebd.

<sup>227</sup> Dies betraf beispielsweise die Bemühungen der US-Diplomaten, ein Stipendienprogramm für afrikanische Studenten aufzubauen. Die Kolonialbeamten zeigten wenig Bereitschaft, bürokratische Hindernisse aus dem Weg zu räumen oder das Auswahlverfahren zu unterstützen. Viele amerikanische Universitätsabschlüsse wurden von der Kolonialregierung nicht anerkannt und waren daher für die Menschen in der Goldküste wenig attraktiv (siehe Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Roach) to the Department of State, Subject: USIE Country Paper, 2.5.1950, ebd., 511.45k/5-250; Telegram From the Consulate General in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: Semi-Annual Report on the International Educational Exchange Program, 15.2.1954, ebd., 511.45k3/2-1554). Die relativ gute Kooperation mit dem *Public Relations Department* bei den Filmvorführungen ging vor allem auf die Tatsache zurück, dass das Filmarchiv der Kolonialregierung 1951 von einem Feuer fast vollständig zerstört worden war

einen großen Teil ihrer Zeit in Projekte, die dazu dienten, die Arbeitsbeziehungen mit den britischen Kolonialbeamten zu verbessern.<sup>228</sup>

Die geforderte Rücksichtnahme auf britische Empfindlichkeiten beeinflusste auch die US-Strategien zur Projektion eines positiven Amerikabildes. Die Darstellung der USA als Vorkämpfer für Freiheit und Selbstbestimmung, die in anderen Regionen einen wichtigen Teil der amerikanischen Propagandakampagnen bildete, konnte in der Goldküste nur bedingt als Motiv der Auslandswerbung verwendet werden. In ihren Berichten an Washington sprachen die amerikanischen Diplomaten von einer „ticklish British-vs.-nationalist dichotomy“:

„USIE is continuously on a tightrope between the two factions (...). [T]he difficult fact is that USIE cannot make its best pitch to either the Africans or the British without seeming to take sides against the other. (...) This places serious limitations on what would otherwise be the obvious line of approach to one group or the other; particularly so in the case of the nationalists, with whom the strong case for America as traditional foe of colonialism and champion of self-government must be muted lest the British be unduly irritated.“<sup>229</sup>

Eine öffentlichkeitswirksame Verurteilung der britischen Kolonialherrschaft war für die US-Auslandspropaganda daher keine Option. Die in Washington zentral produzierten Texte und Filme wurden sorgfältig überprüft und Passagen, die den amerikanischen Glauben an ein universalistisches Freiheitsideal zu sehr in den Vordergrund stellten, herausgefiltert.<sup>230</sup>

---

(siehe Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Bartelt) to the Department of State, Subject: USIE Film Program Accra, 21.11.1951, ebd., 511.45k5/11-2151).

<sup>228</sup> Siehe Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIS Country Plan – Gold Coast, 1952, 4.12.1952, ebd., 511.45k/12-452). Erst 1953 sprachen sich die US-Mitarbeiter vor Ort dafür aus, die britischen Beamten weniger in den Mittelpunkt der Aktivitäten zu stellen (siehe Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: IIA, Submission of 1954-1955 Prospectus Call, 13.5.1953, ebd., 511.45k/5-1353).

<sup>229</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Bloom) to the Department of State, 17.10.1951, ebd., 511.45k/10-1751; Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Ross) to the Department of State, Subject: Combined USIE Semi-Annual Evaluation Reports for Periods December 1, 1950 to May 31, 1951 and June 1, 1951 to November 30, 1951, 15.2.1952, ebd., 511.45g/2-1552.

<sup>230</sup> Siehe z.B. Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIS Handling in Gold Coast of Point IV News, 9.6.1952, ebd., 511.45k/6-952. In öffentlichen Stellungnahmen sprachen die US-Diplomaten lediglich von einer „sympathy“ der US-Regierung „with the most recent British plans for developing the country toward responsible self-government“, stärkere Formulierungen wurden vermieden (Memorandum From the Department of State, Subject: International Information and Educational Exchange Program – Country Paper for Gold Coast, 1950, undated, in: RG 59, Bureau of Public Affairs, Records Relating to International

Die US-Diplomaten mussten sich daher auf andere Motive und Argumentationslinien verlassen, um den Afrikanern ein positives Bild der Vereinigten Staaten zu vermitteln. Die Diskussionen, welche Facetten des *American Way of Life* am besten geeignet seien, um die Menschen in der Goldküste für die USA einzunehmen, waren geprägt durch die Lebenswelt der US-Politiker, Diplomaten und Propagandaexperten, die alle der amerikanischen Elite angehörten. Idealismus, Demokratie und ein leistungsfähiges Wirtschaftssystem gehörten in ihren Augen zu den zentralen Merkmalen der amerikanischen Gesellschaft. Diese Überzeugung schlug sich deutlich in der Gestaltung der USIS-Informationsmedien und Kulturveranstaltungen nieder. Die USA wurden präsentiert als ein 'Land der unbegrenzten Möglichkeiten' mit flexiblen sozialen Strukturen, in denen jeder vom Tellerwäscher zum Millionär werden konnte. Einer der ersten amerikanischen Beiträge im Rundfunkprogramm der Goldküste im Januar 1950 mit dem Titel „Life in America“ zeichnete das idyllische Bild einer Gesellschaft, die allen Teilen der Bevölkerung die gleichen Aussichten auf Glück und Wohlstand bot:

„[A]ny man, no matter who he is or what he is, can achieve anything he wants of life by his own efforts and merits. (...) The son of an everyday laborer has just as much chance of becoming President of the United States as the son of a wealthy socialite or politician. (...) One of the greatest democracies in the world, the United States makes it possible for each citizen to have free education up to and including, if he shows sufficient merit, a university education. After this, each person is on his own to make himself what he will, knowing that he has been equipped for his entry into the struggle of everyday life as well as anyone of his neighbors whether they be richer or poorer than he.“<sup>231</sup>

---

Information Activities, 1938-1953, Lot 53D47, Box 41, ebd.). Dieses Problem beeinträchtigte auch die Arbeit der US-Kulturdiplomaten in anderen Kolonien. Die Mitarbeiter in Kenia beispielsweise kommentierten die allgemeinen Richtlinien des *U.S. Ideological Programs* mit den Worten: „The 'basic values and principles common to free people' and the 'fundamental principles which characterize a free society' [which the Outline Plan for the U.S. Ideological Program emphasizes] are very inadequately defined in this part of the world. Given the presently low level of African civilization, there is a huge gap between the principles that are desirable in ideal and the principles that are attainable in practice. It is, in our view, very undesirable to talk too much of principles that cannot be locally applied.“ (Telegram From the Consulate General in Kenya (Barrow), Subject: Comments on Outline Plan for the U.S. Ideological Program, 5.7.1955, in: RG 59, Central Files, 511.00/7-555, ebd.).

<sup>231</sup> Zit. in Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Roach) to the Department of State, 14.1.1950, ebd., 511.45k/1-1450.

Filme wie „Factory Worker Turns Farmer“ oder „Auto Worker in Detroit“ suggerierten, dass in den USA jeder Bürger die Möglichkeit habe, seine Wünsche und Sehnsüchte zu verwirklichen. Nach der amerikanischen Auslandspropaganda zu urteilen, gab es keine Probleme oder Unterschiede zwischen den verschiedenen Einwandergruppen in den USA, „for all those people had and still have, one common desire – freedom and equality for all“.<sup>232</sup> Das amerikanische Wirtschafts- und Regierungssystem wurde zur Basis unbegrenzten wirtschaftlichen Wachstums und sozialer Sicherheit erklärt. USIS-Informationsmaterialien unterstrichen:

„Progress in America has been successful because of our great American system of Democracy, and our practical social and economic system which is realistic and while being so, satisfies so many deep-down human needs. (...) We have progressed a long way under that system and there is just no limit to how much further we can improve our standard of life by the dependence on individual effort directed to the common good.“<sup>233</sup>

Die ‘sozialen Komponenten’ des amerikanischen Wirtschaftsmodells wurden herausgestellt, um die sowjetische ‘Propaganda-Lüge’ über die materialistische Orientierung der amerikanischen Gesellschaft zu entkräften. Informationsbroschüren, Presstexte und Dokumentarfilme betonten das hohe Einkommen amerikanischer Arbeiter und die Vorteile des amerikanischen Gesundheitssystems. Der *Community Spirit* in den USA wurde zitiert, um die soziale Kompetenz der Amerikaner hervorzuheben.<sup>234</sup> Die Kulturattachés konzentrierten sich zudem darauf, gegen Behauptungen vorzugehen, „that the United States is politically or economically imperialistic“. Berichte über die

---

<sup>232</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: Copies of the Monthly Schedule of Activities of USIS Accra, 20.1.1952, ebd., 511.45k/1-2052; „Life in America“, zit. in Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Roach) to the Department of State, 14.1.1950, ebd., 511.45k/1-1450.

<sup>233</sup> Zit. in ebd.

<sup>234</sup> Dieses Motiv spiegelt sich deutlich in Dokumentarfilmen wie „Neighborhood House“, „The Union and the Community“ oder „Women in the Community“. Viele US-Diplomaten in Afrika warnten, dass eine Präsentation der USA als ‘industrieller Koloss’ eine eher befremdende Wirkung auf die Afrikaner ausüben könnte und rieten daher zu einer größeren Konzentration auf die „homlier virtues“ der amerikanischen Gesellschaft (Lourenco Marques Conference, February 27 to March 2, 1950, Committee Reports on Conference Discussions, Subject: U.S. Information and Education Exchange as an Instrument of U.S. Foreign Policy, in: RG 59, BAA, Office of West African Affairs, Country Files, 1951-1963, E 3112, Box 8, ebd.). Siehe auch Operations Coordinating Board, Subject: Outline Plan of Operations for the U.S. Ideological Program, 16.2.1955, in: RG 59, Central Files, 511.00/2-1655, ebd.

amerikanische Wirtschaftspolitik betonten,

„[that, though] the American economy makes considerable use of raw materials from other parts of the world, it is easily able to pay fair, even generous prices for them, and has no need or inclination to develop political or economic control of the areas from which they come. (...) American business firms, wherever they operate throughout the world, almost invariably pay the highest wages, give their non-American workers the most in additional benefits, train them most energetically to take over responsible jobs.“<sup>235</sup>

Presstexte wie „American Scientists Develop New Anti-Malaria Drug“ oder „U.S. Makes Advances In Fight Against Leprosy“ vermittelten den Eindruck einer Nation, die entschlossen war, ihre besonderen Fähigkeiten und Möglichkeiten zur Verbesserung des Lebensstandards der Menschen in Afrika einzusetzen.

Das amerikanische Engagement für den ‘Frieden auf der Welt’ bildete ein weiteres wichtiges Motiv der amerikanischen Auslandswerbung in der Goldküste. Die amerikanische Rüstungspolitik wurde als eine Reaktion auf das aggressive Vorgehen der Sowjetunion dargestellt. Die Arbeitspläne der US-Kulturattachés stellten heraus,

„[that is important to stress that] American determination to rearm itself and its friends, to whatever extent they are willing, is not in any way the result of a desire of war, or a desire to expand American influence by threat of war. It is motivated by a desire for peace, and by the American belief that only by confronting Soviet Russia with military force-in-being to deter her from attempting further expansion can peace be assured.“<sup>236</sup>

Ausstellungen zum Thema *Atoms-for-Peace* sollten den Eindruck verbreiten, dass die Atomenergie in den USA hauptsächlich für friedliche Zwecke genutzt wurde.<sup>237</sup> Gleichzeitig sollte allerdings kein Zweifel daran bestehen, dass die USA

---

<sup>235</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIS Country Plan – Gold Coast, 1952, 4.12.1952, ebd., 511.45k/12-452.

<sup>236</sup> Ebd. Die US-Kulturattachés versuchten zudem, eine Verbindung zwischen der ‘erzwungenen’ Aufrüstung und dem Schicksal der Menschen in Afrika herzustellen: „The power struggle fomented by Russia has necessitated the spending of resources of the non-communist world for military protection, resources which might otherwise have been used for aiding development of countries like the Gold Coast.“ (ebd.).

<sup>237</sup> Siehe Telegram From the Consulate General in the Gold Coast (Lamm) to the Department of State, Subject: Current Developments in the Gold Coast, November 16 to 30, 1956, 30.11.1956, ebd., 745k00/11-3056. Die *Atoms-for-Peace*-Ausstellungen in der Goldküste waren Teil einer globalen amerikanischen Propagandakampagne, die mit einer Rede Eisenhowers vor der UNO am 8.12.1953 eingeleitet wurde (siehe dazu Martin J. Medhurst, „Atoms for Peace and Nuclear

im Angriffsfall ihren Vormachtsanspruch ohne Zögern durchsetzen würden. Aufgrund des – nach amerikanischen Ansichten – opportunistischen Charakters der afrikanischen Nationalisten wurde diesem Punkt besondere Bedeutung beigemessen. Hinweise auf die militärische Überlegenheit der USA gegenüber der Sowjetunion galten als eines der besten Mittel „[to] encourage Gold Coast nationalist leaders to integrate their aims with those of the non-communist world“:

„These leaders can be informed bluntly of the growing military strength of the free world and of the virtual certainty that it can crush Communism in an all-out test of physical strength; and thus can be warned against throwing in their lot with Communism as the apparent ‘wave of future’.“<sup>238</sup>

Der ‘amerikanische Einsatz für die Rechte des Individuums und Humanität’ war nach Einschätzung von US-Propagandaexperten dagegen nur bedingt geeignet, die Menschen in der Goldküste zu beeindrucken. Die US-Diplomaten in Accra und die Verantwortlichen in Washington gingen davon aus, dass die freiheitlich-humanistischen Werte der westlichen Welt in der afrikanischen Gesellschaft keine Rolle spielten und Hinweise auf die ‘amerikanischen Leistungen’ in diesem Bereich daher wenig Erfolg haben würden.<sup>239</sup>

Die Sowjetunion wurde in den amerikanischen Informationsmaterialien als ein klares Gegenbild zu den Vereinigten Staaten konstruiert. Russische Politiker waren amerikanischen Darstellungen zufolge aggressiv und verschlagen. Die antikolonialistischen Bekundungen der Sowjetunion wurden als ‘fadenscheiniges Manöver’ zur Ausweitung des kommunistischen Einflussbereiches präsentiert. Informationsbroschüren und Presstexte sprachen von „Soviet imperialism, with its false promises to colonial peoples“ oder „Soviet Imperialistic aggression [which] is more ruthless than any the world has experienced“ und betonten die

---

Hegemony: The Rhetorical Structure of a Cold War Campaign“, in: *Armed Forces and Society* 24 (1997), S. 571-593).

<sup>238</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIS Country Plan – Gold Coast, 1952, 4.12.1952, in: RG 59, Central Files, 511.45k/12-452, NA; Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Ross) to the Department of State, Subject: Combined USIE Semi-Annual Evaluation Reports for Periods December 1, 1950 to May 31, 1951 and June 1, 1951 to November 30, 1951, 15.2.1952, ebd., 511.45g/2-1552.

<sup>239</sup> Siehe u.a. Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, 28.6.1953, ebd., 511.45k/6-2853; Memorandum From the Policy Planning Staff, Subject: A Reconsideration of U.S. Policy toward Colonialism, 6.6.1956, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, Policy Planning Staff Office Files, 1956, Lot 66D487, Box 106, ebd.

„[i]ncompatibility between true self-government and Communism“.<sup>240</sup> Einige Propagandaexperten in Washington setzten sich dafür ein, die sowjetische Herrschaft in Osteuropa als Kolonialismus zu bezeichnen, um den Afrikanern auf diese Weise das Ausmaß der ‘kommunistischen Gefahr’ zu verdeutlichen. Darüber hinaus sollten nationalistische Führer wie Nkrumah über das ‘Schicksal’ von Politikern informiert werden, die sich auf eine Kooperation mit der Sowjetunion eingelassen hatten:

„[We should remind them] at every opportunity (...) of the fate of nationalist leaders in other parts of the world who have enlisted Communist aid to achieve legitimate nationalist aims only to become hopelessly shackled by Communism itself.“ – „Nationalist leaders who accepted the Soviet system have all been replaced by communist leaders. Nationalist leaders have been purged or exiled to Siberia.“<sup>241</sup>

Andere Darstellungen konzentrierten sich auf die Diffamierung des russischen Wirtschaftssystems. Die Politiker in Washington befürchteten, dass der schnelle industrielle Aufschwung in der Sowjetunion gerade auf Menschen in den ärmeren Teilen der Welt große Faszination ausüben konnte. Die afrikanischen Meinungsführer sollten daher davon überzeugt werden, dass der wirtschaftliche Fortschritt in der UdSSR auf Zwangsarbeit und der Unterdrückung des russischen Volkes beruhte. Die US-Kulturdiplomaten in Accra achteten allerdings darauf, explizit anti-sowjetische Informationsmaterialien nur an einen ausgewählten Personenkreis zu verteilen, da ihren Einschätzungen zufolge die

---

<sup>240</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIE Country Plan – Gold Coast. Draft Revision of Country Paper of August 1950, 24.1.1952, in: RG 59, Central Files, 611.45k/1-2452, ebd. Siehe auch die Empfehlungen des *Policy Planning Staff*: „We shall have to try to look at Communism through the eyes of diverse Asian, Near Eastern and African peoples (...). [I]t should be possible for us to tailor campaigns for many of the Asian, Near Eastern and African peoples that will heighten and give substance to latent suspicions that Communism is incompatible with the free development of indigenous religious, political, economic and social institutions. If we succeed, the Communist will increasingly become the target of anti-colonial sentiment.“ (Memorandum From the Policy Planning Staff, Subject: A Reconsideration of U.S. Policy toward Colonialism, 6.6.1956, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, Policy Planning Staff Office Files, 1956, Lot 66D487, Box 106, ebd.).

<sup>241</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Ross) to the Department of State, Subject: Combined USIE Semi-Annual Evaluation Reports for Periods December 1, 1950 to May 31, 1951 and June 1, 1951 to November 30, 1951, 15.2.1952, in: RG 59, Central Files, 511.45g/2-1552, ebd.; Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: IIA, Submission of 1954-1955 Prospectus Call, 13.5.1953, ebd., 511.45k/5-1353. Zu den Überlegungen, die Sowjetunion des Kolonialismus zu bezichtigen, siehe Memorandum From the Policy Planning Staff, Subject: Propaganda Exploitation of Communist Territorial Expansion, 26.7.1956, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, Policy Planning Staff Office Files, 1956, Lot 66D487, Box 106, ebd.

Bevölkerungsmehrheit aufgrund ihrer Abgeschlossenheit vom Weltgeschehen bislang nur wenig von der Existenz der Sowjetunion wusste:

„Because these Africans are so little aware of or concerned about Communism, a large-scale USIE attempt to discredit it in their eyes would amount at best to fanning a vacuum – and could easily have the reverse effect of advertising Communism attractively to them, since many of them are instinctively inclined to favor whatever the white man is against.“<sup>242</sup>

### 3.3. Die Rolle der Segregation im Rahmen der US-Auslandswerbung

Zu den schwierigsten Herausforderungen der amerikanischen Auslandswerbung in der Goldküste gehörte der Umgang mit der Segregation. Die Bürgerrechtssituation in den USA in den 1950er Jahren stand in einem klaren Widerspruch zu dem nach außen projizierten Bild der Vereinigten Staaten als einer offenen Gesellschaft. Bereits seit der zweiten Hälfte der 1940er Jahre warnten außenpolitische Experten in Washington vor gefährlichen Auswirkungen der amerikanischen Rassentrennung auf die internationale Stellung der USA:

„Throughout the Pacific, Latin America, Africa, the Near, Middle and Far East the treatment which our Negroes receive (...) [plays] into the hands of Communist propagandists. (...) The United States is not so strong, the final triumph of the democratic ideal is not so inevitable that we can ignore what the world thinks of our record.“<sup>243</sup>

---

<sup>242</sup> Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Ross) to the Department of State, Subject: Combined USIE Semi-Annual Evaluation Reports for Periods December 1, 1950 to May 31, 1951 and June 1, 1951 to November 30, 1951, 15.2.1952, in: RG 59, Central Files, 511.45g/2-1552, ebd. Auch an anderer Stelle betonten die US-Diplomaten „[that] USIE soft-pedals direct anti-Communism in the bulk of its output, lest otherwise it advertise Communism to people who are almost unaware of it (...)“ (Telegram From the Consulate in the Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIE Country Plan – Gold Coast, 1952, 6.3.1952, ebd., 511.45k/3-652).

<sup>243</sup> Report From The President’s Committee on Civil Rights, 1947, zit. nach Lauren, *Power and Prejudice*, S. 202. Siehe dazu auch Dudziak, *Cold War Civil Rights*; Von Eschen, „Who is the Real Ambassador?“. Zur Bürgerrechtssituation in den USA in den 1950er Jahren siehe Norbert Finsch, James O. Horton, *Von Benin nach Baltimore: Die Geschichte der African Americans*. Hamburg 1999; Donald G. Nieman, *Promises to Keep: African Americans and the Constitutional Order, 1776 to the Present*. New York 1991; Harvard Sitkoff, *The Struggle For Black Equality, 1954-1992*. New York 1993.

Die Segregation wurde zur Achillesferse im moralischen Rüstzeug der USA, die auf der einen Seite vehement Demokratie und Menschenrechte in den Staaten des Ostblocks einforderten, auf der anderen Seite diese Rechte Teilen der eigenen Bevölkerung verweigerten. Die Sowjetunion nutzte diese Situation für ihre Propagandastrategien. Sowjetische Tageszeitungen wie die *Prawda* wiesen regelmäßig darauf hin,

„[that the] Constitution of the U.S. guarantees to all citizens equal rights before the law, however, the Negro population, consisting of 13.000.000 people, actually does not have these rights. (...) Only in the U.S.S.R has real equality of free peoples, real friendship of peoples, free from all forms of exploitation, of national subjugation, and racial discrimination, been established.“<sup>244</sup>

US-Politiker befürchteten, dass die Ausgrenzung der Afroamerikaner gerade die Menschen in Afrika gegen die USA einnehmen könnte. Aufgrund der gemeinsamen Wurzeln wurde den Afrikanern ein besonderes Gefühl der Verbundenheit und der Solidarität mit den Nachkommen der Sklaven in den USA unterstellt. US-Diplomaten vor Ort bestätigten das große Interesse afrikanischer Führungspersonlichkeiten an der Situation der Afroamerikaner. Mitarbeiter des US-Konsulats in Accra sprachen von ‘völlig überzogenen’ Reaktionen:

„Among Gold Coast Africans, who consider themselves more or less the parent stock of U.S. Negroes, there is a deep, wary, almost psychotic concern with the whole issue of race-relations in America. It is a concern out of all proportion (...), a concern which seems always ready to believe the worst, however unlikely or even ridiculous that may be, and doubtful of everything else.“<sup>245</sup>

---

<sup>244</sup> *Prawda*, 17.11.1946, zit. nach Lauren, *Power and Prejudice*, S. 200. Auch in westeuropäischen Nachrichtenmedien wurde zunehmend die Frage aufgeworfen, inwieweit sich die Praxis der Segregation mit einer moralischen Führungsrolle der USA vereinbaren ließ (siehe ebd., S. 199).

<sup>245</sup> Telegram From the Consulate in Gold Coast (Bloom) to the Department of State, Subject: USIE: Need, in all media, for greater emphasis on affairs of U.S. Negroes, 2.4.1951, in: RG 59, Central Files, 511.45k5/4-251, NA. Im Februar 1952 berichtete *Public Affairs Officer* Ross: „Not every incident is heard about (...), but when one is, the whole press goes to town on it (...).“ (Telegram From the Consulate in Gold Coast (Ross) to the Department of State, Subject: Combined USIE Semi-Annual Evaluation Reports for Periods December 1, 1950 to May 31, 1951 and June 1, 1951 to November 30, 1951, 15.2.1952, ebd., 511.45g/2-1552). Die US-Diplomaten in anderen afrikanischen Kolonien berichteten von ähnlichen Problemen. So zitierten beispielsweise Mitarbeiter der US-Botschaft in Lagos aus einem Artikel in der nigerianischen Zeitung *Daily Service* vom 15.9.1951: „It is, indeed, an irony of fate that the most hate-ridden negrophobists are to be found in those who are reputed the world over for their love of freedom. (...) Nowhere, next to South Africa, is the Negro so unsafe as in America. (...) The famed statue of Liberty of which Americans are justifiably proud apparently symbolises the freedom of only the white races from injustice and oppression.“ (Telegram From the Consulate General in Nigeria (Childs) to the Department of State, 18.9.1951, ebd., 511.45h2/9-1851).

Sie unterstrichen, „[that the] total USIE effort in the Gold Coast succeeds or fails more or less to whatever extent it first of all sets the record straight on the Negro situation in America”.<sup>246</sup> Die Diplomaten vermuteten, dass kommunistische Hetzkampagnen, die ein ‘verzerrtes Bild’ der amerikanischen Wirklichkeit präsentierten, für die Kritik und die Proteste verantwortlich waren.

In der Bibliothek im US-Informationszentrum in Accra wurde ein „extra Negro Shelf” eingerichtet. Ross und seine Mitarbeiter organisierten Vorlesungsreihen über „The Negro in American Life“ und besuchten die Kolonialschulen, um über die Situation in den USA zu berichten. Aufgrund der breiten internationalen Berichterstattung über die Zusammenstöße zwischen ‘schwarzen’ und ‘weißen’ Amerikanern sahen US-Propagandaexperten keine Möglichkeit, die Existenz der Segregation schlichtweg zu leugnen. Die US-Kulturdiplomaten wurden jedoch angewiesen, die Rassentrennung als ein Problem der Vergangenheit zu präsentieren und die Fortschritte beim Abbau der Segregationspraktiken hervorzuheben. Fotoausstellungen im IZ zeigten regelmäßig Bilder von erfolgreichen Afroamerikanern, die über den wirklichen Anteil der afroamerikanischen Bevölkerung am öffentlichen Leben in den USA hinwegtäuschten. Bei der Auswahl der Dokumentarfilme wurde darauf geachtet, dass in den Berichten über Schulen und angesehenen Berufe in den USA möglichst viele Afroamerikaner zu sehen waren. Presstexte mit verheißungsvollen Titeln wie „Racial Prejudice in U.S. Degenerates”, „Discrimination Gulf Between Black and White is Narrowed” oder „American Ideal of Equality is Being Translated Into Action” erweckten ebenfalls den Eindruck, dass „[American Negroes] are rapidly becoming integrated into all aspects of American life”.<sup>247</sup> USIS- Informationsbroschüren thematisierten ausführlich die Sklaverei in der frühen amerikanischen Republik, um die Veränderungen seit der *Reconstruction* herauszustellen. Im direkten Vergleich mit der Vergangenheit konnten selbst kleinere Fortschritte zu großen Durchbrüchen und die Situation in den 1950er

---

<sup>246</sup> Telegram From the Consulate in Gold Coast (Bloom) to the Department of State, Subject: USIE: Need, in all media, for greater emphasis on affairs of U.S. Negroes, 2.4.1951, ebd., 511.45k5/4-251.

<sup>247</sup> Telegram From the Consulate in Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIE Country Plan – Gold Coast. Draft Revision of Country Paper of August 1950, 24.1.1952, ebd., 611.45k/1-2452. Siehe auch Telegram From the Consulate in Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: Projected Transcribed Radio and Television Series on American Negro, 14.3.1952, ebd., 511.45k/3-1452; Telegram From the Consulate in Gold Coast (Cole) to the Department of State, 19.3.1953, ebd., 511.45k/12-452.

Jahren zu einem Beweis für die Reformfähigkeit der amerikanischen Demokratie stilisiert werden.<sup>248</sup> Die USIS-Informationsmaterialien versuchten zudem den Eindruck zu vermitteln, dass Fälle von Ausgrenzung und Diskriminierung höchstens im Süden der USA vorkamen, während die Menschen im Norden die Segregation rigoros ablehnten. Gewaltsame Übergriffe auf Afroamerikaner wurden zu den Taten der wenigen verbleibenden Segregations-Anhänger erklärt, die mit diesen Gewaltausbrüchen auf die von der US-Regierung durchgesetzten und von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützten Reformen reagierten.

Der Wunsch nach einer positiven Projektion der Bürgerrechtssituation änderte die Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber Auslandsreisen afroamerikanischer Künstler, Sportler, Politiker oder Wissenschaftler. Die internationalen Kontakte afroamerikanischer Meinungsführer waren von US-Politikern aus Furcht vor der Verbreitung eines negativen Amerikabildes lange Zeit boykottiert worden. Der Entzug des Reisepasses war eines der gängigsten Mittel der US-Regierung, um prominente Mitglieder der afroamerikanischen Gesellschaft von Auftritten außerhalb der Vereinigten Staaten abzuhalten.<sup>249</sup> In

---

<sup>248</sup> Die US-Kulturdiplomaten betonten regelmäßig: „[T]he progress of the American Negro, from slavery to almost complete equality with whites in only 80 years, [is] (...) one of the outstanding examples of the ability of American democracy to correct its own abuses.“ (Telegram From the Consulate in Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIE Country Plan – Gold Coast, 1952, 6.3.1952, ebd., 511.45k/3-652). Die Arbeitsberichte und Stellungnahmen der US-Kulturattachés weisen zudem darauf hin, dass die Mehrheit der US-Politiker und Diplomaten in der Tat davon überzeugt waren, dass die US-Regierung ihre Bereitschaft zu einem Abbau von Rassenschranken bereits ausreichend unter Beweis gestellt habe (siehe z.B. Telegram From the Consulate in Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: IIA, Submission of 1954-1955 Prospectus Call, 13.5.1953, ebd., 511.45k/5-1353). Nach dem *Brown versus Board of Education of Topeka*-Urteil von 1954 über die Aufhebung der Rassentrennung an den Schulen sprachen viele US-Politiker der Weltöffentlichkeit das Recht ab, die innenpolitischen Verhältnissen in den USA weiter zu kritisieren (siehe z.B. National Security Council Report (NSC 5430), Status of the USIA Program, 30.6.1954, in: WHO, Office of the Special Assistant for National Security Affairs, Records, 1952-1961, NSC Series, Status of Project Subseries, Box 5, DDEL). Auch die Überzeugung vieler amerikanischer Entscheidungsträger, dass ein Amerikabesuch der besten Weg sei, um Vorurteile gegenüber der amerikanischen Gesellschaft auszuräumen, lässt deutliche Rückschlüsse über die selektive Wahrnehmung der Bürgerrechtssituation durch amerikanische Politiker zu.

<sup>249</sup> Eines der prominentesten Opfer dieser Politik war der Sportler, Schauspieler, Sänger und Mitbegründer des *Council on African Affairs* Paul Robson, der als ein scharfer Kritiker sowohl der Rassentrennung in den USA als auch der amerikanischen Koreapolitik auftrat. Ihm wurde 1950 der Reisepass entzogen. US-Kulturdiplomaten in Accra bemühten sich, Robson als einen psychisch kranken und geistig verwirrten Mann darzustellen, der nicht der Lage war, die Situation in den USA zu beurteilen (siehe Telegram From the Consulate in Gold Coast (Cole) to the Department of State, Subject: USIE Request for a Special Story on Paul Robson, 9.1.1951, in: RG 59, Central Files, 511.45k21/1-951, NA). Detailliertere Informationen über das Vorgehen der US-Regierung gegen Robson finden sich in der bereits vorne zitierten Robson-Biographie von Duberman, *Paul Robson* und in Dudziaks, *Cold War Civil Rights*, S. 61ff. Andere Bürgerrechtler wie W. E. B. Du Bois oder William Patterson, der Vorsitzende des *Civil Rights Congress* (CRC),

den 1950er Jahren setzte sich unter Mitgliedern des *State Department* jedoch die Überzeugung durch, dass eine Einbindung der Afroamerikaner in die US-Auslandswerbung wesentlich zu einer Verbesserung der amerikanischen Propagandastrategien beitragen konnte. Positive Darstellungen der Bürgerrechtssituation durch die ‘vermeintlichen Opfer’ waren nach Einschätzung von US-Propagandaexperten der sicherste Weg, um ‘kommunistische Verleumdungskampagnen’ zu entkräften. Die US-Regierung ging dazu über, Afrikareisen prominenter und erfolgreicher Afroamerikaner – neben den oben erwähnten Gruppen auch Lehrer, Ärzte, Journalisten und Studenten – finanziell zu unterstützen, um sie als „living proof (...) of the great progress achieved by the race under the American democracy” zu präsentieren. Die US-Diplomaten in der Goldküste bestätigten 1953: „[P]ersonal appearances of Negroes that have made good in the world are infinitely more effective propaganda than the strictly intellectual type.”<sup>250</sup> Die Verantwortlichen im *State Department* waren derart überzeugt von den Möglichkeiten der Personenaustauschprogramme bei der Eingrenzung der negativen Konsequenzen der Segregation, dass sie fast ausschließlich Mitglieder der afroamerikanischen Gesellschaft in die Goldküste schickten. Der Auftritt von Louis Armstrong im Sommer 1956 galt als einer der größten Erfolge der US-Auslandswerbung in der Kolonie. Afrikaaufenthalte von afroamerikanischen Bürgerrechtlern, die nicht bereit waren, ein positives Bild der amerikanischen Wirklichkeit zu zeichnen, wurden von der US-Regierung allerdings weiterhin massiv boykottiert.<sup>251</sup>

---

der sich für eine offizielle Verurteilung der USA durch die UNO einsetzte, sahen sich ähnlichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt (siehe ebd.).

<sup>250</sup> National Security Council Report (NSC 5525), Status of the USIA Program, 30.6.1955, in: WHO, Office of the Special Assistant for National Security Affairs, Records, 1952-1961, NSC Series, Status of Project Subseries, Box 6, DDEL; Telegram From the Consulate in Gold Coast (Cole) to the Department of State, 28.6.1953, in: RG 59, Central Files, 511.45k/6-2853, NA. Die Teilnehmer der Austauschprogramme wurden vor ihren Auftritten und Vorträgen von den US-Diplomaten in Accra aufgefordert, gegenüber der afrikanischen Bevölkerung ein möglichst optimistisches Bild der amerikanischen Zukunft zu präsentieren. Propagandaexperten drängten, auch die diplomatischen Vertretungen der USA in Afrika mit möglichst vielen Afroamerikanern zu besetzen (siehe dazu Michael L. Krenn, *Black Diplomacy. African Americans and the State Department, 1945-1969*. New York 1999).

<sup>251</sup> Außerdem konzentrierten sich die Diskussionen in der US-Botschaft in Accra und in Washington in der ersten Hälfte der 1950er Jahre auf die Frage, wie die Situation der Afroamerikaner besser nach außen präsentiert werden konnte, Forderungen nach einem umfassenden Abbau der Rassenschränken wurden dagegen selten geäußert. Zu diesem Ergebnis kommt auch Penny M. Von Eschen: „[The] international politics of symbolic representation

### 3.4. Amerikanische Auslandspropaganda in den Kolonien – Erfolg oder Misserfolg?

Der Einfluss der amerikanischen Kultur- und Informationsprogramme auf die afrikanische Bevölkerung ist nur schwer zu beurteilen. Die Arbeitsberichte der US-Diplomaten in der Goldküste bieten in der Regel ein ausgesprochen positives Bild der einzelnen Projekte. Ihre Aussagen bieten jedoch keine Grundlage für eine wissenschaftliche Analyse. Besucherzahlen wurden in offiziellen Darstellungen häufig nach oben korrigiert oder die Begeisterung des Zielpublikums über die kulturellen Veranstaltungen übertrieben, um die Verantwortlichen in Washington vom Wert der geleisteten Arbeit zu überzeugen. Randbemerkungen sprechen dagegen von der großen Frustration der amerikanischen Beamten, die mit Sprachproblemen, mangelnden Räumlichkeiten und extremen klimatischen Bedingungen zu kämpfen hatten. Klagen der US-Diplomaten über das mangelnde Interesse der afrikanischen Journalisten an Nachrichten, die keinen direkten Bezug zu lokalen Ereignissen hatten, konterkarierten Berichte über die gute Kooperation mit den Mitgliedern der Presse. Die geringen finanziellen Mittel, die den US-Kulturdiplomaten in der Goldküste zur Verfügung standen, verstärkten die Probleme bei der Umsetzung der geplanten Projekte. Aufgrund der fehlenden direkten strategischen Bedeutung des 'schwarzen Kontinents' für die USA maß Washington den Propagandaprogrammen in Afrika weniger Bedeutung zu als vergleichbaren Operationen in Europa, Asien oder Lateinamerika. Der größte Teil des Gesamtbudgets für die amerikanische Auslandswerbung wurde in Ländern wie Deutschland, Japan oder Indien eingesetzt. Während den Kulturattachés in Deutschland 1955 finanzielle Mittel in Höhe von 11.328.782 US-Dollar zur Verfügung standen, mussten sich die Beamten in der Goldküste mit einem Budget von 15.186 US-Dollar begnügen.<sup>252</sup> Auftritte von international bekannten Künstlern wie Louis Armstrong waren eine Seltenheit. Nur die wenigsten

---

*replaces*, rather than complemented, commitments on the part of the Truman and Eisenhower administrations to civil rights at home." (Von Eschen, „Who is the Real Ambassador?“, S. 115).

<sup>252</sup> Angaben nach Paper Prepared in the United States Information Agency, Subject: Oversea Missions, Personnel and Allotments, 5th Report to the Congress, July 1 to December 31, 1955, 31.12.1955, in: AWF, Administration Series, USIA, Box 37, DDEL. Darüber hinaus waren in Deutschland 1955 insgesamt 189 Amerikaner für die Umsetzung der Kultur- und Informationsprogramme verantwortlich. Das Personal in der Goldküste bestand zu diesem Zeitpunkt lediglich aus zwei Amerikanern, die von 11 einheimischen Angestellten unterstützt wurden (ebd.).

prominenten Schauspieler und Musiker waren bereit, die mit einer Afrikareise verbundenen Unbequemlichkeiten auf sich zu nehmen. Resigniert hielten die zuständigen Beamten in Washington fest: „The candid recital of what an artist should expect on (...) [such a tour] does not appeal to those artists who insist on first-class hotels, good food, the absence of health hazards and first-class airlines that run on time.“<sup>253</sup>

Die mangelnde Vorbereitung der zuständigen Stellen in Washington auf die Ausdehnung der US-Propagandakampagnen auf die afrikanischen Kolonien verringerten ebenfalls die Möglichkeiten der Beamten für eine effektive Beeinflussung der Bevölkerung in der Goldküste. In der ersten Hälfte der 1950er Jahre existierten so gut wie keine Dokumentarfilme oder Informationsbroschüren, die speziell auf die Situation in Afrika zugeschnitten waren. 1953, als in Washington die USIA gegründet wurde, war nur ein einziger Angestellter für die Verwaltung und Leitung der Propagandaprogramme in Afrika zuständig. Den Kulturattachés in der Goldküste fehlten konkrete Handlungsanweisungen, wie sie mit den klimatischen Bedingungen, der geringen Anbindung der Bevölkerungsmehrheit an die Entwicklungen in den Städten und der hohen Analphabeten-Rate umgehen sollten. Erst 1959 entstand eine eigene *Africa Division* innerhalb der USIA.<sup>254</sup> Die im Vergleich mit anderen Regionen untergeordnete strategische Rolle des ‘schwarzen Kontinents’ führte zudem dazu, dass die in den afrikanischen Kolonien eingesetzten Kulturattachés in der Regel nicht zu den besonders fähigen und entschlossenen US-Diplomaten gehörten. Wirklich vielversprechende Kräfte, die sich durch Ideenreichtum oder besonderes Talent auszeichneten, wurden nach Europa oder Asien und nur selten nach Afrika geschickt. In der ersten Hälfte der 1950er Jahre galt Afrika als ein „dumping ground for men unable to make the grade elsewhere“.<sup>255</sup>

---

<sup>253</sup> Memorandum From the Operations Coordinating Board, Subject: Report on the Cultural Presentation Program, 23.9.1959, in: WHO, Office of the Special Assistant for National Security Affairs, OCB Subject Subseries, Box 1, ebd.

<sup>254</sup> Culverson, *Propaganda and National Interests*, S. 39.

<sup>255</sup> Thomas C. Sorensen, *The Word War. The Story of American Propaganda*. New York 1968, S. 165. Siehe auch die Bemerkungen des *Director of the Office of South African Affairs* C. Vaughan Ferguson von 1958: „Formerly, Africa was the dumping ground for the misfits, the alcoholics and the near-do-wells.“ (Memorandum From the *Director of the Office of South African Affairs* (Ferguson) to the Chairman of the U.S. Council on Foreign Economic Policy (Randall), Subject: Random Thoughts at Conclusion of your African Tour, 1.4.1958, in: USCFEP, Office of the Chairman, Records, 1954-1961, Randall Series, Trip Subseries, Box 3, DDEL). Aufgrund der extremen Klimaverhältnisse und Krankheiten wie Malaria entschieden sich nur wenige US-Kulturattachés aus freien Stücken für einen Posten in den afrikanischen Kolonien – zumal ein

Viele Pläne, die von den Propagandaexperten in Washington entwickelt wurden, scheiterten vor Ort. Versuche, im afrikanischen Diskurs Begriffe wie *Soviet colonialism* zu verankern, hatten beispielsweise nur wenig Erfolg. Afrikanische Politiker und Intellektuelle weigerten sich, die sowjetische Domination in Osteuropa als Kolonialismus anzusehen. Auch unter den Kolonialmächten stieß die Verbindung des Begriffes 'Kolonialismus' mit der sowjetischen Herrschaft auf starke Ablehnung.<sup>256</sup> Die Personenaustauschprogramme hatten nicht immer die erhoffte positive Wirkung auf das Amerikabild der Bevölkerung in der Goldküste. Die Erfahrungen afrikanischer Stipendiaten mit dem alltäglichen Rassismus in den USA stellten die optimistische Darstellung der Situation durch die US-Propaganda in Frage. Einige amerikanische Teilnehmer der Austauschprogramme befremdeten die Menschen in der Goldküste durch ihr überhebliches Auftreten und ihre offensichtliche Geringschätzung indigener Traditionen und Gebräuche.<sup>257</sup> Auch die Berichte in der internationalen Presse über die bisweilen gewaltsamen Reaktionen weißer Amerikaner auf die wachsende Dynamik der Bürgerrechtsbewegung konterkarierten das von der US-Propaganda präsentierte Bild der USA.<sup>258</sup>

---

Aufenthalt in Afrika nicht geeignet war, ihre Karriere voranzutreiben: „Most Foreign Service Officers (...) avoided assignments to Africa (...) because they believed it would hurt their careers. They were right.“ (Sorensen, *The Word War*, S. 165).

<sup>256</sup> Siehe Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: Africa and the Question of Soviet Colonialism, 8.12.1960, in: RG 306, Office of Research, Special 'S' Reports, 1953-1963, Box 19, NA.

<sup>257</sup> Der überproportional hohe Anteil von Afroamerikaner unter den Künstlern und Sportlern, die in die Goldküste/Ghana reisten, hatte zudem nicht nur positive Auswirkungen. 1959 warnten Diplomaten: „[T]oo much emphasis may have been placed on sending Negroes to Ghana for our cultural presentations. Certainly we should have some Negroes, but the tendency has been for the Department to favor sending Negroes here almost to the exclusion of other Americans. (...) [The Ghanaians] see no reason why all cultural presentation from the United States should be by Americans of African origin when some of them may be third or fourth rate in their particular fields as compared with other Americans.“ (Telegram From the Embassy in Ghana (Flake) to the Department of State, 27.8.1959, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Ghana, Lot 66D499, Box 201, ebd.).

<sup>258</sup> Besondere Aufmerksamkeit erregten beispielsweise die Ereignisse in Little Rock, Arkansas, 1957, wo die Nationalgarde eingesetzt werden musste, um schwarzen Schülern den Eintritt in eine bislang nur von Weißen besuchte Schule zu ermöglichen. Der Punkt „[c]onvince Ghanaian lawmakers, government officials, educators, women's groups, journalists, students, and labor leaders of the United States progress in the field of race relations“ zählte auch 1960 noch zu den wichtigsten Aufgaben der US-Beamten in der Goldküste. Trotz der seit Beginn der 1950er Jahre laufenden Anstrengungen resümierten US-Kulturdiplomaten: „The belief that most Americans of African descent are second class citizens is widely held among Ghanaians.“ (Telegram From USIS Accra (Erstein) to USIA Washington, Subject: Country Assessment Report – January 1 to December 31, 1959, 2.2.1960, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Ghana, Lot 66D499, Box 201, ebd.).

## **Kapitel IV – Die USA und die afrikanische Unabhängigkeit**

### **1. Nkrumah als neuer Freund des Westens**

Mit der Durchsetzung der 1953 vorgeschlagenen Verfassungsänderung, die ein Ausscheiden der meisten europäischen Minister aus der Regierung vorsah, wurden in der Goldküste die entscheidenden Weichen für die formelle Unabhängigkeit der Kolonie gestellt. Nach dem Ausschluss von Anthony Woode aus den führenden Gremien der CPP und der von Nkrumah unterstützten Wiederangliederung des GCTUC an den IBFG erhoben nur noch wenige Briten Einwände gegen die Einbeziehung der CPP in die Regierung. Der IBFG konnte seine Position in der Goldküste nach der Rückkehr des GCTUC in den westlichen Dachverband zu einem „key foothold in Western Africa“ ausbauen.<sup>259</sup> John Tettegah, der neue Generalsekretär des GCTUC, wurde in den IBFG-Exekutivrat für Afrika berufen. Auch die US-Diplomaten gaben ihre Vorbehalte gegenüber Nkrumah auf und bezeichneten ihn von nun an als einen Freund des Westens.<sup>260</sup> Mit seinem Engagement für die Eingrenzung ‘pro-kommunistischer Einflüsse’ in der Gewerkschaftsbewegung hatte Nkrumah in ihren Augen seine Eignung für das Amt des Premierministers unter Beweis gestellt. Erst jetzt setzten sich die Mitarbeiter des US-Generalkonsulats in Accra intensiver mit den Inhalten von Nkrumahs öffentlichen Stellungnahmen auseinander. Erleichtert nahmen sie zur Kenntnis, dass sich der Premierminister für eine fortgesetzte wirtschaftliche Kooperation mit dem Westen aussprach und die Briten als wichtige Berater für den Aufbau des neuen Staates lobte.<sup>261</sup>

Arden-Clarke und der US-Generalkonsul in Accra, Donald W. Lamm, stimmten überein, dass der Reformprozess nicht weiter behindert werden sollte, um das Kooperationsverhältnis zwischen der CPP und Großbritannien aufrechtzuerhalten und einen Rückfall Nkrumahs in das ‘Lager der Extremisten’ zu vermeiden.

---

<sup>259</sup> Stoner, *Anti-Communism, Anti-Colonialism, and African Labor*, S. 79.

<sup>260</sup> Siehe u.a. Telegram From USIS Accra (Sawyer) to USIA Washington, Subject: Recent Developments in USIS Labor Contact Program, 23.3.1954, in: RG 59, Central Files, 511.45k/3-2354, NA.

<sup>261</sup> Siehe u.a. Telegram From the Consulate General in the Gold Coast (Lamm) to the Department of State, Subject: A Short Analysis of Current Problems in the Gold Coast, 20.12.1955, ebd., 745k.00/12-2055.

Lamm erinnerte das *State Department*,

„[that so] far as the Western powers are concerned, much depends on the relationship which exists with the British at the time of independence. If this goes smoothly, the British will maintain a measure of influence here, but this may not be the case if independence is delayed too long.“<sup>262</sup>

Die Diskussionen unter amerikanischen und britischen Beobachtern konzentrierten sich in erster Linie auf die Haltung der CPP im Bereich der Wirtschafts- und Außenpolitik. Trotz des in der Öffentlichkeit immer wieder in den Vordergrund gestellten ‘besonderen Engagements’ der Briten für die Etablierung demokratischer Strukturen spielten Prognosen über die zukünftige Regierungsform der Goldküste bei den Debatten kaum eine Rolle. Aufgrund der zentralistischen Ausrichtung der Partei auf Nkrumah gingen viele westliche Beobachter davon aus, dass die CPP nach der Unabhängigkeit innerhalb kürzester Zeit eine Art Diktatur errichten würde. Die noch immer existierenden Überzeugungen von der Machtgier afrikanischer Nationalisten unterstützten solche Ansichten. Lamm betonte: „While it is impossible to predict the outcome, the odds appear to favor some form of ‘strong man rule’, whereby elections are either discontinued, or are carefully engineered to ensure the maintenance of power.“<sup>263</sup> Ähnlich äußerten sich britische Kolonialbeamte: „The CPP seems likely to rely mainly on Tammany methods and the strong arm (...). Leadership in Government is not likely to be of high quality. (...) Their knowledge is shallow; and they are mercurial and wanting in solidity or character and integrity.“<sup>264</sup> Lamm fügte hinzu: „[M]any of the present CPP leaders are decidedly self-seeking.“<sup>265</sup> Der UGCC-Gründer Danquah und andere Mitglieder der Opposition taten alles, um diese Eindrücke zu unterstreichen und die Moral und Integrität der CPP-Minister in Frage zu stellen. Sie wandten sich wiederholt an London und

---

<sup>262</sup> Ebd. Siehe auch Despatch From the Advisor to the Governor on External Affairs (Cumming-Bruce) to the Commonwealth Relation Office, Subject: Notes on Future Gold Coast Scene, 19.8.1955, in: RG 84 [Foreign Service Post Files], General Records, 1951-1968, Accra, E 2597, Box 2, ebd.).

<sup>263</sup> Telegram From the Consulate General in the Gold Coast (Lamm) to the Department of State, Subject: A Short Analysis of Current Problems in the Gold Coast, 20.12.1955, in: RG 59, Central Files, 745k00/12-2055, ebd.

<sup>264</sup> Despatch From the Advisor to the Governor on External Affairs (Cumming-Bruce) to the Commonwealth Relation Office, Subject: Notes on Future Gold Coast Scene, 19.8.1956, in: RG 84, General Records, 1951-1968, Accra, E 2597, Box 2, ebd.

<sup>265</sup> Telegram From the Consulate General in the Gold Coast (Lamm) to the Department of State, Subject: A Short Analysis of Current Problems in the Gold Coast, 20.12.1955, in: RG 59, Central Files, 745k.00/12-2055, ebd.

warnten vor einer Übertragung der zukünftigen Regierungsmacht in die Hände der CPP.<sup>266</sup>

Das Fortleben parlamentarischer Strukturen in der Goldküste war in den Augen amerikanischer Entscheidungsträger jedoch lediglich von sekundärer Bedeutung. Aufgrund des zunehmenden Interesses der Sowjetunion an direkten Kontakten mit Afrika mussten ihrer Ansicht nach zunächst die wirtschaftliche Stabilität und prowestliche Orientierung der Region gesichert werden, bevor an den Aufbau einer Demokratie gedacht werden konnte.

## **2. Die sowjetische 'Afrikaoffensive'**

### **2.1. Die Neuorientierung der sowjetischen Außenpolitik**

Trotz der von westlicher Seite bereits kurz nach 1945 entworfenen Bedrohungsszenarien spielte Afrika in den sowjetischen Nachkriegsplänen lange Zeit nur eine untergeordnete Rolle. Die kommunistische 'Offensive' in den britischen Westafrika-Kolonien blieb in den 1940er und frühen 1950er Jahren auf sporadische Aktionen der Kommunistischen Partei Großbritanniens begrenzt. Stalin hielt die afrikanischen Kolonien lediglich für ein politisch und strategisch unbedeutendes Anhängsel der europäischen Mächte. Hinzu kamen die in der Sowjetunion weit verbreiteten negativen Bilder von den afrikanischen Nationalisten. Die afrikanischen Befreiungsführer galten als Repräsentanten der Bourgeoisie und daher nicht als geeignete Partner für die Durchsetzung einer Revolution in Afrika.<sup>267</sup> Der Tod Stalins und der Beginn der Dekolonisation

---

<sup>266</sup> Siehe u.a. Rooney, *The Political Kingdom in the Third World*, S. 121 sowie Kapitel 4.1 der vorliegenden Arbeit.

<sup>267</sup> Siehe beispielsweise die kritischen Äußerungen in sowjetischen Fachzeitschriften und Tageszeitungen zit. in McKay, *Africa in World Politics*, S. 196; Memorandum From the Office of Research and Intelligence, Subject: Communist Attacks on N'krumah's [sic] Administration in the Gold Coast, 30.11.1956, in: RG 306, Office of Research, Request Only Reports, 1956-1962, Box 1, NA. Weitere Informationen über die sowjetische Afrikapolitik in den 1950er und 1960er Jahren finden sich in Leonard F. Marte, *Political Cycles in International Relations: The Cold War and Africa*. Amsterdam 1994; Dan C. Heldman, *The USSR and Africa. Foreign Policy under Khrushchev*. New York 1981; Christopher A. Stevens, *The Soviet Union and Black Africa*. London 1976; Arthur J. Klinghoffer, „The Soviet Union and Africa“, in: *The Soviet Union and the*

fürten jedoch zu einer graduellen Umorientierung der sowjetischen Politik. Die neue politische Führung in Moskau war entschlossen, die durch das Aufbrechen der Kolonialherrschaft entstehenden Möglichkeiten für eine Ausweitung des sowjetischen Einflusses zu nutzen. Der 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 wurde zu einem deutlichen Zeichen für das neue Interesse der Kreml-Regierung an den Entwicklungen in Afrika (und Asien). Während seiner Rede erteilte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Nikita S. Chruschtschow, der alten Zwei-Lager-Theorie von 1948 eine klare Absage und billigte auch bürgerlich-nationalistischen Politikern in der 'Dritten Welt' eine progressive Rolle im Kampf gegen den Kolonialismus zu. Dieser Perspektivenwechsel beseitigte die ideologischen Hindernisse für eine Zusammenarbeit mit den afrikanischen Nationalisten. Aus den 'Steigbügelhaltern der Imperialisten' wurden „political leaders of ability and energy“.<sup>268</sup> Der Aufbau einer eigenen Afrikaabteilung an der Akademie der Wissenschaften in Moskau 1955 und die Gründung eines eigenen Forschungsinstituts für Afrika vier Jahre später zeigte ebenfalls das neue sowjetische Interesse an den Vorgängen in Afrika.<sup>269</sup> 1958 wurde im Außenministerium in Moskau ein Afrikabüro eingerichtet, um das politische Vorgehen der Sowjetunion in Afrika besser zu koordinieren.

---

*Developing Nations*. Hrsg. v. Roger E. Kanet. Baltimore 1974, S. 52-77; Robert Legvold, *Soviet Policy in West Africa*. Cambridge 1970.

<sup>268</sup> Aussage des bekanntesten sowjetischen Afrikaexperten in den 1950er Jahren, I. Irutt Potechin, zit. in McKay, *Africa in World Politics*, S. 197. Bereits 1954 zeigte der Ausbau der sowjetischen Wirtschaftskontakte mit den bereits unabhängigen Staaten in Asien die neue Bedeutung der 'Dritten Welt' im Rahmen der sowjetischen Außen- und Wirtschaftspolitik. Amerikanische Beobachter sprachen von einem Anstieg der Handelskontakte zwischen den Ostblockstaaten und den Ländern der 'Dritten Welt' um 70% in der Zeit von 1954 bis 1956 (siehe Department of State, Press Release, Statement by the Deputy Under Secretary of State for Economic Affairs C. Douglas Dillon Before the Senate Foreign Relations Committee on Economic Activities of the Soviet Block in Less Developed Countries, 3.3.1958, in: USCFEP, Office of the Chairman, Records, 1954-1961, Policy Paper Series, Box 10, DDEL).

<sup>269</sup> Informationen über den Ausbau der Afrikanistik in der Sowjetunion finden sich in Memorandum From the African Department of the Foreign Office, Subject: Egyptian and Soviet Policy in Africa, 2.5.1956, in: BDEE. *The Conservative Government and the End of Empire, 1951-1957*, I, S. 235f.; Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: Communist Propaganda Activities in the Near East, South Asia and Africa, 1959, 15.4.1960, in: RG 306, Office of Research, 'R' Reports, 1960-1963, Box 1, NA.

## 2.2. Die USA, das neue sowjetische Afrikaengagement und die Unabhängigkeitswelle in Afrika

Am 6. März 1957 erlangte die Goldküste, nun Ghana, die staatliche Unabhängigkeit. Zu den Feierlichkeiten in Accra wurden Delegationen aus der ganzen Welt erwartet. Auch Vertreter der Sowjetunion und ihrer Verbündeten reisten zum Missfallen amerikanischer Beobachter nach Ghana. Erfolglos hatten sich die US-Diplomaten im Vorfeld der Feier darum bemüht, Einladungen an die kommunistischen Staaten zu verhindern, um das Eintreffen des ideologischen Gegners im subsaharischen Afrika hinauszuzögern. Vor allem die erwartete Anwesenheit von Vertretern der Volksrepublik China wurde von den Amerikanern mit Sorge zur Kenntnis genommen. Die Mitarbeiter des *State Department* waren überzeugt, dass die Chinesen aufgrund ihrer nicht-europäischen Herkunft besondere Möglichkeiten hatten, das Vertrauen der Afrikaner zu gewinnen.<sup>270</sup> Alarmiert verfolgten die Politiker in Washington die Berichte der US-Diplomaten über die Anreise der ersten kommunistischen Delegationen und das zuvorkommende Auftreten der kommunistischen Repräsentanten bei den Feierlichkeiten. Die Leitung der US-Delegation wurde Vizepräsident Richard M. Nixon übertragen, um den Menschen in Ghana zu zeigen, welche Bedeutung die USA dem Souveränitätswechsel in der ehemaligen Goldküste beimaßen. Auch die Größe der amerikanischen Delegation, die lediglich von der Gruppe der Briten übertroffen wurde, zeugte von der Entschlossenheit der US-Entscheidungsträger, die kommunistischen Gäste während der Feierlichkeiten beiseite zu drängen.<sup>271</sup>

---

<sup>270</sup> Siehe Telegram From the Consulate General in the Gold Coast (Lamm) to the Department of State, 21.1.1957, in: RG 59, Central Files, 745k.02/1-2157, ebd.; Telegram From the Consulate General in the Gold Coast (Lamm) to the Department of State, 12.2.1957, in: FRUS, 1955-1957, Vol. XVIII, S. 368; Memorandum of a Conversation Between the Counselor of the British Embassy (de la Mare) and the Director of the Office of Chinese Affairs (McConaughy), Subject: Chinese Representation Issue at Gold Coast Independence Ceremony, 6.2.1957, ebd., S. 365f. Nach Aussage britischer Beobachter versuchten die US-Diplomaten sogar, die Ghanaer mit Hinweisen, dass eine Einladung an die chinesischen Kommunisten den UNO-Beitritt Ghanas verhindern könnte, zu einer Änderung der Gästeliste zu bewegen (ebd.). Da sich die Einladungen an der Liste derjenigen Staaten orientierten, mit denen Großbritannien diplomatische Beziehungen unterhielt, waren die Briten nicht bereit, die amerikanischen Forderungen nach einem Ausschluss der chinesischen Kommunisten zu unterstützen.

<sup>271</sup> Zu den Vorbereitungen und der Zusammensetzung der US-Delegation siehe Memorandum From the Assistant Secretary of State for Congressional Relations (Hill) to Vice President Nixon, Subject: Communist Bloc Activities in West Africa, 18.2.1957, ebd., S. 372ff.

Gerüchte, dass die sowjetischen Besucher Nkrumah überzeugt hatten, diplomatische Beziehungen mit der UdSSR aufzunehmen, bestätigten die schlimmsten Befürchtungen amerikanischer Politiker. Experten im US-Außenministerium warnten:

„We believe Sino-Soviet embassies anywhere on West African soil would constitute a serious challenge to Western influence and strength in West Africa (...). [T]hey would allow a Communist subversive campaign to be carried out throughout the area and thus spread the seeds of Communism among underdeveloped peoples (...).“<sup>272</sup>

Die Mitglieder der Eisenhower-Administration waren überzeugt, dass Großbritannien als ehemalige Kolonialmacht die Pflicht hatte, den Austausch diplomatischer Missionen zwischen Ghana und der Sowjetunion zu verhindern. US-Diplomaten setzten sich wiederholt mit Vertretern der britischen Regierung in Verbindung und forderten ungeachtet der Unabhängigkeit Ghanas ein resolutes Einschreiten des ‘Mutterlandes’. Außenminister John Foster Dulles nutzte eine angloamerikanische Gipfelkonferenz im März 1957, um seinem britischen Kollegen Selwyn Lloyd den ‘Ernst der Lage’ vor Augen zu führen: „If this [the exchange of diplomatic representatives with the USSR] occurs, the bloc will be in a strategic position to carry subversive activities because it will have an actual foothold on African soil.“<sup>273</sup> Konsterniert nahmen die Verantwortlichen im *State Department* zur Kenntnis, dass die Briten keine Möglichkeiten für eine offene Beeinflussung der ghanaischen Entscheidung sahen. Mitarbeiter des *Commonwealth Relations Office* warnten vor den negativen Konsequenzen direkter Bevormundungsversuche, „[which could result in an] embarrassing

---

<sup>272</sup> Charles N. Manning, *Secret Briefing Book: African Survey, Ghana, 1957*, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, Staff Papers, 1956-1962, Lot 62D320, Box 2, NA. Bereits 1956 hatte das *State Department* gegenüber den US-Diplomaten in Accra erklärt: „Once a Soviet mission is established in an African state it becomes only a matter of time before Russian blandishments and enticements of economic aid and technical assistance are likely to be accepted. (...) Russia’s primary objective in establishing diplomatic and consular offices in Africa is to undermine the fledging political institutions of countries just emerged from colonial status to independence.“ (Telegram From the Department of State to the Consulate General in the Gold Coast, Subject: Department’s Views on Prospects of USSR Establishing Diplomatic Relations with the Gold Coast, 20.2.1956, in: FRUS, 1955-1957, Vol. XVIII, S. 362ff., S. 364).

<sup>273</sup> Agreed Paper, Bermuda Meeting, March 21-23, 1957, Subject: The Soviet Threat to Tropical Africa, undated, in: White House Central Files [WHC], 1953-1961, Subject Series, Box 9, DDEL. Siehe auch Memorandum of a Conversation, Mid-Ocean Club, Conference Room, Bermuda, 23.3.1957, in: FRUS, 1955-1957, Vol. XVIII, S. 53ff.; Telegram From Secretary of State Dulles to the Embassy in Ghana, 18.3.1957, in: RG 59, Central Files, 645j60/3-1857, NA.

rebuff”.<sup>274</sup> Die Briten reagierten zunehmend ungehalten auf die wiederholten Vorstöße der Amerikaner und gaben deutlich zu verstehen, dass die US-Regierung die Situation ihrer Ansicht nach unnötig dramatisierte.

Trotz der britischen Vorbehalte sprach der neue US-Botschafter in Accra, Wilson C. Flake im Auftrag des *State Department* noch mehrmals bei Nkrumah vor, um ihn vor den Auswirkungen einer dauerhaften sowjetischen Präsenz in Ghana zu warnen.<sup>275</sup> Die USIA-Zentrale in Washington stellte Informationsmaterialien mit Titeln wie „How the Soviet Espionage Works Within Free Countries“ oder „How Soviet Spy System Works“ zusammen, die den ‘Missbrauch’ diplomatischer Niederlassungen durch die Sowjetunion verdeutlichen sollten.<sup>276</sup> Die Pamphlete und Presstexte wurden Personen aus dem näheren Umkreis Nkrumahs zugespielt, in der Hoffnung, dass sie den Premierminister gegen den Aufbau einer sowjetischen Botschaft beeinflussen würden. US-Diplomaten und Politiker wandten sich zudem an den liberianischen Präsidenten William V. S. Tubman, einem engen Verbündeten der USA, der das amerikanische Vorgehen unterstützen sollte. Tubman schrieb daraufhin mehrere Briefe an Nkrumah, in denen er den Ghanaer aufforderte, eine vorsichtige Distanz gegenüber der Sowjetunion zu wahren.<sup>277</sup> Trotz dieser Bemühungen gelang es den Amerikanern nicht, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Ghana zu verhindern. Die ghanaische Regierung ging zwar nur zögerlich auf die sowjetischen Vorschläge ein, nach längeren Verhandlungen wurden jedoch im April 1959 die letzten Hindernisse für den Austausch diplomatischer Vertretungen aus dem Weg geräumt. Im August 1959 traf der erste russische Botschafter in Ghana ein.<sup>278</sup>

---

<sup>274</sup> Zit. in Telegram From the Embassy in the United Kingdom (Barbour) to the Department of State, 31.3.1957, in: RG 84, General Records, 1951-1968, Accra, E 2597, Box 2, NA.

<sup>275</sup> Telegram From Secretary of State Dulles to the Embassy in Ghana, 1.11.1957, in: RG 59, Central Files, 645j61/11-0157, ebd.

<sup>276</sup> Siehe Telegram From Secretary of State Dulles to the Embassy in Ghana, Subject: Transmission of Anti-Communist Materials Requested by Embassy, 7.+10.6.1957, ebd., 511.45j2/6-757/6-1057.

<sup>277</sup> Siehe u.a. Telegram From the Secretary of State Dulles to the Embassy in Liberia, 4.3.1957, ebd., 645k.61/3-457; Memorandum of Conversation, U.S. Embassy, Monrovia, 8.3.1957, in: FRUS, 1955-1957, Vol. XVIII, S. 397ff.

<sup>278</sup> Nkrumah galt allerdings zu diesem Zeitpunkt noch immer als ein pro-westlicher Politiker. Die US-Diplomaten in Accra waren überzeugt, dass der ghanaische Premierminister nur aufgrund des Drucks von Seiten der Sowjetunion dem Austausch diplomatischer Beziehungen zugestimmt habe. Hinzu kam, dass die Sowjetunion – anders als die USA, Großbritannien oder Frankreich – von der ghanaischen Regierung aufgefordert wurde, das Botschaftspersonal auf 18 Mitarbeiter zu begrenzen. Die ghanaische Botschaft in Moskau wurde erst 1960 eröffnet (siehe dazu Olajide

Die afrikanische Unabhängigkeitswelle brachte die Eröffnung weiterer sowjetischer Botschaften im subsaharischen Afrika. 1958 erlangte Guinea die staatliche Souveränität. 1960 folgten Kamerun, Kongo-Brazzaville, Gabun, Tschad, die Zentralafrikanische Republik, Togo, die Elfenbeinküste, Dahomey (Benin), Obervolta (Burkina Faso), Niger, Nigeria, Senegal, Mali, Madagaskar, Somalia, Mauretanien und Kongo-Leopoldville; 1961 Sierra Leone und Tanganyika (ab 1964 Tansania).<sup>279</sup> Während 1954 lediglich in Ägypten und Äthiopien diplomatische Niederlassungen der Sowjetunion existierten, gab es Ende 1961 bereits in 13 afrikanischen Ländern sowjetische Vertretungen. Parallel zu dem Aufbau diplomatischer Beziehungen vollzog sich die Ausweitung der Wirtschaftskontakte. Sowjetische und osteuropäische Handelsdelegationen reisten in die unabhängigen Staaten, um den Abschluss neuer Wirtschaftsverträge vorzubereiten. Die kommunistische Entwicklungshilfe an Afrika stieg von 1,8 Millionen US-Dollar im Jahr 1959 auf 300 Millionen US-Dollar im Jahr 1961.<sup>280</sup> Darüber hinaus wurde Afrika verstärkt zum Ziel sowjetischer Propagandakampagnen. Radio Moskau weitete ab April 1958 sein Sendegebiet auf Afrika aus. 1961 betrug die Sendezeit bereits 73 Stunden pro Woche. Im November 1958 gab es erste Experimente mit Sendungen in Swahili; 1962 umfasste das Programmangebot von Radio Moskau vier verschiedene afrikanische Sprachen. Sowjetische Kulturattachés in Afrika verteilten Publikationen wie *News Weekly* oder *International Affairs* sowie Frauenmagazine und eine Reihe von

---

Aluko, *The Foreign Policies of African States*. London 1977, S. 80; W. Scott Thompson, *Ghana's Foreign Policy, 1957-1966. Diplomacy, Ideology, and the New State*. Princeton 1969, S. 100ff.).

<sup>279</sup> Damit standen nur noch wenige Regionen in Afrika unter europäischer Herrschaft. 1962 wurden Uganda, Ruanda und Burundi unabhängig, 1963 Kenia, 1964 Sambia und 1965 Gambia. Zur Auflösung des britischen Kolonialreichs in Afrika siehe Trevor Royle, *Winds of Change. The End of Empire in Africa*. London 1996; Richard Lamb, *The Macmillan Years, 1957-1963. The Emerging Truth*. London 1995.

<sup>280</sup> Angaben nach Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: Communist Propaganda Activities in Africa, January 1960 - May 1961, 27.7.1961, in: RG 306, Office of Research, 'R' Reports, 1960-1963, Box 5, NA. Weitere Informationen bieten Stevens, *The Soviet Union and Black Africa*, S. 70; McKay, *Africa in World Politics*, S. 229. Trotz der Intensivierung der Beziehungen darf jedoch nicht übersehen werden, dass sich die Zahl der sowjetischen Handels- und Hilfsabkommen nicht mit dem Engagement der Westmächte messen konnte. 1961 stellten beispielsweise allein die USA den afrikanischen Staaten Entwicklungshilfe in Höhe von \$460 Millionen US-Dollar zur Verfügung (siehe Kapitel 3). Zeitgenössische amerikanische Analysen boten zudem oft nur ein ungenaues Bild der neuen wirtschaftlichen Kontakte. Zahlen über den Anstieg der kommunistischen Wirtschaftshilfe beruhten beispielsweise oft auf den kommunistischen Hilfsangeboten, ohne zu berücksichtigen, ob diese Angebote von den afrikanischen Staaten angenommen wurden. Zur Ausweitung der diplomatischen Kontakte zwischen dem Ostblock und Afrika siehe Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: Communist Propaganda Activities in Africa, January 1960 - May 1961, 27.7.1961, in: RG 306, Office of Research, 'R' Reports, 1960-1963, Box 5, NA.

Pamphleten mit Titeln wie „Trial of American U-2 Sky Pilot“.<sup>281</sup> In den größeren afrikanischen Städten fanden Technik- und Handelsausstellungen statt, die den industriellen Fortschritt und die landwirtschaftlichen Errungenschaften des Ostblocks zur Schau stellten. Sowjetische Kulturhäuser wurden eröffnet, die ähnlich aufgebaut waren wie die US-Informationszentren.<sup>282</sup> Bibliotheksbusse brachten die russischen Bücherangebote auch in entlegene Gegenden. Schauspieler, Musiker, Politiker, Gewerkschaftler und Mitglieder von Jugend- und Frauenorganisationen unternahmen mit Unterstützung der sowjetischen Regierung erste Reisen nach Afrika. 1960 trafen amerikanischen Schätzungen zufolge insgesamt 500 Besuchergruppen aus dem Ostblock in den unabhängigen afrikanischen Staaten ein. 1961 war die Sowjetunion an drei afrikanischen Filmfestivals beteiligt. In den kommerziellen Kinos tauchten ebenfalls erste russische Filme auf. Die sowjetischen Propagandaexperten hofften zudem, die Kontakte mit Afrika über den Sport zu intensivieren. Sowjetische Leichtathletikteams boten afrikanischen Vereinen ihre Hilfe an; die DDR stellte Stipendien für DDR-Sportschulen in Aussicht. Sportgeräte zählten zu den typischen Gastgeschenken kommunistischer Delegationen. Fußball galt als eine besonders geeignete Sportart, um die Sympathien der Afrikaner zu gewinnen. 1960 tourten sechs Fußballmannschaften aus dem Ostblock durch Afrika – u.a. auch Dynamo Moskau. Guineische Fußballer nahmen 1960 eine Einladung für eine Reihe von Freundschaftsspielen in Osteuropa an; 1961 reisten die Ghana Black Stars nach Moskau.<sup>283</sup> Neue Stipendienprogramme entstanden, die jungen

---

<sup>281</sup> Siehe Telegram From the Embassy in Ghana (Blodgett) to the Department of State, Subject: Sino-Soviet Bloc Politico-Economic Relations with Ghana, 17.5.1961, in: RG 84, General Records, 1951-1968, Accra, E 2597, Box 8, ebd. Angaben zum Ausbau der sowjetischen Rundfunkprogramme finden sich in Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: Comparison of Soviet and Communist Chinese Activities in Africa, 1961-1963, 8.12.1964, in: RG 306, Office of Research, Research Memos, 1963-1982, Box 2, ebd.; Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: Developments in Communist Bloc International Broadcasting in 1960, 10.2.1961, in: RG 306, Office of Research, 'R' Reports, 1960-1963, Box 4, ebd.

<sup>282</sup> In Accra wurde beispielsweise im Mai 1961 ein solches sowjetisches Kulturhaus unter der Leitung von Leonid D. Yablochkov, einem renommierten sowjetischen Afrikanisten, eröffnet. Bis 1961 schlossen sechs afrikanische Staaten Kulturabkommen mit der Sowjetunion (siehe Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: Comparison of Soviet and Communist Chinese Activities in Africa, 1961-1963, 8.12.1964, in: RG 306, Office of Research, Research Memos, 1963-1982, Box 2, ebd., hier finden sich auch Informationen über sowjetische Handelsausstellungen).

<sup>283</sup> Siehe ebd. sowie Telegram From the Embassy in Ghana (Meagher) to the Department of State, Subject: Bloc is Giving Emphasis to Sports in Ghana 25.5.1960, in: RG 84, Classified General Records, 1958-1961, Accra, Box 10, ebd.; Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: Communist Propaganda Activities in Africa, January 1960 - May 1961,

Afrikanern den Besuch einer kommunistischen Hochschule ermöglichen sollten. 1960 wurde in Moskau die Universität der Völkerfreundschaft für Studenten aus der 'Dritten Welt' gegründet. Die Zahl der afrikanischen Studenten an den Universitäten des Ostblocks stieg von 450 im Jahr 1960 auf 1.115 im Jahr 1961.<sup>284</sup>

Ein Großteil der sowjetischen Initiativen im Bereich der Kultur- und Informationspolitik war darauf ausgerichtet, die Menschen in Afrika von der Solidarität und dem Friedenswillen der kommunistischen Welt zu überzeugen. Informationsmaterialien sprachen von einer bedingungslosen Unterstützung der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegung durch die Sowjetunion und ihre Verbündeten und kritisierten die USA als Steigbügelhalter der Europäer. Presstexte zitierten regelmäßig antikolonialistische Stellungnahmen der führenden Politiker aus dem Ostblock und verwiesen auf die Gründung von Solidaritätskomitees und afrikanisch-sowjetischen Freundschaftsvereinen. Pamphlete mit Titeln wie „USSR: Friend of the African and Asian People“ oder die programmatische Bezeichnung der neuen Universität in Moskau als Universität der Völkerfreundschaft sollten ebenfalls die besondere Sympathie der Sowjetunion mit den Unabhängigkeitsbestrebungen in der 'Dritten Welt' herausstellen. Die sowjetischen Propagandamedien zeichneten zudem das Bild von einer besonderen Friedensbereitschaft der Ostblockstaaten, um das Vertrauen der afrikanischen Bevölkerung in die kommunistische Politik zu stärken und die gegenteiligen Behauptungen der Westmächte zu konterkarieren.<sup>285</sup> Ausstellungen, Broschüren und Vorträge präsentierten den schnellen ökonomischen Fortschritt in

---

27.7.1961, in: RG 306, Office of Research, 'R' Reports, 1960-1963, Box 5, ebd. Informationen über die wachsende Anzahl von Künstlern, Gewerkschaftlern und Jugendgruppen, die nach Afrika reisten, bietet Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: Comparison of Soviet and Communist Chinese Activities in Africa, 1961-1963, 8.12.1964, in: RG 306, Office of Research, Research Memos, 1963-1982, Box 2, ebd.

<sup>284</sup> Siehe Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: African Academic Students in Communist Countries, 23.7.1964, ebd.

<sup>285</sup> Dokumentarfilme über die Amerika-Tournee des Balletts des russischen Bolshoi-Theaters oder über Chruschtschows Amerika-Besuch 1959 demonstrierten die 'Bereitschaft' der UdSSR, auf den ideologischen Gegner zuzugehen und neue Kommunikationswege zu suchen. Sowjetische Informationsbroschüren mit Titeln wie „The Soviet Union's International Cooperation in Peaceful Uses of Atomic Energy“ unterstrichen ebenfalls den 'friedlichen Charakter' der sowjetischen Politik (siehe u.a. Telegram From USIS Accra (Erstein) to USIA Washington, 17.7.1961, in: RG 59, Central Files, 561.45/7-1761, ebd.; Telegram From the Embassy in Ghana (Schwarztrauber) to the Department of State, Subject: Soviet Trade and Industrial Exhibition in Accra, 26.7.1962, in: RG 59, Central Files, 845j191-AC/7-2662, ebd.). Informationen über die Gründung kommunistischer Solidaritäts- und Freundschaftsvereine finden sich in Memorandum From the

der UdSSR seit dem Zweiten Weltkrieg, um das Interesse der afrikanischen Bevölkerung an einer Übernahme sowjetischer Wirtschaftskonzepte zu wecken. Afrikanische Entscheidungsträger wurden in die Sowjetunion eingeladen, damit sie sich persönlich von den Vorteilen des kommunistischen Systems überzeugen konnten.<sup>286</sup>

Die Ausweitung der diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte mit den Staaten des Ostblocks verhalf Afrika zu einem neuen Stellenwert in den politischen Diskussionen im *State Department* und im Weißen Haus. Immer mehr US-Politiker erklärten den Kontinent zu einem „battleground of the first order“. In Washington wurde erstmals die Möglichkeit angesprochen, „[that developments in Africa] could well prove to be the decisive factor in the conflict between the forces of freedom and international communism“.<sup>287</sup> Vizepräsident Nixon betonte in einem Schreiben an Präsident Eisenhower: „Africa is a priority target for the international communist movement. I gathered the distinct impression that the communist leaders consider Africa today to be as important in their designs for world conquest as they considered China to be twenty-five years ago.“<sup>288</sup> Jede Kontaktaufnahme zwischen dem Ostblock und den ehemaligen Kolonien wurde mit Hilfe unzähliger Statistiken katalogisiert und analysiert und zu einem „important Communist breakthrough in Africa“ erklärt.<sup>289</sup> Die neuen Initiativen der kommunistischen Staaten in Afrika galten als ein weiterer Beweis für die Weltherrschaftsabsichten der Sowjetunion. Die amerikanischen Entscheidungsträger waren überzeugt, dass die sowjetischen Handelsangebote, die Hilfsprojekte und Austauschprogramme lediglich der Indoktrination, der Spionage, Destabilisierung und damit der Vorbereitung einer kommunistischen

---

Office of Research and Analysis, Subject: Communist Propaganda Activities in Africa, January 1960 - May 1961, 27.7.1961, in: RG 306, Office of Research, 'R' Reports, 1960-1963, Box 5, ebd.

<sup>286</sup> Siehe u.a. Telegram From the Embassy in Ghana (Schwarztrauber) to the Department of State, Subject: Soviet Trade and Industrial Exhibition in Accra, 26.7.1962, in: RG 59, Central Files, 845j191-AC/7-2662, ebd.

<sup>287</sup> Stellungnahme von Christian Herter (US-Außenminister von 1959 bis 1961) während einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats im März 1960 (Memorandum of Discussion at the 438th Meeting of the National Security Council, Subject: U.S. Policy Toward West Africa, 24.3.1960, in: FRUS, 1958-1960, Vol. XIV, S. 93ff., S. 94); Richard M. Nixon, Report to the President From Vice President Nixon on Trip to Africa, February 28 to March 21, 1957, 5.4.1957, in: AWF, Administration Series, Richard M. Nixon, Box 28, DDEL.

<sup>288</sup> Ebd.

<sup>289</sup> National Security Council Report (NSC 5912), Status of the USIA Program, 30.6.1960, in: WHO, Office of the Special Assistant for National Security Affairs, Records, 1952-1961, NSC Series, Status of Project Subseries, Box 8, ebd.

Machtübernahme dienten. Der Vorsitzende des *U.S. Council on Foreign Economic Policy*, Joseph M. Dodge, warnte:

„[T]hese are not the normal trade, commercial, or Government undertakings common to most of the rest of the world. The proposals or transactions are used as international political weapons. Their purpose is to produce the maximum political impact and propaganda value; and to disturb and embarrass the strategic and economic relationship of the free world.“<sup>290</sup>

US-Experten gingen davon aus, dass die Sowjetunion detaillierte Pläne für den Aufbau einer sowjetischen Kontrolle in Afrika ausgearbeitet hatten, „[whereby the acceptance of Bloc aid constitutes] the first step which ultimately led to a Communist take-over“.<sup>291</sup> US-Geheimdienstmitarbeiter entwarfen schematische Stufenmodelle, um die Anpassung der sowjetischen Politik an den jeweiligen ‘Entwicklungsstand’ der Länder und das methodische Vorgehen der Kommunisten aufzuzeigen. Sie betonten, dass sich die Sowjetunion nur aufgrund der fehlenden kommunistischen Kader in Afrika zur Zeit auf den Aufbau diplomatischer und wirtschaftlicher Kontakte konzentriere. Die Phase sei jedoch beendet, sobald die Kommunisten genügend Anhänger in die neuen Regierungen eingeschleust und das Vertrauen der neuen Staatsführer gewonnen hätten. Von diesem Moment an würden die sowjetischen Agenten auf ‘altbekannte kommunistische’ Methoden zurückgreifen: auf Sabotage, Terror und die Ausschaltung unkooperativer Politiker.<sup>292</sup> Viele amerikanische Politiker

---

<sup>290</sup> Rede des Vorsitzenden des *U.S. Council on Foreign Economic Policy* Joseph M. Dodge (1954-1956) in Detroit am 20.2.1956, in: USCFEP, Office of the Chairman, Records 1954-1961, Randall Series, Correspondence Subseries, Box 1, ebd. Siehe auch die Äußerungen Eisenhowers vor dem Kongress am 19.2.1958: „If the purpose of Soviet aid to any country were simply to help it overcome economic difficulties without infringing its freedom, such aid could be welcomed as forwarding the free world purpose of economic growth. But there is nothing in the history of international communism to indicate this can be the case. Until such evidence is forthcoming, we and other free nations must assume that Soviet bloc aid is a new, subtle, and long-range instrument directed toward the same old purpose of drawing its recipient away from the community of free nations and ultimately into the Communist orbit.“ (zit. in Paper Prepared in the Department of State, Subject: The Sino-Soviet Economic Offensive in Less Developed Countries, May 1958, in: AWF, Cabinet Papers, Box 11, ebd.).

<sup>291</sup> Aussage des CIA-Direktors Allen Dulles (1953-1961) bei einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats im November 1955 (Memorandum of Discussion at the 266th Meeting of the National Security Council, 15.11.1955, in: AWF, NSC Series, Box 7, ebd.). Zu den amerikanischen Befürchtungen über die Auswirkungen der sowjetischen Kulturinitiativen siehe Telegram From the Embassy in Ghana (Meagher) to the Department of State, Subject: Bloc is Giving Emphasis to Sports in Ghana 25.5.1960, in: RG 84, Classified General Records, 1958-1961, Accra, Box 10, NA.

<sup>292</sup> Siehe Special Report From Central Intelligence Agency, March 1960, in: U.S. President’s Committee on Information Activities Abroad [Sprague Committee], Records 1959-1961, Box 2,

befürchteten, dass die US-Regierung in Afrika nicht mit der gleichen Effektivität und Konsequenz vorging wie die Sowjetunion. Den Afrikainitiativen der UdSSR wurden oft nahezu magische Kräfte unterstellt. Diese Vorstellungen prägten auch die Diskussionen über die neuen sowjetischen Stipendienprogramme:

„Even though the number of these foreign students in bloc countries is (and probably will remain) only a very small percentage of the number studying in the U.S. and U.K., this comparison does not adequately explain the comparative impact of the Soviet and Western programs. Bloc goals are more specific than those of the West, and the bloc training programs are longer and more intensive.“<sup>293</sup>

Die außenpolitischen Experten in Washington gingen zudem davon aus, dass es den Vertretern Moskaus aufgrund des schnellen ökonomischen Fortschritts in der UdSSR nach 1945 leicht fallen musste, das Interesse afrikanischer Politiker für das sowjetische Wirtschaftsmodell zu wecken. Kapitalistische Konzepte hatten ihrer Ansicht nach dagegen einen vergleichsweise schwierigen Stand, „[because t]he private enterprise system tends to be associated with the inequality and exploitation of colonial rule.“<sup>294</sup>

Düstere Einschätzungen über die Stabilität der neuen afrikanischen Staaten nach dem Abbau der europäischen Verwaltungen erhöhten die Nervosität amerikanischer Politiker. Viele US-Beobachter prognostizierten eine „very difficult and probably long period of uncertainty, bad management, retrogression

---

DDEL. Dieser Bericht wurde mit Hilfe der *New York Times* auch der amerikanischen Öffentlichkeit zugänglich gemacht (siehe William J. Jordan, „U.S. Study Traces a Soviet Pattern – Intelligence Report Analyzes Communist-Bloc Tactics in Emerging Nations“, *The New York Times*, 27.3.60, S. 1). Die antikolonialistischen Äußerungen der Vertreter des Ostblocks waren nach Ansicht von US-Experten ebenfalls ein Bestandteil der sowjetischen Strategie zur Unterwerfung des Kontinents. Mitarbeiter des *State Department* bezeichneten die sowjetischen Initiativen im Rahmen der UNO als eine „reflection of the Soviet intention to make the transition from colonial to independent status as difficult as possible (...) and to create a maximum amount of turmoil, under which Communism can operate to best effect.“ (Paper Prepared in the Department of State, Subject: Selected Major Issues Expected to Confront the United States at the Fifteenth General Assembly, 6.10.1960, in: Papers of Christian A. Herter, 1957-1961, Cabinet, Box 19, DDEL).

<sup>293</sup> Department of State Instruction (CA 424), Subject: The U.S. Attitude toward the Question of Students from the Less Developed Areas attending Schools in the Soviet Union, 14.7.1960, in: RG 84, General Records, 1951-1968, Accra, E 2597, Box 5, NA.

<sup>294</sup> National Intelligence Estimate, Subject: Sino-Soviet Policy and its Probable Effects in Underdeveloped Countries, 24.4.1956, in: USCFEP, Office of the Chairman, Records, 1954-1961, Intelligence Report Series, Box 3, DDEL. Siehe auch Memorandum From the U.S. President's Committee on Information Activities Abroad, Subject: The Image of the Soviet Union in Africa, undated, in: Sprague Committee, Records, 1959-1961, Box 2, ebd.

and conflict with a strong chance of violence in some areas” und resümierten: „There will be plenty of troubled waters for Communist fishing.”<sup>295</sup> Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates der USA warnten vor der ‘Naivität’ der Afrikaner, „[who] have been out of the trees for only about fifty years”.<sup>296</sup> Sie bezweifelten, dass die ehemaligen Kolonisierten vorsichtig genug sein würden, um die ‘notwendige’ Distanz zu den Vertretern der kommunistischen Staaten aufrechtzuerhalten. Die Mitarbeiter der US-Botschaft in Accra meldeten: „[It must be feared that they will] accept at face value Communist claims of being anti-colonial, anti-imperialist and anti-racial (...).”<sup>297</sup>

Die Annahme eines koordinierten und zielgerichteten Vorgehens der Sowjetunion, um ganz Afrika dem sowjetischen Herrschaftsbereich einzugliedern, wird heute von vielen Wissenschaftlern zurückgewiesen. Studien über die sowjetische Afrikapolitik in den 1950er und 1960er Jahren legen den Schluss nahe, dass die UdSSR keine ausgefeilte Strategie verfolgte, sondern auf sich anbietende Möglichkeiten reagierte und dabei ernsthafte Auseinandersetzungen mit dem Westen zu vermeiden suchte.<sup>298</sup> Ähnlich wie das amerikanische war auch das sowjetische Vorgehen in Afrika durch bürokratische Probleme, Verständnisschwierigkeiten, Fehltritte und Unsicherheiten geprägt. Der starke Anstieg der sowjetisch-afrikanischen Kontakte, die lange Zeit praktisch nicht vorhanden gewesen waren, führte zu einer Überbewertung der sowjetischen Präsenz durch die Entscheidungsträger in Washington und die US-Diplomaten vor

---

<sup>295</sup> Memorandum From the Secretary of State’s Special Assistant (Holmes) to Secretary of State Dulles, Subject: Report on Africa, 6.2.1958, in: FRUS, 1958-1960, Vol. XIV, S. 1ff., S. 2.

<sup>296</sup> Vizepräsident Richard M. Nixon während einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats im Januar 1960 (Memorandum of Discussion at the 432th Meeting of the National Security Council, Subject: U.S. Policy Toward South, Central and East Africa, 14.1.1960, ebd., S. 73ff., S. 75.

<sup>297</sup> Telegram From the Embassy in Accra (Flake) to the Department of State, 24.5.1957, in: RG 84, General Records, 1951-1968, Accra, E 2597, Box 2, NA. US-Beobachter zweifelten keinen Augenblick daran, dass sowjetische Politiker diese (rassistische) Einschätzung der afrikanischen Bevölkerung teilten und in den Afrikanern ebenfalls leichte Opfer sahen. „[T]he Soviet Union”, so wussten die Mitarbeiter der CIA, „regards the continent as *particularly vulnerable*.” (National Intelligence Estimate, Subject: The Probably Interrelationships of the Independent African States, 31.8.1961, in: National Security Files [NSF], National Intelligence Estimates, Box 8, Lyndon B. Johnson Library [LBJL] [sic], Hervorhebung durch W.B.).

<sup>298</sup> Nach Einschätzung von Autoren wie David E. Albright, „The USSR and Africa: Soviet Policy“, in: *Problems of Communism* 27 (1978), S. 20-39, S. 28 und Stevens, *The Soviet Union and Black Africa*, S. 196 nahm zwar das sowjetische Interesse an einer Einflussnahme in Afrika zu, im Vergleich mit anderen Weltregionen blieb Afrika in den Augen sowjetischer Beobachter jedoch auch weiterhin von untergeordneter Bedeutung. Siehe auch J. Klinghoffer, „The Soviet Union and Africa“, S. 52ff.; Eric R. Weise, E. Macaulay, „The Soviet-American Struggle For

Ort. Das Ausmaß der sowjetischen Initiativen in Afrika konnte sich jedoch zu keinem Zeitpunkt mit dem dominanten Einfluss des Westens messen. Die Entschlossenheit afrikanischer Politiker, ihre neugewonnene Unabhängigkeit zu bewahren, wurde von US-Beobachtern ebenfalls massiv unterschätzt.<sup>299</sup>

### **3. Der Ausbau der amerikanischen Afrikapolitik, 1957-1962**

Die wirtschaftliche und diplomatische ‘Offensive’ der Sowjetunion führte zu einem Ausbau des amerikanischen Engagements im subsaharischen Afrika. Hochrangige US-Politiker, die sich bislang höchstens am Rande mit dem Kontinent beschäftigt hatten, drängten seit dem Ende der 1950er Jahre auf den Entwurf von detaillierten Operationsplänen, um die amerikanische Präsenz in den neuen Staaten zu verstärken. Die Entscheidungsträger in Washington hofften zwar, dass die Europäer auch weiterhin die Hauptverantwortung für den Schutz des westlichen Einflusses in Afrika übernehmen würden, doch vor dem Hintergrund der wachsenden afrikanisch-sowjetischen Kontakte erschien ihnen eine Intensivierung der US-Programme unvermeidlich. Die meisten Mitarbeiter im *State Department* stimmten überein, dass die amerikanischen Initiativen nicht länger auf die Bemühungen einiger weniger, meist minderqualifizierter US-Diplomaten reduziert bleiben durften. 1957 beschäftigte sich der Nationale Sicherheitsrat der USA erstmals mit dem Entwurf konkreter Richtlinien für die amerikanische Politik im subsaharischen Afrika.<sup>300</sup> Im Juli 1958 wurde im Außenministerium ein *Bureau of African Affairs* unter einem eigenen *Assistant Secretary of State* eingerichtet, das auf eine Stufe mit den anderen Regionalbüros gestellt wurde. Zwei Jahre später begann die CIA erste größere Operationen in Afrika. Die Zahl der US-Diplomaten in Afrika wurde verstärkt und die Messlatte für die Qualität des amerikanischen Personals angehoben. Afrika sollte nicht

---

Influence In Africa: A Pragmatic Assessment“, in: *African Review* (Tans.) 12 (1985), S. 32-45, S. 38; Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 488ff.

<sup>299</sup> Dazu bereits Fußnote 280.

<sup>300</sup> Siehe National Security Council Report (NSC 5719/1), Subject: U.S. Policy toward Africa South of the Sahara, 23.8.1957, in: FRUS, 1955-1957, Vol. XVIII, S. 75ff.

länger als *dumping ground* für zweit- oder drittklassige Mitarbeiter des diplomatischen Dienstes missbraucht werden.<sup>301</sup> Die Forderungen nach einem Ausbau der US-Wirtschaftshilfe an die afrikanischen Staaten spiegelten ebenfalls die neue Aufmerksamkeit der Entscheidungsträger in Washington für die Entwicklungen in Afrika. Der neue Staatssekretär für Afrikanische Angelegenheiten, Joseph C. Satterthwaite, erklärte stellvertretend für viele andere Politiker:

„While we hope and expect that the European countries will provide substantial amounts of assistance, I believe we must depend to a larger extent than at present on our own resources to take whatever action may become necessary for our national interest. (...) Complete dependence on metropolises or former metropolises is dangerously unrealistic if we are determined to retain a Western-oriented African continent.“<sup>302</sup>

Einflussreiche US-Wirtschaftswissenschaftler wie Walt W. Rostow vom *Massachusetts Institute for Technology* (MIT) unterstützten diese Ansichten und drängten die Politiker zu einem neuen entwicklungspolitischen Engagement: „[T]he international Communist movement [is eager] to exploit the inherent instability of the underdeveloped areas of the non-Communist world (...).“<sup>303</sup> Vor dem Hintergrund der sowjetischen ‘Offensive’ in der ‘Dritten Welt’ interessierten sich immer mehr US-Politiker für die an amerikanischen Universitäten formulierten Modernisierungstheorien, die neue Wirtschaftsstrategien gegen die

---

<sup>301</sup> Zwischen 1957 und 1962 wurde die Zahl der US-Diplomaten in Afrika von 248 auf 494 Personen erhöht (siehe McKay, *Africa in World Politics*, S. 273ff.; Edward W. Chester, *Clash of Titans. Africa and U.S. Foreign Policy*. Maryknoll 1974, S. 254f.). Informationen über Ausbau des CIA-Engagements in Afrika finden sich in Memorandum From Halvor O. Ekern of the Operations Staff of the Bureau of Intelligence and Research to the Director of the Operations Staff (McAfee), Subject: CIA Operations in Africa, 8.3.1967, in: FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, S. 365f.

<sup>302</sup> Memorandum From the Assistant Secretary of State for African Affairs (Satterthwaite) to the Under Secretary of State (Dillon), Subject: United States Assistance to Sub-Saharan Africa, 30.3.1960, in: FRUS, 1958-1960, Vol. XIV, S. 99ff., S. 99. Auch der Nationale Sicherheitsrat der USA sprach sich für ein verstärktes entwicklungspolitisches Engagement in Afrika aus: „The eventual political orientation of the emerging African states will probably be determined by what the leaders and peoples conceive best serves their own interests (...). Our policies therefore must be designed to convince the African that by association with the West he can best achieve his goals in a manner which in the long run will be most to his advantage.“ (National Security Council Report (NSC 5719/1), Subject: U.S. Policy toward Africa South of the Sahara, 23.8.1957, in: FRUS, 1955-1957, Vol. XVIII, S. 75ff., S. 79).

<sup>303</sup> Walt W. Rostow, zit. nach Irene L. Gendzier, *Managing Political Change. Social Scientists and the Third World*. Boulder 1985, S. 41. Rostow trat in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre wiederholt vor dem US-Kongress auf, um die Abgeordneten von der Notwendigkeit neuer Schritte zu überzeugen (siehe Pearce, *Rostow, Kennedy, and the Rhetoric of Foreign Aid*, S. 16). Er stand darüber hinaus in engem Kontakt mit Eisenhowers Spezialisten für psychologische Kriegsführung, C. D. Jackson (siehe ebd., S. 14).

Ausbreitung des Kommunismus in Afrika und Asien versprochen. Den Universitäten wurden umfangreiche Regierungsmittel zur Verfügung gestellt, um Studien über einen Einsatz entwicklungspolitischer Maßnahmen im Dienst der amerikanischen Außenpolitik voranzutreiben. Während die amerikanische Entwicklungshilfe an Afrika im Haushaltsjahr 1953 lediglich 40 Millionen US-Dollar betragen hatte, stiegen die Zahlungen 1959 auf 185 Millionen und 1960 auf 214 Millionen US-Dollar an.<sup>304</sup>

Die Kennedy-Administration, die 1961 unmittelbar nach dem Abschluss der ersten Unabhängigkeitswelle in Afrika ihr Amt antrat, nahm die Forderungen nach einer Intensivierung des amerikanischen Engagements auf. John F. Kennedy hatte sich bereits während seines Wahlkampfes nachdrücklich für eine aktivere amerikanische Afrikapolitik ausgesprochen. Seine Position als Vorsitzender des Afrika-Unterausschusses des Senats (ab Mai 1959) verlieh seinen Worten zusätzliche Autorität. Vehement kritisierte er die bisherige Vernachlässigung des Kontinents, die seiner Ansicht nach das Vordringen der Sowjetunion erleichtert hatte:

„[T]he harsh facts of the matter are that the cause of freedom has been steadily losing ground in Africa – and Communism has been gaining. (...) This is a defeat for the cause of freedom – a defeat which is the product of 8 years of neglect and failure.“<sup>305</sup>

Eine Rede Chruschtschows vom Januar 1961, in der der sowjetische Staatschef verkündete, dass die Auflösung der Kolonialreiche ein wichtiger Faktor für den globalen Sieg des Kommunismus sei, verstärkte die Krisenstimmung in Washington. Viele US-Politiker sahen in den Äußerungen Chruschtschows eine sowjetische Kriegserklärung an den westlichen Einfluss in der ‘Dritten Welt’.<sup>306</sup>

---

<sup>304</sup> Angaben nach McKay, *Africa in World Politics*, S. 367; Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 264.

<sup>305</sup> Wahlkampfreden John F. Kennedys vom 10.10.1960, zit. nach ebd., S. 41f. Kennedys Wunsch, Stimmen der Afroamerikaner zu gewinnen, ohne die Bürgerrechtslage thematisieren zu müssen (und damit die Stimmen der Demokraten im Süden der USA zu verlieren), war ebenfalls dafür verantwortlich, dass Afrika in seinen Wahlkampfreden einen prominenten Platz einnahm (siehe dazu James N. Giglio, *The Presidency of John F. Kennedy*. Lawrence 1991, S. 222).

<sup>306</sup> Zur Perception der Rede Chruschtschows in den USA siehe Department of State Instruction (CA 6899), Subject: Communist Goals in Less Developed Countries, 15.2.1961, in: RG 84, General Records, 1951-1968, Accra, E 2597, Box 8, NA. Die Rede Chruschtschows war allerdings entgegen amerikanischen Auffassungen keine Kampfansage an den Westen, sondern richtete sich in erster Linie an die Adresse der chinesischen Kommunisten, die der UdSSR mangelndes revolutionäres Engagement in der ‘Dritten Welt’ vorwarfen (siehe dazu Alan Posener, *John F. Kennedy*. Hamburg 1991, S. 73f.).

Auch Kennedy und seine Berater sahen in der Anhebung der amerikanischen Wirtschaftshilfe an Afrika eines der besten Mittel, um die neuen Staaten auf der Seite der 'Freien Welt' zu halten: „[The foreign aid program] gives us our power and influence. It is this great source of strength which enables us – our diplomacy – in many cases to be effective.“<sup>307</sup> Nach Kennedys Amtsantritt wurden viele Modernisierungstheoretiker mit Hilfe von Regierungsämtern direkt in die Konzeptionierung der amerikanischen Politik eingebunden. Walt W. Rostow wurde zunächst stellvertretender Berater des Präsidenten in Fragen der Nationalen Sicherheit und im Herbst 1961 Vorsitzender des *Policy Planning Councils* des *State Department*. Seine Nachfolge im Weißen Haus trat mit Carl Kaysen erneut ein Wirtschaftsexperte vom MIT an. Max Millikan, der Gründer des *Center for International Studies* (CENIS) am MIT, der Soziologe Lucian Pye und die Politologen David E. Apter und James S. Coleman spielten ebenfalls eine wichtige Rolle in den Beratergremien der Kennedy-Administration. Sie entwarfen Entwicklungsprogramme, die gezielte Eingriffe in die sozialen und ökonomischen Strukturen der neuen Länder vorsahen. Die Hilfsprojekte sollten die Anziehungskraft kommunistischer Ideen durch eine beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung unterminieren und durch einen intensivierten Wertetransfer den Aufbau von Wirtschaftsstrukturen sichern, die den amerikanischen Interessen entgegenkamen.<sup>308</sup> Im November 1961 wurde die *Agency for International Development* (AID) ins Leben gerufen, um eine bessere Koordinierung der amerikanischen Hilfsprogramme zu garantieren. Im Haushaltsentwurf für das Jahr 1962 erreichte das für die amerikanische Afrikahilfe vorgesehene Budget mit 495 Millionen US-Dollar einen Höchststand.<sup>309</sup>

---

<sup>307</sup> Kennedy am 12.4.1962, zit. nach Baumann, *John F. Kennedy und 'Foreign Aid'*, S. 14.

<sup>308</sup> Siehe auch Teil 2, Kapitel 1. Die Entwicklungsspezialisten der Kennedy-Administration erklärten wiederholt, dass die US-Hilfe nach rein ökonomischen Kriterien verteilt werden sollte. Solche Äußerungen dürfen jedoch nicht überbewertet werden. Yvonne Bauman betont zu Recht, dass sich „[d]ie Praxis der Kennedy-Administration oft nicht mehr mit der viel versprechenden Rhetorik [deckte], sobald es um die Festsetzung der tagespolitischen Prioritätenordnung ging. (...) In der Praxis mussten die wohlformulierten entwicklungspolitischen Grundsätze hinter die machtpolitischen Interessen zurücktreten, wo immer eine akute oder latente kommunistische Gefahr dies vorübergehend oder dauernd zu erfordern schien.“ (Baumann, *John F. Kennedy und 'Foreign Aid'*, S. 399). Bei 'akuten kommunistischen Gefahren' spielten wirtschaftliche Argumente nur noch eine nebensächliche Rolle.

<sup>309</sup> Siehe Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 264. Bereits das noch unter Eisenhower verabschiedete Budget für das Rechnungsjahr 1961 sah einen Anstieg der US-Hilfe auf \$460 Millionen US-Dollar vor. Der Anteil der Afrikahilfe an der gesamten US-Wirtschaftshilfe sprang damit auf 11,2 %. Noch 1960 nahmen die Zahlungen an Afrika lediglich 6,7 % der gesamten US-Entwicklungshilfe ein (siehe ebd.). Die AID übernahm u.a. die Aufgaben der *International Cooperation Administration* (ICA) und die Funktionen des *Development Loan Fund* (DLF); das

Parallel zu der Initiierung neuer amerikanischer Hilfsprojekte in Afrika wurde auch das amerikanische Engagement im Bereich der Kultur- und Informationspolitik verstärkt. Vertreter des Weißen Hauses und der USIA erklärten angesichts der sowjetischen 'Kultur-Offensive' den quantitativen Ausbau der amerikanischen Propaganda und den verbesserten Zuschnitt der Programme auf die Interessen der afrikanischen Bevölkerung zu einer Angelegenheit von höchster Priorität.<sup>310</sup> Die Anzahl der USIA-Niederlassungen und Mitarbeiter in Afrika wurde deutlich angehoben – auf 63 Mitarbeiter im Jahr 1959 und 134 Mitarbeiter 1962. Die Mittel, die der USIA für die Durchsetzung der Programme in Afrika zur Verfügung standen, stiegen von 867.715 US-Dollar im Rechnungsjahr 1957 auf 1.817 Millionen US-Dollar im Jahr 1959 und 5.794 Millionen US-Dollar im Jahr 1963.<sup>311</sup> Seit 1959 gab es innerhalb der USIA-Zentrale in Washington eine eigene Afrikaabteilung. Meinungsumfragen wurden in Auftrag gegeben, um ein genaueres Bild von der afrikanischen Bevölkerung, ihren Vorlieben und Interessen zu gewinnen.<sup>312</sup> Neue Dokumentarfilme und Informationsmaterialien entstanden, die sich speziell an das afrikanische Publikum wandten. In Accra begannen die USIA-Mitarbeiter erneut mit der Herausgabe des *American Outlook*, nachdem das Magazin 1953/54 aus

---

Sonderkreditprogramm der Export-Import-Bank und die Programme für die Nahrungsmittelhilfe blieben losgelöst von der AID. Genauere Informationen über Aufbau und Zielsetzung der AID bietet Baumann, *John F. Kennedy und 'Foreign Aid'*, S. 117ff.

<sup>310</sup> Siehe u.a. Report to the President From Vice President Nixon on Trip to Africa, February 28 to March 21, 1957, 5.4.1957, in: AWF, Administration Series, Richard M. Nixon, Box 28, DDEL; National Security Council Report (NSC 5720), Status of the USIA Program, 30.6.1957, in: WHO, Office of the Special Assistant for National Security Affairs, Records, 1952-1961, NSC Series, Status of Project Subseries, Box 7, ebd. Siehe auch die Ergebnisse des 1959 ins Leben gerufenen *President's Committee on Information Activities Abroad*, Subject: Africa, 11.7.1960, in: U.S. Sprague Committee, Records, 1959-1961, Box 23, ebd. Zu den Mitgliedern des Komitees zählten C.D. Jackson, der USIA-Direktor George V. Allen, der CIA-Chef Allen W. Dulles, der Sicherheitsberater des Präsidenten Gordon Gray und der Wissenschaftler Waldemar A. Nielsen (Autor von *The Great Powers and Africa*).

<sup>311</sup> Angaben nach Administrative History of the USIA, Vol. One, Chapter 5: African Areas (IAA) Program, 1969, in: Administrative History, Box 1, LBJL. Vor Ort entwickelte sich oft eine direkte Konkurrenz zwischen den USIS-Informationszentren und den sowjetischen Kulturhäusern. Viele Kultur- und Informationsveranstaltungen fanden gleichzeitig statt und sprachen ähnliche Zielgruppen an. Auch die Themen der Veranstaltungen ähnelten sich häufig (beispielsweise Vorteile des amerikanischen Gesellschaftsmodells auf der einen versus Vorteile des sowjetischen Gesellschaftsmodells auf der anderen Seite). Mitarbeiter der USIA in Accra erklärten: „[This is] Cold War in capsule form.“ (Telegram From USIS Accra (Lewis) to USIA Washington, 3.5.1962, in: RG 306, Records Relating to Exhibits in Foreign Countries, 1955-1967, Box 10, NA). Die USIA-Beamten in Ghana gingen sogar soweit, den sowjetischen Kulturdiplomaten 'hinterher zu spionieren', um über die Themen zukünftiger Veranstaltungen im Voraus informiert zu sein (siehe ebd.).

<sup>312</sup> Beispiele für Meinungsumfragen finden sich in RG 306, Office of Research, 'R' Reports, 1960-63, ebd.

Budgetgründen eingestellt worden war. 1961 erreichte das einmal im Monat erscheinende Journal eine Auflage von 114.000 Stück und wurde in mehreren afrikanischen Staaten verteilt. Die Sendequalität von *Voice of America* wurde durch den Bau eines amerikanischen Kurzwellensenders in Liberia verbessert, der 1964 in Betrieb ging.

Die Intensivierung der afrikanisch-amerikanischen Beziehungen zeigte sich auch in der wachsenden Präsenz afrikanischer Studenten in den USA. Während im akademischen Jahr 1954 lediglich 146 Afrikaner ein Studium an einer amerikanischen Universität aufnahmen, waren es 1960 bereits 475. 1961 kamen 700 weitere afrikanische Studenten hinzu. Die Anzahl der Stipendien der US-Regierung für afrikanische Studenten erhöhte sich zwischen 1956 und 1960 um 174 %. 1961 erhielten von den insgesamt 2.831 afrikanischen Studenten in den USA 507 finanzielle Hilfe aus Washington. Das *State Department* gründete zudem verschiedene Arbeitsgruppen, die Strategien entwickelten, um afrikanische Studenten vor Erfahrungen mit rassistischer Diskriminierung zu schützen. Im Juni 1961 schlossen sich mehrere private Stiftungen und Organisationen zusammen (u.a. die *African-American Students Foundation* und das *African Scholarship Program of American Universities*), um den Studenten aus Afrika mit finanzieller Unterstützung der Kennedy-Administration bei der Wohnungs- und Arbeitssuche zu helfen. Gerade die Wohnungssuche erwies sich immer wieder als problematisch, da sich viele Hausbesitzer weigerten, Menschen schwarzer Hautfarbe als Mieter aufzunehmen.<sup>313</sup>

Die Furcht vor den neuen Zugriffsmöglichkeiten des Ostblocks schlug sich auch in der inhaltlichen Gestaltung der amerikanischen Propaganda nieder. Warnungen vor den möglichen Konsequenzen wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion wurden zu einem der wichtigsten Motive der amerikanischen Auslandswerbung in Afrika. USIS-Pamphlete und Presstexte

---

<sup>313</sup> Angaben über die wachsende Zahl afrikanischer Studenten an US-Universitäten finden sich in Paper Prepared in the Institute of International Education (Feraru), Subject: Gross Statistical Data on 'African' Exchangees in the United States, 14.6.1961, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Ghana, Lot 66D499, Box 201, ebd.; Paper Prepared in the Office of the Assistant Secretary of State for Educational and Cultural Affairs, Subject: United States Government Assistance to Sub-Sahara African Students, 2.10.1961, in: National Security Council Files [NSF], Africa, Box 2, JFKL; McKay, *Africa in World Politics*, S. 389; Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 355. Zum Engagement privater amerikanischer Stiftungen und Organisationen im Bereich des Studentenaustauschs mit Afrika siehe ebd., S. 351ff.

sprachen von „Trade as A Weapon of Communism“ und bezeichneten „Russia [as] a Tricky Trader“. Meldungen wie „Burma Finds Communist Goods Expensive“ oder „Poor Quality of Czech Tires“ stellten mehr oder minder subtil die Qualität aller Ostblockprodukte in Frage.<sup>314</sup> Die US-Diplomaten vor Ort verzeichneten akribisch jede Schwachstelle und jeden Qualitätsfehler bei den kommunistischen Exportgütern und leiteten diese Bestandsaufnahmen an das *State Department* und die USIA-Zentrale in Washington weiter. Die US-Kulturattachés versuchten zudem, das Misstrauen der Afrikaner gegenüber den Stipendienangeboten des Ostblocks zu schüren. Rassistische Übergriffe auf afrikanische Austauschstudenten im Ostblock wurden in den USIS-Materialien ausführlich thematisiert – nicht zuletzt, um von ähnlichen Vorfällen in den USA abzulenken. Beschwerden der Studenten über schlechte Unterkünfte und ungenießbares Essen wurden zentral gesammelt und den Mitarbeitern der US-Botschaften als Hintergrundmaterial für Gespräche mit afrikanischen Erziehungsministern zur Verfügung gestellt. Außenpolitische Experten in Washington gaben die Richtlinie aus, dass Studenten, die ihren Aufenthalt im Ostblock vorzeitig abgebrochen hatten, umgehend nach Afrika zurückkehren sollten: „The principal aim (...) is to get them to return to their home countries to communicate their dissatisfaction to their fellow countrymen.“<sup>315</sup> Die Mitglieder der Kennedy-Administration lehnten es daher ab, diesen Studenten Stipendien für eine Fortsetzung ihrer Studien an amerikanischen Universitäten zur Verfügung zu stellen. Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland und andere westeuropäische Staaten unterstützten diese Politik. Ausnahmen sollte es lediglich bei denjenigen Studenten geben, deren Proteste gegen die Studienbedingungen im Ostblock internationale Aufmerksamkeit erregt hatten, da bei solchen Fällen eine

---

<sup>314</sup> Telegram From Secretary of State Dulles to the Embassy in Ghana, Subject: Transmission of Anti-Communist Materials Requested by Embassy, 7.6.1957, in: RG 59, Central Files, 511.45j2/6-757, NA.

<sup>315</sup> State Department Instruction (CA 5573), Policy Information Statement, Subject: Foreign Students' Dissatisfactions in the Soviet Bloc, 20.11.1962, in: RG 59, Records of the Special Assistant to the Under Secretary of State for Political Affairs, 1963-1995, Lot 67D554, Box 1, ebd. Siehe auch: Memorandum From the Chairman of the Policy Planning Council (Rostow), Subject: US Government Attitude toward Education of Nationals of Less-Developed Countries in the Sino-Soviet Bloc – Request for Policy Planning Council Study, 9.4.1963, ebd.; Memorandum From the Bureau of African Affairs, Subject: U.S. Assistance to Asian and African Students Disaffected from Soviet Bloc Schools, 9.3.1961, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, Staff Papers, 1956-1962, Lot 66D77, Box 2, ebd.; Telegram From the Embassy in Ghana (Lewis) to the Department of State, 29.5.1962, in: NSF, Ghana, Box 100, JFKL.

ausführliche Thematisierung der westlichen Hilfe in afrikanischen Medien garantiert schien.<sup>316</sup>

Die Mitarbeiter der USIA intensivierten zudem ihre Bemühungen, der afrikanischen Bevölkerung einen Eindruck von den amerikanischen Fortschritten im Bereich der Technologie und der Landwirtschaft zu vermitteln. Propagandaexperten warnten: „[T]he Soviet Union managed to rack up enough firsts over the years to raise doubts about continuing supremacy of American science and technology (...).“ Die US-Diplomaten in Afrika unterstrichen ebenfalls die Notwendigkeit neuer Initiativen, „[because] many people feel that the U.S. is being overtaken by the USSR“.<sup>317</sup> Die USIA unterstützte die Organisation von Handelsausstellungen, um den Menschen in Afrika die „advantages of private enterprise“ zu demonstrieren und mit Hilfe von amerikanischen Konsumgütern die Überlegenheit des amerikanischen Systems gegenüber den Wirtschaftsmodellen in den Ostblockstaaten herauszustellen.<sup>318</sup> Die Sputnik-Krise von 1957 lenkte die Aufmerksamkeit der Propagandaexperten auf die amerikanische Raumfahrt. Zahlreiche Filme und Informationsbroschüren wie „US Progress in Space Science“, „Space Unlimited“ oder „Project Apollo“ sollten die Führerschaft der USA bei der Eroberung des Weltalls unterstreichen. Der Raumfahrtwissenschaftler John Twitty tourte mit einem *spacemobile* durch Afrika; in den größeren afrikanischen Städten zeigten amerikanische Ausstellungen die Raumkapsel *Friendship 7*.<sup>319</sup>

---

<sup>316</sup> Dies galt beispielsweise für die afrikanischen Studenten, die Bulgarien im Februar 1963 nach Auseinandersetzungen mit der Polizei verlassen wollten. Der Auslöser für die Zusammenstöße mit der Polizei war eine Demonstration der Studenten gegen das Verbot einer afrikanischen Studentenvereinigung (siehe u.a. Telegram From the Embassy in Bulgaria (Anderson) to the Department of State, Subject: African Students Ask for U.S. Assistance to Leave Bulgaria and Apply for Study in Western European and American Universities, 19.2.1963, in: NSF, Africa, Box 2, JFKL).

<sup>317</sup> Zit. in Administrative History of the USIA, Vol. One, Chapter 1: The Agency's Mission and Responsibilities, 1969, in: Administrative History, Box 1, LBJL; Telegram From USIS Accra (Erstein) to USIA Washington, Subject: Country Assessment Report: January 1 to December 31, 1959, 2.2.1960, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Ghana, Lot 66D499, Box 201, NA.

<sup>318</sup> Memorandum From the Executive Secretary of the Department of State (Battle) to the President's Special Assistant for National Security Affairs (Bundy), Subject: Suggested Presidential Message for the US Trade Fair at Accra, 19.9.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, JFKL.

<sup>319</sup> Siehe dazu u.a. Telegram From USIS Accra (Erstein) to USIA Washington, Subject: Country Plan for Ghana, 24.6.1960, in: RG 306, Records Relating to Exhibits in Foreign Countries, 1955-1967, Box 3, NA; Telegram From USIS Accra (Lewis) to USIA Washington, Subject: Exhibition of 'Friendship 7' Capsule in Accra, 5.7.1962, ebd., Box 10. In der sowjetischen Propaganda nahm die Raumfahrt ebenfalls einen besonderen Stellenwert ein (siehe u.a. Telegram From the Embassy in Ghana (Blodgett) to the Department of State, Subject: Sino-Soviet Bloc Politico-Economic Relations with Ghana, 17.5.1961, in: RG 84, General Records, 1951-1968, Accra, E 2597, Box 8,

Die amerikanische Sympathie für die afrikanische Unabhängigkeitsbewegung wurde seit dem Ende der 1950er Jahre ebenfalls zu einem zentralen Motiv der US-Auslandspropaganda. USIS-Pamphlete und Filme feierten – ähnlich wie die sowjetischen Informationsmaterialien – jede neue Unabhängigkeitserklärung und jedes neue Mitglied in den Vereinten Nationen. Stellungnahmen bekannter amerikanischer Persönlichkeiten über die große Bedeutung dieser Entwicklungen für die Gestaltung der internationalen Beziehungen wurden gebündelt und afrikanischen Journalisten zum Nachdruck zur Verfügung gestellt. Kommunistische Feierlichkeiten anlässlich eines – von den afrikanischen Staaten ausgerufenen – *African Freedom Day* wurden von ähnlichen Veranstaltungen auf amerikanischer Seite begleitet.<sup>320</sup> USIS-Dokumentarfilme berichteten von den Besuchen amerikanischer Politiker in Afrika und von dem Jubel der Menschen über die amerikanische Entwicklungshilfe. Die Fotokästen an den Außenwänden der US-Informationszentren zeigten Bilder von amerikanischen Bürgern, die sich über die Lebensbedingungen in Afrika informierten und die Unabhängigkeitsfeiern begeistert im Fernsehen verfolgten. Hinzu kamen Fotos von afrikanischen Ausstellungen und Auftritten afrikanischer Musiker in den USA, um das Interesse der amerikanischen Bevölkerung an der afrikanischen Kultur herauszustellen.<sup>321</sup> Auch auf diplomatischer Ebene bemühten sich die USA, die amerikanische Unterstützung für die Entwicklungen in Afrika zu demonstrieren. John F. Kennedy lud viele afrikanische Staatsführer zu einem Besuch ins Weiße Haus ein, wo sie mit offenen Armen willkommen geheißen wurden. Diese Begegnungen waren bis ins kleinste Detail geplant und inszeniert. Kurz vor den Treffen bemühte sich Kennedy, eine Reihe von Fakten über das

---

ebd.; Telegram From the Embassy in Ghana (Schwarztrauber) to the Department of State, Subject: Soviet Trade and Industrial Exhibition in Accra, 26.7.1962, in: RG 59, Central Files, 845j191-AC/7-2662, ebd.).

<sup>320</sup> Siehe Memorandum From the Executive Secretary of the Department of State (Battle) to the President's Special Assistant for National Security Affairs (Bundy), Subject: Suggested Program for the Observance of African Freedom Day, 15.4.1962, in: NSF, Africa, Box 2, JFKL; Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: Communist Propaganda Activities in Africa, January 1960 - May 1961, 27.7.1961, in: RG 306, Office of Research, 'R' Reports, 1960-1963, Box 5, NA. Die Initiative für die Einführung eines *African Freedom Day* ging von der ersten *Conference of Independent African States* in Accra 1958 aus (siehe Teil 4, Kapitel 5).

<sup>321</sup> Siehe u.a. Telegram From USIS Accra (Erstein) to USIA Washington, Subject: Country Plan for Ghana, 24.6.1960, in: RG 306, Records Relating to Exhibits in Foreign Countries, 1955-1967, Box 3, NA; Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, Subject: Educational and Cultural Exchange: Annual Report, July 1962 - June 1963, 20.9.1963, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Ghana, Lot 66D499, Box 201, ebd.

Heimatland der eingeladenen Politiker auswendig zu lernen, um dieses Wissen an geeigneter Stelle einzusetzen. Gemäß den Vorschlägen seiner Berater diskutierte Kennedy mit den ausländischen Gästen ausführlich über allgemeine weltpolitische Probleme, um den Afrikanern das Gefühl zu geben, dass ihre Ansichten und Einschätzungen ernst genommen wurden. Nach dem Abschluss der Treffen schrieb Kennedy Briefe an die Staatsführer, „[to give them the impression] of engaging in personal correspondence with the President“.<sup>322</sup> Kennedys Wahlkampforderungen nach einer aktiveren Afrikapolitik der US-Regierung und seine Tätigkeit als Vorsitzender des Afrika-Unterausschusses des Senats – der allerdings unter seiner Führung nie zusammengetreten war<sup>323</sup> – wurden in den USIS-Materialien als ein Beweis für seine besondere Anteilnahme am Schicksal der jungen Nationen präsentiert. Viele Berichte verwiesen zudem auf Kennedys Algerien-Rede vor dem US-Senat im Juli 1957, in der der junge Senator seine Kritik an der Unterstützung des französischen Militäreinsatzes in Algerien durch die Eisenhower-Administration herausgestellt hatte. Dass Kennedys Rede weniger durch die Sorge um die algerische Bevölkerung als durch die Angst vor negativen Konsequenzen für die amerikanischen Beziehungen mit Nordafrika und die Existenz der dortigen Militärbasen motiviert war, kam nicht zur Sprache.<sup>324</sup> Auch die Ernennung des langjährigen Gouverneurs von Michigan, George Mennen Williams, – der offen seine Solidarität mit der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung erklärte – zum neuen *Assistant Secretary of State for*

---

<sup>322</sup> Memorandum From Robert H. Johnson of the National Security Council Staff to the President's Deputy Special Assistant for National Security Affairs (Rostow), Subject: Some Thoughts on Africa, 6.3.1961, in: NSF, Africa, Box 2, JFKL. Allein 1961 lud Kennedy 11 afrikanische Staatsoberhäupter ins Weiße Haus. Viele waren nach dem Besuch überzeugt, in Kennedy einen persönlichen Freund gefunden zu haben. Zeitgenossen berichteten: „[Kennedy] knew how to make African leaders feel he cared about them and their problems – if only by breathing life into a few clichés about independence and dignity and memorizing some facts about the countries.“ (Aussage des damaligen US-Botschafters in Guinea, William Attwood, zit. nach Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 403). Die Zahl der afrikanischen Staatsgäste wurde von Historikern immer wieder herangezogen, um Kennedys Haltung gegenüber Afrika positiv von derjenigen seines Vorgängers abzuheben (siehe u.a. Schlesinger, *Thousand Days*, S. 486; Noer, „New Frontiers and Old Priorities in Africa“, S. 260). Hierbei darf jedoch nicht vergessen werden, dass Eisenhower aufgrund der erst 1960 einsetzenden Unabhängigkeitswelle in Afrika in dieser Hinsicht kaum mit Kennedy konkurrieren konnte.

<sup>323</sup> So Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 41.

<sup>324</sup> Kennedys Algerien-Rede vom 2.7.1957 findet sich in John F. Kennedy, *The Strategy of Peace*. New York 1960, S. 65ff. Zur Algerienpolitik der Eisenhower-Administration siehe Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 35.

*African Affairs*, wurde breit thematisiert, um der Kennedy-Administration zusätzliche Sympathien in Afrika zu sichern.<sup>325</sup>

Die positive Darstellung des Zusammenlebens weißer und schwarzer Amerikaner bildete unvermindert einen Schwerpunkt der amerikanischen Auslandswerbung in Afrika. Bilder von den Aktivitäten der Bürgerrechtsbewegung wurden genutzt, um die neue Offenheit der amerikanischen Gesellschaft gegenüber Forderungen nach einer vollständigen Gleichstellung der Afroamerikaner zu veranschaulichen. Eines der bekanntesten Beispiele für diese Strategie ist der Dokumentarfilm der USIA über den Marsch auf Washington im August 1963. Die Demonstration wurde als ein Beweis präsentiert, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Bürgerrechtsbewegung unterstützte. Die Kameras schwenkten immer wieder auf die Gesichter weißer Demonstranten und zeigten die Anreise der Bürgerrechtler in gemischten Bussen, die aus allen Teilen der USA in Richtung Washington D.C. fuhren. Von den Hauptreden am *Lincoln Memorial* wurde nur der Beitrag des *Southern Christian Leadership Conference*-Vorsitzenden Martin Luther King mitgeschnitten. Kritische Äußerungen Kings, wie seine Bemerkungen über das uneingelöste Versprechen der amerikanischen Verfassung, wurden ausgeblendet. Der Film konzentrierte sich stattdessen auf die hoffnungsvolle und vorwärtsblickende „I have a dream“-Passage der Rede.<sup>326</sup> Afroamerikanische Künstler spielten unvermindert eine dominante Rolle in den Personenaustauschprogrammen des *State Department*, um auf diese Weise die ‘Chancengleichheit’ in den USA herauszustellen. Bei der Auswahl der amerikanischen Geschäftsleute, die an Handelsausstellungen in Afrika teilnehmen sollten, achteten die verantwortlichen Organisatoren ebenfalls auf eine starke Präsenz der afroamerikanischen Mittel- und Oberschicht.<sup>327</sup> Diese Tendenz zeigte

---

<sup>325</sup> ‘Soapy’ Williams setzte sich zwar während seiner Amtszeit – wie von afrikanischen Beobachtern erhofft – für eine stärkere Unterstützung der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen ein. Er konnte sich aber nur selten gegen die Vertreter der Europaabteilungen im *State Department* durchsetzen, die weiterhin Wert darauf legten, Konflikte mit den europäischen Partnern zu vermeiden (siehe dazu George W. Ball, *The Past Has Another Pattern. Memoirs*. New York 1982, S. 170).

<sup>326</sup> Siehe Nicholas J. Cull, „Auteurs of Ideology: USIA Documentary Film Propaganda in the Kennedy Era as Seen in Bruce Herschensohn’s ‘The Five Cities of June’ (1963) and James Blue’s ‘The March’ (1964)”, in: *Film History* 10 (1998), S. 298-310.

<sup>327</sup> Siehe u.a. Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 15.11.1961, in: RG 59, Central Files, 845j191-AC/11-1561, NA.

sich auch bei der Zusammenstellung des US-Personals für die amerikanischen Botschaften in Afrika.<sup>328</sup>

Die amerikanischen Kultur- und Informationsprogramme sollten zudem die Aufrechterhaltung des westeuropäischen Einflusses in den unabhängigen Ländern unterstützen. Die Fortsetzung der dominanten europäischen Stellung im Rahmen der Wirtschaft galt als Voraussetzung für die stabile Entwicklung Afrikas. In den Diskussionen über das Vorgehen britischer Unternehmen in den neuen Staaten erklärten US-Experten:

„Our policy is to retard (...) the gradual diminution of British influence in the economic field, because we believe that experienced British (...) traders will tend to promote political and fiscal stability, commercial and industrial efficiency, and a healthy orientation of Ghana's economy toward the democratic West.“<sup>329</sup>

Die USIA-Zentrale in Washington forderte die Mitarbeiter vor Ort auf, die afrikanische Öffentlichkeit von den Vorteilen einer fortgesetzten engen Wirtschaftskooperation mit den ehemaligen Kolonialmächten zu überzeugen und vor einem Abbruch der bisherigen engen Beziehungen zu warnen. USIS-Informationsmaterialien bemühten sich, das Ansehen der einstigen 'Mutterländer' innerhalb der Bevölkerung zu verbessern. Großbritannien wurde in den USIS-Pamphleten und Preetexten als eine fortschrittliche und liberale Nation präsentiert, die sich freiwillig aus ihren kolonialen Besitztümern zurückgezogen habe und die neuen Staaten als gleichberechtigte Partner anerkenne. Auch das britische *Commonwealth of Nations* wurde von den USIA-Autoren positiv kommentiert.<sup>330</sup>

Das im März 1961 ins Leben gerufene *Peace Corps*, eine Entwicklungshilfeorganisation junger Amerikaner, war ebenfalls Teil der US-

---

<sup>328</sup> Siehe dazu Krenn, *Black Diplomacy* sowie ders., „‘Outstanding Negroes’ und ‘Appropriate Countries’: Some Facts, Figures, and Thoughts on Black U.S. Ambassadors, 1949-1988“, in: *Diplomatic History* 14 (1990), S. 131-141.

<sup>329</sup> Memorandum From the U.S. Council on Foreign Economic Policy, Subject: Condensed Version of Pertinent Economic Information – Ghana, undated, in: USCFEP, Office of the Chairman, Records 1954-1961, Randall Series, Trips Subseries, Box 3, DDEL.

<sup>330</sup> Siehe u.a. Telegram From USIS Accra (Erstein) to USIA Washington, Subject: Country Plan for Ghana, 24.6.1960, in: RG 306, Records Relating to Exhibits in Foreign Countries, 1955-1967, Box 3, NA; Telegram From USIS Accra (Erstein) to USIA Washington, Subject: Country Assessment Report: January 1 to December 31, 1959, 2.2.1960, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Ghana, Lot 66D499, Box 201, ebd.

Kampagnen, die darauf abzielten, die amerikanische Sympathie für die Menschen in der 'Dritten Welt' herauszustellen. Die Mitarbeiter des Friedenskorpss sollten in den neuen Staaten als ein Symbol für die Hilfsbereitschaft, den Tatendrang, Idealismus und die Weltoffenheit der amerikanischen Gesellschaft auftreten und gleichzeitig den Einfluss kommunistischer Entwicklungshelfer zurückdrängen.<sup>331</sup> Im August 1961 gingen die ersten Freiwilligen nach Afrika. Ende 1963 befanden sich bereits 2.272 *Peace Corps Volunteers* (PCVs) auf afrikanischem Boden. Die meisten *Volunteers* arbeiteten als Lehrer und waren damit nach Ansicht des *State Department* in einer ausgezeichneten Position „for a subtle transmission of ideas“.<sup>332</sup> Andere PCVs engagierten sich in Landwirtschaftsprojekten oder im Rahmen der so genannten *Community Development Programs*, die sich auf den Bau von Schulen, Straßen, sanitären Anlagen und anderen gemeinschaftlichen Einrichtungen konzentrierten. Die Kalten Krieger in Washington waren überzeugt, dass die jungen Amerikaner neben ihrer rein propagandistischen Funktion auch einen wichtigen Beitrag für die Modernisierung der einzelnen Länder leisten konnten. Durch ihre Anwesenheit sollten die PCVs die 'passiven' und in 'überkommenen Traditionen' verstrickten Menschen zu einem neuen Engagement zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen animieren. Die Mitarbeiter einer Untersuchungskommission betonten:

„[The Volunteers] carry with them a typically American quality of knowing how to organize for effective action. (...) Our people have a tradition of being 'self-starters', people who know how to size up a situation and organize effectively to handle it. We absorb this 'organizational ability' in our school and community life and even young Americans normally have had experience in organizing to get a job done.

---

<sup>331</sup> Bei einem Treffen mit den Organisatoren des neuen *Peace Corps*-Programms betonte Kennedy: „[The volunteers should] do their assigned work with such dedication that their hosts will (...) be brought to reflect on the nature of the society that produced them.“ (zit. nach Latham, *Modernization as Ideology*, S. 109). Die Mitglieder der Kennedy-Administration bemühten sich darüber hinaus, andere westliche Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland davon zu überzeugen, ähnliche Freiwilligen-Programme aufzubauen. Eine der besten Darstellungen der Arbeit und Zielsetzung des *Peace Corps* bietet Elizabeth Cobbs Hoffman, *All You Need is Love. The Peace Corps and the Spirit of the 1960s*. Cambridge 1998. Siehe auch dies., „Decolonization, the Cold War, and the Foreign Policy of the Peace Corps“, in: *Diplomatic History* 20 (1996), S. 79-105; Latham, *Modernization as Ideology*, S. 109ff.; Kevin Lowther, C. Payne Lucas, *Keeping Kennedy's Promise. The Peace Corps: Unmet Hope of the New Frontier*. Boulder 1978. Erste Überlegungen für den Aufbau einer solchen Hilfsorganisation gab es bereits unter Präsident Eisenhower (siehe dazu Latham, *Modernization as Ideology*, S. 113).

<sup>332</sup> Memorandum From the Department of State, Subject: Guidelines of U.S. Policy and Operations in Mali, 18.7.1961, in: RG 59, BAA, Office of West African Affairs, Country Files, 1951-1963, Box 5, NA. Das Ziel der ersten PCVs, die im August 1961 nach Afrika gingen, war Ghana.

Yet this quality is one often be lacking from peoples emerging from other cultural patterns and paternalistic outside rule. The desire of the fruits of change is there but the ability to face a situation, analyze it, formulate a plan of action, and follow through is poorly developed.<sup>333</sup>

Die *Volunteers* sollten den Afrikanern zeigen, dass sie ihre Situation aus eigener Initiative verbessern konnten, und durch die Verbreitung eines neuen optimistischen Lebensgefühls die Einflussmöglichkeiten kommunistischer Agitationen begrenzen. Die mangelhafte Ausbildung der Freiwilligen wurde selten thematisiert. Die meisten PCVs waren Universitäts- bzw. College-Abgänger aus dem Bereich der Geisteswissenschaften, die über keine Erfahrungen in der Entwicklungsarbeit verfügten. Die daraus resultierenden Probleme zeigten sich vor allem bei der Organisation der *Community Development Programs* – zumal den *Volunteers* nur wenige konkrete Handlungsanweisungen mit auf den Weg gegeben wurden. Die *Peace Corps*-Leitung erwartete, dass die jungen Amerikaner die Probleme selbst analysierten und Lösungswege in eigener Regie entwickelten. Die Konzeptionierung des Friedenskorpas spiegelt deutlich die Überzeugung der US-Entscheidungsträger, dass amerikanische Staatsbürger den Menschen in Afrika in einer solchen Weise überlegen waren, dass sie keine besondere Ausbildung benötigten, um positiv auf deren Lebenskonzepte und Vorgehensweisen einzuwirken. Der Nutzen des *Peace Corps*-Programms ist in der Wissenschaft daher oft angezweifelt worden: „Far the great majority of volunteers have been sent abroad without sufficient skill, without sufficient language ability, without sufficient cultural awareness – and without a clear or critical job assignment.“<sup>334</sup>

Trotz des Ausbaus des amerikanischen Engagements blieb der Umfang der Kultur- und Hilfsprogramme in den neuen afrikanischen Staaten auch weiterhin hinter den US-Initiativen in anderen Regionen zurück. 1962 gingen lediglich 10,5 % der gesamten amerikanischen Wirtschaftshilfe an Afrika. Die Mittel, die der

---

<sup>333</sup> Report of the Colorado State University Research Foundation, Subject: The Peace Corps, May 1962, zit. nach Latham, *Modernization as Ideology*, S. 117.

<sup>334</sup> Lowther, Lucas, *Keeping Kennedy's Promise*, S. Ixf. Siehe auch die kritischen Anmerkungen von Latham, *Modernization as Ideology*, S. 123, 135 und Cobbs Hoffman, *All You Need is Love*, S. 59.

USIA für die Umsetzung der Afrikaprogramme zur Verfügung standen, lagen ebenfalls deutlich unter dem Budget, das für die Konzeptionierung der Auslandswerbung in Asien oder Lateinamerika eingesetzt wurde. Sowohl die Mitglieder der Eisenhower-Administration als auch Kennedy und seine Berater betrachteten die amerikanischen Initiativen lediglich als eine Ergänzung zu den europäischen Anstrengungen. Sie hofften, dass die Westeuropäer auch weiterhin die Hauptlast für die 'Sicherung' Afrikas tragen würden. Walt W. Rostow betonte:

„In Africa, Britain and France are still bearing a primary responsibility; but the U.S. is being drawn increasingly into African affairs. (...) Frankly, the U.S. has quite enough commitments in the world, and there is no compulsion in the American Government to extend those commitments where our allies, much strengthened by their remarkable growth in the 1950's can deal with the situation.“<sup>335</sup>

#### **4. Die USA und das Primat der Stabilität: Amerikanische Reaktionen auf die innenpolitischen Entwicklungen im unabhängigen Afrika**

##### **4.1. Die Eisenhower-Administration und die ghanaische Innenpolitik, 1957-1960**

Die innenpolitischen Entwicklungen in Ghana nach der Unabhängigkeit waren geprägt durch die Auseinandersetzung der CPP-Regierung mit der Opposition und durch den Aufbau einer Einparteienherrschaft. Bereits vor der Unabhängigkeit hatte sich in einigen Regionen in der Goldküste entschiedener Widerstand gegen die Machtübernahme der CPP formiert. Zu den schärfsten Kritikern der CPP-

---

<sup>335</sup> Memorandum From the President's Deputy Special Assistant for National Security Affairs (Rostow) to the President's Special Assistant for National Security Affairs (Bundy), Subject: De Gaulle, Africa, and Southeast Asia, 13.5.1961, in: FRUS, 1961-1963, Vol. XXI, S. 290ff., S. 291. Darüber hinaus wurde das Prinzip der Lieferbindung unter Kennedy wesentlich verschärft. Der überwiegende Teil der zur Verfügung gestellten Hilfsbeträge musste für den Kauf von Produkten aus den USA verwendet werden. Die Entwicklungsländer waren daher nicht in der Lage, Preisvorteile auf dem Weltmarkt auszuschöpfen, sondern mussten in jedem Fall auf Importe aus den USA zurückgreifen. Die Kennedy-Administration verschob zudem den Schwerpunkt der US-Entwicklungshilfe von nicht-rückzahlbaren Zuschüssen auf rückzahlungspflichtige Kredite (siehe dazu Baumann, *John F. Kennedy und 'Foreign Aid'*, S. 382, 402).

Regierung gehörten die Bauern im Gebiet der Aschanti, da der Anstieg des Kakaopreises auf dem Weltmarkt in den frühen 1950er Jahren nicht ihnen zugute kam, sondern nach Beschluss der CPP in den Aufbau von Schulen und Krankenhäusern investiert werden sollte.<sup>336</sup> Auch die traditionellen Autoritäten in Aschanti und in der Nordregion der Goldküste protestierten gegen die neue Rolle der CPP, da die Partei bereits 1952 damit begonnen hatte, die bisherigen Privilegien der *Chiefs* zu beschneiden. Viele Meinungsführer im Norden befürchteten zudem eine Bevorzugung der Südregion in einem von der CPP geführten unabhängigen Staat.<sup>337</sup> 1954 entstand in Aschanti das *National Liberation Movement* (NLM), das zu einem Sammelbecken der CPP-Gegner in der Goldküste wurde. Sowohl die *Northern People's Party* (NPP), die sich für die Interessen des Nordens einsetzte, als auch die *Chiefs* und einige Mitglieder der UGCC, die nicht bereit waren, ihren Einfluss auf die Entwicklungen in der Goldküste aufzugeben, schlossen sich der NLM an. Da die NLM erst nach den Wahlen von 1954 gegründet worden war, war die Partei im Legislativrat nicht vertreten. Die Mitglieder der NLM griffen daher auf gewaltsame Methoden zurück, um ihre Interessen durchzusetzen. Mit Hilfe von Demonstrationen und Ausschreitungen versuchten sie, die Autorität und das Ansehen der CPP zu untergraben. Sprecher der NLM forderten erfolglos eine föderative Verfassung, um den einzelnen Regionen eine weitgehende Autonomie zu sichern, und drohten schließlich mit Sezession. 1956 setzten sie gegenüber London Neuwahlen durch, die jedoch erneut mit einem Sieg der CPP endeten.<sup>338</sup> Die NLM weigerte sich, das Wahlergebnis zu akzeptieren. Die Mitglieder der Partei verließen demonstrativ die erste Sitzung des neuen Legislativrats und griffen erneut auf außerparlamentarische Mittel zurück, um die Politik der CPP zu boykottieren. In Aschanti kam es teilweise zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Die Protestaktionen wurden auch nach der Unabhängigkeit der Kolonie fortgesetzt. Im

---

<sup>336</sup> Nach Birmingham, *The Father of African Nationalism*, S. 52ff. stieg der Kakaopreis 1954 auf 450 britische Pfund pro Tonne. Den Kakaobauern wurden jedoch auch weiterhin nur 150 Pfund pro Tonne ausgezahlt. Nach Angaben der CPP-Sprecher sollte dieser Schritt außerdem dazu dienen, eine Inflation oder starke Unterschiede in den Einkommensverhältnissen in den verschiedenen Regionen der Kolonie zu vermeiden. Das Aschanti-Gebiet war diejenige Region in Ghana, in der am meisten Kakao angebaut wurde.

<sup>337</sup> Zu weiteren Protestgruppen wie dem *Togoland Congress* siehe Akwasi P. Osei, *Ghana: Recurrence and Change in a Post-Independence African State*. New York 1999, S. 54f.

<sup>338</sup> Siehe Franz Ansprenger, „Kwame Nkrumahs Ghana“, in: Die politische Entwicklung Ghanas von Nkrumah bis Busia. Hrsg. v. Franz Ansprenger u. Heide Traeder. München 1972, S. 7-62, S. 23.

November 1957 gründeten die Gegner Nkrumahs eine neue Partei, die *United Party* (UP), unter dem Vorsitz des Rechtsanwalts Kofi A. Busia. Busia floh im Dezember 1958 nach Togo, nachdem er in Verdacht geraten war, an einem gescheiterten Attentat auf Nkrumah teilgenommen zu haben.<sup>339</sup>

Die CPP reagierte mit einer Reihe von repressiven Gesetzen auf die Aktivitäten der Opposition. Der *Preventive Detention Act* von 1958 gab der Regierung beispielsweise die Möglichkeit, politische Gegner ohne ein vorhergehendes richterliches Urteil für fünf Jahre zu inhaftieren. Eine neue Verfassung, eingeführt im Juli 1960, erhob Nkrumah zum Präsidenten und stattete ihn mit weitreichenden Machtbefugnissen aus. Er konnte nun Entscheidungen des Parlaments ablehnen und Verordnungen ohne Zustimmung der Nationalversammlung durchsetzen. Die Gewerkschaften und andere Organisationen wie die Jugend-, Frauen- und Bauernverbände wurden eng an die CPP angebunden, um die Kontroll- und Einwirkungsmöglichkeiten der Regierung auszubauen. Die Mitglieder der *United Party* wurden unter Druck gesetzt, damit sie entweder in die CPP eintraten oder auf ihre Sitze im Parlament verzichteten. 1964, als in Ghana offiziell das Einparteiensystem eingeführt wurde, saßen im Parlament nur noch sieben Abgeordnete der Opposition.<sup>340</sup>

US-Entscheidungsträger sahen in dem Abbau der parlamentarischen Strukturen in Ghana zunächst kein Hindernis für gute ghanaisch-amerikanische Beziehungen, da die Außenpolitik der CPP zu diesem Zeitpunkt weitgehend auf die Zustimmung der US-Politiker und Diplomaten stieß. Die ghanaische Regierung verfolgte in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit eine auf enge Kooperation mit den Westmächten zugeschnittene Politik. Ghanas Mitgliedschaft im Lager der blockfreien Staaten (s. Kapitel 7) hatte bis 1960 kaum Auswirkungen auf die Gestaltung der ghanaischen Außenbeziehungen.<sup>341</sup> Nkrumah hoffte auf umfangreiche westliche Wirtschaftshilfe, um die ghanaische Entwicklung voranzutreiben, und bemühte sich daher, als ein prowestlicher Politiker

---

<sup>339</sup> Siehe dazu Rooney, *The Political Kingdom in the Third World*, S. 138ff.

<sup>340</sup> Innerhalb der CPP existierte allerdings weiterhin ein breites Meinungsspektrum. Viele Oppositionelle, die zum Übertritt in die CPP genötigt worden waren, verfolgten auch nach dem Parteiwechsel ihre alten Ziele (siehe dazu Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, 338f.; Ansprenger, „Kwame Nkrumahs Ghana“, S. 27ff.).

<sup>341</sup> Detaillierte Informationen über die ghanaische Außenpolitik von 1957 bis 1960 finden sich in Thompson, *Ghana's Foreign Policy*, S. 94ff.; Aluko, *Foreign Policy of African States*, S. 80f.

aufzutreten. Das Verhältnis zwischen Ghana und der Sowjetunion blieb distanziert. US-Diplomaten berichteten erleichtert von den Verzögerungen und Komplikationen beim Aufbau der sowjetischen Botschaft in Accra, die erst 1959 eröffnet wurde. Der Aufbau der ghanaischen Botschaft in Moskau zögerte sich bis 1960 hinaus. Kredit- und Stipendienangebote der Sowjetunion und der DDR wurden von der CPP-Regierung nicht in Anspruch genommen. US-Botschafter Flake berichtete:

„He [Nkrumah] and all other top officials have become increasingly wary of the USSR. (...) While I certainly would not applaud everything that the Government of Ghana has done (...), I do feel that, on the whole, there has been no development seriously inimical to either the short-term or long-term interests of the United States.“<sup>342</sup>

Obwohl sich Nkrumah öffentlich als Sozialist bezeichnete, bot die Wirtschaftspolitik der CPP zunächst ebenfalls wenig Konfliktstoff für das amerikanisch-ghanaische Verhältnis. Ebenso wie westliche Wirtschaftsexperten war Nkrumah von der Notwendigkeit einer Modernisierung Afrikas überzeugt. Er wollte eine schnelle Industrialisierung in Ghana durchsetzen und das Land damit aus der Rolle eines billigen Rohstofflieferanten befreien. Bereits während der Kolonialzeit hatte er sich mit großer Energie für die Verwirklichung britischer Entwicklungsinitiativen in der Goldküste eingesetzt. Die nach der Unabhängigkeit aufgestellten ghanaischen Wirtschaftspläne übernahmen die liberal-kapitalistischen Modelle, die auch von britischen Experten befürwortet worden waren. Der 1951 eingeführte Zehn-Jahres-Plan „for the Economic and Social Development of the Gold Coast“ galt weiterhin als Grundlage der ghanaischen Entwicklungsstrategie.<sup>343</sup> Allerdings sollten die proklamierten Ziele des Wirtschaftsplans nicht mehr in zehn, sondern in fünf Jahren erreicht werden. Um ausländische Investitionen für die Industrialisierung Ghanas zu sichern, wurden nicht-ghanaischen Konzernen großzügige Steuer- und Zollerleichterungen in Aussicht gestellt. Die dominante Position ausländischer Firmen im ghanaischen

---

<sup>342</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Flake) to the Department of State, Subject: Some Political Developments in Ghana During its First 15 Months as an Independent State, 17.6.1958, in: RG 59, Central Files, 745j00/6-1758, NA. Auch das Einfuhrverbot für kommunistische Literatur blieb bis zu Beginn der 1960er Jahre erhalten.

<sup>343</sup> Zit. nach Osei, *Recurrence and Change in a Post-Independence African State*, S. 50.

Import- und Exportsektor wurde zunächst nicht angetastet. 1960 bestimmten nicht-ghanaische Unternehmen noch 97 % des gesamten Handels.<sup>344</sup>

Aufgrund der prowestlichen Außen- und Wirtschaftspolitik der CPP schenken amerikanische Entscheidungsträger dem Abbau des Mehrparteiensystems in Ghana zunächst wenig Beachtung. Das Vorgehen gegen die Opposition wurde zwar gelegentlich kritisiert, aber in der Regel mit positiven Bemerkungen über den Einsatz der CPP-Regierung für die Modernisierung des Landes aufgewogen. Aufgrund der großen Bedeutung, die amerikanische Beobachter dem Punkt 'Aufrechterhaltung der Stabilität' beimaßen, wurden die neueingeführten Repressionsmaßnahmen und Regelungen zudem nicht nur negativ gesehen. US-Diplomaten lobten wiederholt den entschiedenen Einsatz der neuen Regierung für die Ordnung und Sicherheit in der ehemaligen Kolonie und äußerten Verständnis für die neuen Gesetze. Auch die starke Machtstellung Nkrumahs innerhalb der CPP wurde von einigen US-Kommentatoren begrüßt, da die Reglementierung des Mitspracherechts der Parteibasis in ihren Augen auch die Einflussmöglichkeiten des linken CPP-Flügels auf die Regierungspolitik begrenzte.<sup>345</sup>

#### **4.2. Die Bewertung der afrikanischen Einparteiensysteme in den USA**

Die Bereitschaft zu einer toleranten Haltung gegenüber dem Aufbau von Einparteiensystemen zeigte sich auch in der amerikanischen Politik gegenüber anderen afrikanischen Regierungen, die nach der Unabhängigkeit eine Einschränkung parlamentarischer Rechte verfügten. Solange die afrikanischen

---

<sup>344</sup> Zur ghanaischen Wirtschaftspolitik zwischen 1957 und 1960/61 siehe ebd., S. 59ff.; Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 151ff.; Dan-Bright S. Dzorgbo, *Ghana in Search of Development: The Challenge of Governance, Economic Management and Institution Building*. Aldershot 2001, S. 148ff.

<sup>345</sup> Zu den amerikanischen Diskussionen siehe u.a. Department of State Instruction (CA 10091), Subject: Ghana and Its Influence in Africa, 19.5.1958, in: RG 59, Central Files, 745j00/5-1959, NA; Telegram From USIS Accra (Erstein) to USIA Washington, Subject: Country Assessment Report: January 1 to December 31, 1959, 2.2.1960, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Ghana, Lot 66D499, Box 201, ebd.; Telegram From USIS Accra (Erstein) to USIA Washington, Subject: Country Plan for Ghana, 24.6.1960, in: RG 306, Records Relating to Exhibits in Foreign Countries, 1955-1967, Box 3, ebd.; Telegram From the Embassy in Ghana (Gebelt) to the Department of State, Subject:

Staatsführer eine prowestliche Außenpolitik verfolgten, setzten die USA diesen Entwicklungen keinen Widerstand entgegen. Mitglieder des *Policy Planning Councils* [Nachfolger des *Policy Planning Staff*] und andere außenpolitische Experten in Washington erinnerten daran,

„[that] it would be a mistake (...) to allow our disfavor [about authoritarian measures] to jeopardize our access to the new African states.” – „Our interests in this area clearly lie in preserving the veneer (however thin) of Western orientation (...). We will doubtless witness further slippages of friendly governments toward authoritarianism but we must remember that our basic, long-term strategic interests will not be vitally affected unless the slippage is into the Sino-Soviet system.”<sup>346</sup>

Die Furcht, durch offene Kritik an innenpolitischen Verhältnissen die Westbindung der neuen Staaten aufs Spiel zu setzen, war jedoch nicht der einzige Grund für die nachsichtige Haltung der USA gegenüber dem Abbau parlamentarischer Strukturen in Afrika. Viele US-Politiker bezweifelten, dass die Demokratie eine geeignete Staatsform für Afrika sei. Der Glaube an die „anti-democratic trends that are strongly based in African culture“ beeinflusste auch nach dem Ende der Kolonialherrschaft die Afrikabilder amerikanischer Beobachter.<sup>347</sup> Die in der Wissenschaft oft vertretene These, die den ‘Afrika-Pessimismus’ amerikanischer Politiker in der Mitte der 1960er Jahre (s.u.) auf die Enttäuschungen über die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in den unabhängigen afrikanischen Staaten zurückführt, lässt sich nur schwer mit den bereits vorab geäußerten Negativ-Prognosen vereinbaren.<sup>348</sup> Wichtige Entscheidungsträger wie Vizepräsident Richard M. Nixon erklärten schon 1960: „[I]t would be naive of the U.S. to hope that Africa will be democratic.“<sup>349</sup>

---

International Communist Prospects in Ghana, 17.8.1960, in: RG 84, General Records, 1951-1968, Accra, E 2597, Box 8, ebd.

<sup>346</sup> Report of the Africa Task Force, 31.12.1960, in: Pre-Presidential Papers [PPP], Transition Files, Task Force Reports, Box 1073, JFKL; Memorandum From the Policy Planning Council, Subject: Internal Defence of Less Developed World, 16.6.1961, in: NSF, Policy Planning Series, Box 303, ebd.

<sup>347</sup> Telegram From the Consulate General in Nigeria (Emmerson) to the Department of State, 9.1.1960, in: RG 59, Central Files, 745g11/1-960, NA.

<sup>348</sup> Siehe beispielsweise Pakenham, *Liberal America and the Third World*, S. 9ff.

<sup>349</sup> Memorandum of Discussion at the 432th Meeting of the National Security Council, Subject: U.S. Policy Toward South, Central and East Africa, 14.1.1960, FRUS, 1958-1960, Vol. XIV, S. 73ff., S. 75. Ähnliche Äußerungen finden sich in Memorandum From the Policy Planning Staff, Subject: Problems and Proposals for African Policy, 25.10.1957, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, 1957-1961, Minutes of S/P Staff Meetings, Lot 67D548, Box 148, NA; Memorandum From the Office of Research and Intelligence, Subject: An Estimate of the Situation in Africa in 1961, 21.10.1958, in: RG 306, Office of Research, Special ‘S’ Reports, 1953-1963,

Unterstützt wurden solche Einschätzungen durch den Dialog mit britischen Diplomaten und Politikern, die ebenfalls bereits vor dem Auftakt der eigentlichen Unabhängigkeitswelle den Tod der parlamentarischen Demokratie in Afrika verkündeten: „[T]he lesson that the Westminster Model of parliamentary democracy is not necessarily that best suited to African conditions is well brought out [today] (...). [P]arty government on British lines was a non-starter in Africa.”<sup>350</sup> Eine Studie des *Foreign Office*, die auch dem amerikanischen Außenministerium vorlag, betonte 1960: „Given the state of political maturity of the majority of the under-developed countries and territories, we cannot hope to see them operating a fully-fledged parliamentary régime for a long time.”<sup>351</sup> Mitarbeiter des *Colonial Office* kritisierten die Bemühungen um eine Etablierung parlamentarischer Strukturen als ein sinnloses Unterfangen, zu dem man sich jedoch aufgrund der öffentlichen Meinung in Großbritannien und der ‘Empfindlichkeiten’ afrikanischer Politiker gezwungen gesehen habe: „[We can’t] promulgate a policy which in effects says to Africans (...): ‘The UK is the Mother of Parliaments. The Westminster model is best – for us and countries like Canada, Australia, NZ [New Zealand] etc. But it is much too heady wine for you.’”<sup>352</sup> In den Augen amerikanischer und britischer Experten war eine starke Zentralisierung der politischen Macht in Afrika die einzige Möglichkeit, um ein Mindestmaß an Stabilität, Kontrolle und wirtschaftlicher Entwicklung aufrecht zu halten. Das *State Department* stellte in einer Studie für den Nationalen Sicherheitsrat heraus, „[that] authoritarianism is required to lead backward societies through their socio-economic revolutions”.<sup>353</sup> Wie in den Zeiten der Kolonialherrschaft wurde die

---

Box 15, ebd.; Discussion at the 401th Meeting of the National Security Council, Subject: Political Implications of Afro-Asian Military Takeovers, 18.6.1959, in: AWF, NSC Series, Box 11, DDEL; Report of the Africa Task Force, 31.12.1960, in: PPP, Transition Files, Task Force Reports, Box 1073, JFKL; Memorandum From the Policy Planning Council, Subject: US Policy Toward Government-Owned Enterprise in Transitional Free World States, 4.10.1961, in: NSF, Policy Planning Series, Box 303, ebd.

<sup>350</sup> Minute by R. S. Hudson of the Colonial Office, Subject: Parliamentary Democracy and the Westminster Model in Africa, 16.12.1959, in: BDEE, The Conservative Government and the End of Empire, 1957-1964, I, S. 147f., S. 147, 148.

<sup>351</sup> Memorandum Prepared in the Foreign Office, Subject: Democracy in Backward Countries – Implications for the Future, 8.3.1960, ebd., S. 150ff., S. 153.

<sup>352</sup> Minute by H. Poynton of the Colonial Office, Subject: Parliamentary Democracy and the Westminster Model in Africa, 16.12.1959, ebd., S. 149f., S. 149.

<sup>353</sup> Memorandum From the Department of State for the National Security Council Planning Board, Subject: Political Implications of Afro-Asian Military Takeovers, 21.5.1959, in: RG 273 [Records of the Central Intelligence Agency], Mill Papers, Box 4, NA. Ähnliche Äußerungen finden sich in Report of the Africa Task Force, 31.12.1960, in: PPP, Transition Files, Task Force Reports, Box

vermeintliche Gleichgültigkeit der Afrikaner gegenüber ‘freiheitlichen Werten’ herangezogen, um den Doppelstandard für die Bewertung der Herrschaftssysteme in Afrika und der westlichen Welt zu legitimieren. US-Diplomaten vor Ort betonten: „[There are big] differences in American and African culture. For example, we in the United States put great emphasis on ‘freedom of choice’. (...) [T]he average African couldn’t care less about this (...).”<sup>354</sup>

Auch die amerikanischen Liberalen fügten sich in diesen Konsens ein. Die These, dass sich die Anhänger dieses politischen Lagers für eine weltweite Durchsetzung amerikanischer Freiheitsvorstellungen aussprachen, ohne regionale Unterschiede in Betracht zu ziehen, bezeichnet in erster Linie einen Mythos. Äußerungen führender liberaler Persönlichkeiten über die Situation in Afrika signalisieren ebenfalls eine überraschend große Toleranz gegenüber autoritären Regimen. Afrikanische Staatsführer, die sich in öffentlichen Äußerungen für eine Modernisierung ihrer Länder stark machten, fanden ungeachtet ihres Umgangs mit der Opposition Anerkennung unter liberalen Kommentatoren.<sup>355</sup> Konservative US-Politiker nahmen eine weitaus negativere Haltung gegenüber den afrikanischen Einparteiensstaaten ein. Während viele liberale Beobachter von einer positiven Wirkung der Einparteiensysteme auf die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder ausgingen, weigerte sich die Mehrheit der konservativen Politiker hier eine Basis für die Modernisierung Afrikas zu sehen. Für konservative Kommentatoren waren die neuen Gesetze und Verfassungen in erster Linie ein Beweis für die unerschöpfliche Machtgier afrikanischer Staatsführer. Viele Konservative zogen Vergleiche zwischen den afrikanischen Einparteiensystemen und den Verhältnissen im deutschen Dritten Reich oder der stalinistischen Sowjetunion. Die Annahme verbesserter Entwicklungsmöglichkeiten durch eine Einparteiherrschaft wurde als

---

1073, JFKL; Memorandum From the Policy Planning Council, Subject: Internal Defence of Less Developed World, 16.6.1961, in: NSF, Policy Planning Series, Box 303, ebd.

<sup>354</sup> Äußerung des amerikanischen PAO in Ghana, Richard Erstein, zit. in Memorandum From the Assistant Secretary of State for African Affairs (Williams) to the Deputy Assistant Secretary of State for African Affairs (Fredericks), 27.7.1961, in: RG 59, BAA, Office of West African Affairs, Country Files, 1951-1963, Box 8. NA. Eine ähnliche Auffassung vertrat der amerikanische *Labor Attaché* in Accra, Thomas R. Byrne: „An autocratic philosophy is acceptable to most Ghanaians. Their history has been one of obeying a chieftain’s decree.” (Telegram From the Embassy in Ghana (Byrne) to the Department of State, Subject: Bloc Influences and the TUC, 24.4.1961, in: RG 59, Central Files, 845j06/4-2461, ebd.).

<sup>355</sup> Siehe beispielsweise Memorandum From the Under Secretary of State (Bowles) to President Kennedy, Subject: An Analysis of the Press in Africa, 27.3.1961, in: NSF, Africa, Box 2, JFKL;

Konstruktion liberalen Wunschdenkens abgetan. Nichtsdestoweniger sahen sie in der Etablierung der 'starken Männer' die einzige Möglichkeit, einen vollständigen Zusammenbruch der Verhältnisse in Afrika nach der Auflösung der kolonialen Verwaltungen zu verhindern: „[In African states] power either must become highly centralized or anarchy is likely to ensue.“<sup>356</sup>

Zeitgenössische amerikanische Wissenschaftler förderten die allgemeine Skepsis in den USA über die Wirksamkeit demokratischer Institutionen in Afrika. Studien von einflussreichen Politologen und Soziologen wie David E. Apter, James S. Coleman, Samuel N. Eisenstadt, Gabriel Almond, Lucian W. Pye, Edward A. Shils oder Samuel P. Huntington unterstützten die Ansicht, dass eine starke Machtkonzentration in den neuen Staaten notwendig war, um die Stabilität in Afrika aufrecht zu halten. Sie identifizierten verschiedene Krisen (angefangen von einer Identitäts- über eine Integrations- bis hin zu einer Legitimitätskrise), die ihrer Ansicht nach mit dem Modernisierungsprozess einhergingen und gegen eine unmittelbare Einführung demokratischer Strukturen sprachen.<sup>357</sup> Coleman, Huntington oder Shils misstrauten den Fähigkeiten der afrikanischen Bevölkerung, verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen oder konstruktive Parteipolitik zu betreiben. Lucian W. Pye sprach in seinen Studien von einer

---

Arnold Rivikin [Wirtschaftswissenschaftler am MIT], „Principal Elements of U.S. Policy towards Under-Developed Countries“, in: *International Affairs* 37 (1961), S. 452-464, S. 460.

<sup>356</sup> Peter Duigan, Louis H. Gann, „The Case for the White Man“, *New Leader*, 2.1.1961, S. 16-20, S. 18. Siehe auch James Burnham, „The Explosion of Africa“, *National Review*, 20.6.1959, S. 140; Barry Goldwater, „A Foreign Policy for America“, ebd., 25.3.1961, S. 177-181.

<sup>357</sup> Die Rolle der Opposition in den neuen Ländern wurde von vielen US-Soziologen und Politologen kritisch gesehen. Lucian Pye beispielsweise betonte, dass die verschiedenen Gruppen oft weniger an einer Ausbildung arbeitsfähiger Kompromisslösungen interessiert seien als an einem Sturz der Regierung (siehe z.B. Lucian W. Pye, „The non-Western political process“, in: *Journal of Politics* 20 (1958), S. 468-486). Zu den wichtigsten Arbeiten dieser Autoren, die oft unter dem Stichwort *Political Development Studies* zusammengefasst werden, zählen Gabriel A. Almond, James S. Coleman (Hrsg.), *The Politics of the Developing Areas*. Princeton 1960; Edward A. Shils, *Political Development in the New States*. The Hague 1962 [Shils war zwar israelischer Staatsbürger, lehrte aber lange Zeit an amerikanischen Universitäten]; Lucian W. Pye (Hrsg.), *Communications and Political Development*. Princeton 1963; James S. Coleman (Hrsg.), *Education and Political Development*. Princeton 1965; Lucian W. Pye, Sidney Verba (Hrsg.), *Political Culture and Political Development*. Princeton 1965. Einen guten Überblick über die Thesen von Pye, Almond, Verba und anderen Autoren bietet Gendzier, *Managing Political Change*, S. 129ff. Viele Autoren, deren Arbeiten den *Political Development Studies* zugeordnet werden, hatten ein elitegeprägtes Verständnis von Demokratie und standen der Idee einer unmittelbaren politischen Mitbestimmung der breiten Masse ohnehin skeptisch gegenüber (siehe Paul Cammack, *Capitalism and Democracy in the Third World. The Doctrine for Political Development*. London 1997, S. 11ff.).

„unreasoned expectation [that democracy is] inevitable“.<sup>358</sup> Ähnlich äußerte sich der Soziologe Samuel N. Eisenstadt:

„[The question w]hat kinds of political leadership and institutions are most suitable to the rapid, smooth development of a newly-independent modern state (...) [cannot be] decided only by the abstract dialectic of ideas. (...) If there is no strong political party, no strong leadership with administrative ability, then obviously the newly-emergent states cannot maintain themselves. (...) [D]ivisiveness is a luxury new states can ill-afford.“<sup>359</sup>

Besonders eindrucksvoll wurden derartige Warnungen von Samuel P. Huntington formuliert. Seiner Ansicht nach war „political decay“ das einzige Ergebnis einer allzu schnellen Einbindung der ‘rückständigen’ afrikanischen Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse.<sup>360</sup>

Aufgrund der vermeintlichen Notwendigkeit einer ‘starken Hand’ bei der Aufrechterhaltung der Stabilität in den afrikanischen Staaten nahmen viele amerikanische Politiker eine offene Haltung gegenüber einer Regierungsbeteiligung der afrikanischen Militärs ein. Nach Ansicht vieler US-

---

<sup>358</sup> Lucian W. Pye, *Politics, Personality and Nation Building: Burma's Search for Identity*. New Haven 1962, S. 7.

<sup>359</sup> Samuel N. Eisenstadt, „Patterns of Political Leadership and Support“, in: *Africa: The Dynamics of Change*. Hrsg. v. H. Passin u. K.A.B. Jones-Quartey. Ibadan 1963, S. 34-53, S. 34, 47, 34). Mehrere US-Wissenschaftler nahmen 1959 an einer Konferenz in Ibadan, Nigeria, teil, die vom *Congress of Cultural Freedom* (CCF) [einer von der CIA finanzierten Organisation für antikommunistische Intellektuelle] organisiert worden war und trugen ihre Thesen so auch nach Afrika hinein. Apter, Eisenstadt und andere amerikanische Redner erinnerten während der Konferenz an die ‘Notwendigkeit stabiler Ordnungen’ und warnten vor Destabilisierungsmöglichkeiten durch die Opposition (siehe ihre Beiträge in dem von Passin und Jones-Quartey herausgegebenen Sammelband, *The Dynamics of Change* (s.o.)). Die Konferenz in Ibadan wandte sich an afrikanische Politiker, Journalisten, Rechtsanwälte, Gewerkschaftsführer und andere Intellektuelle. Anwesend waren u.a. der zukünftige Premierminister des Kongos, Patrice Lumumba, und sein Nachfolger Cyrille Adoula sowie der spätere nigerianische Außenminister Jaja Wachuku. Zu den Bemühungen des CCF, die intellektuelle Elite in der ‘Dritten Welt’ zu beeinflussen, siehe Gendzier, *Managing Political Change*, S. 87ff. Informationen über die Gründung und Zielsetzung des CCF bietet Frances Stonor Saunders, *The CIA and the World of Arts and Letters. The Cultural Cold War*. New York 2000. Siehe auch die Beschreibung des CCF im Klappentext von Michael Hochgeschwenders *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*. München 1998: „[Der CCF] war eine der wichtigsten Agenturen für die Verbreitung amerikanischer Ideen über die Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg.“

<sup>360</sup> Samuel P. Huntington, *Political Order in Changing Societies*. New York 1968, S. 35. In der Wissenschaft ist Huntingtons Studie oft als ein Wendepunkt in der bis zu diesem Zeitpunkt optimistischen Beurteilung der Situation in den neuen Staaten präsentiert worden. Er bietet im Grunde jedoch nur eine Synthese bereits bestehender Vorstellungen. Wie gezeigt, gab es auch vor 1968 im wissenschaftlichen Diskurs in den USA genügend Stimmen, die der These, dass beispielsweise ein mit westlicher Hilfe geförderter Wachstumsprozess automatisch zur Etablierung demokratischer Verhältnisse in der ‘Dritten Welt’ führen würde, in Bezug auf Afrika eine Absage erteilten. Zu diesem Ergebnis kommt auch Cammack, *Capitalism and Democracy in the Third World*, S. 14).

Experten zählten die Mitglieder der Armee zu den konservativsten und prowestlichsten Kräften in Afrika. Die europäische Militärausbildung galt als Garant für ein Mindestmaß an Erfahrungen mit ‘Tugenden’ wie Disziplin, Moral, Ehrlichkeit und Ordnung, die nach amerikanischen Einschätzungen das Zusammenleben in den westlichen Staaten prägten. Studien des *State Department* betonten:

„[O]fficer groups are often the most pro-Western, disciplined, and educated institution-in-being on which backward societies can draw in time of crisis. (...) They can benefit U.S. interests by maintaining stability, introducing reforms from which civilian politicians would shirk (...).“<sup>361</sup>

Auch die US-Diplomaten vor Ort hielten die Militärs für „more sophisticated than the average“ und besonders geeignet, Maßnahmen für die Modernisierung der neuen Staaten durchzusetzen.<sup>362</sup> Lucian W. Pye schrieb den Führern der Streitkräfte zudem eine im Vergleich mit anderen Mitgliedern der afrikanischen Gesellschaft herausragende emotionale Reife und Selbstsicherheit zu, die sie zu einer ‘vorurteilsfreieren’ Herangehensweise an die Probleme in den neuen Staaten und einer offeneren Einstellung gegenüber westlichen Ratschlägen befähigten:

„Military leaders are often far less suspicious of the West than civilian leaders because they themselves are more emotionally mature. This sense of security makes it possible for army leaders to look more realistically at their countries (...) [and to accept the weakness of their countries in relation to the West] without becoming unduly emotionally disturbed or hostile toward the West.“<sup>363</sup>

---

<sup>361</sup> Memorandum From the Department of State for the National Security Council Planning Board, Subject: Political Implications of Afro-Asian Military Takeovers, 21.5.1959, in: RG 273, Mill Papers, Box 4, NA. Die Verfasser des Memorandums fügten hinzu: „Military autocrats do not necessarily threaten U.S. interests (...). [T]he essential test] should be whether a particular military regime responsibly confronts the problems facing it – security and development progress – and, in doing so successfully resists Communist techniques.“ (ebd.). Ähnliche Äußerungen finden sich beispielsweise in Memorandum of Discussion at the 432th Meeting of the National Security Council, Subject: U.S. Policy Toward South, Central and East Africa, 14.1.1960, in: FRUS, 1958-1960, Vol. XIV, S. 73ff.; Memorandum From the Policy Planning Council, Subject: Internal Defence of Less Developed World, 16.6.1961, in: NSF, Policy Planning Series, Box 303, JFKL.

<sup>362</sup> Telegram From the Consulate General in Nigeria (Emmerson) to the Department of State, Subject: Nigerian Security Forces, 21.7.1959, in: RG 59, Central Files, 745h03/7-2159, NA.

<sup>363</sup> Lucian W. Pye, „Armies in the Process of Political Modernization“, in: John J. Johnson, *The Role of the Military in Underdeveloped Countries*. Princeton 1962, zit. nach Gendzier, *Managing Political Change*, S. 64. Siehe auch Samuel P. Huntington, *The Soldier and the State*. New York 1957.

Die Militärcoups in Afrika in der Mitte 1960er Jahre wurden von vielen Politikern in Washington begrüßt. Viele US-Afrikaexperten prognostizierten als Folge dieser Umstürze

„1) Greater concentration on internal economic and political development. 2) Lesser interest in foreign adventures, especially extra-African issues. 3) Stronger endorsement of honesty in government, and a corresponding lower tolerance of corruption. 4) Greater emphasis on competence, especially in the field of governmental activities. 5) Stronger emphasis on national integrity, with growing antipathy toward Soviet and Chinese subversive activities. 6) Less emotional atmosphere in some cases, permitting more practical cooperation with the former metropolises and the United States.“<sup>364</sup>

## **5. Die USA und panafrikanische Initiativen, 1957-1960**

Nach der Unabhängigkeit Ghanas bemühte sich Nkrumah mit großem Engagement, die bereits während seiner Studienzeit entwickelten Ideen für ein geeintes Afrika umzusetzen. Die neue ghanaische Verfassung von 1960 beinhaltete ausdrücklich die Möglichkeit, die Souveränität des Landes zugunsten eines größeren politischen Verbandes aufzugeben. Führende Persönlichkeiten der panafrikanischen Bewegung wie George Padmore und W. E. B. Du Bois reisten auf Einladung Nkrumahs nach Ghana, um ihn bei der Realisierung seiner Vorstellungen zu unterstützen. In seinen Augen waren die Gründung eines afrikanischen Bundesstaates und die Aufhebung der Kolonialgrenzen, die keine Rücksicht auf wirtschaftliche Gegebenheiten nahmen, die einzige Möglichkeit, um die Armut in Afrika zu überwinden.<sup>365</sup> Er war überzeugt, dass keine Zeit

---

<sup>364</sup> Memorandum From the Deputy Assistant Secretary of State for African Affairs (Fredericks) to Secretary of State Rusk, Subject: Opportunities in the New African Situation, 5.3.1966, in: FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, S. 320ff., S. 320. Siehe auch die Berichterstattung in den US-Medien: „All too often the Army is the most stable, best educated and most economically secure element, the group best prepared to govern where there is no tradition of experience of self-rule.“ (*The Baltimore Sun*, 25.1.1966, in: Personal Papers of Franklin H. Williams, Box 2, LBJL). Zu Militärcoups kam es Mitte der 1960er Jahre beispielsweise in Algerien (19.6.1965), im Kongo (25.11.1965), in Dahomey/Benin (28.12.1965), in Obervolta/Burkina Faso (3.1.1966) und in Nigeria (15.1.1966).

<sup>365</sup> Siehe Kofi Buenor Hadjor: „[Nkrumah felt that] Ghana, like other African nations, was an artificial creation of imperialism. (...) Divided into individual nations, Africa could not prosper.

verloren werden durfte, um eine solche Union umzusetzen, „since the delay would allow the existing arrangements in Africa to crystallize, thus creating indigenous vested interests around the status quo”.<sup>366</sup> Die Realisierbarkeit eines panafrikanischen Bundesstaates stand für ihn außer Zweifel. Immer wieder erklärte er: „This is not an idle dream. It is not impossible. I see it; I feel it (...)”.<sup>367</sup> Da er den afrikanischen Kontinent als eine territoriale Einheit betrachtete, war in Nkrumahs Weltbild das Schicksal der übrigen Kolonien untrennbar mit den ghanaischen Interessen verbunden. Während seiner Rede bei der Unabhängigkeitsfeier in Accra rief er den Menschen zu: „[O]ur independence is meaningless unless it is linked up with the liberation of the other territories in Africa.”<sup>368</sup> Mit Hilfe von George Padmore organisierte Nkrumah verschiedene Konferenzen, um die Aktivitäten der Befreiungsbewegungen stärker zu koordinieren und die Solidarität unter den bereits unabhängigen Ländern zu verbessern. Im März 1958 fand in Accra die erste *Conference of Independent African States* (CIAS) statt, die die Führer der wenigen souveränen afrikanischen Staaten zusammenbrachte und Grundlagen für regelmäßige Konsultationen schuf. Im Dezember 1958 folgte die *All African People's Conference* (AAPC), zu der Mitglieder der Befreiungsbewegungen aus allen Teilen Afrikas eingeladen wurden. Die Tagung gab den Nationalisten die Möglichkeit zu einem intensiven Erfahrungsaustausch mit Aktivisten aus anderen Kolonien. Gespräche mit Vertretern der ghanaischen Regierung, die über die Erfolge des Unabhängigkeitskampfes in der Goldküste berichteten, vermittelten vielen Teilnehmern ein neues Gefühl der Hoffnung und der Zuversicht. David Birmingham, der eine der einflussreichsten Nkrumah-Biographien geschrieben hat, betont in seiner Studie:

„Ambitious but little-known young men made their way to Accra to meet like-minded political novices from other colonies. For the first time they could see what independence meant in Africa, they could dream of liberation as a proximate reality, they could feel the pulse of a whole continent. (...) Within months of the conference local leaders such as

---

African countries on their own lacked the strength to withstand Western interests. Only if Africa functioned as one large unit could it develop into a modern industrialised continent.“ (Kofi Buenor Hadjor, *Nkrumah and Ghana: The Dilemma of Post-Colonial Power*. London 1988, S. 79).

<sup>366</sup> Nkrumah in einem Interview im Mai 1965, zit. nach Olajide Aluko, *Ghana and Nigeria 1957-1970: A Study in Inter-African Discord*. London 1976, S. 107.

<sup>367</sup> Nkrumah, 1963, zit. nach Mahoney, *Ordeal*, S. 158.

<sup>368</sup> Zit. nach Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 158.

Lumumba of Zaire, Mboya of Kenya, and Kaunda of Zambia had become African idols.”<sup>369</sup>

Im April 1960 eröffnete Nkrumah eine *Positive Action and African Security-Konferenz* für die Entwicklung neuer Strategien im Kampf gegen die Apartheid in Südafrika und die französischen Atomtests in der Sahara. Ein neues *Bureau of African Affairs* sollte die ghanaischen Unterstützungsmaßnahmen für die afrikanischen Befreiungsbewegungen besser koordinieren und die Lieferung von Hilfsgütern (in erster Linie Geld und Medizin) an die *freedom fighters* organisieren. In Accra entstand ein *African Affairs Center*, das antikolonialistischen Aktivisten Unterkunft und Verpflegung bot und Seminare über Taktiken des gewaltfreien Widerstandes veranstaltete.<sup>370</sup>

Nach intensiven diplomatischen Bemühungen gelang es Nkrumah 1960, Guinea und Mali zum Abschluss eines gemeinsamen Staatenbündnisses mit Ghana zu bewegen. Die Ghana-Guinea-Mali-Union stellte seiner Ansicht nach einen ersten wichtigen Schritt für die Realisierung eines panafrikanischen Bundesstaates dar. Ausgangspunkt für das neue Bündnis war ein bereits seit Mai 1959 existierender Vertrag zwischen Ghana und Guinea, der eine enge Zusammenarbeit der beiden Staaten im Bereich der Wirtschaft und der Außenpolitik vorsah.<sup>371</sup> Der kongolesische Premierminister Patrice Lumumba signalisierte 1960 ebenfalls sein Interesse an einer Union mit Ghana und bestärkte Nkrumah damit in seiner Hoffnung auf eine baldige Umsetzung einer panafrikanischen Union. Die Ghana-Guinea-Mali-Union blieb jedoch – ebenso wie das Bündnis zwischen Ghana und Guinea – im Wesentlichen eine reine Papierorganisation. In vielen wichtigen Fragen wie beispielsweise dem Aufbau einer gemeinsamen Bank und einer

---

<sup>369</sup> Birmingham, *The Father of African Nationalism*, S. 100f.

<sup>370</sup> Weitere Informationen über die Aufgaben und die Organisation des *Bureau of African Affairs* und des *African Affairs Center* finden sich in Michael Dei-Anang, *The Administration of Ghana's Foreign Relations, 1957-1965: A Personal Memoir*. London 1975, S. 27 und Aluko, *Ghana and Nigeria*, S. 90. Zu den Protesten in Afrika gegen die französischen Atomtests siehe Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 347f.

<sup>371</sup> Die guineische Regierung hatte zuvor ein ghanaisches Kreditangebot über 10 Millionen ghanaische Pfund angenommen, das dazu beitragen sollte, die finanzielle Krise im Land, die durch den Bruch mit Frankreich entstanden war, zu mildern. Nachdem sich die Bevölkerung von Guinea in einem Referendum vom September 1958 gegen den Verbleib in einer Staatengemeinschaft mit Frankreich entschieden hatte, hatte die französische Regierung alle Unterstützungsmaßnahmen für Guinea gestrichen. Bis 1961 wurde allerdings nur die Hälfte des in Aussicht gestellten Kredites ausgezahlt (siehe dazu Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 322ff.; Thompson, *Ghana's Foreign Policy*, S. 202f.). Informationen über die Vereinbarungen zwischen Ghana, Guinea und Mali, die ebenfalls eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik vorsahen, finden sich in ebd., S. 150ff.

gemeinsamen Währung wurden keine Übereinstimmungen erzielt. Die fehlenden Landverbindungen zwischen Ghana und Guinea/Mali sowie die Sprachbarrieren zwischen Ghana und den ehemals französischen Kolonien erschwerten die Kommunikation.<sup>372</sup>

Nkrumahs Entschlossenheit und die Breite seiner Initiativen wurden von den Mitgliedern der Eisenhower-Administration zunächst massiv unterschätzt. Die meisten US-Politiker besaßen nur ungenaue Vorstellungen von den Zielen der *All African People's Conference* oder der *Conference of Independent African States*. Da Nkrumah in der Zeit unmittelbar nach der ghanaischen Unabhängigkeit als ein prowestlicher Staatsmann galt, wurde der ghanaische Panafricanismus zunächst nicht als eine Gefahr für den westlichen Einfluss in Afrika perzipiert. Mitarbeiter des *State Department* gingen davon aus, dass sie Nkrumahs Vorgehen beeinflussen und seine panafricanischen Ideen für die Interessen der USA instrumentalisieren konnten. Sie hofften, dass ein starker ghanaischer Einfluss in Afrika die Machtstellung des ägyptischen Präsidenten Gamal Abd el-Nasser begrenzen würde und dass eine verbesserte Kooperation zwischen den unabhängigen Staaten die afrikanische Widerstandsfähigkeit gegenüber kommunistischen Intrigen verbessern würde. Nasser galt in den USA, u.a. aufgrund der Annahme sowjetischer Wirtschaftshilfe und der Verstaatlichung der Suez-Kanal-Gesellschaft im Jahr 1956, als ein gefährlicher prosovietischer Extremist.<sup>373</sup> US-Politiker befürchteten, dass Nasser gerade in den moslemischen Teilen Afrikas gute Möglichkeiten hatte, die Menschen gegen den Westen aufzuhetzen. Verglichen mit der Vorstellung einer ägyptischen Führungsrolle in Afrika war „[t]he brand of Pan-Africanism promoted by Nkrumah“ aus amerikanischer Sicht eine harmlose Angelegenheit.<sup>374</sup> Britische Afrikaexperten

---

<sup>372</sup> Eine gute Zusammenfassung der Hindernisse für den Aufbau der Ghana-Guinea bzw. der Ghana-Guinea-Mali-Union bietet Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 325ff.

<sup>373</sup> Informationen über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Nasser und den USA finden sich in Henry W. Brands, *The Specter of Neutralism. The United States and the Emergence of the Third World, 1947-1960*. New York 1989 und Gail E. Meyer, *Egypt and the United States. The Formative Years*. Cranbury 1980.

<sup>374</sup> Department of State Instruction (CA 8384), Subject: Pan-African Conference at Accra, April 5, 1958, 28.3.1958, in: RG 59, Miscellaneous Records of the Bureau of Public Affairs, 1944-1962, Policy Information Statements and Information Guides of the Policy Plans and Guidance Staff, Lot 62D370, Box 102, NA. Mitarbeiter der USIA betonten: „[The] example of a newly emerging nation (...) eschewing too close ties with the Soviet Bloc, is one which can be very useful to U.S. objectives for the entire continent.“ (Telegram From USIS Accra (Erstein) to USIA Washington,

bestätigten diese Einschätzungen: „[W]e can make positive use of the movement to woo Africans away from both Moscow and Cairo.“<sup>375</sup> Die weit verbreitete Überzeugung, dass Politiker aus dem subsaharischen Afrika im Gegensatz zu den Vertretern der ‘weiter entwickelten’ nordafrikanischen Staaten nicht in der Lage waren, einflussreiche und schlagkräftige Organisationen aufzubauen, führte ebenfalls dazu, dass die Entscheidungsträger in Washington Nkrumahs Initiativen zunächst keine besondere Bedeutung beimaßen. Die US-Diplomaten in Accra betonten: „[Nkrumah] lacks the (...) diplomatic finesse to play the role he dreams for himself in Pan-African affairs. He has none of the methodicalness or patience which distinguished a Bismarck or Cavour.“<sup>376</sup> John Foster Dulles und andere führende Mitarbeiter im *State Department* forderten daher, Nkrumahs Initiativen nicht zu blockieren, sondern in eine „constructive direction“ zu lenken.<sup>377</sup> Vertreter der amerikanischen Regierung und der amerikanischen Gewerkschaften reisten als Beobachter zur *All-African People’s Conference*, um die Konferenzteilnehmer daran zu erinnern, dass nur ein „statesmanlike approach to controversial issues“ und eine Distanzierung von radikalen Forderungen ein ‘wirkungsvolles Vorgehen’ gegen den Kolonialismus versprach.<sup>378</sup>

---

Subject: Country Plan for Ghana, 24.6.1960, in: RG 306, Records Relating to Exhibits in Foreign Countries, 1955-1967, Box 3, ebd.

<sup>375</sup> Stellungnahme des *Foreign Office* vom Juni 1959, zit. nach Füredi, *The New Ideology of Imperialism*, S. 73.

<sup>376</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Rutter) to the Department of State, Subject: Weakness in the Ghana Government, 10.6.1959, in: RG 59, Central Files, 745j00/6-1059, NA. Siehe auch Memorandum From the Office of Research and Intelligence, Subject: An Estimate of the Situation in Africa in 1961, 21.10.1958, in: RG 306, Office of Research, Special ‘S’ Reports, 1953-1963, Box 15, ebd.

<sup>377</sup> Department of State Instruction (CA 8384), Subject: Pan-African Conference at Accra, April 5, 1958, 28.3.1958, in: RG 59, Miscellaneous Records of the Bureau of Public Affairs, 1944-1962, Policy Information Statements and Information Guides of the Policy Plans and Guidance Staff, Lot 62D370, Box 102, ebd. Siehe auch Memorandum From the Operations Coordinating Board, Subject: Operations Plan for Ghana, 23.1.1959, ebd., Lot 62D430, Box 14; Briefing Paper for the US-UK Working Group Meeting, London, November 9 - 11, 1959, Subject: Recommended U.S. Position regarding Pan-African Movements, 30.10.1959, ebd., Lot 62D136, Box 87.

<sup>378</sup> Department of State Instruction (CA 3118), Subject: The All African People’s Conference, 2.10.1958, ebd., Lot 62D370, Box 102. Deutlich wird die Position der US-Regierung auch in den vom *State Department* ausgegebenen Richtlinien für öffentlichen Stellungnahmen über die Bedeutung der Konferenz: „The United States will follow the proceedings of the Conference with great interest and will view with sympathy *constructive efforts* by the delegates to develop a *true* ‘African personality’ and to evolve plans for the *orderly evolution* of the continent toward the objectives of self-government and *eventual* autonomy.“ (Department of State Instruction (CA 495), Subject: The All African People’s Conference, 16.7.1958, ebd., Hervorhebungen durch W.B.). Zu den wichtigsten amerikanischen Beobachtern bei der AAPC zählte Irving Brown von der AFL-CIO (siehe Teil 5, Kapitel 4.3).

## 6. Der Ausbau der ghanaisch-amerikanischen Beziehungen: Das Voltaprojekt, 1957-1960

Die anfängliche Sympathie, mit der US-Politiker die Entwicklungen in Ghana beobachteten, spiegelte sich auch in der Intensivierung der bilateralen Beziehungen. Die Mitglieder der Eisenhower-Administration waren entschlossen, den ghanaischen Präsidenten durch das Angebot amerikanischer Entwicklungshilfe in seiner kooperativen Haltung gegenüber dem Westen zu bestärken und weiter für die USA einzunehmen. Das amerikanische Engagement sollte allerdings nach Ansicht außenpolitischer Experten auf kleine, eher symbolische Projekte beschränkt bleiben, die keinen besonderen Kostenaufwand erforderten. Für größere, substanziellere Investitionen in Ghana sahen die Mitarbeiter des *State Department* und des Weißen Hauses keine Notwendigkeit. 1957 wurden zwei amerikanische Hilfsprogramme zur Unterstützung der ghanaischen Landwirtschafts- und Gemeindeentwicklung in die Wege geleitet. Projekte im Rahmen der technischen Zusammenarbeit erforderten einen vergleichsweise geringen Kapitalaufwand und galten daher als geeignete Maßnahmen, um die amerikanischen Beziehungen mit den neuen Staaten in Afrika auszubauen, ohne die US-Staatskassen übermäßig zu belasten. 1958 wurden Ghana 5.000 Tonnen Mais aus dem *Food for Peace Program* (PL 480) zur Verfügung gestellt, um Ernährungsengpässen nach einer Dürre im Norden der Republik entgegenzuwirken.<sup>379</sup> Im Juli desselben Jahres wurde Nkrumah zu einem Staatsbesuch ins Weiße Haus eingeladen, um der „flattering attention“ durch den Ostblock entgegenzuwirken und die amerikanische Sympathie gegenüber den Entwicklungen in Ghana herauszustellen.<sup>380</sup>

---

<sup>379</sup> Zum *Food for Peace Program*, das der Überschussverwertung in den Vereinigten Staaten diene, siehe Baumann, *John F. Kennedy und 'Foreign Aid'*, S. 207ff. Informationen zu den ersten US-Hilfsprojekten in Ghana finden sich in Memorandum From the U.S. Council on Foreign Economic Policy, Subject: Condensed Version of Pertinent Economic Information – Ghana, undated, in: USCFEP, Office of the Chairman, Records, 1954-1961, Randall Series, Trips Subseries, Box 3, DDEL.

<sup>380</sup> Memorandum From Secretary of State Dulles to President Eisenhower, Subject: Official Visit by Prime Minister Nkrumah of Ghana, 19.7.1958, in: AWF, International Series, Ghana, Box 16, ebd. Zum Treffen zwischen Eisenhower und Nkrumah siehe Memorandum of Conversation, Subject: Prime Minister Nkrumah's Talk with the President, 23.7.1958, in: FRUS, 1958-1960, Vol. XIV, S. 646f.; Memorandum of Conversation, Subject: Prime Minister Nkrumah's Talk (Second) with the President, 24.7.1958, ebd., S. 647ff.

Nkrumah zeigte großes Interesse an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den USA. Er erhoffte sich von der US-Regierung vor allem Unterstützung für den Bau eines Staudamms, der am Voltafluss entstehen sollte. Das *Volta River Project* nahm einen zentralen Platz in Nkrumahs entwicklungspolitischen und wirtschaftsstrategischen Plänen ein. Der Staudamm sollte die notwendige Energie für die Industrialisierung des Landes liefern und damit die wirtschaftliche Unabhängigkeit Ghanas einleiten. Ein integrierter Bestandteil des *Volta River Project* war der Aufbau einer Aluminiumschmelzhütte, die mit Hilfe der Wasserkraft die großen ghanaischen Bauxitvorkommen verarbeiten sollte [Bauxit ist der Grundstoff für Aluminiumoxyd]. In der Entwicklung einer integrierten Aluminiumindustrie sah Nkrumah einen sicheren Weg, um die Abhängigkeit der ehemaligen Goldküste vom Export landwirtschaftlicher Produkte zu beenden. Die Wasserkraft sollte zudem weite Teile Ghanas mit Strom versorgen, um so die Basis für den Aufbau weiterer Industrien zu legen und die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern. Bereits 1951 war das Voltaprojekt ein wichtiger Punkt im Wahlkampfmanifest der CPP. 1952 wurden erste Verhandlungen mit der britischen Kolonialregierung, der *Aluminium Company of Canada* und der *British Aluminium Company Ltd.* eingeleitet, um Möglichkeiten für eine Realisierung des Staudammes und der Aluminiumschmelzhütte zu sondieren. Sowohl London als auch die beiden Aluminiumgesellschaften signalisierten zunächst ihr grundsätzliches Interesse an einer Beteiligung an dem Projekt. Sie verlangten jedoch vorab eine detaillierte Untersuchung, die die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens unter Beweis stellen sollte. Die Evaluierung des Staudamm-Projekts durch eine Kommission unter der Leitung des Kanadiers Sir Robert Jackson zog sich mehrere Jahre hin. Da Nkrumah nicht bereit war, das Ende der Überprüfung abzuwarten, begann er bereits vorab erste Vorbereitungen, wie den Bau eines Tiefseehafens in Tema, einzuleiten.

Die Ergebnisse der Jackson-Kommission lagen erst im Januar 1956 vor. Der Jackson-Report bestätigte zwar die Wirtschaftlichkeit des geplanten Unternehmens, doch in den vergangenen vier Jahren war der internationale Bedarf an Aluminium durch den Anstieg der weltweiten Produktion erheblich zurückgegangen. Großbritannien und die beiden Aluminiumkonzerne hatten daher nur noch wenig Interesse an dem Aufbau einer Aluminiumindustrie in Ghana. Auch aufgrund der unmittelbar bevorstehenden Unabhängigkeit der Kolonie

schreckten viele britische Politiker davor zurück, größere Summen in die ghanaische Wirtschaft zu investieren. Sie signalisierten Nkrumah, dass Großbritannien nur noch unter besonders günstigen Bedingungen – wie beispielsweise einer Mitfinanzierung des Vorhabens durch die Weltbank – an einer Beteiligung interessiert sei. Die Weltbankexperten zeigten aufgrund des rückläufigen internationalen Bedarfs an Aluminium jedoch wenig Interesse an dem Projekt.<sup>381</sup>

Nachdem sich das Scheitern der Verhandlungen mit Großbritannien abzeichnete, wandte sich Nkrumah 1957 an die USA. Die Eisenhower-Administration reagierte mit großer Zurückhaltung auf die Vorstöße der ghanaischen Regierung. Die finanziellen Mittel, die für die Umsetzung des Staudamms erforderlich waren, überstiegen bei weitem das Budget, das die US-Regierung in den Ausbau der ghanaisch-amerikanischen Beziehungen investieren wollte. Die Verantwortlichen in Washington bemühten sich daher, Nkrumah von einem generellen Interesse der USA zu überzeugen, aber konkrete Zusagen zu vermeiden. Im Oktober 1957 versprach Eisenhower dem ghanaischen Finanzminister Komal A. Gbedemah, die Pläne für das Voltaprojekt einer genauen Überprüfung zu unterziehen. Eisenhowers Worte zielten jedoch in erster Linie darauf ab, die Wut des ghanaischen Finanzministers, dem auf dem Weg von New York nach Washington D.C. aufgrund seiner Hautfarbe die Bedienung in einem Restaurant verweigert worden war, zu besänftigen. Dieser Vorfall war auch der Grund, warum Gbedemah eine Audienz bei Eisenhower gewährt worden war. Die US-Regierung hatte nicht damit gerechnet, dass die Entscheidungsträger in Accra unmittelbar auf die Zusicherung Eisenhowers reagieren würden, und war überrascht, als Nkrumah dem Präsidenten wenige Tage nach dem Gespräch mit Gbedemah detaillierte Informationen über das Projekt zukommen ließ. Eine umfangreiche amerikanische Finanzbeteiligung an dem Staudammbau war zu diesem Zeitpunkt nicht

---

<sup>381</sup> Im März 1958 kam es zum endgültigen Scheitern der Verhandlungen zwischen Ghana, der britischen Regierung und den beiden Aluminiumkonzernen, nachdem die *Aluminium Company of Canada* offiziell ihren Rückzug aus den Gesprächen erklärt hatte. Detaillierte Informationen über das Voltaprojekt finden sich in David Hart, *The Volta River Project. A Case Study in Politics and Technology*. Edinburgh 1980; ders., „The Political Economy of a Development Scheme: The Volta River Project“, in: *International Relations* 6 (1978), S. 245-256; Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 226ff.

geplant.<sup>382</sup> Auch während des Staatsbesuchs im Juli 1959 gelang es Nkrumah nicht, Eisenhower zu einer definitiven Zusage zu bewegen.

Ein sowjetisches Kreditangebot an die ghanaische Regierung im Sommer 1960 brachte jedoch schließlich die Wende. Die Situation löste innerhalb des *State Department* Erinnerungen an die Entwicklungen in Ägypten 1956 aus. Nachdem Nasser die diplomatische Anerkennung der Volksrepublik China beschlossen hatte, hatte die US-Regierung die Verhandlungen über eine amerikanische Unterstützung beim Bau des Assuan-Staudammes abgebrochen. Nasser hatte daraufhin den Suez-Kanal verstaatlicht und die Hilfe der Sowjetunion angenommen, um den Bau des Staudammes trotz des amerikanischen Rückzuges zu realisieren.

Viele außenpolitische Experten in Washington setzten sich nun dafür ein, Nkrumah entgegenzukommen, um seinen Übertritt in das Lager der Sowjetunion zu verhindern. Im August 1960 stellte Eisenhower der ghanaischen Regierung ein Darlehen in Höhe von 30 Millionen US-Dollar in Aussicht.<sup>383</sup> Das Angebot wurde jedoch mit Bedingungen verbunden, die sicherstellten, dass die amerikanische Aluminiumindustrie von dem Bau des Projekts profitieren konnte. Eine Einigung mit der *Volta Aluminium Company Ltd.* (VALCO) über den Bau der geplanten Schmelzanlage wurde zur Voraussetzung für die Unterstützung durch die amerikanische Regierung erklärt. Die VALCO war ein Zusammenschluss verschiedener Aluminiumkonzerne unter der Führung der *Kaiser Aluminium and Chemical Corporation*.<sup>384</sup> Die *Kaiser Corporation* war von der US-Regierung im Juli 1958 mit einer Studie über die Wirtschaftlichkeit des Voltaprojekts beauftragt

---

<sup>382</sup> Siehe Telegram From Secretary of State Dulles to the Embassy in Ghana, 9.10.1957, in: FRUS, 1955-1957, Vol. XVIII, S. 379; Letter From President Nkrumah to President Eisenhower, 17.10.1957, in: AWF, International Series, Ghana, Box 16, DDEL; Letter From President Nkrumah to President Eisenhower, 12.11.1957, in: FRUS, 1955-1957, Vol. XVIII, S. 384ff.

<sup>383</sup> Siehe Letter From President Eisenhower to President Nkrumah, 7.8.1960, in: FRUS, 1958-1960, Vol. XIV, S. 657f. Der *Development Loan Fund* sollte 20 Millionen US-Dollar als ein 30-Jahres-Darlehen zu einem Zinssatz von 3,5 % bereitstellen. Die restlichen 10 Millionen US-Dollar sollten von der Export-Import-Bank kommen, als ein 25-Jahres-Darlehen zu 5,75 % Zins. Die ghanaische Regierung wollte selber 98 Millionen US-Dollar in das Projekt investieren. Zur amerikanischen Entscheidung für das Voltaprojekt siehe auch Noer, „The New Frontier and African Neutralism“, S. 62ff.; Kojo Arthur, „Ghana’s Independence or Valco?“, in: *Counter-Spy* 4 (1980), S. 25-32.

<sup>384</sup> Neben der *Kaiser Corporation* waren vier weitere Aluminiumkonzerne an der VALCO beteiligt. Bis auf *Reynold Metals* zogen sich diese allerdings bis 1961 wieder aus dem Zusammenschluss zurück. *Reynold Metals* war an der VALCO allerdings nur mit 10 % beteiligt und nahm im Vergleich zur *Kaiser Corporation* wenig Einfluss auf das Vorgehen der VALCO (siehe Hart, *The Volta River Project*, S. 27). Weitere Informationen über die *Kaiser Corporation*,

worden und signalisierte seitdem ihr Interesse an dem Bau der mit dem Voltadamm verbundenen Aluminiumschmelzhütte. Im November 1960 kam es zur Einigung zwischen der VALCO und der ghanaischen Regierung. Aufgrund der mit dem Angebot der Eisenhower-Administration verbundenen Bedingung und dem Mangel an alternativen Investoren hatte die VALCO weitreichende Möglichkeiten, ihre Interessen bei den Verhandlungen durchzusetzen. Um das Projekt nicht zu gefährden, sah sich Nkrumah zu einer Reihe von Zugeständnissen gezwungen. Im *Master Agreement* vom November 1960 wurden der VALCO eine 10-jährige Steuerfreiheit und erhebliche Zollvergünstigungen zugesichert. Weder Importe noch Exporte sollten innerhalb der nächsten drei Jahrzehnte Kontrollen oder fiskalischen Belastungen unterworfen werden. Die VALCO beanspruchte zwei Drittel der vom Staudamm produzierten Wasserkraft und sollte dafür einen Preis zahlen, der nur knapp über den Herstellungskosten lag. Der ghanaischen Regierung gelang es weder ihre Forderung nach einer vierzigprozentigen Beteiligung an der VALCO durchzusetzen noch die Aluminium-Konzerne darauf zu verpflichten, ghanaische Rohstoffe zu verarbeiten. Stattdessen sollte die Aluminiumschmelzhütte zumindest in den ersten 10 Jahren dazu dienen, Bauxit aus den Minen der *Kaiser Corporation* in Jamaika zu verarbeiten, das nach den Bestimmungen des *Master Agreement* zollfrei nach Ghana eingeführt werden konnte.<sup>385</sup> Der ghanaischen Regierung kam damit die Rolle eines billigen Stromanbieters für die amerikanische Aluminiumindustrie zu. Noch im März 1959 hatte Nkrumah ähnliche Vorschläge strikt abgelehnt. Wissenschaftler betonen heute:

„For Valco (...) it was a deal made in business heaven; for the Ghanaian government, however, it meant the relegating of its economic and industrial priorities to the background.” – „Nkrumah was an early victim of the capitalist realization that lending to the Third World could be extremely profitable and that debtor nations in Africa had little political power with which to protect themselves. (...) The strings (...) were firmly attached: the corporation would not be interested in the project if it were

---

ein Aluminiumgigant mit Sitz in Kalifornien, finden sich ebd., S. 46ff.; Philip Siekman, „Edgar Kaiser’s Gamble in Africa“, in: *Fortune*, November 1961, S. 128-131, 199-206.

<sup>385</sup> Sprecher der VALCO betonten, dass der Verzicht auf die ursprünglich geplante Bauxitförderung und -verarbeitung notwendig sei, um die Kosten für das Projekt auf ein ‘realistisches’ Maß zu senken (siehe Hart, *The Volta River Project*, S. 249; Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 242ff.).

to be an integrated industrial complex under the actual or potential control of indigenous politicians.”<sup>386</sup>

Trotz der ungünstigen Bedingungen zeigte sich Nkrumah erleichtert, nach einem Jahrzehnt der Verhandlungen endlich mit der Realisierung des Staudammprojekts beginnen zu können. Auch die Weltbank hatte aus Angst vor einer sowjetischen Beteiligung am Voltavorhaben ihre ursprünglich ablehnende Haltung aufgegeben und der ghanaischen Regierung ein Darlehen in Höhe von 40 Millionen US-Dollar bewilligt. Daraufhin erklärte sich auch Großbritannien bereit, 14 Millionen US-Dollar für die Verwirklichung des Projekts zur Verfügung zu stellen.<sup>387</sup>

Die Umsetzung des *Volta River Project* schien jedoch nur wenige Wochen später erneut in Frage zu stehen, da in Washington zunehmend Zweifel an der prowestlichen Orientierung Nkrumahs aufkamen, der sich Ende des Jahres 1960 stärker im Lager der blockfreien Staaten zu positionieren begann.

## **7. Die USA und die Bewegung der Blockfreien**

### **7.1. Entstehung und Ziele der Bewegung**

Die Blockfreienbewegung bezeichnet im Kern eine Solidaritätsbewegung afroasiatischer Staaten, die sich nicht länger mit ihrer peripheren Stellung in der Weltpolitik und der Weltwirtschaft zufrieden geben wollten. 1955 trafen sich in Bandung, Indonesien, 23 asiatische und sechs afrikanische Staaten, die sich kritisch mit ihrer kolonialen Vergangenheit auseinandersetzten und im Interesse ihrer eigenständigen Entwicklung zu einer verstärkten kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit aufriefen. Durch ein gemeinsames Vorgehen

---

<sup>386</sup> Osei, *Recurrence and Change in a Post-Independence African State*, S. 63; Birmingham, *The Father of African Nationalism*, S. 67.

<sup>387</sup> Angaben nach Telegram From the Embassy in Ghana (Flake) to the Department of State, 5.9.1960, in: FRUS, 1958-1960, Vol. XIV, S. 660f.; Memorandum From the Assistant Administrator of the Agency for International Development (Hutchinson) to the Under Secretary of State (Ball), Subject: Ghana and the Volta River Project, 17.1.1964, in: NSF, Ghana, Box 89, LBJL.

wollten die neuen Staaten ihren politischen und wirtschaftlichen Handlungsspielraum gegenüber den westlichen Industriestaaten erweitern und ihren Forderungen nach einer gleichberechtigten Behandlung größeres Gewicht verleihen. Der indische Premierminister Jawaharlal Nehru verkündete nach dem Abschluss der Konferenz: „For too long have we (...) been petitioners in Western courts and chancelleries. That story must now belong to the past. (...) We do not intend to be the playthings of others.“<sup>388</sup> Die in Bandung versammelten Staaten einigten sich zudem auf eine stärkere Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den verbleibenden Kolonien. Eine Mitgliedschaft in den Verteidigungsbündnissen des Ostblocks oder der Westmächte wurde abgelehnt, um eine von den Zwängen des Kalten Krieges unabhängige Politik zu ermöglichen. Sie hofften, stattdessen eine Vermittlerrolle in den Ost-West-Beziehungen einnehmen zu können und forderten ein aktives Mitspracherecht bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen: „[We] consider it essential that the non-aligned countries should participate in solving outstanding international issues concerning peace and security in the world as none of them can remain unaffected by or be indifferent to these issues.“<sup>389</sup> Politiker wie Josip Tito, der Staatschef von Jugoslawien, dem einzigen europäischen Land innerhalb der Blockfreien-Bewegung, kritisierten, „[that] there still prevails, as in the past, the practise, that only the biggest, the most advanced and military [sic] the most powerful countries attempt to make decisions involving the fate of the world.“<sup>390</sup> Der Kalte Krieg wurde von den Blockfreien zu einer Bedrohung für die Sicherheit der gesamten Welt deklariert und verurteilt. Sie verlangten konkrete Maßnahmen von den Großmächten, um die Gefahr einer nuklearen Katastrophe durch das Wettrüsten zwischen Ost und West zu verringern.

Die Entschlossenheit der neuen afroasiatischen Nationen, politische und wirtschaftliche Entscheidungen von den eigenen Interessen und nicht von den

---

<sup>388</sup> Jawaharlal Nehru, zit. nach Lauren, *Power and Prejudice*, S. 223. Zur Entstehung und Entwicklung der Blockfreien-Bewegung siehe Bruno Engel, *Von Belgrad (1961) bis Havanna (1979): Zur Entwicklung der Bewegung blockfreier Staaten*. Köln 1980; Gerhard Baumann, *Die Blockfreien-Bewegung. Konzepte – Analyse – Ausblick*. St. Augustin 1982; Volker Matthies, *Die Blockfreien. Ursprünge, Entwicklung, Konzeptionen*. Opladen 1985.

<sup>389</sup> Zitat aus der Abschlusserklärung der ersten Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten in Belgrad im September 1961, nach Peter Willetts, *The Non-Aligned Movement. The Origins of a Third World Alliance*. London 1978, S. 21.

<sup>390</sup> Rede Titos in Belgrad am 1.9.1961, zit. in Telegram From the Embassy in Yugoslavia (Kennan) to the Department of State, 1.9.1961, in: President's Office Files [POF], Subjects, Box 194, JFKL.

Zielen des einen oder anderen Blocks abhängig zu machen, brachte zumindest in der Theorie eine offene Haltung gegenüber der Sowjetunion mit sich. Die Politik gegenüber den USA bzw. der UdSSR sollte nicht durch die Präferenzen der ehemaligen Kolonialmächte bestimmt werden, sondern davon abhängig gemacht werden, wie sich die beiden Kontrahenten zu den Forderungen der Blockfreien verhielten. Handelsangebote und Entwicklungsprojekte des Ostblocks sollten nach denselben Kriterien bewertet werden wie vergleichbare westliche Initiativen und dazu dienen, die ökonomische Abhängigkeit der neuen Staaten von den ehemaligen Kolonialmächten zu reduzieren. Obwohl die Nichtpaktgebundenen von zeitgenössischen Beobachtern häufig als neutral bezeichnet wurden, grenzten sich die Prinzipien der Blockfreiheit deutlich von der klassischen Neutralität ab. Während die klassische Neutralität Nichteinmischung und Passivität verlangte, erlaubten die Regeln der Blockfreiheit eine temporäre Zusammenarbeit mit einem der beiden verfeindeten Lager, um eigene Interessen durchzusetzen.

## **7.2. Die amerikanische Haltung gegenüber den Blockfreien**

Amerikanische Politiker reagierten mit Skepsis und Ablehnung auf die Formierung der neuen Staatengruppe. Die Weigerung der afroasiatischen Staatsführer, die vom Kalten Krieg vorgegebene bipolare Weltordnung anzuerkennen, stieß auf wenig Verständnis. Forderungen Chruschtschows nach einer gemeinsamen antiimperialistischen Front der blockfreien und der sozialistischen Länder im Februar 1956 verstärkten das amerikanische Misstrauen gegenüber der Blockfreien-Bewegung. Im Juni desselben Jahres bezeichnete der amerikanische Außenminister John Foster Dulles die Blockfreiheit als eine „immoral and shortsighted conception“.<sup>391</sup> Da sich fast alle ehemaligen Kolonien in Afrika und Asien nach der Unabhängigkeit der Gruppe der nichtpaktgebundenen Staaten anschlossen, warnten US-Politiker allerdings seit dem Ende der 1950er Jahre vor einer offenen Zurückweisung der Bewegung. Die

---

<sup>391</sup> John Foster Dulles am 7.6.1956, zit. nach Cecil V. Crabb Jr., „American Diplomatic Tactics and Neutralism“, in: *Political Science Quarterly* 78 (1963), S. 418-443, S. 426.

außenpolitischen Experten in Washington unter Eisenhower und Kennedy befürchteten, dass eine demonstrative Ablehnung der Blockfreiheit eine Anbindung dieser Staatengruppe an das kommunistische Lager provozieren könnte. Kennedy fasste die Situation während einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats mit den Worten zusammen: „We cannot permit all those who call themselves neutrals to join the Communist bloc. Therefore, we must keep our ties with Nasser and other neutralists (...) because, if we lose them, the balance of power could swing against us.“<sup>392</sup>

Die Toleranzbereitschaft der US-Politiker ging jedoch über einen engen Rahmen nicht hinaus. Akzeptiert wurde lediglich die Entschlossenheit der Blockfreien, Distanz zu den westlichen Militärbündnissen zu wahren. Aufgrund der militärischen und wirtschaftlichen Schwäche der neuen Staaten galt ihr Fernbleiben ohnehin nicht als ein besonderer Verlust für die westliche Verteidigungskraft.<sup>393</sup> Die Mitglieder der US-Regierung erwarteten jedoch, dass sich die blockfreien Staaten in allen nichtmilitärischen Fragen entweder weiterhin eng an den Westmächten orientierten oder eine strikte Neutralität einhielten. Die amerikanischen Entscheidungsträger waren weder unter Eisenhower noch unter Kennedy bereit, in einer – wenn auch temporär gedachten – Zusammenarbeit mit der Sowjetunion eine legitime Form der Politik zu sehen. Das *State Department* stellte klar heraus: „[E]ven without formal commitment to the West [they should show] a basic preference for a world of free cooperation (...). [Non-aligned states must be aware] that the Sino-Soviet bloc rather than the West is directly or

---

<sup>392</sup> Remarks of President Kennedy to the 508th Meeting of the National Security Council, 22.1.1963, in: FRUS, 1961-1963, Vol. VIII, S. 460. Zu den Forderungen nach einer pragmatischeren Haltung gegenüber den Blockfreien zur Zeit der Eisenhower-Administration siehe z.B. Memorandum of Discussion at the 375th Meeting of the National Security Council, Subject: U.S. Policy Toward Africa South of the Sahara Prior to Calendar Year 1960, 7.8.1958, in: FRUS, 1958-1960, Vol. XIV, S. 19ff.; Memorandum of Discussion at the 456th Meeting of the National Security Council, Subject: National Security Implications of Future Developments Regarding Africa, 18.8.1960, ebd., S. 147ff. Die Aussagen von Schlesinger und anderen Autoren, die eine wahre „revolution in American attitudes towards the uncommitted world“ unter Kennedy proklamierten (Schlesinger, *Thousand Days*, S. 444), stimmen daher nicht mit der Realität überein.

<sup>393</sup> Mitarbeiter des *Policy Planning Councils* betonten: „[There is no] point in seeking to convert into an ally a weak neutralist state that can contribute nothing to the free world alliance. Such an ally would merely become a new and special area of vulnerability to Communist subversion.“ (Memorandum From the Policy Planning Council, Subject: Neutralism – Suggested United States Policy toward the Uncommitted Nations, 29.5.1961, in: NSF, Policy Planning Series, Box 303, JFKL). Ähnlich äußerten sich außenpolitische Experten der US-Regierung unter Eisenhower, siehe z.B. Memorandum From the Policy Planning Staff, Subject: A Positive New Policy on Neutralism and Neutrality, 25.1.1957, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, 1957-1961, Lot 67D548, Neutralism, Box 123, NA.

indirectly dangerous to their own security.<sup>394</sup> Die Verantwortlichen in Washington waren überzeugt, „[that] the U.S. and the USSR can [not] be weighed in the same scale of international morality and found about equal”.<sup>395</sup> Kritische Stimmen gegenüber der westlichen Politik in der ‘Dritten Welt’ und positive Kommentare über antikolonialistische Äußerungen sowjetischer Politiker wurden als eine Annäherung an das feindliche Lager und damit als eine Verletzung der Blockfreiheit verstanden. Nur Staaten, die weiterhin enge Beziehungen mit den Westmächten unterhielten und Distanz zur Sowjetunion wahrten, erfüllten aus der Sicht der US-Entscheidungsträger die Voraussetzungen für eine blockfreie Politik, da eine Anbindung an den Ostblock im amerikanischen Weltbild mit einem Verlust der Handlungsfreiheit einherging.<sup>396</sup>

Die Bemühungen der Blockfreien, Wirtschaftsangebote aus dem Osten und dem Westen zu berücksichtigen, galten als illegitimer Versuch, mehr Geld aus den westlichen Industrienationen herauszupressen. Formulierungen wie „[they can’t resist the] temptation to play off the West against the Soviet Bloc” ziehen sich wie ein roter Faden durch die amerikanischen Analysen blockfreier Wirtschaftspolitik.<sup>397</sup> Amerikanische Entscheidungsträger stießen sich zudem daran, dass die blockfreien Staaten die europäische Kolonialpolitik scharf kritisierten, das sowjetische Unterdrückungssystem in Osteuropa jedoch höchstens am Rande diskutierten. Viele US-Beobachter sahen hier einen Beweis für die

---

<sup>394</sup> Memorandum From the Department of State, Subject: Guidelines of U.S. Policy and Operations Concerning Africa, 22.9.1961, in: NSF, Box 2, JFKL.

<sup>395</sup> Memorandum From C. D. Jackson, Subject: Intensified Neutralism and Nationalism, 28.1.1957, in: Papers of C. D. Jackson, 1931-1967, DDEL. Siehe auch Memorandum From the Policy Planning Council, Subject: Allies, Neutrals and Adversaries in the Foreign Policy Spectrum, 3.11.1961: „Ultimately even neutrals must choose, not between blocs but between the principles.” (in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, 1957-1961, Lot 67D548, Neutralism, Box 123, NA).

<sup>396</sup> In den Unterlagen des *State Department* finden sich daher immer wieder Kommentare wie: „Because of (...) [Senegal’s] long association with France and the basically pro-Western orientation of its present leadership it is however more *genuinely* neutral than many of the other new African states.“ (Paper Prepared in the Department of State, Subject: Briefing Material for the Assistant Secretary of State for African Affairs (Williams), 3.10.1961, in: RG 59, Records of G. Mennen Williams, 1961-1966, Trips File, Box 22, ebd. (Hervorhebung durch W.B.)). Während Staaten, die eng mit den ehemaligen Kolonialmächten verbunden blieben, als *genuinely* oder *truly non-aligned* galten, wurden Länder mit einer offeneren Haltung gegenüber der Sowjetunion meist als *so-called non-aligned* abgetan (siehe z.B. Telegram From the Embassy in Ghana (Edmundson) to the Department of State, 10.11.1962, in: RG 59, Central Files, 611.45j/11-1962, ebd.).

<sup>397</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Cumming) to the Department of State, Subject: Ghana’s Relations with the Sino-Soviet Bloc, 26.8.1957, ebd., 645j00/8-2657. Die Kommentare über die „natural [African] tendency towards duplicity” erinnern auffällig an die diffamierenden westlichen Bilder von den afrikanischen Nationalisten aus der Zeit des Kolonialismus (Telegram From the Embassy in Ghana (Lamm) to the Department of State, Subject: Ghana’s First Steps on Foreign Policy, 14.3.1957, ebd., 645j00/3-1457).

einseitige, antiwestliche Orientierung der neuen Staatengruppe. Die Fixierung auf den Kalten Krieg und die vergleichsweise positive Perzeption der europäischen Kolonialherrschaft führten dazu, dass amerikanische Politiker nur wenig Verständnis dafür hatten, dass der Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus in den afroasiatischen Staaten oberste Priorität zukam.

Der Anspruch der neuen afroasiatischen Nationen auf eine gleichberechtigte Rolle im internationalen Staatensystem ließ sich nur schwer mit dem rassistischen, kulturell-hierarchischen Weltbild vieler US-Politiker vereinbaren. Gerade bei den Diskussionen mit Repräsentanten der afrikanischen Staaten fiel es amerikanischen Entscheidungsträgern schwer, die anwesenden Politiker und Diplomaten als ebenbürtige Gesprächspartner zu akzeptieren. Der Kindervergleich aus der Kolonialzeit wurde herangezogen, um das Mitspracherecht afrikanischer Politiker bei internationalen Konferenzen und Debatten einzuschränken. Die neuen afrikanischen Staaten wurden als „childlike“ oder „infant nation[s]“ charakterisiert und damit in einen klaren Gegensatz zu den ‘älteren und verantwortungsbewussteren’ westlichen Ländern gestellt.<sup>398</sup> Die amerikanischen Diskussionen über die neue Präsenz der Afrikaner in internationalen Gremien wie der UNO waren durchsetzt mit Kommentaren über die ‘mangelnde Kompetenz’ der afrikanischen Vertreter und ihr fehlendes Gespür für ‘diplomatische Gepflogenheiten’ und ‘internationale Realitäten’. Sie galten als „touchy and difficult“, „emotional“ oder „unsure and volatile“.<sup>399</sup> US-Politiker befürchteten, dass sich die Repräsentanten der afrikanischen Staaten den älteren UNO-Mitgliedern unterlegen fühlten und daher zu gefährlichen Überreaktionen neigten:

„[Many dangers to the normal proceeding of the United Nations stem from the feeling] of deep personal insecurity which many African officials experience as a result of their rapid transformation from men living a tribal life in the bush to officials with responsibility for deciding highly complex questions on which they have very inadequate background. The problem is accentuated by the speed with which political change has occurred in Africa. This sense of insecurity may express itself

---

<sup>398</sup> Memorandum of the Meeting of the Sprague Committee, 1.3.1960, in: Sprague Committee, Records 1959-1961, Box 12, DDEL; Report From the Inspection Staff, Subject: Nigeria, 16.5.1961, in: RG 306, Records of the Inspection Staff, Inspection Reports and Related Records, 1954-1962, E 1045, Box 7, NA. Siehe auch Memorandum From the Policy Planning Council, Subject: Allies, Neutrals and Adversaries in the Foreign Policy Spectrum, 3.11.1961, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, 1957-1961, Lot 67D548, Neutralism, Box 123, ebd.

<sup>399</sup> Ebd.; ebd.; Memorandum From the Policy Planning Council, Subject: U.S. Policy Toward Anticolonialism, 1.12.1961, ebd., Colonialism, Box 117.

in a variety of ways. It may take the form of a great need for reassurance and enhancement of status or the form of violent, highly emotional behavior (...).<sup>400</sup>

Forderungen nach einem größeren Einfluss der afrikanischen Staaten auf die Entscheidungsprozesse innerhalb der UNO wurden als „naive“ und „premature“ abgetan.<sup>401</sup> Eisenhower kokettierte mit der Idee einer Probezeit für die neuen Staaten, um ihre Vertrauenswürdigkeit und ihre politische Intelligenz vor einer endgültigen Aufnahme in die UNO zu testen.<sup>402</sup> Kennedy gab deutlich seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich die neuen Staaten auf ihre inneren Probleme konzentrieren und auf eine Einmischung auf internationaler Ebene verzichten würden.<sup>403</sup> Immer wieder wurde über Möglichkeiten diskutiert, wichtige internationale Fragen in Zukunft in ‘exklusiveren’ Gremien als der UNO zu verhandeln.<sup>404</sup>

Die antikolonialistischen Initiativen der Blockfreien verstärkten die negative Haltung amerikanischer Politiker gegenüber den neuen UNO-Mitgliedern. Der Einsatz afroasiatischer Diplomaten für die Verabschiedung von Resolutionen gegen Kolonialismus und Rassismus behinderte nach Ansicht amerikanischer Kommentatoren die Arbeit der Vereinten Nationen und führte zu einer unzulässigen Vernachlässigung ‘wichtigerer’ Probleme. George W. Ball, ab November 1961 stellvertretender Außenminister der Kennedy-Administration,

---

<sup>400</sup> Memorandum From Robert H. Johnson of the National Security Council Staff to the President’s Deputy Special Assistant for National Security Affairs (Rostow), Subject: Some Thoughts on Africa, 6.3.1961, in: NSF, Africa, Box 2, JFKL.

<sup>401</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Rutter) to the Department of State, Subject: Ghana Today – An Analytical Survey, 18.12.1958, in: RG 59, Central Files, 745j00/12-1858; Telegram From the Embassy in Ghana (Flake) to the Department of State, Subject: Ghana – Nine Months After Independence, 28.1.1958, ebd., 745j00/1-2858.

<sup>402</sup> Siehe Memorandum of Conversation between President Eisenhower, Secretary of State Dulles, Prime Minister Harold Macmillan and Foreign Secretary Selwyn Lloyd (Informal Discussion), 24.3.1957, in: AWF, International Series, Bermuda Conference, March 20 - 24, 1957, Box 3, DDEL.

<sup>403</sup> Siehe Schlesinger, *Thousand Days*, S. 444. Siehe auch Memorandum From the Policy Planning Council, Subject: Neutralism – Suggested United States Policy toward the Uncommitted Nations, 29.5.1961, in: NSF, Policy Planning Series, Box 303, JFKL.

<sup>404</sup> Siehe z.B. Memorandum of Conversation between President Eisenhower, Secretary of State Dulles, Prime Minister Harold Macmillan and Foreign Secretary Selwyn Lloyd (Informal Discussion), 24.3.1957, in: AWF, International Series, Bermuda Conference, March 20 - 24, 1957, Box 3, DDEL. Britische Politiker teilten die amerikanischen Vorbehalte gegenüber einem internationalen Engagement afrikanischer Politiker (siehe ebd. sowie Alan James, *Britain and The Congo Crisis, 1960-1963*. Basingstoke 1996, S. 164).

erinnerte sich in seinen Memoiren:

„[A] swollen freshet of new nations shifted the UN center of gravity from experienced to immature governments and the single-minded zeal of those new leaders distorted United Nations proceedings. (...) [They] reacted by conditioned reflex to almost every issue with anticolonialist rhetoric expressed in an indiscriminate condemnation of the Western powers.“<sup>405</sup>

Einige amerikanische Beobachter führten die antikolonialistischen Aktivitäten der Blockfreien auf psychische Störungen zurück und sprachen von einem „anticolonial spleen“ und den Auswirkungen „syndrome of complexes [and] frustrations (...) attendant on post-colonial adjustment“. Mitarbeiter des politischen Planungstabs im *State Department* resümierten: „[Colonialism serves as a] convenient whipping boy on which to vent their frustrations and rationalize their inadequacies (...).“<sup>406</sup> Durch ihre Forderungen spielten die neuen Staaten nach Einschätzung der US-Experten in erster Linie der Sowjetunion in die Hände, „who seek to utilize anti-colonialism to divide the Western alliance and wrest control of the UN from the West“.<sup>407</sup> Die öffentlichen Beifallsbekundungen der Sowjetunion für das antikolonialistische Auftreten der Blockfreien bestärkten amerikanische Beobachter in ihrer misstrauischen Haltung.

Die neuen amerikanischen Hilfsprojekte zur Unterstützung der blockfreien Staaten, die nach 1960 eingeleitet wurden, waren kein Anzeichen für eine größere Toleranzbereitschaft der US-Regierung gegenüber der Blockfreien-Bewegung.

---

<sup>405</sup> Ball, *Past*, S. 222f.

<sup>406</sup> Alle drei Zitate stammen aus Memorandum From the Policy Planning Council, Subject: U.S. Policy Toward Anticolonialism, 1.12.1961, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, 1957-1961, Lot 67D548, Box 117, NA.

<sup>407</sup> Memorandum From the Policy Planning Council, Subject: Neutralism – Suggested United States Policy toward the Uncommitted Nations, 29.5.1961, in: NSF, Policy Planning Series, Box 303, JFKL. Im US-Kongress wurde zudem häufig die Vermutung geäußert, dass die antikolonialistischen Proklamationen der neuen Staaten ohnehin nur auf den Einfluss der Sowjetunion zurückzuführen waren: „The Kremlin has also *infected* ‘neutralist’ nations with the feeling that colonialism should be abolished immediately, whether the nations to be set free are ready for independence or not.“ (House Subcommittee on Africa of the Committee on Foreign Affairs, Report of the Special Study Mission to Africa South of the Sahara. Chairman Frances P. Bolton. Washington D.C. 1957 (Hervorhebung durch W.B.). Zur Haltung der Sowjetunion gegenüber den blockfreien Staaten siehe Richard W. Mansbach, „The Soviet Union, the United Nations, and the Developing Nations“, in: *The Soviet Union and the Developing Nations*. Hrsg. v. Roger Kanet. Baltimore 1974, S. 237-264. Trotz der nach außen demonstrierten Sympathie für die Blockfreien-Bewegung fiel es auch sowjetischen Politikern schwer, die Existenz einer unabhängigen Staatengruppe mit ihrem Weltbild zu vereinbaren.

Die US-Entwicklungshilfe zielte vielmehr darauf ab, die neuen Staaten enger an den Westen zu binden und die Etablierung eines unabhängigen Blocks zu verhindern. Daher wurden gerade 'gefährdete' Länder, die bereits erste Kontakte zur Sowjetunion geknüpft hatten, zum Ziel amerikanischer Wirtschaftsinitiativen (s. Teil 5, Kapitel 2). Die als prowestlich eingestuften Staaten bekamen deutlich weniger US-Hilfe zugesprochen.<sup>408</sup>

### **7.3. Die Kennedy-Administration und die erste Gipfelkonferenz der Blockfreien, September 1961**

Die Reaktionen amerikanischer Politiker auf die erste Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten in Belgrad vom 1. bis 6. September 1961 spiegelten deutlich die negative Haltung der USA gegenüber der Bewegung. Bereits die Diskussionen im Vorfeld der Konferenz über Möglichkeiten, die Gespräche in Belgrad zu beeinflussen, zeigten, wie wenig die Mitglieder der US-Regierung bereit waren, den blockfreien Staaten ein Recht auf eigenständige Positionen zuzugestehen.<sup>409</sup> Aufgrund der Wiederaufnahme der sowjetischen Atomtests am 1. September 1961 standen der Ost-West-Konflikt und Fragen der Abrüstung im Mittelpunkt der Gipfelkonferenz. Sowohl an die UdSSR als auch an die USA erging der dringende Appell, alle Kernwaffenversuche einzustellen. Das Abschlusskommuniqué der

---

<sup>408</sup> Siehe Tabelle 7 bei Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 270.

<sup>409</sup> Siehe u.a. Memorandum From Robert W. Komer of the National Security Council Staff to the President's Deputy Special Assistant for National Security Affairs (Rostow), Subject: Hand Off the 'Neutral' Conference?, 21.6.1961, in: POF, Staff Memoranda, Robert W. Komer, Box 439, JFKL; Memorandum From the President's Special Assistant (Schlesinger) to President Kennedy, Subject: Belgrade Conference, 8.3.1961, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, 1957-1961, Lot 67D548, Neutralism, Box 123, NA; Memorandum From the Chairman of the Policy Planning Council (McGhee) to the President's Special Assistant (Schlesinger), Subject: Belgrade Conference, 11.8.1961, ebd. Die außenpolitischen Experten im Weißen Haus und im *State Department* drängten allerdings darauf, ausschließlich auf indirekte Beeinflussungsstrategien zurückzugreifen, um keine kontraproduktiven Reaktionen zu provozieren. Kennedys Berater Arthur M. Schlesinger empfahl, afroamerikanische Journalisten anzuwerben, die als Beobachter nach Belgrad reisen und die Debatten im amerikanischen Sinne beeinflussen sollten (siehe ebd.). Während der Diskussionen standen die US-Politiker in engem Kontakt mit Mitgliedern der britischen Regierung, die ebenfalls nach Möglichkeiten suchten, die Vorgänge in Belgrad zu beeinflussen (siehe Memorandum From From Robert W. Komer of the National Security Council Staff, Subject: Conference of Non-aligned States, 4.7.1961, in: POF, Staff Memoranda, Robert W. Komer, Box 439, JFKL).

Konferenz beinhaltete eine generelle Kritik an der Atompolitik der Industriestaaten, verzichtete allerdings auf eine namentliche Verurteilung der Sowjetunion.<sup>410</sup> Amerikanische Beobachter berichteten konsterniert, dass viele afroasiatische Delegierte die sowjetischen Nukleartests auf eine Stufe mit den französischen Atomwaffenversuchen in der Sahara stellten. Der US-Botschafter in Belgrad, George F. Kennan, berichtete: „[They] took pains (...) to refer also to France as one of certain ‘other countries’ which had flaunted world opinion by insisting on proceeding with such experiments of nuclear weapons.”<sup>411</sup> Die Mitglieder der Kennedy-Administration kritisierten zudem, dass die Konferenzteilnehmer dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 nur wenig Aufmerksamkeit schenkten. George Mennen Williams, der Staatssekretär für afrikanische Angelegenheiten, protestierte: „With all the good will in the world, we cannot from our vantage point help but consider certain African nations somewhat unsympathetic in a matter of such profound significance for the future of freedom and self-determination as Berlin so obviously is.”<sup>412</sup> Ähnlich beurteilte die *New York Times* die Vorgänge in Belgrad:

„[T]he ‘Belgrade Charter’ pays lip service to the right of all nations to ‘unity, self-determination and independence’. But like Mr. Khrushchev himself, they uphold this right only where it suits their purposes. They denounce ‘colonialism’ and ‘imperialism’ in Asia, Africa and Latin America but ignore Soviet colonialism throughout Eastern Europe (...).“<sup>413</sup>

Auch Kennedy zeigte sich empört. Gegenüber UN-Botschafter Adlai E. Stevenson betonte er: „The neutrals have been terrible.“ Arthur A. Schlesinger berichtete später: „We all knew how they would have blackened the skies with

---

<sup>410</sup> Zu den Ergebnissen der Konferenz siehe Baumann, *Die Blockfreien-Bewegung*, S. 20ff.; Engel, *Von Belgrad bis Havanna*, S. 25f.

<sup>411</sup> Telegram From the Embassy in Yugoslavia (Kennan) to the Department of State, 1.9.1961, in: POF, Staff Memoranda, Robert W. Komer, Box 439, JFKL.

<sup>412</sup> G. Mennen Williams, „New Impressions of Africa“, in: *Journal of Human Relations* 10 (1962), S. 227-235, S. 229. Williams Stellvertreter J. Wayne Fredericks erklärte die Gipfelkonferenz später zu einer „propaganda-show critical of Western policy and sympathetic to Soviet foreign policy objectives“. (Memorandum From the Deputy Assistant Secretary of State for African Affairs (Fredericks) to the Under Secretary of State for Political Affairs (McGhee), Subject: Accra World Peace Assembly, May 10 - 17, 1962, 20.2.1962, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, Staff Papers, 1956-1962, Lot 62D320, Box 5, NA).

<sup>413</sup> *The New York Times*, 7.9.1961, S. 4.

resolutions if we had been the first to resume; and the contrast drove Kennedy to great and profane acrimony.“<sup>414</sup>

## **8. Vertrauenskrise: Der Zusammenstoß der ghanaisch-amerikanischen Interessen im Kongo**

### **8.1. Der Beginn der Kongo-Krise, Sommer 1960**

Die Kongo-Krise, die seit Sommer 1960 sowohl in Afrika als auch in den USA und Europa große Aufmerksamkeit erregte, wurde zum Auslöser für eine Radikalisierung der ghanaischen Außenpolitik und führte zu einer veränderten Haltung der USA gegenüber Nkrumah.

Die Kolonie Belgisch-Kongo erlangte am 30. Juni 1960 die Unabhängigkeit.<sup>415</sup> Die Belgier waren allerdings trotz des Souveränitätswechsels nicht bereit, die Kontrolle über die ertragreichen Minen in der kongolesischen Provinz Katanga aufzugeben. Die belgische Bergwerksgesellschaft *Union Minière du Haut-Katanga* förderte zu diesem Zeitpunkt mehr als 60 % des globalen Kobaltvorkommens und ca. 10 % des weltweiten Kupferbedarfs. Auch in anderen Bereichen wie dem Militär zeigten die Belgier wenig Neigung, ihre bisherigen Positionen vollständig zu räumen. Anfang Juli 1960 kam es zu einer Meuterei kongolesischer Soldaten. Es folgten Unruhen, die in teilweise gewaltsamen anti-belgischen Demonstrationen mündeten. Um das Eigentum belgischer Staatsbürger im Kongo zu schützen, entschloss sich die Regierung in Brüssel zu einer militärischen Intervention in der ehemaligen Kolonie. Belgische Streitkräfte landeten im Kongo und gingen mit großer Brutalität gegen die kongolesische

---

<sup>414</sup> John F. Kennedy, zit. nach Richard Reeves, *President Kennedy. Profile of Power*. New York 1993, S. 227; Arthur M. Schlesinger, Jr., *A Thousand Days. John F. Kennedy in the White House*. New York 1965, S. 480f. [in der in London erschienenen Ausgabe fehlt das Kapitel „Kennedy and Neutralism: Belgrade“].

<sup>415</sup> Zur Entwicklung der Kongo-Krise und der amerikanischen Kongopolitik liegen mit Mollin, *Die USA und der Kolonialismus* und Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 52ff. zwei gute Darstellungen in deutscher Sprache vor. Zu den neusten Erkenntnissen siehe Ludo de Witte, *The Assassination of Lumumba*. London 2001 bzw. den im Internet veröffentlichten Aufsatz von Stephen R.

Bevölkerung vor. Einige Gebiete wurden de facto wieder der belgischen Kontrolle unterstellt. Der Gouverneur von Katanga, Moïse Tshombe, erklärte – unterstützt von den Belgiern – die Sezession seiner Provinz. Premierminister Patrice Lumumba brach daraufhin die diplomatischen Beziehungen zu Belgien ab und bat die Vereinten Nationen um Hilfe:

„We accuse the Belgium Government of having carefully prepared the secession of Katanga with a view to maintaining a hold on our country. (...) The government, supported by the Congolese people, refuses to accept a *fait accompli* resulting from a conspiracy between Belgian imperialists and a small group of Katanga leaders.“<sup>416</sup>

Gemeinsam mit dem Staatspräsidenten Joseph Kasavubu drängte er die UNO, in die Entwicklungen einzugreifen und einen Rückzug der belgischen Truppen durchzusetzen. Die belgische Intervention sei ein klarer Verstoß gegen den Unabhängigkeitsvertrag und dürfe daher nicht geduldet werden. Lumumbas Appell an die UNO blieb jedoch ohne Erfolg. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen billigte zwar am 14. Juli 1960 die Entsendung einer UNO-Friedenstruppe in den Kongo, ordnete jedoch keine Maßnahmen für eine Beendigung der belgischen Militärpräsenz an. Der von den Amerikanern und Westeuropäern dominierte Sicherheitsrat konnte sich zudem nicht zu einer offiziellen Verurteilung des belgischen Vorgehens durchringen.<sup>417</sup>

Die Unruhen im Kongo und die Übergriffe auf belgische Staatsbürger erfüllten viele westliche Beobachter mit Abscheu. Die Ausschreitungen bestätigten alte Vorurteile von der mangelnden Zivilisation der Afrikaner und der Brutalität der afrikanischen Gesellschaft. Das Eingreifen der belgischen Truppen schien aus westlicher Sicht eine der besten Möglichkeiten, um das Chaos in der ehemaligen Kolonie wieder unter Kontrolle zu bekommen. Viele Amerikaner und Westeuropäer waren an wirtschaftlichen Unternehmungen in Katanga beteiligt und begrüßten daher die von Tshombe und den Belgiern betriebene Abspaltung der Provinz. Der Gouverneur von Katanga war in ihren Augen ein entschieden

---

Weissmann, „U.S. Role in Lumumba Murder Revealed“, 22.7.2002 (<http://allafrica.com/stories/200207220024.html>).

<sup>416</sup> Message From President Kasavubu and Prime Minister Lumumba of the Republic of the Congo to U.N. Secretary-General Hammarskjöld, Subject: Congolese Request For ‘Urgent Dispatch by the United Nations of Military Assistance’, 12.7.1960, in: American Foreign Policy: Current Documents, 1960. Washington D.C. 1964, S. 524.

<sup>417</sup> Lediglich die Sowjetunion sprach sich im UNO-Sicherheitsrat für eine Verurteilung Belgiens aus (siehe FRUS, 1958-1960, Vol. XIV, S. 306, Fußnote 3).

prowestlicher Politiker und sollte daher unterstützt werden.<sup>418</sup> Auch die NATO-Mitgliedschaft Belgiens führte dazu, dass die westlichen UNO-Delegierten nur wenig Interesse an einem harten Vorgehen gegen die Präsenz der belgischen Truppen im Kongo hatten.

Nachdem die erhoffte Unterstützung von Seiten der UNO ausblieb, griff Premierminister Lumumba auf ein Hilfsangebot der Sowjetunion zurück – und löste damit Alarmstimmung in Washington und anderen westlichen Hauptstädten aus. Durch die Annahme des sowjetischen Angebots gab Lumumba aus der Sicht westlicher Beobachter dem Ostblock die Möglichkeit, die Kontrolle über eines der rohstoffreichsten Gebiete Afrikas zu gewinnen. Der Premierminister wurde in den Augen amerikanischer Politiker zu einem gefährlichen Extremisten und Steigbügelhalter der Sowjetunion. CIA-Direktor Allen Dulles bezeichnete ihn als einen afrikanischen „Castro or worse“.<sup>419</sup> Nach Einschätzung Eisenhowers und seiner Berater musste Lumumba beseitigt werden, um den Zugriff der Sowjetunion zu verhindern. Nach einem Treffen des Nationalen Sicherheitsrats am 18. August 1960 informierte Allen Dulles die CIA-Agenten im Kongo: „[Lumumbas] removal must be (...) a high priority of our covert action.“<sup>420</sup>

US-Diplomaten intensivierten ihre Kontakte mit Staatspräsident Kasavubu und bemühten sich, ihn gegen seinen Premierminister einzunehmen. Unter ihrem Einfluss verkündete Kasavubu schließlich am 5. September 1960 die Absetzung Lumumbas. Viele Mitglieder im Parlament sprachen dem Premierminister allerdings weiterhin ihr Vertrauen aus. Es kam zu einem Machtkampf, in dem sich die UNO-Truppen auf die Seite Kasavubus stellten. Aufgrund ihrer

---

<sup>418</sup> Tshombe zeigte sich als entschlossener Antikommunist und sicherte sich dadurch zusätzliche Sympathien unter amerikanischen Beobachtern. In internen Debatten stellten sich viele US-Politiker hinter die Sezessionsbemühungen – „particularly in view of the pro-Western slant of the Katanga Government and the importance of Katanga’s minerals to the West“. (Memorandum From the Assistant Secretary of State for African Affairs (Satterthwaite) to Secretary of State Herter, Subject: Briefing for the National Security Council on the Situation in the Congo, 14.7.1960, in: WHO, Office of the Special Assistant for National Security Affairs, Records, 1952-1961, NSC Series, Briefing Notes Subseries, Box 1, DDEL). Auch in Großbritannien sympathisierten viele Politiker mit Tshombe (siehe James, *Britian and the Congo Crisis*, S. 32; Alain Rouvez, *Disconsolate Empires: French, British and Belgian Miltitary Involvement in Post-Colonial Sub-Saharan Africa*. Lanham 1994, S. 201).

<sup>419</sup> Allen Dulles in Memorandum of Discussion at the 445th Meeting of the National Security Council, 21.7.1960, in: FRUS, 1958-1960, Vol. XIV, S. 338ff., S. 338.

<sup>420</sup> Zit. nach U.S. Congress, Senate, Select Commission To Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities: *Alleged Assassinations Plots Involving Foreign Leaders. An Interim Report (Church Committee Report)*. Washington D.C. 1975, S. 15.

Schlüsselpositionen im UNO-Kongokommando und der Abhängigkeit der Vereinten Nationen von der finanziellen und logistischen Unterstützung der USA, konnten die Amerikaner ihre Vorstellungen über das Vorgehen der Vereinten Nationen im Kongo weitgehend durchsetzen.<sup>421</sup> Die UNO-Truppen sperrten den Flughafen in Leopoldville, der Hauptstadt des Kongos, und verhinderten so, dass Lumumba seine Soldaten für ein Vorgehen gegen Kasavubu zusammenziehen konnte. Dem Premierminister wurde darüber hinaus der Zugang zur Radiostation in Leopoldville verweigert. Er hatte daher große Probleme, seine Anhänger zu erreichen und zu mobilisieren. Die CIA nahm Verbindungen zu Joseph Désiré Mobutu, dem Oberst der kongolesischen Armee, auf, der bereits mit der belgischen Sûreté zusammengearbeitet hatte. Am 14. September 1960 verkündete Mobutu mit Unterstützung des US-Geheimdienstes eine temporäre Machtübernahme der Armee, um die 'Ordnung' im Kongo wieder herzustellen. Mobutu übertrug Kasavubu die Leitung der Regierungsgeschäfte, während Lumumba von der UNO in seinem Haus in Leopoldville praktisch unter Schutzhaft gestellt wurde. Durch die UNO-Überwachung hatte er kaum noch Möglichkeiten, sich frei zu bewegen. Trotz der Proteste vieler afrikanischer Beobachter setzte die UNO keine unmittelbaren Neuwahlen durch. Amerikanische Entscheidungsträger befürchteten, dass Lumumba bei freien Wahlen wieder an die Macht kommen würde und bemühten sich daher, die Wiedereinsetzung des Parlaments hinauszuzögern.

Afrikanische Politiker und Diplomaten protestierten in der UNO gegen die Entmachtung Lumumbas und die Weigerung des Sicherheitsrates, harte Maßnahmen gegen die Sezession Katangas oder die belgische Militärpräsenz einzuleiten. Ihre Initiativen blieben jedoch ohne Erfolg. Während sich westliche Kommentatoren durch den Zusammenbruch der staatlichen Ordnung im Kongo in ihrem Glauben an die mangelnde Zivilisation der Afrikaner bestätigt fühlten, waren die Vorgänge in den Augen vieler afrikanischer Beobachter ein Beweis für den ambivalenten Charakter der Dekolonisation und die unverminderte Machtlosigkeit der ehemaligen Kolonien auf internationaler Ebene.

---

<sup>421</sup> Im sogenannten „Kongo-Klub“ (Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 60), der im UNO-Generalsekretariat die Kongopolitik leitete, saßen neben Hammarskjöld, einem Briten, einem Kanadier und einem Inder drei Amerikaner: Andrew Cordier (Executive-Assistent), Ralph Bunche

## 8.2. Die Auswirkungen der Kongo-Krise auf die amerikanisch-ghanaischen Beziehungen

Nkrumah stand seit der *All African People's Conference* 1958 in engem Kontakt mit Lumumba, den er als einen persönlichen Freund, überzeugten Nationalisten und zukünftigen Partner für die Durchsetzung seiner panafrikanischen Ideen schätzte. Im August 1960 gab Nkrumah bekannt, dass er sich mit Lumumba auf den Aufbau einer kongolesisch-ghanaischen Union geeinigt hatte. Aufgrund der Größe und der Bedeutung des Kongos war diese Vereinbarung in seinen Augen ein entscheidender Schritt zur Realisierung eines afrikanischen Bundesstaates. Nkrumah hatte Lumumba in seinem Entschluss bestärkt, die UNO in den Kongo zu holen. Er setzte zunächst großes Vertrauen in die Vereinten Nationen und bot dem UNO-Kommando seine volle Unterstützung an. Die Beendigung der Krise im Kongo war in seinen Augen eine Angelegenheit von höchster Priorität. Gegenüber der ghanaischen Nationalversammlung betonte Nkrumah: „If we allow the independence of the Congo to be compromised in any way (...), we shall expose the sovereignty and independence of all Africa to grave risk. The struggle of the Congo is therefore our struggle.“<sup>422</sup> Ende Juli befanden sich bereits 2.340 ghanaische Soldaten unter dem Oberkommando der UNO auf kongolesischem Boden. Der Einsatz der UNO auf Seiten Kasavubus und die vorsichtige Haltung des UN-Sicherheitsrates gegenüber Belgien wurden von Nkrumah mit Wut und Fassungslosigkeit zur Kenntnis genommen. In einer Reihe von Telegrammen an die UNO-Zentrale in New York protestierte er gegen die Entwicklungen und forderte eine unmittelbare Wiedereinsetzung Lumumbas als rechtmäßiger Premierminister des Kongo. Er informierte UNO-Generalsekretär Dag Hammarskjöld, dass die ghanaischen Truppen nicht gegen die gewählte kongolesische Regierung eingesetzt werden dürften. Parallel dazu startete er eine diplomatische Offensive, um Kasavubu zu einer Versöhnung mit Lumumba zu bewegen.

---

(Stellvertreter von Hammarskjöld, Leiter der UNO-Operation im Kongo) und Heinz Wieschoff (Sekretär des Afrika-Ausschusses der UNO).

<sup>422</sup> Nkrumah am 8.9.1960, zit. nach ders., *Challenge of the Congo*. New York 1967, S. 29. Zur ghanaischen Politik gegenüber den Entwicklungen im Kongo siehe auch Rooney, *The Political Kingdom in the Third World*, S. 206ff.; Hanisch, *Ghana*, S. 351ff.; Thompson, *Ghana's Foreign Policy*, S. 119ff.; Jitendra Mohan, „Ghana, the Congo and the United Nations“, in: *The Journal of Modern African Studies* 7 (1969), S. 369-406; Ebere Nwaubani, „Eisenhower, Nkrumah and the Congo-Crisis“, in: *Journal of Contemporary History* 36 (2001), S. 599-622.

Nkrumahs Solidarität mit dem 'Extremisten' Lumumba beendete die wohlwollende Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber dem ghanaischen Staatsführer. In den Augen vieler US-Politiker zeigte sich Nkrumah durch seinen Einsatz für Lumumba als ein bereitwilliger Kooperationspartner der Sowjetunion und Gegner einer stabilen Ordnung im Kongo. Der zögerliche Ausbau der sowjetisch-ghanaischen Beziehungen, der sich zeitgleich vollzog, und neue Diskussionen innerhalb der ghanaischen Regierung über einen afrikanischen Sozialismus (s. Kapitel 9) bestätigten nach Ansicht des *State Department* diese Einschätzung.<sup>423</sup> Während die ghanaische Politik Anfang August 1960 in Washington noch als prowestlich orientiert bezeichnet wurde, konstatierten führende Mitglieder der Eisenhower-Administration Mitte September einen „apparent increase [of] Bloc influence [in] Ghana“ und sprachen von einem gefährlichen „drift towards Soviets“.<sup>424</sup> Der schnelle Wandel in der Beurteilung des ghanaischen Staatsführers zeigt deutlich, wie sehr die alten Vorbehalte gegenüber den afrikanischen Nationalisten aus den 1940er und frühen 1950er Jahren noch immer in den Köpfen amerikanischer Beobachter aktiv waren. Nkrumahs Auftritt bei der UNO-Generalversammlung am 23. September 1960 besiegelte den negativen Ruf des ghanaischen Präsidenten in Washington. Nkrumah wollte die UNO-Versammlung, an der auch Eisenhower und Chruschtschow teilnahmen, nutzen, um eine Wende in der Kongopolitik einzuleiten. Am Tag vor seiner Rede traf er sich mit Eisenhower in der Hoffnung, gemeinsam mit dem amerikanischen Präsidenten eine Lösung der Krise zu finden. Er war überzeugt, „that trouble could be ended if USG [United States Government] took vigorous lead in UN to eliminate Belgian influence in Congo and to force restoration of Katanga to central government control“.<sup>425</sup> Eisenhower

---

<sup>423</sup> Im August 1960 wurde in Moskau die ghanaische Botschaft eröffnet und ein Kulturabkommen zwischen Ghana und der Sowjetunion beschlossen. Sowjetische Politiker verkündeten im selben Monat ein Kreditangebot für Ghana in Höhe von 160 Millionen Rubel – das von der ghanaischen Regierung aber erst im April 1961 angenommen wurde. Zwei ghanaische Wirtschaftsdelegationen besuchten im August Ungarn und in die Tschechoslowakei, ohne allerdings konkrete Verträge abzuschließen. Darüber hinaus wurde in diesem Monat bekannt, dass die ghanaische Regierung den Kauf zweier russischer IL-18 Flugzeuge zur Erweiterung der ghanaischen Fluglinie *Ghana Airways* beschossen hatte (siehe Thompson *Ghana's Foreign Policy*, S. 100ff.).

<sup>424</sup> Telegram From Secretary of State Herter to the Embassy in Ghana, 19.8.1960, in: FRUS, 1958-1960, Vol. XIV, S. 658, Fußnote 1. Zur Haltung der US-Politiker gegenüber der ghanaischen Politik Anfang August 1960 siehe z.B. Memorandum From the Assistant Secretary of State for African Affairs (Satterthwaite) to Secretary of State Herter, 9.8.1960, in: RG 59, Central Files, 845j2614/8-960, NA.

<sup>425</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Flake) to the Department of State, 13.9.1960, ebd., 745j11/9-1360.

zeigte jedoch wenig Interesse, sich auf konkrete Diskussionen mit dem ghanaischen Staatsführer einzulassen und erging sich stattdessen in Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg. „[Nkrumah was] heartily dissatisfied“, berichtete W. M. Q. Halm, der ghanaische Botschafter in Washington, später.<sup>426</sup> Während der Generalversammlung am 23. September ließ Nkrumah keinen Zweifel an seiner Kritik an den UNO-Initiativen im Kongo, „[which are] embarrassing both to the Ghanaian forces who were called upon to carry them out and to the United Nations itself, which was exhibited in a ridiculous light“. Er sprach von einer „[i]mperialist intrigue“ der Belgier zum Schutz wirtschaftlicher Interessen und einer Pflicht der UNO, gegen die belgische Präsenz vorzugehen.<sup>427</sup> Darüber hinaus nutzte er seinen Auftritt vor der Weltöffentlichkeit, um ein Ende der Kolonialherrschaft in Afrika und eine Einstellung der französischen Atomtests in der Sahara zu fordern. Als Nkrumah die Bühne verließ, stand Chruschtschow auf und schüttelte ihm – unter dem Beifall der osteuropäischen Delegierten – die Hand. In den Augen amerikanischer Beobachter unterstrich diese Geste den antiwestlichen Charakter der Äußerungen Nkrumahs. Der neue US-Außenminister Christian A. Herter, der nur Teile der Rede gehört hatte, zeigte sich bei der anschließenden Pressekonferenz nichtsdestoweniger überzeugt, „[that Nkrumah] has marked himself as very definitely leaning toward the Soviet bloc“. Ähnlich äußerte sich Eisenhower: „[This was a speech] following the Khrushchev line.“<sup>428</sup> Die außenpolitischen Experten in Washington stimmten überein, dass Nkrumahs Einfluss in Afrika nicht länger unterstützt werden sollte. Außenminister Herter informierte die Mitarbeiter der US-Botschaft in Accra:

„[W]e do not wish to take action to encourage Nkrumah's role in Africa unless and until he shows greater signs of stability and [shrinks from actions which are] furthering Soviet objectives in such matters as Congo and UN machinery.“<sup>429</sup>

---

<sup>426</sup> Zit. nach Mahoney, *Ordeal in Africa*, S. 50. Zum Gespräch zwischen Nkrumah und Eisenhower siehe Memorandum of Conversation, Subject: President Nkrumah's call on the President, 22.9.1960, in: FRUS, 1958-1960, Vol. XIV, S. 661ff.

<sup>427</sup> Zit. in Nkrumah, *I speak of freedom*, S. 266, 268.

<sup>428</sup> Außenminister Herter, zit. in *The New York Times*, 24.9.1960, S.10; Eisenhower in Memorandum of Conference with the President, 27.9.1960, in: AWF, Dwight D. Eisenhower Staff Notes, Box 53, DDEL. Siehe auch: Dwight D. Eisenhower, *Waging Peace. The White House Years 1956-1961*. London 1966, S. 583.

<sup>429</sup> Telegram From Secretary of State Herter to the Embassy in Ghana, 13.10.1960, in: FRUS, 1958-1960, Vol. XIV, S. 667f., S. 668. Diese Anweisung unterschied sich deutlich von den Instruktionen des *State Department* vom April 1960, die die US-Diplomaten in Accra aufforderten, „to encourage Nkrumah and GOG [Government of Ghana] generally in increasing their influence on [the Congolese Government] (...) [because] increased interest on his

Eisenhower sprach sich in einem Gespräch mit dem britischen Premierminister Harold Macmillan dafür aus, die ghanaischen Truppen aus dem Kongo abzukommandieren. Parallel dazu drängte Außenminister Herter UNO-Generalsekretär Hammarskjöld, mehr Soldaten aus anderen afrikanischen Ländern in das Krisengebiet zu schicken, um die Einflussmöglichkeiten der ghanaischen Einheiten zu begrenzen. Da sich Lumumba in Leopoldville aufhielt, wurden die ghanaischen Truppen im November 1960 aus der Hauptstadt abgezogen und in ein weniger bedeutendes Gebiet verlegt.<sup>430</sup>

Die Verärgerung über Nkrumahs Solidarität mit Lumumba führte dazu, dass die Entscheidungsträger in Washington einen neuen Blick auf die antikolonialistischen und panafrikanischen Initiativen des ghanaischen Präsidenten warfen, die in ihren Augen nicht länger als harmlose Spinnereien abgetan werden durften. Der Wandel in der Haltung gegenüber Nkrumah zeigte sich auch in den amerikanischen Kommentaren über den Abbau der parlamentarischen Strukturen in Ghana. Während US-Beobachter noch im Sommer 1960 den „high degree of stability“ und das „by and large (...) efficient administrative system“ lobten und Verständnis für die rigorosen Maßnahmen gegen die Opposition äußerten, wurden die innenpolitischen Veränderungen in Ghana nun scharf kritisiert.<sup>431</sup>

---

[Nkrumahs] part in Congo would be useful in attempting counter Commie penetration” (Telegram From the Department of State (Henderson) to the Embassy in Ghana, 28.4.1960, ebd., S. 271).

<sup>430</sup> Siehe Memorandum of Conversation with U.N. Secretary-General Hammarskjöld, 26.9.1960, in: Papers of Christian A. Herter, 1957-1961, Chronological File, Box 9, DDEL; Memorandum of Conference with the President, 27.9.1960, in: AWF, Dwight D. Eisenhower Staff Notes, Box 53, ebd.; Intelligence Briefing Notes, Synopsis of State and Intelligence Material Reported to the President, 4.10.1960, in: WHO, Office of the Staff Secretary, Records of Paul T. Carrol, Andrew J. Goodpaster, L. Arthur Minnich and Christoff H. Russell, 1952-1961, Subject Series, Intelligence Briefing Notes, Box 14, ebd. Siehe auch Mohan, „Ghana, the Congo and the United Nations“, S. 392.

<sup>431</sup> Telegram From USIS Accra (Erstein) to USIA Washington, Subject: Country Plan for Ghana, 24.6.1960, in: RG 306, Records Relating to Exhibits in Foreign Countries, 1955-1967, Box 3, NA; Telegram From the Embassy in Ghana (Gebelt) to the Department of State, Subject: International Communist Prospects in Ghana, 17.8.1960, in: RG 84, General Records, 1951-1968, Accra, E 2597, Box 8, ebd.

## 9. Die USA und der 'afrikanische Sozialismus'

### 9.1. Die Idee eines 'afrikanischen Sozialismus' und die Neuorientierung der ghanaischen Wirtschaft nach 1960

Ende 1960 war die von den Briten übernommene liberal-kapitalistische Wirtschaftsstrategie in Ghana in vielerlei Hinsicht in eine Sackgasse geraten. Die Investitionen aus dem Ausland waren weit hinter den Erwartungen der Regierung in Accra zurückgeblieben und reichten nicht aus, um die geplanten Entwicklungsvorhaben im Bereich der Wirtschaft, der Bildung und des Gesundheitssystems zu finanzieren. Die ausländischen Unternehmen in Ghana, die 1960 noch 97 % des gesamten ghanaischen Handels bestimmten, trugen wenig zur Entwicklung des Landes bei. Die langfristigen Investitionen dieser Unternehmen in die ghanaische Wirtschaft waren zu gering, um Verluste durch die repatriierten Gewinne auszugleichen. Ghanaischen Geschäftsleuten fehlte die finanzielle Basis, um mit den großen europäischen Handelsgesellschaften wie der *United Africa Company* konkurrieren zu können. Der Preis, der auf dem Weltmarkt für Kakao gezahlt wurde, fiel zwischen 1957 und 1961 von 850 US-Dollar auf 490 US-Dollar pro Tonne. Da der Kakao mehr als 50 % des gesamten ghanaischen Handels bestimmte, führte dieser Preissturz zu schweren Belastungen für die ghanaische Wirtschaft.<sup>432</sup> Nachdem sich Nkrumahs Bekenntnisse zum Sozialismus lange Zeit auf eine Art Verbalradikalismus beschränkt hatten, unternahm der ghanaische Präsident Ende 1960 erste Schritte für den Aufbau eines staatlich gelenkten Wirtschaftssektors, um die ökonomische Entwicklung des Landes in eine neue Richtung zu lenken.

Über ein Drittel der schwarzafrikanischen Staaten bekannte sich nach der Unabhängigkeit zumindest vorübergehend zu sozialistischen Konzepten. Der Begriff 'Sozialismus' beinhaltete in Afrika in den 1950er und 1960er Jahren allerdings einen weitgefächerteren Bedeutungsinhalt als in Europa. Eine gute Zusammenfassung der mit dem Begriff 'afrikanischer Sozialismus' verbundenen

---

<sup>432</sup> Zum Fall des Kakaopreises und den Problemen der ghanaischen Wirtschaft zu Beginn der 1960er Jahre siehe u.a. Hadjor, *Nkrumah and Ghana: The Dilemma of Post-Colonial Power*, S. 77ff.; Osei, *Recurrence and Change in a Post-Independence African State*, S. 59ff.; Douglas

Probleme bietet Kofi Buenor Hadjor in seinem „Dictionary of Third World Terms“:

„The notion of African Socialism flourished in the early 1960s, when nationalist leaders throughout the continent espoused some variant of this ideology. The wide-ranging support that the ideology enjoyed was revealed in December 1962 at a special ‘Colloquium on Policies of Development and African Approaches to Socialism’ in Dakar. (...) [The colloquium] clearly revealed, however, that there was no real consensus as to what was meant by the term ‘African Socialism’. Instead, it became clear that the term meant all things to all men. (...) Back in the early 1960s even right-wing advocates of capitalism felt the need to describe their worldview as socialist.“<sup>433</sup>

Die unter dem Schlagwort ‘afrikanischer Sozialismus’ zusammengefassten Wirtschaftsideen übernahmen zum Teil Anregungen aus dem Marxismus-Leninismus, waren jedoch ideologisch nicht auf diesen festzulegen. Der Begriff ‘afrikanischer Sozialismus’ stand für einen prononciert afrikanischen Weg der Entwicklung, der sich nicht dem wirtschaftlichen Dogmatismus der westlichen Industriestaaten oder der kommunistischen Welt unterordnen wollte.<sup>434</sup> Existierende sozialistische Modelle sollten durch eine ‘afrikanische Brille’ betrachtet und den spezifisch afrikanischen Bedingungen angepasst werden. Westlich-christliche, islamische und sozialdemokratische Ideen fanden darüber hinaus ebenso Berücksichtigung wie Afrika-autochthone Konzepte. Forderungen nach einer Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln blieben größtenteils aus. In der Praxis präsentierte sich der afrikanische Sozialismus oft in Form einer gemischten Wirtschaftsordnung, die durch ein Nebeneinander

---

Kellner, *Kwame Nkrumah*. New York 1987, S. 71f.; Dzorgbo, *Ghana in Search of Development*, S. 164ff.

<sup>433</sup> Kofi Buenor Hadjor, *Dictionary of Third World Terms*. London 1993, S. 15. Detaillierte Informationen über den ‘afrikanischen Sozialismus’ und seine wichtigsten Vertreter finden sich in Dieter Lösche, *Sozialismus in Afrika*. Hamburg 1990; Harvey J. Sindima, *Africa’s Agenda. The Legacy of Liberalism and Colonialism in the Crisis of African Values*. Westport 1995; Carl G. Rosberg, Jr., Thomas M. Callaghy (Hrsg.), *Socialism in Sub-Saharan Africa. A New Assessment*. Berkeley 1979. Zum ‘ghanaischen Sozialismus’ siehe K. B. Asante, „Nkrumah and State Enterprise“, in: *The Life and Work of Kwame Nkrumah*, S. 251-271; Dzorgbo, *Ghana in Search of Development*, S. 154ff.; Osei, *Recurrence and Change in a Post-Independence African State*, S. 63ff.; Colin Legum, „Socialism in Ghana: A Political Interpretation“, in: *African Socialism*. Hrsg. v. William H. Friedland u. Carl G. Rosberg, Jr. Stanford 1964, S. 131-159; Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie im internationalen System*, S. 75ff.; Tony Killick, *Development Economics in Action. A Study of Economic Policies in Ghana*. London 1978.

<sup>434</sup> Auf die Anführungsstriche um ‘afrikanischer Sozialismus’ wird im Folgenden im Sinne der Lesbarkeit des Textes verzichtet.

staatlicher und privater Sektoren gekennzeichnet war, dem Staat jedoch eine zentrale Rolle bei der Lenkung und Planung der Entwicklung zuwies.

Die besondere Anziehungskraft sozialistischer Konzepte in den 1960er Jahren hing eng mit der kolonialen Vergangenheit der afrikanischen Staaten zusammen. Der afrikanische Sozialismus war nicht nur ein Versuch, neue Lösungswege für die ökonomischen Probleme in den postkolonialen Staaten zu finden, sondern auch ein Symbol für das Streben nach Eigenständigkeit und einer egalitären Gesellschaftsordnung nach dem Ende der Fremdherrschaft. Der Staatschef von Tansania, Julius Nyerere, und andere afrikanische Politiker setzten die Einführung sozialistischer Strukturen mit einer Rückbesinnung auf die vorkolonialen kommunalistischen Dorfstrukturen mit ihrem engen Netz sozialer und ökonomischer Verpflichtungen gleich.<sup>435</sup> Das kapitalistische Wirtschaftssystem der westlichen Industriestaaten stand in den Augen vieler Afrikaner in zu enger Verbindung mit der kolonialen Vergangenheit, um als ideologische Basis für die weitere Entwicklung dienen zu können.

Auch in Ghana manifestierte sich der afrikanische Sozialismus in Form einer gemischten Wirtschaftsordnung. Nkrumah betonte:

„We wish to learn from both the capitalist and the socialist system. Insofar as it is practicable we want to adapt to our own circumstances what is best in both of them, but we are not prepared to be forced to say we belong irrevocably to either camp.“<sup>436</sup>

Der Staat sollte seiner Ansicht nach die Rolle eines zentralen Entwicklungsmotors übernehmen, da die Initiativen privater Unternehmen nicht ausreichten, um die geplanten Entwicklungsziele zu erreichen. Fast alle gesellschaftlichen Organisationen wurden an die CPP bzw. die Regierung angebunden, um die Möglichkeiten des Staates zur Durchsetzung wirtschaftlicher Maßnahmen zu verbessern. Der Aufbau von Staatsunternehmen und -farmen sollte den direkt vom Staat kontrollierten Wirtschaftssektor erweitern. Darüber hinaus wurden Gesetze

---

<sup>435</sup> Eine kritische Auseinandersetzung mit der Kommunalismushypothese bietet Lösche, *Sozialismus in Afrika*, S. 135ff.

<sup>436</sup> Zit. in Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 24.6.1962, in: NSF, Ghana, Box 100, JFKL. Zum Begriff des Nkrumahismus, der in Ghana zur Bezeichnung des ghanaischen Sozialismusmodells verwendet wurde, siehe Paulin J. Hountondji, *Afrikanische Philosophie. Mythos und Realität*. Berlin 1993, S. 153f.; Christian Neugebauer, „Zum

eingeführt, um die private Wirtschaft, wenn nötig, durch staatliche Regulierung in Einklang mit den ghanaischen Entwicklungszielen zu bringen. Bis Dezember 1965 entstanden ca. 50 Staatsbetriebe, von denen die meisten auf die Weiterverarbeitung ghanaischer Rohstoffe ausgerichtet waren. Die neuen Unternehmen dienten zudem dazu, die Zahl der Arbeitslosen in Ghana zu verringern und die Entwicklung in denjenigen Teilen des Landes voranzutreiben, die während der Kolonialzeit keine Beachtung gefunden hatten. Die Gründung einer staatlichen Import- und Binnenhandelsorganisation, *Ghana National Trading Corporation* (GNTC), sollte die dominante Position der europäischen Handelsgesellschaften beschränken, Preisschwankungen auffangen und die Versorgung der Bevölkerung in den entlegeneren Gebieten verbessern. Erhebliche Staatsinvestitionen flossen in den Ausbau der nicht-produktiven Infrastruktur wie dem Straßen-, Telefon- und Postnetz und der Wasser- und Elektrizitätsversorgung. Im Mittelpunkt vieler Initiativen stand die Verbesserung des Gesundheits- und Bildungssystem. Nach den Vorstellungen Nkrumahs sollte bis Ende 1961 jedem ghanaischen Kind über fünf Jahren eine freie Schulbildung ermöglicht werden. Im ganzen Land entstanden Schulen und Institutionen für die Ausbildung neuer Lehrer. Weitere finanzielle Mittel wurden für die Erweiterung des Lehrbetriebs an der *University of Ghana* reserviert.<sup>437</sup>

Nkrumah war weiterhin überzeugt, dass ohne ausländische Hilfe die Aufhebung der Abhängigkeit und Unterentwicklung Ghanas nicht zu leisten war. Investitionen durch die westlichen Industrienationen blieben ein fester Bestandteil der ghanaischen Wirtschaftsplanung. Der im April 1963 verabschiedete *Capital Investment Act* garantierte ausländischen Investoren nach der Zahlung der Steuern freien Gewinntransfer. Der Sieben-Jahresplan von 1964 sah vor, dass über 40 % der finanziellen Mittel für die Umsetzung der Entwicklungsvorhaben aus dem

---

Nkrumahismus und zur jüngeren Debatte Nkrumahs in der afrikanischen Philosophie“, in: *Fortschrittliche Wissenschaft* 1 (1990), S. 38-54.

<sup>437</sup> Nach Angaben von Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 631 wurden zwischen 1961 und 1965 ca. 3/4 der Staatsausgaben für den „kollektiven Konsum“ der Bevölkerung bereitgestellt. Die Zahl der Ärzte verdoppelte sich zwischen 1957 und 1963 auf 525. Dies führte u.a. dazu, dass die Kindersterblichkeit in Ghana stark zurückging. Die Zahl der ghanaischen Schüler und Studenten stieg zwischen 1960 und 1965 von 610.000 auf knapp 1.5 Millionen (siehe dazu auch Douglas Kellner, *Kwame Nkrumah*, S. 71f.; Davidson, *Black Star*, S. 200f.; Dzorgbo, *Ghana in Search of Development*, S. 153f.). Die CPP-Regierung unterstützte zudem den Ausbau der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der afrikanischen Geschichte und Kultur. In Legon eröffnete 1963 ein *Institute of African Studies*, in Accra entstand ein *Ghana National Museum*. W.E.B. Du Bois wurde beauftragt, eine *Encyclopedia Africana* zu schreiben

Ausland kommen sollten – allerdings zu Bedingungen, „[which are] fair both to the outside investor and to the people of the country where the investment is made“.<sup>438</sup>

## 9.2. Reaktionen der USA auf den ‘afrikanischen Sozialismus’

Amerikanische Entscheidungsträger nahmen eine ambivalente Position gegenüber den Bekenntnissen vieler afrikanischer Staatsführer zum afrikanischen Sozialismus ein. Viele US-Politiker waren sich der großen Popularität des Sozialismusbegriffs in Afrika bewusst. Mitarbeiter der USIA sprachen von einem „emotional-laden term[]“.<sup>439</sup> Das *State Department* riet daher zu einer offenen Haltung gegenüber den sozialistischen ‘Experimenten’ in Afrika. Solange die Führungen der neuen Länder auf anderen Ebenen ihre prowestliche Orientierung bewiesen, sollte dem Ausbau des staatlichen Wirtschaftssektors keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Der politische Planungstab im *State Department* erklärte in einer Studie vom Oktober 1961:

„The realities of the global struggle demand that we 1) stop permitting the communists to monopolize the concept of state-enterprise (...) and 2) not allow differences in economic theory to prevent our aligning ourselves

---

(siehe A. B. Assensoh, *African Political Leadership: Jomo Kenyatta, Kwame Nkrumah and Julius K. Nyerere*. Malabar 1998, S. 103f.).

<sup>438</sup> Nkrumah, *I speak of freedom*, S. 255. Einer der bekanntesten zeitgenössischen Ghanaexperten, der Brite Colin Legum kam in seinen Untersuchungen zu dem Ergebnis, „that Dr. Nkrumah is both a convinced idealist and a practical realist. As an idealist, Nkrumah is committed to an economic organization of society that can be characterized as Marxist. (...) On the other hand, he is sensitive to the existence of powerful forces that provide significant drags on the development of socialism in Ghana. Thus he recognizes that Ghana has neither the resources nor the personnel needed to establish a Marxist society at the present.“ (Legum, „Socialism in Ghana“, S. 131f.). Der Entwurf für den *Capital Investment Act* kam unter wesentlicher Beteiligung von Chad F. Calhoun, dem Vizepräsidenten der *Kaiser Aluminium Corp.*, zustande, der sich der ghanaischen Regierung wiederholt als Ratgeber in wirtschaftlichen Fragen anbot. Das *State Department* und die Mitarbeiter der US-Botschaft in Accra unterstützten Calhouns Initiativen (siehe u.a. Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 6.3.1963, in: NSF, Ghana, Box 100/101, JFKL; Memorandum From the Executive Secretary of the Department of State (Brubeck) to the President’s Special Assistant for National Security Affairs (Bundy), Subject: Positive and Negative Factors in Ghana, 9.4.1963, ebd.).

<sup>439</sup> Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: Attitudes toward Socialism, Capitalism and Communism, 19.5.1964, in: RG 306, Office of Research, Special ‘S’ Reports, 1964-1982, Box 1, NA.

with the transitional leaders who believe that mixed economies are the most desirable and feasible economic norm.”<sup>440</sup>

Untersuchungen des *State Department* und der USIA verwiesen auf die Unterschiede zwischen den Wirtschaftsformen in Afrika und in den Ostblockstaaten und warnten vor den „possibilities of Communists to capitalize on semantics“.<sup>441</sup> Der ‘fehlende Unternehmergeist’ der Afrikaner galt als ein weiteres Argument für eine weitgehende Toleranz gegenüber zentralistischen Wirtschaftsplanungen. Mitarbeiter des *Policy Planning Council* verwiesen darüber hinaus auf den Mangel an privatem Kapital in den ehemaligen Kolonien:

„We Americans have a firm conviction that almost any economic activity can be performed best under our free enterprise system (...). [But it] would be a serious political and even economic mistake to try to transplant our system to societies which cannot possibly duplicate the American experience.”<sup>442</sup>

Trotz der Bemühungen um eine offene Haltung bereitete die Auseinandersetzung mit dem afrikanischen Sozialismus den Entscheidungsträgern in Washington jedoch eine Reihe von Problemen. Der Wunsch nach einem eigenständigen Entwicklungsweg passte nur schwer in das dualistische Weltbild amerikanischer Politiker. Der flexible Umgang mit den europäischen Wirtschaftsmodellen wurde als ein Zeichen für das ‘mangelnde Wirtschaftsverständnis’ und die ungenauen Vorstellungen der Afrikaner von der Bedeutung der Begriffe ‘Sozialismus’ und ‘Kapitalismus’ gesehen. In den Unterlagen des *State Department* finden sich immer wieder Bemerkungen über eine „*confused* attitude toward private enterprise [and socialism] in Africa“.<sup>443</sup> Der Ausbau des Staatssektors wurde

---

<sup>440</sup> Memorandum From the Policy Planning Council, Subject: U.S. Policy Toward Government-Owned Enterprise in Transitional Free World States, 4.10.1961, in: NSF, Policy Planning Series, Box 303, JFKL. Ähnlich argumentierten außenpolitische Experten bereits unter Eisenhower (siehe u.a. Telegram From the Embassy in Ghana (Flake) to the Department of State, Subject: Trend toward Socialism in Ghana Demands New Western Policies, 8.9.1960, in: RG 59, Central Files, 745j003/9-860, NA; Memorandum of Discussion at the 401th Meeting of the National Security Council, Subject: Political Implications of Afro-Asian Military Takeovers, 18.6.1959, in: AWF, NSC Series, Box 11, DDEL).

<sup>441</sup> Telegram From USIS Accra (Erstein) to USIA Washington, Subject: Country Assessment Report – January 1 to December 31, 1959, 2.2.1960, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Ghana, Lot 66D499, Box 201, NA.

<sup>442</sup> Memorandum From the Policy Planning Council, Subject: U.S. Policy Toward Government-Owned Enterprise in Transitional Free World States, 4.10.1961, in: NSF, Policy Planning Series, Box 303, JFKL.

<sup>443</sup> Memorandum Prepared in the Bureau of African Affairs, 14.11.1960, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, Staff Papers, 1956-1962, Lot 66D77, Box 2, NA (Hervorhebung durch W.B.).

lediglich als eine zeitlich begrenzte Erscheinung im Rahmen eines „general free enterprise milieu[s]“ akzeptiert. Sobald sich ein „internal capital market“ und „local entrepreneurial skills“ entwickelt hatten, mussten staatliche Programme nach amerikanischer Ansicht privatwirtschaftlichen Initiativen weichen.<sup>444</sup> Die vermeintliche Überlegenheit amerikanischer Entwicklungskonzepte gegenüber dem Sozialismus wurde nicht in Frage gestellt:

„We need to have no ideological hostility to socialism to recognize the fact that doctrinaire socialism in Africa is self-defeating. (...) Our basic strength derives from the fact that the road to development we advocate is in fact right and Marxist road is wrong. (...) [C]entral control of the means of production and distribution will result, even in best circumstances, in lowered productivity, in inequities and in impoverished ability to develop.“<sup>445</sup>

Amerikanische Experten zeigten wenig Verständnis für eine Behinderung ausländischer Unternehmen zugunsten staatlich gelenkter Projekte. Afrikanische Initiativen, die auf eine Begrenzung der Zugriffsmöglichkeiten ausländischer Konzerne abzielten, galten als eine Gefahr für die gesunde Entwicklung der Staaten.

Dementsprechend kritisch reagierten amerikanische Beobachter auf die wirtschaftlichen Reformen in Ghana, die keine Förderung der ghanaischen Privatwirtschaft als Gegengewicht zu dem Ausbau des staatlich gelenkten Sektors vorsahen. Forderungen des extrem-linken Flügels innerhalb der CPP nach einer stärkeren Ausrichtung am wissenschaftlichen Sozialismus lösten Alarm unter den US-Diplomaten in Ghana aus. Mitarbeiter der US-Botschaft meldeten: „If it is scientific socialism they are choosing they might as well go over to the Soviets now.“<sup>446</sup> Die in den amerikanischen Diskussionen in Accra immer wieder zum Vorschein kommenden Zweifel an Nkrumahs Versicherungen, dass es keine

---

<sup>444</sup> Memorandum From the Deputy Assistant Secretary of State for African Affairs (Tasca) to the Assistant Secretary of State for African Affairs (Williams), Subject: Economic Aid Program and Principles for Africa – Some Reflections, 16.12.1961, ebd. Die Projekte der AID waren darauf ausgerichtet, privatwirtschaftliche Initiativen zu fördern und neue Investitionsmöglichkeiten für die amerikanische Wirtschaft zu schaffen (siehe Baumann, *John F. Kennedy und 'Foreign Aid'*, S. 100ff. sowie Teil 5, Kapitel 4.1 der vorliegenden Arbeit).

<sup>445</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 11.5.1965, in: RG 59, Central Files, Subject Numeric File, 1964-1966, POL 1 Ghana - US, NA.

<sup>446</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 29.4.1963, in: NSF, Ghana, Box 100/101, JFKL. Siehe auch Telegram From the Embassy in Ghana (Edmondson) to the Department of State, Subject: Marxist Philosophy Behind Nkrumah's Seven Year Plan, 19.3.1964, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Lot 66D499, Box 201, NA.

Verstaatlichungen ausländischer Unternehmen geben werde, zeugen von dem Misstrauen, das ein als Sozialismus bezeichnetes Wirtschaftskonzept – unabhängig von seiner konkreten Ausgestaltung – unter US-Diplomaten auslöste. Amerikanischen Beobachtern fiel es schwer, die sozialistischen Modelle in Afrika losgelöst von den Wirtschaftssystemen des Ostblocks zu sehen. Viele Politiker und Diplomaten waren überzeugt, dass eine Einführung sozialistischer Reformen automatisch Einflussmöglichkeiten für die Sowjetunion mit sich brachte.<sup>447</sup>

Die US-Regierung musste zudem die negativen Reaktionen der amerikanischen Öffentlichkeit und des Kongresses gegenüber den sozialistischen Modellen in Afrika berücksichtigen. Viele Kongressmitglieder, die nur wenig Kenntnisse über die Entwicklungen in Afrika besaßen, setzten den afrikanischen Sozialismus instinktiv mit Verstaatlichungen und der vollständigen Aufhebung von Privateigentum gleich. In ihren Augen war die Ausweitung des Staatssektors ein bedeutender Schritt „on the road to communism“.<sup>448</sup> Der demokratische Senator Thomas J. Dodd aus Connecticut sprach vielen Abgeordneten mit seiner Bemerkung aus der Seele, „[that] if a bird looks like a duck, waddles like a duck, quacks like a duck, (...) it can be taken as a certainty that the creature is, itself, a duck“.<sup>449</sup>

Trotz der Befürchtungen auf amerikanischer Seite blieben die sozialistischen Umgestaltungen in Ghana fragmentarisch. Die dominante Rolle der westlichen Industriestaaten in der Weltwirtschaft ließ der ghanaischen Regierung nur wenig

---

<sup>447</sup> Trotz der Berichte über die Unterschiede zwischen der ghanaischen Wirtschaftspraxis und den Verhältnissen im Ostblock erklärten führende Mitarbeiter des *State Department*: „[Nkrumah pursues domestic] policies which are closely patterned on the Soviet model. His socialist ideas and radical (...) ambitions make his country a ready target for Soviet penetration.“ (Memorandum From the Department of State, Subject: Guidelines for Policy and Operations – Ghana, March 1962, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, Policy Guidelines, 1961-1966, Lot 67D396, Box 6, ebd.).

<sup>448</sup> Einschätzung der vorherrschenden Meinung in der amerikanischen Öffentlichkeit in Memorandum From the Policy Planning Council, Subject: U.S. Policy Toward Government-Owned Enterprise in Transitional Free World States, 4.10.1961, in: NSF, Policy Planning Series, Box 303, JFKL. Siehe auch Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: Attitudes toward Socialism, Capitalism and Communism, 19.5.1964, in: RG 306, Office of Research, Special ‘S’ Reports, 1964-1982, Box 1, NA.

<sup>449</sup> Thomas J. Dodd, zit. in U.S. Senate, Subcommittee To Investigate the Administration of the Internal Security Act and Other Internal Security Laws of the Committee on the Judiciary (Dodd Committee): „Is U.S. Money Aiding Another Communist State?“, Hearings, 87/2. Washington D.C. 1962, in: NSF, Ghana, Box 100/101, JFKL. Siehe auch die Bemerkungen des Senators Frank J. Lausche aus Ohio: „[W]e play right into the hands of the Communist Bloc when we provide money to establish governmentally operated cement plants, steel plants, automobile plants (...).“

Spielraum für wirtschaftliche Reformen. Versuche, die Gewinnmöglichkeiten ausländischer Unternehmen zu begrenzen – wie beispielsweise die Bemühungen Nkrumahs, ausländische Betriebe und Konzerne dazu zu bewegen, 60 % ihrer Profite in die ghanaische Wirtschaft zu reinvestieren –, scheiterten am Widerstand europäischer und amerikanischer Interessensverbände.<sup>450</sup> Der weitere Absturz des Kakaopreises Mitte der 1960er Jahre bei einem gleichzeitigen Anstieg der Preise für industrielle Importe führte zu einem starken Rückgang der finanziellen Mittel, die der ghanaischen Regierung für die Durchsetzung ihrer Entwicklungsvorhaben zur Verfügung standen.<sup>451</sup> In Ghana fehlten zudem überzeugte Sozialisten mit dem notwendigen technischen Know-how für eine umfassende Umgestaltung der Wirtschaft. Weite Teile der alten Elite, die um den Verlust ihrer Stellung und ihrer Privilegien fürchteten, setzten Nkrumahs Plänen erbitterten Widerstand entgegen. Nkrumah reagierte mit neuen Kontrollen und Repressionsmaßnahmen auf diese Boykottversuche und verschärfte so die Fronten zwischen den Mitgliedern der alten Elite und der CPP-Regierung zur Lasten der Entwicklung des Landes. Auch das Aufeinandertreffen verschiedener ideologischer und politischer Orientierungen innerhalb der CPP führte zu Verzögerungen bei der Durchsetzung wirtschaftlicher Entscheidungen und zu Abweichungen von der eigentlichen Zielsetzung vieler Projekte. Die Leitung der Staatsbetriebe wurde oft führenden CPP-Mitgliedern und ihren Günstlingen übertragen, die wenig Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes hatten und ihre Positionen nutzen, um ihren eigenen Wohlstand zu verbessern.<sup>452</sup> Die Weigerung der internationalen

---

(zit. nach Kenneth W. Grundy, John P. Falchi, „The United States and Socialism“, in: *Journal of African and Asian Studies* 4 (1969), S. 301f.).

<sup>450</sup> Darüber hinaus waren trotz des Aufbaus der Staatsunternehmen 1965 noch 72,5 % der Produktion in der weiterverarbeitenden Industrie in privater Hand, davon 56,4 % im Besitz von nicht-ghanaischen Unternehmen (siehe Osei, *Recurrence and Change in a Post-Independence African State*, S. 68; Ansprenger, „Kwame Nkrumahs Ghana“, S. 33). Trotz der 1961 verstärkelt einsetzenden Bemühungen um eine Ausweitung der ghanaischen Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ostblock blieb der Westen – allen voran Großbritannien – der wichtigste Handelspartner Ghanas. Noch 1965 nahm der Handel mit den kommunistischen Staaten lediglich 23,8 % des gesamten ghanaischen Handelsvolumens ein (Angaben nach Jan Triska, David Finley, *Soviet Foreign Policy*. New York 1968, S. 278).

<sup>451</sup> Siehe dazu Teil 5, Kapitel 5.1 der vorliegenden Arbeit.

<sup>452</sup> Siehe dazu Osei, *Recurrence and Change in a Post-Independence African State*, S. 68: „[While Nkrumah was trying to create] a strong Ghana, many of his advisors and followers had different agendas. The development of the new state became synonymous with personal accumulation of wealth. The result was a major gap between stated governmental policies and actual actions and results.“ Zu den Diskussionen über die Ursachen der wirtschaftlichen Krise in Ghana siehe Boateng, *The Political Legacy of Kwame Nkrumah*, S. 42ff.; Douglas Rimmer, *Staying Poor. Ghana's Political Economy 1950-1990*. Oxford 1992, S. 85; Osei, *Recurrence and Change in a Post-Independence African State*, S. 66ff.; Killick, *Development Economics in Action*, S. 43ff.,

Finanzorganisationen Weltbank und Währungsfond, sozialistische Projekte in der 'Dritten Welt' zu unterstützen, beschränkte ebenfalls die Möglichkeiten der ghanaischen Regierung, ihre Vorstellungen zu verwirklichen.<sup>453</sup>

Die Entscheidungsträger in der Sowjetunion hatten ähnliche Schwierigkeiten, die neuen Wirtschaftsmodelle in Afrika mit ihrem Weltbild zu vereinbaren. Das Parteiprogramm der KPdSU von 1961 bezeichnete den afrikanischen Sozialismus als „petty-bourgeois illusion of socialism [which] misleads the people, hampers the development of the national liberation movement, and imperils its gains“.<sup>454</sup> Chruschtschow sprach von einer „kind of fence-sitting policy. (...) One can only rejoice [when] they say (...) they are building socialism. But what kind of socialism do they have in mind?“ Sowjetische Wissenschaftler kommentierten die afrikanischen Konzepte mit „ill-concealed sarcasm“.<sup>455</sup> Diese Skepsis zeigte sich auch in dem Auftreten sowjetischer Diplomaten und Wirtschaftsexperten in Ghana. Nkrumah erklärte gegenüber Vertrauten, „[that] the Soviets do not like the kind of economic system he [Nkrumah] is trying to construct and are constantly endeavouring to talk him out of it. He was steering a middle course but was being criticized from all sides.“<sup>456</sup>

---

Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 360ff. Eine gute Zusammenfassung der unterschiedlichen Positionen findet sich in Dzorgbo, *Ghana in Search of Development*, S. 158. Eine der bekanntesten Interpretationen aus marxistischer Sicht bieten Bob Fitch, Mary Oppenheimer, *Ghana: End of Illusion*. New York 1966.

<sup>453</sup> Weitere Ausführungen über die Probleme zwischen der Weltbank/IWF und Ghana finden sich in Teil 5, Kapitel 5.1.

<sup>454</sup> Parteiprogramm der KPdSU, zit. nach Legvold, *Soviet Policy in West Africa*, S. 114.

<sup>455</sup> Rede Chruschtschows vom 19.5.1962, zit. nach ebd.; Telegram From the Embassy in the Soviet Union (Toon) to the Department of State, Subject: Soviet Lecture, 10.1.1964, in: RG 59, Central Files, Subject Numeric File, 1964-1966, POL AFR-USSR, NA.

<sup>456</sup> Bericht Chad F. Calhouns, zit. in Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 20.2.1963, in: NSF, Ghana, Box 100/101, JFKL. Siehe auch Telegram From the Embassy in the Soviet Union (Toon) to the Department of State, Subject: Frank Exposure of African Problems by Soviet Lecturer, 10.6.1965, in: RG 59, Central Files, Subject Numeric File, 1964-1966, POL AFR-USSR, NA.

## **Kapitel V – Die USA und der afrikanische ‘Radikalismus’**

### **1. Die USA und die Radikalisierung der ghanaischen Außenpolitik nach 1960**

#### **1.1. Der Tod von Patrice Lumumba**

Die Entwicklungen im Kongo übten auch nach der UNO-Generalversammlung im September 1960 großen Einfluss auf das Verhältnis zwischen Washington und Accra aus. In der Nacht des 27. November 1960 floh Lumumba aus der UNO-Schutzhaft in Richtung Stanleyville im Norden der Republik. Die Stadt hatte sich in den vergangenen Wochen zu einem Sammelpunkt seiner Anhänger entwickelt. Die Entscheidung zur Flucht besiegelte jedoch das Schicksal des Premierministers. Die Überwachung durch die Vereinten Nationen hatte zwar die Bewegungsfreiheit Lumumbas empfindlich beschnitten, ihn jedoch gleichzeitig vor den CIA-Berufskillern und vor Übergriffen der paramilitärischen Kräfte Mobutus geschützt. Unmittelbar nach der Bekanntgabe der Flucht Lumumbas blockierten Mobutus Truppen mit der Unterstützung belgischer und amerikanischer Berater alle wichtigen Straßen nach Stanleyville. Am 2. Dezember 1960 wurde Lumumba festgenommen und unter den Augen der UNO-Soldaten in Fesseln nach Leopoldville zurückgebracht. Bilder von der Ankunft des Premierministers, der sichtbare Spuren von Misshandlungen trug, gingen um die ganze Welt.<sup>457</sup> Im UNO-Sicherheitsrat beharrten US-Diplomaten gemeinsam mit Dag Hammarskjöld darauf, dass die Festnahme Lumumbas eine innere Angelegenheit der Republik Kongo sei und damit nicht in den Verantwortungsbereich der Vereinten Nationen falle.

Afrikanische Politiker und Diplomaten protestierten vehement gegen diese neuen Entwicklungen. Viele hielten die belgische Regierung für den eigentlichen

---

<sup>457</sup> UNO-Beobachter berichteten: „[Lumumbas was] without his glasses (...); his hair was in disorder; he had a blood clot on his cheek and his hands were tied behind his back. He was roughly pushed into an ANC [Armée Nationale Congolaise] truck and driven off.“ (zit. in Nkrumah, *Challenge of the Congo*, S. 90). Lumumba wurde nach der Ankunft in Leopoldville in die Militärgarnison Thysville gebracht. Zu den Haftbedingungen in Thysville siehe den Bericht der dort stationierten UNO-Soldaten: „His head has been shaven and his hands remain tied. He is being kept in a cell under conditions reported to be inhuman in respect of health and hygiene.“ (zit. in ebd.).

Drahtzieher der Verhaftung.<sup>458</sup> Auch Nkrumah zeigte sich sichtlich erschüttert. In mehreren Briefen an Hammarskjöld brachte er seine Verbitterung über die Untätigkeit der UNO zum Ausdruck und beschuldigte die westlichen Mitglieder im Sicherheitsrat, die unrechtmäßigen Manöver der Belgier im Kongo zu tolerieren und damit zu unterstützen. Gegenüber dem britischen Premierminister Harold Macmillan protestierte er:

„Premier Lumumba is in chains at the hands of a band of men who have no constitutional or legal *locus standi*. He is considered to have ceased to be Prime Minister of an announcement made merely by President Kasavubu. Who ratified this decision? Neither the elected Parliament nor the people as a whole had been consulted.“<sup>459</sup>

Am 4. Dezember 1960 erklärte Nkrumah offiziell den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Belgien. Im Januar 1961 traf er sich mit Vertretern der algerischen Exilregierung und den Staatsführern von Marokko, Guinea, Mali, Ägypten und Libyen in Casablanca, um über Möglichkeiten zur Rettung Lumumbas zu diskutieren. Dieses Treffen wurde zum Grundstein der so genannten Casablanca-Staatengruppe. In ihrem Abschlusskommunique forderten die anwesenden Staatsführer ausdrücklich die Freilassung Lumumbas, die Wiedereinberufung des kongolesischen Parlaments und den Abzug aller ausländischen militärischen und paramilitärischen Kräfte mit Ausnahme der UNO-Truppen. Erwägt wurde zudem Maßnahmen für eine direkte militärische Hilfe an die Anhänger Lumumbas. Die Mitglieder der Casablanca-Gruppe einigten sich darauf, in Zukunft außenpolitisch und wirtschaftlich enger zusammenzuarbeiten, um so ihre Einflussmöglichkeiten auf die Entwicklungen in Afrika zu verbessern.<sup>460</sup>

---

<sup>458</sup> Siehe die Äußerungen einiger führender afrikanischer Staatsführer und Diplomaten zit. in ebd., S. 91.

<sup>459</sup> Letter From President Nkrumah to Prime Minister Macmillan, 14.12.1960, zit. in ebd., S. 111f. Beispiele für Nkrumahs Briefe an Hammarskjöld finden sich ebd., S. 95f.

<sup>460</sup> Detaillierte Informationen über die Casablanca-Charta finden sich in ebd., S. 105. Uneinigkeit bestand in der Frage, ob sich die Casablanca-Staaten auch weiterhin an den UNO-Operationen im Kongo beteiligen sollten. Anders als beispielsweise Gamal Abd el-Nasser, Sékou Touré und Modibo Keita (Mali) wandte sich Nkrumah gegen die Idee, die eigenen Soldaten vom UNO-Kommando abzuziehen und direkt den Lumumbisten in Stanleyville zu unterstellen. Er war überzeugt, dass sie mit einer solchen Entscheidung jede Möglichkeit verlieren würden, Einfluss auf das Vorgehen der UNO im Kongo zu nehmen. Darüber hinaus betonte er: „If the African states who have troops in the Congo pull out individually now without first ensuring that there is an organisation capable of offering help promptly and effectively to the Congolese people the resulting confusion and anarchy in the vacuum thus created may give the imperialists and the colonialist a welcome subterfuge for direct military intervention.“ (Letter From President

Während sich Nkrumah für eine Wiedereinsetzung Lumumbas engagierte, vollzog sich in Washington D.C. am 18. Januar 1961 der Amtswechsel von Dwight D. Eisenhower zu John F. Kennedy. Lumumbas Anhänger verbanden große Hoffnungen mit dem Einzug des neuen Präsidenten ins Weiße Haus. Viele erinnerten an Kennedys Algerienrede oder seine Wahlkampf-Forderungen nach einer neuen, dynamischeren US-Afrikapolitik. Mitarbeiter der USIA berichteten:

„With the possible exception of European communities in the southern part of the continent, African peoples welcomed the youth, vigor, and idealism of the new administration in Washington. They believed that the Kennedy government was more sympathetic toward African aspirations for independence and economic development than its predecessor had been.“<sup>461</sup>

Auch Nkrumah hoffte, dass sich der neue amerikanische Präsident in der Kongofrage von der Haltung seines Vorgängers distanzieren würde. In einem langen Brief informierte er Kennedy über die belgischen Verstöße gegen die kongolesische Souveränität – „in flagrant disregard of the unanimous opinion and sentiment of all [African people]“ – und drängte ihn, sich umgehend für die Rettung Lumumbas einzusetzen:

„It has given me great hope and confidence for the promotion of better relations between Africa and the western powers to note (...) [that] in the very first speech which you made in the US Senate you advocated the policy of ‘Algeria for the Algerians’. (...) I am quite certain that you will approach the question of the Congo with the same courage and realism as you have shown on that occasion. (...) Even in the most unlikely event of your intervention being unsuccessful, it would clearly demonstrate to the world the position of the US (...).“<sup>462</sup>

---

Nkrumah to President Touré, 14.12.1960, zit. in ebd., S. 110). Anders als die Soldaten aus der Vereinigten Arabischen Republik/Ägypten, Guinea, Mali und Marokko blieben die ghanaischen Soldaten daher Teil der UNO-Truppe. Nkrumah sprach sich allerdings vehement dafür aus, dass die Leitung des UNO-Kommandos imKongo afrikanischen Staaten übertragen werden sollte (siehe u.a. Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 9.2.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, JFKL).

<sup>461</sup> Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: The Role and Trend of Public Opinion in Africa, 1961, 16.2.1962, in: RG 306, Office of Research, ‘R’ Reports, 1960-1963, Box 13, NA.

<sup>462</sup> Letter From President Nkrumah to President Kennedy, 23.1.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, JFKL. Siehe auch die Einschätzung des neuen US-Botschafter in Accra, Francis H. Russell (1961-1962): „[Nkrumah] held great hopes that new administration in Washington, looking at the problems of Africa afresh, would be able to initiate a policy that would make possible a solution.“ (Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 24.1.1961, ebd.).

Er ließ keinen Zweifel an seiner Enttäuschung über das Wirken der Eisenhower-Administration auf der Seite eines Regimes,

„which is based on the denial of democracy and which only exists because international support if not from the United States itself at least from the countries closely allied to the United States such as Belgium, maintain a military dictatorship of a brutal and ineffectual type under which the Congolese Parliament is not permitted to meet. The freely chosen Prime Minister (...) is held captive by an armed gang and an illegal puppet government which is maintained by Belgian armed force and foreign financial interests. The inactivity of the United States in the face of this situation is impossible to reconcile with their long-professed opposition to colonialism and well-known avowal to the principles of democracy and law.“<sup>463</sup>

Der neue US-Präsident war jedoch ebenso wenig wie sein Vorgänger an einer Rückkehr Lumumbas interessiert. Zwar sprachen sich die Mitglieder der Kennedy-Administration für eine Wiedereinsetzung des Parlaments aus, doch Außenminister Dean Rusk betonte stellvertretend für viele andere außenpolitische Experten in Washington: „[I]n view of Lumumba’s past record of irresponsibility as Prime Minister we would view with great concern his return to this position.“<sup>464</sup> Ein hartes Vorgehen der UNO-Soldaten gegen die Sezession Katangas schien auch Kennedy und seinen Beratern wenig opportun. Tshombe wurde als einer der wenigen kongolesischen Politiker „with some capacity for leadership“ angesehen.<sup>465</sup> Solange die ‘linke Gefahr’ im Kongo nicht gebannt war, musste der Gouverneur von Katanga nach Ansicht der Kennedy-Administration als ein Machtfaktor erhalten bleiben. Eine Einbindung Tshombes in eine antikommunistische Front mit der Zentralregierung in Leopoldville galt als der sicherste Weg für eine stabile und prowestliche Entwicklung des Kongos. Ähnlich bewerteten britische Politiker die Situation.<sup>466</sup> Gemeinsam mit Großbritannien boykottierten amerikanische UNO-Diplomaten auch weiterhin ein gewaltsames Durchgreifen der Vereinten Nationen gegen die Sezession Katangas. Gleichzeitig

---

<sup>463</sup> Letter From President Nkrumah to President Kennedy, 23.1.1961, ebd.

<sup>464</sup> Telegram From Secretary of State Rusk to the Embassy in India, 2.2.1961, in: NSF, Congo, Box 27, JFKL. Siehe auch die Bemerkungen des neuen Staatssekretärs für Afrikanische Angelegenheiten George Mennen Williams: „We want to have them call a parliament but we do not want Lumumba there.“ (zit. nach Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 71).

<sup>465</sup> Ball, *Past*, S. 231. Weitere Informationen über die Haltung der Kennedy-Administration gegenüber Tshombe finden sich in Mahoney, *Ordeal in Africa*, S. 57, Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 68ff.; Noer, „New Frontiers and Old Priorities in Afrika“, S. 261ff.

<sup>466</sup> Zur britischen Kongopolitik siehe James, *Britian and the Congo Crisis*.

drängten sie jedoch den UN-Sicherheitsrat, militärische Schritte gegen die Lumumbisten in der Stadt Stanleyville einzuleiten, die von Lumumbas Vizepremierminister Antoine Gizenga zum Sitz der eigentlichen kongolesischen Regierung erklärt worden war. Solidaritätsbekundungen der Sowjetunion mit Gizenga bestärkten die Entschlossenheit der Kennedy-Administration, gegen Lumumbas Stellvertreter vorzugehen, der von den US-Medien als „skrupelloser“ und „von Moskau ausgebildeter Kommunist“ bezeichnet wurde.<sup>467</sup> Die CIA begann, mit Hilfe von Bestechungsgeldern Gizengas Rückhalt in der Bevölkerung zu zerstören. Parallel dazu suchten die Agenten nach einem kongolesischen Politiker, den sie bei den bevorstehenden Wahlen zu einem erfolgreichen Konkurrenten Gizengas aufbauen konnten. Ihr Blick fiel auf den antikommunistischen Gewerkschaftsfunktionär Cyrille Adoula, der nun mit der Unterstützung der USA in den Wahlkampf zog.

Nkrumahs Appell an Kennedy brachte keine Änderung der amerikanischen Position. Nach Ansicht des neuen US-Botschafters in Accra, Francis H. Russel, waren Nkrumahs Initiativen ohnehin nicht darauf ausgerichtet, eine Lösung der Kongo-Krise herbeizuführen, sondern sollten vor allem dazu dienen, Nkrumah die Möglichkeit zu geben, sich auf internationaler Bühne als ‘großer Staatsmann’ zu präsentieren.<sup>468</sup> Kennedys Antwortschreiben an Nkrumah vom 2. Februar 1961 enthielt nicht mehr als eine vage Zusicherung, dass sich die USA *nach* der Beendigung des Bürgerkrieges für eine Freilassung *aller* politischer Gefangenen engagieren würden.<sup>469</sup>

Wenige Tage nach der Ankunft von Kennedys Brief erreichte Nkrumah die Nachricht vom Tod Lumumbas. Der Premierminister war am 17. Januar von Kasavubu und Mobutu nach Katanga verlegt worden, nachdem seine Unterbringung in der Militärgarnison Thysville durch die Solidarisierung einiger Soldaten mit Lumumba nicht mehr sicher schien. Nur wenige Stunden nach seiner Ankunft wurde Lumumba von einem Erschießungskommando unter belgischer Leitung exekutiert. Die katangischen Behörden warteten allerdings bis zum 13. Februar, um den Tod des Premierministers bekannt zu geben.

---

<sup>467</sup> *The New York Times* vom 15.2.1961, zit. nach Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 83.

<sup>468</sup> Siehe u.a. Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 24.2.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, JFKL.

<sup>469</sup> Letter From President Kennedy to President Nkrumah, 2.2.1961, ebd.

Die Nachricht von der Ermordung Lumumbas löste eine Welle des Protestes in Afrika aus. Der Erklärung der katangischen Behörden, dass der Premierminister auf der Flucht von aufgebrachten Dorfbewohnern erschlagen worden sei, schenkte kaum jemand Glauben. Lumumba wurde zu einem Symbol für den afrikanischen Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung. Viele Menschen fühlten sich vom Schicksal Lumumbas persönlich betroffen. Die Kommentare einiger guineischer Diplomaten beschreiben deutlich die Stimmung unter afrikanischen Beobachtern: „As far as we are concerned, Guinea could well be the Congo, and the Congo Africa.“<sup>470</sup> Wut und Frustration mündeten in einer Reihe von Demonstrationen vor westlichen Botschaften. In mehreren afrikanischen Städten gingen die diplomatischen Vertretungen Belgiens in Flammen auf. Amerikanische Kommentatoren sprachen von einer „emotion-packed political situation“. Aus Ghana meldeten Informanten der US-Regierung: „Mr. Nkrumah’s fury approaches tantrums (...).“<sup>471</sup> In einer nationalen Radioansprache bezichtigte der ghanaische Präsident die westliche Staatengemeinschaft einer Mitschuld am Tod des kongolesischen Premierministers und verkündete die Anerkennung Gizengas als rechtmäßigen Vertreter des kongolesischen Volkes. Berichte über die Lieferung französischer Militärflugzeuge an Katanga durch eine private amerikanische Fluggesellschaft führten zu einer weiteren Verhärtung von Nkrumahs Haltung gegenüber dem westlichen Kongoengagement. Die Flugzeuglieferungen waren in seinen Augen ein weiterer Beweis für die Kooperation anderer westlicher Industriestaaten mit den Belgiern. In einem Brief an Kennedy vom 22. Februar 1961 verlangte Nkrumah wütend eine Stellungnahme der amerikanischen Regierung zu dem Vorfall:

„How does it come about that three allies in the NATO organisation are involved in sending military aircraft to Katanga (...) when they must have

---

<sup>470</sup> Zit. in Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: The Lumumba Symbol in Africa, 13.7.1961, in: RG 306, Office of Research, Research Notes, 1958-1962, Box 4, NA. Hinzu kam, dass sich die USA und die westeuropäischen Kolonialmächte wenige Wochen zuvor geweigert hatten, die Verabschiedung der *UN Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples* (14.12.1960) zu unterstützen (siehe Teil 2, Kapitel 1). Das ausbleibende Bekenntnis zu einem universellen Selbstbestimmungsrecht verstärkte das Misstrauen vieler afrikanischer Beobachter gegenüber der westlichen Politik in Afrika.

<sup>471</sup> Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: The Role and Trend of Public Opinion in Africa, 1961, 16.2.1962, in: RG 306, Office of Research, ‘R’ Reports, 1960-1963, Box 13, NA; Letter From the Executive Vice President of Farrell Lines Incorporated (Wauchope) to the Office of West African Affairs, 24.1.1961, in: RG 59, BAA, Office of West African Affairs, Country Files, 1951-1963, Ghana, E 3112, Box 1, ebd. Weitere Informationen über die Demonstrationen vor den westlichen Botschaften finden sich in Jean Van Lierde (Hrsg.), *Lumumba Speaks. The Speeches and Writings of Patrice Lumumba, 1958-1961*. Boston 1972, xxv.

been forewarned that this was to happen and when action by any one of them could have prevented the plane being dispatched?<sup>472</sup>

Die Sowjetunion ließ keine Zeit verstreichen, um aus dem Schicksal Lumumbas politisches Kapital zu schlagen. Repräsentanten des Ostblockes versicherten den aufgebracht afrikanischen Politikern umgehend ihr Mitgefühl und ihre Solidarität. Die sowjetische Regierung gab am 14. Februar 1961 eine Erklärung heraus, dass Gizenga für die Sowjetunion der rechtmäßige Vertreter des Kongo sei. Kommunistische Medien wie die *Prawda* wetterten gegen die 'imperialistischen Intrigen im Kongo' und sprachen von 'unwiderlegbaren' Beweisen für die wahren Motive hinter der Afrikapolitik der Westmächte. Die kommunistische *International Union of Students* und die *Women's International Democratic Federation* forderten ihre Mitglieder auf, Protestbriefe an die diplomatischen Vertretungen der Belgier und an die UNO in New York zu schreiben. Eine neue Briefmarke wurde gedruckt, die ein Portrait des Ermordeten zeigte. Aus der Universität der Völkerfreundschaft in Moskau wurde die Patrice-Lumumba-Universität.<sup>473</sup>

## 1.2. Nkrumahs Beitrag zur Neokolonialismus-Debatte in Afrika

Die Kongokrise hinterließ tiefe Spuren in der politischen Philosophie Nkrumahs. Die Entwicklungen hatten seiner Ansicht nach gezeigt, dass der Kampf um die Freiheit Afrikas mit der formellen Unabhängigkeitserklärung der Kolonien noch nicht beendet war: „For Nkrumah the rape of the Congo was a traumatic event

---

<sup>472</sup> Letter From President Nkrumah to President Kennedy, 22.2.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, JFKL. Laut Mahoney, *Ordeal in Africa*, S. 81 übernahm die amerikanische Fluggesellschaft *Seven Seas Airlines* regelmäßig Aufträge von der CIA. Auszüge aus Nkrumahs Radioansprache vom 15.2.1961 findet sich in Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 15.2.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, JFKL.

<sup>473</sup> Eine Auflistung der sowjetischen Initiativen, um die Solidarität des Ostblocks mit Lumumba und seinen Anhängern herauszustellen, findet sich in Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: The Lumumba Symbol in Africa, 13.7.1961, in: RG 306, Office of Research, Research Notes, 1958-1962, Box 4, NA.

(...), [which] revealed the charade of independence.”<sup>474</sup> Die Erfahrungen beeinflussten das weitere politische Vorgehen Nkrumahs. Er wurde zum führenden Vertreter der Neokolonialismus-Theorie in Afrika, die von einer fortgesetzten Abhängigkeit der ehemaligen Kolonien von den westlichen Industrieländern ausging. Er veröffentlichte eine Reihe von Büchern und Aufsätzen, die dazu beitrugen, den Begriff ‘Neokolonialismus’ fest im afrikanischen Diskurs zu verankern. In seinen Definitionen von ‘Neokolonialismus’ betonte er:

„The essence of neo-colonialism is that the State which is subject to it is, in theory, independent and has all the outward trappings of international sovereignty. In reality its economic system and thus its political policy is directed from outside.”<sup>475</sup>

Er warnte davor, die staatliche Souveränität mit dem Ende des Unabhängigkeitskampfes zu verwechseln:

„[Most imperial powers] never subscribed to the thesis of ultimate independence for her colonial territories. (...) When it became obvious that national sovereignty could no longer be withheld, the ground was prepared for maintaining the emerging independent nations within (...) [their] orbit. (...) [They] make arrangements whereby the local populations are given a token freedom while cords attaching them to the

---

<sup>474</sup> Hadjor, *Nkrumah and Ghana: The Dilemma of Post-Colonial Power*, S. 95. Siehe auch Davidson, *Black Star*, S. 172; Rooney, *The Political Kingdom in the Third World*, S. 212; Thompson, *Ghana's Foreign Policy*, S. 162; Aluko, *Foreign Policy of African States*, S. 80.

<sup>475</sup> Kwame Nkrumah, *Neo-Colonialism. The Last Stage of Imperialism*. London 1965, S. ix. Zu den wichtigsten Werken Nkrumahs zählen zudem *Africa Must Unite*. London 1964; *Consciencism. Philosophy and Ideology for Decolonization and Development with Particular Reference to the African Revolution*. London 1964; *Challenge of the Congo; The Spectre of Black Power*. London 1968 und *Handbook of Revolutionary Warfare. A Guide to the Armed Phase of the African Revolution*. London 1968. In der Wissenschaft ist wiederholt angezweifelt worden, ob Nkrumah wirklich als Autor der Bücher gelten kann, die unter seinem Namen erschienen sind (dies gilt besonders für *Neo-Colonialism*, siehe z.B. Thompson, *Ghana's Foreign Policy*, S. 421). In den Augen vieler westlicher Wissenschaftler waren afrikanische Staatsführer eher irrationale Despoten als ernstzunehmende Autoren. Die vorliegende Arbeit schließt sich dagegen der Auffassung von Paulin J. Hountondji an, der davon ausgeht, dass Nkrumah „manche Bücher seinem Privatsekretär diktiert oder einem oder dem anderen seiner Mitarbeiter die grundlegenden Ideen eines Werkes mitgeteilt haben [mag], der es dann ausarbeitete, aber er war direkt oder indirekt verantwortlich für alle Bücher, die ihm zugeschrieben werden (...)“ (Hountondji, *Afrikanische Philosophie*, S. 150). Siehe auch den Bericht von Peter T. Omari: „Er [Nkrumah] mag Hilfe beim Entwerfen dieser Bücher gesucht haben, aber er ging jedes Manuskript Zeile für Zeile mit jenen durch, die ihm halfen; und die darin ausgedrückten Ansichten waren zweifellos seine.“ (Peter T. Omari, *Kwame Nkrumah. The Anatomy of An African Dictatorship*. Accra 1970, S. 151, zit. nach Hountondji, *Afrikanische Philosophie*, S. 151). Alleine die Übereinstimmungen zwischen Nkrumahs öffentlichen Stellungnahmen und den in den Büchern vertretenen Thesen sowie die Parallelen zwischen der politischen Entwicklung des ghanaischen Präsidenten und der zunehmenden Radikalität seiner Werke sprechen für eine maßgebliche Beteiligung Nkrumahs bei der Entstehung dieser Publikationen.

‘mother country’ remain as firm as ever. (...) Only the outward form will have changed, the intrinsic relationship is maintained.<sup>476</sup>

Nkrumahs Äußerungen standen in einem klaren Gegensatz zu der von den Kolonialmächten propagierten Gewährungsthese, der zufolge sich die Europäer ‘freiwillig’ aus den abhängigen Gebieten zurückgezogen hatten und die ehemaligen Kolonien nun als eigenständige Staaten anerkannten.

Die Hauptschuld für die mangelnde Bereitschaft der Europäer, ihren Zugriff auf die afrikanischen Territorien aufzugeben, war Nkrumahs Ansicht nach dem kapitalistischen Wirtschaftssystem („the embodiment of the philosophy of self-interest“) anzulasten.<sup>477</sup> Die großen Unternehmen und Konzerne waren seiner Ansicht nach nicht bereit, ihre Interessen in Afrika aufzugeben und waren in der Position, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Die Unabhängigkeit habe daher lediglich Veränderungen an der Oberfläche gebracht und zu keiner Verbesserung der Lebenssituation vieler Menschen geführt:

„Neo-Colonialism is also the worst form of imperialism. For those who practise it, it means power without responsibility and for those who suffer from it, it means exploitation without redress. In the days of old-fashioned colonialism, the imperial power had at least to explain and justify at home the actions it was taking abroad. In the colony those who served the ruling imperial power could at least look to its protection against any violent move by their opponents. With neo-colonialism neither is the case.“<sup>478</sup>

Er sah darüber hinaus die Gefahr, dass sich andere Industriestaaten und die großen transnationalen Konzerne nach der Auslösung der Verwaltung durch eine Kolonialmacht ebenfalls verstärkt an der Ausbeutung afrikanischer Ressourcen beteiligen wollten: „[Today] we face not a single colonial power, but the total might of collective imperialism and colonialism.“<sup>479</sup>

Nkrumahs Bücher und Aufsätze zählen noch heute zu den Standardwerken der Neokolonialismus-Theorie und bieten erste systematische Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Dimensionen postkolonialer Einflussicherung durch die

---

<sup>476</sup> Nkrumah, *Africa Must Unite*, S. 174, 175, 179, 180.

<sup>477</sup> Ders., *Neo-Colonialism*, S. 54.

<sup>478</sup> Ebd., S. xi.

<sup>479</sup> Auszug aus einer Rede vor dem ghanaischen Parlament im Oktober 1962, zit. in Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 3.10.1962, in: NSF, Ghana, Box 100, JFKL.

westlichen Industrienationen. Nkrumah propagierte eine offene Verwendung des Begriffs 'Neokolonialismus'.<sup>480</sup> In seinem Buch „Consciencism. Philosophy and Ideology for Decolonization and Development with Particular Reference to the African Revolution“ unterstrich er: „Any oblique attempt of a foreign power to thwart, balk, corrupt, or otherwise pervert the true independence of a sovereign people is neo-colonialist.“<sup>481</sup> Neokolonialismus trat seiner Ansicht nach in so vielen verschiedenen Gestalten auf, dass jeder Versuch einer engen Definition zu unzulässigen Ausgrenzungen führen musste: „[T]he methods of neo-colonialists are subtle and varied. They operate not only in the economic field, but also in the political, religious, ideological and cultural spheres (...) to accomplish objectives formerly achieved by naked colonialism.“<sup>482</sup> Gerade die Breite und Subtilität neokolonialistischer Praktiken stellte in seinen Augen die besondere Gefahr dieser neuen Spielart des Imperialismus dar. Als eine der wesentlichsten Techniken der Neokolonialisten bezeichnete er die Etablierung kooperationsbereiter Marionetten an der Spitze der neuen afrikanischen Staaten, die auf der Grundlage einer Gewinnbeteiligung eine weitere Ausbeutung ihrer Länder durch die westlichen Industriestaaten gestatteten.<sup>483</sup> Er verwies zudem auf die Praxis der Kolonialmächte, größere koloniale Verbände vor der Unabhängigkeit in kleinere Einheiten zu zersplittern:

„The creation of several weak and unstable states of this kind in Africa, it is hoped, will ensure the continued dependence on the former colonial powers (...). The conversion of Africa into a series of small states is leaving some of them with neither the resources nor the manpower to provide for their own integrity and viability. Without the means to

---

<sup>480</sup> Die 'mangelnde Genauigkeit' des von Nkrumah vertretenen Neokolonialismus-Konzepts war einer der Punkte, der von vielen – westlichen – Wissenschaftlern herangezogen wurde, um sich gegen eine Verwendung des Begriffs in wissenschaftlichen Untersuchungen auszusprechen. In Afrika fand der Neokolonialismus-Begriff jedoch viele Anhänger. Noch heute zählt er zum Standardvokabular vieler afrikanischer Wissenschaftler (siehe z.B. Chikeka, *Britain, France and the New African States*, S. 2; Osei, *Recurrence and Change in a Post-Independence African State*, S. 2; Sekgoma, „Decolonization: Towards a Global Perspective, 1940-1978“, S. 61).

<sup>481</sup> Nkrumah, *Consciencism*, S. 102.

<sup>482</sup> Ders., *Neo-Colonialism*, S. 239.

<sup>483</sup> Siehe beispielsweise ders. *Africa Must Unite*, S. 180. Er warnte vor den Versuchen der Kolonialherren, die 'moderaten' nationalistischen Führer für ihre Zwecke zu instrumentalisieren: „Having learned from experience that the greater and more bitter their resistance to 'extremist' demands for independence the more extreme and more powerful they become, certain colonial powers began to respond more positively to signs of nationalist stirrings in some of their territories. The understanding dawned that in the absence of a bitter struggle, there is a chance of treating with the moderates leaders, who may be tempted to show their followers that the masters are 'being reasonable' and are open to persuasion, that quiet and peaceful negotiation can produce an advance towards freedom.“ (ebd.).

establish their own economic growth, they are compelled to continue within the old colonial trading framework. Hence they are seeking alliances in Europe, which deprive them of an independent foreign policy and perpetuate their economic dependency.”<sup>484</sup>

Nkrumah mahnte wiederholt zur Vorsicht gegenüber westlicher Wirtschaftshilfe und westlichen Investitionen. Seiner Ansicht nach durfte nicht vergessen werden, dass das Primat des Eigeninteresses die Entscheidungen der Regierungen in den kapitalistischen Staaten bestimmte. Er vermutete, dass viele Hilfsinitiativen, die auf den ersten Blick wie Gesten der Freundschaft wirkten, in Wahrheit nur dazu dienten, das Netz ‘neo-kolonialistischer Abhängigkeitsverhältnisse’ enger zu ziehen. Aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Stellung und der Abhängigkeit der ehemaligen Kolonien von ausländischer Unterstützung könnten die westlichen Industrienationen die Entwicklungshilfe dazu einsetzen, politische und wirtschaftliche Entscheidungen in Afrika in ihrem Sinne zu diktieren: „The pattern of imperialist aid to Africa is (...) to draw the unwary back into the neo-colonialist relationship (...) [and to] tie them into cold-war politics.”<sup>485</sup> Viele Bedingungen, die mit der Auszahlung der Entwicklungshilfe verbunden waren, sorgten seiner Ansicht nach dafür, dass Afrika auch weiterhin auf die Rolle eines billigen Rohstofflieferanten für die Industriezentren des Westens reduzieren blieb. In seinen Augen gab es wenig Zweifel, „[that] the less developed world will not become developed through the goodwill or generosity of the developed Powers”.<sup>486</sup> Die Hilfsprogramme der Weltbank oder des Internationalen Währungsfonds bargen nach Darstellung Nkrumahs ebenfalls Gefahren für die wirtschaftliche Unabhängigkeit Afrikas. In seinen Studien erinnerte er daran, dass trotz des multilateralen Charakters der beiden Organisationen die ehemaligen Kolonialmächte und die USA hier die entscheidenden Fäden zogen.<sup>487</sup>

Mit seinen Äußerungen nahm Nkrumah viele spätere Kritikpunkte an der Arbeitsweise und dem institutionalisierten Mangel an Demokratie in den Entscheidungsstrukturen der Weltbank und des Währungsfonds voraus.

---

<sup>484</sup> Ebd., S. 179, 176. Als Beispiel verwies Nkrumah u.a. auf die Zersplitterung Französisch-Äquatorialafrikas in die Staaten Gabun, Kongo-Brazzaville und Tschad.

<sup>485</sup> Ebd., S. 183.

<sup>486</sup> Ders., *Axioms of Kwame Nkrumah. Freedom Fighter's Edition*. London 1969, S. 93.

<sup>487</sup> Siehe ders., *Neo-Colonialism*, S. 242.

Namenhafte Wissenschaftler und Journalisten vertreten heute offen die Ansicht, dass viele Programme der internationalen Finanzorganisationen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem den großen transnationalen Konzernen zugute gekommen waren, in den Empfängerstaaten dagegen Massenarmut und soziale Polarisierungsprozesse gefördert hatten.<sup>488</sup> Viele wissenschaftliche Studien verurteilen die Monopolposition und die damit verbundene Definitionsmacht der Bretton-Woods-Zwillinge. Durch die von der Höhe der Kapitalanteile der Mitgliedsländer abhängige Stimmenverteilung in den Gremien der Weltbank und des Währungsfonds konnten die westlichen Industriestaaten Höhe und Verwendungszweck der Entwicklungshilfe festlegen, während die ärmeren Staaten kaum Möglichkeiten hatten, Einfluss auf die Diskussionen zu nehmen. Durch die Kontrolle der wichtigsten Kommunikationskanäle und Finanzmittel konnten die beiden Organisationen wirtschaftliche Vorstellungen durchsetzen, die oft mehr den Interessen der führenden Mitgliedstaaten dienten als den Bedürfnissen der Menschen in der 'Dritten Welt'.

Von einer derart kritischen Sicht auf die Funktionsweisen und Wirkungsmöglichkeiten der Bretton-Woods-Institutionen waren westliche Wissenschaftler in der ersten Hälfte der 1960er Jahre jedoch noch weit entfernt. Nkrumahs Warnungen vor den negativen Konsequenzen westlicher Wirtschaftsinitiativen widersprachen dem modernisierungsbeseelten Zeitgeist in den USA und Westeuropa. Äußerungen wie „[i]nvestment [and foreign aid] under neo-colonialism increases rather than decreases the gap between the rich and poor countries of the world“ waren mit dem damaligen westlichen Selbstverständnis nicht zu vereinbaren.<sup>489</sup> Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den ehemaligen Kolonien und den kapitalistischen Industriestaaten bzw. den internationalen Finanzorganisationen galt ohne Einschränkungen als „impetus for socio-political change and sophistication“ und „healthy influence on the (..) outlook and policy of the new nations“.<sup>490</sup> Erst in der zweiten Hälfte der 1960er

---

<sup>488</sup> Siehe z.B. Tetzlaff, *Weltbank und Währungsfond*, S. 12ff., 25; Cooper, Packard, „Introduction“, S. 1ff.; John Mihevc, *The Market Tells Them So. The World Bank and Economic Fundamentalism in Africa*. London 1995; Susan George, Fabrizio Sabelli, *Kredit und Dogma: Ideologie und Macht der Weltbank*. Hamburg 1995. Siehe auch Teil 2, Kapitel 1 der vorliegenden Arbeit.

<sup>489</sup> Nkrumah, *Axioms of Kwame Nkrumah*, S. 91.

<sup>490</sup> National Intelligence Estimate, Subject: The Probable Interrelationships of the Independent African States, 31.8.1961, in: NSF, National Intelligence Estimates, Box 8, LBJL; Position Paper, Prime Minister Balewa's Visit, Washington D.C., July 25 - 28, 1961, Subject: Western Aid Relations with Ghana-Guinea-Mali, undated, in: POF, Nigeria, Box 122a, JFKL.

und der ersten Hälfte der 1970er Jahre – als sich die mageren Ergebnisse der bisherigen westlichen Entwicklungsinitiativen abzeichneten – mehrten sich unter Wissenschaftlern kritische Stimmen, die einige Grundüberzeugungen der Modernisierungstheoretiker in Frage stellten. Die Anhänger der in Lateinamerika entstandenen *Dependencia*-Schule, die nach neuen Erklärungen für das Phänomen der Unterentwicklung suchten und die Zwänge des kapitalistischen Weltmarkts für die wirtschaftlichen Probleme in der ‘Dritten Welt’ verantwortlich machten, kamen in vielen Bereichen zu ähnlichen Ergebnissen wie Nkrumah.<sup>491</sup> Allerdings stellte sich der ghanaische Präsident anders als viele Anhänger der dependenztheoretischen Schule gegen eine vollständige Abkoppelung der Entwicklungsländer vom Weltmarkt. Er betonte:

„The struggle against neo-colonialism is not aimed at excluding the capital of the developed world from operating in less developed countries. It is aimed at preventing the financial power of the developed countries being used in such a way as to impoverish the less developed.” – „The

---

<sup>491</sup> Die *Dependencia*-Autoren stellten das Modernisierungsparadigma gleichsam auf den Kopf. Anders als die Modernisierungstheoretiker verwiesen sie nicht auf endogen verursachte Modernisierungsdefizite, um Unterentwicklung zu erklären, sondern lasteten der globalen Expansion des Kapitalismus die Hauptschuld für die wirtschaftlichen Probleme in der ‘Dritten Welt’ an. Ihre Interpretationen konzentrierten sich auf Faktoren wie die Ausrichtung der Wirtschaftsentwicklung der ehemaligen Kolonien auf die Verwendungsbedürfnisse der europäischen Metropolen und nicht auf die vermeintliche Apathie und mangelnde Leistungsbereitschaft der Bevölkerung in den neuen Staaten. Die *Dependencia*-Autoren waren überzeugt, „[that conditions of underdevelopment] cannot be examined solely in a national context, for development and underdevelopment represent two aspects of a single and simultaneous international process that are linked together structurally and organically. (...) The structure of foreign trade – historically, exports of raw materials and imports of manufactured products – arrests economic growth, skews income distribution, and fosters stagnation.” (Louis A. Pérez, „Dependency”, in: *Explaining the History of American Foreign Relations*. Hrsg. v. Michael J. Hogan u. Thomas G. Paterson. Cambridge 1991, S. 99-110, S. 101, 103). Die *Dependencia*-Theorie beeinflusste in den 1970er Jahren auch die entwicklungspolitischen Debatten an westlichen Universitäten. Ähnlich wie Nkrumah nahmen auch die *Dependencia*-Autoren eine kritische Haltung gegenüber westlicher Auslandshilfe, privaten Investitionen und Handelsabkommen ein, die oft als Mittel zur Verstärkung von Abhängigkeiten beschrieben wurden. Zu den wichtigsten Werken der *Dependencia* zählen u.a. André Gunder Frank, *Capitalism and Underdevelopment in Latin America* (New York 1967) und ders., *Latin America: Underdevelopment or Revolution. Essays on the Development of Underdevelopment and the Immediate Enemy* (New York 1969). Wichtige Impulse für die Entstehung der *Dependencia*-Theorie gingen von Paul A. Baran, *The Political Economy of Growth* (London 1957) aus. Während die *Dependencia*-Theorie zunächst nur auf die Probleme Lateinamerikas angewendet wurde, erschien in den 1970er Jahren eine Reihe von Arbeiten, die diese Perspektive für die Interpretation der Entwicklungen in anderen Teilen der ‘Dritten Welt’ nutzten (siehe u.a. Walter Rodney, *How Europe Underdeveloped Africa*. London 1972; John D. Esseks, „Economic Dependency and Political Development in New States of Africa“, in: *Journal of Politics* 33 (1971), S. 1052-1075; Barbara Stallings, *Economic Dependency in Africa and Latin America*. Beverly Hills 1972; Samir Amin, „Underdevelopment and Dependency in Black Africa: Origins and Contemporary Forms“, in: *Journal of Modern African Studies* 10 (1972), S. 503-524; Rhoda Howard, *Colonialism and Underdevelopment in Ghana*. London 1978). Zum Einfluss und Bedeutung der *Dependencia*-Theorie siehe auch Teil 6, Kapitel 3.

newly emergent states do not make it a principle to break off all relations with their former colonial masters. (...) No question of dictation, however, must arise. The new states must ensure that such relations are the result of a free choice freely negotiated (...).”<sup>492</sup>

Mit seinen Hinweisen auf die kulturelle Dimension postkolonialer Einflussicherung betrat Nkrumah ebenfalls einen Bereich, der in der westlichen Wissenschaft erst seit den 1970er Jahren größere Beachtung gefunden hat. Er kritisierte die dominante Rolle des Westens im Bereich der Medien und die Abhängigkeit afrikanischer Journalisten von Presseagenturen wie *Reuters* oder *Agence France Press*, während zwischen den afrikanischen Staaten selber kaum Informationsaustausch stattfand: „Our communications were devised under colonial rule to stretch outwards towards Europe and elsewhere, instead of developing internally between our cities and states.“<sup>493</sup> Er warnte davor, dass westliche Nachrichten über die Entwicklungen in Afrika noch immer durch den ‘kolonialen Blick’ geprägt seien und damit den Aufbau eines neuen afrikanischen Selbstbewusstseins erschwerten. Er sprach von einer „flood of anti-liberation propaganda“, in der nationalistische Kämpfer noch immer als „rebels, terrorists, or frequently ‘communist terrorists’“ diffamiert würden.<sup>494</sup> Die Monopolstellung der westlichen Industriestaaten in der Filmindustrie und dem Verlagswesen war seiner Ansicht nach ein weiteres Problem für den Abbau kolonialer Mentalitäten und den Aufbau eines ‘neuen’ Afrikas. Durch den Mangel an einflussreichen afrikanischen Zeitungen, Magazinen oder Filmen seien die westlichen Industriestaaten noch immer in der Lage, den „market place of ideas“ mit ihren wirtschaftlichen und politischen Vorstellungen zu besetzen:

„One has only to listen to the cheers of an African audience as Hollywood’s heroes slaughter red Indians or Asiatics to understand the effectiveness of (...) [such] cultural and ideological weapons. (...) [A]long with murder and the Wild West goes an incessant barrage of anti-socialist propaganda (...).”<sup>495</sup>

Mit seiner Kritik an ‘neokolonialistischen Intrigen’ sprach Nkrumah vielen politisch interessierten Menschen in Afrika aus der Seele. Während der dritten *All*

---

<sup>492</sup> Nkrumah, *Neo-Colonialism*, S. x; ders., *Africa Must Unite*, S. 187.

<sup>493</sup> Ebd., S. 219.

<sup>494</sup> Ders., *Neo-Colonialism*, S. 247.

<sup>495</sup> Ebd., S. 246.

*African People's Conference* in Kairo im März 1961 schlossen sich die anwesenden Politiker Nkrumahs Definition der neuen Gefahren an. Das britische *Foreign Office* hielt Ende 1961 fest: „In Africa generally charges of ‘neo-colonialism’ are made at random (even by non-Marxists) and are rarely disputed. (...) [T]he theory of ‘neo-colonialism’ finds wide support even among moderate Africans and especially the rising generation.“<sup>496</sup>

### 1.3. Ghanaische Strategien für ein ‘neues’ Afrika, 1960-1965

Mit demselben Engagement, mit dem er der britischen Herrschaft in der Goldküste den Kampf angesagt hatte, ging Nkrumah nun gegen die Etablierung ‘neokolonialistischer’ Abhängigkeitsverhältnisse in Afrika vor. Die Sensibilisierung der Bevölkerung gegenüber den neuen Gefahren war in seinen Augen eine der wichtigsten Voraussetzungen, um eine wirkliche Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien durchzusetzen. Immer wieder betonte er: „In order to halt foreign interference in the affairs of developing countries it is necessary to study, understand [and] *expose* and actively combat neo-colonialism in whatever guise it may appear.“<sup>497</sup> Er rief eine kleine Forschungsabteilung ins Leben, die Nachrichten über innerafrikanische und internationale Entwicklungen sammeln und analysieren sollte. Mit viel Geld und Energie unterstützte er den Ausbau des ghanaischen Presse- und Rundfunksystems. Die Medien waren seiner Ansicht nach die besten Instrumente, um die Bevölkerung zu mobilisieren. Damit der Widerstand gegen ‘neokolonialistische’ Manöver nicht auf Ghana begrenzt blieb, wurde im ghanaischen Rundfunk eine Auslandsabteilung eingerichtet. Bereits 1963 sendete Radio Ghana in sechs verschiedenen Sprachen. Die ghanaische Regierung ging dazu über, neben den nationalen Tageszeitungen *Evening News* und *Ghanaian Times*, auch eine Reihe überregionaler Publikationen mit Titeln

---

<sup>496</sup> Foreign Office Research Paper, Subject: The Theory of ‘Neo-Colonialism’ as developed in the Soviet Union and Africa, 28.11.1961, in: BDEE, *The Conservative Government and the End of Empire, 1957-1964*, II, S. 251ff., S. 252, 256. Hier findet sich auch ein Bericht über die Diskussionen während der dritten *All African People's Conference* (S. 252).

<sup>497</sup> Nkrumah, *Neo-Colonialism*, S. 239 (Hervorhebung durch W.B.).

wie *Voice of Africa*, *African Review*, *Freedom Fighters Weekly*, *Pan-Africanist Review* oder *The Spark* herauszugeben.<sup>498</sup> Nkrumah ließ keinen Zweifel daran, was er von den Mitarbeitern der ghanaischen Medien erwartete:

„[With our radio, newspapers and magazines] we shall continue to fight for our complete emancipation (...).” – „To the true African journalist, his newspaper is a collective organizer, a collective instrument of mobilization and a collective educator – a weapon, first and foremost, to overthrow colonialism and imperialism and to assist total African independence and unity.“<sup>499</sup>

Mit westlichem Presseverständnis hatten Nkrumahs Ideen wenig gemein. Die Journalisten sollten polarisieren, „[in order] to raise the level of the people’s anti-imperialist consciousness“.<sup>500</sup> Forderungen nach einer distanzierteren, um Objektivität bemühten Berichterstattung erteilte Nkrumah eine klare Absage. ‘Neokolonialistische’ Manöver sollten schonungslos aufgedeckt und diejenigen Kräfte, die sich an der Ausbeutung Afrikas beteiligten, kompromisslos zur Verantwortung gezogen werden:

„We are emerging from colonialism, and we are being stifled by imperialism and neo-colonialism. We face a long, hard, life-and-death struggle, in which all our people are engaged. How can journalists be

---

<sup>498</sup> Der Regierungsbesitz an Zeitungen ist ein häufig anzutreffendes Phänomen in Afrika, das sich aus der Entstehungsgeschichte der Zeitungen erklären lässt. Viele etablierten sich während des Unabhängigkeitskampfes als Kritikplattform und Mobilisierungsinstrument nationalistischer Parteien. Die *Evening News* entstand beispielsweise 1948 als Sprachrohr der CPP. Der größte Teil der oben zitierten Zeitschriften und Magazine wurde vom *Bureau of African Affairs* herausgegeben und über die ghanaischen Botschaften in anderen afrikanischen Ländern verteilt. Der Aufbau einer eigenen Nachrichtenagentur (*Ghana News Agency*) sollte eine größere Unabhängigkeit der ghanaischen Zeitungen von den großen westlichen Presseagenturen ermöglichen. 1960 ging der erste ghanaische Korrespondent in den Kongo; ein Jahr später wurden Journalistenbüros in London, New York, Abidjan, Ouagadougou und Lagos eröffnet. Nach Einschätzung von William A. Hachten entwickelte sich das ghanaische Presse- und Rundfunksystem während der Regierungszeit Nkrumahs zum „most comprehensive national media systems in black Africa“ (William A. Hachten, *Muffled Drums. The News Media in Africa*. Ames 1971, S. 172). Siehe auch P. A. V. Ansah, „Kwame Nkrumah and the Mass Media“, in: *The Life and Work of Kwame Nkrumah*, S. 83-100; Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 208ff., 435, 482ff.

<sup>499</sup> Kwame Nkrumah, *Voice of Africa*. Accra 1961, S. 3; Nkrumah, 1963, zitiert nach Ansah, „Kwame Nkrumah and the Mass Media“, S. 86.

<sup>500</sup> Nkrumah, zit. in *The Spark*, 13.9.1963, S. 2. Diese Überzeugung beeinflusste Nkrumahs Einstellung gegenüber der britischen Zeitung *Daily Graphic*, deren Arbeit strengen Kontrollen unterworfen wurde. Paragraph 183 des 1960 verabschiedeten *Criminal Code* ermöglichte es dem Präsidenten, Zeitungen zu verbieten, deren Artikel als eine Gefahr für die „public order of safety, or the maintenance of the public service or economy of Ghana“ eingestuft wurden (zit. nach Ansah, „Kwame Nkrumah and the Mass Media“, S. 97). 1962 verkaufte der Eigentümer Cecil King seine Zeitung schließlich an die ghanaische Regierung. Die Herausgabe des *Ashanti Pioneer*, der anderen bedeutenden regierungsunabhängigen Zeitung in Ghana, wurde 1962 aus ähnlichen Gründen eingestellt.

‘neutral’ in circumstances as these? We are in a revolutionary period and we have a revolutionary morality in journalism as in all other walks of life. We cannot be neutral between the oppressor and the oppressed, between the corrupter and the victim of corruption.”<sup>501</sup>

Die Journalisten sollten außerdem die Menschen von der Notwendigkeit sozialistischer Reformen überzeugen und damit zur wirtschaftlichen Entwicklung in Ghana beitragen.

Die wichtigsten Positionen in den Redaktionen der ghanaischen Zeitungen und des Rundfunks wurden mit Mitgliedern aus dem äußerst linken Spektrum der CPP besetzt. Die Herausgabe der *Evening News* übernahm Eric Heyman, der Vorsitzende der ghanaischen *National Association of Socialist Student's Organisations*. Der Herausgeber der *Ghanaian Times*, Thomas D. Baffoe, galt ebenfalls als überzeugter Sozialist. Neben den ghanaischen Journalisten arbeiteten auch viele Flüchtlinge aus Südafrika oder Intellektuelle aus den konservativen afrikanischen Staaten, die aus Protest gegen die Politik ihrer Regierungen ihre Heimat verlassen hatten, in den ghanaischen Medien – unter ihnen prominente Marxisten wie Samuel G. Ikoku aus Nigeria. Afroamerikanische Bürgerrechtler, die nach Ghana ausgewandert waren, schrieben ebenfalls Artikel für die ghanaischen Zeitungen. Shirley Graham Du Bois, die Frau von W. E. B. Du Bois, wurde Direktorin des ghanaischen Fernsehens; der Schriftsteller, Journalist und Schauspieler Julian Mayfield arbeitete als Journalist und Redenschreiber für Nkrumah und wurde zum Herausgeber des *African Review* ernannt. Für konservative, prokapitalistische Kräfte war in den Redaktionen dagegen wenig Platz.<sup>502</sup>

---

<sup>501</sup> Nkrumah im September 1965 bei der Einweihung eines Gebäudes der *Ghana News Agency*, zit. nach Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 388. Das folgende Zitat aus der *Ghanaian Times* bietet ein typisches Beispiel für die Darstellung der westlichen Afrikapolitik in den ghanaischen Medien: „The imperialists place the most diverse obstacles on the African peoples road. They enmesh their victims like a hydra with 100 heads. (...) Economic and political pressure, blackmail, and at times even terror against progressive leaders objectionable to the imperialists, are resorted to in order to attain these aims.” (*The Ghanaian Times*, 2.1.1963, S. 8).

<sup>502</sup> Zur Rolle von Julian Mayfield siehe Kevin Gaines, „From Black Power to Civil Rights. Julian Mayfield and African American Expatriates in Nkrumah's Ghana, 1957-1966”, in: *Cold War Constructions*, S. 257-269. Mayfield nutzte die ghanaischen Medien als eine Plattform für seine Kritik an der Bürgerrechtssituation in den USA. Weitere Informationen über die Aktivitäten des Ehepaars Du Bois und anderer afroamerikanischer Bürgerrechtler in Ghana finden sich in Ronald Walters, *Pan Africanism in the African Diaspora. An Analysis of Modern Afrocentric Political Movements*. Detroit 1993, S. 125; Masipula Sithole, „Black Americans and United States Policy towards Africa”, in: *African Affairs* 86 (1986), S. 325-350, S. 328ff.; Assensoh, *African Political Leadership*, S. 109. Zu den prominenten Mitgliedern der afroamerikanischen Diaspora in Ghana

Die politische Herkunft der Journalisten verstärkte den kämpferischen Ton der ghanaischen Medien. Die meisten Journalisten vertraten in vielen Punkten eine weitaus radikalere Meinung als Nkrumah, der sich bis zum Ende seiner Präsidentschaft darum bemühte, eine Verständigungsbasis mit dem Westen offen zu halten. Anders als die ghanaische Regierung waren die Journalisten bei ihrer Kritik an der amerikanischen und westeuropäischen Afrikapolitik zu keinerlei Rücksichten auf diplomatische Konventionen bereit.<sup>503</sup> Auch bei der Propagierung sozialistischer Wirtschaftsreformen nahm ein Großteil der Journalisten eine kompromisslosere Haltung ein als Nkrumah oder das ghanaische Wirtschaftsministerium. Die Maßnahmen der Regierung blieben weit hinter den Vorstellungen der Journalisten zurück, die sich bemühten, diese Unterschiede durch eine übertriebene Schilderung der bisherigen Fortschritte bzw. durch eine bewußt vereinfachte Darstellung der Pläne Nkrumahs zu verschleiern.<sup>504</sup> Nkrumah ließ den Journalisten relativ viel Freiraum bei ihrer Arbeit. Zwar gab die Regierung wesentliche Themen und den Grundtenor der Berichterstattung vor, eine Vorzensur fand jedoch nicht statt. Gerade wegen der Boykothaltung konservativer Ghanaer gegenüber seinen sozialistischen Umstrukturierungsplänen neigte Nkrumah dazu, übertriebene bzw. allzu euphorische Darstellungen der geplanten Reformen in der Presse zu tolerieren. Das ghanaische Außenministerium distanzierte sich regelmäßig von den Ausfällen der Journalisten gegen die westliche Afrikapolitik.<sup>505</sup> Da die Herausgabe der Zeitungen von der Regierung finanziert wurde, sahen amerikanische bzw. westeuropäische Politiker und Diplomaten jedoch keine Veranlassung, zwischen

---

zählten neben Du Bois und Mayfield auch der Wissenschaftler W. Alphaeus Hunton und die Schriftstellerin Maya Angelou. Nkrumah hatte sich in einer Rede während der Unabhängigkeitsfeier 1957 an die Mitglieder der afroamerikanischen Gesellschaft gewandt und sie aufgefordert, nach Ghana zu kommen, um beim Aufbau des neuen Staates zu helfen. Siehe dazu auch James H. Meriwether, „Ghana: African Independence, 1957-1958“, in ders., *Proudly We Can Be Africans. Black Americans and Africa, 1953-1961*. Chapel Hill 2002, S. 150-180.

<sup>503</sup> Die Journalisten entnahmen zudem viele Informationen für ihre Artikel sowjetischen Zeitungen, denen sie eine größere Objektivität bei der Darstellung der Entwicklungen in Afrika zusprachen als den westlichen Medien.

<sup>504</sup> Siehe dazu Hountondji, *Afrikanische Philosophie*, S. 154.

<sup>505</sup> Siehe beispielsweise Telegram From the Embassy in Ghana (Troxel) to the Department of State, 7.2.1964, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 23 Ghana, NA. Die starke Stellung prowestlicher Diplomaten und Politiker im Außenministerium, zu denen auch der Außenminister Kojo Botsio (1963-1965) zählte, verstärkte die Diskrepanzen zwischen der Berichterstattung in den Medien und den offiziellen Reaktionen von Seiten der ghanaischen Regierung. Zum Verhältnis zwischen Regierungspresse und Regierung siehe auch Legum, „Socialism in Ghana“, S. 140ff.

offiziellen Regierungsverlautbarungen und Äußerungen der Medien zu differenzieren, und nahmen die journalistische Berichterstattung als eine Basis, um Rückschlüsse auf die Politik Nkrumahs zu ziehen.

Durch die 'neokolonialistischen' Manöver bekam die Durchsetzung einer panafrikanischen Union in Nkrumahs Augen zusätzliche Bedeutung. Er war überzeugt, dass die ehemaligen Kolonien nur in Form eines gemeinsamen Bundesstaates stark genug waren, um den neuen Gefahr wirksam entgegenzutreten. Auf allen afrikanischen Konferenzen bemühte er sich, die anwesenden Politiker für seine Vorstellungen zu gewinnen:

„The survival of free Africa, the extending independence of this continent, and the development towards that bright future on which our hopes and endeavours are pinned, depend upon political unity. (...) The cash crops that we produce must be pooled, so that our combined totals will give us a commanding position and, through a united selling policy, enable us to extract better prices. (...) When that has been accomplished, our relations with Europe can enter upon a new phase.“<sup>506</sup>

Er erinnerte die afrikanischen Staatsführer an die Ereignisse im Kongo, um die Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik herauszustellen. Der Aufbau einer gesamtafrikanischen Streitmacht war in seinen Augen ein weiterer wichtiger Schritt, um eine Wiederholung der Entwicklungen im Kongo in anderen afrikanischen Staaten zu verhindern.<sup>507</sup>

Darüber hinaus engagierte sich Nkrumah für den Aufbau einer unabhängigen panafrikanischen Gewerkschaftsunion und setzte sich für einen Austritt der afrikanischen Arbeiterverbände aus dem IBFG ein. Der IBFG hatte sich in seinen Augen als ein Statthalter kolonialer bzw. kapitalistischer Interessen gezeigt. 1961 gelangten Dokumente in die Öffentlichkeit, in denen die britische Regierung den westlichen Dachverband als ein effektives Instrument zur Aufrechterhaltung der britischen Kontrolle über wirtschaftliche Entwicklungen in Afrika bezeichnete.

---

<sup>506</sup> Nkrumah, *Africa Must Unite*, S. 221, 163, 177. Zur Veranschaulichung seiner Thesen verwies er auf die negativen Konsequenzen, die sich seiner Ansicht nach aus der Konkurrenz zwischen Nigeria und Ghana im Bereich des Kakaohandels ergaben: „For instance, Ghana and Nigeria between them produce about 50 per cent of the world's cocoa. So far we have been selling against each other, but in uniting our policy, we can beat the undercutting tactics of the buyers who set us one against the other.“ (ebd., S. 163).

<sup>507</sup> Nkrumahs Engagement trug viel zur Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (*Organization of African Unity* (OAU)) im Mai 1963 bei. In die OAU-Charta flossen allerdings nur wenige seiner Forderungen ein (siehe Teil 5, Kapitel 4.2.3).

Nkrumah und andere afrikanische Beobachter fühlten sich daraufhin in ihrem Misstrauen gegenüber dem IBFG bestätigt.<sup>508</sup> Das paternalistische Auftreten vieler IBFG-Mitarbeiter sorgte für zusätzlichen Unmut. Für die Durchführung der IBFG-Projekte im englischsprachigen Teil Afrikas waren auch weiterhin vorwiegend britische Gewerkschaftler verantwortlich, von denen viele keine Notwendigkeit sahen, ihre Haltung gegenüber der afrikanischen Bevölkerung den neuen Verhältnissen anzupassen.<sup>509</sup> Nkrumah warnte zudem vor der Rolle des IBFG im Rahmen der Kalten-Kriegs-Politik des Westens:

„This is a dangerous situation as it can drag Africa into active participation in cold war politics (...). [O]ur working classes [must have] (...) the right to express themselves in the councils of world labour unfettered by any foreign view and uncoerced by external force.“<sup>510</sup>

Der ghanaische Gewerkschaftsbund *Ghana Trades Union Congress* (GTUC) wurde zur treibenden Kraft hinter den afrikanischen Initiativen für den Aufbau einer unabhängigen, gesamtafrikanischen Gewerkschaftsunion, deren Grundzüge bereits während der *All African People's Conference* im Dezember 1958 angedacht worden waren. GTUC-Generalsekretär John Tettegah reiste wiederholt durch Afrika, um Anhänger für die *All African Trade Union Federation* (AATUF) zu gewinnen, die im Mai 1961 in Casablanca ins Leben gerufen wurde (s. dazu Teil 5, Kapitel 4.3).

Nkrumah war überzeugt, dass bei der Umsetzung einer panafrikanischen Union keine weitere Zeit verloren werden durfte. Jede weitere Verzögerung gab seiner Ansicht nach nur den Neokolonialisten die Gelegenheit, ihre Kontrolle weiter auszubauen. Er war daher entschlossen, seine Ideen auch gegen den Widerstand anderer afrikanischer Staatsführer durchzusetzen. Immer wieder beteuerte er: „I have often been accused of pursuing ‘a policy of the impossible’. But I cannot

---

<sup>508</sup> Siehe Telegram From the Embassy in Ghana (Byrne) to the Department of State, 22.6.1961, in: RG 59, Central Files, 845j062/6-2261, NA.

<sup>509</sup> Siehe dazu auch Stoner, *Anti-Communism, Anti-Colonialism, and African Labor*, S. 248. Die IBFG-Vertreter in Afrika fällten in der Regel alle wichtigen Entscheidungen, ohne die afrikanischen Gewerkschaftler in die Diskussionen einzubeziehen. Projekte, die nicht unter der Regie des IBFG entstanden waren, wurden blockiert, selbst wenn sie die Zustimmung der afrikanischen Gewerkschaftler fanden. Zum Auftreten des IBFG in Afrika siehe neben Stoner auch die Ausführungen von Carew, „Conflict within the ICFTU“. Bereits im Mai 1959 hatte der GTUC-Generalsekretär John Tettegah aus Protest gegen das Vorgehen des IBFG den Austritt des GTUC aus dem Dachverband der ‘Freien Gewerkschaften’ erklärt. Tettegah war seit 1955 Mitglied im Exekutivrat des IBFG für Afrika und hatte daher einen guten Einblick in die Vorgehensweise des Verbands.

<sup>510</sup> Nkrumah, *Africa Must Unite*, S. 127f.

believe in the impossibility of achieving African union any more than I could ever have thought of the impossibility of attaining African freedom.”<sup>511</sup> Er investierte einen Großteil der ghanaischen Staatsfinanzen in die Durchsetzung panafrikanischer Initiativen und hielt auch unökonomische Projekte am Leben, wie beispielsweise die Flugroute Accra – Addis Abeba – Kairo – Casablanca, wenn diese der Vorbereitung eines kontinentalen Zusammenschlusses dienen konnten.<sup>512</sup> Ein gradueller Integrationsprozess über regionale Bündnisse oder Regeln der Kooperation, die sich lediglich auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit konzentrierten, brachten aus Nkrumahs Sicht keine Vorteile: „[E]ffective economic links (...) are impossible to establish without sound political direction to give them force and purpose.”<sup>513</sup> Staatsführer, die sich gegen seine Pläne stellten, waren in Nkrumahs Augen neokolonialistische Marionetten, die die Interessen der ehemaligen Kolonialherren vertraten und damit den Fortschritt Afrikas behinderten. In seinem Weltbild gab es immer weniger Unterschiede zwischen den Befreiungsbewegungen in den verbleibenden Kolonien und den Oppositionsgruppen in den konservativen afrikanischen Staaten, deren Regierungen zu den Hauptgegnern seiner panafrikanischen Vision zählten. Linksorientierte Parteien sowie Gewerkschafts- und Jugendverbände in Staaten wie Nigeria oder der Elfenbeinküste bekamen von der ghanaischen Regierung finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, um ihre Position gegenüber anderen Gruppen zu stärken. Viele ghanaische Programme zur Unterstützung der *freedom fighters* standen seit der Mitte der 1960er Jahre auch politischen Flüchtlingen aus den konservativen Staaten offen.

Viele Initiativen richteten sich an die ‘Rebellen’ im Kongo, wo Cyrille Adoula im Sommer 1961 mit Hilfe der Bestechungs- und Einschüchterungskampagnen der CIA zum Premierminister gewählt worden war. Bereits während der Casablanca-Konferenz im Januar 1961 hatte sich Nkrumah bereit erklärt, ghanaische Häfen

---

<sup>511</sup> Ebd., S. 170.

<sup>512</sup> Neben den wenig rentablen Operationen der ghanaischen Fluggesellschaft *Ghana Airways* führte auch der Ausbau der diplomatischen Vertretungen Ghanas in Afrika zu erheblichen finanziellen Belastungen, die in Nkrumahs Augen jedoch notwendig waren, um die innerafrikanischen Kontakte auszubauen. Der Einfluss panafrikanischer Ideen auf Nkrumahs Politik zeigte sich auch bei der Konzeptionierung des Voltaprojekts. Nach Vorstellungen des ghanaischen Staatspräsidenten sollte die durch den neugebauten Staudamm gewonnene Energie auch der Bevölkerung in Togo und Dahomey (Benin) zur Verfügung gestellt werden (siehe Aluko, *Ghana and Nigeria*, S. 110).

<sup>513</sup> Nkrumah, *Africa Must Unite*, S. 172.

als Umschlagplatz für Waffenlieferungen an die Lumumbisten zur Verfügung zu stellen. Im April 1961 trafen die ersten Waffen – aller Wahrscheinlichkeit nach aus der Sowjetunion und der Tschechoslowakei – in der ghanaischen Hafenstadt Takoradi ein. Der Weitertransport der Waffen scheiterte allerdings an logistischen Problemen.<sup>514</sup>

Neben den Strategien zur Eindämmung ‘neokolonialistischer’ Gefahren rief Nkrumah neue Initiativen zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den afrikanischen Kolonien und Südafrika ins Leben. In einer Rede vom September 1961 hob er noch einmal seine kompromisslose Gegnerschaft gegenüber dem Kolonialismus hervor:

„[W]hat is the record of the so-called civilized nations who have indulged in colonialism and imperialism throughout the ages? (...) [I]t is a sinful record of exploitation degrading both the colonized and the colonizer. It is a record of the most brutal and outrageous disregard of human dignity and self-respect.“<sup>515</sup>

Nkrumahs Glaube an die Effektivität gewaltfreier Widerstandsformen geriet zunehmend ins Wanken. Die Verschärfung des Apartheidsregimes in Südafrika nach 1960 ungeachtet der Proteste der schwarzen Bevölkerungsmehrheit und die brutale Niederschlagung des nationalistischen Aufstandes in Angola im Sommer 1961 zeigten in seinen Augen deutlich die Grenzen eines ausschließlich auf

---

<sup>514</sup> Siehe dazu den Bericht von Henry T. Alexander, *On the African Tightrope: My Two Years as Nkrumah's Chief of Staff*. London 1965, S. 99ff. sowie Thompson, *Ghana's Foreign Policy*, S. 157 und Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 359. Inwieweit es der ghanaischen Regierung später gelang, Waffen an die ‘Rebellen’ im Kongo weiterzuleiten, muss weitgehend Spekulation bleiben. Fest steht jedoch, dass Nkrumah die Gegner der Leopoldville-Regierung finanziell unterstützte und sich auf allen afrikanischen Konferenzen für sie einsetzte.

<sup>515</sup> Rede während der ersten Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten in Belgrad am 2.9.1961, zit. in Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 2.9.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, JFKL. Zu den neuen antikolonialistischen Projekten zählten u.a. die vom *Kwame Nkrumah Ideological Institute* in Winneba organisierten ‘ideologischen Schulungskurse’ für die in Ghana anwesenden *Freedom Fighters*, „so that, upon returning to their countries, they will be better armed to take an active part in the liberation of their countries“ (Auszug aus einer Informationsbroschüre des *Kwame Nkrumah Ideological Institute*, zit. in Telegram From the Embassy in Ghana (Matlock) to the Department of State, Subject: Aims of Kwame Nkrumah Ideological Institute Described by Faculty, 23.4.1964, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Ghana, Lot 66D499, Box 201, NA). Mitarbeiter des ghanaischen *Bureau of African Affairs* nahmen erhebliche Risiken auf sich, um den Unabhängigkeitskämpfern in den Kolonien Geld und medizinische Versorgungsmittel zukommen zu lassen (siehe dazu Aluko, *Ghana and Nigeria*, S. 90f.). Das *Kwame Nkrumah Ideological Institute* war 1961 als Parteihochschule der CPP gegründet worden, um den Parteimitgliedern, von denen viele nur eine ungenaue Vorstellung von dem Sinn der beabsichtigten Wirtschaftsreformen hatten, ein besseres Verständnis für sozialistische Ideen zu vermitteln.

Demonstrationen, Boykottmaßnahmen und Arbeitsverweigerung beruhenden Unabhängigkeitskampfes. Spätestens seit der Mitte der 1960er Jahre näherte sich Nkrumah immer mehr der Überzeugung an, dass ein Ende des Kolonialismus nur mit Waffengewalt durchzusetzen sei.<sup>516</sup> Bei seinem Vorgehen gegen Südafrika und Portugal nahm Nkrumah nur wenig Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen Ghanas. Als einer der wenigen afrikanischen Staaten setzte Ghana die während der zweiten *Conference of Independent African States* im Juni 1960 beschlossenen Sanktionen gegen Südafrika um. Wegen der mangelnden Unterstützung anderer Länder blieben die ghanaischen Boykottinitiativen allerdings wirkungslos und trafen in erster Linie die ghanaische Wirtschaft, die einen wichtigen Handelspartner verlor.

Um die wirtschaftlichen und politischen Handlungsmöglichkeiten Ghanas zu vergrößern, bemühte sich Nkrumah seit 1961 um eine Ausweitung der Beziehungen des Landes mit dem Ostblock. Im Juli 1961 brach der ghanaische Präsident mit einer großen Delegation zu einer dreimonatigen Reise in die Sowjetunion, die osteuropäischen Staaten und nach China auf, die zum Ausgangspunkt für eine Reihe neuer wirtschaftlicher Abkommen wurde. 1963 machte der ghanaische Handel mit den kommunistischen Staaten über 10 % des gesamten ghanaischen Handelsvolumens aus.<sup>517</sup> Entwicklungshelfer und

---

<sup>516</sup> Thompson und Aluko gehen davon aus, dass das *Bureau of African Affairs* seit Ende 1964 in Ghana Trainingslager organisierte, in denen afrikanische Befreiungskämpfer auch eine militärische Ausbildung bekamen. Laut Thompson waren u.a. chinesische Guerillaexperten für die Durchführung der Kurse verantwortlich (siehe Thompson, *Ghana's Foreign Policy*, S. 225ff.; Aluko, *Ghana and Nigeria*, S. 91). Es gibt allerdings nur wenige gesicherte Informationen über diese Trainingscamps. Thompson stützt sich, ebenso wie viele andere Autoren, bei seinen Ausführungen auf die 'Enthüllungsberichte' der Militärregierung, die 1966 nach einem Putsch gegen Nkrumah an die Macht kam. Diese Berichte bieten jedoch keine objektive Darstellung der Ereignisse unter Nkrumah (siehe dazu Teil 5, Kapitel 5.3). Zum Vorgehen der portugiesischen Soldaten gegen die Anfang 1961 in Angola ausbrechenden Unruhen siehe u.a. John Marcum, *The Angolan Revolution. Vol. I: The Anatomy of an Explosion (1950-1962)*. Cambridge 1969. Die Portugiesen setzten u.a. auch Napalm ein, um die Situation wieder unter Kontrolle zu bekommen. Informationen über die Entwicklungen in Südafrika finden sich in Sheridan Johns, R. Hunt Davis, *Mandela, Tambo, and the African National Congress: The Struggle Against Apartheid, 1948-1990*. New York 1991; Monica Wilson, Leonard Thompson (Hrsg.), *The Oxford History of South Africa. Vol. II: 1870-1966*. New York 1971.

<sup>517</sup> Nach Einschätzung amerikanischer Beobachter entwickelte sich Ghana damit zum wichtigsten afrikanischen Handelspartner der Sowjetunion (siehe Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: Some Notes on Communist Activities in Africa, 3.3.1964, in: RG 59, Classified Records of G. Mennen Williams, 1961-1966, Lot 68D8, Box 1, NA; Memorandum From the Bureau of Intelligence and Research (Hughes), Subject: Communist Activities in Africa, 15.5.1964, in: NSF, Africa, Box 76, LBJL). Die diplomatische Vertretung der Sowjetunion in Accra entwickelte sich – nach der sowjetischen Botschaft in Ägypten/VAR – zur zweitgrößten sowjetischen Botschaft auf afrikanischem Boden. Zur sowjetischen Entwicklungshilfe an Ghana

Techniker aus dem Ostblock wurden eingeladen, den Aufbau neuer Industrien und Staatsunternehmen in Ghana zu unterstützen. Osteuropäische Gewerkschaftler übernahmen wichtige Beratertätigkeiten im GTUC; das *Kwame Nkrumah Ideological Institute* in Winneba bemühte sich, Wissenschaftler aus China und Osteuropa für den Lehrbetrieb zu gewinnen.<sup>518</sup> Während die ghanaische Regierung in den 1950er Jahren Stipendienangebote aus dem Ostblock abgelehnt bzw. nicht ausgeschrieben hatte, wurde der Studentenaustausch mit den kommunistischen Staaten nun von Seiten der offiziellen Behörden gefördert. Mitte 1963 studierten zirka 665 Ghanaer an kommunistischen Hochschulen und stellten damit die größte nationale Gruppe unter den westafrikanischen Studenten.<sup>519</sup>

Nkrumah wurde zu einem führenden Vertreter der Blockfreien-Bewegung in Afrika. Auf internationalen Konferenzen forderte er mit großem Nachdruck ein größeres Mitspracherecht der afroasiatischen Staaten in der UNO. Während der Gipfelkonferenz in Belgrad warb er in einer viel beachteten Rede für eine Erweiterung des UNO-Generalsekretariats durch ein dreiköpfiges Beratergremium (in dem sowohl der Ostblock als auch die Westmächte und die Blockfreien durch jeweils einen Repräsentanten vertreten seien sollten), um eine stärkere Einflussnahme der neuen Nationen auf die Entscheidungsprozesse innerhalb der Vereinten Nationen zu garantieren.<sup>520</sup> Viele Reden Nkrumahs zeigten seine

---

siehe u.a. Aluko, *Ghana and Nigeria*, S. 185. Nach Aluko bekam Ghana bis zum Februar 1966 von der Sowjetunion Entwicklungshilfe in Höhe von 82 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt. Neben der Sowjetunion engagierte sich vor allem die DDR in Ghana (siehe Thompson, *Ghana's Foreign Policy*, S. 402f.). China schloss im August 1961 ein erstes Hilfsabkommen mit Ghana, das 1964 durch weitere Kreditvereinbarungen erweitert wurde (siehe ebd., S. 276, 296ff.).

<sup>518</sup> Siehe u.a. Telegram From the Embassy in Ghana (Byrne) to the Department of State, Subject: Annual Labor Review, 13.11.1961, in: RG 59, Central Files, 845j06/11-1361, NA; Telegram From the Embassy in Ghana (Byrne) to the Department of State, Subject: Two East Germans Join Ghana TUC staff, 10.5.1961, ebd., 845j06/5-1061; Telegram From the Embassy in Ghana (Byrne) to the Department of State, Subject: Ghana TUC signs Friendship Pact with CSR Trade Union, 31.5.1961, ebd., 845j06/5-3161. Seit 1963 machte zudem eine Gruppe freiwilliger Entwicklungshelfer aus der Sowjetunion den amerikanischen *Peace Corps*-Freiwilligen Konkurrenz. Auch sie waren in erster Linie als Lehrer tätig. Neben 110 Mitarbeitern des US-Friedenskorps arbeiteten 1964 auch ca. 90 sowjetische Lehrer an ghanaischen Schulen (siehe Cobbs Hoffman, *All You Need is Love*, S. 162). Zu den Zielen des *Kwame Nkrumah Ideological Institute* siehe Fußnote 515.

<sup>519</sup> Angaben nach Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: Comparison of Soviet and Communist Chinese Activity in Africa, 1961-1963, 8.12.1964, in: RG 306, Office of Research, Research Memos, 1963-1982, Box 2, NA. Aus Guinea studierten zu diesem Zeitpunkt 433 Studenten an kommunistischen Hochschulen, 275 kamen aus Mali. Die konservativen afrikanischen Staaten schickten dagegen nur wenige Studenten in den Ostblock (siehe ebd.).

<sup>520</sup> Auszüge aus Nkrumahs Belgrad-Rede finden sich in Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 2.9.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, JFKL. Nkrumah setzte sich auch in seinem Buch „I Speak of Freedom“ für eine Reorganisation der UNO ein: „It may be

Entschlossenheit, zu allen wichtigen internationalen Fragen Stellung zu beziehen und afrikanische Interessen auf internationaler Ebene durchzusetzen. Er sprach sich für eine Anerkennung der DDR und eine UNO-Mitgliedschaft der Volksrepublik China aus, da dies seiner Ansicht nach wichtige Schritte für den Abbau der internationalen Spannungen und die Sicherung des Weltfriedens waren. Wiederholt bezog er öffentlich Stellung gegen die Atompolitik der USA und der Sowjetunion und forderte, Afrika in eine atomwaffenfreie Zone zu verwandeln. Er schrieb eine Reihe von Briefen an die amerikanische und sowjetische Regierung, um gegen die Wiederaufnahme der Atomtests 1961/62 zu protestieren.<sup>521</sup> Im Juni 1962 fand in Accra die *World Without the Bomb*-Konferenz statt, zu der wichtige Meinungsführer aus den afroasiatischen Ländern, aber auch Politiker, Wissenschaftler und Journalisten aus dem Westen und dem Ostblock eingeladen wurden. Geplant war ein offenes Diskussionsforum, um neue Wege zur Begrenzung einer atomaren Katastrophe zu finden und den Einfluss der afroasiatischen Staaten auf die Debatten zu verstärken.<sup>522</sup>

#### **1.4. Amerikanische Reaktionen auf die Radikalisierung der ghanaischen Politik nach 1960**

Nkrumahs Initiativen waren nicht dazu geeignet, die während der Kongo-Krise aufgekommenen Verstimmungen im amerikanisch-ghanaischen Verhältnis aufzuheben. In den Augen amerikanischer Beobachter wurde Nkrumah zu einem ‘Radikalen’<sup>523</sup>, einem militanten Unruhestifter, der die Stabilität der neuen

---

argued that the existence of the United Nations Organisation offers a guarantee for the independence and territorial integrity of all states, whether big or small. In actual fact, however, the U.N. is just as reliable an instrument for world order and peace as the Great Powers are prepared to allow it to be.” (Nkrumah, *I Speak of Freedom*, S. x).

<sup>521</sup> Siehe u.a. Letter From President Nkrumah to President Kennedy, 6.6.+ 9.7.1962, in: POF, Ghana, Box 117a, JFKL. Die Kopie eines Schreibens von Nkrumah an Chruschtschow findet sich in Letter From the Ambassador of Ghana (Halm) to the Deputy Assistant Secretary for African Affairs (Fredericks), 19.10.1961, in: RG 59, BAA, Office of West African Affairs, Country Files, 1951-1963, Ghana, E 3112, Box 1, NA.

<sup>522</sup> Weitere Informationen über die *World Without the Bomb*-Konferenz bietet Thompson, *Ghana's Foreign Policy*, S. 196f.

<sup>523</sup> Das Wort ‘radikal’ war im damaligen amerikanischen Sprachgebrauch kein wertfreier Begriff zur Kennzeichnung eines konfrontativen Regierungsstils, sondern durchweg negativ besetzt.

afrikanischen Staaten und den reibungslosen Verlauf der Dekolonisation bedrohte. Viele US-Politiker und Diplomaten sprachen von einer Parallelität ghanaischer und sowjetischer Ziele.

Andere Ansichten von der Legitimität des westlichen Einflusses in Afrika verhinderten auf amerikanischer Seite ein Verständnis für ghanaische Politik. Nkrumahs Vorgehen war mit den amerikanischen Vorstellungen von der Notwendigkeit gradueller Veränderungen und der positiven Rolle des Westens in Afrika nicht zu vereinbaren. Kommentare wie „[t]he world-view of the Ghanaian leadership tends to be vastly different from that of the US, and almost to be (...) at odds with our own way of looking at the world“ oder „[his] mind is (...) inscrutable“ spiegeln deutlich das Ausmaß der ungleichen Herangehensweisen an die Probleme Afrikas.<sup>524</sup> Selbst die Terminologie zur Beschreibung der Entwicklungen in Angola oder Südafrika war eine andere. Bezeichnungen wie ‘Terroristen’ wurden in den USA ausschließlich für die afrikanischen Befreiungskämpfer verwendet, nicht aber für die portugiesischen Streitkräfte oder die südafrikanische Regierung, deren Legitimität nicht in Frage gestellt wurde. In Nkrumahs Augen waren die ‘Terroristen’ dagegen eher unter den portugiesischen

---

‘Radikal’ bedeutete für viele US-Politiker zugleich auch ‘antiwestlich’ bzw. ‘prosovietisch’. Mitarbeiter der *Africa Task Force* John F. Kennedys betonten: „There is a natural concurrence of interests between the radical African regimes and the Communist bloc, neither endorses the status quo; both seek to disrupt and revise existing relationships.“ (Report From the Africa Task Force, 31.12.1960, in: PPP, Transition Files, Task Force Reports, Box 1073, JFKL). Siehe auch die Äußerungen in National Intelligence Estimate, Subject: The Probable Interrelationships of the Independent African States, 31.8.1961: „African radicals (...) tend to be more strenuous in trying to impose authoritarian discipline and revolutionary zeal. For them, freedom requires the elimination of all special ties to the West as the only guarantee against ‘neo-colonialism’. They appear to be somewhat more willing than the ‘conservatives’ to follow Communist models and to establish close relations with Communist states.“ Die Autoren der Studie fügten hinzu: „[The conservatives] are less doctrinaire and more pragmatic, inclined to build on the past rather than break violently with it. (...) [They] prefer the material benefits which close ties with the former Metropoles have so far assured to the uncertain rewards of positive neutralism.“ (in: NSF, National Intelligence Estimates, Box 8, LBJL [sic]). Westeuropäische Politiker nahmen eine ähnlich kritische Haltung gegenüber den afrikanischen Radikalen ein (siehe z.B. Telegram From the Embassy in France (Gavin) to the Department of State, Subject: G. Mennen William’s Consultations with French regarding Africa, 10.7.1962, in: NSF, Africa, Box 2, JFKL; Despatch From the High Commissioner in Accra (Snelling) to the Secretary of State for Commonwealth Relations and the Colonies (Sandys), Subject: Relations between Britain and Ghana and the Communist Threat, 5.12.1961, in: BDEE. *The Conservative Government and the End of Empire, 1957-1964*, II, S. 256ff.). Zur Gruppe der Radikalen im subsaharischen Afrika wurden neben Ghana auch Guinea und Mali gezählt.

<sup>524</sup> Memorandum From the Bureau of Intelligence and Research (Hughes), Subject: INR Objections to the National Policy Paper Draft, Ghana, 29.12.1964, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 66D52, Box 65, NA; Memorandum From the Bureau of Intelligence and Research (Hilsman) to Secretary of State Rusk, Subject: Thoughts on Ghana: Problems of an Appropriate U.S. Presence, 7.12.1962, in: RG 59, Bureau of Cultural

Soldaten oder den Mitgliedern der südafrikanischen Sicherheitskräfte zu suchen, die aus seiner Sicht keinen Anspruch auf die von ihnen kontrollierten Gebiete hatten.

Südafrika bietet eines der herausragendsten Beispiele für die unterschiedlichen Interessenslagen und Herangehensweisen amerikanischer und ghanaischer Politiker. Die ghanaischen Initiativen auf der Seite der südafrikanischen Befreiungsbewegung erhöhten nach Einschätzung des *State Department* lediglich das Risiko eines blutigen Aufstandes der Bevölkerung, der zu einer weiteren Verschlechterung der Situation führen würde. Der Ausbau der Apartheid löste zwar auch unter amerikanischen Politikern Missbilligung aus, doch die Aufrechterhaltung der 'Stabilität' in der Region stand aufgrund der vielfältigen US-Interessen am Kap im Vordergrund aller Überlegungen. Südafrika war der wichtigste amerikanische Handelspartner in Afrika. Südafrikanische Mineralien wie Uran, Chrom oder Platin spielten eine bedeutende Rolle in der amerikanischen Rüstungsindustrie; die NASA nutzte Südafrika als Basis für wichtige Forschungsprojekte.<sup>525</sup> Der US-Botschafter in Pretoria, Joseph C. Satterthwaite, warnte: „[A] radical change of South African society in a few years to African majority control, as called for by Afro-Asians and South African nationalist organizations, would disrupt highly-developed South African economy and maintenance of internal security (...).“<sup>526</sup> Der strikt antikommunistische Kurs der südafrikanischen Regierung unter Hendrik Verwoerd verringerte ebenfalls das amerikanische Interesse an einer Übertragung der Macht an eine afrikanische Führung mit 'ungewisser politischer Orientierung'.<sup>527</sup>

---

Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Ghana, Lot 66D499, Box 201, ebd.

<sup>525</sup> Die direkten amerikanischen Investitionen in Südafrika stiegen zwischen 1960 und 1965 von 286 Millionen US-Dollar auf 529 Millionen US-Dollar (siehe Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 133). Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates der USA warnten in Debatten über die Gestaltung der amerikanischen Südafrikapolitik: „[W]e do have assets we could lose.“ (Memorandum From Robert W. Komer of the National Security Council Staff to President Johnson, 19.6.1965, in: FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, S. 306f., S. 306).

<sup>526</sup> Telegram From the Embassy in South Africa (Satterthwaite) to the Department of State, Subject: National Policy Paper on South Africa, 15.4.1964, in: NSF, Africa, Box 76, LBJL.

<sup>527</sup> Außenminister Rusk erklärte Südafrika im Juni 1963 zum wichtigsten Verbündeten der USA in Afrika in einem Kampf, „[which affects] the life and death of our own nation“ (Memorandum From Secretary of State Rusk to the Under Secretary of State for Political Affairs (Harriman), 19.6.1963, in: FRUS, 1961-1963, Vol. XXI, S. 633ff., S. 635). Gegenüber US-Botschafter Satterthwaite erklärte er: „While US and South Africa cannot agree on matter of race relations (...) [there is] no need why this disagreement should infect total range of our relations.“ (Telegram From Secretary of State Rusk to the Embassy in South Africa, 25.10.1961, ebd., S. 610f., S. 611). Nach den Vorstellungen amerikanischer Politiker sollte eine Verbesserung der innenpolitischen

Die ghanaische Portugalpolitik stieß in Washington ebenfalls auf wenig Sympathie. Dies galt insbesondere für die ghanaischen Initiativen im Rahmen der UNO. Die Einforderung von bindenden Resolutionen der Vereinten Nationen gegen Portugal brachte die amerikanischen UNO-Diplomaten in ‘unangenehme’ Situationen, da die amerikanischen Entscheidungsträger wegen der Verlängerung des Ende 1962 auslaufenden Nutzungsrechts über die US-Militärbasen auf den Azoren jede Konfrontation mit der Regierung Salazar vermeiden wollten.<sup>528</sup>

Das ghanaische Engagement zugunsten der Opposition in den konservativen afrikanischen Staaten verstärkte die amerikanischen Vorbehalte gegenüber Nkrumah. Für US-Politiker waren Nkrumahs Maßnahmen keine legitimen Mittel im Kampf gegen den ‘Neokolonialismus’, sondern schlicht Subversion. In ihren Augen gefährdete Nkrumah die Existenz derjenigen Regierungen, die aufgrund ihrer moderaten und prowestlichen Orientierung zu einer größeren Stabilität Afrikas beitragen konnten.<sup>529</sup> Im offiziellen Sprachgebrauch amerikanischer Politiker gab es keinen Neokolonialismus. In den Memoranden des *State Department* wurde der Begriff stets in Anführungszeichen gesetzt oder mit abschwächenden Formulierungen wie ‘so-called’ oder ‘what Africans refer to as neo-colonialism’ versehen.<sup>530</sup> Ein Zusammenhang zwischen der westlichen

---

Situation in Südafrika durch taktvolle Diplomatie erzielt werden, ohne die südafrikanische Regierung so weit unter Druck zu setzen, dass sie sich gegen eine weitere Kooperation mit den USA stellte. Einen guten Überblick über Grundzüge und Motive der amerikanischen Südafrikapolitik bietet Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 128ff.

<sup>528</sup> Über die Azoren-Basen wurde ein Großteil des amerikanischen Militärflugverkehrs mit Europa und dem Nahen Osten abgewickelt. Im Frühling 1961, vor dem Hintergrund des harten portugiesischen Vorgehens gegen den nationalistischen Aufstand in Angola, hatte die Kennedy-Administration noch einen härteren Ton gegenüber der Salazar-Regierung angeschlagen. März/April 1961 unterstützten die USA zwei UNO-Resolutionen, die die portugiesische Politik in Angola verurteilten. Die öffentliche Kritik an Portugal wurde jedoch bereits im Sommer 1961 wieder zurückgestellt, nachdem sich die ersten Probleme bei der Verlängerung der Azoren-Verträge abzeichneten. Im Dezember 1962 beispielsweise stimmten die USA in der UNO-Generalversammlung gegen zwei Resolutionen, die eine Unabhängigkeit für die portugiesischen Kolonien einforderten und die ‘Massenausrottungen’ in Angola verurteilten. Auch die kurzzeitig zurückgeschraubte Militärhilfe an Portugal wurde wieder angehoben. Zur US-Angolapolitik siehe Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 92ff.; Noer, *Cold War and Black Liberation*, S. 61ff.

<sup>529</sup> Siehe u.a. Paper Prepared in the Office of West Coast and Malian Affairs, Subject: Ghanaian Subversion in Africa, 12.2.1962, in: NSF, Ghana, Box 100, JFKL; Memorandum From the Bureau of Intelligence and Research (Hilsman) to Secretary of State Rusk, Subject: Ghanaian Intervention in Other African States, 8.3.1963, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Ghana, Lot 66D499, Box 201, NA; Telegram From the Embassy in Ghana (DePree) to the Department of State, Subject: Ghanaian Subversion, 30.5.1965, ebd.

<sup>530</sup> So beispielsweise in Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 19.9.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, JFKL; National Intelligence Estimate, Subject: The Probable Interrelationships of the Independent African States, 31.8.1961, in: NSF, National Intelligence Estimates, Box 8, LBJL [sic]. Europäische Politiker wie der britische Premierminister

Interventionspolitik in Afrika und Nkrumahs Neokolonialismus-Theorie wurde selten hergestellt. Aus amerikanischer Sicht litt Nkrumah unter Verfolgungswahn und irrationalen Abneigungsgefühlen gegenüber dem Westen. Mitarbeiter des *State Department* unterstrichen: „[He is] obsessed with the idea of ‘neo-colonialism’ (...) [and therefore] quite unreasonable in his comments.“<sup>531</sup> Die Experten des *Bureau of Intelligence and Research* und andere Kommentatoren gingen davon aus, dass Nkrumah auf der Basis längst überholter Vorurteile argumentierte und handelte:

„In Nkrumah’s view, the West is capitalist; therefore, it cannot be sympathetic to ‘African socialism’. The West has been colonialist and racist; therefore, it cannot easily accept full African independence and the complete equality of the black man. The West once portioned Africa and finds it convenient to maintain Africa’s artificial divisions; therefore, it cannot accept ‘pan-African unity’.“ – „[I]n Ghana we lose by definition.“<sup>532</sup>

Die alte Sündenbock-Theorie wurde ebenfalls zur Erklärung für Nkrumahs Kritik an der westlichen Politik herangezogen. US-Diplomaten in Accra betonten: „[His] sense of frustration and insecurity is so great that he must find foreign scapegoats.

---

Sir Alec Douglas-Home vertraten eine ähnliche Position. Gegenüber dem nigerianischen Parlament erklärte Home im März 1961: „Neo-colonialism (...) [has] no place in Britain’s political dictionary. It (...) [is] a slander which should be allowed to evaporate like the hot air which it is.“ (zit. in Geoffrey Bing, *Reap the Whirlwind. An Account of Kwame Nkrumah’s Ghana from 1950 to 1966*. London 1968, S. 32). Siehe auch Foreign Office Research Paper, Subject: The Theory of ‘Neo-Colonialism’ as developed in the Soviet Union and Africa, 28.11.1961, in: BDEE. The Conservative Government and the End of Empire, 1957-1964, II, S. 251ff.

<sup>531</sup> Memorandum From the Executive Secretary of the Department of State (Brubeck) to the President’s Special Assistant for National Security Affairs (Bundy), Subject: Recent Events in Ghana, 27.10.1962, in: NSF, Ghana, Box 100, JFKL.

<sup>532</sup> Memorandum From the Bureau of Intelligence and Research (Hilsman) to Secretary of State Rusk, Subject: Thoughts on Ghana: Problems of an Appropriate U.S. Presence, 7.12.1962, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Ghana, Lot 66D499, Box 201, NA; Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, Subject: Ambassador’s Year-End Politico-Economic Assessment, 22.1.1965, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 2-3 Ghana, ebd. „[I]mplacably hostile to the U.S. and the West“ oder „chronically distrustful of the West“ gehörten zu den gängigsten Formulierungen, die zur Charakterisierung des ghanaischen Präsidenten herangezogen wurden (hier aus Memorandum From the Officer in Charge of Ghanaian Affairs of the Office of West Coast and Malian Affairs (Smith) to the Deputy Director of the Office of West Coast and Malian Affairs (van Oss), Subject: U.S.-Ghanaian Relations – Developments since Governor Williams’ Last Visit, 23.9.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 66D18, Box 67, ebd.; Administrative History of the Department of State, Vol. One, Chapter 5: Ghana, 1969, in: Administrative History, Box 2, LBJL. Der Vorsitzende des Afrika-Unterausschusses im Senat, Albert Gore, bezeichnete Nkrumah sogar als „African racist“ (zit. in Letter From Chad F. Calhoun to Edgar F. Kaiser, 16.12.1961, in: Edgar F. Kaiser Papers [EFK], 1886-1981, Collec. Number BANC MSS 85/61/c, Foreign Files, 1953-1981, Box 313, Bancroft Library [BAN]).

He seems ideologically and politically unwilling to pick on bloc for this and invariably chooses to blame West for his troubles.”<sup>533</sup> Andere amerikanische Beobachter hielten Nkrumahs Werke schlichtweg für eine Wiederauflage sowjetischer Propaganda und sahen sich in ihrer Auffassung bestätigt, dass Nkrumah zu einem Handlanger der Sowjetunion geworden war.<sup>534</sup>

Positive Kommentare über Nkrumahs panafrikanische Pläne verschwanden aus dem amerikanischen Diskurs. Eine Union afrikanischer Staaten unter dem Einfluss Nkrumahs war in den Augen amerikanischer Politiker gleichbedeutend mit einer Ausweitung radikal antiwestlicher Tendenzen auf den gesamten Kontinent. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Nkrumahs wirtschaftlichen und politischen Argumenten für den Aufbau eines afrikanischen Bundesstaates fand nicht statt. Machtgier, Prestigesucht und Größenwahnsinn galten als die ausschlaggebenden Motive für Nkrumahs Initiativen. Die Mitarbeiter des *Policy Planning Council* und die US-Diplomaten in Accra warnten:

„[T]he ideal of surrender of sovereignty in a formula of Pan-African unity (...) remains comprehensible and attractive only to the leader who expects to receive into his own hands this abdication of national identity.”  
– „Nkrumah is a badly confused and immature person who is not quite sure of what he wants except that he wants to lead all of Africa.”<sup>535</sup>

Nkrumahs Forderungen nach einer schlagkräftigen panafrikanischen Armee wurden in Washington mit Unbehagen zur Kenntnis genommen. US-Politiker und Diplomaten waren überzeugt, dass die Sowjetunion versuchen würde, eine solche Armee zur Ausweitung bestehender Aggressionspotenziale und als „channel for arms transshipment“ an radikale Gruppen auszunutzen.<sup>536</sup> Auch die von Ghana

---

<sup>533</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 22.1.1963, in: NSF, Ghana, Box 100/101, JFKL.

<sup>534</sup> Siehe z.B. Memorandum From the Research and Reference Service, Subject: President Nkrumah's 'Neo-Colonialism: The Last Stage of Imperialism' and Communist Propaganda, December 1965, in: RG 306, Office of Research, 'R' Reports, 1964-1974, Box 10, NA.

<sup>535</sup> Memorandum From the Policy Planning Council, Subject: A Policy Planning Task – African Federation and Economic Cooperation, 4.5.1962, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, 1962, Lot 69D121, Box 220, ebd.; Memorandum of Conversation between President Kennedy and the U.S. Ambassador to Ghana William P. Mahoney, Subject: Situation in Ghana, 19.11.1963, in: FRUS, 1961-1963, Vol. XXI, S. 390f., S. 391. Zum Vorwurf des Größenwahnsinns siehe u.a. Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 17.4.1964, in: NSF, Ghana, Box 89, LBJL oder Ball, *Past*, S. 187.

<sup>536</sup> Paper Prepared in the Department of State, Subject: The White Redoubt, 28.6.1962, in: NSF, Africa, Box 2, JFKL. Siehe auch Memorandum From the Bureau of Intelligence and Research (Hilsman) to Secretary of State Rusk, Subject: The African High Command – Political Myths and Military Realities, 30.4.1962, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, 1962, Lot 69D121, Africa, Box 220, NA.

vorangetriebene Gründung einer neutralen, panafrikanischen Gewerkschaftsunion löste Alarm unter amerikanischen Beobachtern aus:

„[V]irtually all of AATUF's activities favor communist penetration of African labor. (...) AATUF has exhibited a considerable potential for stimulating anti-Western sentiment among African labor [and] for splitting and undermining those African unions which are on good terms with the West (...).“<sup>537</sup>

Die kommunistische Unterwanderung des GTUC stand aus amerikanischer Sicht außer Frage. Ähnliche Unterwanderungsvorwürfe wurden gegen die ghanaischen Medien erhoben. Die Aufklärungskampagnen der Presse gegen 'neokolonialistische Intrigen' galten als „hysterical“ und „blatantly subversive“; die Journalisten selbst wurden als „crypto-Communists“ bezeichnet. Jede Übereinstimmung zwischen sowjetischen und ghanaischen Tageszeitungen wurde als Beweis herangezogen, dass die ghanaischen Medien als ein „vehicle for Soviet Propaganda“ fungierten.<sup>538</sup> Aufgrund der starren Freund-Feind-Kategorien des Kalten Krieges war es für amerikanische Beobachter nicht nachvollziehbar, dass die Journalisten in Accra der sowjetischen Presse eine größere Objektivität bei der Darstellung afrikanischer Probleme unterstellten als den Nachrichtenagenturen der westlichen Industriestaaten.

Berichte über die wachsenden wirtschaftlichen Beziehungen mit den Ostblockstaaten und die wachsende Einbeziehung von Entwicklungshelfern und Technikern aus der kommunistischen Welt in den Aufbau des ghanaischen Staates bestätigten in den Augen amerikanischer Entscheidungsträger den gefährlichen Charakter des ghanaischen Regimes.<sup>539</sup> Mit einer blockfreien Außenpolitik in den

---

<sup>537</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (DePree) to the Department of State, Subject: Ghanaian Subversion, 30.5.1965, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Ghana, Lot 66D499, Box 201, ebd.

<sup>538</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 3.12.1962, in: NSF, Ghana, Box 101, JFKL; Telegram From the Embassy in Ghana (DePree) to the Department of State, Subject: Ghanaian Subversion, 30.5.1965, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Ghana, Lot 66D499, Box 201, NA; Paper Prepared in the Department of State, Subject: Sino-Soviet Efforts in Ghana, updated February 1965, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 2-2 Ghana, ebd.; Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 1.2.1963, in: NSF, Ghana, Box 100/101, JFKL. Siehe auch Memorandum From the Press and Publications Service (African-Asian), USIA, Subject: External Communist Influence in African Informational Media, 21.1.1964, in: RG 59, Bureau of Public Affairs, Records of the Assistant Secretary for Public Affairs, 1961-1965, Lot 67D16, Box 5, NA.

<sup>539</sup> Siehe u.a. Memorandum From the Bureau of Intelligence and Research (Hughes), Subject: Communist Activities in Africa, 15.5.1964, in: NSF, Africa, Box 76, LBJL. Besondere Kritik rief die Intensivierung der ghanaischen Beziehungen mit der Volksrepublik China hervor. Das

von den USA definierten legitimen Grenzen waren diese Kontakte nicht zu vereinbaren. Konservative Kongressmitglieder bezeichneten Ghana als ersten kommunistischen Satellitenstaat in Afrika. Hinweise, die diesem Bild widersprachen – sei es Nkrumahs besondere Wertschätzung für Kennedy (s.u.), seine gelegentliche Parteinahme für westliche Positionen im Kalten Krieg oder die ghanaischen Proteste gegen die sowjetische Atompolitik – wurden von amerikanischen Beobachtern höchstens am Rande perzipiert.<sup>540</sup> Auch der weiterhin dominierende Einfluss der Briten in der ghanaischen Wirtschaft, dem Schulsystem, dem Handel und dem Militär fiel bei solchen Interpretationen wenig ins Gewicht.

Nkrumahs Bemühungen um eine Vermittlerrolle im Kalten Krieg wurden als Anmaßung und Anzeichen von Größenwahnsinn verstanden. Worte wie „prima donna urge [to] play conspicuous role on World stage“ zählten noch zu den freundlichsten Beschreibungen für die Auftritte des ghanaischen Präsidenten.<sup>541</sup>

---

Verhältnis zwischen China und Ghana wurde von US-Beobachtern als „close and friendly“ beschrieben. Da die Chinesen als noch aggressivere und militantere Gegner des Westens galten als die Sowjetunion, war dies ein vernichtendes Urteil (Memorandum From the Director of the Office of West Coast and Malian Affairs (Clingerman) to the Department of State, Subject: Countering the Chicom Threat in Ghana, 14.5.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 67D26, Box 66, NA. Einen guten Einblick in die amerikanische Haltung gegenüber der chinesischen Afrikapolitik bietet Special Memorandum From the Central Intelligence Agency, Subject: Communist Potentials in Tropical Africa, 1.12.1964, in: NSF, Africa, Box 76, LBJL.

<sup>540</sup> Zur Kritik der ghanaischen Regierung an der Atompolitik der Sowjetunion siehe u.a. Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 10.7.1962, in: NSF, Ghana, Box 100, JFKL; Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 2.11.1962, in: RG 59, Central Files, 611.45j/11-262, NA. Nkrumah und andere Mitglieder der ghanaischen Regierung äußerten sich zudem kritisch über die Qualität vieler Waren aus dem Ostblock (siehe u.a. Memorandum From Chad F. Calhoun to Edgar F. Kaiser and Ralph A. Dungan (White House), Subject: Ghana Trip, 24.9.1962, in: NSF, Brubeck Series, Box 384, JFKL; Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 28.8.1963, in: NSF, Ghana, Box 100/101, ebd.; Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, Subject: Politico-Economic Relations with Communist Countries, 19.11.1964, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Ghana, Lot 66D499, Box 201, NA). Die Berichte der ghanaischen Medien über die Vorgänge in den Ostblock-Staaten waren ebenfalls nicht durchgehend positiv. Übergriffe auf afrikanische Austauschstudenten im Ostblock oder rassistische Afrikadarstellungen in osteuropäischen Zeitungen wurden von den Journalisten trotz der generell offeneren Haltung gegenüber den sozialistischen Staaten durchaus kritisch kommentiert. *Radio Ghana* forderte nach gewaltsamen Zusammenstößen zwischen ghanaischen Studenten und der bulgarischen Polizei im Februar 1963 sogar eine Überprüfung der diplomatischen Beziehungen mit Bulgarien (siehe *The Ghanaian Times*, 14.2.1963, S. 3).

<sup>541</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Troxel) to the Department of State, Subject: Ghana-Soviet-Chicom Relations, 29.6.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 67D26, Box 66, NA. Der Direktor des *Bureau of Intelligence and Research*, Roger Hilsman, erklärte im Dezember 1962, dass Nkrumah endlich beginnen müsse, die „parameters of the real world“ zu verstehen (Memorandum From the Bureau of Intelligence and Research (Hilsman) to Secretary of State Rusk, Subject: Thoughts on Ghana: Problems of an

Initiativen wie die *World Without the Bomb*-Konferenz im Juni 1962, deren Ankündigung zeitlich mit der Wiederaufnahme der Atomtests durch die USA zusammenfiel, wurden als Gefälligkeit gegenüber der Sowjetunion interpretiert. Mitarbeiter des Afrikabüros bezeichneten die Veranstaltung als „propaganda forum (...) clearly slanted against US and Western views“ und warnten vor den gefährlichen Auswirkungen, wenn Abrüstungsfragen vor einer „largely unsophisticated audience (...) [susceptible to] over-simplified arguments“ diskutiert wurden.<sup>542</sup> Die Idee, Afrika zu einer atomwaffenfreien Zone zu erklären, gefährdete nach Einschätzung des US-Verteidigungsministeriums die Flexibilität westlicher Militärplanungen.<sup>543</sup> Für Nkrumahs Forderungen nach einer Neuorganisation der UNO-Entscheidungsstrukturen hatten US-Politiker ebenfalls wenig Verständnis – zumal die Veröffentlichung seiner Vorschläge zeitlich mit der Vorstellung des sowjetischen ‘Troika-Plans’ zusammenfiel, der eine Ablösung des UNO-Generalsekretärs durch ein dreiköpfiges Gremium vorsah.<sup>544</sup>

---

Appropriate U.S. Presence, 7.12.1962, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Ghana, Lot 66D499, Box 201, ebd.).

<sup>542</sup> Paper Prepared in the Department of State, Subject: State Department’s Preliminary Assessment of Accra World Peace Assembly, 24.4.1962, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, Staff Papers, 1956–1962, Lot 62D320/66D77, Box 5, ebd. Die Organisatoren der Konferenz hatten die Mitglieder der Kennedy-Administration eingeladen, einen offiziellen Repräsentanten der US-Regierung zur Konferenz zu schicken. Die Entscheidungsträger in Washington waren auf das Angebot allerdings nicht eingegangen, da die Präsenz eines offiziellen US-Vertreters ihre Ansicht nach nur ‘unnötige’ internationale Aufmerksamkeit auf die Konferenz in Accra lenken würde. Anders als von den USA erwartet, entwickelte sich die *World Without the Bomb*-Konferenz nicht zu einer antiwestlichen Veranstaltung. Mitarbeiter der US-Botschaft berichteten nach dem Ende der Tagung überrascht, dass Amerika-feindliche Tiraden keine bedeutende Rolle gespielt hatten. Auch Nkrumah habe sich während seiner Rede um ein ‘ausgewogenes Urteil’ bemüht (siehe: Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 24.6.1962, in: NSF, Ghana, Box 100, JFKL; Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the President’s Special Assistant (Dungan), 9.7.1962, in: POF, Staff Memoranda, Ralph A. Dungan, Box 385, ebd.).

<sup>543</sup> Siehe u.a. Memorandum From the Department of State, Subject: Africa – Guidelines for United States Policy and Operations, March 1962, in: NSF, Africa, Box 2, ebd.; Memorandum From the Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs (McNaughton) to Secretary of Defense McNamara, Subject: African Nuclear Free Zone, 10.7.1964, in: FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, S. 280f.

<sup>544</sup> Nach Einschätzung amerikanischer Politiker zielte die Troika-Offensive Chruschtschows darauf ab, die Entscheidungs- und Handlungsfreiheit der UNO zu zerstören. Die Unterschiede zwischen Nkrumahs Vorschlägen (siehe Kapitel 1.3) und dem sowjetischen Plan wurden von vielen US-Beobachtern nicht zur Kenntnis genommen. Auch US-Medien berichteten, dass Nkrumah in Belgrad für die sowjetische Troika-Idee eingetreten sei (siehe z.B. *The New York Times*, 30.9.1961, S. 2). Wissenschaftler wie James N. Giglio, *The Presidency of John F. Kennedy*. Lawrence 1991, S. 227 und Noer, „The New Frontier and African Neutralism“, S. 71 übernahmen diese Darstellungen und versäumten es offensichtlich, sich mit dem Inhalt von Nkrumahs Rede auseinanderzusetzen.

## 2. Erste Schritte gegen den ghanaischen 'Radikalismus': Die Kennedy-Administration und Ghana, 1961/62

### 2.1. Die Diskussionen über die Zukunft des Voltaprojekts

Als Kennedy im Januar 1961, unmittelbar nach dem Abschluss der ersten Unabhängigkeitswelle in Afrika, ins Weiße Haus einzog, herrschte in den Führungsetagen der US-Regierung noch weitgehende Unsicherheit über die Bedeutung der Dekolonisation für das Mächteverhältnis im Ost-West-Konflikt. Eine passive Haltung angesichts Nkrumahs 'Annäherung' an den Ostblock stand für Kennedy und seine Berater außer Frage. Die neuen Männer im Weißen Haus waren entschlossen, den ghanaischen Staatsführer zur Aufgabe seines vermeintlich antiwestlichen Kurses zu bringen und ihn wieder enger an das westliche Lager anzubinden.

Die Zukunft der von Präsident Eisenhower im August 1960 zugesicherten US-Finanzbeteiligung am Voltaprojekt wurde zum Gegenstand kontroverser Diskussionen in Washington. Viele Kongressabgeordnete und altgediente Mitarbeiter im *State Department* sprachen sich wegen Nkrumahs scharfen Angriffen auf die westliche Politik strikt gegen eine Fortführung der Voltaverhandlungen aus. Auch Francis H. Russell, seit 1961 neuer US-Botschafter in Accra, betonte:

„[If] growing rapprochement with the Soviet bloc (...) should continue, it would be self-defeating for West to proceed with financing of Volta Project. Substantial U.S. assistance to country in process of becoming Soviet satellite would (1) merely reward Ghana's anti-American posture, (2) strengthen and enhance prestige of unfriendly state, (3) encourage other countries pursue same course, (4) deprive U.S. from capital which could more effectively be used in countries more honestly neutral.“<sup>545</sup>

Die neuen Kalten Krieger in der US-Regierung um den Nationalen Sicherheitsberater George McBundy und seinen Stellvertreter Walt W. Rostow sowie Außenminister Dean Rusk warnten dagegen vehement davor, eine der wichtigsten amerikanischen Einflussmöglichkeiten in Ghana aufzugeben und

---

<sup>545</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 20.1.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, JFKL.

damit der Sowjetunion neue Handlungsspielräume in Afrika zu eröffnen.<sup>546</sup> Die Mitarbeiter der *Kaiser Aluminium Corporation* waren aufgrund der mit dem Voltaprojekt verbundenen Profitmöglichkeiten für das Unternehmen ebenfalls sehr an einer Aufrechterhaltung der amerikanischen Finanzierungszusage interessiert. Edgar F. Kaiser und sein Stellvertreter Chad F. Calhoun nutzten ihre Kontakte zu einflussreichen Politikern wie dem Staatssekretär für Wirtschaftsangelegenheiten George W. Ball oder dem außenpolitischen Berater W. Averell Harriman, um die neue Administration von der 'nationalen Bedeutung' des Bauvorhabens zu überzeugen. Die dem Außenministerium vorgelegten Projektbeschreibungen sprachen von einem „threat to Western influence“ und warnten vor einer „golden political opportunity for our cold war opponents“. Nach Darstellung Chad F. Calhouns konnte es keinen Zweifel geben, „[that the consequences of a negative reply] will be felt far beyond the shores of Africa“.<sup>547</sup>

Während US-Politiker in Washington Anfang 1961 über die amerikanische Beteiligung am Voltaprojekt diskutierten, bemühte sich Nkrumah weiterhin um eine Lösung der Kongo-Krise. Wenige Tage nach der Bekanntgabe der Ermordung Lumumbas am 13. Februar bat Nkrumah US-Botschafter Russell um ein Treffen mit Kennedy. Nkrumah hoffte, den amerikanischen Präsidenten in einem persönlichen Gespräch von seiner Sicht der Kongo-Krise und der Rechtmäßigkeit Gizengas als Nachfolger Lumumbas überzeugen zu können.<sup>548</sup> Während viele Mitarbeiter im *State Department* Nkrumahs Anfrage als impertinentes Ansinnen eines afrikanischen Potentaten ablehnten, setzten sich Walt W. Rostow, Dean Rusk und G. Mennen Williams, der Staatssekretär für Afrikanische Angelegenheiten, gemeinsam mit Chad F. Calhoun erfolgreich für

---

<sup>546</sup> Siehe z.B. Memorandum From Secretary of State Rusk to President Kennedy, Subject: Your Meeting With President Nkrumah of Ghana, 7.3.1961, ebd: „Ghana would probably obtain a sympathetic response from the Soviet Bloc. The West would lose one of the few possibilities of influencing Ghana's political and economic development and the pro-Soviet forces in the country would be greatly strengthened.“

<sup>547</sup> Memorandum From Chad F. Calhoun, Subject: The Volta River Hydroelectric Project and the VALCO Aluminum Smelter Project in Ghana, 30.1.1961, ebd. Berichte über die Treffen, Telefongespräche und Briefwechsel zwischen Vertretern der *Kaiser Aluminium Corporation* und Mitgliedern der neu gewählten Regierung finden sich in EFK, Collec. Number BANC MSS 85/61/c, Foreign Files, 1953-1981, Box 312, BAN.

<sup>548</sup> Siehe Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 18.2.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, JFKL.

ein solches Treffen ein. Sie waren überzeugt, dass Kennedy mit Hilfe seines Charmes und geschickten Hinweisen auf einen möglichen Abbruch der Voltaverhandlungen den ghanaischen Staatspräsidenten zu einer Rückkehr in das westliche Lager bewegen konnte. McGeorge Bundy versicherte seinem Vorgesetzten: „You have enough dope in your head to impress the Hell out of him.“<sup>549</sup> Auch die in Accra lebende Wirtschaftswissenschaftlerin Barbara Ward – eine Freundin der Kennedy-Familie – drängte in mehreren Briefen zu einer positiven Antwort auf Nkrumahs Anfrage. Sie charakterisierte den ghanaischen Präsidenten als einen eitlen Mann, „who is prone to listen to the talk of the last advisor“, und versicherte, dass es Kennedy leicht fallen würde, den Ghanaer auf seine Seite zu ziehen.<sup>550</sup>

Anfang März 1961 liefen in Washington die Vorbereitungen für das Treffen auf Hochtouren. Um der ‘Eitelkeit’ des ghanaischen Präsidenten zu schmeicheln, entschied sich Kennedy dafür, Nkrumah persönlich vom Flughafen abzuholen – eine besondere Geste, da es sich um keinen offiziellen Staatsbesuch handelte. Darüber hinaus war eine Begrüßung durch die *First Lady* und die Kinder des Präsidenten geplant. Das Gespräch zwischen Kennedy, Außenminister Rusk und Nkrumah am 8. März 1961 verlief allerdings nicht nach amerikanischen Vorstellungen. Nkrumah ließ dem US-Präsidenten keine Möglichkeiten, „[to] take the conversational initiative“,<sup>551</sup> sondern monologisierte über die Probleme im Kongo. Er ignorierte alle Versuche, die Diskussion auf das Voltaprojekt zu lenken. Kennedy konnte Nkrumah zwar von seinem Verständnis und seinem persönlichen Interesse für die Probleme Afrikas überzeugen – bei seiner Rückkehr

---

<sup>549</sup> Memorandum From the President’s Special Assistant for National Security Affairs (Bundy) to President Kennedy, 8.3.1961, ebd.

<sup>550</sup> Letter From Barbara Ward to President Kennedy, 1.3.1961, zit. in Memorandum From the President’s Special Assistant for National Security Affairs (Bundy) to Secretary of State Rusk, 6.3.1961, in: POF, Ghana, Box 117a, JFKL. Ward sprach sogar von einer Möglichkeit, durch eine Beeinflussung Nkrumahs die Einheit der Casablanca-Staatengruppe zu sprengen (siehe Memorandum From Frederick G. Dutton of the White House Staff to President Kennedy, 21.2.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, ebd.). Analysen der CIA bestätigten die Annahme einer besonderen Anfälligkeit Nkrumahs gegenüber Komplimenten und Schmeicheleien: „Despite his academic qualifications, he is by no means a deep-thinker (...). When you put away all the trappings and the fanfare you are left with a 49-year-old (...) politician to whom the roars of the crowd and the praise of the sycophant are as necessary as the air he breathes.“ (Memorandum From the Central Intelligence Agency, Subject: Kwame Nkrumah, March 1961, in: POF, Ghana, Box 117a, ebd.).

<sup>551</sup> Memorandum From Secretary of State Rusk to President Kennedy, Subject: Your Meeting With President Nkrumah of Ghana, 7.3.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, ebd. Zum Gespräch zwischen Kennedy, Nkrumah und Außenminister Rusk siehe Memorandum of Conversation,

nach Accra sprach Nkrumah voller Wärme von Kennedys „sympathy with our aims of African policy“ –, scheiterte jedoch mit seinem Versuch, die politischen Überzeugungen des ghanaischen Staatspräsidenten zu beeinflussen. Trotz der während des Gesprächs von Kennedy vorgebrachten Argumente hielt Nkrumah an seiner Sicht der Kongo-Krise fest.<sup>552</sup>

In der Zeit unmittelbar nach dem Treffen kam es zu einer Reihe von Entwicklungen, die zu einer weiteren Verschlechterung von Nkrumahs Ansehen in Washington führte. Sowohl Russells Berichte über häufige Treffen zwischen Nkrumah und dem neuen sowjetischen Botschafter Michael Sytenko als auch die Nachricht über die Ankunft sowjetischer Waffen in der ghanaischen Hafenstadt Takoradi Anfang April 1961 sorgten für Krisenstimmung in den Entscheidungszentralen in Washington.<sup>553</sup> Kennedy schreckte daher trotz des Drängens seiner wichtigsten außenpolitischen Berater auch weiterhin vor einer Bewilligung der Voltagelder zurück – nicht zuletzt, da er fürchtete, dass die Ankündigung amerikanischer Hilfeleistungen an einen mutmaßlich prokommunistischen Politiker zu einer Boykothaltung des Kongresses gegenüber anderen geplanten Hilfsprojekten führen könnte.

Die Bekanntgabe der Ostblockreise Nkrumahs (10. Juli bis 16. September 1961) beendete jedoch Kennedys zögerliche Haltung. Die Befürworter des Voltaprojekts um Walt W. Rostow und McGeorge Bundy überzeugten Kennedy, dass eine Zusage nicht länger aufgeschoben werden dürfe, wenn ein endgültiger Übertritt des ghanaischen Präsidenten in das feindliche Lager verhindert werden sollte. Auch Barbara Ward drängte:

„There is a time factor. Nkrumah goes to East Europe and Moscow in the first week of July. Some Western move is needed before that. (...)“

---

Subject: Visit of President Kwame Nkrumah of Ghana, 8.3.1961, in: FRUS, 1961-1963, *Africa*, S. 344ff.

<sup>552</sup> Rede am Flughafen von Accra am 24.3.1961, zit. in Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 29.3.1961, in: RG 59, Central Files, 611.45j/3-2961, NA.

<sup>553</sup> Siehe Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Assistant Secretary of State for African Affairs (Williams), 2.2.1961, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, Staff Papers, 1956–1962, Lot 66D77, Box 2, ebd.; Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 14.4.1961, in: RG 59, Central Files, 845h00/4-11461, ebd. Russells Unruhe angesichts der häufigen Besuche des sowjetischen Botschafters im *Flagstaff House* wurde dadurch verstärkt, dass es ihm selber nicht gelang, gute Beziehungen zu Nkrumah aufzubauen. US-Diplomaten berichteten später, dass Nkrumah Russell für einen Rassisten gehalten habe und deshalb auf Distanz geblieben sei (siehe Telegram From the Embassy in Ghana (Green) to the Department of State, 3.4.1962, in: NSF, Ghana, Box 100, JFKL).

Otherwise, Nkrumah may not be able to resist, after ten years of hope deferred, the open chequebook waved under his nose in the Kremlin. Must we have two Aswan's?<sup>554</sup>

Am 29. Juni, wenige Tage vor dem Beginn der Ostblockreise, wandte sich Kennedy mit einem Brief an Nkrumah und informierte ihn,

„[that] all major issues involved in negotiations for the United States Government's share of the financing of the dam and smelter have now been resolved. The United States Government representatives are now working with your representatives here to develop the necessary documentation for signature and final closing.“<sup>555</sup>

Nkrumah reagierte sichtlich erleichtert auf diese Nachricht. Gegenüber Kennedy betonte er: „I was delighted to receive the news (...). I thus feel that after many years of efforts, this great project is now really launched.“<sup>556</sup> Nkrumah sah in Kennedys Ankündigung allerdings keinen Grund, von der geplanten Ausweitung der ghanaischen Beziehungen mit dem Ostblock abzusehen oder sein Engagement für die afrikanische Unabhängigkeit zurückzuschrauben. Am 10. Juli 1961 brach er nach Moskau auf. Mit Ausnahme der DDR besuchte er alle sozialistischen Länder Osteuropas und die Volksrepublik China. Darüber hinaus nutzte er die Reise, um an der Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten in Belgrad teilzunehmen.<sup>557</sup>

Konsterniert verfolgte Washington die freundschaftliche Aufnahme der ghanaischen Delegation in den Ländern des Ostblocks, deren Regierungen sich wie die Kennedy-Administration darum bemühten, Nkrumah durch Aufmerksamkeiten und Hilfsangebote auf ihre Seite zu ziehen. Jedes neue Wirtschaftsabkommen bestätigte in den Augen amerikanischer Beobachter die Verbundenheit zwischen Ghana und dem Ostblock. Besonders empfindlich reagierten die Politiker in Washington auf die Nachricht, dass die Sowjetunion in Zukunft an der Ausbildung der ghanaischen Streitkräfte beteiligt werden sollte.

---

<sup>554</sup> Letter From Barbara Ward to the President's Deputy Special Assistant for National Security Affairs (Rostow), 2.6.1961, ebd, Box 99.

<sup>555</sup> Letter From President Kennedy to President Nkrumah, 29.6.1961, ebd.

<sup>556</sup> Letter From President Nkrumah to President Kennedy, zit. in Memorandum From the Executive Secretary of the Department of State (Battle) to the President's Special Assistant for National Security Affairs (Bundy), 13.7.1961, ebd.

<sup>557</sup> Weitere Informationen zur Ostblockreise Nkrumaha finden sich in Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 372f.; Rooney, *The Political Kingdom in the*

Das Militär gehörte nach Ansicht amerikanischer Sicherheitsexperten zu den so genannten sensiblen Bereichen, in denen eine Einflussnahme durch die Sowjetunion unter allen Umständen verhindert werden musste. Außenminister Rusk betonte: „Sending Ghanaian cadets to the USSR for training would go a long way toward providing a wedge for Soviet domination.“<sup>558</sup> Auch Nkrumahs öffentliche Auftritte sorgten für scharfe Reaktionen im *State Department* und im Weißen Haus. Jede Rede des ghanaischen Präsidenten wurde genau analysiert und bei positiven Bemerkungen über die Ostblock-Staaten – sei es im Bezug auf das Wirtschaftssystem oder die kommunistischen Solidaritätsbekundungen mit dem afrikanischen Befreiungskampf – als „strictly pro-soviet“ deklariert.<sup>559</sup> Nkrumahs Rede während der ersten Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten in Belgrad – in der sich der ghanaische Präsident für ein unmittelbares Ende des Kolonialismus, den Abbau aller westlichen NATO-Basen in Afrika, eine Reorganisation des UNO-Generalsekretariats und für eine Anerkennung der deutschen Teilung ausgesprochen hatte (s.v.) – galt als ein Höhepunkt „of anti-western extremism“ und „support to Soviet positions on world affairs“.<sup>560</sup> Nkrumahs Kritik an der Wiederaufnahme der sowjetischen Atomtests wurde kaum zur Kenntnis genommen. Edgar F. Kaiser berichtete seinen Mitarbeitern nach der Konferenz in Belgrad besorgt: „[Even the President] feels Nkrumah has gone out of his way to follow the Soviet line on matters beyond his direct interests, to the point of

---

*Third World*, S. 177f.; Thompson, *Ghana's Foreign Policy*, 173ff. Nkrumahs Aufenthalt in der DDR beschränkte sich auf einen privaten Besuch in Ostberlin am 1.8.1961.

<sup>558</sup> Zit. in Memorandum From the President's Deputy Special Assistant for National Security Affairs (Rostow) to President Kennedy, Subject: Nkrumah's Plans to Send 400 Cadets to the USSR for Training, 13.9.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, JFKL. Die Ausbildung einiger Soldaten in der Sowjetunion sollte nach Vorstellungen Nkrumahs der Armee neue Impulse geben und die starke Abhängigkeit der Streitkräfte von der Kooperation mit Großbritannien begrenzen. Die Militärs zählten zu den konservativsten und prowestlichsten Kräften innerhalb der ghanaischen Gesellschaft. Während der Kolonialzeit war die Armee dafür verantwortlich gewesen, den kolonialen Staat zu schützen. Diese Aufgabe und die Ausbildung an britischen Militärakademien hatte weitreichende Konsequenzen für das Weltbild und das Selbstverständnis vieler führender ghanaischer Soldaten, die nach der Unabhängigkeit einflussreiche Positionen innerhalb der Armee einnahmen: „In their minds, they were asked to uphold a British tradition in new, independent Ghana. (...) [T]he officer corps of the military was a largely Ghanaian body with an external mind and soul.“ (Osei, *Recurrence and Change in a Post-Independence African State*, 75f.).

<sup>559</sup> Memorandum From the Assistant Secretary of State for African Affairs (Williams) to the Assistant Secretary of State for Economic Affairs (Ball), Subject: Recent Statements by President Nkrumah of Ghana, 12.9.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, JFKL.

<sup>560</sup> Telegram From the Embassy in Yugoslavia (Kennan) to the Department of State, 14.9.1961, in: POF, Staff Memoranda, Robert W. Komer, Box 439, JFKL.

rudeness toward the US.”<sup>561</sup> Botschafter Russell kommentierte:

„Nkrumah’s Belgrade speech (...) has given considerable aid and comfort to Kremlin. A policy of ‘neutralism’ is generally regarded as meaning non-alignment on issues between Western and Soviet worlds. Difficult therefore to see how GOGhana at present time can claim be pursuing policy of neutralism.”<sup>562</sup>

Die Kritiker der Voltaentscheidung im *State Department* sahen sich in ihren Warnungen bestätigt – vor allem, da Nkrumahs Auftritte im Ostblock von der amerikanischen Presse breit thematisiert wurden. Konservative US-Medien nahmen Nkrumahs Ostblockreise zum Anlass, um die Entwicklungspolitik der Kennedy-Administration zu kritisieren. Sie sprachen von sinnlosen „policy of trying, by giving away dollars, to keep primitive young countries on their feet and out of the clutches of Communism. A close look at Ghana shows why many Americans are beginning to question the effectiveness of that policy.”<sup>563</sup> Einflussreiche Kongress-Mitglieder wie Senator Albert Gore, der Vorsitzende des Afrika-Unterausschusses im Senat, drohten, wie von Kennedy vorab befürchtet, auch andere geplante Entwicklungsprojekte der Regierung einer kritischen Überprüfung zu unterziehen: „Our aid program is designed to strengthen friendly countries and to assist the efforts of free people to develop the economic resources and their free economic institutions. The Volta Project fails on all these

---

<sup>561</sup> Letter From Edgar F. Kaiser to Chad F. Calhoun, Subject: Notes on US Decision to Defer Volta Project. 26.9.1961, in: EFK, Collec. Number BANC MSS 85/61/c, Foreign Files, 1953-1981, Box 313, BAN. Zu Kennedys Reaktionen auf die Ostblockreise Nkrumahs siehe auch Memorandum of Telephone Conversation Between President Kennedy and the Acting Under Secretary of State (Ball), 21.9.1961, in: FRUS, 1961-1963, *Africa*, S. 355f. Der *Executive Secretary of the Department of State*, Lucius Battle, fasste die Stimmung im Außenministerium mit den folgenden Worten zusammen: „We have all assumed that making this very important capital commitment to Ghana would, of itself, ensure Nkrumah’s basic association with the West, despite his strongly neutralist posture. However, his statements and actions during the trip behind the iron curtain (...) suggest Nkrumah is determined to have his cake and eat it to, i.e., that he will accept our investment in the Volta and at the same time continue to serve by word and deed the interests of the Eastern bloc at our expense.” (Memorandum From the Executive Secretary of the Department of State (Battle) to the President’s Special Assistant for National Security Affairs (Bundy), Subject: The Volta Project and the Current Political Situation in Ghana, 30.9.1961, in: NSF, Brubeck Series, Box 388, JFKL).

<sup>562</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 21.9.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, ebd.

<sup>563</sup> „Taking U.S. Aid – and Red Ideas – Question Now: More Dollars for Ghana”, *U.S. News and World Report*, 18.9.1961, S. 42. Auch der *San Francisco Examiner* erklärte Nkrumah zum „errand boy for the Kremlin (...) [who] backed the Soviet pitch on practically every issue” und warf die Frage auf: „Why give Dollars to Nkrumah?” (*San Francisco Examiner*, 5.10.1961, in: EFK, Collec. Number BANC MSS 85/61/c, Foreign Files, 1953-1981, Box 313, BAN).

counts.”<sup>564</sup> In einem Telefongespräch mit George W. Ball fasste Kennedy die Situation zusammen: „[I]f we go through with it [the Volta project], everybody will think we are crazy in the Congress and every place else. (...) It could really mess up our foreign aid program (...).“<sup>565</sup> Die Rechtsabteilung des *State Department* und einige Wirtschaftsexperten erinnerten jedoch daran, dass Kennedys Schreiben vom Juni 1961 zumindest eine informelle Zusage enthielt, die nicht problemlos zurückgezogen werden konnte.<sup>566</sup> Kennedy beschloss, die Voltaverhandlungen zunächst auszusetzen, um die weiteren Entwicklungen in Ghana abzuwarten. Grund für diese Entscheidung waren vor allem die Berichte der US-Diplomaten in Accra über einen bevorstehenden prowestlichen Staatsstreich in Ghana.<sup>567</sup> Ein Wechsel an der Spitze der ghanaischen Regierung bot aus Kennedys Sicht die beste Möglichkeiten, das Voltaprojekt fortzusetzen, ohne eine Auseinandersetzung mit dem Kongress zu riskieren.

Nkrumah zeigte sich fassungslos angesichts dieser neuen Verzögerung bei der Realisierung des Voltaprojekts – zumal ein Rückzug der USA auch die Unterstützung anderer Geldgeber gefährdete. In einem Schreiben an Kennedy gab er seiner Verständnislosigkeit angesichts der Gerüchte zum Ausdruck, dass seine Äußerungen in Belgrad für die Entscheidung der US-Regierung mitverantwortlich gewesen sein sollen: „I am at a loss to understand why anyone who respects the principles of self-determination should object to criticism against colonial oppression.“<sup>568</sup>

---

<sup>564</sup> Rede vor dem US-Kongress am 16.12.1961, zit. in Letter From Chad F. Calhoun to Edgar F. Kaiser, 16.12.1961, ebd.

<sup>565</sup> Memorandum of Telephone Conversation Between President Kennedy and the Acting Under Secretary of State (Ball) 21.9.1961, in: FRUS, 1961-1963, *Africa*, S. 355f., S. 355, 356.

<sup>566</sup> Siehe u.a. Memorandum From the Assistant Deputy Managing Director for Operations of the Development Loan Fund (Shooshan) to Clarence B. Randall, Subject: Review of the Volta River Project in Ghana, 30.10.1961, in: POF, Staff Memoranda, Ralph A. Dungan, Box 388, JFKL.

<sup>567</sup> Ball betonte in einem Telefongespräch mit Kennedy: „This fellow might get overthrown in the next couple of weeks and a really solid government come in. The situation is very fluid.“ (Memorandum of Telephone Conversation Between President Kennedy and the Acting Under Secretary of State (Ball) 21.9.1961, in: FRUS, 1961-1963, *Africa*, S. 355f., S. 356). Siehe auch Memorandum From the President’s Deputy Special Assistant for National Security Affairs (Rostow) to President Kennedy, Subject: The Volta River Project, 2.10.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, JFKL.

<sup>568</sup> Letter From President Nkrumah to President Kennedy, 5.10.1961, in: POF, Ghana, Box 117a, ebd.

## 2.2. Der Putschversuch, Herbst 1961

Der Kopf des geplanten Staatsstreichs gegen Nkrumah war der ehemalige Finanzminister Komla A. Gbedemah, der aufgrund seiner prokapitalistischen Überzeugungen innerhalb der ghanaischen Regierung ins Abseits geraten war. Bereits im Mai 1961 hatte Nkrumah Gbedemah von seinem Amt als Finanzminister entbunden und zum Gesundheitsminister degradiert. Gbedemah blieb jedoch Mitglied in Nkrumahs dreiköpfigem Stellvertretergremium, das bei Abwesenheit des Präsidenten für die Leitung der Regierungsgeschäfte verantwortlich war. Während Nkrumahs Ostblockreise nutzte Gbedemah diese Position, um seinen Einfluss auszubauen und Anhänger für seinen Putschversuch zu gewinnen. Er plante, auf der ersten Sitzung des ghanaischen Parlaments nach der Rückkehr des Präsidenten, die am 10. Oktober 1961 stattfinden sollte, die Gründung einer neuen Partei zu verkünden und Nkrumah für abgesetzt zu erklären.<sup>569</sup> Mitarbeiter der US-Botschaft und die CIA in Accra unterstützten Gbedemah. Die Kontakte zwischen dem ehemaligen Finanzminister und der US-Botschaft liefen über einen amerikanischen Geschäftsmann – in den Quellen taucht er lediglich als ‘Mr. Grosse’ auf –, der für die New Yorker Metall- und Diamantenhandelsfirma *Leon Tempelsman & Son* in Accra tätig war. Die Geschäftsführer des Familienimperiums *Tempelsman* – allen voran der Sohn Maurice Tempelsman – sahen in Nkrumahs Politik eine Gefahr für ihre Geschäftstransaktionen in Afrika und waren daher an einem Sturz des ghanaischen Präsidenten interessiert.<sup>570</sup> Nkrumah erhielt allerdings noch vor dem 10. Oktober Kenntnis von Gbedemahs Vorhaben. Mr. Grosse benutzte eine offene transatlantische Telefonverbindung, um seinen Arbeitgeber in New York über

---

<sup>569</sup> Siehe Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 28.+29.9.1961, in: RG 59, Central Files, 611.45j/9-2861/9-2961, NA.

<sup>570</sup> Gerade Maurice Tempelsman hatte nach Angaben von Mahoney „a liking for mixing conspiracy with commerce in his African trade“ (Mahoney, *Ordeal in Africa*, S. 173). Auch im Kongo versuchten Mitarbeiter von *Tempelsman*, politische Entwicklungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen (siehe ebd., S. 300). Das ghanaische Kongoengagement auf der Seite Lumumbas bzw. Gizengas verstärkte das Interesse der Unternehmensleitung an einem Sturz Nkrumahs. Maurice Tempelsman verfügte über gute Kontakte zu wichtigen Entscheidungsträgern der US-Regierung. Er stand z.B. in enger Verbindung mit UNO-Botschafter Adlai E. Stevenson (siehe dazu u.a. Nkrumah, *Neo-Colonialism*, S. 104). Informationen über die Verbindungen zwischen Gbedemah und der US-Botschaft finden sich in Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 28.+29.9.1961, in: RG 59, Central Files, 611.45j/9-2861/9-2961, NA; Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 21.+28.9.1961, ebd., 745j00/9-261/9-2861; Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 6.+7.9.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, JFKL.

Gbedemahs Vorgehen zu informieren. Das Gespräch wurde von ghanaischen Sicherheitsbeamten mitgeschnitten, die Nkrumah umgehend über den Vorfall informierten.<sup>571</sup> Nkrumah entschloss sich zu einem harten Durchgreifen. Die Sicherheitsbestimmungen in Accra wurden drastisch verschärft und bekannte Regierungsgegner verhaftet. Viele Oppositionelle flohen ins Nachbarland Togo und schlossen sich dort der ghanaischen Exilgemeinde um den ehemaligen Vorsitzenden der *United Party*, Kofi A. Busia, an.<sup>572</sup> Auch Gbedemah flüchtete nach Togo, um gemeinsam mit Busia den weiteren Widerstand gegen Nkrumah zu organisieren. Bei der Serie von Bombenanschlägen in Accra und den wiederholten Attentatsversuchen auf Nkrumah ab Sommer 1962 führten die Spuren immer wieder nach Togo.<sup>573</sup>

Nach dem Scheitern Gbedemahs bestand nach der Einschätzung der US-Botschaft in Accra nur noch wenig Aussicht auf einen unmittelbaren Regierungswechsel in Ghana. Die CIA meldete, dass die Flucht vieler 'prowestlicher' Politiker, die zu den Feinden Nkrumahs gehört hatten, dem radikalen Flügel der CPP zu einer neuen Machtstellung innerhalb der Regierung verholfen habe. Die neuen

---

<sup>571</sup> Siehe Mahoney, *Ordeal in Africa*, S. 174: „Mr. Grosse (...) spilled everything, including his assurance to Gbedemah of U.S. support.“ Mahoney stützt sich bei seiner Darstellung u.a. auf ein Interview mit dem Briten Geoffrey Bing, der während der Regierungszeit Nkrumahs als Generalstaatsanwalt in Ghana tätig war.

<sup>572</sup> Aufgrund der angespannten diplomatischen Beziehungen zwischen Ghana und Togo zeigte der togolische Präsident Sylvanus Olympio wenig Interesse daran, die Aktivitäten der Exilhanaer in Togo und den Waffenschmuggel an der togolisch-ghanaischen Grenze zu unterbinden (siehe dazu u.a. den Bericht des US-Botschafters in Lomé, Leon B. Poullada, in Telegram From the Embassy in Togo (Poullada) to the Department of State, 3.11.1961+14.6.1962, in: RG 59, Central Files, 745j00/11-361/6-1462, NA). Die Unstimmigkeiten zwischen Ghana und Togo gingen u.a. auf die Auseinandersetzungen um die Zugehörigkeit des ehemaligen UN-Schutzgebietes Britisch-Togoland zurück, das nach einer Volksabstimmung im Jahr 1956 Ghana zugesprochen wurde. Darüber hinaus gab es wenig Übereinstimmungen zwischen Nkrumahs Ideen und den Vorstellungen des als prowestlich bekannten Olympios. Informationen über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Ghana und Togo finden sich in Thompson, *Ghana's Foreign Policy*, S. 83ff.; Thomas A. Howell, Jeffrey P. Rajasooria, *Ghana and Nkrumah*. New York 1972, S. 75f.

<sup>573</sup> Den Auftakt der Anschlagserie bildete ein Attentat auf Nkrumah in der Nähe des nordghanaischen Grenzorts Kulungugu am 2.8.1962 (siehe Kapitel 3.1). Durch die Bombenanschläge in Accra kamen nach Angaben der CIA in der Zeit von August 1962 bis Mai 1963 insgesamt 20 Menschen ums Leben. Die Zahl der Verletzten wurde auf 400 geschätzt (siehe Special Report From the Central Intelligence Agency, Subject: Domestic Opposition to Ghana's Nkrumah, 24.5.1963, in: NSF, Ghana, Box 100/101, JFKL). Berichte über die Anschläge in Accra finden sich u.a. in Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 9.9.1962+8.1.1963, in: RG 59, Central Files, 745j00/9-962/1-863, NA. Siehe auch Osei, *Recurrence and Change in a Post-Independence African State*, S. 78; Rooney, *The Political Kingdom in the Third World*, S. 220; Dei-Anang, *The Administration of Ghana's Foreign Relations, 1957-1965*, S. 60. Die Attentatsserie beendete die im Frühling 1962 eingeleiteten Lockerungen der – nach dem Putschversuch von Gbedemah eingeführten – Sicherheitsbestimmungen in Ghana.

Sicherheitsvorschriften, die nach der Vereitelung von Gbedemahs Putschversuch eingeführt worden waren, würden die Bewegungsfreiheit derjenigen Gegner Nkrumahs beschränken, die in Ghana geblieben waren. Mit einem Aufstand des Volkes war nach Ansicht der CIA nicht zu rechnen. Vor allem die einfache Bevölkerung stand ihren Einschätzungen zufolge noch immer fest hinter Nkrumah. Sowohl die CIA als auch die US-Diplomaten in Accra warnten davor, große Hoffnungen auf die Aktivitäten der Exilghanaer in Togo um Busia und Gbedemah zu setzen. Untersuchungen des US-Geheimdienstes ergaben, dass die Gruppe über keinen Rückhalt innerhalb der ghanaischen Bevölkerung verfügte. Darüber hinaus bestanden keine Verbindungen zwischen den Exil-Ghanaern und der ghanaischen Armee, deren Unterstützung aus amerikanischer Sicht eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Staatsstreich war. Die CIA-Agenten äußerten zudem erhebliche Zweifel an der Besonnenheit, Disziplin und Intelligenz der Verschwörer in Togo.<sup>574</sup>

### **2.3. Die Bewilligung der Voltakredite**

Trotz des gescheiterten Putschversuchs entschied sich Kennedy für eine Fortsetzung der Voltaverhandlungen. Fast alle US-Diplomaten in Afrika warnten, laut einer Umfrage des *State Department* vom 4. Oktober 1961, vor den negativen Konsequenzen eines amerikanischen Rückzugs. In einem Bericht an den Nationalen Sicherheitsrat der USA fassten Mitarbeiter des Außenministeriums zusammen:

„[I]nformation available indicates that most African countries would take public affront at a failure by the United States to move ahead (...). Our action would be portrayed as neo-colonialism in the stereotype cultivated by Soviet propaganda and nationalist spokesmen (...). [F]ailure to

---

<sup>574</sup> Siehe Special Report From the Central Intelligence Agency, Subject: Domestic Opposition to Ghana's Nkrumah, 24.5.1963, in: NSF, Ghana, Box 100/101, JFKL. Siehe auch Memorandum From the Bureau of Intelligence and Research (Hilsman) to Secretary of State Rusk, Subject: Reports of Opposition plotting in Ghana, 6.12.1962, ebd; National Intelligence Estimate, Subject: The Outlook for Ghana, 17.10.1962, in: NSF, National Intelligence Estimates, Box 8, ebd.

proceed might make it more difficult for moderate leaders in Africa to cooperate with the United States (...).<sup>575</sup>

Viele US-Diplomaten erinnerten an Nkrumahs Einfluss auf die öffentliche Meinung in Afrika aufgrund seiner Verdienste um den afrikanischen Unabhängigkeitskampf. Auch die Afrikaspezialisten der CIA befürchteten, dass ein Abbruch der Verhandlungen ein negatives Licht auf die gesamte US-Entwicklungshilfe werfen würde: „[I]t would be strongly argued that no underdeveloped country could afford to take the risk involved in negotiation with the US on a long-term development project.“<sup>576</sup> Sie gingen davon aus, dass Nkrumah nach einem amerikanischen Rückzug Kennedys Brief vom Juni 1961 veröffentlichen würde, um andere afrikanische Staatsführer auf seine Seite zu ziehen.<sup>577</sup> Die britische Regierung, die um Ghanas Verbleib im *Commonwealth* und die Zukunft britischer Geschäftsinteressen in der ehemaligen Kolonie fürchtete, setzte sich ebenfalls für eine Fortsetzung der Voltaverhandlungen ein.<sup>578</sup> Auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats am 5. Dezember 1961 sprachen sich die meisten Anwesenden für eine Bewilligung der Voltakredite aus.<sup>579</sup> Bei der Bekanntgabe der Entscheidung während einer Pressekonferenz am 16.

---

<sup>575</sup> Memorandum From the Department of State to the National Security Council, Subject: The Volta River Project, undated, in: NSF, Ghana, Box 99, ebd. Selbst die US-Diplomaten in den als konservativ bekannten afrikanischen Staaten wie Nigeria unterstützten diese Einschätzung (siehe z.B. Telegram From the Embassy in Nigeria (Palmer) to the Department of State, 2.10.1961, in: RG 84, Classified General Records, 1958-1961, Accra, Box 10, NA).

<sup>576</sup> Report From the Central Intelligence Agency, Subject: Likely Consequences of Various US Courses of Action on the Volta Dam, 16.11.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, JFKL.

<sup>577</sup> Siehe ebd. Erschwerend kam hinzu, dass die ghanaische Regierung unmittelbar nach dem Erhalt des Briefs von Kennedy mit wichtigen Vorbereitungen für den Bau des Staudammes begonnen hatte. Bis Mitte Oktober 1961 hatte die ghanaische Regierung bereits über 22 Millionen US-Dollar für den Bau neuer Straßen, die Rodung des Geländes und andere Maßnahmen ausgegeben.

<sup>578</sup> Premierminister Harold Macmillan schrieb am 16. November 1961 einen Brief an Kennedy, um die 'gefährlichen Konsequenzen' eines amerikanischen Rückzuges für den westlichen Einfluss in Ghana zu unterstreichen (siehe Letter From the Prime Minister Macmillan to President Kennedy, 6.11.1961, in: NSF, POF, Staff Memoranda, Ralph A. Dungan, Box 388, ebd.). Das besondere Engagement der britischen Regierung ging u.a. auf die Einschätzungen des britischen *High Commissioner* in Accra, Sir A. Snelling, zurück, der davor warnte, dass eine Einstellung der Voltaverhandlungen zu einem endgültigen Bruch zwischen Ghana und dem Westen und damit zu einer „confiscation of British assets, the cutting off of trade with us, Ghana's departure from the Commonwealth and her joining the Communist bloc“ führen könnte: „[H]is example would be followed before long by some of the other African members of the Commonwealth, at untold cost not only to our prestige but also to our pockets.“ (Despatch From the High Commissioner in Accra (Snelling) to the Secretary of State for Commonwealth Relations and the Colonies (Sandys), Subject: Relations between Britain and Ghana and the Communist Threat, 5.12.1961, in: BDEE. The Conservative Government and the End of Empire, 1957-1964, II, S. 256ff., S. 259).

<sup>579</sup> Proteste kamen lediglich von Justizminister Robert F. Kennedy und Finanzminister Douglas C. Dillon (siehe Notes for the Record: National Security Council Meeting on Volta Dam, 5.12.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, JFKL).

Dezember 1961 konzentrierten sich die Sprecher des *State Department* darauf, die Vorbehalte der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber dem Voltaabkommen abzubauen. Der stellvertretende Außenminister George W. Ball sprach gegenüber den Journalisten von Möglichkeiten, die Voltazahlungen unmittelbar einzustellen, „if Nkrumah behaved too badly“.<sup>580</sup> George Mennen Williams verwies auf die Hilfszahlungen an entschieden prowestliche afrikanische Staaten, um der Kritik an einer Überkonzentration der amerikanischen Entwicklungshilfe in Ländern mit Kontakten zur Sowjetunion entgegenzuwirken. Der Abschluss eines amerikanischen Entwicklungshilfeabkommens mit der konservativen nigerianischen Regierung über 225 Millionen US-Dollar wurde gezielt einige Tage vor der Pressekonferenz vom 16. Dezember bekannt gegeben, „to take heat off the Volta announcement“.<sup>581</sup> Der Stahlmagnat und ehemalige Vorsitzende des *US Council on Foreign Economic Policy* Clarence B. Randall reiste im Auftrag Kennedys nach Ghana, um Nkrumah zu informieren, dass die US-Regierung als Ausgleich für die Voltazahlungen Änderungen in der ghanaischen Politik erwartete. Er präsentierte der Führung in Accra einen Forderungskatalog, der sowohl das Verbot einer Kooperation mit der Sowjetunion umfasste als auch die Aufforderung, die Unterstützung radikaler Gruppen zu beenden und eine ‘besonnenere’ Haltung im Kampf gegen den Kolonialismus einzunehmen. Er pochte zudem auf ein Ende der Repressionsmaßnahmen gegen die ghanaische Opposition und eine stärkere Anpassung der ghanaischen Entwicklungspolitik an westlich-kapitalistische Konzepte. Gegenüber Nkrumah betonte Randall:

„While the US does not wish to interfere internally in Ghana or any other country, it is reasonable to expect that recipient countries share same basic ideals of freedom and justice as we. (...) [The] total amount of loans is not to be made available to Ghana immediately but will be paid out over number of years as construction progresses. A breach of covenants

---

<sup>580</sup> Ball, *Past*, S. 187. Zum Wortlaut der Pressekonferenz siehe Transcript of Background Press and Radio News Briefing, 16.12.1961, in: POF, Staff Memoranda, Ralph A. Dungan, Box 388, JFKL. Im Afrikabüro des *State Department* war nach der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates vom 5. Dezember eine spezielle Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die sich ausschließlich mit der Frage der öffentlichen Präsentation der Voltaentscheidung beschäftigte.

<sup>581</sup> Letter From Chad F. Calhoun to Edgar F. Kaiser, 12.12.1961, in: EFK, Collec. Number BANC MSS 85/61/c, Foreign Files, 1953-1981, Box 313, BAN. Bei einem Vergleich der Einwohnerzahlen Ghanas und Nigerias sind die Größenunterschiede in den Hilfsleistungen an die beiden Länder jedoch weniger beeindruckend. Darüber hinaus kam es immer wieder zu Verzögerungen bei der Auzahlung der Kredite für Nigeria (siehe Teil 5, Kapitel 4.2.2 und 5.3).

which Ghana undertakes in signing contract could result in suspension or termination of payments under loan.”<sup>582</sup>

Nkrumah willigte ein, in einer Radioansprache am 22. Dezember 1961 die Unabhängigkeit seiner Politik von der Sowjetunion und seine Wertschätzung für die Vereinigten Staaten unter Beweis zu stellen. Botschafter Russell überwachte die Abfassung der Rede, nachdem sich Nkrumah bereit erklärt hatte, den US-Diplomaten das Konzept für seine Ansprache noch vor der Radioübertragung zukommen zu lassen. Unter der Androhung eines Rückzugs der Kreditzusage setzte Russell mehrere Änderungen durch. Positive Äußerungen über die USA mussten seiner Ansicht nach mehr in den Vordergrund gestellt und Bemerkungen über die Entwicklungshilfe der Sowjetunion gestrichen werden. Darüber hinaus drängte er erfolgreich auf die Aufnahme von Sätzen wie „[the Volta decision] demonstrates the awareness of the United States of the problems and aspirations of modern Africa“ oder „[the United States] will be working in a partnership with us on a basis of mutual understanding and complete equality“.<sup>583</sup> Nkrumahs Rede vom 22. Dezember stimmte zwar trotz Russells Bemühungen nicht vollständig mit den amerikanischen Erwartungen überein – zumal Nkrumah während seiner Ansprache unmissverständlich herausstellte, dass der Kampf gegen den Kolonialismus ein zentraler Bestandteil der ghanaischen Außenpolitik bleiben werde –, die Verantwortlichen in Washington waren jedoch bereit, sich fürs Erste mit dem Erreichten zufrieden zu geben. Mitarbeiter des Afrikabüros des *State Department* erinnerten: „Realistically we could not hope to obtain the ideal from our standpoint.“<sup>584</sup>

Am 8. Februar 1962 wurden die Verträge über die amerikanische Finanzierungsbeteiligung am Voltaprojekt unterschrieben.<sup>585</sup> Gleichzeitig

---

<sup>582</sup> Zit. in Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 17.12.1961, in: NSF, Ghana, Box 99, JFKL. Siehe auch die Instruktionen von Kennedy an Russell und Randall in Telegram From the Department of State (Ball) to the Embassy in Ghana, 14.12.1961, ebd.

<sup>583</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 22.12.1961, ebd.

<sup>584</sup> Memorandum From the Deputy Director of the Office of Western African and Malagasy Affairs (Coote), Subject: U.S. Analysis of Ghanaian President Kwame Nkrumah's Radio Speech on Volta River Project, undated, ebd. Zum Wortlaut der Rede Nkrumahs siehe Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 24.12.1961, ebd.

<sup>585</sup> Eine detaillierte Darstellung der Voltaverträge bietet Hart, *The Volta River Project*, S. 31. Neben den Krediten für die ghanaische Regierung stellte die US-Administration der VALCO über die Export-Import-Bank ein Darlehen von 96 Millionen US-Dollar zur Verfügung und sprach der VALCO eine Investitionsschutzgarantie für die 32 Millionen US-Dollar Eigenkapital der *Kaiser Corp.* zu. Diese Garantie durch den *Development Loan Fund* bot dem Unternehmen u.a. Schutz vor Verlusten durch Verstaatlichungen.

beschloss das *State Department*, Botschafter Russell abzuziehen und den Posten in Ghana stattdessen dem liberalen Anwalt William P. Mahoney zu übertragen. William P. Mahoney hatte sich in den vergangenen Jahren für die Bürgerrechtsbewegung in den USA engagiert. Bekannt geworden war er vor allem durch seinen Einsatz für die Desegregation des Schulsystems in Arizona. Die Mitglieder der Kennedy-Administration hofften, dass Mahoney aufgrund seiner Vergangenheit einen besseren Zugang zu Nkrumah haben würde als Russell.<sup>586</sup>

Trotz der Bewilligung der Voltakredite engagierten sich die USA weiterhin auf der Seite von Nkrumahs Gegnern. Der ehemalige UGCC-Führer Joseph K. K. B. Danquah wurde mit großer Wahrscheinlichkeit von der CIA finanziell unterstützt. Mitarbeiter des US-Geheimdienstes und der US-Botschaft in der togolesischen Hauptstadt Lomé blieben in Kontakt mit den Exilghanaern um Busia und Gbedemah, auch wenn den Initiativen dieser Gruppe keine besonderen Erfolgsaussichten zugebilligt wurden.<sup>587</sup> Einige konservative amerikanische Politiker in den USA wie der demokratische Senator Thomas J. Dodd aus Connecticut stellten sich offen auf die Seite der Exilghanaer. Dodd lud Busia im Dezember 1962 als Kronzeugen vor einen von ihm geleiteten Sicherheitsausschuss des Senats, der sich mit der amerikanischen Entwicklungshilfe an „kommunistisch unterwanderte“ Staaten beschäftigte, und bot ihm so eine prominente Plattform für seine Hetzkampagnen gegen die

---

<sup>586</sup> Angaben zur Biographie Mahoneys finden sich in Telegram From the Embassy in Ghana (Green) to the Department of State, 17.4.1962, in: NSF, Ghana, Box 100/101, JFKL.

<sup>587</sup> Außenminister Rusk forderte zwar im März 1962, wegen der Gefahr einer Aufdeckung der US-Aktivitäten alle Verbindungen zu Gbedemah und Busia einzustellen, in den Unterlagen des *State Department* finden sich jedoch weiterhin Berichte über Kontakte zwischen den beiden Ghanaern und amerikanischen Diplomaten. Gbedemah und Busia besuchten wiederholt die US-Botschaften in Lomé, London, Brüssel und Bonn. Einige Treffen zwischen Gbedemah und Mitarbeitern der US-Botschaft in London fanden zudem in der Lobby eines Londoner Hotels statt, in dem Gbedemah unter falschem Namen abgestiegen war. Während dieser Zusammenkünfte baten Busia und Gbedemah regelmäßig um eine finanzielle Unterstützung ihrer Vorhaben von Seiten der US-Regierung. Aufgrund der Instruktionen aus dem *State Department* reagierten die US-Diplomaten zurückhaltend auf die Vorstöße der beiden Ghanaer. Repräsentanten der US-Botschaft in London ließen allerdings ihre Bereitschaft durchblicken, den Exilghanaern bei der Suche nach alternativen ‘Sponsoren’ behilflich zu sein (siehe u.a. Telegram From the Embassy in the United Kingdom (Bruce) to the Department of State, 22.3.+23.11.1962, in: RG 59, Central Files, 745j00/3-2262/11-2362, NA; Telegram From the Embassy in Togo (Hussy) to the Department of State, 1.10.1962, ebd., 745j00/10-0162; Telegram From Secretary of State Rusk to the Embassy in the United Kingdom, 16.7.1965, in RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 1 Ghana, ebd.). Zu den Instruktionen von Rusk vom März 1962 siehe Telegram From Secretary of State Rusk to the Embassy in the United Kingdom, 29.3.1962, in: RG 59, Central Files, 745j00/3-2962. Informationen über die Kontakte zwischen Danquah und der CIA finden sich in Mahoney, *Ordeal in Africa*, S. 184f.

ghanaische Regierung. Nach dem Abschluss der Aussage Busias resümierte Dodd: „The testimony and documentation presented here (...) strongly suggests that Kwame Nkrumah’s Ghana has become the first Soviet satellite in Africa, just as Cuba is the first Soviet Satellite in the Americas.“<sup>588</sup> Auch unter amerikanischen Geschäftsleuten, die wirtschaftliche Interessen in Afrika verfolgten, fanden Busia und Gbedemah weiterhin Unterstützung. Mitarbeiter des Diamanten-Hauses *Tempelman & Son* drängten sogar G. Mennen Williams, Kontakt zu den Exilghanaern aufzunehmen.<sup>589</sup>

Die US-Diplomaten in Accra wurden vom *State Department* angewiesen, enge Beziehungen zur der Führung der ghanaischen Streitkräfte aufzubauen, um die Stimmung innerhalb der Armee auszuloten und bestehende Widerstände gegen Nkrumah zu stärken. Die Militärs zählten zu den bekanntesten Gegnern von Nkrumahs sozialistischen Reformvorhaben. Sie zeigten allerdings zu Beginn der 1960er Jahre nur wenig Interesse daran, eine politische Rolle in Ghana zu übernehmen. Aus Sicht amerikanischer Experten waren die Militärs jedoch die idealen Kandidaten, um einen Sturz Nkrumahs durchzusetzen und gleichzeitig die ‘Ordnung’ im Land aufrechtzuerhalten. Das *State Department* hoffte in diesem Bereich auf eine Zusammenarbeit mit Großbritannien. Britische Militärexperten spielten noch immer eine wichtige Rolle innerhalb der ghanaischen Armee und waren nach Ansicht amerikanischer Experten daher in einer besonders guten Position, die Diskussionen unter führenden Militärs zu beeinflussen.<sup>590</sup>

---

<sup>588</sup> Zit. in Dodd Committee, „Is US Money Aiding Another Communist State?“, in: NSF, Ghana, Box 100/101, JFKL.

<sup>589</sup> Siehe u.a. Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 14.12.1961, in: RG 59, Central Files, 745j00/12-1461, NA. Auch in Großbritannien gab es eine Reihe von Geschäftsleuten und Unternehmern, die die Exilghanaer finanziell unterstützten (siehe Telegram From the Embassy in the United Kingdom (Bruce) to the Department of State, 25.7.+4.10.1962, ebd., 745j00/7-2562/10-462).

<sup>590</sup> Siehe u.a. Memorandum From the Department of State, Subject: Contingencies in Event of Death or Removal from Office of President Nkrumah of Ghana, 5.11.1962, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 66D52, Box 65, ebd.; Memorandum From the Deputy Director of the Bureau of Intelligence and Research (Denney) to Secretary of State Rusk, 12.2.1964, in: NSF, Ghana, Box 89, LBJL; Memorandum for the Record, Subject: Discussion between the Director of Central Intelligence John A. McCone and the Secretary of State Dean Rusk, 11.2.1964, in: FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, S. 412.

### **3. Die Entwicklung der ghanaisch-amerikanischen Beziehungen nach 1962**

#### **3.1. Bleibende Gegensätze und Nkrumahs Haltung gegenüber der CIA**

Die entgegengesetzten politischen und wirtschaftlichen Interessen ghanaischer und amerikanischer Politiker ließen – trotz der Unterstützung der USA für das Voltaprojekt – wenig Spielraum für eine Aussöhnung zwischen Washington und Accra. Die Ablösung Russells durch einen bekannten US-Bürgerrechtler setzte zwar einige positive Akzente, reichte jedoch nicht aus, um grundsätzliche Differenzen und Meinungsverschiedenheiten in den ghanaisch-amerikanischen Beziehungen auszuräumen.<sup>591</sup> Während Nkrumah nicht von seiner bisherigen Politik abrückte, waren die USA auch weiterhin nicht bereit, Ghanas Entwicklung zu einem der wichtigsten sowjetischen Handelspartner in Afrika oder Nkrumahs Kampagnen gegen Kolonialismus und Neokolonialismus zu akzeptieren. Mit jedem neuen Konflikt über die westliche Rolle in Afrika, die Einführung sozialistischer Wirtschaftsformen oder Ausweitung der ghanaischen Kontakte mit dem Ostblock wuchsen das Misstrauen und die Verbitterung auf beiden Seiten.

Hinweise auf amerikanische Aktivitäten auf der Seite seiner politischen Gegner nahmen Nkrumah zusätzlich gegen die US-Regierung ein. Er war überzeugt, dass der US-Geheimdienst in die Ermordung Lumumbas verwickelt gewesen war und dass auch sein Name auf der schwarzen Liste der CIA stand. In seinen Augen war der US-Geheimdienst ein Sammelbecken für fanatische Antikommunisten und Kriminelle, die nur unzureichend von der amerikanischen Regierung kontrolliert

---

<sup>591</sup> Nkrumahs Sympathie für den neuen US-Botschafter steht außer Frage. Während Russell kaum persönliche Kontakte zu Nkrumah gehabt hatte, wurde Mahoney zu einem oft und gern gesehenen Gast im *Flagstaff House*. Dies bestätigen auch Chad F. Calhoun und Dei-Anang (siehe Letter From Chad F. Calhoun to Edgar F. Kaiser, 21.3.1962, in: EFK, Collec. Number BANC MSS 85/61/c, Foreign Files, 1953-1981, Box 314, BAN; Dei-Anang, *The Administration of Ghana's Foreign Relations*, S. 33). Die grundsätzliche Orientierung der ghanaischen Außenpolitik wurde durch den Respekt und die Anerkennung, die Nkrumah dem neuen US-Botschafter entgegenbrachte, allerdings nicht beeinflusst. Auch auf amerikanischer Seite führten die besseren Kontakte zwischen dem *Flagstaff House* und der US-Botschaft nicht zu einer Neuorientierung. Der liberale Anwalt Mahoney bemühte sich zwar um ein größeres Verständnis für die Entwicklungen in Ghana, seine Interpretation der ghanaischen Politik unterschied sich jedoch nur unwesentlich von der seines Vorgängers.

wurden.<sup>592</sup> Zu einem ernsthaften Eklat zwischen Nkrumah und den USA kam es im Winter 1963 – wenige Monate nach einem schweren Attentat auf den ghanaischen Präsidenten in Kulungugu, einem kleinen Ort in der Nähe der togolesischen Grenze, im August 1962. Bei dem Bombenanschlag wurden sowohl Nkrumah als auch mehrere Zivilisten, größtenteils Schulkinder, verletzt. Vier Personen starben, unter ihnen auch das Schulmädchen, das dem Präsidenten unmittelbar vor dem Anschlag Blumen überreicht hatte. Die Attentäter flohen laut den Berichten von Augenzeugen in Richtung Togo.<sup>593</sup> Die Kontrollen an den Grenzen und die Überwachung des Flugverkehrs zwischen Togo und Ghana wurden daraufhin verschärft. Im Januar 1963 geriet der amerikanische *Regional Medical Officer* Dr. Carl C. Nydell ins Visier des ghanaischen Sicherheitsdienstes. Nydell wurde dabei beobachtet, wie er am Flughafen von Accra mit einem Waffenkurier der Exilghanaer sprach. Nachdem beide das Flugzeug in Richtung Togo betreten hatten, nahmen die Sicherheitsbeamten den Waffenkurier fest. Mit Hinweisen auf seine diplomatische Immunität konnte Nydell verhindern, dass er ebenfalls verhaftet wurde. Neben seinem Sitz wurde nach Angaben der ghanaischen Regierung später eine Tasche mit Waffen gefunden.

---

<sup>592</sup> Nkrumah befürchtete bereits nach dem Putschversuch Gbedemahs, dass sich die CIA auf der Seite seiner Gegner engagierte. Aufgrund der laufenden Voltaverhandlungen sah die ghanaische Regierung jedoch von konkreten Anschuldigungen ab, zumal Nkrumah davon ausging, dass die CIA ohne Billigung Kennedys gehandelt hatte. In den öffentlichen Stellungnahmen über die Ereignisse sprach die ghanaische Regierung daher lediglich von den Aktivitäten einiger „governmental agencies which have become so powerful their activities may be hidden even from officials who are supposed to control them” (zit. in Telegram From the Embassy in Ghana (Russell) to the Department of State, 10.12.1961, NSF, Ghana, Box 99, JFKL). Innerhalb der ghanaischen Regierung gab es zudem Vermutungen, dass auch der britische Geheimdienst Gbedemah unterstützt hatte. Durch die Veröffentlichung des Enthüllungsbuchs des ehemaligen CIA-Agenten Andrew Tully im November 1962, das über die Rolle des US-Geheimdienstes bei den politischen Umstürzen im Kongo, in Guatemala, Jordanien und im Iran berichtete, fühlte sich Nkrumah in seinem Misstrauen gegenüber dem amerikanischen Geheimdienst bestätigt (siehe Andrew Tully, *CIA: The Inside Story*. New York 1962). Zu Nkrumahs Reaktionen auf das Erscheinen des Buches siehe Bing, *Reap the Whirlwind*, S. 430ff. In einem Brief an Chad F. Calhoun vom Februar 1964 betonte Nkrumah: „As long as the United States Government permits the CIA to run riot in Africa in this way (...) [it is difficult] to see the American commitment to ideals like the promotion of mutual understanding and the establishment of world peace.” (Letter From President Nkrumah to Chad F. Calhoun, 15.2.1964, in: EFK, Collec. Number BANC MSS 85/61/c, Foreign Files, 1953-1981, Box 321, BAN).

<sup>593</sup> Nkrumah wurde nur relativ leicht durch umherfliegende Bombensplitter verletzt, er erlitt jedoch einen schweren Schock (siehe den Bericht von Chad F. Calhoun in Memorandum From Chad F. Calhoun to Edgar F. Kaiser and Ralph Dungan (White House), Subject: Ghana Trip, 24.9.1962, in: NSF, Brubeck Series, Box 384, JFKL). Aus Furcht vor weiteren Übergriffen mied Nkrumah in den folgenden Monaten den Kontakt mit der Öffentlichkeit.

Am 17. Januar 1963 forderte die Führung in Accra die US-Regierung auf, Nydell abzuziehen, da sich dieser an 'staatsfeindlichen Aktivitäten' beteiligt habe.<sup>594</sup> Das amerikanische Außenministerium weigerte sich allerdings, der Aufforderung der ghanaischen Regierung nachzukommen. Nach Ansicht des *State Department* würde eine Abreise Nydells wie ein Schuldeingeständnis aussehen und der Sowjetunion ein neues Motiv für ihre antiamerikanischen Propagandakampagnen bieten. Auch US-Botschafter Mahoney warnte: „[This situation] is loaded with real propaganda dynamite (...). [The Soviets can be counted on to] make every effort to exploit [this] worldwide if given a chance.“<sup>595</sup> Außenminister Rusk hoffte, die ghanaische Regierung durch die Drohung, die Voltahilfe abubrechen, zu einer Rücknahme der Vorwürfe gegen den *Regional Medical Officer* zu bringen. Edgar F. Kaiser reiste im Auftrag des *State Department* nach Ghana, um Nkrumah von dem Ernst der Lage zu überzeugen. Nach seinem Gespräch mit dem ghanaischen Präsidenten meldete er: „We rocked the hell out of him (...).“<sup>596</sup> Obwohl Nkrumah von der Schuld Nydells überzeugt war, lenkte er schließlich ein, um die Zukunft des Voltaprojekts nicht zu gefährden.

Kaisers Hinweise auf eine mögliche Einstellung der Voltazahlungen waren jedoch in erster Linie leere Drohungen. Da die ghanaische Regierung allen rechtlichen Verpflichtungen nachkam, gab es nach Ansicht der Rechtsexperten im *State Department* keine legalen Möglichkeiten, die Voltaverträge aufzulösen.<sup>597</sup>

---

<sup>594</sup> Siehe Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 11.+17.+21.1.1963, in: NSF, Ghana, Box 100, ebd.; Letter From President Nkrumah to President Kennedy, 23.1.1963, in: POF, Ghana, Box 117a, ebd.

<sup>595</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 31.1.1963, in: NSF, Ghana, Box 100, ebd. Siehe auch Telegram From Secretary of State Rusk to the Embassy in Ghana, 17.1.1963, in: RG 59, Central Files, 611.45j/1-1763, NA.

<sup>596</sup> Zit. in Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 19.1.1963, in: NSF, Ghana, Box 100, JFKL.

<sup>597</sup> Siehe Memorandum From the Legal Adviser of the Department of State (Chayes), Subject: United States Withdrawal from the Volta River Project Under Various Hypotheses, 23.3.1964, in: NSF, Ghana, Box 89, LBJL; Memorandum From the Assistant Administrator for Africa of the Agency of International Development (Hutchinson), Subject: Basis for Suspension of A.I.D. Obligation toward Volta River Project, 11.2.1964, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 67D26, Box 66, NA. Auch die Interessen der VALCO sprachen aus Sicht der US-Regierung gegen eine Einstellung der Voltahilfe (siehe Memorandum From William H. Brubeck of the National Security Council Staff to President Johnson, 15.4.1964, in: NSF, Ghana, Box 89, LBJL). Zu Nkrumahs Reaktionen auf die Nydell-Affäre siehe Letter From President Nkrumah to President Kennedy, 31.1.1963, in: POF, Ghana, Box 117a, JFKL; Letter From President Nkrumah to Chad F. Calhoun, 31.1.1963, in: NSF, Ghana, Box 100, ebd.; Letter From President Nkrumah to Chad F. Calhoun, 15.2.1964, in: EFK, Collec. Number BANC MSS 85/61/c, Foreign Files, 1953-1981, Box 321, BAN.

Der Tod John F. Kennedys am 22. November 1963, von dessen persönlicher Integrität und Interesse für afrikanische Fragen Nkrumah bis zum Schluss überzeugt gewesen war, verstärkte die Angst des ghanaischen Präsidenten vor Übergriffen durch die CIA. Nkrumah ging davon aus, dass der US-Geheimdienst die Ermordung Kennedys unterstützt hatte, um den einflussreichsten Gegner ihrer subversiven Aktivitäten aus dem Weißen Haus zu entfernen.<sup>598</sup> Meldungen über die Auftritte seiner Gegner vor dem US-Senat sowie die Ernennung des erzkonservativen Senators Barry Goldwater aus Arizona zum Präsidentschaftskandidaten der Republikaner nahmen Nkrumah weiter gegen die Entscheidungsträger in den USA ein.<sup>599</sup> Hinzu kam die negative Darstellung der ghanaischen Politik in den US-Medien. Nkrumah reagierte empört auf die Abklassifizierung seiner panafrikanischen Vision als 'wirre Idee' eines 'größenwahnsinnigen Diktators' oder die Gleichsetzung seiner Herrschaft mit dem Apartheidsregime in Südafrika.<sup>600</sup> Die offizielle Einführung des Einparteiensystems im Januar 1964 wurde von der US-Presse durchweg kritisch kommentiert. Die *New York Times* beispielsweise sprach von einem „dizzy ride into a totalitarianism of the left“.<sup>601</sup>

Die Furcht vor einem Attentat durch die CIA und die Verbitterung über die Kritik der US-Presse führten dazu, dass Nkrumah den Vertretern des Ostblocks zunehmend mehr Vertrauen entgegenbrachte als der politischen Führung in Washington. Mitarbeiter der ghanaischen Regierung berichteten:

„[Nkrumah thinks that the] over-all political posture [of the Soviet Union] in the U.N. and elsewhere [is] (...) more in accord with African aspirations. In Nkrumah's view, the Soviet Bloc cannot be opposed to

---

<sup>598</sup> Siehe u.a. William P. Mahoney, „Nkrumah in Retrospect“, in: *Review of Politics* 30 (1968), S. 246-250.

<sup>599</sup> Neben Busia, dessen Aussage am 14.7.1963 veröffentlicht wurde, lud Dodd sowohl im August 1962 als auch im Januar 1964 die ghanaischen Studenten K. A. Akwawuah und W. K. Biddier, die als entschiedene Gegner Nkrumahs bekannt waren, vor seinen Senatsausschuss. Informationen über die Aussagen der beiden Studenten finden sich in Aluko, *Ghana and Nigeria*, S. 192; Thompson, *Ghana's Foreign Policy*, S. 301. Zu Nkrumahs Reaktionen auf die Ernennung von Barry Goldwater siehe Telegram From the Embassy in Ghana (Troxel) to the Department of State, 30.7.1964, in: NSF, Ghana, Box 89, LBJL.

<sup>600</sup> Typisch für die amerikanische Berichterstattung über die Vorgänge in Ghana waren seit Herbst 1960 Artikel mit Schlagzeilen wie „Nkrumah Brands All Of Ghana With The Stamp Of His Authority“ (*The New York Times*, 17.10.1960, S. 2) oder „Ghana Ruler Fast Creeping Into the Communist Camp“ (*Oakland Tribune*, 19.12.1960, in: EFK, Collec. Number BANC MSS 85/61/c, Foreign Files, 1953-1981, Box 312, BAN).

<sup>601</sup> *The New York Times*, 18.1.1964, ebd., Box 320. Informationen über die Einführung des Einparteiensystems in Ghana bieten Howell, Rajasooria, *Ghana and Nkrumah*, S. 108 und Davidson, *Black Star*, S. 193.

him at least in the short run, because of the similarity in policies with respect to Angola, South West Africa etc.<sup>602</sup>

Diese Überzeugung Nkrumahs zeigte sich deutlich in seiner Entscheidung von 1964, die Ausbildung seiner persönlichen Leibwache sowjetischen Sicherheitsexperten zu übertragen. Großbritannien blieb allerdings auch weiterhin für die Ausbildung der regulären Streitkräfte zuständig.

## **3.2. Die USA und die ghanaischen Medien**

### **3.2.1. Die ghanaische Berichterstattung über die Politik der USA**

Nach der ausbleibenden Neuorientierung der ghanaischen Politik durch die Bewilligung der Voltahilfe galt Nkrumah unter US-Beobachtern als einer der größten Störenfriede Afrikas. Er wurde wiederholt zum gefährlichsten Politiker in der Gruppe der radikalen afrikanischen Staatsführer erklärt. US-Diplomaten stimmten überein: „[T]here is no meaningful distinction, in terms of achieving our interests, between Nkrumah’s radicalism and Communism. He [sic] (...) [is] for all practical purposes a Communist satellite.“<sup>603</sup>

Zu einem besonderen Problem entwickelten sich aus amerikanischer Sicht die ‘Aufklärungskampagnen’ der ghanaischen Regierungsmedien, die sich nach 1962 immer mehr gegen die USA richteten. Noch 1961 war die US-Regierung in der Presse lediglich als ein Teil des westlichen Lagers angegriffen worden. Die Journalisten der ghanaischen Zeitungen hofften – wie viele andere politisch interessierte Afrikaner – anfangs auf eine neue und dynamischere Afrikapolitik der USA durch den Amtsantritt John F. Kennedys. Der Vertrauensvorschuss für

---

<sup>602</sup> Memorandum of Conversation Between the Staff Assistant of the Bureau of African Affairs David B. Bolen and the Executive Secretary of the Ghanaian National Planning Commission J. H. Mensah, Subject: Basic Views and Attitudes of Ghanaian President Kwame Nkrumah, 5.6.1963, in: NSF, Ghana, Box 101, JFKL.

<sup>603</sup> Minutes of Meeting on African Radicalism, Chiefs of Mission Conference, Lagos, May 27 to 31, 1965, 29.5.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Director’s Files, 1966, Lot 69D328, Box 1, NA.

die neue Administration war jedoch schnell verbraucht. Die anfänglichen Hoffnungen wichen einer zunehmenden Wut über das Engagement der US-Regierung auf der Seite umstrittener Politiker wie Adoula oder Tshombe. Auch die amerikanische Zusammenarbeit mit Südafrika und die Berichte über US-Waffenlieferungen an Portugal, die gegen die Bevölkerung in Angola eingesetzt wurden, wurden negativ zur Kenntnis genommen.<sup>604</sup> Viele Afrikaner schrieben den USA wegen ihrer internationalen Machtposition eine besondere Verantwortung zur Beendigung der portugiesischen Verbrechen in Angola oder der Apartheid in Südafrika zu und waren enttäuscht von der tatsächlichen US-Politik, die den afrikanischen Interessen oft diametral entgegenstand.<sup>605</sup> Die UNO-Mitgliedschaft der neuen afrikanischen Staaten gab afrikanischen Politikern einen besseren Einblick in das Abstimmungsverhalten der USA. Die amerikanische Blockadepolitik gegenüber antikolonialistischen und antirassistischen Resolutionen löste scharfe Kritik unter afrikanischen Beobachtern aus.<sup>606</sup> Die wachsenden Verbindungen zwischen Afrika und den USA durch den Ausbau der bilateralen Beziehungen rückten auch die Probleme der afroamerikanischen Bevölkerung verstärkt in das Bewusstsein der afrikanischen Öffentlichkeit. Afrikanische Diplomaten wurden immer wieder Opfer von rassistischer Ausgrenzung, gewaltsamen Übergriffen und Anfeindungen. Auf der Reiseroute zwischen Washington D.C. und dem Sitz der UNO in New York kam es wiederholt zu Zwischenfällen. In Restaurants,

---

<sup>604</sup> Die amerikanischen Waffenlieferungen an Portugal erfolgten im Rahmen der NATO-Vereinbarungen und sollten laut offiziellen Bestimmungen nur zur Verteidigung des NATO-Gebietes eingesetzt werden. Die Regierung Salazar hielt sich jedoch nicht an diese Vereinbarungen (siehe Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 101ff.). Zur Kongopolitik der Kennedy-Administration nach 1961 siehe Mollin, *Die USA und der Kolonialismus*, S. 459ff.; Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 68ff. Die USA stellten sich zunächst gegen ein militärisches Vorgehen der UNO im Kongo und gaben Tshombe so die Möglichkeit, seine Position in Katanga zu halten bzw. weiter auszubauen. Erst im Dezember 1962, als alles darauf hindeutete, dass Adoulas politisches Überleben von der Wiedereingliederung Katangas in das kongolesische Staatsgebiet abhing, gaben die Mitglieder der Kennedy-Administration ihren Widerstand gegen eine militärische Operation auf. Ende Dezember kam es zu mehreren Kämpfen zwischen den Katanga-Gendarmen und den Soldaten der UNO. Am 14. Januar 1963 kapitulierte Tshombe und ging nach Spanien, wo ihm Francisco Franco Asyl anbot.

<sup>605</sup> Siehe u.a. die Ergebnisse einer Meinungsumfrage der USIA in Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: The Role and Trend of Public Opinion in Africa, 1961, 16.2.1962, in: RG 306, Office of Research, 'R' Reports, 1960-1963, Box 13, NA.

<sup>606</sup> So stimmten die USA beispielsweise im Dezember 1962 in der UNO-Generalversammlung gegen zwei Resolutionen, die das portugiesische Vorgehen in Angola verurteilten, um die Verhandlungen über die Verlängerung der Azoren-Verträge nicht zu gefährden (siehe Kapitel 1.4). Auch bei den Abstimmungen über Maßnahmen gegen die Apartheid in Südafrika stellten sich die amerikanischen UNO-Diplomaten gegen alle Resolutionen, die über einen rein symbolischen

Geschäften und Strandbädern wurden die offiziellen Repräsentanten der neuen Staaten mit Rufen wie „No Negroes here“ empfangen. Afrikanische Austauschstudenten sahen sich mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Vorfälle in Städten wie Boston oder New York widerlegten die US-Auslandspropaganda, die sich bemühte, rassistische Ausgrenzungen als ein Problem darzustellen, das lediglich den Süden der Vereinigten Staaten betraf.<sup>607</sup> Berichte über den Widerstand weißer Amerikaner gegen die Aufhebung der Rassentrennung trugen zur Verschlechterung des Amerikabildes von afrikanischen Politikern und Intellektuellen bei. Pressefotos von dem gewaltsamen Vorgehen weißer Polizisten gegen afroamerikanische Demonstranten erinnerten an ähnliche Bilder aus Südafrika. Viele afrikanische Beobachter zogen Parallelen zwischen der Diskriminierung der Afroamerikaner und dem mangelnden Interesse der US-Regierung an einer Unterstützung der afrikanischen Bevölkerung in den abhängigen Gebieten.<sup>608</sup>

Die USA wurden zum ‘Lieblingsfeind’ der Journalisten in Ghana. Positive Berichte über die amerikanische Beteiligung am Voltaprojekt blieben aus. Die Journalisten erinnerten vielmehr an die mit den Krediten verbundene Zinslast für die ghanaische Regierung, um die US-Voltahilfe auf eine Ebene mit anderen amerikanischen Manövern zur ‘Ausbeutung’ der Menschen in der ‘Dritten Welt’ zu stellen. Pressekommentare verwiesen auf die US-„plundering policy in Latin America“ als Beweis für das ‘rücksichtslose’ Auftreten der USA gegenüber den ärmeren Regionen der Welt. Die von Kennedy initiierte „Allianz für den Fortschritt“ wurde als Manöver „of American monopolies to retain Latin America

---

Charakter hinausgingen (siehe dazu Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 128ff.; Borstelmann, *The Cold War and the Color Line*, S. 153ff., 200ff.; Noer, *New Frontiers and Old Priorities*, S. 274ff.).

<sup>607</sup> Einige afrikanische Diplomaten bezeichneten die USA sogar als „most difficult post“ und verlangten eine Verlegung des UNO-Hauptquartiers in ein weniger gefährliches Land (zit. in Memorandum From the Executive Secretary of the Department of State (Battle) to Frederick G. Dutton of the White House Staff, 29.9.1961, in: NSF, Africa, Box 2, JFKL). Siehe dazu auch Calvin B. Holder, „Racism toward Black African Diplomats during the Kennedy-Administration“, in: *Journal of Black Studies* 14 (1983), S. 31-48; Dudziak, *Cold War Civil Rights*, S. 153.

<sup>608</sup> Studien des *Office of Research and Analysis* bestätigten, dass viele Afrikaner in den Problemen der afroamerikanischen Bevölkerung ein Zeichen für eine generell negative Einstellung vieler weißer Amerikaner gegenüber Menschen schwarzer Hautfarbe sahen (siehe Memorandum From the Office of Research and Analysis, Subject: The Role and Trend of Public Opinion in Africa, 1961, 16.2.1962, in: RG 306, Office of Research, ‘R’ Reports, 1960-1963, Box 13, NA). Zur Entwicklung der Bürgerrechtssituation in den USA nach 1961 siehe Finzsch, Horton, *Von Benin nach Baltimore*, S. 483ff.; Sitkoff, *The Struggle For Black Equality*, S. 88ff.

as USA's supplier of raw materials“ abgetan.<sup>609</sup> Einige Artikel warnten sogar vor Plänen der amerikanischen Regierung, „to enslave the world's people“. Die amerikanische Gesellschaft wurde wiederholt als „fundamentally immoral“ beschrieben.<sup>610</sup> Hinweise auf 'neokolonialistische Motive' fehlten in keiner Beschreibung der amerikanischen Kongopolitik. Die *Ghanaian Times* sprach von „calculated plan[s] to seize the Congo for neo-colonialist ends“ und verlangte ein Einschreiten der UNO gegen das amerikanische Engagement auf der Seite Adoulas und Tshombes.<sup>611</sup> Ähnlich kritisch wurde die amerikanische Atompolitik kommentiert. Anlässlich der Wiederaufnahme der amerikanischen Atomtests im Sommer 1962 titelte die *Evening News*: „Stop this Crime Against Humanity!“. Die Journalisten bezeichneten die neuen Tests als einen Beweis für den starken Einfluss einer „mad gang of warmongers [and] (...) trigger-happy cow-boy marauders“ innerhalb der US-Regierung.<sup>612</sup>

Die Situation der afroamerikanischen Bevölkerung wurde ebenfalls regelmäßig thematisiert. Die Zeitungen brachten mehrmals im Monat Schlagzeilen wie „U.S. Police Beat Up Afro-Americans with Electric Sticks“, „US Racists Kill Afro-American“ oder „US Racist Bomb Afro-American Home“. Die Ermordung von Malcolm X im Februar 1965 wurde als „another vicious blow of U.S. imperialism on humanity“ bezeichnet. Die Journalisten sprachen sich für die Entsendung eines „civilizing peace corps“ aus, um der Gewalt in den USA Einhalt zu gebieten. Den US-Kongress kritisierten sie wegen seiner 'Verschleppungspolitik' gegenüber der Einführung einer neuen Bürgerrechtsgesetzgebung als Instrument einer „unholy

---

<sup>609</sup> *The Spark*, 17.4.1964, zit. in Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 18.4.1964, in: NSF, Ghana, Box 89, LBJL. Zur Kritik der Journalisten an der Voltahilfe siehe beispielsweise „We'll Pay U.S. Double on Volta Loan“, *The Ghanaian Times*, 13.2.1964, zit. in Telegram From the Embassy in Ghana (Troxel) to the Department of State, 13.2.1964, ebd.

<sup>610</sup> *The Spark*, zit. in Memorandum From the Research and Reference Service, Subject: The Ghanaian Propaganda Campaign against the U.S. – Motives and Implications, 12.8.1963, in: RG 306, Office of Research, 'R' Reports, 1960-1963, Box 17, NA; *The Ghanaian Times*, 29.2.1965, zit. in Telegram From USIS Accra (Peterson) to USIA Washington, Subject: Report for February, 18.3.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 67D26, Box 66, ebd.

<sup>611</sup> Zit. in Memorandum From the Director of the United States Information Agency (Rowan) to President Johnson, Subject: Daily Reaction Report, 14.8.1964, in: NSF, Agency File, USIA, Box 73, LBJL.

<sup>612</sup> *Evening News*, 12.7.1962, zit. in Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 12.7.1962, in: NSF, Ghana, Box 100, JFKL.

alliance of northern big business and southern agrarian interests who wish to keep Negroes as reservoir of cheap labour“.<sup>613</sup>

Viele Pressekampagnen richteten sich gegen die CIA. Die Journalisten bezichtigten den US-Geheimdienst wiederholt einer Mitschuld an den Attentaten auf Nkrumah. Die *Ghanaian Times* alarmierte ihre Leser, dass jeder Amerikaner in Ghana ein CIA-Agent sein könnte: „When we meet an American Ambassador at a party, a professor in his classroom, an engineer on his job, a missionary in the field or a newspaper correspondent, we must ask ourselves, is he a member of the CIA?“. Die *Spark* brachte eine ganze Artikel-Serie zum Thema „The Secret War of the CIA – The Killer at your door“. Die Warnungen der Journalisten bezogen sich auch auf das *Peace Corps*, das ihren Darstellungen zufolge von der CIA genutzt wurde, um in Kontakt mit der Bevölkerung zu treten.<sup>614</sup> Am 4. Februar 1964 organisierten Journalisten eine Demonstration vor der US-Botschaft in Accra. Der Grund für diese Aktion waren Gerüchte über einen bevorstehenden Militärputsch in Ghana, die nach Ansicht der Journalisten von den CIA-Agenten in Umlauf gebracht worden waren.<sup>615</sup> Nach amerikanischen Einschätzungen

---

<sup>613</sup> *The Ghanaian Times*, 2.9.1963, S. 3; ebd., 6.9.1963, S. 2; ebd., 9.9.1963, S. 7; *Daily Graphic*, zit. in Memorandum From the Director of the United States Information Agency (Rowan) to President Johnson, Subject: Daily Reaction Report, 24.2.1965, in: NSF, Agency File, USIA, Box 74, LBJL; *The Ghanaian Times*, 30.5.1963, S. 2; *Evening News*, 2.4.1964, zit. in Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 3.4.1964, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 15-1 Ghana, NA.

<sup>614</sup> *The Ghanaian Times*, 26.11.1962, S. 6; *The Spark*, 15.3.1963, zit. in Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 15.3.1963, in: NSF, Ghana, Box 100/101, JFKL. Zu den Anschuldigungen gegen die CIA siehe u.a. auch die Ausführungen in der *Ghanaian Times* vom 7.1.1963, S. 2: „The United States openly encouraged Cuban refugees to use its territory for preparations for armed intervention against their own country. (...) [T]he American Intelligence Agency, CIA, was involved. Is it possible that the CIA has imbued the Government of Togo with the same contempt for the laws of civilised conduct between nations?“. Zu den Verdächtigungen gegen die *Peace Corps Volunteers* siehe u.a. *The Ghanaian Times*, 19.11.1962, S. 4. Die ghanaische Regierung, die sich zur selben Zeit um die Entsendung weiterer PCVs bemühte, distanzierte sich umgehend von diesen Artikeln. Für die Realisierung der von Nkrumah angestrebten Durchsetzung einer freien Schulbildung für alle ghanaischen Kinder war Ghana auf die Unterstützung ausländischer Lehrer angewiesen. Nkrumah hatte daher großes Interesse an der Arbeit der PCVs, die seit August 1961 in Ghana waren. Er bemühte sich allerdings, den Einfluss der PCVs auf das Selbstverständnis und Geschichtsbild der jungen Ghanaer zu begrenzen, indem sie in erster Linie naturwissenschaftliche Fächer, aber nicht Geschichte oder Literatur unterrichten sollten (siehe dazu Cobbs Hoffman, *All You Need is Love*, S. 148ff.). Laut Cobbs Hoffman und Leimgruber waren die Vorwürfe, dass die CIA das *Peace Corps* als Tarnung für ihre Aktivitäten nutzte, keineswegs völlig aus der Luft gegriffen (siehe Cobbs Hoffman, ebd., S. 93ff.; Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 347f.).

<sup>615</sup> Nach Aussagen des ghanaischen Botschafters in Washington, Miguel Riberio, wurde die aufgebrachte Stimmung unter den Journalisten durch Informationen verstärkt, dass der Korrespondent der *New York Times*, Lloyd Garrison, offizielle Botschaftskanäle benutzt, um seine kritischen Berichte über die Einführung des Einparteiensystems in Ghana seiner Redaktion in New York zu schicken (siehe Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 23 Ghana, NA).

nahmen um die 1.000 Personen an der Demonstration teil, unter anderem auch Mitglieder der Regierung wie Informationsminister A. E. Inkumsah und Landwirtschaftsminister Krobo Edusei. Die Demonstranten trugen Plakate mit Aufschriften wie „Meddle-some Uncle Sam, Stop Your Wicked Lies“ oder „Down with Diplomatic Recklessness and CIA Hooliganism“.<sup>616</sup> Einige von ihnen stürmten das Gelände der US-Botschaft und versuchten, die amerikanische Flagge einzuholen. Thomas D. Baffoe, der Herausgeber der *Ghanaian Times*, stand auf einem Lautsprecherwagen der CPP und heizte die Stimmung weiter auf. Die *Ghanaian Times* kommentierte die Ereignisse am folgenden Tag mit den Worten:

„The history of Yankee foreign policy and diplomacy has been a long story of murder and assassination, of gun-running and coups d’etats, of sabotage and subversion on a scale beyond the comprehension of decent mankind. Killing is their business and America’s foreign policy makers have been doped with the blood of the countless millions done to death at their instigation and with their dollars and guns. (...) The dopes and drunks who run the (...) CIA are after the blood of Osagyefo Dr. Kwame Nkrumah because he is the biggest thorn in their neo-colonialist ambitions, because he is forging a path of socialism which will carry all of Africa against the shaky fabrics of capitalism.“<sup>617</sup>

Das ghanaische Außenministerium entschuldigte sich wenige Tage später offiziell für den Vorfall. Thomas D. Baffoe verlor seinen Posten als Herausgeber der *Ghanaian Times*.<sup>618</sup>

---

<sup>616</sup> Siehe die Fotos in *The Ghanaian Times*, 5.2.1964, S.1 und den Bericht Mahoneys in Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 4.2.1964, in: NSF, Ghana, Box 89, LBJL.

<sup>617</sup> *The Ghanaian Times*, 5.2.1964, S. 1, 12.

<sup>618</sup> Siehe Telegram From the Embassy in Ghana (Troxel) to the Department of State, 7.2.1964, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 23 Ghana, NA; Letter From R. E. Knight to Edgar F. Kaiser, 7.7.1964, in: EFK, Collec. Number BANC MSS 85/61/c, Foreign Files, 1953-1981, Box 312, BAN.

### 3.2.2. Die Reaktionen der US-Regierung auf die Angriffe in den ghanaischen Medien

US-Politiker und Diplomaten sprachen anlässlich der Pressekampagnen verärgert von Antiamerikanismus, von „ill-treatment“, „malicious“ oder „unwarranted attacks, (...) [which] wilfully misrepresent the motives and actions of a friendly nation“. Mahoney erklärte, „the constant questioning of USG motives [is] (...) intolerable“ und bezeichnete die Presse als „major platform for Soviet Propaganda“. Gegenüber Nkrumah betonte er, „[that] no neutral observer could read Ghana press and conclude Ghana is non-aligned (...)“.<sup>619</sup> Die Presseattacken wurden als ungerechtfertigte Provokationen bezeichnet, die nicht hingenommen werden könnten, ohne die Glaubwürdigkeit der USA zu beschädigen. Die Analyseabteilungen der USIA warnten vor den Auswirkungen der Kampagnen auf die öffentliche Meinung in Afrika und wiesen darauf hin, dass sowjetische Propagandamedien die ghanaischen Artikel zitierten.<sup>620</sup> Die amerikanische Öffentlichkeit reagierte ebenfalls scharf auf die Vorwürfe der ghanaischen Journalisten und die Demonstration vor der US-Botschaft. Konservative Zeitungen wie *U.S. News and World Report* wetterten: „From U.S. to Ghana: Millions. (...) From Ghana to U.S.: Insults.“ Viele Mitglieder im US-Kongress nutzten die ‘antiamerikanischen Ausfälle’ in Ghana, um die Entwicklungspolitik der Regierung erneut zu kritisieren. McGeorge Bundy warnte: „We have to look at the whole aid program if the thing doesn’t cool down very fast.“<sup>621</sup>

Die meisten amerikanischen Beobachter weigerten sich, eine Verbindung zwischen der US-Politik und den Vorwürfen in den ghanaischen Medien zu sehen.

---

<sup>619</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Troxel) to the Department of State, 13.11.1965, in: NSF, Ghana, Box 89, LBLJ; Paper Prepared in the Department of State, Subject: Sino-Soviet Efforts in Ghana, updated February 1965, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 2-2 Ghana, NA; Telegram From the Department of State (Ball) to the Embassy in Ghana, 7.8.1962, in: NSF, Ghana, Box 100, JFKL; Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 1.2.1963, in: NSF, Ghana, Box 100, ebd.; Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 12.9.1962, ebd.

<sup>620</sup> Siehe Memorandum From the Research and Reference Service, Subject: The Ghanaian Propaganda Campaign against the U.S. – Motives and Implications, 12.8.1963, in: RG 306, Office of Research, ‘R’ Reports, 1960-1963, Box 17, NA

<sup>621</sup> „From U.S. to Ghana: Millions. (...) From Ghana to U.S.: Insults“, *U.S. News and World Report*, 24.2.1964, S. 40; McGeorge Bundy, 5.2.1964, in: White House Files, Tapes Citation Number 1895, Tape WH 6402.06, Program Nr. 3., LBJL. Berichte über die Reaktionen im US-Kongress finden sich in Telegram From the Under Secretary of State (Ball) to the Embassy in Ghana, 9.7.1964, in: NSF, Ghana, Box 89, ebd.; Memorandum of Conversation between Secretary of State Rusk and the British Secretary of State for Foreign Affairs Richard A. Butler, 12.2.1964, in: NSF, United Kingdom, Box 213, ebd.

Hinweise auf 'kommunistische Einflüsse' unter den Journalisten galten als ausreichende Erklärung für die 'antiamerikanischen Ausfälle'. US-Diplomaten in Accra erinnerten zudem daran, dass sich die USA als stärkste Macht im westlichen Bündnis nahezu automatisch als „handy whipping boy“ für alle Probleme in der 'Dritten Welt' anbot: „[W]ho qualifies better [as a scapegoat for Ghana's internal difficulties] than the US with our generosity, our moderation on burning African questions, and our implicit denial of certain radical Ghanaian notions?“<sup>622</sup> Eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Politik unterblieb.

Mahoney sprach im Auftrag des *State Department* regelmäßig bei Nkrumah vor und verlangte, dass der ghanaische Präsident gegen die 'antiamerikanischen Kampagnen' in der Presse vorging. Er drohte wiederholt mit einer Einfrierung der Voltakredite, um seine Forderungen zu unterstreichen. Trotz dieser Warnungen erreichte Mahoney jedoch nie mehr als eine temporäre Einstellung der Pressekritik. Neue Informationen über amerikanische Interventionen im Kongo oder über die mangelnde Unterstützung afroasiatischer Initiativen in der UNO durch US-Diplomaten führten regelmäßig zu einem Wiederaufleben der Presseattacken. Die Versuche Mahoneys, Nkrumah unter Druck zu setzen, führten lediglich zu neuen Ausfällen gegen die USA:

„Try as much as we humanly could in our honest and fearless role as a vigorous non-aligned anti-imperialist Pan-African press, it appears there is nothing that will ever please our American friends except perhaps we prostrated ourselves before them as spineless and corrupt journalistic philistines interpreting non-alignment as a compromise with imperialist blood-suckers and neo-colonialist hyenas. (...) We shall be failing in our duty to Ghana and Africa if we failed to point out quite frankly to our friend Mahoney that we are extremely disgusted by the numerous attempts to interfere not only with the internal affairs of this country, but also with the freedom of the press in Ghana.“<sup>623</sup>

---

<sup>622</sup> Memorandum From the Director of the Office of West African Affairs (Trimble) to the Assistant Secretary of State for African Affairs (Williams), Subject: Proposed Action Program for Ghana, 11.2.1964, in: FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, S. 413ff., S. 413; Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, Subject: Ambassador's Year-End Assessment, 10.1.1963, in: RG 59, Central Files, 754j00/1-1063, NA.

<sup>623</sup> *The Evening News*, 20.11.1962, S. 2. Einen guten Einblick in die Diskussionen zwischen Mahoney und Nkrumah bietet Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 9.5.1963, in: NSF, Ghana, Box 100/101, JFKL.

Edgar F. Kaiser reiste im Auftrag des *State Department* gemeinsam mit Chad F. Calhoun noch mehrmals nach Ghana und bemühte sich erfolglos, Druck auf Nkrumah auszuüben. Auch ein Besuch des *Under Secretary of State for Political Affairs* W. Averell Harriman im März 1964 brachte keine Änderungen.<sup>624</sup>

Die Mitarbeiter des *State Department* waren immer mehr davon überzeugt, dass ein Sturz Nkrumahs die einzige Möglichkeit für eine Verbesserung der ghanaisch-amerikanischen Beziehungen war. Mahoney betonte:

„Ghana presents us with a disheartening picture (...). I feel there is little we can do to correct or moderate Nkrumah's notions (...). Given Nkrumah's inadequate personality (...) there are few ideas consistent with our own principles and objectives that we can get across to him.” – „[We must realize] that little or nothing can be accomplished by continuing to cultivate Nkrumah's friendship.”<sup>625</sup>

Die Bewilligung der Voltahilfe wurde seit Mitte 1962 als ein Fehler angesehen, der mit den damaligen mangelnden Erfahrungen mit radikalen afrikanischen Staatsführern zusammenhing. Aus Sicht der amerikanischen Entscheidungsträger hatte die Beteiligung am Voltadamm lediglich den Kritikern der demokratischen Regierung im US-Kongress neue Argumente geliefert, aber keine Modifikation der ghanaischen Politik gebracht. Nach Einschätzung des *Bureau of Intelligence and Research* zeigten die Entwicklungen in Ghana, dass wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen keine geeigneten Mittel waren, um die afrikanischen Radikalen zu beeinflussen. US-Botschafter Mahoney unterstrich: „[Nkrumah is

---

<sup>624</sup> Informationen über die Ghana-Reise Averell Harrimans im März 1964 finden sich in dem Folder „Harriman Trip, 3/1964”, in: NSF, International Meetings and Travel File, Box 31, LBJL. Zur Zusammenarbeit des *State Department* mit den Mitarbeitern der *Kaiser Corp.* siehe u.a. Telegram From Secretary of State Rusk to the Embassy in Ghana, 24.2.1964, in: NSF, Ghana, Box 89, ebd.; Telegram From the Embassy in Ghana (Troxel) to the Department of State, 24.2.1964, ebd.; Memorandum From the Director of the Office of West African Affairs (Trimble) to the Assistant Secretary of State for African Affairs (Williams), Subject: Proposed Action Program for Ghana, 11.2.1964, in: FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, S. 413ff. Chad F. Calhoun galt wegen seiner guten persönlichen Beziehungen zu Nkrumah als „major US asset” (Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 20.7.1963, in: NSF, Ghana, Box 100/101, JFKL). Calhoun zeigte allerdings ab 1963/64 immer weniger Bereitschaft, als ‘Unterhändler’ der US-Regierung aufzutreten und nahm eine kritischere Haltung gegenüber der amerikanischen Ghanapolitik ein. CIA-Chef McCone warnte daher „against being in any way confidential with Calhoun as Nkrumah has Calhoun charmed (...)” (Memorandum for the Record, Subject: Discussion between the President and the Director of Foreign Intelligence McCone, 26.2.1964, in: FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, S. 422f., S. 423).

<sup>625</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, Subject: Ambassador's Year-End Assessment, 10.1.1964, in: NSF, Ghana, Box 89, LBJL; Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Assistant Secretary of State for African Affairs (Williams), 3.2.1964, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 66D52, Box 65, NA.

convinced, that the] dams, bridges and factories financed abroad are but his just due, thus calling for no gratitude and bringing no influence.”<sup>626</sup>

### **3.3. ‘Tactical Disengagement From The Bad Guys’: Die amerikanische Haltung gegenüber den afrikanischen Radikalen nach 1962**

Die Vorfälle in Ghana beeinträchtigten auch die Haltung der USA gegenüber anderen ‘radikalen’ Staaten in Afrika. Immer weniger Politiker in Washington sprachen sich für eine Weiterführung der unter dem Eindruck der ersten Unabhängigkeitswelle postulierten Umarmungsstrategie (*positive wooing*) aus, die auf eine engere Anbindung der ‘aufsässigen’ Staaten an den Westen durch amerikanische Hilfsangebote setzte. Viele US-Diplomaten betonten ähnlich wie Mahoney,

„[that] [n]o amount of economic aid or reasoning with radicals by US (...) can be expected to have any appreciable effect in modifying views of radicals or deflecting them from their objectives. (...) All that US aid can accomplish, therefore, is (...) [to] obtain from time to time from radicals meaningless verbal reassurances immediately contradicted by actions at every turn (...).”<sup>627</sup>

---

<sup>626</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 11.5.1965, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 15-1 Ghana, ebd. Zur Einschätzung des *Bureau of Intelligence and Research* siehe Paper Prepared in the Bureau of Intelligence and Research (Hughes), Subject: INR Objections to the National Policy Paper Draft (Ghana), 29.12.1964, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 66D52, Box 65, ebd.

<sup>627</sup> Telegram From the Embassy in Senegal (Cook) to the Department of State, 31.12.1964, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL AFR-US, ebd. Siehe auch Minutes of Meeting on African Radicalism, 29.5.1965, Conference of Ambassadors and Principal Officers, Lagos, May 27 to 31, 1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Director’s Files, 1966, Lot 69D328, Box 1, ebd. Die Formulierung ‘*positive wooing*’ stammt von Robert W. Komer aus Memorandum From Robert W. Komer of the National Security Council Staff to the President’s Special Assistant for National Security Affairs (Bundy), 6.10.1964, in: NSF, Files of Robert W. Komer, Box 6, LBJL. Die Forderung nach einem „Tactical Disengagement from the Bad Guys” findet sich in Memorandum From Robert W. Komer of the National Security Council Staff to President Johnson, 19.6.1965, in: FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, S. 306f., S. 307.

Eine Reihe von Entwicklungen, die in keinem direkten Bezug zu den bilateralen amerikanisch-ghanaischen Beziehungen standen, trug zu der härteren Haltung Washingtons gegenüber den afrikanischen Radikalen bei. Seit 1963/64 waren viele US-Politiker überzeugt, dass die Bedeutung des ‘schwarzen Kontinents’ für das Mächteverhältnis im Kalten Krieg überschätzt worden war. Außenpolitische Experten erklärten, dass die Erfahrungen seit 1960 gezeigt hätten, dass die Sowjetunion über keine Mittel verfügte, ihre Herrschaft auf Afrika auszudehnen:

„[I]t rapidly became apparent that Africa’s politically primitive states presented radically new problems for [the Soviet cause]. (...) [Numerous problems] prevent them from creating new nations in their own image and from achieving a position of firm and lasting control. Even in those cases where there is some measure of political sophistication and leftist orientation, with few exceptions the Africans still do not appear amenable to complete control. (...) In these circumstances, the emergence of one – or even a few – African-style ‘satellite’ states is unlikely to give Moscow or Peiping a decisive advantage in Africa.“<sup>628</sup>

Untersuchungen der CIA und Berichte der US-Botschaften wiesen darauf hin, dass die Entwicklungshilfeabkommen und Kontakte im Bereich des Kulturaustausches oder der technischen Zusammenarbeit den Ostblockstaaten nicht zu dauerhaften Einflusspositionen in Afrika verholfen hatten. Stattdessen habe die schlechte Qualität vieler kommunistischer Handelswaren und Probleme bei der Umsetzung kommunistischer Hilfsprogramme wiederholt zu Protesten unter afrikanischen Politikern geführt. Auch die Übergriffe auf afrikanische Austauschstudenten im Ostblock seien mehrfach kritisch kommentiert worden. Robert W. Komer vom Nationalen Sicherheitsrat versicherte Lyndon B. Johnson:

„Our Africanists (...) overstate the risks to us from a degree of Chicom and Soviet influence in certain countries. Our experience to date has been that most African states which have tasted the fruits of Communist support in the first flush of independence have tended to get a stomach ache (...).“<sup>629</sup>

---

<sup>628</sup> Special Memorandum From the Central Intelligence Agency, Subject: Communist Potentials in Tropical Africa, 1.12.1964, in: NSF, Africa, Box 76, LBJL.

<sup>629</sup> Memorandum From Robert W. Komer of the National Security Council Staff to President Johnson, 19.6.1965, in: FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, S. 306f., S. 307. Siehe auch Special Report From the Central Intelligence Agency, Subject: Communist World’s Economic Relations with Africa, 16.4.1965, in: NSF, Africa, Box 76, LBJL; Telegram From the Embassy in the Soviet Union (Toon) to the Department of State, Subject: Frank Exposure of African Problems by Soviet Lecturer, 10.6.1965, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL AFR-USSR, NA.

Die schlechte Qualität der Handelswaren und die wiederholt auftretenden Verzögerungen bei der Auszahlung kommunistischer Kredite galten zudem als ein Beweis, dass Afrika trotz der früheren amerikanischen Befürchtungen keine besondere Rolle in den strategischen Plänen der Sowjetunion einnahm. Die CIA resümierte: „[S]o far as we can judge, Africa probably does not rate a high priority among present Soviet objectives (...).“<sup>630</sup> Nach Ansicht amerikanischer Politiker bestand daher wenig Notwendigkeit, die afrikanischen Radikalen mit Hilfe teurer Hilfsprojekte auf die Seite des Westens zu ziehen.

Auch der Krieg in Vietnam verringerte die amerikanische Toleranzbereitschaft gegenüber den „non-supporting non-aligned countries“ in Afrika. Angesichts der ersten amerikanischen Verluste in Südostasien reagierten US-Politiker und die amerikanische Öffentlichkeit besonders sensibel auf Äußerungen, die die Moral und die Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten in Zweifel zogen. Da die afrikanischen Staaten aufgrund ihrer wirtschaftlichen Schwäche keinen Beitrag zur amerikanischen Kriegsführung in Vietnam leisten konnten, waren US-Diplomaten und Politiker wenig geneigt, kritische Stimmen von Seiten afrikanischer Staatsführer zu tolerieren. Laut einer Umfrage des *State Department* stimmten die meisten US-Diplomaten in Afrika überein,

„[that we must make] it plain to countries which are meddlesome, disruptive or hostile to (...) US interests that we will not turn other cheek or make it easier for them to foment trouble. (...) Corrupt, subversive and trouble making leaders must realize we need Africa less than Africa needs us and that our assistance will go only to those countries that are (...) observing genuine non-alignment.“<sup>631</sup>

Hinzu kam der Tod einiger Amerikaner im Kongo Ende des Jahres 1964, der eine neue afrikafeindliche Stimmung in der amerikanischen Öffentlichkeit auslöste, die ebenfalls zu der verschärften Haltung gegenüber den afrikanischen Radikalen

---

<sup>630</sup> Special Memorandum From the Central Intelligence Agency, Subject: Communist Potentials in Tropical Africa, 1.12.1964, in: NSF, Africa, Box 76, LBJL.

<sup>631</sup> Minutes of Meeting on African Radicalism, Chiefs of Mission Conference, Lagos, May 27 to 31, 1965, 29.5.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Director's Files, 1966, Lot 69D328, Box 1, NA; Telegram From the Embassy in Kenya (Attwood) to the Department of State, 8.5.1965, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL AFR-US, ebd. Siehe auch Memorandum From Ulric Haynes of the National Security Council Staff to Robert W. Komer of the National Security Council Staff, Subject: Replies to 'Soapy's' Depcirtel on 'New Policy for Africa', in: FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, S. 298ff.; Minutes of Meeting on African Attitudes Toward the United States, Conference of Ambassadors and Principal Officers, Lagos, May 27 to 31, 1965, 28.5.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Director's Files, 1966, Lot 69D328, Box 1, NA.

beitrug. Im November 1964 nahmen kongolesische Rebellen in Stanleyville unter der Führung von Lumumbas ehemaligen Innenminister Christoph Gbenye 300 Belgier und Amerikaner – darunter auch das Personal des US-Konsulats – als Geiseln gefangen, um den weiteren Vormarsch der Regierungstruppen auf die Stadt zu stoppen. Die Regierungstruppen unterstanden zu diesem Zeitpunkt Moïse Tshombe, der im Juli 1964 mit belgischer und amerikanischer Unterstützung zum Premierminister des Kongo ernannt worden war. Sein Vorgänger Adoula (s. Teil 5, Kapitel 1.1) hatte 1963/64 aufgrund seines mangelnden Durchsetzungsvermögens gegen die Rebellen im Nordosten und weitere Aufständische in der Provinz Kwilu im Osten des Kongo die Gunst seiner amerikanischen Beschützer verloren. Die USA setzten sich daher für Tshombe ein, der 1964 aus seinem Exil im faschistischen Spanien in den Kongo zurückgekehrt war. Die CIA und *State Department* waren überzeugt, dass Tshombe effektiver als Adoula gegen die Rebellen vorgehen würde, die zu diesem Zeitpunkt bereits ein Drittel des Landes kontrollierten. Ähnlich wie bei den Kämpfen um die Sezession Katangas bediente sich Tshombe auch nach seiner Ernennung zum Premierminister einer weißen Söldnerarmee, um sich gegen seine Gegner durchzusetzen. Die USA stellten Tshombe Waffen und Militärflugzeuge zur Verfügung. Bereits im August 1964 gelangen Tshombe erste wichtige Erfolge gegen die Rebellen. Im November marschierten die Regierungssoldaten und die Söldnertruppen, die mit äußerster Brutalität gegen die kongolesische Zivilbevölkerung vorgingen, in Richtung Stanleyville.<sup>632</sup>

Die Rebellen verlangten einen Abzug der Söldnerarmee und ein Ende der amerikanisch-belgischen Intervention auf der Seite Tshombes und drohten, andernfalls die Geiseln zu exekutieren. Washington und Brüssel lehnten jedoch Verhandlungen mit der Gruppe um Christoph Gbenye ab. Trotz der Vermittlungsbemühungen einiger afrikanischer Staaten entschieden sich die

---

<sup>632</sup> Zu dem brutalen Vorgehen der Söldnerarmee siehe Piero Gleijeses, „'Flee! The White Giants Are Coming!': The United States, the Mercenaries, and the Congo, 1964-65“, in: *Diplomatic History* 18 (1994), S. 207-237. Allein bei der Eroberung der Stadt Kindu ermordeten die Söldner nach eigenen Angaben über 3.000 Menschen. Die Beteiligung der USA an der Machtübernahme Tshombes wurde von vielen afrikanischen Kommentatoren als ein offenes Geheimnis bezeichnet. Die US-Militärhilfe an Tshombe unterstützte diesen Eindruck. Während die Amerikaner in Tshombe einen Garanten für die Durchsetzung stabiler Verhältnisse im Kongo sahen, hielten viele Afrikaner den ehemaligen Gouverneur von Katanga für einen 'blutigen Schlächter' (siehe Memorandum From the Director of the United States Information Agency (Rowan) to President Johnson, Subject: Widespread African Criticism of U.S. Policies in the Congo, 4.9.1964, in: NSF,

Verantwortlichen in den USA und Belgien zu einer militärischen Intervention. Am 24. November 1965 setzten amerikanische Militärflugzeuge mehrere hundert belgische Fallschirmjäger über Stanleyville ab. Die Militärintervention erleichterte den Einmarsch der Regierungstruppen, die wenige Stunden später in der Stadt eintrafen. Bei den Kämpfen starben mehrere tausend Kongolesen und 273 Weiße.<sup>633</sup>

Die belgisch-amerikanische Unterstützung für Tshombe, der von den meisten afrikanischen Staaten nicht als rechtmäßiger Vertreter des Kongos anerkannt wurde, und die Ermordung kongolesischer Zivilisten während der Kampfhandlungen riefen in ganz Afrika wütende Proteste hervor. Afrikanische Politiker erinnerten an die anfänglichen Erfolge der Rebellen, um zu zeigen, dass die Bevölkerung hinter Gbenye und anderen Aufständischen stand. Der von der amerikanischen und belgischen Regierung behauptete humanitäre Charakter der Intervention, die nur darauf ausgerichtet gewesen sei, die europäischen und amerikanischen Geiseln zu retten, wurde offen in Frage gestellt. In der UNO sprachen afrikanische Diplomaten von „genocide, racism (...) [and] inhumanitarianism“ und warfen die Frage auf: „Where is this humanitarianism when the white mercenaries are allowed full license to murder innocent African men, women and children?“. Tageszeitungen aus Tansania, Ghana, Mali oder Algerien forderten ein Ende der amerikanischen Politik „of bullying and intimidating African countries“.<sup>634</sup> Viele afrikanische Kommentatoren vermuteten – nicht zu Unrecht –, dass der Wunsch nach einer Unterstützung der Truppen Tshombes und der Aufrechterhaltung der westlichen Zugriffsmöglichkeiten auf

---

Agency File, USIA, Box 73, LBJL). Zur amerikanischen Militärhilfe an Tshombe siehe Mollin, *Die USA und der Kolonialismus*, S. 465ff.

<sup>633</sup> 27 Geiseln wurden exekutiert, die anderen Europäer und Amerikaner kamen bei den Kampfhandlungen ums Leben. Zur amerikanischen Entscheidung, auf Verhandlungen zugunsten einer militärischen Operation zu verzichten, siehe die Erklärung von Mollin, ebd., S. 466: „Man geht wohl nicht zu weit damit, aus der Tatsache der engen Koordination mit dem Vorgehen der ‘5. Brigade’ auf eine gezielte Unterstützung dieser Soldateska zu schließen, und das Anliegen der Rettung der Geiseln von daher lediglich als willkommenen Vorwand für die Intervention aufzufassen.“ Laut Mollin waren die US-Politiker zudem entschlossen, der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren, dass die USA nicht bereit waren, sich auf Verhandlungen mit Geiselnern einzulassen“ (siehe ebd.).

<sup>634</sup> Aussage des ghanaischen Außenministers Kojo Botsio vor dem UN-Sicherheitsrat am 9.12.1964, zit. in Aluko, *Ghana and Nigeria*, S. 184; kenianischer UNO-Delegierter vor dem UN-Sicherheitsrat, zit. in Borstelmann, *The Cold War and the Color Line*, S. 185; *The Nationalist* (Tanzania), zit. in Memorandum From the Director of the United States Information Agency (Rowan) to President Johnson, Subject: Daily Reaction Report, 17.2.1965, in: NSF, Agency File, USIA, LBJL. Die Empörung auf Seiten afrikanischer Beobachter wurde dadurch gefördert, dass

kongolesische Rohstoffe die Entscheidungen für die Militärintervention wesentlich mitbeeinflusst hatten.

Die meisten Amerikaner reagierten mit Unverständnis und Empörung auf die Vorwürfe afrikanischer Politiker. Durch die in den Tagen vor der Intervention immer wieder hochgespielten Warnungen vor einem Massaker an den weißen Geiseln waren weite Teile der amerikanischen Bevölkerung von der Notwendigkeit und Legitimität der belgisch-amerikanischen Militäration überzeugt. Die US-Medien und die US-Regierung stellten die Rebellen als gefährliche Kriminelle dar, die zu keinen wirklichen Verhandlungen bereit waren. Tshombes Anspruch auf das Premierministeramt wurde nicht in Frage gestellt. Die amerikanische Berichterstattung über die Ereignisse nach der Landung der belgischen Fallschirmjäger unterschied sich wesentlich von der Interpretation der Vorgänge in vielen afrikanischen Zeitungen. Amerikanische Tageszeitungen setzten sich vor allem mit dem Schicksal der 'Weißen' in Stanleyville auseinander. Die Konzentration der US-Presse auf die toten Belgier und Amerikaner verhinderte, dass die amerikanische Öffentlichkeit ein Bewusstsein für das Leiden der kongolesischen Bevölkerung entwickeln konnte. Während die Opfer unter den Kongolesen höchstens in Form von unpersönlichen Zahlenreihen festgehalten wurden, wurde den getöteten Amerikanern mit Hilfe von Fotos und Geschichten über ihre Familien ein Gesicht verliehen. Amerikanische Zeitungen überboten sich zudem mit Sensationsgeschichten über Kannibalismus und die Misshandlung amerikanischer Missionare.<sup>635</sup> Die Solidarität afrikanischer Staaten mit den Rebellen kommentierte die *Time* mit den Worten: „The sane part of the world could only wonder whether Black Africa can be taken seriously at all, or whether, for the foreseeable future, it is beyond the reach of reason.“<sup>636</sup> Viele Amerikaner zogen instinktiv Verbindungen zur innenpolitischen Situation in den USA, die durch die Radikalisierung der *Civil-Rights*-Bewegung und die

---

die USA und Belgien den Vermittlungsbemühungen der 1963 gegründeten Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) kaum Beachtung schenkten (siehe Kapitel 4.2.3.).

<sup>635</sup> Siehe dazu auch Borstelmann, *The Cold War and the Color Line*, S. 185: „The scenario of white hostages tormented by 'savage' kidnappers touched a deep nerve in the American psyche, stirring emblematic memories of generations of violent European-Native American conflict, refreshed and distorted by the Hollywood westerns of the post-World War II era. This scenario also touched old fears of plantation slave revolts and potential black rapists, especially in the white South.“ Rupert Emerson erklärte 1967: „[F]or many Americans, the entire Congo experience and the murder of hostages in particular had a drastic effect in re-arousing the image of Africans as a savage and primitive people.“ (Emerson, *Africa and United States Policy*, S. 2).

zunehmende 'schwarze' Gewaltbereitschaft in den nördlichen Industriestädten geprägt war. Die Furcht vor Ausschreitungen der afroamerikanischen Bevölkerung wurde auf die Ereignisse im Kongo übertragen und verstärkte die emotionalen Reaktionen auf die Solidarität afrikanischer Staaten mit den Rebellen in Stanleyville.<sup>637</sup>

#### **4. Amerikanische Strategien gegen Nkrumah und seine Position in Afrika, 1962-1966**

##### **4.1. Bemühungen um eine Diskreditierung Nkrumahs in Afrika: Die Rolle der amerikanischen Entwicklungshilfe und der US-Kulturpolitik**

Nach dem Scheitern der *positive wooing strategy* wurde die gesamte amerikanische Ghanapolitik darauf ausgerichtet, einen Wechsel an der Spitze der ghanaischen Regierung durchzusetzen. Die finanzielle Unterstützung der Gegner Nkrumahs war nur eine von vielen US-Strategien zur Destabilisierung des Nkrumah-Regimes. Trotz der sich rapide verschlechternden ökonomischen Lage in Ghana (s. Teil 4, Kapitel 9.1) sprachen sich US-Entscheidungsträger seit 1962 unmissverständlich gegen neue Hilfsprojekte aus, die zu einer Verbesserung der ghanaischen Wirtschaft beitragen könnten. Amerikanische Unternehmen wurden von Mitarbeitern des *State Department* diskret dazu angehalten, von Investitionen in Ghana abzusehen. Die Verantwortlichen in Washington forderten Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland auf, die amerikanische Politik zu unterstützen und dem ghanaischen Regime ebenfalls keine neuen Entwicklungskredite zur Verfügung zu stellen. US-Politiker und Diplomaten hofften auf einen „disastrous economic-political crash“, der die ghanaische Bevölkerung gegen die politische Führung in Accra einnehmen und die

---

<sup>636</sup> „The Congo Massacre“, *Time*, 4.12.1964, zit. in Borstelmann, *The Cold War and the Color Line*, S. 185.

<sup>637</sup> Zur Radikalisierung der Bürgerrechtsbewegung und den Ausschreitungen in den Großstädten, wie beispielsweise im Juli 1964 in New York, siehe ebd., S. 191ff.; Sitkoff, *The Struggle For Black Equality*; S. 255ff.; Finzsch, Horton, *Von Benin nach Baltimore*, S. 495ff.

Möglichkeiten für einen Sturz Nkrumahs fördern würde.<sup>638</sup> Mahoney unterstrich: „Harsh as it sounds, we are probably better off if Ghana experiences much more fully the bitter consequences of Nkrumah’s brand of socialism.” Darüber hinaus erinnerte er: „While we may not be able to moderate Nkrumah’s thinking, the financial pinch is moderating his actions (...).“<sup>639</sup>

Die vor 1962 initiierten Programme im Bereich der technischen Zusammenarbeit und des Kulturaustauschs sowie die Aktivitäten des *Peace Corps* wurden allerdings fortgesetzt. Die Projekte waren nach Ansicht amerikanischer Afrikaexperten zu klein, um zu einer Verbesserung der ghanaischen Wirtschaft beitragen zu können; ihre Fortsetzung bot jedoch allgemeinen Einschätzungen zufolge die Möglichkeit, den Kontakt mit der ghanaischen Bevölkerung zu halten und die Menschen gegen Nkrumah und seine Politik einzunehmen. Mitarbeiter des Afrikabüros im *State Department* betonten: „[Those projects are] frankly designed to our benefit — not for Nkrumah’s (...).“<sup>640</sup> Die Vertreter der US-Regierung in Ghana wurden aufgefordert, „[i]ntensive efforts (...) through psychological warfare and other means“ zu unternehmen, „to diminish support for Nkrumah within Ghana and nurture the conviction among the Ghanaian people that their country’s welfare and independence necessitate his removal“.<sup>641</sup> Die ghanaische Bevölkerung sollte über den Abbau der Bürgerrechte, den

---

<sup>638</sup> Bericht Chad F. Calhoun in Letter From Chad F. Calhoun to Edgar F. Kaiser, 24.7.1964, in: EFK, Collec. Number BANC MSS 85/61/c, Foreign Files, 1953-1981, Box 321, BAN. Zu der negativen Haltung der US-Politiker gegenüber weiteren Hilfeleistungen an Ghana und den Bemühungen der Regierung, private Unternehmen von Investitionen in Ghana abzuhalten, siehe Memorandum From Robert C. Huffman of the Office of West Coast and Malian Affairs to the Director of the Office of West Coast and Malian Affairs (Trimble), 9.10.1962, in: RG 59, BAA, Office of West African Affairs, Country Files, 1951-1963, Ghana, E 3112, Box 1, NA; Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 3.12.1962, in: NSF, Ghana, Box 100/101, JFKL; Memorandum From Albert V. Nyren of the Office of West Coast and Malian Affairs to the Director of the Office of West Coast and Malian Affairs (Clingerman), Subject: Inquiry Regarding Investment Climate in Ghana, 4.8.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 67D26, Box 66, NA.

<sup>639</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, Subject: Ambassador’s Year End Assessment, 10.1.1964, in: NSF, Ghana, Box 89, LBJL; Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, Subject: Ambassador’s Year End Politico-Economic Assessment, 22.1.1965, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 2-3 Ghana, NA.

<sup>640</sup> Memorandum From the Director of the Office of West African and Malagasy Affairs (Clark) to the Assistant Secretary of State for African Affairs (Williams), Subject: Possible Courses of Action Concerning President Nkrumah’s New Book – Action Memorandum, 15.11.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 66D18, Box 67, ebd.

<sup>641</sup> Memorandum From the Director of the Office of West African Affairs (Trimble) to the Assistant Secretary of State for African Affairs (Williams), Subject: Proposed Action Program for Ghana, 11.2.1964, in: FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, S. 413ff., S. 416.

wirtschaftlichen Niedergang des Landes – „resulting from Nkrumah’s irresponsible policies“ – und den Einfluss ‘ausländischer Kommunisten’ auf die Regierungsentscheidungen informiert werden. Auch die ‘Isolierung’ des Landes innerhalb Afrikas und die Gefahr, „that Nkrumah’s policies will result in Soviet bloc domination of Ghana“, mussten nach Ansicht außenpolitischer Experten den Menschen in Ghana verstärkt vor Augen geführt werden.<sup>642</sup>

Die Entwicklungshilfebehörde AID unterhielt – neben einigen Projekten im Bereich der Gesundheitsvorsorge und der Gemeindeentwicklung – eine Reihe landwirtschaftlicher Lehrfarmen in Ghana und stand in Kontakt zu ghanaischen Farmerorganisationen und lokalen Verwaltungsangestellten. Trotz der bilateralen Spannungen zwischen Ghana und den USA konnten die AID-Mitarbeiter weiterhin relativ frei operieren. Initiativen der AID zur Förderung eines privatwirtschaftlichen Bewusstseins der Ghanaer ließen sich nur schwer mit Nkrumahs Bemühungen für eine Durchsetzung sozialistischer Wirtschaftskonzepte vereinbaren.<sup>643</sup> Auch die *Peace Corps Volunteers* hatten weiterhin guten Zugang zur ghanaischen Bevölkerung. Die PCVs spielten eine wichtige Rolle innerhalb des ghanaischen Schulsystems. Da Nkrumah innerhalb kürzester Zeit eine allgemeine Schulbildung für alle Kinder über fünf Jahren durchsetzen wollte, war das ghanaische Erziehungsministerium auf die Hilfe ausländischer Lehrer angewiesen (s. auch Kapitel 3.2.1, Fußnote 514). Gerade der Literatur- und Geschichtsunterricht bot nach Ansicht des *State Department* viele Möglichkeiten, die politischen Überzeugungen der ghanaischen Kinder und Jugendlichen zu beeinflussen und die Wirkungskraft von Nkrumahs öffentlichen Proklamationen zu begrenzen. George Carter, der Leiter des *Peace Corps*-Programms in Ghana, nahm an vielen Mitarbeiterversammlungen in der US-Botschaft teil und war somit in die politischen Diskussionen eingebunden. Die

---

<sup>642</sup> Ebd., S. 416.

<sup>643</sup> Informationen über die Initiativen der AID finden sich in Memorandum From Secretary of State Rusk to President Johnson, Subject: The Volta Problem, Annex: AID Supplementary Information, 10.2.1964, in: NSF, Ghana, Box 89, LBJL; Memorandum From the Director of the Office of West Coast and Malian Affairs (Clingerman) to the Department of State, Subject: Countering the Chicom Threat in Ghana, 14.5.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 67D26, Box 66, NA; Telegram From the Embassy in Ghana (Pinder) to the Department of State, Subject: U.S. AID Appraisal of U.S. Assistance to Ghana, 6.8.1965, ebd. Siehe auch Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 440. 1965 befanden sich 39 Amerikaner im Auftrag der AID in Ghana. Diese verfügten über ein Budget in Höhe von 1.217.000 US-Dollar (siehe Memorandum From the Director of the Office of West Coast and Malian Affairs (Clingerman) to the Department of State, 22.6.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 66D18, Box 67, NA).

Anweisungen Nkrumahs, dass die PCVs nur technisch-naturwissenschaftliche Fächer wie Mathematik, Biologie, Physik oder Chemie unterrichten sollten, wurden von Carter weitgehend ignoriert.<sup>644</sup>

Die Mitarbeiter der USIA waren aus Sicht der Verantwortlichen in Washington in einer besonders guten Position, um die ghanaische Bevölkerung gegen Nkrumahs Politik zu beeinflussen. Durch die Organisation der kulturellen Veranstaltungen, Filmvorführungen und Wanderausstellungen konnten die amerikanischen Kulturattachés breitere Bevölkerungsschichten ansprechen als die AID-Techniker oder die *Peace Corps Volunteers*, deren Einsatzort lokal begrenzt war. Die US-Kulturdiplomaten verfügten nach Einschätzung des *State Department* noch immer über einen „remarkable degree of freedom in presenting the U.S. case“.<sup>645</sup> USIS-Magazine wie *News in Perspective* oder *American Outlook* konnten trotz des angespannten amerikanisch-ghanaischen Verhältnisses auch weiterhin verteilt werden; ghanaische Schulen nutzen aufgrund des Mangels an Lehrmitteln unvermindert USIS-Informationsmaterialien für den Unterricht. Die Filmvorführungen wurden von den Zensurbestimmungen des ghanaischen *Ministry of Information and Broadcasting* nur selten beeinträchtigt. Bis Januar 1965 wurde nur eine einzige USIS-Produktion – ein Dokumentarfilm über den IBFG – verboten. Selbst das *Ghana National Cultural Center* zeigte 1965 noch USIS-Filme. Der Empfang von *Voice of America* wurde durch den Aufbau einer Relaisstation in Liberia verbessert. Nach Angaben des *State Department* hatte VOA in Ghana mehr Zuhörer als in anderen afrikanischen Staaten.<sup>646</sup>

---

<sup>644</sup> Siehe Memorandum From the Officer in Charge for Ghanaian Affairs of the Office of West Coast and Malian Affairs (Gebelt) to the Director of the Office of West Coast and Malian Affairs (Trimble), 4.12.1962, in: RG 59, BBA, Office of West African Affairs, Country Files, 1951-1963, Ghana, E 3112, Box 1, NA; Cobbs Hoffman, *'All You Need is Love'*, S. 160ff. 1963/64 unterrichteten zwischen 107 und 110 PCVs an ghanaischen Schulen (so Paper Prepared in the Department of State, Subject: United States Activities Especially Aimed at Offsetting or Precluding Sino-Soviet Efforts in Ghana, updated February 1965, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 2-2 Ghana, NA).

<sup>645</sup> Memorandum From the Director of the Office of West Coast and Malian Affairs (Clingerman) to the Department of State, Subject: Countering the Chicom Threat in Ghana, 14.5.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Lot 67D26, Box 66, ebd.

<sup>646</sup> Die Kulturaustauschprogramme des *State Department* konnten ebenfalls relativ ungestört fortgeführt werden. 1964 reiste beispielsweise Gene Kelly nach Ghana, dessen Auftritt von den US-Diplomaten vor Ort als ein voller Erfolg beschrieben wurde. Ende 1964 bestand das USIA-Personal in Ghana aus sechs Amerikanern und 18 ghanaischen Angestellten; das Budget lag bei 211.632 US-Dollar (Angaben nach Telegram From USIS Accra (Stansbury) to USIA Washington, Subject: Preliminary 1965 Budget Plan and 1966 Budget Estimates, 20.8.1964, in: RG 306, Records Relating to Exhibits in Foreign Countries, 1955-1967, Box 10, ebd.; Administrative History of the USIA, Vol. One, Chapter 5: African Areas (IAA) Program, 1969, in: Administrative History, Box 1, LBJL). Die Probleme der Kulturattachés konzentrierten sich in erster Linie auf die

Die amerikanische Gegnerschaft zu Nkrumah spiegelte sich deutlich in der inhaltlichen Gestaltung der USIS-Informationsmaterialien wider. Positive Bemerkungen über den ghanaischen Präsidenten und seine Politik verschwanden aus den USIS-Magazinen, während die Erfolge und Leistungen anderer afrikanischer Staatsführer breit thematisiert wurden. Meldungen über 'umfangreiche' amerikanische Hilfsprojekte in Ländern wie Nigeria zielten darauf ab, die Nachteile herauszustellen, die sich aus einer 'anti-amerikanischen' Außenpolitik ergaben. Die USIS-Magazine und Broschüren bemühten sich zudem, die 'anti-amerikanische Propaganda' der ghanaischen Regierungsmedien Lügen zu strafen. Mitarbeiter des *State Department* unterstrichen:

„In view of recent disturbing political developments and in view of the officially inspired attitudes of the Ghana press and radio toward the United States, it's urgently necessary that we continue to present *unbiased* information about the United States and its people and about the U.S. Government's aims and policies (...).“<sup>647</sup>

Die Kultur- und Informationsprogramme dienten außerdem als Tarnung für die amerikanischen Kontakte mit den innenpolitischen Gegnern Nkrumahs. Die Wanderausstellungen, Filmvorführungen und Konzerttourneen boten gute Gelegenheiten, um potenzielle Feinde der Regierung kennen zu lernen und aktive

---

Zusammenarbeit mit den ghanaischen Zeitungen, die nur noch selten bereit waren, amerikanische Presstexte zu drucken. Auch der Zugang zu den Ministerien und der ghanaischen Universität gestaltete sich aufgrund der stärkeren Regierungskontrollen in diesen Bereichen ab 1963/64 problematisch. Zur Entwicklung der US-Kultur- und Informationspolitik in Ghana nach 1962 siehe Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, Subject: Educational and Cultural Exchange: Annual Report, July 1962 - June 1963, 20.9.1963, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Ghana, Lot 66D499, Box 201, NA; Telegram From the Embassy in Ghana (Peterson) to the Department of State, Subject: CU Educational and Cultural Exchange: Country Program Proposal for 1966, 9.5.1965, ebd.; Telegram From USIS Accra (Peterson) to USIA Washington, Subject: Film Censorship, 9.1.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 67D26, Box 66, ebd.; Memorandum From the Department of State, Subject: United States Activities Especially Aimed at Offsetting or Precluding Sino-Soviet Efforts in Ghana, updated February 1965, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 2-2 Ghana, ebd.; Telegram From USIS Accra (Stansbury) to USIA Washington, Subject: Country Plan – Ghana, 10.8.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 67D26, Box 66, ebd.

<sup>647</sup> Memorandum From the Director of the Office of Inter-African Affairs (Hadsel), Subject: Political Priorities in Africa – Ghana, 27.1.1964, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Ghana, Lot 66D499, Box 201, ebd. (Hervorhebung durch W.B.). Auf die Verwendung von explizit antikommunistischen Materialien bei der Gestaltung der USIS-Informationsmaterialien wurde allerdings verzichtet, um die Arbeit der US-Kulturdiplomaten nicht zu gefährden und eventuell eine Schließung der USIA-Einrichtungen zu provozieren.

Widersacher Nkrumahs zu treffen, ohne die Aufmerksamkeit des ghanaischen Sicherheitsdienstes auf die betreffenden Personen zu lenken.<sup>648</sup>

Die Mitarbeiter der USIA in anderen afrikanischen Staaten wurden in die Strategien zur Destabilisierung des Nkrumah-Regimes eingebunden. Die amerikanischen Kultur- und Informationsprogramme sollten dazu beitragen, den Widerstand anderer afrikanischer Staatsführer gegen Nkrumahs Politik zu fördern und die Popularität des ghanaischen Präsidenten innerhalb der afrikanischen Bevölkerung zu untergraben. Die Verantwortlichen im *State Department* betonten: „We must bring home to other African leaders that Nkrumah is a problem which they must face up to in their own national interest.“<sup>649</sup> USIS-Materialien, die in Ländern wie Nigeria oder der Elfenbeinküste verteilt wurden, informierten ausführlich über die wirtschaftlichen Probleme und den Abbau der Bürgerrechte in Ghana, um dem Ansehen der ghanaischen Regierung zu schaden. Die Menschen sollten in Nkrumah nicht länger einen Vorreiter des afrikanischen Unabhängigkeitskampfes sehen, sondern ihn als einen verantwortungslosen und machtgierigen Diktator erkennen. Nkrumah-kritische Äußerungen konservativer afrikanischer Staatsführer, die ein eigenes Interesse am Sturz des ghanaischen Präsidenten hatten, wurden in den USIS-Informationsmaterialien ausführlich zitiert. Die außenpolitischen Experten in Washington waren überzeugt, dass Proteste gegen die ghanaischen Initiativen von Seiten afrikanischer Politiker größeren Einfluss auf die öffentliche Meinung in Afrika haben würden als amerikanische Warnungen. Dean Rusk erklärte: „[I]mplications that US ‘bullying’ Ghana would create sympathy for Ghana elsewhere in Africa and might serve to bolster Nkrumah’s sagging prestige as radical Pan-African leader.“<sup>650</sup> Die

---

<sup>648</sup> Siehe Telegram From the Embassy in Ghana (Peterson) to the Department of State, Subject: CU Educational and Cultural Exchanges: Country Program Proposal for 1966, 9.5.1965, ebd.; Telegram From the Embassy in Ghana (Troxel) to the Assistant Secretary of State for African Affairs (Williams), 28.4.1964, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 66D52, Box 65, ebd.; Telegram From USIS Accra (Stansbury) to USIA Washington, Subject: Country Plan – Ghana, 10.8.1965, ebd., Box 66.

<sup>649</sup> Memorandum From the Director of the Office of West African Affairs (Trimble) to the Assistant Secretary of State for African Affairs (Williams), Subject: Proposed Action Program for Ghana, 11.2.1964, in: FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, S. 413ff., S. 416.

<sup>650</sup> Telegram From Secretary of State Rusk to the Embassy in Ghana, 21.11.1962, in: NSF, Ghana, Box 100, JFKL. Siehe auch Telegram From the Deputy Director of the Office of West Coast and Malian Affairs (van Oss) to the Officer in Charge for Ghanaian Affairs of the Office of West Coast and Malian Affairs (Edmondson), 14.5.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 66D18, Box 67, NA oder die Arbeitsberichte der USIA-Beamten in Nigeria z.B. in Telegram From the Embassy in Nigeria (Mathews) to the Department of State,

konservativen Staatsführer sollten bei der Formulierung ihrer kritischen Stellungnahmen gegen Nkrumah allerdings ‘diskret’ unterstützt werden. Sie wurden von den US-Diplomaten vor Ort unter anderem daran erinnert, dass sie ihre verbalen Angriffe lediglich gegen Nkrumah und seine Berater richten und eine Einbeziehung des ghanaischen Volkes in die Kritik vermeiden sollten. Mitarbeiter des *State Department* erinnerten: „If all Ghanaians are tarred with same brush, this would give Nkrumah useful level for rallying behind him forces which are at present hostile to his policies (...).“<sup>651</sup>

Die Entscheidungsträger in Washington hofften darüber hinaus, dass aktive Maßnahmen zur Eindämmung von Nkrumahs Initiativen ebenfalls in erster Linie von afrikanischen Staatseführern übernommen werden konnten. Die Verantwortlichen im *State Department* stimmten mit Vertretern des britischen *Foreign Office* überein, „[that w]e, being white, cannot hope to fight him [Nkrumah] openly in Africa. Ergo: we must find blacks who can (...). [S]urely it is not beyond our ingenuity to find effective ways of affording them discreet and legitimate support.“<sup>652</sup>

## **4.2. Die USA und Nigeria**

### **4.2.1. Die nigerianische Führung unter Premierminister Alhaji Abubakar Tafawa Balewa**

Auf der Suche nach einem geeigneten afrikanischen Partner zur Eindämmung des ghanaischen Einflusses – die bereits vor dem endgültigen Bruch mit Nkrumah 1962 einsetzte – fiel der Blick der außenpolitischen Experten in den USA schnell auf Nigeria. Die ehemalige britische Kolonie Nigeria erlangte am 1. Oktober 1960

---

Subject: Nigeria – Annual Politico-Economic Assessment, 1964, 26.3.1965, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 2-3 Nigeria, ebd.

<sup>651</sup> Telegram From the Officer in Charge of Ghanaian Affairs of the Office of West Coast and Malian Affairs (Edmondson) to Various U.S. Embassies, Draft, April 1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 66D18, Box 67, ebd.

<sup>652</sup> Der britische Botschafter in Äthiopien, John Russell, am 31.12.1963, zit. in Louis, „The Dissolution of the British Empire“, S. 349.

die Unabhängigkeit. Als bevölkerungsreichster Staat Afrikas kam Nigeria eine Sonderrolle unter den neuen afrikanischen Nationen zu. Zeitgenössischen Statistiken zufolge war jeder sechste Afrikaner Nigerianer.<sup>653</sup> Auch von der Größe des Staatsgebietes her, überragte Nigeria Ghana um ein Vielfaches. Die konservative und entschieden prowestliche Orientierung der Regierung in Lagos sprach in den Augen amerikanischer Afrikaexperten ebenfalls für ein gemeinsames Vorgehen mit Nigeria. Mitglieder der nigerianischen Führung, wie Premierminister Alhaji Abubakar Tafawa Balewa, ließen in ihren öffentlichen Stellungnahmen keinen Zweifel an ihrer Verbundenheit mit dem westlichen Lager und wahrten deutliche Distanz zur Blockfreien-Bewegung.<sup>654</sup> Die Regierung in Lagos war zudem für ihre harte Haltung gegenüber links-sozialistisch orientierten Gruppen in Nigeria und für ihre Skepsis gegenüber Nkrumahs panafrikanischer Vision bekannt. Auf mehreren afrikanischen Konferenzen traten nigerianische Politiker als entschiedene Gegner Nkrumahs auf und erteilten seinen Plänen für eine panafrikanische Union eine klare Absage. Bereits bei der zweiten Konferenz der unabhängigen afrikanischen Staaten in Addis Abeba im Juni 1960 betonten die nigerianischen Delegierten: „[W]e feel that such a move is too radical – perhaps too ambitious – to be of any lasting benefit.“ Premierminister Balewa unterstrich: „Nigeria is big enough and does not need to join others.“<sup>655</sup>

Viele nigerianische Politiker sahen in Nkrumahs Plänen eine Bedrohung ihrer eigenen Machtbasis. Hinweise auf ein ghanaisches Engagement auf der Seite linksorientierter Oppositioneller (s. Kapitel 1.3) bestärkten die nigerianische Regierung in ihrer Abwehrhaltung gegenüber Nkrumah. Immer wieder wurden in Lagos Verdächtigungen geäußert, dass Nkrumahs Initiativen auf einen Sturz Balewas abzielten. Die Verantwortlichen in Lagos zählten zu den Hauptorganisatoren eines Treffens konservativer afrikanischer Staatsführer in der liberianischen Hauptstadt Monrovia vom 8. bis zum 12. Mai 1961, das ein Gegengewicht zur Casablanca-Konferenz der ‘Radikalen’ im Januar 1961 darstellen sollte. Diese Zusammenkunft wurde zum Gründungstreffen des

---

<sup>653</sup> Siehe Claude S. Phillips, *The Development of Nigerian Foreign Policy*. Chicago 1964, S. 10.

<sup>654</sup> Beispiele für prowestliche Äußerungen der nigerianischen Führung bietet Phillips, *The Development of Nigerian Foreign Policy*, S. 29. An der ersten Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten in Belgrad im September 1961 nahm Nigeria beispielsweise nicht teil.

<sup>655</sup> Stellungnahme des nigerianischen Delegationsführers Maitama Sule, zit. nach Thompson, *Africa and Unity*, S. 167; Premierminister Balewa im Februar 1962, zit. nach Phillips, *The Development of Nigerian Foreign Policy*, S. 90.

Monrovia-Staatenbunds, dessen Mitglieder für den Erhalt der kolonialen Grenzen und den Widerstand gegen den Aufbau eines afrikanischen Bundesstaates eintraten. Die Zusammenarbeit der afrikanischen Staaten sollte nach Ansicht der versammelten Staatsführer auf eine lockere Kooperation im Bereich der Wirtschaft und der Kultur beschränkt bleiben. Die Mitgliedschaft der kongolesischen Zentralregierung/Leopoldville im Monrovia-Bund war ebenfalls ein deutliches Zeichen für die unterschiedlichen Positionen der Casablanca- und Monrovia-Staaten.<sup>656</sup>

Die Haltung der nigerianischen Regierung gegenüber den verbleibenden Kolonien in Afrika unterschied sich ebenfalls deutlich von dem Auftreten Nkrumahs und anderer 'radikaler' Staatsführer. Während der ghanaische Präsident die afrikanischen Befreiungsbewegungen aktiv unterstützte und ein Ende des Kolonialismus bis 1963 forderte, sprachen Balewa und seine Mitarbeiter von der Notwendigkeit eines graduellen Machttransfers. Die Entwicklungen im Kongo hatten ihrer Ansicht nach deutlich die Gefahren einer unvorbereiteten Unabhängigkeit gezeigt. Gegenüber dem nigerianischen Parlament erklärte Außenminister Jaja Wachuku: „[There are] problems that must be tackled by a slow process (...).“<sup>657</sup>

Die konservative politische Orientierung der nigerianischen Führung hing mit der dominierende Position des *Northern People's Congress* (NPC) innerhalb der Regierung zusammen. Der NPC, dem auch Premierminister Balewa angehörte, war 1951 als Vertretung der Nordenregion Nigerias gegründet worden. Die Partei stand in enger Verbindung mit der Hausa-Fulani-Aristokratie. Zu den Zielen des NPC gehörten die Bewahrung der feudalen Gesellschaftsstruktur des Nordens und die Abwehr aller Einflüsse, die die bisherigen Privilegien der Hausa-Fulani-Führer in Frage stellen konnten. Die britischen Kolonialbeamten, die im Rahmen

---

<sup>656</sup> Zu den Monrovia-Staaten gehörten neben Nigeria und Kongo-Leopoldville: Äthiopien, Liberia, Sierra Leone, Somalia, Togo, Tunesien sowie die Mitglieder der Brazzaville-Gruppe, die alle frankophonen Staaten mit Ausnahme Guineas, Malis und Togos umfasste. Detailliertere Informationen über Gründung und Ziele der Monrovia-Gruppe finden sich in Thompson, *Africa and Unity*, S. 161ff.; Phillips, *The Development of Nigerian Foreign Policy*, S. 90ff. Eine gute Zusammenfassung der Spannungen zwischen Ghana und Nigeria bieten Ibrahim A. Gambari, *Party Politics and Foreign Policy. Nigeria under the First Republic*. Ibadan 1980, S. 50ff.; Aluko, *Ghana and Nigeria*, S. 7f.; Thompson, *Ghana's Foreign Policy*, S. 237ff., 335ff.

<sup>657</sup> Zit. nach Aluko, *Ghana and Nigeria*, S. 94. Zur nigerianischen Politik gegenüber den europäischen Kolonien und Südafrika siehe Okwubida Nnoli, „Nigerian Policy Toward Southern

der *Indirect Rule* nur wenig in die Verhältnisse des Nordens eingriffen, galten nicht als Feinde, sondern als Stützen des aristokratischen Systems. Die Briten bemühten sich, den NPC gegenüber den Parteien aus den industriell weiter entwickelten Regionen im Osten und Westen der Kolonie zu unterstützen. Der Sieg des NPC bei den Parlamentswahlen vor der Unabhängigkeit Nigerias 1960 ging zu weiten Teilen auf das von der Kolonialmacht eingeführte Wahlsystem zurück, das dem Norden als der größten Region die Mehrheit der Sitze im Repräsentantenhaus zusprach und dem NPC damit entscheidende Vorteile sicherte.<sup>658</sup>

Die gute Zusammenarbeit zwischen der Kolonialmacht und dem NPC setzte sich nach der Unabhängigkeit in dem kooperativen Verhältnis zwischen Großbritannien und der nigerianischen Regierung fort. Balewa und seine Mitarbeiter zeigten wenig Ehrgeiz, gegen fortbestehende britische Einflussposition vorzugehen und beteiligten sich nicht an den Diskussionen über 'neo-kolonialistische Gefahren' in Afrika. Britische Experten zählten zu den wichtigsten Ratgebern Balewas. Noch 1964 arbeiteten ca. 2000 Briten für die Zentralregierung in Lagos und die Parlamente in den Regionen. Den Unternehmungen ausländischer Konzerne wurden wenig Hindernisse in den Weg gestellt.<sup>659</sup> Die Haltung der nigerianischen Führung gegenüber den Staaten des Ostblocks blieb kühl und distanziert – zumal Balewa und seine Mitarbeiter befürchteten, dass linke Oppositionsgruppen in Nigeria, die lautstark die Privilegien der bisherigen Elite kritisierten, nicht nur von Ghana, sondern auch von der Sowjetunion unterstützt wurden.<sup>660</sup> Im Gegensatz zu vielen anderen afrikanischen Regierungen unternahmen die Verantwortlichen in Lagos zunächst

---

Africa“, in: *Nigerian Journal of International Affairs* 2 (1976), S. 22-33; Gambari, *Party Politics and Foreign Policy*, S. 60.

<sup>658</sup> Nähere Informationen über die Parlamentswahlen 1959 bietet Eghosa E. Osaghae, *The Crippled Giant. Nigeria Since Independence*. London 1998, S. 32. Zu den Problemen zwischen den einzelnen Regionen siehe ebd. und Wolfgang Gieler, *Nigeria zwischen Militär- und Zivilherrschaft. Eine Analyse der politischen Entwicklung seit der Unabhängigkeit 1960 bis 1990*. Münster 1993, S. 48ff.

<sup>659</sup> Siehe dazu Gambari, *Party Politics and Foreign Policy*, S. 27ff.; Osaghae, *The Crippled Giant*, S. 47ff.; Aluko, *Ghana and Nigeria*, S. 174; Gordon J. Idang, *Internal Politics and Foreign Policy*. Ibandan 1973, S. 141ff. In der Regierung saßen zudem einige wohlhabende nigerianische Geschäftsleute, die während der Kolonialzeit zu Wohlstand gekommen waren und daher wenig Interesse an einer radikalen Änderung des Status quo hatten (siehe dazu Ate, *Decolonization and Dependence*, S. 55). Die starke Stellung der Briten unter Balewas politischen Beratern trug zu der vorsichtigen Haltung der nigerianischen Regierung gegenüber den verbleibenden Kolonialmächten bei.

<sup>660</sup> Siehe ebd., S. 97; Aluko, *Ghana and Nigeria*, S. 83.

keine Maßnahmen, um die von den Briten eingeführte parlamentarische Regierungsform zugunsten einer Einparteienherrschaft abzuschaffen. Die föderalistische Struktur des Landes mit den am britischen Westminster-Modell orientierten Zweikammerparlamenten auf Bundes- und Regionalebene und großen Kompetenzen für die einzelnen Regionen blieb bis 1966 bestehen. Nigeria war jedoch keine funktionierende Demokratie. In den einzelnen Regionen gab es je eine dominierende Partei, die das Regionalparlament kontrollierte, während andere Gruppen unterdrückt wurden: Im Norden der NPC, im Osten der *National Council of Nigeria and the Cameroons* (NCNC) und im Westen die *Action Group* (AG). Die politische und soziale Konfliktregelung wurde zunehmend mit außerparlamentarischen Mitteln ausgetragen. Wahlen wurden von Terror, Mord und illegalen Festnahmen begleitet.<sup>661</sup> Die Dominanz des Nordens in der Föderation und die entschieden konservative Orientierung der Balewa-Regierung führten immer wieder zu Protesten in den südlichen Regionen des Landes und zu blutigen Auseinandersetzungen, die die Stabilität Nigerias nachhaltig erschütterten.

Die innenpolitischen Probleme in Nigeria wurden von US-Beobachtern jedoch lange Zeit höchstens am Rande wahrgenommen.

Amerikanische Politiker überboten sich in der ersten Hälfte der 1960er Jahre mit positiven Äußerungen über Nigeria. Das Land galt als „bulwark against political, economic and social extremism in the area“ und als eine ‘Oase der Demokratie’ in Afrika.<sup>662</sup> Die Politik der nigerianischen Führung wurde mit Begriffen wie „moderate“, „constructive“ und „temperate“ beschrieben, die aus amerikanischer Sicht wichtige Merkmale für ein verantwortungsvolles Vorgehen waren.<sup>663</sup> Die Aufrechterhaltung der föderalistischen Struktur wurde als ein Zeichen für die

---

<sup>661</sup> Zu den innenpolitischen Entwicklungen siehe die bereits oben zitierten Darstellungen von Gieler, *Nigeria zwischen Militär- und Zivilherrschaft* und Osaghae, *The Crippled Giant*.

<sup>662</sup> Memorandum From the Department of State, Subject: National Policy Paper – Nigeria, 15.5.1964, in: RG 59, Policy Planning Council Files, 1963-1964, Subject Files, Nigeria, Lot 70D199, Box 254, NA. Die Formulierung ‘Oase der Demokratie’ findet sich in Arnold Rivkin, Report of the Special U.S. Economic Mission to Nigeria, 17.6.1961, in: NSF, Nigeria, Box 144, JFKL.

<sup>663</sup> Memorandum From the Policy Planning Council, Subject: Guidelines of U.S. Policy Toward Nigeria, 19.4.1961, ebd. Siehe auch Briefing Papers, Prime Minister Balewas’s Visit, Washington D.C., July 25 to August 18, 1961, in: RG 59, BAA, Office of West African Affairs, Country Files, 1951-1963, E 3112, Box 6, NA; Memorandum From the Bureau of Intelligence and Research (Hilsman), Subject: The Monrovia Conference – An Approach to Functional Cooperation in

starke Position westlicher Werte innerhalb der nigerianischen Gesellschaft gedeutet. Viele amerikanische Kommentatoren sprachen von einer ‘afrikanischen Musterdemokratie’ und postulierten einen klaren Unterschied zwischen der „free society“ in Nigeria und dem diktatorischen Regierungssystem in Ghana.<sup>664</sup> Die starke Präsenz der Briten förderte aus Sicht der Afrikaexperten des *State Department* die Stabilität Nigerias. Die innenpolitischen Schwierigkeiten in Nigeria – die Unterdrückung von Minderheiten, die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Zentralregierung und die Rivalitäten zwischen dem Norden und den anderen Regionen – wurden zu kleineren Einbrüchen auf einem ansonsten vielversprechenden Entwicklungsweg verharmlost. Selbst in Zeiten, in denen die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen politischen Gruppen und Regionen die ersten Menschenleben kosteten, blieb Nigeria in den Stellungnahmen amerikanischer Politiker „the country of greatest promise in Africa south of Sahara“.<sup>665</sup>

#### 4.2.2. Die amerikanische Nigeriahilfe

1961 beschloss die Kennedy-Administration, Nigeria umfangreiche amerikanische Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, um den Aufstieg des Landes zu einer Führungsposition in Afrika zu unterstützen. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung in Nigeria sollte zudem andere Staaten zu einer Nachahmung des prowestlichen Regierungskurses der Verantwortlichen in Lagos bewegen. Wirtschaftswissenschaftler vom *Massachusetts Institute for Technology* wie Arnold Rivkin unterstützten die Forderungen nach umfangreichen amerikanischen Wirtschaftsinitiativen in Nigeria. In einer Studie für die US-Regierung bestätigte Rivkin die Annahme, dass sich das Land mit Hilfe der USA

---

Africa, 15.1.1962, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, 1962, Subject Files, Africa, Lot 69D121, Box 220, ebd.

<sup>664</sup> Memorandum From the Department of State, Subject: National Policy Paper – Nigeria, 15.5.1964, in: RG 59, Policy Planning Council Files, 1963-1964, Subject Files, Nigeria, Lot 70D199, Box 254, ebd.

<sup>665</sup> Memorandum From the Ambassador to Nigeria Elbert G. Mathews to President Johnson, Subject: Nigeria, 27.4.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Nigeria, Lot 67D27, Box 78, ebd.

zu einem einflussreichen Gegengewicht „to Ghanaian enterprises“ entwickeln würde. Er betonte:

„[...] Nigeria may serve as a double model for other African states - as a democratic economic development model and as a responsible international relations model. Either model would be important, together they are an overwhelming combination, in the free world's interest.“<sup>666</sup>

Am 12. Dezember 1961 – wenige Tage vor der Veröffentlichung der Voltaentscheidung – gaben Sprecher der US-Regierung die Bewilligung eines Hilfspaktes für Nigeria in Höhe von 225 Millionen US-Dollar bekannt. Dies war die bislang höchste amerikanische Hilfszusage an ein Land im subsaharischen Afrika.<sup>667</sup> US-Politiker forderten die Weltbank und den IWF auf, ebenfalls positiv auf nigerianische Hilfsanfragen zu reagieren. Auch die Monrovia-Staatengruppe bekam finanzielle Unterstützung – das *State Department* sprach von „discreet financial support“ –, damit die Mitglieder des Bundes ihre Position gegenüber den Casablanca-Staaten ausbauen konnten.<sup>668</sup>

Das Mehrparteiensystem in Nigeria erleichterte der US-Regierung die Legitimierung des Hilfspakts vor dem US-Kongress. Nigerias besondere Rolle als „one of the few new nations on the world scene that has moved directly into a democratic political life“ wurde in den öffentlichen Präsentationen der US-Hilfe stets in den Vordergrund gestellt.<sup>669</sup> Die blutigen Zusammenstöße zwischen den einzelnen Regionen und andere innenpolitische Probleme in Nigeria wurden vor dem Kongress dagegen selten thematisiert.

Um einen möglichst effektiven Einsatz der amerikanischen Kredite zu garantieren, verlangte die US-Regierung weitreichende Kontrollmöglichkeiten über die Formulierung und Realisierung des nigerianischen Wirtschaftsplans. Durch eine amerikanische „organization“, „rationalization“ und „direction“ der

---

<sup>666</sup> Rivkin, Report of the Special U.S. Economic Mission to Nigeria, 17.6.1961, in: NSF, Nigeria, Box 144, JFKL. Siehe auch Briefing Papers, Prime Minister Balewas's Visit, Washington D.C., July 25 to August 18, 1961, in: RG 59, BAA, Office of West African Affairs, Country Files, 1951-1963, E 3112, Box 6, NA.

<sup>667</sup> Die USA wurden zum wichtigsten wirtschaftlichen Ansprechpartner Nigerias. Die britische Regierung dagegen bewilligte nur 50 Millionen US-Dollar für die Unterstützung des nigerianischen Entwicklungsplans. Nähere Informationen über das amerikanische Hilfspaket und die Projekte, die mit Hilfe der US-Gelder realisiert werden sollten, bietet Ate, *Decolonization and Dependence*, S. 60f., 77ff.

<sup>668</sup> Memorandum From the Department of State, Subject: Guidelines of U.S. Policy and Operations Concerning Africa, 22.9.1961, in: NSF, Africa, Box 2, JFKL.

<sup>669</sup> Paper Prepared in the Department of State, Subject: Presentation on Nigeria, 6.11.1965, in: NSF, Nigeria, Box 96, LBJL.

Entwicklungsinitiativen sollten die mit ‘traditionellen Verhaltensmustern’ verbundenen ‘Wachstumsschranken’ überwunden und der wirtschaftliche Fortschritt Nigerias beschleunigt werden.<sup>670</sup> Der größte Teil der *Peace Corps*-Freiwilligen für Afrika wurde nach Nigeria geschickt, „[to] accelerate Nigeria’s capacity to absorb and utilize external assistance“.<sup>671</sup> Die USIA sollte das Ansehen der nigerianischen Regierung in Afrika fördern, um Balewas Einfluss – und damit seine Möglichkeiten, den Widerstand gegen Nkrumah zu organisieren – zu vergrößern. USIS-Magazine berichteten ausführlich über die ‘Leistungen’ der nigerianischen Führung im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung und über Balewas Erfolge auf afrikanischen Konferenzen. Die Mitarbeiter der USIA in Nigeria wurden angewiesen, das Selbstbewusstsein der Regierung in Lagos und ihren Wunsch nach einer Führungsrolle in Afrika zu stärken. Die in Nigeria verteilten USIS-Materialien boten ein ausnehmend positives Bild der nigerianischen Politik, um Balewas Herrschaft im eigenen Land abzusichern. Der Öffentlichkeitsabteilung der Regierung in Lagos wurde ein amerikanischer Public-Relations-Experte zur Seite gestellt.<sup>672</sup>

---

<sup>670</sup> Rivkin, Report of the Special U.S. Economic Mission to Nigeria, 17.6.1961, in: NSF, Nigeria, Box 144, JFKL. Ähnlich äußerte sich der US-Botschafter in Lagos, Joseph Palmer II, im Oktober 1963: „And as with any adolescent, those friends of Nigeria who are older and more experienced [should try to temper] (...) inexperience with wisdom, impulsiveness with patience, and prodigality with responsibility.“ (Telegram From the Embassy in Nigeria (Palmer) to the Department of State, Subject: Annual Politico-Economic Assessment – Nigeria, 24.10.1963, in: RG 59, Central Files, Alpha-Numeric File, 1963, POL 2-3 Nigeria, NA). Die US-Wirtschaftsexperten stellten sich u.a. gegen soziale Projekte, die nicht unmittelbar zur wirtschaftlichen Entwicklung beitrugen. Nähere Informationen über die Rolle der USA bei der Ausarbeitung des nigerianischen Entwicklungsplans bieten Ate, *Decolonization and Dependence*, S. 51, 85; Robert B. Shepard, *Nigeria, Africa, and the United States: From Kennedy to Reagan*. Bloomington 1991, S. 22.

<sup>671</sup> Administrative History of the Department of State, Vol. One, Chapter 5: Nigeria, 1969, in: Administrative History, Box 2, LBJL. 1964 waren ca. 500 PCVs in Nigeria im Einsatz.

<sup>672</sup> Die USIA-Beamten sollten zudem die amerikanische Entwicklungspolitik in Nigeria unterstützen, indem sie gegen das vermeintlich mangelnde ökonomische Verständnis innerhalb der nigerianischen Bevölkerung vorgingen, Interesse für die AID-Projekte weckten und so die Möglichkeiten für einen schnellen wirtschaftlichen Aufschwung verbesserten. Darüber hinaus hoffte die US-Regierung, mit Hilfe der Kultur- und Informationsprogramme die Spannungen zwischen den Regionen zu mildern. USIS-Pamphlete mit Titeln wie ‘*Moulding a Republic*’ betonten die wirtschaftlichen und politischen Vorteile eines gemeinsamen Staates. Reisestipendien wurden bewusst an Menschen aus unterschiedlichen Regionen vergeben, um die Kontakte zwischen den einzelnen Gruppen zu verbessern. Zu den Zielen der USIA-Arbeit in Nigeria siehe Telegram From the Embassy in Nigeria (Swim) to the Department of State, Subject: USIS Country Plan for Nigeria, 5.8.1965, in: RG 59, Bureau of Cultural Affairs, Planning and Development Staff, Country Files, Nigeria, Lot 66D499, Box 203, NA. Mit einem Budget von 452.623 US-Dollar standen den USIA-Beamten in Nigeria mehr finanzielle Mittel zur Verfügung als den US-Kulturdiplomaten in anderen afrikanischen Staaten (siehe Administrative History of the USIA,

### 4.2.3. Amerikanisch-nigerianische Kooperation bei der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit

Da die USA nach der Hilfszusage vom Dezember 1961 zum wichtigsten wirtschaftlichen Ansprechpartner Nigerias wurden, war die nigerianische Führung bereit, ihre außenpolitischen Initiativen mit Vertretern der USA zu koordinieren und Vorstellungen der US-Regierung zu übernehmen. In der Gegnerschaft zu Nkrumah bestand ohnehin eine Interessensgleichheit zwischen Lagos und Washington. Eine besondere Bedeutung kam der amerikanisch-nigerianischen Zusammenarbeit - sowohl aus amerikanischer als auch aus nigerianischer Sicht - im Vorfeld der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) zu.<sup>673</sup>

Trotz der entschiedenen Gegnerschaft konservativer Regierungen gegenüber Nkrumahs Plänen übte die Idee einer engeren Vereinigung der afrikanischen Staaten eine starke Faszination auf afrikanische Politiker und Intellektuelle – auch in Nigeria – aus. Britische Beobachter meldeten: „However unreal the aims of Pan-Africanism may be, many African leaders sincerely promote it and all, without exception, are obliged to pay lip-service to it.“<sup>674</sup> Vom 22. bis zum 25. Mai 1963 trafen sich daher die Vertreter von 30 afrikanischen Staaten in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba, um sich über Grundzüge für eine verbesserte Kooperation zwischen den neuen Nationen zu verständigen und dem

---

Vol. One, Chapter 5: African Areas (IAA) Program, 1969, in: Administrative History, Box 1, LBJL).

<sup>673</sup> US-Politiker hofften zudem, mit Hilfe von Nigeria amerikanische Interessen im Kongo durchzusetzen. Die nigerianische Führung wurde dazu angehalten, eine 400 Mann starke Polizeitruppe in den Kongo zu schicken, um die Regierung von Adoula bzw. Tshombe zu unterstützen. Der Einsatz der nigerianischen Polizisten wurde von der US-Regierung finanziell unterstützt (siehe Ate, *Decolonization and Dependence*, S. 117ff.). US-Politiker und Diplomaten forderten die nigerianische Regierung zudem auf, sich gegenüber anderen afrikanischen Staatsführern für eine Anerkennung Tshombes einzusetzen und in der UNO auf eine ‘Mäßigung’ anticolonialistischer Forderungen zu drängen (siehe ebd., S. 25ff.).

<sup>674</sup> Despatch From the Foreign Office (Barclay) to British Representatives in Africa, Subject: Africa – The Communist Bloc and Means of Countering Communism, 9.11.1962, in: BDEE. The Conservative Government and the End of Empire, 1957-1964, II, S. 262ff., S. 263. Zur Rolle panafricanischer Ideen in Nigeria siehe die Studie von Claude Phillips von 1964: „It would be impossible to overstress the emotional approbation in articulate Nigerian opinion for the terms ‘Pan-Africanism’ and ‘African unity’ today. The newspapers constantly feature articles on the subject; almost every prominent speaker has something to say on the matter, almost every public conference that could even remotely concern itself with the idea does so; the issue is raised almost daily in the deliberations of the Parliament (...). One easily gets the impression in Nigeria (...) that the only thing which keeps it [Pan-Africanism] from materializing in fact are the evil machinations of false leaders, or the ‘divide and rule’ policies of ‘imperialists’ (...).“ (Phillips, *The Development of Nigerian Foreign Policy*, S. 89).

Interesse an einer größeren Einheit Ausdruck zu geben.<sup>675</sup> Nkrumahs diplomatische Initiativen (s. Kapitel 1.3) hatten wesentlich zum Zustandekommen der Konferenz beigetragen.

Die Vorbereitungen für die Konferenz wurden in Washington aufmerksam beobachtet. Die Verantwortlichen im *State Department* und im Weißen Haus hofften, dass die konservativen Staaten die Diskussionen in Addis Abeba dominieren würden. Die Mitglieder der Kennedy-Administration bemühten sich nach außen hin demonstrativ um eine Position der „benevolent neutrality“. Außenminister Rusk warnte: „Excessive enthusiasm or any public support on our part for Lagos grouping could easily become harmful as well as embarrassing to African moderates.“<sup>676</sup> Eine ‘diskrete’ Unterstützung Nigerias und anderer Staaten, die sich für eine lockere Kooperation unter Beibehaltung der kolonialen Grenzen einsetzten, galt als der beste Weg, um den Aufbau einer Organisation nach den Vorstellungen Nkrumahs zu verhindern. Die USIA und das nigerianische Außenministerium bemühten sich im Vorfeld der Konferenz darum, andere afrikanische Staatsführer weiter gegen Nkrumah einzunehmen. Die Ermordung des togolesischen Präsidenten Sylvanus Olympio im Januar 1963 lieferte ein geeignetes Motiv für eine verschärfte Kampagne gegen den ghanaischen Staatschef. Obwohl nach Einschätzung von Wissenschaftlern zum damaligen Zeitpunkt keine Beweise für eine ghanaische Beteiligung am Staatsstreich in Lomé vorlagen, erklärte der nigerianische Außenminister Wachuku Nkrumah öffentlich zum eigentlichen Drahtzieher des Putsches und schürte so die Furcht konservativer afrikanischer Staatsführer vor subversiven ghanaischen Aktivitäten in ihren eigenen Ländern. Wiederholt forderte Wachuku den Einsatz einer Untersuchungskommission zur Klärung der Ereignisse in Togo, um das Schicksal Olympios stärker ins Bewusstsein der Politiker zu rücken.

---

<sup>675</sup> Detaillierte Informationen über die Gründungskonferenz in Addis Abeba finden sich in Thompson, *Africa and Unity* und Zdenek Červenka, *The Organisation of African Unity and Its Charter*. London 1968.

<sup>676</sup> Aus der Rückschau in Telegram From Secretary of State Rusk to all Diplomatic and Consular Posts in Africa, Subject: Paper on Organization of African Unity, 4.5.66, in: NSF, Africa, Box 76, LBJL; Telegram From Secretary of State Rusk to all Diplomatic and Consular Posts in Africa, 28.2.1962, in: NSF, Nigeria, Box 144, JFKL. Siehe auch Memorandum From the Director of the Office of Inter-African Affairs (Hadsel), Subject: African Political Cooperation, 10.3.1964, in: NSF, Africa, Box 76, LBJL; Memorandum From the Policy Planning Council, Subject: A Policy Planning Task – African Federation and Economic Cooperation, 4.5.1962, in: RG 59, Records of the Policy Planning Staff, 1962, Lot 69D121, Box 220, NA.

USIS-Informationsmaterialien und amerikanische Zeitschriften wie *Newsweek*, die zum Konferenzbeginn in Addis Abeba erhältlich waren, griffen Äußerungen Wachukus auf und unterstrichen mit Hinweisen auf das ghanaische „network of subversion“ den Eindruck einer Gefährdung aller unabhängigen afrikanischen Staaten durch Nkrumah. Die *Time*, die ebenfalls in Addis Abeba verteilt wurde, verkündete: „[I]t has long been obvious to all of Africa that it was basically Nkrumah that Nkrumah wants to promote.“<sup>677</sup>

Bereits das vorbereitende Treffen für die Konferenz auf der Ebene der Außenminister endete mit einer klaren Niederlage für Nkrumah. Der vom ghanaischen Außenminister Kojo Botsio vorgelegte Entwurf für einen gesamtafrikanischen Bundesstaat fand kaum Unterstützung unter den anwesenden Politikern. Stattdessen wurde der Charta-Entwurf, den der chilenische Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten, Manuel Trucco, im Auftrag der äthiopischen Regierung ausgearbeitet hatte, zur Grundlage für die weiteren Diskussionen erklärt.<sup>678</sup> Während der eigentlichen Konferenz trat Balewa als Hauptredner gegen Nkrumah auf und warnte vor den Folgen einer Aufgabe der bestehenden Grenzen. Nkrumah konnte sich in keinem wichtigen Punkt gegen den Nigerianer durchsetzen. Sein leidenschaftlicher Appell „to unite now or perish“, den selbst der US-Botschafter in Äthiopien, Edward Korry, als „spell binding“ beschrieb, wurde weitgehend ignoriert.<sup>679</sup> Stattdessen sah sich der ghanaische Präsident der breiten Kritik von Seiten konservativer Staatsführer ausgesetzt, die eine Einstellung der ‘ghanaischen Subversion’ in ihren Ländern forderten.

Die am 25. Mai 1963 verabschiedete Gründungssatzung der OAU spiegelt deutlich den dominierenden Einfluss Nigerias auf die Diskussionen in Addis Abeba. Zeitgenössische Beobachter sprachen sogar von einer „Pax Nigeriana“.<sup>680</sup> Der Fortbestand der kolonialen Grenzen wurde in mehreren Paragraphen

---

<sup>677</sup> *Newsweek* und *Time* vom 20.5.1963, zit. nach Červenka, *The Organisation of African Unity*, S. 7. Beispiele für die öffentlichen Stellungnahmen Wachukus im Vorfeld der Addis Abeba-Konferenz finden sich in Gambari, *Party Politics and Foreign Policy*, S. 69.

<sup>678</sup> Ähnlich wie Nigeria stand auch die äthiopische Regierung in den 1960er Jahren in enger Verbindung mit den USA. Im Rechnungsjahr 1963 bekam die äthiopische Regierung amerikanische Militärhilfe in Höhe von 11.400.000 US-Dollar. Die hohen Zahlungen an Äthiopien hingen mit der US-Militärbasis in Kagnew zusammen, die u.a. für den Betrieb einer Kommunikationsanlage für Schiff-, Luft- und Weltraumverkehr benutzt wurde (siehe Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 325ff.).

<sup>679</sup> Nkrumah, zit. in Červenka, *The Organisation of African Unity*, S. 10; Telegram From the Embassy in Ethiopia (Korry) to the Department of State, 24.5.1963, in: NSF, Africa, Box 3, JFKL.

<sup>680</sup> Zit. nach Gambari, *Party Politics and Foreign Policy*, S. 71.

festgeschrieben. Die OAU blieb ein loser politischer Zusammenschluss; Vorkehrungen für den Aufbau einer gesamtafrikanischen Armee oder einer gesamtafrikanischen Wirtschaftsplanung wurden nicht getroffen. Auch in der Frage der zukünftigen gemeinsamen Initiativen gegen Südafrika oder Portugal setzten sich in Addis Abeba die konservativen Staaten durch, die sich gegen alle radikalen Maßnahmen zur Verwirklichung der afrikanischen Unabhängigkeit aussprachen. Vorschläge, dass jedes OAU-Mitglied einen festen Prozentsatz des nationalen Budgets für die Verwirklichung antikolonialistischer Projekte abtreten sollte, fanden keinen Eingang in die Gründungscharta. Boykottmaßnahmen gegen Südafrika oder Portugal wurden geplant, aber nur halbherzig durchgeführt. Der Vorsitz im *African Liberation Committee* (ALC) der OAU war Nigeria übertragen worden. Vertreter der nigerianischen Regierung konnten daher starken Einfluss auf die antikolonialistischen Operationen der OAU ausüben. Der ghanaischen Regierung war es dagegen nicht gelungen, einen Sitz im neunköpfigen OAU-Befreiungskomitee einzunehmen. Die Koordinierung der ALC-Aktivitäten für die Unabhängigkeitsbewegung in Angola wurde der kongolesischen Zentralregierung unter Adoula - später Tshombe - übertragen. Es war daher wenig überraschend, dass sich das OAU-Befreiungskomitee lediglich auf der Seite der gemäßigten angolanischen Nationalisten unter Holden Roberto engagierte, während linksgerichtete Gruppen wie die *Popular Front for the Liberation of Angola* unter Dr. Augustino Neto nicht als legitime Vertreter der angolanischen Bevölkerung anerkannt wurden.<sup>681</sup>

Die Vorgänge in Addis Abeba nahmen Nkrumah und seine Unterstützer weiter gegen die konservativen afrikanischen Regierungen ein. Die ghanaischen Medien kommentierten die Entscheidung, den Charta-Entwurf des Chilenen Manuel Trucco als Grundlage für die OAU-Gründungssatzung zu verwenden, mit den Worten:

„Short of war, earthquake or famine, we can think of no greater disaster for Africa than an organisation on the lines of the charter of the Organisation of American States. Of all instruments which have served to

---

<sup>681</sup> Siehe Aluko, *Ghana and Nigeria*, S. 124ff.; Esedebe, *Pan-Africanism. The Idea and Movement*, S. 202.

maintain the Latin American Continent in disunity and patronage under US neo-colonialism, the Charter of the OAS takes foremost place.”<sup>682</sup>

Die Einbeziehung der kongolesischen Regierung in die Maßnahmen zur Befreiung Angolas wurde in der *Spark* als ein Beweis aufgeführt, „that imperialism has cast its net wide around the Liberation Committee”. Nkrumah bezeichnete die Vorgehensweise und Organisation des ALC als einen Verrat an den antikolonialistischen Zielen der OAU.<sup>683</sup> Er fühlte sich in seiner Überzeugung bestätigt, dass die Mitglieder der nigerianischen Regierung ebenso die Vertreter der frankophonen Staaten, die sich während der Konferenz ebenfalls entschieden gegen seine Pläne ausgesprochen hatten, als Marionetten der ‘Neokolonialisten’ auftraten. Die Proteste innerhalb der nigerianischen Bevölkerung gegen die Entscheidungen ihrer Regierung in Addis Abeba unterstützten ihn in seiner Auffassung. Gerade linksorientierte Gruppen in Nigeria forderten lautstark eine stärkere Zusammenarbeit Balewas mit Nkrumah und eine stärkere Orientierung der nigerianischen Politik an ghanaischen Initiativen. Auch in den frankophonen Staaten wurde immer wieder Kritik an der ‘angepassten’ Politik der Regierungen laut. Die Unterstützung der Opposition in diesen Ländern wurde in Nkrumahs Augen zum einzigen noch offen stehenden Weg, um seine Vision von einem afrikanischen Bundesstaat zu verwirklichen.

Nkrumah unternahm 1964/65 eine Reihe diplomatischer Initiativen, um eine Änderung des bisherigen Vorgehens der OAU und den Aufbau einer gemeinsamen politischen Führung und einer gesamtafrikanischen Armee durchzusetzen. Es gelang ihm jedoch trotz aller Bemühungen nicht, Einfluss auf die Entscheidungen zu nehmen. Sein einziger Erfolg war die Ernennung Accras

---

<sup>682</sup> *The Ghanaian Times*, 29.4.1963, S. 2. Siehe auch den Bericht Mahoneys in Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 30.5.1963, in: NSF, Ghana, Box 100/101, JFKL. Die Übernahme der Vorschläge des OAS-Experten führte auch unter nicht-ghanaischen Delegierten zu Protesten (siehe ebd.). Dass Nkrumah die OAU-Charta trotz der seinen Ideen entgegenlaufenden Beschlüsse unterschrieb, hing u.a. damit zusammen, dass ihm einige Staatsführer zusicherten, dass Teile seiner Forderungen auf späteren Konferenzen noch einmal aufgegriffen werden würden (siehe Thompson, *Ghana's Foreign Policy*, S. 322).

<sup>683</sup> *The Spark*, 25.10.1963, S. 2. Zur Stellungnahme Nkrumahs siehe Aluko, *Ghana and Nigeria*, S. 127. Die Entscheidung der ALC-Vorsitzenden, die britische *Barclays Bank DCO* mit den finanziellen Transaktionen des Befreiungskomitees zu betrauen, war in den Augen der Journalisten ein weiterer Beweis für den fragwürdigen Charakter des ALC, da die Briten ihrer Ansicht nach auf diese Weise die Möglichkeit hatten, die Initiativen der Organisation zu überwachen (siehe ebd.). [Die Abkürzung DCO steht für *Dominion, Colonial and Overseas*].

zum Tagungsort für die zweite OAU-Konferenz im Oktober 1965. Während dieser Konferenz blieb er jedoch isoliert und Anfeindungen der Politiker aus den konservativen Staaten ausgesetzt. Selbst mit Hinweisen auf die Vorfälle in Stanleyville schaffte er es nicht, die Delegierten von seiner Sicht zu überzeugen. Darüber hinaus boykottierten mehrere frankophone Staaten das Treffen in Accra aus Protest gegen Nkrumahs 'subversive Aktivitäten' in ihren Ländern.<sup>684</sup> Nkrumah zeigte zu diesem Zeitpunkt immer deutlichere Zeichen der Frustration und der psychischen Erschöpfung. Im April 1965 brach er während eines Gespräches mit US-Botschafter Mahoney in Tränen aus. Mahoney resümierte im Anschluss an dieses Gespräch: „Nkrumah gave me impression of being a badly frightened man. His emotional resources seem to be running out.“<sup>685</sup>

#### **4.3. Amerikanische Initiativen gegen die *All African Trade Union Federation***

Die USA schalteten sich auch in die Diskussionen um den Aufbau einer panafrikanischen Gewerkschaftsunion ein. Die Entscheidungsträger in Washington waren entschlossen, gegen die Etablierung einer – vom IBFG unabhängigen – gesamtafrikanischen Gewerkschaftsunion vorzugehen.<sup>686</sup> Eine besondere Rolle im Rahmen der US-Strategien gegen die AATUF spielte der amerikanische Gewerkschaftsverband AFL-CIO, der in enger Kooperation mit der US-Regierung vorging.<sup>687</sup> Die führenden Mitglieder des Verbandes verstanden

---

<sup>684</sup> Zum Verlauf der OAU-Konferenz im Oktober 1965 siehe Aluko, *Ghana and Nigeria*, S. 122; Thompson, *Ghana's Foreign Policy*, S. 366ff. Die USA unterstützten die Position der frankophonen Staaten (u.a. mit einem medienwirksam inszenierten Staatsbesuch des Präsidenten von Obervolta/Burkina Faso, Maurice Yameogo, im März 1965, siehe ebd., S. 370ff; Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 474).

<sup>685</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Mahoney) to the Department of State, 2.4.1965, in: FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, S. 444ff., S. 446.

<sup>686</sup> Zur Rolle des GTUC beim Aufbau der AATUF siehe Kapitel 1.3. Unterstützung fanden die ghanaischen Gewerkschaftler vor allem in Guinea, Marokko, der Vereinigten Arabischen Republik und Algerien.

<sup>687</sup> Aufgrund der umfassenden Darstellung bei Stoner, *Anti-Communism, Anti-Colonialism, and African Labor* wird hier auf einen ausführlichen Bericht über das Vorgehen der AFL-CIO gegen die AATUF verzichtet. Siehe auch Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 318f.; Gary K. Busch, „The Transnational Relations of African Trade Unions“, in: *Africa Today* 19 (1972), S. 22-32.

sich als Vertreter amerikanischer Wirtschaftsinteressen im Ausland und waren entschiedene Gegner von sozialistischen Projekten. Sie stellten sich zudem gegen eine Abkoppelung afrikanischer Gewerkschaften vom westlichen Dachverband, da dieser Schritt in ihren Augen der WFTU neue Einflussmöglichkeiten in Afrika geben würde. Afrikanische Verbände, die sich für eine weitere Angliederung an den IBFG aussprachen, wurden von der AFL-CIO finanziell unterstützt. Ein Teil der Mittel für diese Operationen stammte aus dem Budget der CIA und wurde über scheinbar unabhängige Gewerkschaftsinstitutionen an die afrikanischen Verbände weitergeleitet.<sup>688</sup> Mitarbeiter der AFL-CIO reisten nach Afrika, um 'Aufklärungskampagnen' gegen die AATUF zu organisieren. Zu den wichtigsten AFL-CIO-Vertretern in Afrika zählte Irving Brown. Brown stand bereits seit seinem Engagement gegen kommunistische Einflüsse unter europäischen Arbeiterverbänden in den 1940er Jahren in engem Kontakt mit der CIA. In den 1950er und 1960er Jahren trat er wiederholt bei afrikanischen Gewerkschaftskonferenzen auf, um die Delegierten in persönlichen Gesprächen von den von der AATUF ausgehenden Gefahren zu überzeugen.<sup>689</sup>

Die Mitarbeiter der AFL-CIO arbeiteten eng mit Tom Mboya, dem Generalsekretär des kenianischen Gewerkschaftsverbands *Kenya Federation of Labor* (KFL), zusammen. Die KFL wurde bereits seit Ende der 1950er Jahre von der AFL-CIO unterstützt. Mboya setzte sich ebenfalls für den Aufbau eines panafrikanischen Verbands ein, versuchte jedoch – gemeinsam mit der AFL-CIO – andere afrikanische Arbeiterführer davon zu überzeugen, dass die Mitgliedschaft in einer solchen überregionalen Gewerkschaft eine weitere Anbindung an den IBFG nicht ausschließen musste. Bei der Gründungskonferenz der AATUF in Casablanca im Mai 1961 gelang es Mboya, die anwesenden Gewerkschaftler in zwei Lager zu spalten. Er beantragte, die Möglichkeit einer Doppelmitgliedschaft, die einen weiteren Verbleib der afrikanischen

---

<sup>688</sup> Nach Aussage von Gary K. Busch wurde beispielsweise ein großer Teil der Initiativen des nigerianischen *United Labor Congress* (ULC) von den USA finanziert (siehe ebd., S. 29ff.). Zur Kooperation zwischen der CIA und der AFL-CIO siehe neben den Ausführungen von Stoner, *Anti-Communism, Anti-Colonialism, and African Labor* auch Barry Cohen, „The CIA and African Trade Unions“, in: *Dirty Work 2: The CIA in Africa*. Hrsg. v. Ellen Ray u. William Schaap. Secaucus 1979, S. 70-79.

<sup>689</sup> Laut Stoner und Carew war es zum Teil auch auf Irving Browns Bemühungen zurückzuführen, dass die erste geplante Gründungskonferenz der AATUF im Mai 1960 scheiterte (siehe Stoner, *Anti-Communism, Anti-Colonialism, and African Labor*, S. 195, 232, 244, 318; Carew, „Conflict within the ICFTU“, S. 171). Zu Browns Aktivitäten in den 1940er und frühen 1950er Jahren siehe Saunders, *The Cultural Cold War*.

Gewerkschaften im IBFG erlauben würde, in die AATUF-Satzung aufzunehmen. Sein Vorschlag wurde – u.a. von den Vertretern des ghanaischen TUC – abgelehnt. Daraufhin verließ Mboya mit mehreren anderen Delegierten die Konferenz. Auch Irving Brown war in Casablanca anwesend, um Mboyas Initiativen zu unterstützen. Im Januar 1962 gründete Mboya mit Hilfe des IBFG einen rivalisierenden panafrikanischen Verband, die *African Trade Union Confederation* (ATUC), der seinen Mitgliedern einen Verbleib im westlichen Dachverband freistellte. 41 Gewerkschaften aus 30 afrikanischen Ländern schlossen sich der ATUC an. Die vom ghanaischen TUC unterstützte AATUF blieb damit von Anfang an ein Torso.<sup>690</sup>

Die AFL-CIO gründete Ende 1964 das *African American Labor Center* (AALC), um das amerikanische Vorgehen gegen linke Strömungen innerhalb der afrikanischen Gewerkschaftsbewegung zu verbessern. Trotz der Bemühungen der AFL-CIO, das AALC als eine unabhängige Einrichtung zu präsentieren, bestanden vielfältige Verbindungen zur US-Regierung. Sowohl die CIA als auch die AID stellten finanzielle Mittel für die Arbeit des AALC zur Verfügung. Zusätzliche Unterstützung kam von den großen amerikanischen bzw. transnationalen Konzernen, die sich von der Ausbildung ‘moderater’ Gewerkschaftsführer durch die AFL-CIO einen positiven Einfluss auf die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Interessen in Afrika erhofften.<sup>691</sup>

---

<sup>690</sup> Zur Kooperation zwischen Tom Mboya und der AFL-CIO siehe Stoner, *Anti-Communism, Anti-Colonialism, and African Labor*, S. 242ff.; Cohen, „The CIA and African Trade Unions”, S. 75; Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 319, 463. Zu den ghanaischen Protesten gegen die Entwicklungen siehe u.a. Telegram From the Embassy in Ghana (Byrne) to the Department of State, Subject: Annual Labor Review, 13.11.1961, in: RG 59, Central Files, 845j06/11-1361, NA.

<sup>691</sup> Zum AALC siehe Stoner, *Anti-Communism, Anti-Colonialism, and African Labor*, S. 277ff.; Cohen, „The CIA and African Trade Unions”, S. 72f.; Busch, „The Transnational Relations of African Trade Unions”, S. 29. In seinem Buch „Neo-Colonialism. The Last Stage of Imperialism” setzte sich auch Nkrumah mit dem AALC auseinander: „[The AFL-CIO] set up the AALC in New York right across the river from the United Nations. ‘As a steadfast champion of national independence, democracy and social justice’, unblushingly stated the April 1965 Bulletin put out by this Centre, ‘the AFL-CIO will strengthen its efforts to assist the advancement of economic conditions of the African peoples. Toward this end, steps have been taken to expand assistance to the African free trade unions by organising the African-American Labour Centre. Such assistance will help African labour play a vital role in the economic and democratic upbuilding of their countries.’ The March issue of this Bulletin, however, gave the game away: ‘In mobilising capital resources for investment in Workers Education, Vocational Training, Co-operatives, Health Clinics and Housing, the Centre will work with both private and public institutions. It will also

## 5. Das Ende der Regierungszeit Nkrumahs

### 5.1. Die USA und der Zusammenbruch der ghanaischen Wirtschaft, 1965

1965 sank der Preis für eine Tonne Kakao auf dem Weltmarkt auf einen neuen Tiefstand. Da zur gleichen Zeit die Preise für industrielle Importe anstiegen, war diese Entwicklung mit katastrophalen Folgen für die ghanaische Zahlungsbilanz verbunden. Die Investitionen aus dem Ausland waren weit hinter den Erwartungen der ghanaischen Regierung zurückgeblieben und nicht in der Lage, den wachsenden finanziellen Problemen entgegenzuwirken. Die Schwierigkeiten bei der Etablierung und Organisation der neuen Staatsfarmen und -unternehmen führten zu zusätzlichen Belastungen. Viele einflussreiche Mitglieder der CPP hatten sich und ihren Günstlingen führende Positionen in den neuen Betrieben gesichert. Die Leitung der Fabriken und Farmen durch Personen, die eher an ihrer eigenen Bereicherung als an einer Realisierung sozialistischer Wirtschaftsreformen interessiert waren, verhinderte eine konsequente Umsetzung der Entwicklungspläne und den richtigen Einsatz finanzieller Ressourcen. Allein die Staatsfarmen verursachten bis Ende 1964 Verluste in Höhe von mehreren Millionen Pfund.<sup>692</sup> Da weiterhin beträchtliche finanzielle Mittel in den Ausbau der nichtproduktiven Infrastruktur und die Unterstützung antikolonialistischer und panafrikanischer Projekte flossen, stand die ghanaische Wirtschaft 1965 kurz vor dem Bankrott. Während einer Kabinettsitzung am 11. Februar 1965 eröffnete der ghanaische Finanzminister Amoako-Atta, dass die Devisenreserven auf weniger als 500.000 Pfund zurückgegangen waren. Seiner Einschätzung nach gab es keine Möglichkeiten, den Rückzahlungsverpflichtungen für kurzfristige Kredite, die

---

*encourage labour-management co-operation to expand American capital investment in the African nations.* The italics are mine. Could anything be plainer?" (Nkrumah, *Neo-Colonialism*, S. 245).

<sup>692</sup> Siehe Osei, *Recurrence and Change in a Post-Independence African State*, S. 64ff.; Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 628; Dzorgbo, *Ghana in Search of Development*, S. 160ff. Nach Einschätzung von Rolf Hanisch lagen die durch die Staatsunternehmen und -farmen verursachten Verluste zum Zeitpunkt des Machtwechsels in Accra im Februar 1966 bei 15,1 Millionen Pfund. Dzorgbo warnt davor, ein abschließendes Urteil über die Wirtschaftlichkeit der von Nkrumah gegründeten Staatsfarmen und Staatsbetriebe zu fällen, da sich diese zur Zeit des Militärputsches 1966 noch in der Aufbauphase befunden hätten (Dzorgbo, *Ghana in Search of Development*, S. 164). Neben Korruption und wirtschaftlichen Fehlplanungen trug auch die schlechte Qualität der von den osteuropäischen Staaten bereitgestellten Technologie zu den hohen Verlusten bei. Viele Maschinen waren nicht tropengeeignet und gingen daher schnell

1965 in größerem Umfang fällig wurden, nachzukommen. Nkrumah reagierte überrascht und mit großer Bestürzung auf diese Nachricht. Der Nkrumah-Biograph David Rooney berichtet nach einer Auswertung der Kabinettsunterlagen aus dem Jahr 1965: „[Nkrumah] sat in silence for fifteen minutes and then broke down and wept.“<sup>693</sup> Im Anschluss an die Sitzung leitete die ghanaische Regierung eine Reihe von Reformen ein, die den weiteren Zusammenbruch des Staatshaushaltes jedoch nicht mehr aufhalten konnten. Darüber hinaus stellte Nkrumah seine Vorbehalte gegenüber westlicher Entwicklungshilfe zurück: Im März 1965 wandte sich die ghanaische Regierung an mehrere westliche Industrienationen – unter anderem auch an Großbritannien und die USA – mit der Bitte um neue Kapitalhilfen.<sup>694</sup>

Im Westen wurde die wirtschaftliche Krise in Ghana mit teilweise unverhohlener Genugtuung zur Kenntnis genommen. Viele Kommentatoren sprachen von unvermeidlichen Konsequenzen einer verantwortungslosen Wirtschaftspolitik. Die ghanaischen Bitten um neue Entwicklungshilfe und verlängerte Fristen für die Rückzahlung der bisherigen Kredite hatten nur wenig Erfolg. Amerikanische und britische Politiker betonten später: „[We] saw little reason to compensate Ghana for its fiscal responsibilities or to reward its support of Congolese rebels and other African dissidents.“<sup>695</sup> Im April 1965 erklärten Sprecher der US-Regierung während einer Pressekonferenz, dass die Vereinigten Staaten zu keiner Unterstützung des Nkrumah-Regimes bereit seien. Aus London kam die Antwort, dass Großbritannien von der ghanaischen Führung zunächst die Durchsetzung eines vom IWF erarbeiteten Reformprogramms erwartete, bevor über neue Kredite diskutiert werden könne. Auch andere potenzielle Geldgeber wie die Bundesrepublik Deutschland oder die Weltbank signalisierten der Regierung in Accra, dass neue Unterstützungsmaßnahmen nur im Rahmen eines IWF-Stabilisierungsprogramms möglich seien.<sup>696</sup> Viele westliche Beobachter

---

kaputt. Aufgrund der fehlenden Devisenreserven waren die Ghanaer nicht in der Lage, Ersatzteile für die defekten Maschinen zu erwerben.

<sup>693</sup> Rooney, *The Political Kingdom in the Third World*, S. 246.

<sup>694</sup> Zu den Reformen und den neuen Bemühungen um wirtschaftliche Unterstützung von Seiten der Industriestaaten siehe Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 507 und Thompson *Ghana's Foreign Policy*, S. 396.

<sup>695</sup> Talking Paper, U.S.-U.K. Talks on Africa, February 1 to 3, 1966, Subject: Economic Prospects in Ghana, undated, in: Personal Papers of Franklin H. Williams, Box 1, LBJL.

<sup>696</sup> Zur Haltung der britischen Regierung siehe Telegram From the Embassy in the United Kingdom (Kaiser) to the Department of State, 2.3.1966, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 17 Ghana-UK, NA; Memorandum of Conversation between the Deputy

bezweifelten allerdings, dass sich ghanaische Führung auf eine Kooperation mit dem Internationalen Währungsfond einlassen würde.

Da der IWF eine Einstellung sozialistischer Reformen und die Aufgabe 'unökonomischer Entwicklungsprojekte' verlangte, protestierten Mitglieder des linken Flügels in der CPP vehement gegen eine Zusammenarbeit mit den Währungsfond-Experten. Die Forderungen des IWF nach weitreichenden Sparmaßnahmen im Bereich der Außenpolitik, deren Umsetzung in der Praxis ein Ende der antikolonialistischen oder panafrikanischen Initiativen der ghanaischen Regierung bedeutet hätte, riefen ebenfalls Kritik und Ablehnung hervor. Nkrumah waren jedoch weitgehend die Hände gebunden. Da auch die osteuropäischen Staaten keine Bereitschaft zeigten, Ghana Kredite zur Tilgung der Schulden bei westlichen Geldgebern zur Verfügung zu stellen, verkündete er, dass er die IWF-Vorschläge sorgfältig überprüfen werde. Gleichzeitig betonte er jedoch vor dem ghanaischen Parlament:

„[Nothing] will cause us to slacken or halt our pace of development. If more sacrifices of luxuries are required, we shall make them. If greater efficiency must be reached in our present production, we shall reach it. But our development will go on.“<sup>697</sup>

Noch vor dem Abschluss der Verhandlungen zwischen den Vertretern des Währungsfonds und der ghanaischen Regierung stellten sich allerdings die USA gegen die Umsetzung eines IWF-Reformprogramms. Grund für diese Entscheidung war die Veröffentlichung von Nkrumahs Buch „Neo-Colonialism. The Last Stage of Imperialism“ im November 1965. Das Buch beinhaltete nicht nur die bislang schärfsten Anklagen des ghanaischen Präsidenten gegenüber der westlichen Afrikapolitik, sondern setzte sich auch speziell mit dem Vorgehen der

---

Assistant Secretary for African Affairs J. Wayne Fredericks and the Deputy Under Secretary of the British Commonwealth Relations Office Sir Algernon Rumbold, Subject: Ghana, 24.3.1965, ebd., POL UK-US. Wegen der ghanaischen Mitgliedschaft im britischen *Commonwealth* und den hohen britischen Investitionen in der ehemaligen Kolonie hatten die Briten ein größeres Interesse daran als die USA, einen vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch Ghanas zu verhindern. Sie hofften allerdings, dass die harten Bedingungen eines IWF-Reformprogramms zu einer weiteren Destabilisierung von Nkrumahs Position in Ghana beitragen würden. Zu den Reaktionen der USA siehe Telegram From the Director of the Office of Central African Affairs (Cashin) to the Embassy in Ghana, 16.7.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 67D26, Box 66, ebd.; Memorandum From the Director of the Office of West Coast and Malian Affairs (Clingerman), 22.6.1965, ebd.

<sup>697</sup> Rede vom August 1965, zit. in Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 606f. Laut Hanisch drängten einige sowjetische Diplomaten Nkrumah sogar zu einer Einigung mit den IWF-Experten (siehe ebd., S. 604).

amerikanischen Regierung und der amerikanischen Gewerkschaften in Afrika auseinander. Die USA wurden als „world’s leading imperialist power“ beschrieben, deren Afrikainitiativen eindrucksvolle Beispiele für die verschiedenen Dimensionen neokolonialistischer Einflussnahme lieferten.<sup>698</sup> Nkrumah verwies unter anderem auf die Arbeit der USIA, die er zum „chief executor of U.S. psychological warfare“ erklärte. Seiner Darstellung zufolge konnte wenig Zweifel daran bestehen, dass die amerikanischen Kulturattachés eng mit der CIA zusammenarbeiteten. Das Buch griff zudem Spekulationen über eine Infiltrierung des *Peace Corps* und der AFL-CIO durch den amerikanischen Geheimdienst auf. Nkrumah warnte:

„[T]he U.S. has actively developed a huge ideological plan for invading the so-called Third World, utilising all its facilities from press and radio to Peace Corps. (...) Programs were drawn up which included the systematic use of U.S. citizens abroad in virtual intelligence activities and propaganda work. Methods of recruiting political agents and of forcing ‘alliances’ with the U.S.A. were worked out.“<sup>699</sup>

Nkrumah rief dazu auf, die Motive amerikanischer Hilfsinitiativen in Afrika stärker in Zweifel zu ziehen. Er zitierte unter anderem einzelne Passagen aus dem offiziellen Bulletin des *African American Labor Center* der AFL-CIO, um aufzuzeigen, dass der amerikanische Gewerkschaftsdachverband weniger an der Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen in Afrika interessiert sei als an der Etablierung kapitalistischer Strukturen.<sup>700</sup>

Die Veröffentlichung dieser ‘anti-amerikanischen’ Äußerungen verlangte nach Ansicht der Politiker in Washington sofortige Maßnahmen, um zu zeigen, dass die USA nicht bereit waren, einen solchen Affront hinzunehmen. Entscheidungsträger im *State Department* betonten: „[We must] bring home forcefully the consequences of Nkrumah’s actions – to Nkrumah, to the Ghanaian people, to other African leaders and to our own people, press and Congressional leaders.“<sup>701</sup>

---

<sup>698</sup> Nkrumah, *Neo-Colonialism*, S. 56.

<sup>699</sup> Ebd., S. 249, 247. Zum Beweis für seine Anschuldigungen gegenüber dem *Peace Corps* betonte Nkrumah: „Since its creation, members of the Peace Corps have been exposed and expelled from many African, Middle Eastern and Asian countries for acts of subversions or prejudice. Indonesia, Tanzania, the Philippines, and even pro-West countries like Turkey and Iran, have complained of its activities.“ (ebd., S. 249).

<sup>700</sup> Siehe auch Fußnote 591. Auch Irving Brown wurde in „Neo-Colonialism“ erwähnt – als „well-known CIA man in labour’s top echelons“ (ebd., S. 244).

<sup>701</sup> Memorandum From the Director of the Office of West African and Malagasy Affairs (Clark) to the Assistant Secretary of State for African Affairs (Williams), Subject: Possible Courses of

Der Staatssekretär für Afrikanische Angelegenheiten Williams traf sich am 17. November 1965 mit dem ghanaischen Botschafter Miguel Riberio, um gegen die Veröffentlichung des Buches zu protestieren. Mitarbeiter des Afrikabüros berichteten anschließend: „[T]he Governor’s rebuke was one of the toughest ever administered and left Riberio obviously shaken.“<sup>702</sup> Eine Einladung zur Eröffnung einer ghanaischen Skulpturenausstellung in Washington lehnte Williams demonstrativ ab. Da seit März 1965 keine neue ghanaische Hilfsanfrage eingegangen war, verkündeten Sprecher der Johnson-Administration am 23. November 1965 die Ablehnung einer bereits seit Mai 1964 vorliegenden und längst negativ beschiedenen ghanaischen Bitte um Leistungen aus dem *Food for Peace*-Programm PL 480. Schlagzeilen in den US-Medien wie „Ghana Bites U.S. Hand So Feeding is Halted“ ließen keinen Zweifel daran, dass die Veröffentlichung von „Neo-Colonialism“ für die Haltung der US-Regierung verantwortlich war.<sup>703</sup>

---

Action Concerning President Nkrumah’s New Book – Action Memorandum, 15.11.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 66D18, Box 67, NA. Mitarbeiter des *Bureau of African Affairs* warnten allerdings davor, sich bei den öffentlichen Protesten auf detaillierte Diskussionen über die Vorwürfe einzulassen, da nicht alle Anschuldigungen ohne weiteres widerlegt werden könnten. Öffentliche Stellungnahmen sollten daher vage bleiben und vor allem die „unprecedented nature of such an attack“ herausstellen (Memorandum From the Director of the Office of West African and Malagasy Affairs (Clark) to the Secretary of State for African Affairs (Williams), Subject: Pertinent Quotations from Nkrumah’s Book, 16.11.1965, ebd.). Der *Deputy Director of the Office of West African Affairs*, Hendrik van Oss, fügte hinzu: „We feel that the burden of proof lies squarely on Ghana to show that the book does not in fact mean what it says, and it is certainly not up to us to prove that the book is wrong.“ (Telegram From the Deputy Director of the Office of West African Affairs (van Oss) to the Embassy in Ghana, 18.11.1965, ebd.). Zu den Reaktionen in Washington auf die Veröffentlichung des Buches siehe die Bemerkung von Robert P. Smith vom *Bureau of African Affairs*: „[W]e have it on good authority that (...) [the President] is ‘not pleased’.“ (Telegram From the Officer in Charge of Ghanaian Affairs (Smith) to the Embassy in Ghana, 10.11.1965, ebd., Lot 67D26, Box 66). Siehe auch Memorandum From the Research and Reference Service, Subject: President Nkrumah’s ‘Neo-Colonialism. The Last Stage of Imperialism’ and Communist Propaganda, December 1965, in: RG 306, Office of Research, ‘R’ Reports, Box 10, ebd., Lot 66D18, Box 67. Die US-Presse berichtete: „Nkrumah calls U.S. Archenemy of Africa“, *The Washington Post*, 3.11.1965, S. 15.

<sup>702</sup> Telegram From the Deputy Director of the Office of West African Affairs (van Oss) to the Embassy in Ghana, 18.11.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 66D18, Box 67, NA. Sowohl Nkrumah als auch Riberio betonten als Reaktion auf die amerikanischen Proteste, dass das Buch kein Angriff auf die gesamte US-Regierung sei, sondern lediglich die Aktivitäten *einiger* US-Behörden und Institutionen in die Kritik zöge (siehe Memorandum From the Department of State’s Executive Secretary (Read) the Secretary of State Rusk, 27.11.1965, in: NSF, Ghana, Box 89, LBJL; Letter From President Nkrumah to Chad F. Calhoun, 7.12.1965, in: EFK, Collec. Number BANC MSS 85/61/c, Foreign Files, 1953-1981, Box 321, BAN).

<sup>703</sup> „Ghana Bites U.S. Hand So Feeding is Halted“, *New York Herald Tribune*, 24.11.1965, S. 3. Darüber hinaus boykottierten die USA Nahrungsmittellieferungen an Ghana durch die UNO, indem sie sich weigerten, der *Food and Agricultural Organization (FAO)* der Vereinten Nationen amerikanischen Mais für ein Hilfsprogramm in Ghana zur Verfügung zu stellen (siehe Memorandum From the Assistant Secretary of State for African Affairs (Williams) to President

Die Afrikaexperten des *State Department* warnten, dass die Durchführung eines IWF-Stabilisierungsprogramms in Ghana die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Proteste gefährden würde. Die US-Diplomaten in Accra bestätigten: „[There would be a] loss in credibility if IMF or IBRD provide significant assistance [to Nkrumah’s Ghana], in view of paramount influence which GOG [Government of Ghana] considers that USG exercises in those organizations.“<sup>704</sup> Sie meldeten darüber hinaus, dass ein neuer Putsch gegen Nkrumah unmittelbar bevorstand und daher alle Maßnahmen, die zu einer Stabilisierung von Nkrumahs Herrschaft beitragen könnten, unterbunden werden müssten.

## **5.2. Der Militärputsch in Ghana, Februar 1966**

Aufgrund der akuten Wirtschaftskrise stellten sich immer mehr Ghanaer gegen die CPP-Regierung. Die Auszehrung der Devisenreserven und die damit einhergehenden Importrestriktionen führten zu Engpässen bei der Konsumgüterversorgung. Allein zwischen Januar und Juli 1965 stiegen die Preise für Konsumgüter um 34 %. Unter den Auswirkungen dieser Entwicklungen hatten vor allem die Menschen aus den unteren Einkommensschichten zu leiden, die lange Zeit zu den erklärten Anhängern Nkrumahs gehört hatten. Besonders explosiv war die Stimmung unter den Kakaobauern, die zur Ausbesserung der Staatskasse mit neuen Belastungen konfrontiert wurden. Die luxuriösen Lebensverhältnisse einiger CPP-Mitglieder, die durch die Ausbeutung der Staatsunternehmen reich geworden waren, nahmen viele Ghanaer zusätzlich

---

Johnson, Subject: Our Actions Concerning President Nkrumah’s Book – Actions to Follow Oral Protest of Nkrumah’s Book, 20.11.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 66D18, Box 67, NA).

<sup>704</sup> Telegram From the Embassy in Ghana (Troxel) to the Department of State, 13.11.1965, in: NSF, Ghana, Box 89, LBJL. Botschaftsrat Troxel nahm zu diesem Zeitpunkt eine wichtige Position innerhalb der US-Botschaft ein, da sich nach dem Ende von Mahoneys Amtszeit (Mai 1965) die Ankunft eines neuen US-Botschafters bis Dezember 1965 hinauszögerte. Diese Verzögerung war ebenfalls Teil der Strategien, mit denen die US-Regierung ihre Verärgerung über die Veröffentlichung von „Neo-Colonialism“ zum Ausdruck bringen wollte.

gegen die CPP und Nkrumah ein, der zu einem Symbol für die wirtschaftlichen Fehlentwicklungen im Land wurde.<sup>705</sup>

Die angespannte Stimmung innerhalb der Bevölkerung wurde von den ghanaischen Militärs aufmerksam verfolgt. Die Opposition der Entscheidungsträger in der Armee gegen Nkrumah und seine Politik hatte sich seit 1961 weiter verschärft. Weder die sozialistischen Reformen noch die Ausweitung der Kontakte zu den Ostblockstaaten oder die Einmischung der CPP in die Ausbildung der Soldaten trafen auf die Zustimmung der Armeeführung. Nkrumahs Entscheidung, eine separate Präsidentenleibwache (*The President's Own Guard*) mit Hilfe sowjetischer Sicherheitsberater aufzubauen und das Budget der regulären Streitkräfte zu beschneiden, war nach Ansicht von Generalstabschef Steven Otu, seinem Stellvertreter General Joseph A. Ankrah sowie Oberst Emmanuel K. Kotoka und Major Akwasi A. Afrifa ein Angriff auf die Würde der Armee.<sup>706</sup> Als Anfang 1965 Gerüchte laut wurden, dass die ghanaische Regierung eine Neubesetzung wichtiger Armeeposten plante, um die Macht der bereits zur Kolonialzeit aktiv gewesenen Führungsgarde zu brechen, sahen Otu, Ankrah, Afrifa und andere Militärs die Zeit für einen Staatsstreich gegen Nkrumah gekommen. Polizeichef John Harrley sicherte ihnen die Unterstützung der Polizei zu.

Die US-Diplomaten und CIA-Agenten in Ghana standen zu dieser Zeit in engem Kontakt mit der Armeeführung. Sie nutzten die in den vergangenen Jahren aufgebauten guten Beziehungen zu Otu und Ankrah, um die Militärs in ihrer Opposition zu Nkrumah zu bestätigen und sie zu einem schnellen Eingreifen zu drängen.<sup>707</sup> Nachdem sich die Armeeführung zu einem Putsch gegen Nkrumah

---

<sup>705</sup> Siehe dazu u.a. Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 633.

<sup>706</sup> Zur Haltung der Armee gegenüber den Entwicklungen in Ghana nach 1961 siehe Dzorgbo, *Ghana in Search of Development*, S. 180. Siehe auch die Biographien von Akwasi A. Afrifa, *The Ghana Coup*. London 1966 und A. K. Ocran, *A Myth is Broken*. London 1968.

<sup>707</sup> Siehe Telegram From the Embassy in Ghana (Troxel) to the Department of State, 23.2.1965, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, POL 15-1 Ghana, NA; Telegram From the Embassy in Ghana (Troxel) to the Department of State, 29.7.1965, ebd., DEF Ghana; Telegram From the Embassy in Ghana (Troxel) to the Office of West Coast and Malian Affairs, 18.5.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 67D26, Box 66, ebd.; Memorandum From Robert W. Komer of the National Security Council Staff to the President's Special Assistant for National Security Affairs (Bundy), 27.5.1965, in: FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, S. 447. Mit großer Unruhe beobachteten die US-Diplomaten und Agenten, dass die Militärs den Zeitpunkt für den Putsch mehrmals hinausgeschoben. Aus Sicht der US-Beobachter vergrößerten solche Verzögerungen lediglich das Risiko einer vorzeitigen Aufdeckung der Verschwörung (siehe Special Memorandum From the Central Intelligence Agency, Subject:

entschlossen hatte, begannen Mitarbeiter der US-Botschaft, detaillierte Pläne für umfangreiche neue amerikanischen Hilfsinitiativen für Ghana aufzustellen, die unmittelbar nach der Machtübernahme eingeleitet werden sollten. Die Präsenz der CIA in Accra wurde weiter ausgebaut.<sup>708</sup>

Im Dezember 1965 kam es zu einem letzten Eklat zwischen Nkrumah und der Armee. Ausgangspunkt war Nkrumahs Entscheidung, die Beziehungen zu Großbritannien abubrechen. Er reagierte damit auf die Weigerung der Verantwortlichen in London, entschlossene Maßnahmen gegen die einseitige Unabhängigkeitserklärung der weißen Regierung in Rhodesien zu unternehmen. Der Bruch mit Großbritannien bedeutete auch das Ende der britischen Militärhilfe für die ghanaische Armee. Hinzu kam, dass Nkrumah seine Entschlossenheit verkündete, eine freiwillige Eingreiftruppe aufzustellen, um militärisch gegen die weißen Siedler in Rhodesien vorzugehen – ein Plan, der von den Militärs entschieden abgelehnt wurde.<sup>709</sup> Am 21. Februar 1966 brach Nkrumah zu einer

---

President Nkrumah's Suspicion of Involvement of Senior Military Officers in Coup Plot, 7.7.1965, in: NSF, Ghana, Box 89, LBJL; Memorandum From Officer in Charge of Ghanaian Affairs (Smith) to the Deputy Director of the Office of West Coast and Malian Affairs (van Oss), Subject: Developments Since Governor Williams' Last Visit – Talking Points, 23.9.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 66D18, Box 67, NA).

<sup>708</sup> Nach Informationen von David Birmingham befanden sich zum Zeitpunkt des Putsches zehn CIA-Agenten in Ghana (siehe Birmingham, *The Father of African Nationalism*. London 1990, S. 92). Weitere Informationen über die Aktivitäten der CIA in Accra bietet William Blum, *Killing Hope. U.S. Military and CIA Intervention Since World War II*. London 1986, S. 198ff.). Zu den Plänen für eine unmittelbare Anhebung der US-Entwicklungshilfe nach der Machtübernahme der Militärs siehe Telegram From the Embassy in Ghana (Troxel) to the Department of State, Subject: Proposed United States Posture Toward a Successor Government to Nkrumah's, 27.4.1965, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Ghana, Lot 67D26, Box 66, NA. Erste Vorbereitungen für die Konzeptionierung eines neuen US-Hilfsprogramms im Falle eines 'prowestlichen' Putsches wurden bereits 1962 eingeleitet (siehe Memorandum From Robert C. Huffman of the Office of West Coast and Malian Affairs to the Director of the Office of West Coast and Malian Affairs (Trimble), 9.10.1962, in: RG 59, BAA, Office of West African Affairs, Country Files, 1951-1963, Ghana, E 3112, Box 1, ebd.).

<sup>709</sup> Die einseitige Unabhängigkeitserklärung (*Unilateral Declaration of Independence* (UDI) der rhodesischen Regierung unter Ian Smith erfolgte im November 1965, nachdem Großbritannien die Verbesserung der Rechtslage der afrikanischen Bevölkerung zur Voraussetzung für eine Unabhängigkeit der Kolonie erklärt hatte. Das Vorgehen der Ian-Smith-Regierung wurde sowohl vom UNO-Sicherheitsrat als auch von der OAU verurteilt. Nachdem die UNO Großbritannien aufgefordert hatte, gegen die UDI vorzugehen, verhängte die britische Regierung zwar Sanktionen gegen Rhodesien, ein militärisches Eingreifen blieb jedoch aus. Die vorsichtige Haltung der Regierung in London ging u.a. auf die Furcht vieler britischer Politiker vor Problemen mit Südafrika und die Solidarität vieler britischer Konservativer mit Ian Smith zurück. Da London trotz der Aufforderung durch den UNO-Sicherheitsrat keine entschlossenen Schritte gegen die UDI unternahm, stellte die OAU Anfang Dezember 1966 der britischen Regierung ein Ultimatum, das den Verantwortlichen in London nur noch bis zum 15. Dezember 1965 Zeit für die Einleitung von militärischen Maßnahmen einräumte. Neben Ghana brachen allerdings nur acht weitere OAU-Mitglieder (u.a. Tansania und die VAR) nach Ablauf des Ultimatums die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien ab (siehe Hanisch, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie*, S. 478; Aluko, *Ghana and Nigeria*, S. 179). Nkrumah nahm die Ereignisse darüber hinaus zum Anlass, um Ghanas Mitgliedschaft im *Commonwealth* in Frage zu stellen. Am 18.

Vermittlungsmission nach Vietnam auf, die auf eine Einladung Ho Chi Minhs vom Juli 1965 zurückging.<sup>710</sup> Drei Tage später, am 24. Februar 1966, marschierten Teile der ghanaischen Armee in Accra ein. Nach kurzen Kämpfen besetzten die Soldaten gemeinsam mit der Polizei den Präsidentenpalast, die Radiostation und andere strategisch wichtige Punkte in der Hauptstadt. Am Ende des Tages verkündete Colonel Kotoka in einer Radiobotschaft an die ghanaische Bevölkerung: „[T]he military, with the cooperation of the police, have taken over the Government of Ghana.“<sup>711</sup> Gemeinsam mit Mitgliedern der Polizei gründeten die Militärs ein *National Liberation Council* (NLC), das die Leitung der Staatsgeschäfte in Ghana übernehmen sollte. Vorsitzender des NLC wurde General Ankrah.<sup>712</sup>

Die Nachricht vom Militärputsch erreichte Nkrumah in Peking, der ersten wichtigen Zwischenstation auf dem Weg nach Hanoi. Die Vietnam-Mission wurde daraufhin abgesagt. Auf Einladung von Sékou Touré reiste Nkrumah nach Guinea, wo ihm Touré Asyl und das Amt eines Co-Präsidenten anbot. Die

---

Dezember 1965 verkündete er, dass er auf der nächsten Sitzung der OAU Diskussionen über einen möglichen Austritt der afrikanischen Staaten aus dem *Commonwealth* initiieren wollte. In einer Rede vor der Nationalversammlung betonte er: „The conception of the Commonwealth was built up upon the idea that it provided a bridge between peoples of all races and of all stages of development. The manner in which events in Southern Rhodesia have been handled by the United Kingdom Government has undermined and betrayed this conception.“ (zit. in Telegram From the Embassy in Ghana (Coe) to the Department of State, 23.12.1965, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 15 Ghana, NA). Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen und Nkrumahs Distanzierung von der *Commonwealth*-Idee könnten möglicherweise bedeuten, dass auch Großbritannien seit Ende 1965 ein verstärktes Interesse an einem Sturz des ghanaischen Präsidenten hatte. Detaillierte Informationen über die Entwicklungen in Rhodesien und die Haltung der USA gegenüber den Ereignissen finden sich in DeRoche, *Black, White And Chrome*, S. 97ff.).

<sup>710</sup> Zur Vietnam-Reise Nkrumahs siehe Thompson *Ghana's Foreign Policy*, S. 409ff.; Rooney, *The Political Kingdom in the Third World*, S. 246f. Ein Beispiel für die spöttischen Reaktionen von US-Diplomaten auf Nkrumahs Vietnam-Mission bietet Telegram From the Embassy in Ghana (Troxel) to the Department of State, 27.2.1965, in: NSF, Ghana, Box 89, LBJL.

<sup>711</sup> Zit. in Telegram From the Embassy in Ghana (Williams) to the Department of State: Subject: Ghana Situation Report, 24.2.1966, ebd.

<sup>712</sup> Die ghanaische Bevölkerung setzte dem Umsturz wenig Widerstand entgegen – zumal eine am 22. Februar 1966 eingeführte Senkung der Bezüge für die Kakaobauern zu neuen Protesten in weiten Kreisen der Bevölkerung geführt hatte. Genauere Informationen über die Vorgänge am 24. Februar 1966 finden sich in Ruth First, *Power in Africa*. New York 1970, S. 365ff.; Rooney, *The Political Kingdom in the Third World*, S. 251ff. und Blum, *Killing Hope*, S. 198ff. Inwieweit die CIA an den Kampfhandlungen beteiligt war, muss aufgrund fehlender Dokumente Spekulation bleiben. Der ehemalige CIA-Agent John Stockwell berichtete 1978 in seinem Buch *In Search of Enemies. A CIA Story*. London 1978, dass die US-Agenten in Ghana geplant hatten, den Einmarsch der Armee in Accra für einen Überfall auf die chinesische Botschaft zu nutzen, um dort 'Geheim-Informationen' und Dechiffriertechnologie zu stehlen. Dieser Plan sei allerdings nicht gebilligt worden (siehe ebd., S. 201). Siehe auch Seymour Hersh, „CIA Said to Have Aided Plotters Who Overthrew Nkrumah in Ghana“, in: *Dirty Work 2: The CIA in Africa*, S. 159-162. Zu den Vorwürfen gegen die CIA von Seiten Nkrumahs siehe u.a. Kwame Nkrumah, *Dark Days in Ghana*. London 1968, S. 49f.

Regierungen von Mali, Tansania, Ägypten und Sambia signalisierten Nkrumah ebenfalls ihre Solidarität. Politiker aus diesen Ländern sprachen in öffentlichen Erklärungen von einem Manöver der Imperialisten und Neokolonialisten. Sie vermuteten, dass entweder Großbritannien oder die USA für die Ereignisse mitverantwortlich waren. Stellvertretend für viele andere Kommentatoren warf der tansanische Präsident Julius Nyerere während einer Pressekonferenz die Frage auf: „Nkrumah stood for liberation of Africa. Whom did he anger? Not Africans and not even friends of Africa.“<sup>713</sup> Auch in den konservativen afrikanischen Staaten protestierten viele Menschen gegen Nkrumahs Absetzung.<sup>714</sup>

Touré überlegte für kurze Zeit, mit Hilfe der guineischen Armee eine Wiedereinsetzung Nkrumahs zu erzwingen. Diese Pläne scheiterten jedoch an dem Widerstand der Regierung der Elfenbeinküste, die sich weigerte, guineische Soldaten durch das Staatsgebiet der Elfenbeinküste ziehen zu lassen. Nkrumah blieb in Guinea und verfasste dort eine Reihe von Büchern, in denen er sich endgültig vom Prinzip eines gewaltfreien Vorgehens gegen die Abhängigkeit Afrikas distanzierte. Die in der Zeit des Exils entstandenen Werke spiegeln deutlich die Frustration des ehemaligen ghanaischen Staatspräsidenten über das

---

<sup>713</sup> Stellungnahme Nyereres bei einer Pressekonferenz am 30.2.1966, zit. in Telegram From the Embassy in Tanzania (Burns) to the Department of State, 1.3.1966, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 1 Africa, NA. Berichte über die Vorwürfe gegenüber den USA und Großbritannien finden sich in Telegram From US Mission at UN (Yost) to the Department of State, 3.3.1966, ebd., POL 23-9 Ghana; Telegram From the Embassy in the United Arab Republic (Battle) to the Department of State, 28.2.1966, ebd.; Telegram From the Embassy in Mali (Moore) to the Department of State, 26.2.1966, ebd. Die starken Reaktionen sambischer Politiker gingen zu weiten Teilen auf die ghanaische Unterstützung des sambischen Unabhängigkeitskampfes zurück (siehe Telegram From the Embassy in Zambia (Edmondson) to the Department of State, 7.3.1966, ebd., POL 16 Ghana.; Telegram From the Embassy in Zambia (Edmondson) to the Department of State, Subject: Zambia Still Admires Nkrumah, 14.4.1969, ebd., 1967-1969, POL 1 Ghana-Zambia).

<sup>714</sup> Informationen über die Reaktionen der Bevölkerung in den konservativen Staaten finden sich u.a. in Telegram From the Embassy in Dahomey (Eastman) to the Department of State, 5.3.1966, ebd., 1964-1966, POL 16 Ghana. Siehe auch Davidson, *Black Star*, S. 204. Innerhalb der ghanaischen Bevölkerung gab es ebenfalls vereinzelte Widerstände gegen den Putsch, die in westlichen Medien allerdings kaum rezipiert wurden. In London organisierten ghanaische Studenten Solidaritätsdemonstrationen für den gestürzten Präsidenten (siehe Telegram From the Embassy in Ghana (Pree) to the Department of State, Subject: Anti National Liberation Council Leaflets Appears in Accra, 24.3.1966, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 16 Ghana, NA; Telegram From Secretary of State Rusk to the Embassy in Accra, 4.3.1966, ebd., POL 23-9 Ghana sowie Dzorgbo, *Ghana in Search of Development*, S. 211). Mitglieder der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung wie Stockely Carmichael, der Vorsitzende des *Student Nonviolent Coordinating Committee* (SNCC), forderten ebenfalls eine Wiedereinsetzung Nkrumahs (siehe Assensoh, *African Political Leadership*, S. 114; Bankole Timothy, *Kwame Nkrumah: From Cradle to Grave*. Dorchester 1981, S. 211).

Scheitern seiner Ideen und Pläne.<sup>715</sup> 1970 wurde Nkrumah schwer krank. Zwei Jahre später starb er in einem rumänischen Krankenhaus in Bukarest an Krebs. Am 7. Juli 1972 wurde er in seinem Heimatort Nkroful im Südwesten Ghanas beigesetzt.

### **5.3. Der *National Liberation Council* als neuer Partner der USA in Afrika**

Die Mitglieder des *National Liberation Councils* begannen unmittelbar nach Nkrumahs Sturz mit einer umfassenden Neuorientierung der ghanaischen Innen- und Außenpolitik. Zu den ersten Maßnahmen der neuen Regierung zählten der Ausbau des Verteidigungsbudgets und die Beförderung der am Putsch beteiligten Militärs.<sup>716</sup> Die ghanaischen Initiativen zur Unterstützung der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen kamen nahezu vollständig zum Erliegen. Die Trainingscamps für die Ausbildung antikolonialistischer Aktivisten wurden geschlossen und die Befreiungskämpfer aus Angola und anderen Kolonien noch im März 1966 des Landes verwiesen. Die Ausweisungswelle traf auch die linken Oppositionellen aus den konservativen afrikanischen Staaten, die sich zu dieser Zeit in Ghana aufhielten. Panafrikanische Ideen spielten im Rahmen der ghanaischen Außenpolitik keine Rolle mehr.

Die Militärs sorgten zudem für ein Ende der ghanaischen Beziehungen mit dem Ostblock. Die Mitglieder der neuen Regierung ließen keinen Zweifel an ihrer Gegnerschaft zu den kommunistischen Staaten. Die diplomatischen Vertretungen Nordkoreas, Nordvietnams, Kubas und Chinas wurden geschlossen und die von kommunistischen Entwicklungshelfern initiierten Entwicklungsprojekte

---

<sup>715</sup> Siehe *Handbook of Revolutionary Warfare; The Spectre of Black Power; Class Struggle in Africa*. London 1970; *Revolutionary Path*. London 1973; *The Struggle Continues*. London 1973.

<sup>716</sup> Siehe Dzorgbo, *Ghana in Search of Development*, S. 207. General Ankrah ließ sich beispielsweise zum Generalmajor befördern. Zur Politik des NLC und den Entwicklungen in Ghana nach dem Sturz Nkrumahs siehe Robert Dowse, „Military und Police Rule“, in: *Politicians and Soldiers in Ghana 1966-1972*. Hrsg. v. Dennis Austin u. Robin Luckham. London 1975, S. 16-36; Osei, *Recurrence and Change in a Post-Independence African State*, S. 72ff.; Robert Pinkney, *Ghana under Military Rule, 1966-1969*. London 1972; Olajide Aluko, „Ghana’s Foreign Policy Under the National Liberation Council“, in: *Africa Quarterly* 10 (1971), S. 312-328.

abgebrochen. Die Militärs setzten stattdessen auf eine enge Kooperation mit den Westmächten und vor allem den USA. Der neue amerikanische Botschafter Franklin H. Williams wurde zu einem der wichtigsten Ratgeber der ghanaischen Führung.<sup>717</sup> Die Übergabe der bei der Auflösung der *President's Own Guard* sichergestellten sowjetischen Flugabwehrkanonen an die US-Regierung und der sprunghafte Anstieg der amerikanischen Entwicklungshilfe an Ghana waren deutliche Zeichen für das neue Verhältnis zwischen Accra und Washington.<sup>718</sup>

Bei den Bemühungen um eine Wiederbelebung der ghanaischen Wirtschaft orientieren sich die Militärs eng an den Vorschlägen des Internationalen Währungsfond. Die unter Nkrumah initiierten sozialistischen Reformen gehörten seit Februar 1966 der Vergangenheit an. Gemeinsam mit den IWF-Experten verfügte der NLC eine Auflösung oder Privatisierung der Staatsfarmen und -betriebe. In vielen Unternehmen übernahmen westliche Konzerne die Kontrolle. Die Steuern für den Kapitaltransfer wurden von 20 % auf 12 % gesenkt, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Ghana für ausländische Investoren zu erhöhen.

Die USA setzten sich auf mehreren Ebenen dafür ein, dem NLC die Regierungsübernahme zu erleichtern. Bereits Anfang März 1966 trafen die ersten amerikanischen Lebensmittellieferungen in Accra ein, die dem NLC die

---

<sup>717</sup> Zur Ablösung Mahoneys siehe Fußnote 704. Der Anwalt Franklin H. Williams zählte zu den „best-connected and highest ranking negroes in the Administration“ (Memorandum From the President's Special Assistant (Rostow) to President Johnson, 26.2.1966, in: NSF, Ghana, Box 89, LBJL). Vor seiner Berufung zum US-Botschafter in Ghana war er Leiter des *African Regional Office* des *Peace Corps* und Berater des UNO-Botschafters Adlai E. Stevenson.

<sup>718</sup> 1967 unterstützten die USA die ghanaische Wirtschaft mit insgesamt 35 Millionen US-Dollar (15 Millionen für Nahrungsmittelhilfe und 20 Millionen Dollar von der AID). Siehe Memorandum From the Director of the Bureau of Budget (Schultze) to President Johnson, Subject: 20 Million Program Loan for Ghana, 8.5.1967, in: NSF, Ghana, Box 89, LBJL; Memorandum From the President's Special Assistant (Rostow) to President Johnson, 11.5.1967, in: FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, S. 465f.). Auch andere westliche Industrienationen gaben nach dem Machtwechsel in Accra ihre ablehnende Haltung gegenüber Hilfeleistungen an Ghana auf. Die Weltbank schloss im März 1966 ein Beistandsabkommen mit dem NLC. Großbritannien stellte 1967 11,2 Millionen, Italien 10 Millionen, die Bundesrepublik Deutschland 6,25 Millionen, Kanada 2 Millionen und der IWF 27 Millionen US-Dollar für eine internationale 'Rettungsoperation' zur Verfügung (ebd.). Die Flugabwehrkanonen waren für die USA vor allem deshalb interessant, weil ähnliche Waffen in Vietnam eingesetzt wurden (siehe Administrative History of the Department of State, Vol. One, Chapter 5: Ghana, 1969, in: Administrative History, Box 2, LBJ; Memorandum From the President's Special Assistant (Rostow) to President Johnson, Subject: Your Meeting with Chairman Ankrah (Ank-ra) of Ghana, Tuesday, October 10, 9.10.1967, in: FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, S. 475ff., S. 477).

Unterstützung der Bevölkerung sichern sollten.<sup>719</sup> Gemeinsam mit ihren britischen Kollegen bemühten sich US-Diplomaten darum, andere afrikanische Regierungen zu einer schnellen Anerkennung der neuen ghanaischen Führung zu bewegen. Die USIS-Medien präsentierten die Putschisten als rechtschaffene Männer, die lediglich aus Sorge um die Zukunft des ghanaischen Staates gehandelt hätten. Sie zeigten Fotos von der jubelnden ghanaischen Bevölkerung, um die innenpolitische Unterstützung für den NLC herauszustellen. Amerikanische Propagandaexperten halfen dem NLC bei der Organisation eines neuen *Ministry of Information*.<sup>720</sup> Mit der Unterstützung der USA veröffentlichte das NLC-Informationsministerium eine Reihe von 'Enthüllungsberichten' über die 'Verbrechen' Nkrumahs. Pamphlete mit Titeln wie „What was wrong with Nkrumah“ oder „Nkrumah's Subversion in Africa“ sprachen von Beweisen, denen zufolge sich Nkrumah an den ghanaischen Staatsreserven bereichert und geplant hatte, gemeinsam mit der Sowjetunion und China ganz Afrika seiner Herrschaft zu unterwerfen. Diese 'Enthüllungsberichte' boten nach Ansicht von US-Propagandaexperten und Diplomaten nicht nur ausgezeichnetes Material zur Diskreditierung Nkrumahs, sondern waren auch dazu geeignet, die afrikanische Bevölkerung erneut auf die Gefahren einer engen Zusammenarbeit mit den kommunistischen Staaten aufmerksam zu machen.<sup>721</sup>

---

<sup>719</sup> Gerade Franklin H. Williams setzte sich gegenüber Washington mit großem Engagement für einen schnellen Einsatz der amerikanischen Hilfsprogramme ein. Wiederholt drängte er: „This Government now deserves our fullest support – we wanted it, we have it, we can keep it – (...) if we do what is necessary.“ (Telegram From the Embassy in Ghana (Williams) to the Department of State, 25.2.1966, in: White House Files, Confidential File, Ghana, Box 8, LBJL).

<sup>720</sup> Amerikanische Experten unterstützen zudem die neue ghanaische Regierung bei den Bemühungen um eine Reorganisation der ghanaischen Medien. Gemeinsam mit der *Ghana News Agency* organisierten USIA-Mitarbeiter ein *Instant Floating Journalism Institute* – eine Art Wanderinstitut, „which, like a floating crap game, can be hurriedly summoned and moved from place to place“ (Telegram From USIS Accra (Stansbury) to USIA Washington, Subject: Report for April, 5.5.1966, in: RG 306, Records Relating to Exhibits in Foreign Countries, 1955-1967, Box 10, NA). Zu den Bemühungen, andere afrikanische Staaten zu einer schnellen Anerkennung des NLC zu bringen, siehe Telegram From the Embassy in the United Kingdom (Kaiser) to the Department of State, Subject: Recognition of Ghana, 2.3.1966, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 15 Ghana, ebd.; Telegram From the Embassy in the United Kingdom (Kaiser) to the Department of State, 2.3.1966, ebd., POL Ghana-UK; Telegram From the Embassy in Ghana (Williams) to the Department of State, 5.3.1966, ebd., POL 15 Ghana; Telegram From the Embassy in the United Kingdom (Bruce) to the Department of State, 16.3.1966, ebd.

<sup>721</sup> Siehe Telegram From the Embassy in Ghana (Williams) to the Department of State, Subject: Ministry of Information Releases Two Anti-Nkrumah Pamphlets, 21.7.1966, ebd.; Telegram From the Embassy in Ghana (Williams) to the Department of State, 17.3.1966, ebd., POL 23-9 Ghana. Über die US-Botschaften wurden die Pamphlete auch in anderen afrikanischen Staaten verteilt (siehe u.a. Telegram From the Embassy in Chad (Morris) to the Department of State, 15.6.1966, ebd., POL AFR). Wissenschaftler wie W. Scott Thompson (*Ghana's Foreign Policy*) benutzten die Veröffentlichungen als Quelle für ihre Darstellung der ghanaischen Afrikapolitik von 1961 bis

Die USA bemühten sich zudem, Forderungen nach einer sofortigen Übertragung der politischen Macht in die Hände einer zivilen Führung entgegenzuwirken. Auch entschieden prowestliche Politiker wie Kofi A. Busia, die auf einen Rücktritt der Militärs zu ihren Gunsten drängten, wurden von den USA nicht unterstützt.<sup>722</sup> Eine zivile Regierung war nach Einschätzung amerikanischer Beobachter aufgrund der vielfältigen wirtschaftlichen Probleme und der instabilen politischen Situation keine geeignete Alternative zum NLC. US-Politiker und Diplomaten waren überzeugt, dass die Militärs am besten in der Lage waren, die Stabilität aufrecht zu halten und 'notwendige' Reformen durchzusetzen. Auch US-Journalisten betonten in ihren Berichten über die Entwicklungen in Ghana: „A firm hand is necessary to carry through austerity.“<sup>723</sup>

Während Ghana zum neuen Vorzugspartner der USA in Afrika avancierte, wandten sich die Entscheidungsträger in Washington immer mehr von einer engen Zusammenarbeit mit Nigeria ab. Bereits 1965 wuchs unter US-Politikern die Kritik an der Führung von Premierminister Balewa. Das nigerianische Engagement für die amerikanischen Interessen in Afrika war weit hinter den Erwartungen des *State Department* zurückgeblieben. Die innenpolitischen Probleme und die Zusammenstöße zwischen den Regionen, die ab 1964 immer mehr Menschenleben kosteten, ließen der Regierung in Lagos wenig Zeit und personelle Kapazität, um als „moderating and stabilizing influence“ in Afrika aufzutreten.<sup>724</sup> Die Umsetzung der US-Entwicklungsprojekte in Nigeria entsprach ebenfalls nicht den amerikanischen Vorstellungen. Trotz der optimistischen Prognosen amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler zu Beginn der 1960er Jahre

---

1966. Viele Behauptungen des NLC, wie beispielsweise die Bemerkungen über die persönliche Bereicherung Nkrumahs, sind erwiesenermaßen falsch (siehe dazu z.B. Birmingham, *The Father of African Nationalism*, S. 114).

<sup>722</sup> Siehe u.a. Telegram From Secretary of State Rusk to the Embassy in Ghana, 27.5.1966, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 15-1 Ghana, NA; Telegram From the Embassy in Ghana (Foley) to the Department of State, 31.5.1966, ebd.

<sup>723</sup> C. L. Sulzberger, „No More Animal Farm“, *The New York Times*, 5.11.1967, in: Personal Papers of Franklin H. Williams, Box 1, LBJL.

<sup>724</sup> Memorandum From the Policy Planning Council, Subject: Guidelines of U.S. Policy Toward Nigeria, 19.4.1961, in: NSF, Nigeria, Box 144, JFKL. Wegen der instabilen Verhältnisse in Nigeria gelang es der Regierung in Lagos beispielsweise nicht, wie ursprünglich geplant, 400 Polizisten zur Unterstützung Tshombes in den Kongo zu schicken. Bei der OAU-Konferenz in Nairobi im Oktober 1964 war Nigeria lediglich durch zweitrangige und schlecht vorbereitete Politiker vertreten, denen es nicht gelang, Einfluss auf die Entscheidungen zu nehmen (siehe u.a. Telegram From the Embassy in Nigeria (Mathews) to the Department of State, 15.10.1964, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Nigeria, Lot 66D4, Box 77, NA).

blieb das erhoffte Wirtschaftswachstum in Nigeria aus. Viele US-Beobachter waren überzeugt, dass Balewa zu wenig Kontrolle über die Realisierung des nigerianischen Entwicklungsplans ausübte. Die geringen Resultate der US-Entwicklungshilfe hingen allerdings nicht nur mit den innenpolitischen Krisen und der weit verbreiteten Korruption in Nigeria zusammen, sondern wurden auch durch die teilweise gravierenden Verzögerungen bei der Auszahlung der amerikanischen Kredite und Fehlplanungen auf Seiten der amerikanischen Entwicklungsexperten verursacht.<sup>725</sup> Am 15. Januar 1966 wurde die nigerianische Regierung durch einen Militärputsch abgesetzt. Bei dem Umsturz kamen sowohl Premierminister Balewa als auch der nigerianische Finanzminister Festus Okotieh-Eboh und die Premiers der Nord- und Westregion, Sir Ahmadu Bello und Chief S. L. Aktintola, ums Leben.<sup>726</sup> Amerikanische Politiker begrüßten den Machtwechsel in Lagos in der Erwartung, dass die Militärregierung mit größerer Effizienz gegen den drohenden Zusammenbruch der nigerianischen Föderation und die Probleme bei der Umsetzung der Entwicklungsprojekte vorgehen würde. Um die Zusammenarbeit mit der neuen Führung nicht zu gefährden, wurde die Ermordung Balewas in den öffentlichen Stellungnahmen der US-Regierung nur mit großer Vorsicht thematisiert.<sup>727</sup> Ein weiterer Putsch durch rivalisierende

---

<sup>725</sup> Erst 1963 wurden die ersten von den USA unterstützten Projekte realisiert. Anstatt der vorgesehenen 50 % kamen zwischen 1962 und 1966 nur 20 % der gesamten öffentlichen Investitionen für die Umsetzung des Entwicklungsplans aus dem Ausland (siehe Ate, *Decolonization and Dependence*, S. 85ff.). Siehe dazu auch die Kritik des Staatssekretärs für Afrikanische Angelegenheiten George Mennen Williams, der oft vergebens auf eine schnellere Auszahlung der amerikanischen Hilfsgelder drängte, in Memorandum From the Assistant Secretary of State for African Affairs (Williams) to Secretary of State Rusk, Subject: Major Conclusions of Williams' African Trip, 25.2.1963, in: RG 59, BAA, Office of West African Affairs, Country Files, 1951-1963, Nigeria, E 3112, Box 6, NA. Siehe auch Memorandum From Nicholas Feld of the Office of West Coast and Malian Affairs to the Assistant Secretary of State for African Affairs (Williams), Subject: A.I.D.'s Reassessment of FY 1967 AID Strategy and Levels, 15.10.1965, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, AID 9 Nigeria, ebd.).

<sup>726</sup> Einer der Auslöser für den Militärputsch waren die schweren Unruhen nach den Regionalwahlen im Herbst 1965, die zu einem Zusammenbruch der staatlichen Ordnung in weiten Teilen des Landes führten. Zu den Entwicklungen, auf die an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden kann, siehe Gieler, *Nigeria zwischen Militär- und Zivilherrschaft*, S. 121ff.

<sup>727</sup> Siehe Memorandum From the Assistant Secretary of State for African Affairs (Williams) to Secretary of State Rusk, Subject: Public Statement on Prime Minister Balewa's Death, 20.1.1966, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Nigeria, Lot 68D33, Box 80, NA; Memorandum From the Bureau of Intelligence and Research (Hughes) to Secretary of State Rusk, Subject: Military Coup Attempt in Nigeria, 15.1.1966, ebd.; Memorandum From the Assistant Secretary of State for African Affairs (Williams) to the Secretary of State Rusk, Subject: Nigeria – Situation Report, 21.1.1966, ebd.; Congressional Briefing Papers, Subject: Why Nigeria is Important to the U.S., 10.2.1966, ebd.

Militärs im Juli 1966 und der Ausbruch des Bürgerkriegs 1967 brachten jedoch das endgültige Scheitern der amerikanischen Nigeriapolitik.

Die Verhältnisse in Ghana nach der Machtübernahme des NLC entwickelten sich ebenfalls nicht nach den Vorstellungen der US-Regierung. Wissenschaftler ziehen heute eine vorwiegend negative Bilanz der mit Hilfe des IWF initiierten Wirtschaftsreformen. Das ghanaische Haushaltsdefizit wurde zwar deutlich gesenkt, doch die Schließung der Staatsunternehmen und die Einstellung vieler Entwicklungsprojekte brachte eine Explosion der Arbeitslosenzahlen.<sup>728</sup> Die Devaluation der ghanaischen Währung, die ebenfalls auf Vorschläge des IWF zurückging, ließ die Preise für Lebensmittel und Konsumgüter weiter steigen. Während der Anteil des Verteidigungsbudgets an den gesamten Staatsausgaben zwischen 1966 und 1969 von 22 % auf 41 % wuchs, gingen die Investitionen im Bereich der Landwirtschaft im selben Zeitraum um 27,2 % zurück.<sup>729</sup> Auch die Ausgaben für den Ausbau des Gesundheitssystems wurden deutlich verringert. Für viele Menschen in Ghana war der Machtwechsel in Accra mit einer weiteren Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation verbunden. Es kam zu mehreren Arbeiterstreiks und Unruhen an den Schulen, die von den Militärs mit Hilfe der Polizei wieder unter Kontrolle gebracht wurden. 1969 wurde bekannt, dass Ankrah Bestechungsgelder von ausländischen Konzernen angenommen hatte. Der damit verbundene Skandal läutete das Ende der NLC-Herrschaft in Ghana ein. Nach dem Rücktritt Ankrahs sahen die Militärs keine Möglichkeiten mehr, die Vorbereitungen für eine Übergabe der Regierungsmacht an eine zivile Führung noch länger hinauszuzögern. Sie legten jedoch per Gesetz fest, dass alle ehemaligen CPP-Mitglieder nicht als Kandidaten bei den Wahlen für die

---

<sup>728</sup> Die Einstellung sozialistischer Reformen und Entwicklungsprojekte wird heute gerade von vielen afrikanischen Wissenschaftlern kritisiert. Dan-Bright S. Dzorgbo spricht von einer Aufgabe „of many important projects and national assets critical for Ghana’s long-term development“ (Dzorgbo, *Ghana in Search of Development*, S. 187). Ähnlich bewertet Akwasi P. Osei die Wirtschaftsreformen des NLC: „Despite the NLC’s pledge to restore to Ghana a healthy economy, the thrust of its policies was to move in the direction of undoing and dismantling a state-dominated economy which, despite its drawbacks, had the potential to be more self-sustaining.“ (Osei, *Recurrence and Change in a Post-Independence African State*, S. 79). Siehe auch die Kritik bei Eboe Hutchful, *The IMF and Ghana. The Confidential Record*. London 1987 und Frank Kwaw Codjoe, *Elites, Ideology and Development Problems of Ghana*. Ammersbek b. Hamburg 1988, S. 400ff.). Innerhalb der ghanaischen Bevölkerung gab es bereits 1967 erste Proteste gegen den „sellout of national interests to U.S. business firms“ (zit. in National Intelligence Estimate, Subject: Security Conditions in Certain African Countries, 21.12.1967, in: NSF, National Intelligence Estimates, Box 8, LBJL).

<sup>729</sup> Siehe Dzorgbo, *Ghana in Search of Development*, S. 207.

zukünftige Regierung zugelassen waren. Diese Regelung verhalf den ehemaligen Gegnern Nkrumahs zu einem entscheidenden Vorteil. Sieger der Wahl im Oktober 1969 wurde Kofi A. Busia. Im Januar 1972 übernahm erneut das Militär die Macht in Ghana.

## **Kapitel VI – Schlussbetrachtung**

### **1. Der Triumph des Westens: ‘*The myth of Kwame Nkrumah has been broken*’**

Anfang März 1966, wenige Tage nach dem Sturz Nkrumahs, erklärte der guineische Präsident Sékou Touré gegenüber US-Diplomaten, „that, while he could understand USG was not entirely unhappy about developments in Ghana, it was bad taste for [US politicians and media] (...) to treat Nkrumah as it had and gloat over his downfall“.<sup>730</sup>

Viele amerikanische Beobachter gaben sich nur wenig Mühe, ihre Genugtuung über die Absetzung des ghanaischen Präsidenten zu verbergen. US-Politiker und Journalisten sprachen von einem „forward step for Africa as well as Ghana“ und einer neuen Chance für die ghanaische Bevölkerung, „to work together in fulfilling her early promise of democracy and economic progress.“ Zeitungen wie der *Christian Science Monitor* sahen in Nkrumahs Absetzung „a certain poetic justice (...): Mr. Nkrumah’s dictatorship was dethroned precisely as he was being entertained by his ideological friends in Peking.“ Die *Washington Post* deklarierte unter der Schlagzeile „Ghana Redeemed“: „There has been no worthier candidate for redemption than Ghana - but from, not by, its self-proclaimed Redeemer.“<sup>731</sup>

---

<sup>730</sup> Telegram From the Embassy in Guinea (Graham) to the Department of State, 5.3.1966, in: RG 59, Central Files, Subject-Numeric File, 1964-1966, POL 23-9 Ghana, NA. Die Formulierung „the myth of Kwame Nkrumah has been broken“ findet sich in Telegram From the Embassy in Ghana (Williams) to the Department of State, 25.3.1966, ebd.). Auch die amerikanischen Medien nahmen diese Formulierung auf und sprachen ebenfalls von einem „dramatic and welcome end of the myth of Kwame Nkrumah“ (Martin Kilson, „Ghanaians Pick Up Nkrumah Pieces“, *Christian Science Monitor*, 18.3.1966, S. 25).

<sup>731</sup> Brendan Jones, „Review of Economic Conditions in Africa – Continent’s Restless Leaders Learn the Art of the Possible“, *The New York Times*, 27.1.1967, White House Files, Confidential

Hinweise auf die finanzielle Misere in Ghana nahmen in der amerikanischen Berichterstattung über den Machtwechsel in Accra einen zentralen Platz ein. Die relativ hohen ghanaischen Haushaltsreserven zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1957 wurden wiederholt thematisiert, um das Ausmaß des – angeblich von Nkrumah verursachten – wirtschaftlichen Niedergangs herauszustellen und um die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien von einer Mitschuld für die Verhältnisse freizusprechen.<sup>732</sup> Wirtschaftliche Fehlplanungen und die Verschwendung finanzieller Ressourcen durch außenpolitische Abenteuer und sinnlose Prestigeobjekte wurden als Hauptursache für die Wirtschaftskrise präsentiert. Dem Zusammenbruch des Kakaopreises wurde höchstens eine Nebenrolle eingeräumt.<sup>733</sup>

In den ausführlichen Beschreibungen der desolaten Finanzsituation in Ghana feierte Amerika sich selbst. Die wirtschaftliche Krise bestätigte in den Augen von US-Politikern und Journalisten die Überlegenheit des eigenen Wirtschaftssystems und die Vermessenheit von Experimenten „with non-western solutions“.<sup>734</sup> Mitarbeiter des *State Department* sahen in der Situation in Ghana einen eindrucksvollen Beweis dafür, dass sozialistische Konzepte und radikale Positionen keine gangbaren Lösungen für die Probleme in Afrika darstellten. Die Vergrößerung des ghanaischen Haushaltsdefizits durch Nkrumahs außenpolitische Initiativen zeigte aus amerikanischer Sicht zudem die Legitimität der bestehenden internationalen Mächtehierarchie, die den afrikanischen Staaten bestenfalls eine

---

File, Ghana, Box 6, LBJL; Memorandum From the Executive Secretary of the Department of State (Read) to the the President's Special Assistant (Rostow), Subject: Suggested Presidential Toast for Delivery at White House Luncheon, Oktober 10, during Visit of General Ankrah of Ghana, 5.10.1967, in: NSF, Ghana, Box 89, ebd.; Kilson, „Ghanaians Pick Up Nkrumah Pieces“, „Ghana Redeemed“, *Washington Post*, 26.2.1966, S. 7.

<sup>732</sup> Nach US-Angaben betrug die ghanaischen Devisenreserven im Jahr 1957 (u.a. aufgrund der hohen Einnahmen aus dem Kakaohandel) ca. 500 Millionen US-Dollar, während die ghanaische Wirtschaft zum Zeitpunkt des Machtwechsels 1966 mit einem Schuldenberg in Höhe von 700 Millionen US-Dollar belastet war (siehe „Ghana Redeemed“; Don Louchheim, „Nkrumah leaves Ghana in Economic Ruin“, *Washington Post*, 26.2.1966, in: White House Files, Confidential File, Ghana, Box 6, LBJL; Jones, „Review of Economic Conditions in Africa – Continent's Restless Leaders Learn the Art of the Possible“; Don C. Trenary, „Ghana Climbing Out of Hole Nkrumah Dug“, *The Milwaukee Journal*, 20.8.1967, ebd.).

<sup>733</sup> Amerikanischen Zeitungsberichten zufolge gab es keinen Zweifel, dass eine rechtzeitige Aufgabe des von Nkrumah eingeschlagenen Wirtschaftskurses und eine größere Kooperationsbereitschaft gegenüber dem IWF die Auswirkungen des Preisverfalls gemildert beziehungsweise aufgehoben hätten. Die von Nkrumah angestoßenen Verbesserungen im Bereich der Gesundheitsversorgung oder des Bildungssystems wurden von US-Journalisten selten erwähnt.

<sup>734</sup> Memorandum From the Assisitant Secretray of State for African Affairs (Palmer) to the Secretary of State Rusk, Subject: Progress Report on New U.S. Initiative in African Policy, 7.5.1966, in: NSF, Africa, Box 76, ebd.

Nebenrolle auf dem internationalen Parkett zuwies. Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrats sprachen von einer willkommenen Warnung an alle afrikanischen Staatsführer, „[that] there is no future in grandiose posturing on the world stage”.<sup>735</sup> Die CIA verkündete das Ende einer Epoche, in der radikale Politiker die Möglichkeit gehabt hatten, die Entwicklungen in Afrika zu beeinflussen: „Radical nationalists such as Nkrumah, who once seemed to be the wave of the future, have proved to be poor managers, and enthusiasm for their brand of militant change has lost steam.”<sup>736</sup>

## **2. Der verlorene Kontinent und der Rückgang der amerikanischen Afrikahilfe**

Die Vorfälle in Ghana waren nicht die einzigen Entwicklungen in Afrika, die von US-Journalisten zu diesem Zeitpunkt kritisch kommentiert wurden. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, nur ein knappes Jahrzehnt nach dem Ende der Kolonialherrschaft, erklärten amerikanische Medien Afrika zum verlorenen Kontinent und sprachen von einer Verschwendung des Unabhängigkeitsversprechens durch die mangelnde Kompetenz der afrikanischen Regierungen. Viele US-Journalisten zitierten Äußerungen der britischen Afrikaexpertin Elspeth Huxley, die bereits in den 1950er Jahren gewarnt hatte, dass der Rückzug der Kolonialmächte Chaos und Anarchie bringen würde.<sup>737</sup> Die wirtschaftlichen Einbrüche und gewaltsamen Machtwechsel in Afrika ab 1965 dienten, ungeachtet der verschiedenen Hintergründe für die Ereignisse, als Beweise für die vermeintliche mangelnde Entwicklungsbereitschaft der afrikanischen Bevölkerung und die Unfähigkeit der politischen Führungen.

---

<sup>735</sup> Memorandum From Edward Hamilton of the National Security Council Staff to President Johnson, Subject: What are we Doing in Africa?, 22.8.1967, in: NSF, Files of Edward K. Hamilton, Box 3, ebd.

<sup>736</sup> Special Memorandum Prepared in the Central Intelligence Agency, Subject: Current Political Situation and Prospects in Tropical Africa, 20.5.1966, in: NSF, Africa, Box 76, ebd.

<sup>737</sup> Viele US-Tageszeitungen brachten zudem Artikel von Elspeth Huxley (siehe z.B. Elspeth Huxley, „Africa Needed More Time, Independence Came too Soon”, *The Dallas Morning News*, 16.7.1967, S. 14).

George Gent von der *New York Times* betonte stellvertretend für viele andere Kommentatoren:

„[A look on Africa today] emphasized several important points. Among these: Merely gaining independence does not in itself solve the problems of the black Africans. (...) [The] gory civil war in the Congo and the economic havoc wrought by the former dictator Nkrumah in Ghana (...) [can be] offered as proof of this. Too many Africans (...) fail to realize that, above all, they need the help and cooperation of the whites.“<sup>738</sup>

US-Journalisten verwiesen auf den Niedergang Nigerias, um die Machtlosigkeit amerikanischer Hilfsinitiativen angesichts der vielfältigen Probleme in Afrika herauszustellen. Ähnliche Bemerkungen prägten die Diskussionen unter US-Politikern, Diplomaten und Wissenschaftlern.<sup>739</sup>

Die alten negativen Vorstellungen über die Menschen in Afrika trugen wesentlich zur der schnellen Verurteilung der neuen afrikanischen Staaten bei. Das Scheitern der Entwicklungsprojekte wurde nicht auf Fehler in den eigenen Konzepten und Theorien zurückgeführt, sondern ausschließlich endogen verursachten Modernisierungsdefiziten angelastet. Nur die wenigsten Kommentatoren sahen eine Mitverantwortung des Westens für die wirtschaftlichen und politischen Krisen in Afrika. Die Probleme, die sich aus der kolonialen Vergangenheit ergaben, wurden Mitte der 1960er Jahre selten thematisiert. Auch an amerikanischen Universitäten fanden nur wenige Debatten über die negativen

---

<sup>738</sup> George Gent, „4 Hours of Africa“, *The New York Times*, 11.9.1967, S. 12. Siehe auch die Bemerkungen von Arnold Zeitlin in der *Dallas Morning News*: „With many areas fresh for development, there are good opportunities for using new techniques – such as those developed for automation. But Africans are not equipped to handle sophisticated methods on a general basis.“ (Arnold Zeitlin, „Africa’s New Nations Plagued by Rash of Problems“, *The Dallas Morning News*, 17.6.1967, S. 7). Einige konservative Journalisten forderten die Johnson-Administration sogar aufgrund der vermeintlichen Unfähigkeit afrikanischer Politiker zu einer offenen Solidarisierung mit den weißen Regierungen Afrikas auf: „Where in Africa does one find stability in government? Where does one find Western ideas and institutions? (...) Where is the black African advancing most steadily in education, wealth, housing, medical care? The answer is that these attitudes, exertions, amenities, and advantages are to be found largely in Angola, Rhodesia, Mozambique and South Africa. And where, we may ask ourselves, are opposite conditions to be found? (...) Where are the military juntas, the tin pot dictators, the most barbaric tribal rivalries?“ (James J. Kilpatrick, „Mad U.S. Policy Loses Friends in Africa“, *Sunday Star*, Washington D.C., 22.10.1967, S. 3).

<sup>739</sup> Der neue Staatssekretär für afrikanische Angelegenheiten Joseph Palmer II beispielsweise war von einem „notable lack of will and determination in Africa“ überzeugt (Remarks by Assistant Secretary of State for African Affairs Joseph Palmer II, Chiefs of Mission Conference, Addis Abeba, December, 8 - 12, 1966, 8.12.1966, in: RG 59, BAA, Records of the BAA, 1958-1966, Multiple Lot Files, Director’s Files, 1966, Lot 69D328, Box 1, NA). [G. Mennen Williams war im März 1966 von seinem Amt zurückgetreten].

Konsequenzen des Kolonialismus für die Entwicklungsfähigkeit der afrikanischen Länder statt.

Amerikanische Politiker nutzten die ausbleibenden wirtschaftlichen Fortschritte in Afrika, um den Rückgang der amerikanischen Afrikahilfe zu legitimieren.<sup>740</sup> Nachdem sich in den Entscheidungszentralen in Washington die Auffassung durchgesetzt hatte, dass die Sowjetunion in Afrika keine wesentlichen Gewinne erzielen konnte, sahen US-Politiker nur noch wenig Sinn in einem breiten entwicklungspolitischen Engagement in Afrika. Von 495 Millionen US-Dollar im Rechnungsjahr 1962 gingen die Zahlungen an Afrika 1963 auf 490 Millionen, 1964 auf 378 Millionen und 1965 auf 329 Millionen US-Dollar zurück. Damit machte die US-Afrikahilfe nur noch 7,3 % der gesamten US-Wirtschaftshilfe aus. Bis 1968 sanken die Zahlungen an Afrika weiter auf 156 Millionen US-Dollar. Der Krieg in Vietnam ging zwar mit allgemeinen Kürzungen im Rahmen der US-Auslandshilfe einher, doch keine andere Region war von den Einsparungen so stark betroffen wie Afrika.<sup>741</sup> Darüber hinaus beschloss die amerikanische Regierung 1967 die Zahl der bilateralen Hilfsabkommen zwischen Afrika und den USA von 35 auf 10 zu reduzieren. Bei den afrikanischen Staaten, die weiterhin bilaterale amerikanische Wirtschaftshilfe zugesprochen bekamen, handelte es sich in erster Linie um Länder, in denen die USA bestimmte politische oder strategische Interessen verfolgten wie Tunesien, Äthiopien, Kongo, Marokko, Nigeria oder Ghana. Der Verzicht auf bilaterale Hilfsverträge mit der Mehrzahl der afrikanischen Staaten war ein deutliches Zeichen für die geringe Bedeutung, die US-Politiker Ende der 1960er Jahre den Entwicklungen in Afrika beimaßen.<sup>742</sup>

---

<sup>740</sup> Siehe beispielsweise ebd. oder Memorandum From Robert W. Komer of the National Security Council Staff to President Johnson, 19.6.1965, in: FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, S. 306f.

<sup>741</sup> Angaben nach Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 264; Report From the Agency for International Development, Subject: AID Commitments in Fiscal Year 1968 by Region and Appropriation Category, undated, in: NSF, Files of Edward K. Hamilton, Box 3, LBJL; Administrative History of the Agency for International Development, Vol. One, Chapter 2: AID Overseas Operations, 1969, in: Administrative History, Box 1, LBJL.

<sup>742</sup> Der Entschluss zu einer Reduzierung des bilateralen Engagements der USA in Afrika ging auf die Vorschläge einer von Lyndon B. Johnson ins Leben gerufenen *Task Force on the Review of African Development Policies and Programs* zurück, die im Juli 1966 vorlagen (siehe Report of the Task Force on the Review of African Development Policies and Programs, Subject: Policy for Development in Africa, 22.7.1966, in: FRUS, 1964-1968, Vol. XXIV, S. 334ff.). Anstelle einer bilateralen Entwicklungskooperation sollten sich die USA nach den Vorschlägen der *Task Force* stärker im Rahmen regionaler und multilateraler Projekte engagieren. In der Öffentlichkeit sprachen US-Politiker daher nicht von einem Abbau, sondern von einer Neuorientierung der amerikanischen Entwicklungshilfe. Während der Rückzug der USA aus der bilateralen Entwicklungshilfe zügig durchgeführt wurde, ging der Ausbau des US-Engagements im Rahmen

### 3. Die Krise der Modernisierungstheorie und der Wandel des Nkrumahbildes in der westlichen Wissenschaft

Die Grundprämissen der Modernisierungstheorie gerieten gegen Ende der 1960er Jahre erstmals verstärkt in die Kritik, als sich mit der Durchsetzung der *Dependencia*-Theorie in Lateinamerika eine neue entwicklungstheoretische Schule von Bedeutung etablierte. Frank André Gunder und andere bekannte Vertreter der *Dependencia* führten die Probleme in der 'Dritten Welt' nicht länger auf endogene Faktoren zurück, sondern auf die Eingliederung der Regionen in das kapitalistische Wirtschaftssystem. Die Ausrichtung der ökonomischen Entwicklung in den Kolonien auf die Bedürfnisse der kapitalistischen Zentren hatte ihrer Ansicht nach zu einer dauerhaften Deformation der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen geführt, die eine wirkliche Entwicklung unmöglich machte. Während die Verbindungen mit den westlichen Industriestaaten aus Sicht des Modernisierungsparadigmas den Beginn von wirtschaftlichem Fortschritt markierten, sahen die *Dependencia*-Autoren hier den Ausgangspunkt für Unterentwicklung.

Die *Dependencia*-Theorie ist seit ihrer Entstehung oft kritisiert worden, da sie in vielen Punkten lediglich eine spiegelbildliche Umkehrung modernisierungstheoretischer Annahmen bot. Den *Dependencia*-Autoren ist immer wieder das Versäumnis vorgeworfen worden,

„binnengesellschaftliche Entwicklungsaspekte in ihre Analyse einzubeziehen bzw. das Verhältnis von endogenen und exogenen Faktoren der Entwicklung und Unterentwicklung anders als definitorisch zu bestimmen. Auch sie produzierten daher keine *Entwicklungstheorie* im eigentlichen Sinne, was spätestens dann deutlich wurde, als sich gegenläufige Entwicklungen an der Peripherie nicht länger mit Weltmarkt und Abhängigkeit erklären ließ.“<sup>743</sup>

---

multilateraler oder regionaler Programme jedoch nur schleppend vor sich. Die von der *Task Force* vorgeschlagene Konzentration der US-Hilfe auf einige wenige Staaten stellte allerdings im Grunde keine wirklich bedeutende Änderung der bisherigen US-Politik dar. Bereits 1963 gingen 74,5 % der gesamten US-Hilfe an acht afrikanische Länder (Sudan, Tansania, Libyen, Äthiopien, Liberia, Marokko, Tunesien, Nigeria), während kleinere, politisch und strategisch unbedeutende Länder kaum bedacht wurden (Angaben nach Memorandum From the President's Special Assistant (Dungan) to President Kennedy, Subject: Aid to Africa, 6.3.1963, in: FRUS, 1961-1963, Vol. XXI, S. 329f.). Während Tunesien im Rechnungsjahr 1963 71,3 Millionen US-Dollar erhielt, bekam die Elfenbeinküste 2,5 Millionen US-Dollar und Kamerun 1,0 Millionen US-Dollar (siehe Leimgruber, *Kalter Krieg*, S. 270f.).

<sup>743</sup> Andreas Boeckh, „Entwicklungstheorien: Eine Rückschau“, in: *Handbuch der Dritten Welt. Band 1*, S. 110-130, S. 112. In seinem Beitrag für das von Dieter Nohlen herausgegebene

Trotz der Schwächen im Detail bereitete die *Dependencia*-Theorie dem lange Zeit vorherrschenden ahistorischen Entwicklungsverständnis ein Ende und förderte auch an westlichen Universitäten ein kritischeres Bewusstsein für die Folgewirkungen des Kolonialismus. Die negativen Konsequenzen der wirtschaftlichen und politischen Hierarchisierung der Welt und der damit verbundenen Arbeitsteilung wurden seit dem Ende der 1960er Jahre stärker als ein Problem für die Entwicklungsfähigkeit der Länder auf der südlichen Welthalbkuugel erkannt.<sup>744</sup>

Die kritischere Sicht auf die dominante Position der Industriestaaten in der Weltwirtschaft beeinflusste auch das Nkrumahbild in der westlichen Wissenschaft. Nkrumahs Warnungen vor 'neokolonialistischen Abhängigkeitsverhältnissen' wurden seit den 1970er Jahren nicht mehr als Hirngespinnste eines unter dem Einfluss der Sowjetunion stehenden afrikanischen Diktators abgetan. Rainer Tetzlaff erklärte beispielsweise in seiner Studie über das Vorgehen der Weltbank und des IWF in den 1960er Jahren, dass Nkrumah zwar „pauschal“, „aber nicht unbegründet“ geurteilt habe.<sup>745</sup> Die weitere Verschlechterung der Lebenssituation vieler Menschen in Ghana nach der Machtübernahme des NLC führte zu einem neuen Interesse an einer Auseinandersetzung mit Nkrumahs

---

„Lexikon Dritte Welt“, das im April 2000 in einer vollständig überarbeiteten Neuausgabe erschien, betont Boeckh zu Recht: „Glaubte man während der Blütezeit der Dep. [sic], die Frage nach den Ursachen von Unterentwicklung und Entwicklung ohne weiteres benennen zu können, fällt heute angesichts der enormen Differenzierungsprozesse innerhalb der Dritten Welt die Antwort auf diese entwicklungs-theoretischen Grundfragen immer schwerer. Die Dep. (aber nicht nur diese) ist mit ihrem paradigmatischen Anspruch gescheitert. Sich mit ihr als *Theorie* auseinanderzusetzen ist daher heute vor allem unter theoriegeschichtlichen Gesichtspunkten interessant. Versteht man sie jedoch (...) bescheidener als eine *Situationsanalyse*, (...) dann hat sie für große Teile der Dritten Welt nichts an Aktualität verloren.“ (ders., „Dependencia-Theorien“, in: *Lexikon Dritte Welt*, S. 171-175, S. 175, Hervorhebung durch W.B.). Siehe auch Dudley Seers (Hrsg.), *Dependency Theory. A Critical Reassessment*. London 1981; Magnus Blomström, Björn Hettne, *Development Theory in Transition: The Dependency Debate and Beyond: Third World Responses*. London 1984.

<sup>744</sup> Siehe dazu u.a. Hajor, *Dictionary of Third World Terms*. London 1993, S. 96f.: „Dependency theory played a pioneering role in exposing the ethnocentric assumptions of modernization theory. It showed that Third World could not be studied in isolation from the historical impact of colonization and economic domination.“ Die *Dependencia* blieb allerdings ein Wissenschaftsdiskurs. Von US-Politikern und der breiten Öffentlichkeit in den USA wurden die neuen Perspektiven nur am Rande wahrgenommen. Die Modernisierungstheorien erlebten zudem in den 1980er Jahren eine Neuaufgabe im Neoliberalismus, der viele Übereinstimmungen mit den gängigen westlichen Theorien aus den 1950er und 1960er Jahren aufwies (siehe dazu Brohman, „Universalism, Eurocentrism, and Ideological Bias in Development Studies“, S. 121, 134). Rostow gilt auch heute noch als ein wegweisender Wirtschaftsexperte. 1991 gab die *Cambridge University Press* eine Neuaufgabe seiner „Stages of Economic Growth“ heraus.

<sup>745</sup> Tetzlaff, *Die Weltbank: Machtinstrument der USA oder Hilfe für Entwicklungsländer?*, S. 251.

politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen. Viele westliche Wissenschaftler werfen Nkrumah zwar auch weiterhin ‘mangelnde Geduld’ bei der Umsetzung seiner Pläne vor, doch seine Ideen werden heute positiver bewertet als zum Zeitpunkt seines Sturzes. Bekannte Interpreten der ghanaischen Geschichte wie Basil Davidson betonen: „[Nkrumah] failed in trying to reach the right goal, and not, like many of his time and later, in trying to reach the wrong one.“ Der Nkrumah-Biograph David Rooney resümiert:

„His hopes were encapsulated in his ultimate goal of a United Africa in which its rich natural resources would be used for the benefit of all its people and would not be filched from them by foreign financiers and other exploiters. (...) [He was] a man of vision whose achievements were undermined by the inadequacy of his administration.“<sup>746</sup>

Anders als 1966 sprechen viele Afrikahistoriker zudem heute nicht mehr von Nkrumahs ‘Größenwahnsinn’, sondern loben seinen Einsatz für ein neues afrikanisches bzw. schwarzes Selbstbewusstsein und seine Bemühungen, den afrikanischen Staaten ein stärkeres Mitspracherecht auf internationaler Ebene zu sichern: „The slogan ‘black is beautiful’ had not yet gained currency but Nkrumah had given people a pride in their black skins and a confidence in themselves which slavery and colonialism had eroded.“<sup>747</sup>

#### **4. Zusammenfassung**

Die amerikanische Afrikapolitik in den 1950er und 1960er Jahren zeichnete sich durch ein hohes Maß an Kontinuität in der Zielsetzung und der Motivation aus. Trotz der wichtigen Rolle der Freiheitsideologie im Rahmen des amerikanischen Selbstverständnisses traten die USA im subsaharischen Afrika während des gesamten Untersuchungszeitraums als Unterstützer kolonialistischer bzw.

---

<sup>746</sup> Davidson, *Black Star*, S. 207; Rooney, *The Political Kingdom in the Third World*, S. 269, 2.

<sup>747</sup> Birmingham, *The Father of African Nationalism*, S. 96. Siehe auch Davidson, *Black Star*, S. 164; Rooney, *The Political Kingdom in the Third World*, S. 6.

neokolonialistischer Arrangements auf.<sup>748</sup> Das Primat des Antikommunismus im Rahmen der US-Außenpolitik nach 1945 führte dazu, dass Forderungen nach der Durchsetzung von Selbstbestimmungsrechten in den Diskussionen amerikanischer Politiker über das Vorgehen in Afrika kaum eine Rolle spielten. Die Entscheidungsträger in Washington waren davon überzeugt, dass die Afrikapolitik den Bedürfnissen der 'nationalen Sicherheit' der USA untergeordnet werden musste. Die Sorge um den Zusammenhalt des Nato-Bündnisses und das mangelnde Interesse an einem Verlust des westlichen Zugriffsrechts auf afrikanische Ressourcen ließen wenig Raum für antikolonialistische Postulate. Die USA unterstützten die Pläne britischer Kolonialexperten, die hofften, mit Hilfe eines graduellen, d.h. langsamen Machttransfers den britischen Einfluss in Afrika dauerhaft abzusichern. Die gelegentlichen antikolonialistischen Stellungnahmen amerikanischer Politiker in der UNO und anderen internationalen Gremien waren in erster Linie eine Reaktion auf die öffentliche Kolonialismuskritik von Seiten der Sowjetunion und wurden zurückgestellt, sobald sich die ersten Verstimmungen in den Beziehungen mit den europäischen Kolonialmächten abzeichneten.

Das mangelnde Engagement der USA für die Unabhängigkeit der Kolonien fand seine Fortsetzung in der Boykothaltung der US-Regierung gegenüber den afrikanischen Forderungen nach einer Neudefinition der Beziehungen zwischen den Entwicklungsländern und den Industriestaaten. Die wachsende Bedeutung der Blockfreien-Bewegung in Afrika wurde in den USA mit wenig Sympathie zur Kenntnis genommen. Die Existenz einer unabhängigen Staatengruppe, die sowohl mit den USA als auch mit der Sowjetunion zusammenarbeiten wollte, ließ sich nur schwer mit dem dualistischen Weltbild der Kalten Krieger in Washington vereinbaren. Da sich fast alle ehemaligen Kolonien der Blockfreien-Bewegung anschlossen, bemühten sich US-Politiker zu Beginn der 1960er Jahre nach außen hin um eine demonstrative Offenheit gegenüber der neuen Staatengruppe. Die

---

<sup>748</sup> Die in der Wissenschaft immer wieder aufgeworfene These von einer Sonderrolle John F. Kennedys, der sich von der „anti-nationalist tendency“ seiner Vorgänger distanziert habe, bezeichnet nicht viel mehr als einen Mythos, der auf die medienwirksame Außendarstellung seiner Politik zurückzuführen ist (Mahoney, *Ordeal in Africa*, S. 244). Das konkrete Vorgehen der Kennedy-Administration in Afrika bietet dagegen wenig Anhaltspunkte für eine solche Einschätzung. Wie im Verlauf der vorliegenden Studie gezeigt, wurde beispielsweise die anfängliche Kritik der Kennedy-Administration am portugiesischen Kolonialismus, die einen wesentlichen Referenzpunkt für die positive Bewertung der Afrikapolitik Kennedys bildet, bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1961 wieder zurückgenommen.

amerikanische Toleranz bezog sich jedoch nur auf diejenigen blockfreien Staaten, die trotz ihrer Mitgliedschaft in der Bewegung vorsichtige Distanz zur Sowjetunion wahrten und von einer praktischen Umsetzung der proklamierten Ziele absahen. Ähnlich gestaltete sich die Haltung der US-Regierung gegenüber der Idee eines 'afrikanischen Sozialismus'. Wegen der großen Popularität des 'Sozialismus'-Begriffs in den ehemaligen Kolonien schreckten US-Politiker vor einer öffentlichen Verurteilung 'sozialistischer Experimente' in den neuen afrikanischen Staaten zurück. Dies hing auch damit zusammen, dass der 'afrikanische Sozialismus' in vielen Ländern bloße Rhetorik blieb, die wenig Entsprechung in der praktischen Gestaltung der Wirtschaftspolitik fand. Sozialistische Reformprojekte, die auf eine nachhaltige Umgestaltung der bestehenden Wirtschaftsordnungen abzielten, stießen dagegen unvermindert auf Widerstand unter US-Politikern. Für die meisten amerikanischen Kommentatoren war die Einführung sozialistischer Wirtschaftsstrukturen zugleich auch ein Anzeichen dafür, dass die Führer dieser Staaten keine großen Vorbehalte gegenüber einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion hatten.

Der Kalte Krieg war nicht die einzige Ursache für die distanzierte Haltung der USA gegenüber den afrikanischen Unabhängigkeitsforderungen. Kulturell geprägte Überzeugungen von der Überlegenheit des eigenen Zivilisationsentwurfs und der Minderwertigkeit der Menschen 'schwarzer' Hautfarbe waren für das amerikanische Vorgehen ebenso entscheidend wie rein machtpolitische Erwägungen. Zwar verschwanden die klassischen Rassentheorien in den 1940er Jahren aus dem öffentlichen Diskurs, die Vorstellung von der Unterlegenheit der Afrikaner gegenüber den Mitgliedern der eigenen Gesellschaft strukturierte jedoch weiterhin das Weltbild amerikanischer Politiker. Die im Rahmen dieser Arbeit geleistete Analyse amerikanischer Regierungsunterlagen aus den 1950er und 1960er Jahren zeigt den Einfluss rassistischer Wahrnehmungsmuster auf die handlungsleitenden Afrikabilder vieler US-Akteure, der durch die Rassentrennung in den USA gefördert wurde. Der Glaube an die mangelnden Fähigkeiten der afrikanischen Bevölkerung zu einer eigenständigen Existenz führte dazu, dass die Diskrepanz zwischen proklamierten Freiheitsidealen und politischer Praxis nur unvollständig erkannt wurde. Auch aus diesem Grund stieß die Unterordnung der Afrikapolitik unter die 'Bedürfnisse der Nationalen Sicherheit' nur auf wenig

Widerstand. Die traditionellen afrikanischen Lebensgewohnheiten galten als Hindernisse für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas und stellten nach Auffassung von US-Politikern keine geeignete Basis für den Anschluss des Kontinents an das 'moderne' Zeitalter dar. Viele sahen in der europäischen Präsenz in Afrika einen Garant für wirtschaftlichen Fortschritt und Stabilität. Die an amerikanischen Eliteuniversitäten entwickelten Modernisierungstheorien beruhten auf diesen Vorstellungen und bestätigten die US-Politiker in ihren Überzeugungen. Die Annahme einer amerikanisch-europäischen Wertegemeinschaft verstärkte die selektive Wahrnehmung des Kolonialismus und verstellte den Blick für die negativen Auswirkungen der europäischen Fremdherrschaft. Die afrikanischen Nationalisten zogen aufgrund ihrer Proteste gegen die weitgehend positiv perzipierte europäische Herrschaft das Misstrauen amerikanischer Beobachter auf sich. Viele US-Politiker und Diplomaten waren überzeugt, dass die europäischen Kolonialherren besser in der Lage waren, den Afrikanern Schutz und Sicherheit zu bieten als die 'korrupten und opportunistischen Befreiungsführer'. Die in vielen wissenschaftlichen Darstellungen der amerikanischen Afrikapolitik mitschwingende These, dass sich die USA ohne den Kalten Krieg entschieden für ein schnelles Ende des Kolonialismus eingesetzt hätten, muss daher in Frage gestellt werden.

Die Vorstellung von den begrenzten Fähigkeiten der afrikanischen Bevölkerung beeinflusste auch nach der Unabhängigkeit der Kolonien die amerikanische Herangehensweise an die Entwicklungen in Afrika. Den afrikanischen Politikern wurde oft von vornherein 'mangelnde Kompetenz' und 'unsachgemäße Emotionalität' unterstellt. Amerikanische Entscheidungsträger waren daher nicht bereit, den Repräsentanten der afrikanischen Regierungen dieselbe Rolle in internationalen Debatten zuzugestehen wie amerikanischen oder westeuropäischen Politikern. Die Überzeugung von der Überlegenheit der 'weißen' Nationen führte zu instinktiven Abwehrreaktionen gegenüber den Forderungen nach einer radikalen Änderung der bisherigen internationalen Hierarchie. Diese Haltung verstärkte die negativen Reaktionen amerikanischer Entscheidungsträger auf die Bewegung der Blockfreien. In den Augen von US-Politikern waren die afrikanischen Staatsführer nicht in der Position, eine Vermittlerrolle zwischen den Großmächten zu beanspruchen oder die Politik der westlichen Industrienationen in Afrika herauszufordern, sondern sollten sich in

erster Linie um die innenpolitischen Probleme in ihren Ländern kümmern. Das Aufbegehren einiger afrikanischer Politiker gegen die bestehende Mächtehierarchie galt als ein Zeichen für Selbstüberschätzung und mangelnden Einblick in 'internationale Realitäten'.

Der Glaube an die Überlegenheit der westlichen Welt beeinflusste auch die amerikanische Politik gegenüber den Versuchen einiger afrikanischer Staatsführer, Entwicklungswege zu beschreiten, die von westlichen Vorstellungen und Konzepten abwichen. Die Idee von einer Vermischung kapitalistischer und sozialistischer Konzepte verstieß gegen den westlichen Wirtschaftsdogmatismus und die Überzeugung, dass die an westlichen Universitäten formulierten Entwicklungsmodelle die besten Lösungen für die afrikanischen Probleme bereithielten. Die Ausweitung des staatlich gelenkten Wirtschaftssektors wurde lediglich als ein Zwischenstadium auf dem Weg zu einer funktionierenden Privatwirtschaft akzeptiert. Afrikanische Maßnahmen, die den Einfluss europäischer Konzerne beschränken sollten, stießen in der Regel auf wenig Verständnis und galten als Hindernisse für die Modernisierung der afrikanischen Staaten.

Die amerikanische Ghanapolitik bietet gute Beispiele dafür, mit welchen Mitteln die USA versuchten, ihren Interessen und Vorstellungen in Afrika Geltung zu verschaffen. Während der Kolonialzeit konzentrierte sich das amerikanische Vorgehen auf die Kultur- und Informationspolitik. Die Veranstaltungen im US-Informationszentrum, die Filmvorführungen und die Verteilung der USIS-Informationsmaterialien zielten darauf ab, die Propagandabemühungen der britischen Kolonialregierung zu unterstützen und radikalen Tendenzen innerhalb der Bevölkerung entgegenzuwirken. Darüber hinaus sollten die Menschen in der Goldküste dazu gebracht werden, in den USA ein Vorbild für ihre eigene Gesellschaftsorganisation zu sehen und den globalen Führungsanspruch der USA anzuerkennen.

Nach der Unabhängigkeit der Goldküste rückte die US-Wirtschaftshilfe in den Mittelpunkt der amerikanischen Strategien. Die Bewilligung der Voltagelder 1961 stand nicht – wie von Interpreten der Regierungszeit Kennedys immer wieder

behauptet<sup>749</sup> – für eine neue amerikanische Toleranz gegenüber den blockfreien Staaten, sondern war darauf ausgerichtet, den ghanaischen Staatpräsidenten wieder enger an den Westen zu binden. Die Voltahilfe sollte den Repräsentanten der US-Regierung neue Möglichkeiten geben, den westlichen Einfluss in Ghana dauerhaft zu verankern und als Druckmittel benutzt werden, um ‘antiwestliche’ Initiativen des ghanaischen Präsidenten zu unterbinden. Wirtschaftliche Argumente spielten bei den Diskussionen um die Bewilligung der Voltahilfe kaum eine Rolle. Der US-Botschaftsrat in Accra, Oliver L. Troxel, betonte: „[Projects like the Volta Dam were] not chosen for their ‘effective contribution to Ghana’s development’. (...) [D]evelopmental objectives are not first and foremost in our African program.“<sup>750</sup> Nkrumahs Weigerung, die amerikanische Wirtschaftshilfe zum Anlass für eine umfassende Modifikation seines innen- und außenpolitischen Vorgehens zu nehmen, führte zu einer Neuorientierung der amerikanischen Politik. Nach dem Scheitern der *positive wooing strategy* waren US-Politiker nicht länger bereit, Ghana substanzielle Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Der Zusammenbruch der ghanaischen Wirtschaft im Jahr 1965 wurde bewusst in Kauf genommen bzw. forciert, um die Bedingungen für eine Machtübernahme der Militärs in Ghana zu verbessern. Die internationalen Finanzorganisationen Weltbank und Währungsfond unterstützten die US-Politik. Aufgrund des starken amerikanischen Einflusses in den Entscheidungsgremien der beiden Organisationen hatten Projekte in der ‘Dritten Welt’, die nicht die Zustimmung der USA fanden, wenig Aussichten auf eine Förderung von Seiten der Weltbank oder des Währungsfonds. Die vom IWF aufgestellten Bedingungen für ein Stabilisierungsprogramm für Ghana waren mit Nkrumahs Plänen für die Durchsetzung sozialistischer Wirtschaftsstrukturen nicht zu vereinbaren. Das *Peace Corps* und die AID-Entwicklungshelfer in Ghana wurden in das amerikanische Vorgehen gegen Nkrumah und seine politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen eingebunden. Die US-Entwicklungshelfer sollten den Ghanaern Alternativen zu Nkrumahs Ideen aufzeigen und seine

---

<sup>749</sup> Siehe beispielsweise Richard J. Walton, *Cold War and Counterrevolution: The Foreign Policy of John F. Kennedy*. New York 1972, S. 207; 206f.: „Kennedy’s handling of Nkrumah demonstrated how far he had moved from the (...) neutrality-is-immoral concept. (...) Such a loan would never have been possible during the Eisenhower-Dulles years; Eisenhower’s administration demanded a quid pro quo for assistance on that scale.“

<sup>750</sup> Memorandum From the Counselor of the Embassy in Ghana (Troxel) to the Director of the Office of West Coast and Malian Affairs (Trimble), 18.11.1963, in: RG 59, BAA, Office of West African Affairs, Country Files, 1951-1963, Ghana, E 3112, Box 1, NA.

Neokolonialismus-Warnungen als Hirngespinnste oder Propagandalügen enttarnen. Auch die Mitarbeiter der USIA in Ghana wurden angewiesen, ihre Tätigkeit zu nutzen, um Nkrumahs Einfluss innerhalb der ghanaischen Bevölkerung entgegenzuwirken. Mit Hilfe der USIA bemühten sich die USA zudem darum, die Menschen in anderen afrikanischen Staaten gegen den ghanaischen Staatspräsidenten einzunehmen und seinen Ruf als Vorreiter der Unabhängigkeitsbewegung zu unterminieren. USIS-Informationsmaterialien informierten ausführlich über die innenpolitischen Probleme in Ghana, während 'konservative' afrikanische Staatsführer die USIS-Informationsmagazine als Plattform für ihre Kritik an Nkrumah nutzen konnten. Der AFL-CIO wurden Mittel aus dem Budget der CIA zur Verfügung gestellt, um Nkrumah und den ghanaischen GTUC innerhalb der afrikanischen Gewerkschaftsbewegung zu isolieren und den Aufbau der AATUF zu sabotieren. Die CIA und die US-Diplomaten in Accra versuchten, Kontakte zu den innenpolitischen Gegnern Nkrumahs zu halten und Putschtendenzen zu fördern. 1965 trafen sich Mitarbeiter der US-Botschaft wiederholt mit der Führung der ghanaischen Streitkräfte um Otu und Ankrah, um sie in ihrem Entschluss zu einer Absetzung Nkrumahs zu bestärken und ihnen die amerikanische Unterstützung für einen Neuaufbau des ghanaischen Staates zuzusichern. Nach dem Militärputsch im Februar 1966 wurden die von Nkrumah initiierten Projekte, die eine stärkere Orientierung der ghanaischen Wirtschaft an sozialistischen Modellen bringen sollten, wieder eingestellt und die ghanaischen Initiativen auf der Seite der afrikanischen Befreiungsbewegungen zurückgefahren. Die ghanaischen Unterstützungsmaßnahmen für linke Oppositionsgruppen in den konservativen Staaten gehörten nach der Machtübernahme der Militärs ebenfalls der Vergangenheit an.

Viele Facetten der amerikanischen Politik in Ghana, die auch für das Vorgehen der USA in anderen afrikanischen Ländern kennzeichnend waren, sind von Nkrumah bereits Mitte der 1960er Jahre mit großer Klarheit erkannt worden. Seine in „Neo-Colonialism. The Last Stage of Imperialism“ formulierten Anschuldigungen wirken zwar an vielen Stellen polemisch und sind auch von ihrer Begrifflichkeit her zu hinterfragen, die vorliegende Untersuchung zeigt

jedoch, dass seine Vorwürfe keineswegs aus der Luft gegriffen waren:

„Though the aim of the neo-colonialists is economic domination, they do not confine their operations to the economic sphere. They use the old colonialist methods of religious, educational and cultural infiltration. For example, in the independent States, many expatriate teachers and ‘cultural ambassadors’ influence the minds of the young against their own country and people. They do this by undermining confidence in the national government and social system through exalting their own notions of how a State should be run, and forget that there is no monopoly of political wisdom.“<sup>751</sup>

US-Politiker sahen allerdings keine Verbindungen zwischen dem amerikanischen Vorgehen in Afrika und der Amerikakritik von Seiten Nkrumahs oder der ghanaischen Regierungsmedien. Nkrumahs Äußerungen galten nicht als ernstzunehmende Beschreibungen der US-Politik, sondern als boshafte Unterstellungen und Auswüchse antiwestlicher Paranoia. Die Interventionspolitik in Afrika hatte keine Auswirkungen auf das positive Selbstbild der US-Entscheidungsträger. Die Verstöße der US-Politik gegen die afrikanischen Interessen wurden nur selektiv zur Kenntnis genommen. Amerikanische Entscheidungsträger waren überzeugt, dass die meisten Afrikaner bei der Bereitstellung ‘objektiver Informationen’ über die US-Politik die amerikanische Rolle in Afrika positiv bewerten würden. Mitglieder der Johnson-Administration äußerten sich in einem Rückblick auf die amerikanischen Afrikainitiativen in den 1960er Jahren anerkennend über die

„U.S. policy of supporting African independence without seeking Africans’ adherence to our exact philosophy, of strengthening moderates while still encouraging peaceful change, and of aiding governments against subversion (...) [which] helped the African nations to retain *their* identity in the face of Communist overtures.“<sup>752</sup>

Begriffe wie ‘Intervention’ oder ‘Indoktrination’ wurden lediglich zur Beschreibung der Maßnahmen von Seiten des Ostblocks verwendet, aber nicht für die eigene Politik.

Auch viele US-Historiker, die sich mit den amerikanisch-ghanaischen Beziehungen beschäftigt haben, waren nicht in der Lage, eine ‘Fundamentalkritik’

---

<sup>751</sup> Nkrumah, *Neo-Colonialism*, S. 35.

<sup>752</sup> Administrative History of the Department of State, Vol. One, Chapter 5: Africa – General Trends, 1963-1968, 1969, in: Administrative History, Box 2, LBJL (Hervorhebung durch W.B.).

an der amerikanischen Politik zu akzeptieren. Mahoney, Nielsen und andere Autoren schlossen sich den Äußerungen der damaligen Politiker über die irrationalen Ausfälle des ghanaischen Präsidenten an, ohne sich näher mit dem Inhalt seiner Vorwürfe auseinanderzusetzen.<sup>753</sup> Auch an anderen Stellen übernahmen sie die in den Quellen gebotenen Einschätzungen der Entwicklungen, ohne die Sichtweise der zeitgenössischen Akteure in Frage zu stellen. Ihre Beschreibungen bieten daher oft eine durch amerikanische Interessen gelenkte Sichtweise der Vorgänge.<sup>754</sup>

Nachdem viele Ghanaer 1966 den Sturz Nkrumahs begrüßt hatten, setzte sich bereits in den 1970er Jahren wieder ein weitgehend positives Nkrumahbild innerhalb der ghanaischen Bevölkerung durch. 10 Jahre nach dem Machtwechsel in Ghana beklagten Kritiker des ersten ghanaischen Präsidenten:

„[T]he recollections of Nkrumah’s shortcomings are already blunted [in Ghana] by a nostalgia for the days of excitement and promise when their small country occupied a prominent position on the African and world stage out of all proportion to its size and importance.“<sup>755</sup>

Ein deutliches Zeichen für die Rehabilitierung Nkrumahs war eine Konferenz an der *University of Ghana* in Legon im Mai 1985 über das Leben und die Politik

---

<sup>753</sup> Mahoney, der Sohn von William P. Mahoney, dessen Arbeit zu den einflussreichsten Darstellungen der amerikanisch-ghanaischen Beziehungen unter Kennedy gehört, gibt in seiner Studie zudem eine stark verzerrte Darstellung der Berichterstattung in den ghanaischen Medien. Zitate aus der *Ghanaian Times* oder der *Evening News* werden von Mahoney aus dem Zusammenhang gerissen und auf eine Weise präsentiert, die die Behauptungen zeitgenössischer US-Politiker über die Irrationalität der Anschuldigungen gegen die USA bestätigt. So behauptet er beispielsweise, „that Ambassador Mahoney was routinely identified as ‘the cowboy nuclear imperialist‘ (Mahoney, *Ordeal in Africa*, S. 183). Diese Formulierung aus der *Evening News* vom 11.8.1962 war von den Journalisten aber lediglich zur Bezeichnung derjenigen US-Politiker verwendet worden, die für die Entscheidungen im Rahmen des US-Atomwaffenprogramms verantwortlich waren. Andere Aussagen von Mahoney, wie seine Behauptung, Nkrumah habe eine Ausweisung aller *Peace Corps*-Mitarbeiter beschlossen, sind schlichtweg falsch (ebd., S. 185).

<sup>754</sup> So sprachen auch sie vom ‘Größenwahnsinn’ Nkrumahs und bezeichneten seine Projekte als Hinweise für den Realitätsverlust des ghanaischen Staatsführers. Siehe z.B. Nielsen, *The Great Powers and Africa*, S. 314: „[Nkrumah was] a man who had been (...) a dangerous meddler in the politics of other African states, and during his final years a willing instrument of Communist efforts on the Continent. President Kennedy had gambled heavily in agreeing to finance the Volta Dam project in Ghana as a means of restraining Nkrumah’s extremism and maintaining workable relationships with his country – a gamble which failed. But Nkrumah’s megalomania (...) in time undermined his political base in Ghana (...)“ Siehe auch Mahoney, *Ordeal in Africa*, S. 165.

<sup>755</sup> Trevor Jones, *Ghana’s First Republic 1960-1966: The Pursuit of the Political Kingdom*. London 1976, S. 290.

von Nkrumah, die eine weitgehend positive Bilanz seiner Initiativen und Vorstellungen zog.<sup>756</sup>

Noch heute gilt Nkrumah in Afrika als ein Vorkämpfer der Unabhängigkeitsbewegung und als Symbol für den Kampf um eine stärkere Eigenständigkeit des Kontinents. In London finden seit 1998 unter der Leitung des *Pan-Afrikan [sic] Grass Roots Education Network* und der *University of East London* regelmäßige *Kwame Nkrumah Memorial Lectures* statt, an denen vor allem afrikanische Wissenschaftler teilnehmen. 1999 wurde Nkrumah von den Hörern der BBC-Auslandsprogramme in Afrika zum *African of the Millennium* gewählt.<sup>757</sup>

---

<sup>756</sup> Siehe die Zusammenfassung der Konferenzergebnisse durch Kwame Arhin, dem Direktor des *Institute for African Studies* in Legon: „When Nkrumah died in Bucharest in April 1972, there was a fairly general agreement in Ghana among both his supporters and opponents on the main outlines of his achievements. (...) He stirred the political consciousness of ordinary men and women and awakened them to the real evils of colonialism which he considered as the root of their economic, social and political discontent. (...) His political achievements in Ghana served as a model for African nationalists elsewhere on the continent, and he actively supported other nationalist struggles (...). [M]ore than any other African leader of his time, he symbolized the Black man's self-identity and pride in his race.“ („Preface“, in: *The Life and Work of Kwame Nkrumah*. S. ix-xi, S. x).

<sup>757</sup> Zur BBC-Umfrage siehe <http://www.bbc.co.uk/worldservice/people/highlights/000914-nkrumah.shtml>.

## Teil VII – Anhang

### 1. Verzeichnis wichtiger Personen \*

Acheson, Dean G.:	Amerikanischer Außenminister, 1949-1953
Adoula, Cyrille:	Premierminister des Kongos, 1961-1964
Allen, George V.:	<i>Assistant Secretary of State for Near Eastern, South Asian, and African Affairs</i> , 1956-1957; Direktor der USIA, 1957-1961
Ankrah, Joseph A.:	Vorsitzender des <i>National Liberation Council</i>
Arden-Clarke, Charles:	Britischer Gouverneur in der Goldküste, 1949-1957
Balewa, Abubakar Tafawa:	Premierminister von Nigeria, 1960-1966
Ball, George W.:	<i>Under Secretary of State for Economic Affairs</i> , 1961; <i>Under Secretary of State</i> , 1961-1966
Bartelt, John R.:	Stellvertreter des amerikanischen Konsuls in der Goldküste, 1951
Bing, Geoffrey:	Britischer Anwalt; Generalstaatsanwalt in Ghana, 1957-1961; Berater des ghanaischen Präsidenten, 1961-1966
Blodgett, John Q.:	Zweiter Sekretär der amerikanischen Botschaft in Ghana
Bloom, Hyman:	Amerikanischer Konsul in der Goldküste bis 1951
Bohlen, David, D.:	Zweiter Sekretär der amerikanischen Botschaft in Ghana
Botsio, Kojo:	Ghanaischer Außenminister, 1963-1965
Bowles, Chester:	<i>Under Secretary of State</i> , 1961; Sonderbeauftragter des Präsidenten für afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Angelegenheiten, 1961-1963
Brubeck, William H.:	<i>Deputy Executive Secretary of the Department of State</i> , 1961-1962; <i>Executive Secretary of the Department of State</i> , 1962-1963; dann Mitglied im Nationalen Sicherheitsrat der USA
Bundy, McGeorge:	Nationaler Sicherheitsberater unter Kennedy und Johnson
Busia, Kofi A.:	Ghanaischer Rechtsanwalt und Führer der Exilghanaer in Togo
Byrne, Thomas R.:	Amerikanischer <i>Labor Attaché</i> in Ghana
Byroade, Henry A.:	<i>Assistant Secretary of State for Near Eastern, South Asian, and African Affairs</i> , 1952-1955
Calhoun, Chad F.:	Vizepräsident der <i>Kaiser Aluminium and Chemical Corporation</i>
Childs, Archie W.:	Amerikanischer Generalkonsul in Nigeria, 1951-1952
Clark, G. Edward:	Leiter des <i>Office of West African and Malagasy Affairs, Bureau of African Affairs</i> , 1965-1966

---

\* Nicht bei allen Angestellten der US-Botschaften bzw. der US-Konsulate lässt sich die genaue Amtszeit feststellen. Dies gilt auch für die Mitarbeiter des Afrikabüros im *State Department*. Viele Angaben beziehen sich daher ausschließlich auf die Position, die die entsprechende Person zum Zeitpunkt der Quellenangabe innehatte.

Cole, William E.:	Amerikanischer Konsul in der Goldküste, 1952-1953; amerikanischer Generalkonsul in der Goldküste, 1953-1954
Creech Jones, Arthur:	Britischer Kolonialminister, 1946-1950
Cumming-Bruce, Francis:	Berater des Gouverneurs in außenpolitischen Fragen, 1955-1957
Davis, William B.:	Amerikanischer <i>Cultural Affairs Officer</i> in Ghana
DePree, William A.:	Zweiter Sekretär der amerikanischen Botschaft in Ghana
DePree, William A.:	Zweiter Sekretär der amerikanischen Botschaft in Ghana,
Douglas-Home, Sir Alec:	Englischer Premierminister, 1963-1964
Du Bois, David J.:	Amerikanischer <i>Public Affairs Officer</i> in Ghana
Dulles, Allen W.:	Direktor der CIA, 1953-1961
Dulles, John Foster:	Amerikanischer Außenminister, 1953-1959
Dunlap, Henry A.:	Amerikanischer <i>Public Affairs Officer</i> in Ghana
Eisenhower, Dwight D.:	Amerikanischer Präsident, 1953-1959
Emmerson, John K.:	Amerikanischer Generalkonsul in Nigeria, 1958-1960
Erstein, Richard:	Amerikanischer <i>Public Affairs Officer</i> in Ghana
Ferguson , C. Vaughan:	Leiter des <i>Office of West African and Malagasy Affairs, Bureau of African Affairs</i>
Flake, Wilson C.:	Amerikanischer Botschafter in Ghana, 1957-1960
Flemming, Robert:	Amerikanischer <i>Information Officer</i> in der Goldküste
Fredericks, J. Wayne:	<i>Deputy Assistant Secretary of State for African Affairs</i> , 1961-1967
Gebedemah, Komla A.:	Ghanaischer Finanzminister, 1954-1961; ab 1961 Mitglied der Gruppe der Exilghanaer um Kofi A. Busia
Gizenga, Antoine:	Vizepremierminister des Kongos unter Lumumba; Premierminister der alternativen kongolesischen Regierung in Stanleyville
Green, James F.:	Amerikanischer Botschaftsrat in Ghana
Hamilton, Edward K.:	Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats der USA, 1965- 1968
Hammerton, Albert:	Leiter des IBFG-Büros in der Goldküste
Harriman, W. Averell:	Außenpolitischer Berater von Truman, Kennedy und Eisenhower; <i>Under Secretary of State for Political Affairs</i> , 1963-1965
Herter, Christian H.:	Amerikanischer Außenminister, 1959-1961
Hilsman, Roger:	Leiter des <i>Bureau of Intelligence and Reserach, Department of State</i> , 1961-1963
Homes, Julius C.:	Berater von Außenminister John Foster Dulles, 1956-1959
Hughes, Thomas L.:	Leiter des <i>Bureau of Intelligence and Reserach, Department of State</i> , ab1963
Jackson, C.D.:	Außenpolitischer Berater von Präsident Eisenhower; Mitglied des <i>President's Committee on International Information Acitivities</i>

Jester, Perry N.:	Amerikanischer Generalkonsul im Senegal
Johnson, Lyndon B.:	Amerikanischer Präsident, 1963-1969
Kaiser, Edgar F.:	Amerikanischer Industrieller
Kasavubu, Joseph:	Staatspräsident des Kongos, 1960-1965
Kennedy, John F.:	Amerikanischer Präsident, 1961-1963
Komer, Robert W.:	Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats der USA unter Kennedy und Johnson; <i>Deputy Special Assistant to the President for National Security Affairs</i> , 1965-1966; <i>Special Assistant to the President</i> , 1966-1967
Lamm, Donald W.:	Amerikanischer Generalkonsul in der Goldküste, 1954-1957
Lewis, Mark B.:	Amerikanischer <i>Public Affairs Officer</i> in Ghana
Lumumba, Patrice:	Premierminister des Kongos, 1960
Lyttelton, Oliver:	Britischer Kolonialminister, 1951-1954
Macmillan, Harold:	Britischer Premierminister, 1957-1963
Mahoney, William P.:	Amerikanischer Botschafter in Ghana, 1962-1965
Mathews, Elbert G.:	Amerikanischer Botschafter in Nigeria ab 1964
Matlock, Jack F.:	Zweiter Sekretär der amerikanischen Botschaft in Ghana
McCone, John A.:	Direktor der CIA, 1961-1965
McGhee, George C.:	<i>Assistant Secretary of State for Near Eastern, South Asian, and African Affairs</i> , 1949-1951; Vorsitzender des <i>Policy Planning Council</i> , 1961; <i>Under Secretary of State for Political Affairs</i> , 1961-1963
Meagher, John F.:	Erster Sekretär der amerikanischen Botschaft in Ghana
Melbourne, Roy M.:	<i>Country Director for West Africa, Bureau of African Affairs</i>
Nydell, Carl C.:	Amerikanischer <i>Regional Medical Officer</i>
Palmer, Joseph, II:	<i>Deputy Assistant Secretary of State for African Affairs</i> , 1956-1958; amerikanischer Generalkonsul in Südrhodesien, 1958-1960; amerikanischer Botschafter in Nigeria, 1960-1963; <i>Assistant Secretary of State for African Affairs</i> ab 1966
Peterson, Perry L.:	Amerikanischer <i>Public Affairs Officer</i> in Ghana
Pinder, Frank:	Angestellter der AID in Ghana
Poullada, Leon B.:	Amerikanischer Botschafter in Togo
Price, William H.:	Zweiter Sekretär der amerikanischen Botschaft in Ghana
Randall, Clarence B.:	Stahlunternehmer, Sonderberater des Präsidenten für Außenwirtschaftspolitik, 1954-1956; Vorsitzender des <i>US-Council on Foreign Economic Policy</i> , 1956-1961
Roach, Maria G.:	Stellvertreterin des amerikanischen <i>Public Affairs Officer</i> in der Goldküste
Ross, Robert P.:	Amerikanischer <i>Public Affairs Officer</i> in der Goldküste

Rostow, Walt W.:	Wirtschaftswissenschaftler; stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater des Präsidenten, 1961; Leiter der politischen Planungsabteilung im Außenministerium, 1961-1966
Rusk, Dean:	Amerikanischer Außenminister, 1961-1969
Russell, Francis H.:	Amerikanischer Botschafter in Ghana, 1961-1962
Rutter, Peter:	Amerikanischer Botschaftsrat in Ghana
Satterthwaite, Joseph C.:	<i>Assistant Secretary of State for African Affairs</i> , 1958-1960; amerikanischer Botschafter in Südafrika, 1961-1965
Sawyer, Eugene D.:	Amerikanischer <i>Public Affairs Officer</i> in der Goldküste
Schwarztrauber, Evelyn M.:	Zweite Sekretärin der amerikanischen Botschaft in Ghana,
Sears, Mason:	Vertreter der USA im <i>Trusteeship Council</i> der UNO
Smith, Robert P.:	<i>Officer in Charge of Ghanaian Affairs, Bureau of African Affairs</i> , 1965-1966
Stansbury, Edward:	Amerikanischer <i>Public Affairs Officer</i> in Ghana
Stevenson, Adlai E.:	Amerikanischer UNO-Botschafter unter Kennedy und Johnson
Tettegah, John:	GTUC-Generalsekretär
Touré, Sékou:	Staatspräsident von Guinea, 1958-1984
Trimble, William C.:	Leiter des <i>Office of West Coast and Malian Affairs, Bureau of African Affairs</i> , 1962-1963; Leiter des <i>Office of West African Affairs, Bureau of African Affairs</i> , 1964-1965; <i>Deputy Assistant Secretary of State for African Affairs, Bureau of African Affairs</i> , 1965-1967
Troxel, Oliver L.:	Amerikanischer Botschaftsrat in Ghana
Tshombe, Moise:	Gouverneur von Katanga; Premierminister des Kongos, 1964-1965
Turkson-Ocran, E. C.:	GCTUC-Generalsekretär
van Oss, Hendrik:	Stellvertretender Leiter des <i>Office of West Coast and Malian Affairs, Bureau of African Affairs</i>
Ward, Barbara:	Englische Wirtschaftswissenschaftlerin
Williams, Franklin H.:	Amerikanischer Botschafter in Ghana, 1966-1968
Williams, George Mennen:	<i>Assistant Secretary of State for African Affairs</i> , 1961-1966

## **2. Abkürzungsverzeichnis**

AALC	African American Labor Center
AAPC	All African People's Conference
AATUF	All African Trade Union Federation
AFL-CIO	American Federation of Labor & Congress of Industrial Organizations
AID	Agency for International Development
ALC	African Liberation Committee der OAU
ATUC	African Trade Union Confederation
AWF	Ann Whitman File
BAA	Bureau of African Affairs, Department of State
BAN	The Bancroft Library, University of California, Berkeley, Kalifornien
BDEE	British Documents on the End of Empire
CCF	Congress of Cultural Freedom
CIA	Central Intelligence Agency
CIAS	Conference of Independent African States
CPP	Convention People's Party
CRO	Commonwealth Relation Office
CU/CUL	Cultural Activities USIS
DDEL	Dwight D. Eisenhower Library, Abilene, Kansas
E	Entry
EFK	Edgar F. Kaiser Papers
EUR	Bureau of European Affairs, Department of State
FO	Foreign Office
GCTUC	Gold Coast Trades Union Congress
GOG	Government of Ghana
GTUC	Ghana Trades Union Congress
IAE/S	Departmental Staff, Commission on Educational Exchange, USIA
IASB	International African Service Bureau
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development (World Bank)
INR	Bureau of Intelligence and Research, Department of State
IO	Information Officer
IPS	International Press Service
IZ	Information Center
JFKL	John F. Kennedy Library, Boston, Massachusetts
KFL	Kenya Federation of Labor
LBJL	Lyndon B. Johnson Library, Austin, Texas
Lot	Lot File
NA	National Archives, College Park, Maryland

NEA/AF	Office of African Affairs, Bureau of Near Eastern, South Asian, and African Affairs, Department of State
NLC	National Liberation Council
NSC	National Security Council
OAU	Organisation für Afrikanische Einheit (Organization of African Unity)
OCB	Operations Coordinating Board
PAO	Public Affairs Officer
PCVs	Peace Corps Volunteers
POF	President's Office Files
PPC	Policy Planing Council
PPP	Pre-Presidential Papers
PPS	Policy Planning Staff
RG	Record Group
UDI	Unilateral Declaration of Independence
UGCC	United Gold Coast Convention
USCFEP	U.S. Council on Foreign Economic Policy
USG	United States Government
USIA	Unites States Information Agency
USIE	United States Information and Education (Program)
USIIA	United States International Information Administration
USIS	United States Information Service
VALCO	Volta Aluminium Company, Ltd.
VAR	Vereinte Arabische Republik
VOA	Voice of America
W.B.	Wibke Becker
WHC	White House Central Files
WHO	White House Office Files

### **3. Quellen- und Literaturverzeichnis**

#### **3.1. Archivbestände**

##### **3.1.1. National Archives, College Park, Maryland**

###### **RG 59, Records of the Department of State**

*Decimal Files, 1950-1963*

- 500 cultural relations
- 600 international relations
- 700 internal political and national defense affairs
- 800 internal economic and social affairs

*Alpha-Numeric File, 1963*

- Ghana

*Subject-Numeric Indexed Central Files, 1964-1966 und 1967-1969*

- Africa
- AID
- Ghana
- Nigeria
- Non-alignment
- Soviet Union
- United Kingdom

*Records of the Bureau of Cultural Affairs*

- Planning and Development Staff, Country Files, 1955-1964, Lot File 66D499
- Records of the Slater Working Group, 1961, Lot File 63D94

*Records of the Bureau of Public Affairs*

- Records Relating to International Information Activities, 1938-1953, Lot File 53D47
- Miscellaneous Records of the Bureau of Public Affairs, 1944-1962, Policy Information Statements and Information Guides of the Policy Plans and Guidance Staff, 1954-1960, Lot File 62D370
- Records of the Assistant Secretary for Public Affairs, 1961-1965, Lot File 67D16

*Records of the Policy Planning Staff*

- Subject Files, 1947-1953, Lot File 64D563
- 1956, Lot File 66D487
- 1957-1961, Minutes of S/P Staff Meetings, Lot File 67D548
- 1962, Lot File 69D121

*Records of the Bureau of African Affairs*

- Staff Papers, 1956-1962, Lot File 62D320, 66D77
- Multiple Lot Files, 1958-1966
  - Director's Files, 1966, Lot File 69D328
  - Ghana, Lot File 66D18, 66D52, 67D26

- Nigeria, Lot File 66D4, Lot 67D27, Lot 67D27, 68D33
- Office of Inter-African Affairs, Records of the Political-Military Advisor, 1951-1963, Entry 3107
- Office of African Affairs, General Records, 1950-1956, Lot File 58D627
- Office of West African Affairs, Country Files, 1951-1963, Entry 3112
- Records of G. Mennen Williams, 1961-1966
  - Trips File, Entry 719.5
  - Subject File, Entry 719.4
  - Miscellaneous File, Entry 719.7
  - Classified Records of G. Mennen Williams, 1961-1966, Lot File 68D8

*Policy Planning Council Files, 1963-1964, Subject Files, 70D199*

*Records of the Special Assistant to the Under Secretary for Political Affairs, 1963-1995, Lot File 67D554*

### **RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State**

*General Records, 1951-1968, Accra, Entry 2597*

*General USIS Records, 1951-1958, Ghana, Entry 2597*

### **RG 306, Records of the United States Information Agency**

*Records of the Office of Research*

- Country Project Correspondence, 1952-1963
- Special 'S' Reports, 1953-1963 und 1964-1982
- Records of Research Projects, Africa, Eastern Europe, and Multi-Area, 1964-1973
- Research Memos, 1963-1982
- 'R' Reports, 1960-1963 und 1964-1974
- Research Notes, 1958-1962

*Exhibits Division, Records Relating to Exhibits in Foreign Countries*

*Records of the Inspection Staff, Inspection Reports and Related Records, 1954-1962*

### **3.1.2. Dwight D. Eisenhower Library, Abilene, Kansas**

*Papers of Dwight D. Eisenhower as President of the United States, 1953-1961 (Ann Whitman File)*

- Administration Series
- Ann Whitman Diary Series
- Cabinet Papers
- Dulles-Herter Series
- Dwight D. Eisenhower Diary Series
- International Series
- Miscellaneous Series
- National Security Council Series

*Records of the Council on Foreign Economic Policy, Office of the Chairman, Records, 1954-1961*

- Intelligence Report Series
- Office Series
- Randall Series
- Report Series
- Special Studies Series
- Staff Series

*Records of the White House Office*

- Office of the Special Assistant for National Security Affairs (Culter, Anderson, Gray), 1952-1961
  - OCB Series
  - NSC Series
  - Policy Papers Subseries
  - Special Assistant Series
- Office of the Staff Secretary (Carrol, Goodpaster, Minnich, Russell), 1952-1961
  - Subject Series
  - International Series
- National Security Council Staff Papers, 1953-1961
  - Council on Foreign Economic Policy Series
  - Psychological Strategy Board Central Files Series
  - Special Staff File Series
  - Operations Coordinating Board Central File Series

*Papers of John Forster Dulles, 1951-1959*

*Papers of Christian A. Herter, 1957-1961*

*Papers of C.D. Jackson, 1931-1967*

*White House Central Files, 1953-1961*

*U.S. President's Committee on International Information Activities (Sprague Committee), Records, 1959-1961*

### **3.1.3. John F. Kennedy Library, Boston, Massachusetts**

*Pre-Presidential Papers*

- Senate Files, Holborn, Research Materials, 1958-1960
- Campaign Files, Position and Briefing Papers, 1960

*National Security Files*

- Countries Series
  - Africa
  - Ghana
  - Nigeria
  - Mali
  - United Kingdom
- William H. Brubeck Series

*President's Office Files*

- Countries Series
  - Ghana
  - Nigeria
  - United Kingdom
- Staff Memoranda
  - Files of Ralph A. Dungan
  - Files of Robert W. Komer

**3.1.4. Lyndon B. Johnson Library, Austin, Texas**

*National Security Files*

- Agency Files
- Countries Series
  - Africa
  - Ghana
  - Mali
  - Nigeria
  - United Kingdom
- Files of Edward K. Hamilton
- Files of McGeorge Bundy
- Files of Robert W. Komer
- Files of Ulric Haynes
- International Meetings and Travel File
- National Intelligence Estimates
- National Security Council Meeting File

*Personal Papers of Franklin H. Williams*

*Administrative History*

*White House Files, Confidential File*

**3.1.5. Bancroft Library, Berkeley, Kalifornien**

Edgar F. Kaiser Papers, 1873-1982

### **3.2. Gedruckte Quellen, Memoiren, zeitgenössische Darstellungen und Texte**

- AFRIFA, Akwasi A., *The Ghana Coup*. London 1966.
- AGEE, Philip, *Inside the Company. CIA Diary*. New York 1975.
- ALEXANDER, Henry T., *On the African Tightrope: My Two Years as Nkrumah's Chief of Staff*. London 1965.
- ALMOND, Gabriel A. /COLEMAN, James S. (Hrsg.), *The Politics of the Developing Areas*. Princeton 1960.
- THE AMERICAN ASSEMBLY, Columbia University, New York. *The United States and Africa. Background Papers Prepared for the Use of Participants in the Thirteenth American Assembly, May 1 to 4, 1958*. New York 1958.
- BALEWA, Abubakar Tafawa, „Nigeria Looks Ahead“, in: *Foreign Affairs* 41 (1962), S. 131-140.
- BALL, George W., *The Past Has Another Pattern. Memoirs*. New York 1982.
- BARAN, Paul A., *The Political Economy of Growth*. New York 1957.
- BING, Geoffrey, *Reap the Whirlwind. An Account of Kwame Nkrumah's Ghana from 1950 to 1966*. London 1968.
- BOWLES, Chester, *Africa's Challenge to America*. Berkeley 1956.
- COLEMAN, James (Hrsg.), *Education and Political Development*. Princeton 1965.
- DEI-ANANG, Michael, *The Administration of Ghana's Foreign Relations, 1957-1965: A Personal Memoir*. London 1975.
- EISENHOWER, Dwight D., *Waging Peace. The White House Years 1956-1961*. London 1966.
- EISENSTADT, Samuel N., „Patterns of Political Leadership and Support“, in: *Africa: The Dynamics of Change*. Hrsg. v. H. Passin, K. A. B. Jones-Quartey. Ibandan 1963, S. 34-53.
- EMERSON, Rupert, „Pan-Africanism“, in: *Africa and World Order*. Hrsg. v. Norman J. Padelford u. Rupert Emerson. New York 1963, S.7-22.
- Ders., *From Empire to Nation: The Rise to Self-assertion of Asian and African Peoples*. Cambridge 1960.
- GOLDSWORTHY, David (Hrsg.), *British Documents on the End of Empire. The Conservative Government and the End of Empire, 1951-1957*. 3 Bde. London 1994.
- HILSMAN, Roger, *To Move a Nation. The Politics of Foreign Policy in the Administration of John F. Kennedy*. Garden City 1967.
- HOUSE, COMMITTEE ON FOREIGN AFFAIRS, SUBCOMMITTEE ON AFRICA, *Report of the Special Study Mission to Africa, South and East of the Sahara. Chairman Frances P. Bolton*. 85th Congress, 1st session. Washington D.C. 1957.
- HUNTINGTON, Samuel P., *Political Order in Changing Societies*. New York 1968.
- Ders., *The Soldier and the State*. New York 1957.
- HYAM, Ronald (Hrsg.), *British Documents on the End of Empire. The Labour Government and the End of Empire, 1945-1951*. 4. Bde. London 1992.
- HYAM, Ronald /LOUIS, Wm. Roger (Hrsg.), *British Documents on the End of Empire. The Conservative Government and the End of Empire, 1957-1964*. 2 Bde. London 2000.
- JOHNSON, John J. (Hrsg.), *The Role of the Military in Underdeveloped Countries*. Princeton 1962.
- JONES-QUARTEY, K.A.B. /PASSIN, H. (Hrsg.), *Africa: The Dynamics of Change*. Ibandan 1963.
- KILSON, Martin L., „African Political Change and the Modernization Process“, in: *Journal of Modern African Studies* 4 (1963), S. 427-432.
- KEITA, Modibo, „The Foreign Policy of Mali“, in: *International Affairs* 37 (1961), S. 423-439.
- KENNEDY, John F., *The Strategy of Peace*. New York 1960.

- MAHONEY, William P., Jr., „Nkrumah in Retrospect“, in: *Review of Politics* 30 (1968), S. 246-250.
- MARAIS, Genevieve, *Kwame Nkrumah as I Knew Him*. Chichester 1972.
- MCGHEE, George, *Envoy to the Middle World: Adventures in Diplomacy*. New York 1983.
- NATIONAL ARCHIVES OF THE UNITED STATES, *Public Papers of the Presidents of the United States: John F. Kennedy, 1961, 1962, 1963*. Washington D.C. 1962-1964.
- NKRUMAH, Kwame, *The Struggle Continues*. London 1973.
- Ders., *Class Struggle in Africa*. London 1970.
- Ders., *Axioms of Kwame Nkrumah. Freedom Fighter's Edition*. London 1969.
- Ders., *Dark Days in Ghana*. London 1968.
- Ders., *The Spectre of Black Power*. London 1968.
- Ders., *Handbook of Revolutionary Warfare. A Guide to the Armed phase of the African Revolution*. London 1968.
- Ders., *Challenge of the Congo*. London 1967.
- Ders., *Voice from Conakry*. London 1967.
- Ders., *Neo-Colonialism. The Last Stage of Imperialism*. London 1965.
- Ders., *Africa Must Unite*. London 1964.
- Ders., *Consciencism. Philosophy and Ideology for Decolonization and Development with Particular Reference to the African Revolution*. London 1964.
- Ders., *Sprung über zwei Jahrtausende. Unser Weg in die Freiheit*. Düsseldorf 1963.
- Ders., *Towards Colonial Freedom*. London 1962.
- Ders., *I Speak of Freedom. A Statement of African Ideology*. London 1961.
- Ders., *Voice of Africa*. Accra 1961.
- Ders. *The Autobiography of Kwame Nkrumah*. London 1957.
- OCRAN, A. K., *A Myth is Broken: An Account of the Ghana Coup d'État of 24th February 1966*. London 1968.
- POWELL, Erica, *Private Secretary (female)/ Gold Coast*. London 1984.
- Dies., *Kwame Nkrumah of the New Africa*. London 1961.
- PYE, Lucian W. /VERBA, Sidney (Hrsg.), *Political Culture and Political Development*. Princeton 1965.
- Ders., *Politics, Personality and Nation Building: Burma's Search for Identity*. New Haven 1962.
- Ders., „The Non-Western Political Process“, in: *Journal of Politics* 20 (1958), S. 468-486.
- RATHBONE, Richard (Hrsg.), *British Documents on the End of Empire. Ghana 1941-1957*. 2 Bde. London 1992.
- RIVIKIN, Arnold, „Principal Elements of U.S. Policy towards Under-Developed Countries“, in: *International Affairs* 37 (1961), S. 452-464.
- ROSTOW, Walt W., *View from the Seventh Floor*. New York 1964.
- Ders., *The Stages of Economic Growth. A Non-Communist Manifesto*. Cambridge 1960.
- Ders. /MILLIKAN, Max F., *A Proposal: Key to an Effective Foreign Policy*. New York 1957.
- Ders., „The Take-Off into Self-Sustained Growth“, in: *Economic Journal* 66 (1956), S. 25-48.
- Ders., *The Process of Economic Growth*. New York 1952.
- RUSK, Dean, *As I Saw It*. New York 1990.
- SCHLESINGER, Arthur M., Jr., *A Thousand Days. John F. Kennedy in the White House*. London 1965.
- SHILS, Edward A., *Political Development in the New States*. The Hague 1962.
- SIEKMAN, Philip, „Edgar Kaiser's Gamble in Africa“, in: *Fortune* 11 (1961), S. 128-131, 199-206.

- STOCKWELL, John, *In Search of Enemies. A CIA Story*. London 1978.
- TOURÉ, Sékou, „Africa’s Future and the World“, in: *Foreign Affairs* 41 (1962), S. 141-151.
- TULLY, Andrew, *CIA. The Inside Story*. New York 1962.
- U.S. CONGRESS, SENATE, SELECT COMMISSION TO STUDY GOVERNMENTAL OPERATIONS WITH RESPECT TO INTELLIGENCE ACTIVITIES: *Alleged Assassinations Plots Involving Foreign Leaders. An Interim Report (Church Committee Report)*. Washington D.C. 1975.
- U.S. DEPARTMENT OF STATE, *American Foreign Policy: Current Documents, 1960*. Washington D.C. 1964.
- U.S. DEPARTMENT OF STATE, *Foreign Relations of the United States, 1950, Vol. V, The Near East, South Asia, and Africa*. Washington D.C. 1978.
- U.S. DEPARTMENT OF STATE, *Foreign Relations of the United States, 1951, Vol. V, The Near East and Africa*. Washington D.C. 1982.
- U.S. DEPARTMENT OF STATE, *Foreign Relations of the United States, 1952-1954, Vol. III, United Nations Affairs*. Washington D.C. 1979.
- U.S. DEPARTMENT OF STATE, *Foreign Relations of the United States, 1952-1954, Vol. XI, Africa and South Asia*. Washington D.C. 1983.
- U.S. DEPARTMENT OF STATE, *Foreign Relations of the United States, 1955-1957, Vol. XVIII, Africa*. Washington D.C. 1989.
- U.S. DEPARTMENT OF STATE, *Foreign Relations of the United States, 1958-1960, Vol. XIV, Africa*. Washington D.C. 1992.
- U.S. DEPARTMENT OF STATE, *Foreign Relations of the United States, 1961-1963, Vol. XXI, Africa*. Washington D.C. 1995.
- U.S. DEPARTMENT OF STATE, *Foreign Relations of the United States, 1961-1963, Vol. VIII, National Security Policy*. Washington D.C. 1996.
- U.S. DEPARTMENT OF STATE, *Foreign Relations of the United States, 1964-1968, Vol. XXIV, Africa*. Washington D.C. 1999.
- U.S. NATIONAL COMMISSION FOR UNESCO, *Africa and the United States – Images and Realities. Background Book, 8th National Conference, Boston, October 22-26, 1961*. Boston 1961.
- WILLIAMS, G. Mennen, *Africa for the Africans*. Grand Rapids 1969.
- Ders., „Communism’s Impact on African Nationalism“, in: *Mid-Twentieth Century Nationalism*. Ed. W. J. Bossenbrook. Detroit 1965, S. 95-108.
- Ders., „Diplomatic Rapport between Africa and the United States“, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 354 (1964), S. 54-64.
- Ders., „New Impressions of Africa“, in: *Journal of Human Relations* 10 (1962), S. 227-235.

### **3.3. Zeitungen und Zeitschriften**

*Daily Graphic*  
*The Evening News*  
*The Ghanaian Times*  
*National Review*  
*New Leader*

*Newsweek*  
*The New York Times*  
*Progressive*  
*The Reader's Digest*  
*The Spark*  
*Time*  
*U.S. News and World Report*  
*The Washington Post*

### **3.4. Literatur**

- ABERNETHY, David B., *The Dynamics of Global Dominance. European overseas Empires, 1415-1980*. Yale University 2000.
- ABRAMSON, Rudy, *Spanning the Century: The Life of W. Averell Harriman, 1891-1986*. New York 1992.
- ADAS, Michael, *Machines as the Measure of Men: Science, Technology, and Ideologies of Western Dominance*. Ithaca 1989.
- ADI, Hakim, *West Africans in Britain, 1900-1960. Nationalism, Pan-Africanism and Communism*. London 1998.
- AFARI-GYAN, K., „Nkrumah's Ideology“, in: *The Life and Work of Kwame Nkrumah. Papers of a Symposium Organized by the Institute of African Studies, University of Ghana, Legon*. Hrsg. v. Kwame Arhin. Trenton 1993, S. 161-175.
- AGYEMAN, Dominic Kofi, „Social and Political Outlook“, in: *The Life and Work of Kwame Nkrumah. Papers of a Symposium Organized by the Institute of African Studies, University of Ghana, Legon*. Hrsg. v. Kwame Arhin. Trenton 1993, S. 147-157.
- AGYEMAN, Opoku, *Nkrumah's Ghana and East Africa: Pan-Africanism and African Interstate Relations*. Rutherford 1992.
- Ders., „Kwame Nkrumah and Tom Mboya: Non-Alignment and Pan-African Trade Unionism“, in: *Presence Africaine* 103 (1977), S. 59-85.
- AGYEMAN-BADU, Yaw, *Attitude of African Nations Toward American Aid: The Case of Ghana and Nigeria*. Diss. University of South Carolina 1980.
- Ders./OSEI-HWEDIE, Kwaku, „Ghanaian and Nigerian Perspectives on American Foreign Aid“, in: *African Review (Tans.)* 12 (1985), S. 44-62.
- AJIBDA, William A., *Foreign Policy and Public Opinion*. Ibadan 1978.
- AKINDELE, R. A., „Africa and the Great Powers“, in: *afrika spectrum* 2 (1985), S. 125-135.
- ALBERTINI, Rudolf von, „Die USA und die Kolonialfrage (1917-1945)“, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 13 (1965), S. 1-31.
- ALBRIGHT, David E., *Soviet Policy Toward Africa Revisited*. Washington D.C. 1987.
- Ders., „The USSR and Africa: Soviet Policy“, in: *Problems of Communism* 27 (1978), S. 20-39.
- ALCADE, Javier Gonzualo, *The Idea of Third World Development: Emerging Perspectives in the United States and Britain 1900-1950*. New York 1987.
- ALIMOV, Jurij, *The Rise and Growth of the Non-aligned Movement*. Moskau 1987.

- ALLISON, Roy, *Soviet Union and the Strategy of Non-Alignment in the Third World*. Cambridge 1988.
- ALTBACH, Philip G. /KELLY, Gail P., „Introduction: The Four Faces of Colonialism”, in: *Education and the Colonial Experience*. Hrsg. v. Philip G. Altbach u. Gail P. Kelly. New Brunswick 1984, S. 1-5.
- Ders., „The Distribution of Knowledge in the Third World: A Case Study in Neo-colonialism”, in: *Education and the Colonial Experience*. Hrsg. v. Philip G. Altbach u. Gail P. Kelly. New Brunswick 1984, S. 229-251.
- Ders., „Publishing and the Intellectual System”, in: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 421 (1975), S. 1-13.
- ALUKO, Olajide, „Africa and the Great Powers”, in: *Africa and the International Political System*. Hrsg. v. Timothy M. Shaw u. Sola Ojo. Lanham 1982, S. 15-40.
- Ders., *The Foreign Policies of African States*. London 1977.
- Ders., *Ghana and Nigeria 1957-1970: A Study in Inter-African Discord*. London 1976.
- Ders., „Ghana’s Foreign Policy Under the National Liberation Council”, in: *Africa Quarterly* 10 (1971), S. 312-328.
- AMADIFE, Emmanuel N., *Pre-Theories and Theories of Foreign Policy Making*. Oxford 1999.
- AMIN, Samir, *Neo-Colonialism in West Africa*. Harmondsworth 1973.
- Ders., „Underdevelopment and Dependency in Black Africa: Origins and Contemporary Forms“, in: *Journal of Modern African Studies* 10 (1972), S. 503-524.
- AMONOO, Ben, *Ghana 1957-1966. The Politics of Institutional Dualism*. London 1981.
- ANDERSON, David M. /KILLINGRAY, David (Hrsg.), *Policing and Decolonisation: Politics, Nationalism and the Police, 1917-1965*. Manchester 1992.
- ANGERMANN, Erich, *Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917*. München 1987.
- ANSPRENGER, Franz, *Politische Geschichte Afrikas im 20. Jahrhundert*. München 1999.
- Ders., *Auflösung der Kolonialreiche*. München 1977.
- Ders., „Kwame Nkrumahs Ghana“, in: *Die politische Entwicklung Ghanas von Nkrumah bis Busia*. Hrsg. v. Franz Ansprenger u. Heide Traeder. München 1972, S. 7-62.
- Ders., „Communism in Tropical Africa“, in: *The Soviet Bloc, China and Africa*. Hrsg. v. Sven Hamrell u. Carl Gösta Widstrand. London 1964, S. 75-100.
- ANTHIAS, Floya /YUVAL-DAVIS, Nira, *Racialized Boundaries: Race, Nation, Gender, Colour, and Class and the Anti-Racist Struggle*. London 1995
- APPIAH, Kwame Anthony, *My Father’s House. Africa in the Philosophy of Culture*. London 1992.
- APPY, Christian G. (Hrsg.), *Cold War Constructions. The Political Culture of United States Imperialism, 1945-1966*. New Caledonia 2000.
- ARKHURST, Frederick S. (Hrsg.), *U.S. Policy Toward Africa*. New York 1975.
- ARMAH, Kwesi, *Ghana: Nkrumah’s Legacy*. London 1974.
- ARNDT, Heinz W., *Economic Development. The History of an Idea*. Chicago 1987.
- ARNOLD, Hugh M., „Africa and the New International Economic Order”, in: *Third World Quarterly* 2 (1980), S. 295-304.
- ARTHUR, Kojo, „Ghana’s Independence or Valco?”, in: *Counter-Spy* 4 (1980), S. 25-32.
- ARTIS, William, „The Tribal Fixation“, in: *Columbia Journalism Review* 9 (1970), S. 48-49.
- ASANTE, K. B., „Nkrumah and State Enterprise”, in: *The Life and Work of Kwame Nkrumah. Papers of a Symposium Organized by the Institute of African Studies, University of Ghana, Legon*. Hrsg. v. Kwame Arhin. Trenton 1993, S. 251-271.
- ASHCROFT, Bill /GRIFFITHS, Gareth, *The Empire Writes Back. Theory and Practice in Post-Colonial Literatures*. London 1989.

- ASSENSOH, A. B., *African Political Leadership: Jomo Kenyatta, Kwame Nkrumah and Julius K. Nyerere*. Malabar 1998.
- ATE, Bassey E., *Decolonization and Dependence. The Development of Nigerian-U.S. Relations, 1960-1984*. Boulder 1987
- ATZ, James Robert, *The British Colonial Police Service. A Study of Its Organisation and Its Operations in Six British African Colonies, 1937-1966*. Philadelphia 1988.
- ATZERT, Thomas/NEGRI, Antonio (Hrsg.), *Kritik der Weltordnung: Globalisierung, Imperialismus, Empire*. Berlin 2003.
- AUGELLI, Enrico /MURPHY, Craig, *America's Quest for Supremacy and the Third World. A Gramscian Analysis*. London 1988.
- AUGUST, Thomas B., *The Selling of Empire: British and French Imperialist Propaganda, 1890-1940*. Westport 1985.
- AUSTIN, Dennis, *Politics in Ghana, 1946-1960*. London 1964.
- BABATOPE, Ebenezer, *The Ghana Revolution: From Nkrumah to Jerry Rawlings*. Enugu 1982.
- BADRU, Pade, *Imperialism and Ethnic Politics in Nigeria, 1960-1996*. Trenton 1998.
- BAKER, Lee D., *From Savage to Negro. Anthropology and the Construction of Race, 1896-1954*. Berkeley 1998.
- BANDOW, Doug / VÁSQUEZ, Ian (Hrsg.), *Perpetuating Poverty. The World Bank, the IMF, and the Developing World*. Washington D.C. 1994.
- BANGURA, Yusuf, *Britain and Commonwealth Africa. The Politics of Economic Relations 1951-1975*. Manchester 1983.
- BARKAN, Elazar, *The Retreat of Scientific Racism. Changing Concepts of Race in Britain and the United States Between the World Wars*. New York 1992.
- BARKER, Francis /HULME, Peter (Hrsg.), *Colonial Discourse. Postcolonial Theory*. Manchester 1994.
- BARKER, Peter, *Operation Cold Chop. The Coup That Toppled Nkrumah*. Accra 1969.
- BARNET, Richard J., *Intervention and Revolution. The United States in the Third World*. New York 1968.
- BAUMANN, Gerhard, *Die Blockfreien-Bewegung. Konzepte – Analyse – Ausblick*. St. Augustin 1982.
- BAUMANN, Yvonne, *John F. Kennedy und 'Foreign Aid'. Die Auslandshilfepolitik der Administration Kennedy unter besonderer Berücksichtigung des entwicklungspolitischen Anspruchs*. Stuttgart 1990.
- BAYNHAM, Simon, *The Military and Politics in Nkrumah's Ghana*. Boulder 1988.
- BERG, Manfred, *The Ticket To Freedom: Die NAACP und das Wahlrecht der Afro-Amerikaner*. Frankfurt/M. 2000.
- BERMAN, Edward H., „Foundations, Philanthropy, and Neo-Colonialism”, in: *Education and the Colonial Experience*. Hrsg. v. Philip G. Altbach u. Gail P. Kelly. New Brunswick 1984, S. 253-272.
- BERNER, Wolfgang, *Die sowjetische Afrika-Politik, 1919-1974*. Köln 1974.
- BERTAUX, Pierre, *Afrika. Von der Vorgeschichte bis zu den Staaten der Gegenwart*. Frankfurt /M. 1966.
- BETTS, Raymond F., *Decolonization*. New York 1998.
- BHABHA, Homi K., *The Location of Culture*. London 1994.
- BIENEN, Henry S., *Armed Forces. Conflict and Change in Africa*. Boulder 1989.
- BIERMANN, Harald, *John F. Kennedy und der Kalte Krieg. Die Außenpolitik der USA und die Grenzen der Glaubwürdigkeit*. Paderborn 1997.
- BILL, James A., *George Ball. Behind the Scenes in U.S. Foreign Policy*. London 1998.
- BILLS, Scott L., *Empire and the Cold War: The Roots of US-Third World Antagonism, 1945-1947*. New York 1990.

- BIRMINGHAM, David, *Kwame Nkrumah: The Father of African Nationalism*. London 1990.
- BLACK, John B., *Organising the Propaganda Instrument: The British Experience*. The Hague 1975.
- BLANCHARD, William H., *Neo-colonialism American Style, 1960-2000*. Westport 1996.
- BLANKE, Gustav H. /KRAKAU, Knud, *Mission, Myth, Rhetoric, and Politics in American History*. Berlin 1992.
- BLAUT, James M., *The Colonizer's Model of the World: Geographical Diffusionism and Eurocentric History*. New York 1993.
- BLOCH, Jonathan /FITZGERALD, Patrick, *British Intelligence and Covert Action*. Dingle 1983.
- BLOMSTRÖM, Magnus /HETTNE, Björn, *Development Theory in Transition: The Dependency Debate and Beyond: Third World Responses*. London 1984.
- BLUM, William, *Killing Hope. U.S. Military and CIA Intervention Since World War II*. London 1986.
- BOAHEN, Adu A., *African Perspectives of Colonialism*. Baltimore 1987.
- BOATENG, Charles Adom, *The Political Legacy of Kwame Nkrumah of Ghana*. Lewiston 2003.
- Ders., *Nkrumah's Consciencism. An Ideology for Decolonization and Development*. Dubuque 1995.
- BOECKH, Andreas, „Entwicklungstheorien: Eine Rückschau“, in: *Handbuch der Dritten Welt*. Band 1. Hrsg. v. Dieter Nohlen u. Franz Nuscheler. Hamburg 1992, S. 110-130.
- BONILLA, Frank /GIRLING, Robert, *Structures of Dependence*. Stanford 1973.
- BORNET, Vaughn Davis, *The Presidency of Lyndon B. Johnson*. Lawrence 1983.
- BORSTELMANN, Thomas, *The Cold War and the Color Line. American Race Relations in the Global Arena*. Cambridge 2001.
- Ders., *Apartheid's Reluctant Uncle: The United States and Southern Africa in the Early Cold War*. New York 1993.
- BOULDING, Kenneth E., *The Image: Knowledge in Life and Society*. Ann Arbor 1956.
- BOYD-BARRETT, Oliver, *Mass Communications in Cross-Cultural Contexts: The Case of the Third World*. Milton Keynes 1977.
- BRADLEY, Mark, „Slouching toward Bethlehem. Culture, Diplomacy, and the Origins of the Cold War in Vietnam“, in: *Cold War Constructions. The Political Culture of United States Imperialism, 1945-1966*. Hrsg. v. G. Christian Appy. New Caledonia 2000, S. 11-34.
- BRANCH, Taylor, *Pillar of Fire: America in the King Years 1963-65*. New York 1998.
- BRANDS, Henry W., „The Idea of the National Interest“, in: *Diplomatic History* 23 (1999), S. 239-261.
- Ders., *What America Owes the World: The Struggle for the Soul of Foreign Policy*. Cambridge 1998.
- Ders., *The Devil We Knew. Americans and the Cold War*. New York 1993.
- Ders., *The Specter of Neutralism. The United States and the Emergence of the Third World, 1947-1960*. New York 1989.
- Ders., *Cold Warriors. Eisenhower's Generation and American Foreign Policy*. New York 1988.
- BRANTLINGER, Patrick, *Rule of Darkness: British Literature and Imperialism, 1830-1914*. Ithaca 1988.
- BRETTON, Henry L., *The Rise and Fall of Kwame Nkrumah. A Study of Personal Rule in Africa*. London 1967.
- BROADWATER, Jeff, *Eisenhower and the Anti-Communist Crusade*. Chapel Hill 1992.
- BROHMAN, John, „Universalism, Eurocentrism, and Ideological Bias in Development Studies: From Modernisation to Neoliberalism“, in: *Third World Quarterly* 16 (1995), S. 121-140.
- BURCHILL, Scott, „Realism and Neo-realism“, in: *Theories of International Relations*. Hrsg. v. Scott Burchill u. Andrew Linklater. Basingstoke 1996, S. 67-92.
- BURKE, Peter (Hrsg.), *New Perspectives on Historical Writing*. Oxford 1992.

- BUSCH, Gary K., „The Transnational Relations of African Trade Unions”, in: *Africa Today* 19 (1972), S. 22-32.
- BUSH, Barbara, *Imperialism, Race and Resistance. African And Britain, 1919-1945*. London 1999.
- BUSUMTWI-SAM, James, „Modes of Economic Development in Africa”, in: *Journal of Commonwealth and Comparative Politics* 34 (1996), S. 174-198.
- BUZAN, Barry, *Peoples, States, and Fear: The National Security Problem in International Relations*. Brighton 1983.
- CAIN, Peter J. /HOPKINS, Antony G., *British Imperialism: Crisis and Deconstruction, 1914-1990*. Harlow 1993.
- CAMMACK, Paul, *Capitalism and Democracy in the Third World. The Doctrine for Political Development*. London 1997.
- CAMPBELL, David, *Writing National Security: U.S. Foreign Policy and the Politics of Identity*. Minneapolis 1992.
- CAREW, Anthony, „Conflict within the ICFTU: Anti-Communism and Anti-Colonialism in the 1950s”, in *International Review of Social History* 41 (1996), S. 147-181.
- CAREY, Robert G., *The Peace Corps*. New York 1970.
- CARTER, Gwendolyn M., „African Studies in the United States: A Report for Dr. Paul Miller, Department of Health, Education and Welfare“, in: *African Studies Bulletin* 17 (1954), S. 96-108.
- ČERVENKA, Zdenek, *The Organisation of African Unity and its Charter*. London 1968.
- CHANDHOKE, Neera (Hrsg.), *Understanding the Post-Colonial World. Theory and Method*. New Delhi 1994.
- CHESTER, Edward W., *Clash of Titans. Africa and U.S. Foreign Policy*. Maryknoll 1974.
- CHIKEKA, Charles O., *Britain, France and the New African States. A Study of Post Independence Relationships, 1960-1985*. New York 1990.
- CHUKWEUMERIJÉ, Ibezim, *The New Frontier and Africa 1961-1963*. Diss. State University of New York 1976.
- CLAPHAM, Christopher, *Africa and the International System: The Politics of State Survival*. Cambridge 1996.
- CLAYTON, Anthony /KILLINGRAY, David, *Khaki and Blue: Military and Police in British Colonial Africa*. Athens 1989.
- CLIFFORD, James, *The Predicament of Culture. Twentieth-Century Ethnography, Literature, and Art*. Cambridge 1988.
- COBBS HOFFMAN, Elizabeth, ‘All You Need is Love’. *The Peace Corps and the Spirit of the 1960s*. Cambridge 1998.
- Dies., „Decolonization, the Cold War, and the Foreign Policy of the Peace Corps”, in: *Diplomatic History* 20 (1996), S. 79-105.
- CODJOE, Frank Kwaw, *Elites, Ideology and Development Problems of Ghana*. Ammersbek b. Hamburg 1988.
- COHEN, Barry, „The CIA and African Trade Unions”, in: *Dirty Work 2: The CIA in Africa*. Hrsg. v. Ellen Ray u. William Schaap. Secaucus 1979, S. 70-79.
- COHEN, Bernard C., *The Press and Foreign Policy*. Princeton 1963.
- COHEN, Warren I. /TUCKER, Nancy B. (Hrsg.), *Lyndon B. Johnson Confronts the World. American Foreign Policy, 1963-1968*. Cambridge 1994.
- Ders., *Dean Rusk*. Totowa 1980.
- COHN, Helen Desfosses, *Soviet Policy toward Black Africa: The Focus on National Integration*. New York 1972.

- CONTEH, Adama-Juldeh, *Economics and the Politics of Cocoa in the Gold Coast/Ghana: British Policies, United States Response, and Gold Coasters Reactions, 1930-1966*. Washington D.C. 1993.
- COOPER, Frederick /STOLER, Ann Laura (Hrsg.), *Tensions of Empire. Colonial Cultures in a Bourgeois World*. London 1997.
- Ders./PACKARD, Randall (Hrsg.), *International Development and the Social Sciences. Essays on the History and Politics of Knowledge*. Berkeley 1997.
- Ders., „Modernizing Bureaucrats, Backward Africans, and the Development Concept”, in: *International Development and the Social Sciences. Essays on the History and Politics of Knowledge*. Hrsg. v. Frederick Cooper u. Randall Packard. Berkeley 1997, S. 64-92.
- Ders., *Decolonization and African Society: The Labor Question in French and British Africa*. Cambridge 1996.
- CRABB, Cecil V., „American Diplomatic Tactics and Neutralism“, in: *Political Science Quarterly* 78 (1963), S. 418-443.
- CRUSH, Jonathan S., *Power of Development*. London 1995.
- CULL, Nicholas J., „Auteurs of Ideology: USIA Documentary Film Propaganda in the Kennedy Era as Seen in Bruce Herschensohn’s The Five Cities of June (1963) and James Blue’s The March (1964)”, in: *Film History* 10 (1998), S. 298-310.
- CULLATHER, Nick, „Research Note: Development? It’s History”, in: *Diplomatic History* 24 (2000), S. 641-653.
- CULVERSON, R. Donald, *Propaganda and National Interests: USIA Policy toward West and Central Africa, 1957-1973*. Diss. University of California 1987.
- CUMMINGS, Bruce, „The American Century and the Third World”, in: *Diplomatic History* 23 (1999), S. 355-370.
- Ders., „‘Revising Postrevisionism’, or ‘The Poverty of Theory in Diplomatic History’”, in: *Diplomatic History* 17 (1993), S. 539-569.
- CURRAN, James (Hrsg.), *Mass Communication and Society*. London 1977.
- DAGNINO, Evelina, „Cultural and Ideological Dependence: Building a Theoretical Framework”, in: *Structures of Dependence*. Hrsg. v. Fank Bonilla u. Robert Girling. Stanford 1973, S. 129-148.
- DARBY, Philip, *Three Faces of Imperialism: British and American Approaches to Asia and Africa, 1870-1970*. New Haven 1987.
- DARWIN, John, „Decolonization and the End of Empire”, in: *The Oxford History of the British Empire. Volume V: Historiography*. Hrsg. v. Robin W. Winks. New York 1999, S. 540-557.
- Ders., *Britain and Decolonization: The Retreat from Empire in the Post-War World*. London 1988.
- Ders., „British Decolonisation since 1945: A Pattern or a Puzzle?”, in: *Perspectives on Imperialism and Decolonization*. Hrsg. v. Roy F. Holland u. Gowher Rivzi. London 1984, S. 187-209.
- DAVID, Steven R., *Choosing Sides: Alignment and Realignment in the Third World*. Baltimore 1991.
- DAVIDSON, Basil, *Black Star. A View of the Life and Times of Kwame Nkrumah*. Boulder 1989.
- DE WITTE, Ludo, *The Assassination of Lumumba*. London 2001.
- DEGLER, Carl N., *In Search of Human Nature: The Decline and Revival of Darwinism in American Social Thought*. New York 1991.
- DeROCHE, Andrew, *Black, White And Chrome: The United States and Zimbabwe, 1953-1998*. Trenton 2001.
- DICKSON, David A., *United States Foreign Policy toward Sub-Saharan Africa: Change, Continuity and Constraint*. Lanham 1985.
- DIRKS, Nicholas B.(Hrsg.), *Colonialism and Culture*. Ann Arbor 1992.
- DITTRICH, Eckhard J., *Das Weltbild des Rassismus*. Frankfurt 1991.

- DIVINE, Robert A., „The Education of John F. Kennedy“, in: *Makers of American Diplomacy. From Benjamin Franklin to Henry Kissinger*. Hrsg. v. Frank J. Merli. New York 1974, S. 621-648.
- DOWSE, Robert „Military und Police Rule“, in: *Politicians and Soldiers in Ghana 1966-1972*. Hrsg. v. Dennis Austin u. Robin Luckham. London 1975, S. 16-36.
- DRÖGE, Franz W., *Publizistik und Vorurteil*. Münster 1967.
- DUDZIAK, Mary L., *Cold War Civil Rights. Race and the Image of American Democracy*. Princeton 2000.
- Dies., „Desegregation as a Cold War Imperative“, in: *Stanford Law Review* 41 (1988), S. 63-65.
- DUIGNAN, Peter /GANN, Louis H., *The United States and Africa. A History*. Cambridge 1984.
- Dies., *Burden of Empire: An Appraisal of Western Colonialism in Africa South of Sahara*. New York 1968.
- DUNBAR, Ernest, *The Black Expatriates*. New York 1974.
- DZORGBO, Dan-Bright S., *Ghana in Search of Development: The Challenge of Governance, Economic Management and Institution Building*. Aldershot 2001.
- EAGLETON, Terry (Hrsg.), *Ideology: An Introduction*. London 1991.
- EDWARDS, Adolph, *Marcus Garvey, 1887-1940*. London 1987
- EJIOFOR, Lambert U., *Africa in World Politics. The Growth of African Presence in the United Nations, 1945-1970*. Onitsha 1981.
- ELDER, Robert E., *The Information Machine. The United States Information Agency and American Foreign Policy*. Syracuse 1968.
- EL-KHAWAS, Mohamed A., „United States Foreign Policy toward Africa 1960-1972“, in: *A Current Bibliography on African Affairs* 5 (1972), S. 407-420.
- EMERSON, Rupert, *Africa and United States Policy*. Englewood Cliffs 1967.
- ENGEL, Bruno, *Von Belgrad (1961) bis Havanna (1979): Zur Entwicklung der Bewegung blockfreier Staaten*. Köln 1980.
- ENGELS, Dagmar/ MARKS, Shula (Hrsg.), *Contesting Colonial Hegemony. State and Society in Africa and India*. London 1994
- ESCOBAR, Arturo, *Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World*. Princeton 1995.
- ESEDEBE, Peter O., *Pan-Africanism. The Idea and Movement, 1776-1991*. Washington D.C. 1994.
- ESSEKS, John D., „Economic Dependency and Political Development in New States of Africa“, in: *Journal of Politics* 33 (1971), S. 1052-1075.
- ESTEVA, Gustavo, „Development“, in: *The Development Dictionary. A Guide to Knowledge as Power*. Hrsg. v. Wolfgang Sachs. London 1992, S. 6-13.
- FAFOWORA, Oladapo O., *Pressure Groups and Foreign Policy. A Comparative Study of British Attitudes and Policy towards Secessionist Moves in the Congo (1960-63) and in Nigeria (1966-69)*. Ibadan 1990.
- FALOLA, Toyin, „British Imperialism, Roger Louis and the West African Case“, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 27 (1999), S. 124-142.
- Ders., *Development Planning and Decolonization in Nigeria*. Gainesville 1996.
- FERRO, Marc, *Colonization. A Global History*. London 1997.
- FIEBIG-VON HASE, Ragnhild /LEHMKUHL, Ursula (Hrsg.), *Enemy Images in American History*. Oxford 1997.
- FIELDHOUSE, D. K., *The West and the Third World. Trade, Colonialism, Dependence and Development*. Oxford 1999.
- Ders., *Black Africa 1945-1980: Economic Decolonisation and Arrested Development*. London 1986.
- FIELDS, Barbara J., „Slavery, Race and Ideology in the United States of America“, in: *New Left*

- Review 181 (1990), S. 95-128.
- FINZSCH, Norbert /HORTON, James O., *Von Benin nach Baltimore: Die Geschichte der African Americans*. Hamburg 1999.
- Ders., „Wissenschaftlicher Rassismus in den USA, 1850-1930“, in: *Wissenschaftlicher Rassismus. Analysen einer Kontinuität in den Human- und Naturwissenschaften*. Hrsg. v. Heidrun Kaupen-Haas u. Christian Saller. Frankfurt/M. 1999, S. 84-110.
- FIRST, Ruth, *Power in Africa*. New York 1970.
- FITCH, Bob /OPPENHEIMER, Mary, *Ghana: End of Illusion*. New York 1966.
- FLINT, John E., „Scandal at the Bristol Hotel: Some Thoughts on Racial Discrimination in Britain and West Africa and its Relationship to the Planning of Decolonisation, 1939-1947“, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 12 (1983), S. 79-91.
- FRANK, André Gunder, *Latin America: Underdevelopment or Revolution. Essays on the Development of Underdevelopment and the Immediate Enemy*. New York 1969.
- Ders., *Capitalism and Underdevelopment in Latin America*. New York 1967.
- FRASER, Cary, „Understanding American Policy Towards the Decolonization of European Empires, 1945-64“, in: *Diplomacy and Statecraft* 3 (1992), S. 105-107.
- FREDERICKSON, George M., *The Arrogance of Race: Historical Perspectives on Slavery, Racism, and Social Inequality*. Middletown 1988.
- Ders., *The Black Image in the White Mind. The Debate on Afro-American Character and Destiny, 1817-1917*. New York 1971
- FREIBERG, Ralf /JÜRGENS, Thomas, „Rechtsgrundlagen der Entwicklung, des Aufbaus und der Befugnisse der Weltbank“, in: *Die Weltbank*. Hrsg. v. Thomas U. Koll. Berlin 1988, S. 11-47.
- FREUND, Bill, *The Making of Contemporary Africa: The Development of African Society since 1800*. London 1984.
- FREY, Marc, „Tools of Empire: Persuasion and the United States Modernization Mission in Southeast Asia“, in: *Diplomatic History* 27 (2003), S. 543-568.
- FRIEDBERG, Aron L., „Science, the Cold War, and the American State“, in: *Diplomatic History* 20 (1996), S. 107-118.
- FRIEDLAND, William H., „American Labor“, in: *Africa Today* 14 (1967), S. 13-16.
- Ders./ROSBURG, Carl G., Jr. (Hrsg.), *African Socialism*. Stanford 1964.
- FRIMPONG-ANSAH, Jonathan H., *The Vampire State in Africa: The Political Economy of Decline in Ghana*. London 1991.
- FRICTSHE, Klaus, *Blockfreiheit aus sowjetischer Sicht*. München 1986.
- FUCHS, Lawrence H., *The American Kaleidoscope: Race, Ethnicity, and the Civic Culture*. Hanover 1990.
- FÜREDI, Frank, *The Silent War: Racism, Imperialism, and Ideology in the Twentieth Century*. London 1998.
- Ders., *The New Ideology of Imperialism: Renewing the Moral Imperative*. London 1995.
- Ders., *Colonial Wars and the Politics of Third World Nationalism*. London 1994.
- GADDIS, John Lewis, *We Now Know. Rethinking Cold War History*. New York 1997.
- Ders., *Strategies of Containment. A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy*. New York 1982.
- GAINES, Kevin, „From Black Power to Civil Rights. Julian Mayfield and African American Expatriates in Nkrumah's Ghana, 1957-1966“, in: *Cold War Constructions. The Political Culture of United States Imperialism, 1945-1966*. Hrsg. v. G. Christian Appy. New Caledonia 2000, S. 257-269.
- GAMBARI, Ibrahim A., *Party Politics and Foreign Policy. Nigeria under First Republic*. Ibadan 1980.

- GARTHOFF, Raymond, *Assessing the Adversary. Estimates by the Eisenhower Administration of Soviet Intentions and Capabilities*. Washington D.C. 1991.
- GEERTZ, Clifford, *The Interpretations of Cultures. Selected Essays*. New York 1973.
- Ders., „Ideology as a Cultural System“, in: *Ideology and Discontent*. Hrsg. v. David E. Apter. London 1964, S. 47-76.
- GEIGER, Roger L., *Research and Relevant Knowledge: American Research Universities since World WAR II*. New York 1993.
- GEISS, Imanuel, *Geschichte des Rassismus*. Frankfurt 1988.
- Ders., *Panafrikanismus. Zur Geschichte der Dekolonisation*. Frankfurt/M. 1968.
- Ders., *Gewerkschaften in Afrika*. Hannover 1965.
- GENDZIER, Irene L., *Managing Political Change. Social Scientists and the Third World*. Boulder 1985.
- GEORGE, Susan /SABELLI, Fabrizio, *Kredit und Dogma: Ideologie und Macht der Weltbank*. Hamburg 1995.
- GIBBS, David N., „Political Parties and International Relations: The United States and the Decolonization of Sub-Saharan Africa“, in: *International History Review* 17 (1995), S. 306-327.
- Ders., *The Political Economy of Third World Intervention: Mines, Money, and U.S. Policy in the Congo Crisis*. Chicago 1991.
- GIFFORT, Prosser /LOUIS, Wm. Roger (Hrsg.), *The Transfer of Power in Africa. Decolonization 1940-1960*. New Haven 1982.
- GIGLIO, James N., *The Presidency of John F. Kennedy*. Lawrence 1991.
- GIRLING, John L. S., *America and the Third World. Revolution and Intervention*. London 1980.
- GLEIJESES, Piero, „'Flee! The White Giants Are Coming!': The United States, the Mercenaries, and the Congo, 1964-65“, in: *Diplomatic History* 18 (1994), S. 207-237.
- GLICKMAN, Harvey, „Anti-Americanism in Africa: The Constraints of Globalism“, in: *Anti-Americanism in the Third World. Implications for U.S. Policy*. Hrsg. v. Alvin Z. Rubinstein. New York 1985, S. 171-190.
- GOLDING, Peter, „Media Professionalism in the Third World: The Transfer of an Ideology“, in: *Mass Communications and Society*. Hrsg. v. James Curran u. Michael Gurevitch. London 1977, S. 291-314
- GOLDSCHMIDT, Walter (Hrsg.), *The United States and Africa*. New York 1962.
- GOLDSTEIN, Judith /KEOHANE, Robert O. (Hrsg.), *Ideas and Foreign Policy: Beliefs, Institutions, and Political Change*. Ithaca 1993.
- GOLDSWORTHY, David, „Introduction“, in: *British Documents on the End of Empire. The Conservative Government and the End of Empire, 1951-1957*. Hrsg. v. David Goldsworthy. 3 Bde. London 1994, I, S. xxv-Ixvi.
- Ders., „Britain and the International Critics of Colonialism, 1951-56“, in: *Journal of Commonwealth and Comparative Politics* 29 (1991), S. 1-24.
- Ders., „Keeping Changes within Bounds: Aspects of Colonial Policy during the Churchill and Eden Governments, 1951-57“, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 18 (1990), 81-108.
- Ders., *Colonial Issues in British Politics, 1945-1961. From 'Colonial Development' to 'Winds of Change'*. Oxford 1971.
- GOSSETT, Thomas F., *Race: The History of an Idea in America*. Dallas 1965.
- GRAF, William D., *The Nigerian State: Political Economy, State Class, and Political System in the Post-Colonial Era*. London 1988.
- GROHS, Gerhard, „Eliten“, in: *Das Kleine Afrika-Lexikon. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Hrsg. v. Jacob E. Mabe. Stuttgart 2002, S. 45-47.
- GRUNDY, Kenneth W. /FALCHI, John P., „The United States and Socialism“, in: *Journal of African and Asian Studies* 4 (1969), S. 300-314.

- GUPTA, P. S., *Imperialism and the British Labour Movement, 1914-1964*. London 1975.
- GURTOV, Melvin, *The United States against the Third World. Antinationalism and Intervention*. New York 1974.
- HACHTEN, William A., *Muffled Drums. The News Media in Africa*. Ames 1971.
- HADDOW, Robert H., *Pavilions of Plenty. Exhibiting American Culture Abroad in den 1950s*. Washington D.C. 1997.
- HADJOR, Kofi Buenor, *Dictionary of Third World Terms*. London 1993.
- Ders., *Nkrumah and Ghana: The Dilemma of Post-Colonial Power*. London 1988.
- HAGEN, James M. /RUTTAN, Veron W., „Development Policy under Eisenhower and Kennedy“, in: *Journal of Developing Areas* 23 (1988), S. 1-30.
- HAHN, Peter L. /HEISS, Mary Ann (Hrsg.) *Empire and Revolution. The United States and the Third World Since 1945*. Columbus 2001.
- HALL, Stuart (Hrsg.), *Formations of Modernity*. London 1992.
- HAMMOND, Dorothy /JABLOW, Alta, *The Myth of Africa*. New York 1977.
- HAMRELL, Sven /WIDSTRAND, Carl Gösta (Hrsg.), *The Soviet Bloc, China and Africa*. London 1964.
- HANISCH, Rolf, *Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie im internationalen System. Das Beispiel Ghana*. Saarbrücken 1975.
- HARGREAVES, John D., *The End of Colonial Rule in West Africa*. London 1979.
- HART, David, *The Volta River Project. A Case Study in Politics and Technology*. Edinburgh 1980.
- Ders., „The Political Economy of a Development Scheme: The Volta River Project“, in: *International Relations* 6 (1978), S. 245-256.
- HAVINDEN, Michael /MEREDITH, David, *Colonialism and Development: Britain and Its Tropical Colonies, 1850-1960*. London 1993.
- Hawk, Beverly G., *Africa's Media Image*. Westport 1992.
- HEALD, Morell /KAPLAN, Lawrence S., *Culture and Diplomacy. The American Experience*. Westport 1977.
- HEIDEKING, Jürgen /NÜNNING, Vera, *Einführung in die amerikanische Geschichte*. München 1998.
- Ders., *Geschichte der USA*. Tübingen 1996.
- Ders., „John F. Kennedy 1961-1963. Der imperiale Präsident“, in: *Die amerikanischen Präsidenten: 41 historische Portraits von George Washington bis Bill Clinton*. Hrsg. v. Jürgen Heideking. München 1995, S. 346-360.
- HELDMAN, Dan C., *The USSR and Africa. Foreign Policy under Khrushchev*. New York 1981.
- HENDERSON, John W., *The United States Information Agency*. New York 1969.
- HENRIKSEN, Thomas H. (Hrsg.), *Communist Powers and Sub-Saharan Africa*. Stanford 1981.
- HERBST, Jeffrey I., *U.S. Economic Policy toward Africa*. New York 1992.
- HERSH, Seymour, „CIA Said to Have Aided Plotters Who Overthrew Nkrumah in Ghana“, in: *Dirty Work 2: The CIA in Africa*. Hrsg. v. Ellen Ray u. William Schaap. Secaucus 1979, S. 159-162.
- HERSKOVITS, Melville J., „The Image of Africa in the United States“, in: *Journal of Human Relations* 10 (1962), S. 236-245.
- HERZER, Joachim, *Der Beitrag der außerschulischen Erwachsenenbildung zum sozialen Wandel in den urbanen Zentren des südlichen Ghana. Eine erziehungssoziologische Analyse über Aufbau, Ziele und Erfolge des Institutes of Extra-Mural Studies und der People's Educational Association zwischen 1948 und 1966*. Hamburg 1977.
- HEYWOOD, Andrew, *Political Ideologies: An Introduction*. London 1992.

- HICKERY, Dennis /WYLIE, Kenneth C., *An Enchanting Darkness. The American Vision of Africa in the Twentieth Century*. East Lansing 1993.
- HILL, Robert A. (Hrsg.), *The Marcus Garvey and University Negro Improvement Association Papers*. 2 Bde. Berkeley 1983.
- HIXSON, Walter L., *Parting the Curtain: Propaganda, Culture and the Cold War, 1945-61*. New York 1997.
- HOCHGESCHWENDER, Michael, *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*. München 1998.
- HOLBRIK, Karl, *The United States, the Soviet Union, and the Third World*. Hamburg 1968.
- HOLDER, Calvin B., „Racism toward Black African Diplomats during the Kennedy-Administration“, in: *Journal of Black Studies* 14 (1983), S. 31-48.
- HOLLAND, Roy F. / RIZVI, Gowher (Hrsg.), *Perspectives on Imperialism and Decolonization*. London 1984.
- HOLSTI, Ole R., „International Relations Models“, in: *Explaining the History of American Foreign Relations*. Hrsg. v. Michael J. Hogan u. Thomas G. Paterson. Cambridge 1991, S. 57-88.
- HOLT, Thomas C., „Race, Race-Making, and the Writing of History“, in: *American Historical Review* 100 (1995), S. 1-20
- HOOGVELT, Ankie, *Globalisation and the Postcolonial World. The New Political Economy of Development*. London 1997.
- HOPKINS, Antony G., „Development and the Utopian Ideal, 1960-1999“, in: *The Oxford History of the British Empire. Vol. V: Historiography*. Hrsg. v. Robin W. Winks. Oxford 1999, S. 635-652.
- Ders., *An Economic History of West Africa*. London 1973.
- HORNE, Gerald, „Race from Power: U.S. Foreign Policy and the General Crisis of ‘White Supremacy’“, in: *Diplomatic History* 23 (1999), S. 437-462.
- HORSMAN, Reginald, *Race and Manifest Destiny: The Origins of American Racial Anglo-Saxonism*. Cambridge 1994.
- Ders., „Origins of Racial Anglo-Saxonism in Great Britain Before 1850“, in: *Journal of the History of Ideas* 37 (1976), S. 387-410.
- HOSKYN, Catherine, „The African States and the United Nations, 1958-1964“, in: *International Affairs* 40 (1964), S. 466-480.
- HOUNTONDJI, Paulin J., *Afrikanische Philosophie. Mythos und Realität*. Berlin 1993.
- HOWARD, Rhoda, *Colonialism and Underdevelopment in Ghana*. London 1978.
- HOWE, Russell Warren, *Along the African Shore: An Historic Review of Two Centuries of U.S. - African Relations*. New York 1975.
- HOWE, Stephen, *Anti-Colonialism in British Politics: The Left and the End of Empire, 1919-1964*. Oxford 1993.
- HOWELL, Thomas A. /RAJASOORIA, Jeffrey P., *Ghana and Nkrumah*. New York 1972.
- HUBEL, Helmut /KUPPER, Siegfried, *Die Sowjetunion und die Dritte Welt. Politische Beziehungen und Interessen*. Bonn 1981.
- HUDSON, Valerie M. (Hrsg.), *Culture and Foreign Policy*. London 1997.
- HUGHES, Barry B., *The Domestic Context of American Foreign Policy*. San Francisco 1978.
- HUNT, Lynn /BIERSACK, Aletta (Hrsg.), *The New Cultural History*. Berkeley 1989.
- HUNT, Michael H., „Conclusions: the Decolonization Puzzle in US Policy – Promise versus Performance“, in: *The United States and Decolonization: Power and Freedom*. Hrsg. v. David Ryan u. Victor Pungong. London 2000, S. 207-229.
- Ders., „The Long Crisis in U.S. Diplomatic History: Coming to Closure“, in: *Diplomatic History* 16 (1992), S. 115-140.

- Ders., „Ideology”, in: *Explaining the History of American Foreign Relations*. Hrsg. v. Michael J. Hogan u. Thomas G. Paterson. Cambridge 1991, S. 193-201.
- Ders., *Ideology and U.S. Foreign Policy*. New Haven 1987.
- HUTCHFUL, Eboe, *The IMF and Ghana. The Confidential Record*. London 1987.
- HYAM, Ronald, „Introduction”, in: *British Documents on the End of Empire. The Labour Government and the End of Empire, 1945-1951*. Hrsg. v. Ronald Hyam. 4 Bde. London 1992, I, S. xxiii-lxxviii.
- IDANG, Gordon J., *Nigeria: Internal Politics and Foreign Policy, 1960-1966*. Ibadan 1973.
- IMMERMAN, Richard H., *John Foster Dulles and the Diplomacy of the Cold War*. Princeton 1990.
- IRIYE, Akira, *Cultural Internationalism and World Order*. Baltimore 1997.
- Ders., „Culture and International History”, in: *Explaining the History of American Foreign Relations*. Hrsg. v. Michael J. Hogan u. Thomas G. Paterson. Cambridge 1991, S. 214-225.
- Ders., „Culture“, in: *Journal of American History* 77 (1990), S. 99-107.
- Ders., „Culture and Power: International Relations as Intercultural Relations”, in: *Diplomatic History* 3 (1979), S. 115-28.
- ISAACS, Harold R., *The New World of Negro Americans*. New York 1964.
- JACKSON, Henry F., *From the Congo to Soweto: U.S. Foreign Policy toward Africa since 1960*. New York 1982.
- JACKSON, Richard L., *The Non-aligned, the UN, and the Superpowers*. New York 1983.
- JACKSON, Robert H., „The Weight of Ideas in Decolonization: Normative Change in International Relations”, in: *Ideas and Foreign Policy: Beliefs, Institutions, and Political Change*. Hrsg. v. Judith Goldstein u. Robert O. Keohane. Ithaca 1993, S. 111-138.
- JACOBSON, Matthew F., *Barbarian Virtues: The United States Encounters Foreign Peoples at Home and Abroad, 1876-1917*. New York 2001.
- JÄGGI, Christian J., *Rassismus. Ein globales Problem*. Zürich 1992.
- JAMES, Alan, *Britain and The Congo Crisis, 1960-1963*. Basingstoke 1996.
- JARRETT, Alfred A., *The Under-Development of Africa: Colonialism, Neo-Colonialism and Socialism*. Lanham 1996.
- JEFFRIES, Richard, *Class, Power and Ideology in Ghana: The Railwaymen of Sekondi*. Cambridge 1978.
- JERVIS, Robert, *Perception and Misperception in International Politics*. Princeton 1976.
- JINADU, Liasu A. (Hrsg.), *African Perspectives on the Non-Aligned Movement*. Harare 1986.
- JOCHUM, Michael, *Persönliche Eindrücke auf Gipfeltreffen als Faktor außenpolitischer Urteils- und Entscheidungsbildung: Eisenhower und Chruschtschow. Gipfeldiplomatie im Kalten Krieg, 1955-1960*. Paderborn 1996.
- JOHNS, Sheridan /DAVIS, R. Hunt, *Mandela, Tambo, and the African National Congress: The Struggle Against Apartheid, 1948-1990*. New York 1991.
- JONES, Trevor, *Ghana's First Republic 1960-1966: The Pursuit of the Political Kingdom*. London 1976.
- JONES-QUARTEY, K. A. B., *History, Politics and Early Press in Ghana: The Fictions and the Facts*. Legon 1975.
- Ders., *A Summary History of the Ghana Press, 1822-1960*. Accra 1974.
- JORDAN, Winthrop D., *White Over Black: American Attitudes Toward the Negro, 1550-1812*. New York 1977.
- KAHLER, Miles, *Decolonization of Britain and France: The Domestic Consequences of International Relations*. Princeton 1984.

- KALU, Victor Eke (Hrsg.), *Soviet Union in World Politics: Essays in the Global Significance of the USSR, and Issues in Soviet-African Relations*. Enugu 1988.
- KANET, Roger E. (Hrsg.), *The Soviet Union and the Developing Nations*. Baltimore 1974.
- KAPPELER, Manfred, *Rassismus. Über die Genese einer europäischen Bewußtseinsform*. Frankfurt 1994.
- KARABELL, Zachary, *Architects of Intervention. The United States, the Third World and the Cold War 1946-1962*. Baton Rouge 1999.
- KATZENSTEIN, Peter J. (Hrsg.), *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*. New York 1996.
- KAUFMAN, Burton I., „John F. Kennedy as World Leader: A Perspective on the Literature“, in: *America in the World. The Historiography of American Foreign Relations since 1941*. Hrsg. v. Michael J. Hogan. Cambridge 1995, S. 326-357.
- Ders., *Trade and Aid. Eisenhower's Foreign Economic Policy, 1953-1961*. Baltimore 1982.
- KEGLEY, Charles W., Jr., *American Foreign Policy. Pattern and Process*. New York 1991.
- KEIL, Hartmut, „Die Vereinigten Staaten von Amerika zwischen kontinentaler Expansion und Imperialismus“, in: *Imperialistische Kontinuität und nationale Ungeduld im 19. Jahrhundert*. Hrsg. v. Wolfgang Reinhard. Frankfurt/M. 1991, S. 68-86.
- KELLNER, Douglas, *Kwame Nkrumah*. New York 1987.
- KELLY, Sean, *America's Tyrant: The CIA and Mobutu of Zaire: How the United States Put Mobutu in Power, Protected Him from His Enemies, Helped Him Become One of the Richest Men in the World, and Lived to Regret It*. Lanham 1993.
- KENNEDY, Dane, „Imperial History and Post-Colonial Theory“, in: *The Journal of Imperial and Commonwealth History* 24 (1996), S. 345-363.
- KENT, John, „The United States and the Decolonization of Black Africa, 1945-63“, in: *The United States and Decolonization: Power and Freedom*. Hrsg. v. David Ryan u. Victor Pungong. London 2000, S. 168-187.
- Ders., *The Internationalization of Colonialism: Britain, France, and Black Africa, 1939-1956*. Oxford 1992
- KILLICK, Tony, *Development Economics in Action. A Study of Economic Policies in Ghana*. London 1978.
- KILLINGRAY, David, „The Maintenance of Law and Order in British Colonial Africa“, in: *African Affairs* 85 (1986), S. 411-437.
- KI-ZERBO, Joseph, *Die Geschichte Schwarz-Afrikas*. Frankfurt /M. 1981.
- KLEIN, Jeff, „Decolonization of British Africa“, in: *American Moral and Political Leadership in the Third World. The Credibility of Institutions, Policies and Leadership*. Hrsg. v. Kenneth W. Thompson. Boston 1985, S. 121-144.
- KNAPP, Manfred, *Die Stimme Amerikas. Auslandspropaganda der USA unter der Regierung John F. Kennedys*. Opladen 1972.
- KOCH, Jutta, *Zur sicherheitspolitischen Kultur der Vereinigten Staaten von Amerika: Eckpunkte, Möglichkeiten, Grenzen*. Baden Baden 1998.
- KOLKO, Gabriel, *Confronting the Third World: U.S. Foreign Policy, 1945-1980*. New York 1988.
- KORNHER, Kenneth L., *The Psychological Instrument of U.S. Foreign Policy: U.S.I.A. 1953-1963*. Ann Arbor 1969.
- KOSELLECK, Reinhart, *Objektivität und Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft*. München 1977.
- KÖSSLER, Reinhart, *Entwicklung*. Münster 1998.
- KRAFONA, Kwesi, *A.B.C. of Nkrumahism*. London 1993.
- Ders., *The Pan-African Movement: Ghana's Contribution*. London 1986.

- KRAUSE, Walter, *Economic Development: The Underdeveloped World and the American Interest*. San Francisco 1961.
- KRENN, Michael L., *Black Diplomacy. African Americans and the State Department, 1945-1969*. New York 1999.
- Ders., „‘Outstanding Negroes’ and ‘Appropriate Countries’: Some Facts, Figures, and Thoughts on Black U.S. Ambassadors, 1949-1988”, in: *Diplomatic History* 14 (1990), S. 131-141.
- KREUTZER, Eberhard, „Theoretische Grundlagen postkolonialer Literaturkritik“, in: *Literaturwissenschaftliche Theorien, Modelle und Methoden. Eine Einführung*. Hrsg. v. Ansgar Nünning. Trier 1998, S. 199-213.
- KÜHNE, Winrich, *Die Politik der Sowjetunion in Afrika: Bedingungen und Dynamik ihres ideologischen, ökonomischen und militärischen Engagements*. Baden-Baden 1983.
- KUMADO, C.E.K., *Constitutionalism, Civil Liberties and Development: A Case Study of Ghana since Independence*. Accra 1980.
- KUMPFMÜLLER, Karl A. (Hrsg.), *Europas langer Schatten – Afrikanische Identitäten zwischen Selbst- und Fremdbestimmung*. Frankfurt/M. 2000.
- LACOUTURE, Jean, *The Demigods: Charismatic Leaderships in the Third World*. New York 1970.
- LAIDI, Zaki, *The Superpowers and Africa. The Constraints of a Rivalry 1960-1990*. Chicago 1990.
- LAKE, Anthony, *The ‘Tar Baby’ Option: American Policy Toward Southern Rhodesia*. New York 1974.
- LAMB, Richard, *The Macmillan Years, 1957-1963. The Emerging Truth*. London 1995.
- LAMBERT, Youry, *Ghana: In Search of Stability 1957-1992*. Westport 1993.
- LAQUEUR, Walter Z., „Communism and Nationalism in Tropical Africa“, in: *Foreign Affairs* 39 (1961), S. 610-621.
- LARKIN, Bruce D., *China and Africa, 1949-1970. The Foreign Policy of the People’s Republic of China*. Berkeley 1971.
- LASHMAR, Paul /OLIVER, James, *Britain’s Secret Propaganda War*. Strout 1998.
- LASKY, Victor, *JFK: The Man and the Myth*. New York 1963.
- LATHAM, Michael E., *Modernization as Ideology. American Social Science and ‘Nation Building’ in the Kennedy Era*. Chapel Hill 2000.
- LAUREN, Paul G., *Power and Prejudice: The Politics and Diplomacy of Racial Discrimination*. Boulder 1996.
- LAWAL, Kunle, *United States and the Decolonization Process in Nigeria, 1945-1969*. Lagos 1996.
- LEFEVER, Ernest W., *Spear and Scepter: Army, Police and Politics in Tropical Africa*. Washington D.C. 1970.
- LEFFLER, Melvyn P., „New Approaches, Old Interpretations, and Prospective Reconfigurations”, in: *Diplomatic History* 19 (1995), S. 173-196.
- Ders., *The Specter of Communism: the United States and the Origins of the Cold War*. New York 1994.
- Ders., „The Interpretative Wars over the Cold War, 1945-60“, in: *American Foreign Policy Reconsidered, 1890-1993*. Hrsg. v. Gordon Martel. London 1994, S. 106-124.
- Ders., „National Security”, in: *Explaining the History of American Foreign Relations*. Hrsg. v. Michael J. Hogan u. Thomas G. Paterson. Cambridge 1991, S. 202-213.
- LEGUM, Colin, „The USSR and Africa: The African Environment“, in: *Problems of Communism* 27 (1978), S. 1-19.
- Ders., „Socialism in Ghana: A Political Interpretation“, in: *African Socialism*. Hrsg. v. William H. Friedland u. Carl G. Rosberg, Jr. Stanford 1964, S. 131-159.
- Ders., „Pan-Africanism and Communism“, in: *The Soviet Bloc, China and Africa*. Hrsg. v. Sven Hamrell u. Carl Gösta Widstrand. London 1964, S. 9-29.

- LEGVOLD, Robert, *Soviet Policy in West Africa*. Cambridge 1970.
- LEHMKUHL, Ursula, „Entscheidungsprozesse in der internationalen Geschichte: Möglichkeiten und Grenzen einer kulturwissenschaftlichen Fundierung außenpolitischer Entscheidungsmodelle“, in: *Internationale Geschichte. Themen-Ergebnisse-Aussichten*. Hrsg. v. Wilfried Loth u. Jürgen Osterhammel. München 2000, S. 187-207.
- LEIMGRUBER, Walter, *Kalter Krieg um Afrika. Die amerikanische Afrikapolitik unter Präsident Kennedy 1961-1963*. Stuttgart 1990.
- LEMARCHAND, René: „The CIA in Africa: How Central? How intelligent?“, in: *Journal of Modern African Studies* 14 (1976), S. 401-426.
- LEWIS, David L., *W.E.B. Du Bois: The Fight for Equality and the American Century, 1919-1963*. New York 2000.
- LILAND, Frode, *Culture and Foreign Policy: An Introduction to Approaches and Theory*. Oslo 1993.
- LINDQVIST, Stellan, *Linkages Between Domestic and Foreign Policy. The Record of Ghana 1957-1966*. Lund 1974.
- LOOMBA, Ania, *Colonialism/ Postcolonialism*. New York 1998.
- LOPATOV, Vladimir V., *Soviet Union and Africa*. Moskau 1987.
- LÖSCHE, Dieter, *Sozialismus in Afrika*. Hamburg 1990.
- LOTH, Wilfried /OSTERHAMMEL, Jürgen (Hrsg.), *Internationale Geschichte. Themen- Ergebnisse-Aussichten*. München 2000.
- Ders., *Die Teilung der Welt 1941-1955*. München 1990.
- LOUIS, Earl, „Race“, in: *Encyclopedia of the United States in the Twentieth Century. Volume I*. Hrsg. v. Stanley I. Kutler. New York 1996, S. 129-160.
- LOUIS, Wm. Roger, „The Dissolution of the British Empire“, in: *The Oxford History of the British Empire. Vol IV: The Twentieth Century*. Hrsg. v. Judith M. Brown u. Wm. Roger Louis. Oxford 1999, S. 329-355.
- Ders. /ROBINSON, Ronald, „The Imperialism of Decolonization“, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 22 (1994), S. 462-511.
- Ders., *Imperialism at Bay. The United States and the Decolonization of the British Empire, 1941-1945*. New York 1978.
- LOW, Donald A., *Eclipse of Empire*. Cambridge 1991.
- LÖWENTHAL, Richard, „Die Haltung der Sowjets zu den Einparteiensystemen der Entwicklungsländer“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 24/65, 16.6.1965, S. 3-16.
- LOWTHER, Kevin /LUCAS, C. Payne, *Keeping Kennedy's Promise. The Peace Corps: Unmet Hope of the New Frontier*. Boulder 1978.
- LUCAS, Scott, *Freedom's War: The American Crusade against the Soviet Union*. New York 1997.
- LYNCH, Hollis R., *Black American Radicals and the Liberation of Africa: The Council on African Affairs, 1937-1955*. Ithaca 1978.
- LYONS, Terrence, „Keeping Africa off the Agenda“, in: *Lyndon B. Johnson Confronts the World. American Foreign Policy, 1963-1968*. Hrsg. v. Warren I. Cohen u. Nancy Bernkopf Tucker. Cambridge 1994, S. 245-278.
- M'BUYINGA, Elenga, *Pan Africanism or Neo-Colonialism ? The Bankruptcy of the O.A.U.* London 1982.
- MABE, Jacob E., *Das Afrika-Lexikon. Ein Kontinent in 1000 Stichwörtern*. Wuppertal 2001.
- MACKENZIE, John M. (Hrsg.), *Imperialism and Popular Culture*. Manchester 1986.
- Ders., *Propaganda and Empire: The Manipulation of British Public Opinion, 1880-1960*. Manchester 1984.
- MAHONEY, Richard D., *JFK: Ordeal in Africa*. New York 1983.

- MAIER, Charles S., „Marking Time: The Historiography of International Relations“, in: *The Past Before Us: Contemporary Historical Writing in the United States*. Hrsg. v. Michael Kammen. Ithaca 1980, S. 355-387.
- MALIK, Kenan, *The Meaning of Race: Race, History and Culture in Western Society*. London 1996.
- MANGAN, James A. (Hrsg.), *Making Imperial Mentalities: Socialisation and British Imperialism*. Manchester 1990.
- Ders., *'Benefits bestowed'? Education and British Imperialism*. Manchester 1988.
- MANSBACH, Richard W., „The Soviet Union, the United Nations, and the Developing Nations“, in: *The Soviet Union and the Developing Nations*. Hrsg. v. Roger Kanet. Baltimore 1974, S. 237-264.
- MANSON, Mike, *Development and Disorder. A History of the Third World since 1945*. Hanover 1997.
- MARABLE, Manning, *African and Caribbean Politics: From Kwame Nkrumah to the Grenada Revolution*. London 1987.
- MARKS, Frederick W., *Power and Peace. The Diplomacy of John Foster Dulles*. Westport 1993.
- MARRIOTT, Stuart, *Extra-Mural Empires: Service and Self-Interest in English University Adult Education, 1873-1983*. Nottingham 1984.
- MARTE, Leonard F., *Political Cycles in International Relations: The Cold War and Africa*. Amsterdam 1994.
- MARTIN, Charles, „Nkrumah's Strategy of Decolonization: Originality and Classicism“, in: *Présence Africaine* 85 (1973), S. 74-105.
- MARTIN, John Bartlow, *Adlai Stevenson and the World. The Life of Adlai E. Stevenson*. Garden City 1977.
- MATTHIES, Volker, *Die Blockfreien. Ursprünge, Entwicklung, Konzeptionen*. Opladen 1985.
- Ders., *Neue Weltwirtschaftsordnung. Hintergründe, Positionen, Argumente*. Opladen 1980.
- MAY, Ernest R. (Hrsg.), *American Cold War Strategy: Interpreting NSC 68*. Boston 1993.
- MAY, Lary, *Recasting America: Culture and Politics in the Age of Cold War*. Chicago 1989.
- MAYALL, James /PAYNE, Anthony (Hrsg.), *Fallacies of Hope: The Post-Colonial Record of the Commonwealth Third World*. Manchester 1991.
- Ders., *Africa: The Cold War and After*. London 1971.
- MAZRUI, Ali A. (Hrsg.), *Africa Since 1935*. London 1993.
- Ders. /TIDY, Michael, *Nationalism and New States in Africa*. Nairobi 1984.
- Ders., „The African University as a Multinational Corporation: Problems of Penetration and Dependency“, in: *Education and the Colonial Experience*. Hrsg. v. Philip G. Altbach u. Gail P. Kelly. New Brunswick 1984, S. 273-291.
- Ders., „Africa, the West and the World“, in: *Australian Outlook* 26 (1972), S. 115-136.
- Ders., „The Functions of Anti-Americanism in African Political Development“, in: *Africa Report* 14 (1969), S. 11-15.
- MCCARTHY, Michael, *Dark Continent. Africa as Seen by Americans*. Westport 1983.
- MCCORMICK, Thomas, J., „World Systems“, in: *Explaining the History of American Foreign Relations*. Hrsg. v. Michael J. Hogan u. Thomas G. Paterson. Cambridge 1991, S. 89-98.
- Ders., „Every System Needs a Center Sometimes: An Essay on Hegemony and Modern American Foreign Policy“, in: *Redefining the Past. Essays in Diplomatic History in Honor of William Appleman Williams*. Hrsg. v. Lloyd C. Gardner. Cornwallis 1986, S. 195-220.
- MCCULLOCH, Jock, *Colonial Psychiatry and 'the African Mind'*. New York 1995.
- MCDONALD, Forrest, „Conservatism“, in: *Encyclopaedia of American Political History. Studies of the Principal Movements and Ideas*. Hrsg. v. Jack P. Greene. New York 1984, I, S. 354-366.
- MCINTYRE, William David, *British Decolonization, 1946-1997. When, Why, and How did the British Empire Fall?* London 1998.

- MCKAY, Veron, *Africa in World Politics*. New York 1963.
- MCKINLEY, Edward H., *The Lure of Africa: American Interests in Tropical Africa, 1919-1939*. New York 1974.
- MCKNOWN, Robin, *Nkrumah. A Biography*. New York 1973.
- MCLANE, Charles B., *Soviet Third World Relations. Vol. 3: Soviet African Relations*. London 1974.
- MCMAHON, Robert J., „Eisenhower and Third World Nationalism: A Critique of the Revisionists”, in: *Political Science Quarterly* 101 (1986), S. 453-473.
- MEDHURST, Martin J., „Atoms for Peace and Nuclear Hegemony: The Rhetorical Structure of a Cold War Campaign“, in: *Armed Forces and Society* 24 (1997), S. 571-593.
- MELCHERS, Konrad, *Die sowjetische Afrikapolitik von Chruschtschow bis Breschnew*. Berlin 1980.
- MEMMI, Albert, *Rassismus*. Frankfurt/M. 1987.
- MERILL, Dennis, „The United States and the Rise of the Third World”, in: *American Foreign Policy Reconsidered, 1890-1993*. Hrsg. v. Gordon Martel. London 1994, S. 166-186.
- MERIWETHER, James H., *Proudly We Can Be Africans. Black Americans and Africa, 1953-1961*. Chapel Hill 2002.
- METZ, Steven, „American Attitudes Toward Decolonization in Africa“, in: *Political Science Quarterly* 99 (1984), S. 515-533.
- MEYER, Gail E., *Egypt and the United States. The Formative Years*. Cranbury 1980.
- MEYNS, Peter /NABUDERE, Dani Wadada (Hrsg.), *Democracy and the One-Party-State in Africa*. Hamburg 1989.
- MIHEVC, John, *The Market Tells Them So. The World Bank and Economic Fundamentalism in Africa*. London 1995.
- MILBURN, Josephine F., *British Business and Ghanaian Independence*. London 1977.
- MILES, Robert, „Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus“, in: *Theorien über Rassismus*. Hrsg. v. Nora Räthzel. Hamburg 2000, S. 17-34.
- Ders., *Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffes*. Hamburg 1991.
- MINOGUE, Kenneth R., *The Liberal Mind*. London 1963.
- MIROFF, Bruce, *Pragmatic Illusions: The Presidential Politics of John F. Kennedy*. New York 1976.
- MITCHELL, J.M., *International Cultural Relations*. London 1986.
- MOHAN, Jitendra, „Ghana, The Congo, and The United Nations“, in: *Journal of Modern African Studies* 7 (1969), S. 369-406.
- MOLLIN, Gerhard Th., *Die USA und der Kolonialismus. Amerika als Partner und Nachfolger der belgischen Macht in Afrika 1939-1965*. Berlin 1996.
- MOMMSEN, Wolfgang J./ALBERTINI, Rudolf von (Hrsg.), *Das Ende der Kolonialreiche: Dekolonisation und die Politik der Großmächte*. Frankfurt/M. 1990.
- Ders., „The End of Empire and the Continuity of Imperialism“, in: *Imperialism and After. Continuities and Discontinuities*. Hrsg. v. Wolfgang J. Mommsen u. Jürgen Osterhammel, London 1986, S. 333-358.
- MOORE, Jesse T., *A Search for Equality: The National Urban League, 1910-1961*. University Park 1981.
- MOORE-GILBERT, Bart, *Postcolonial Theory. Contexts, Practices, Politics*. London 1997.
- MORRIS, Kate, *British Techniques of Public Relations and Propaganda for Mobilizing East and Central Africa During World War II*. Lewiston 2000.
- MOSHER, Frederick C. /CLINTON, W. David (Hrsg.), *Presidential Transitions and Foreign Affairs*. London 1987.
- MOSS, Todd J., „U.S. Policy and Democratisation in Africa: The Limits of Liberal Universalism“, in: *Journal of Modern African Studies* 33 (1995), S. 189-209.

- MOSSE, George, L., *Die Geschichte des Rassismus in Europa*. Frankfurt 1990.
- MUDIMBE, Valentin Y., *The Idea of Africa*. London 1995.
- MULAY, Regina, *Mass Media, International Relations, and Non-alignment*. New Delhi 1987.
- MÜLLER, Kurt, „Soviet and Chinese Programs of Economic and Technical Assistance to African Countries“, in: *The Soviet Bloc, China and Africa*. Hrsg. v. Sven Hamrell. London 1964, S. 101-131.
- MULLINS, Willard A., „On Concept of Ideology in Political Science“, in: *American Political Science Review* 66 (1972), S. 498-510.
- MUNENE, G. Macharia, *The Truman Administration and the Decolonization of Sub-Saharan Africa, 1945-1953*. Nairobi 1995.
- MURPHY, Philip, *Party Politics and Decolonization: The Conservative Party and British Colonial Policy in Tropical Africa, 1951-1964*. Oxford 1995.
- NASH, George H., *The Conservative Intellectual Movement in America since 1945*. New York 1976.
- NEGRI, Antonio/HARDT, Michael, *Empire: Die neue Weltordnung*. Frankfurt/M. 2003.
- NEILLANDS, Robin, *A Fighting Retreat: The British Empire, 1947-1997*. London 1996.
- NEMECEK, Maureen J., *Speaking of America: The Voice of America. It's Mission and Message, 1942-1982*. Diss. University of Maryland 1984
- NESTEBY, James R., *Black Images in American Films, 1896-1954*. New York 1982.
- NEUGEBAUER, Christian, „Zum Nkrumahismus und zur jüngeren Debatte Nkrumahs in der afrikanischen Philosophie“, in: *Fortschrittliche Wissenschaft* 1 (1990), S. 38-54.
- NIEDHART, Gottfried, „Selektive Wahrnehmung und politisches Handeln: internationale Beziehungen im Perzeptionsparadigma“, in: *Internationale Geschichte. Themen-Ergebnisse-Aussichten*. Hrsg. v. Wilfried Loth u. Jürgen Osterhammel. München 2000, S. 141-157.
- NIELSEN, Waldemar A., *The Great Powers and Africa*. New York 1969.
- NIEMAN, Donald G., *Promises to Keep: African Americans and the Constitutional Order, 1776 to the Present*. New York 1991.
- NINKOVICH, Frank A., *U.S. Information Policy and Cultural Diplomacy*. New York 1996.
- Ders., „Interests and Discourse in Diplomatic History“, in: *Diplomatic History* 2 (1989), S. 135-161.
- Ders., *The Diplomacy of Ideas: U. S. Foreign Policy and Cultural Relations, 1938-1950*. Cambridge 1981.
- NINSIN, Kwame A., „Nkrumah's Socialism: A Reappraisal“, in: *Ufahamu* 9 (1979), S. 82-109.
- NNOLI, Okwubida, „Nigerian Policy Toward Southern Africa“, in: *Nigerian Journal of International Affairs* 2 (1976), S. 22-33
- NOER, Thomas J., „New Frontiers and Old Priorities in Africa“, in: *Kennedy's Quest for Victory: American Foreign Policy, 1961-1963*. Hrsg. v. Thomas G. Paterson. New York 1989, S. 253-283.
- Ders., *Cold War and Black Liberation: The United States and White Rule in Africa, 1948-1968*. Columbia 1985.
- Ders., „'Non-Benign Neglect': The United States and Black Africa in the Twentieth Century“, in: *American Foreign Relations: A Historiographical Review*. Hrsg. v. Gerald K. Haines u. J. Samuel Walker. London 1981, S. 271-292.
- NOHLEN, Dieter (Hrsg.), *Lexikon Dritte Welt. Länder. Organisationen. Theorien. Begriffe. Personen*. Hamburg 2000.
- Ders. /NUSCHELER, Franz, „Ende der Dritte Welt“, in: *Handbuch der Dritten Welt*. Band 1. Hrsg. v. Dieter Nohlen u. Franz Nuscheler. Hamburg 1992, S. 14-30.
- NOLUTSHUNGU, Sam C., „Fragments of a Democracy: Reflections on Class and Politics in Nigeria“, in: *Fallacies of Hope: The Post-Colonial Record of the Commonwealth Third World*. Hrsg. v. James Mayall u. Anthony Payne. Manchester 1991, S. 72-105.

- NOVICK, Peter, *That Noble Dream: The 'Objectivity question' and the American Historical Profession*. Cambridge 1999.
- NÜNNING, Vera /NÜNNING, Ansgar, „Fictions of Empire and the Making of Imperialist Mentalities: Colonial Discourse and Post-Colonial Criticism as a Paradigm for Intercultural Studies”, in: *Intercultural Studies: Fictions of Empire*. Hrsg. v. Vera u. Ansgar Nünning. Heidelberg 1996, S. 7-31.
- NUSCHELER, Franz /ZIEMER, Klaus, *Politische Herrschaft in Schwarzafrika*. München 1980.
- NÜSSE, Ralf /GROEBEN, Norbert, *Über die Erfindung-en[sic] des radikalen Konstruktivismus. Kritische Gegenargumente aus psychologischer Sicht*. Weinheim 1991.
- NWAUBANI, Ebere, „Eisenhower, Nkrumah and the Congo-Crisis”, in *Journal of Contemporary History* 36 (2001), S. 599-622.
- Ders., *The United States and Decolonization in West Africa, 1950-1960*. Rochester 2001.
- NWAUWA, Apollos O., *Imperialism, and Nationalism. Britain and University Education for Africans, 1860-1960*. London 1997.
- NYANGONI, Wellington W., *Africa in the United Nations System*. Rutherford 1985.
- OCHAI, Adakole, „The Purpose of the Library in Colonial Tropical Africa: An Historical Survey”, in: *International Library Review* 16 (1984), S. 309- 315.
- OFFIONG, Daniel A., *Globalisation: Post-Neodependency and Poverty in Africa*. Enugu 2001.
- Ders., *Imperialism and Dependency. Obstacles to African Development*. Washington D.C. 1982.
- OHMSTEDT, Holger, *Von der Propaganda zur Public Diplomacy. Die Selbstdarstellung der Vereinigten Staaten von Amerika im Ausland vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende des Kalten Krieges*. Diss. Universität München 1993.
- OKOMBA-OTSHUDIEMA, Paul-Albert, „La philosophie et l'idéologie chez Nkrumah”, in: *Présence Africaine* 85 (1973), S. 106-112.
- OKOYE, Felix N., *The American Image of Africa: Myth and Reality*. Buffalo 1971.
- OMARI, Peter T., *Kwame Nkrumah: The Anatomy of an African Dictatorship*. Accra 1970.
- OPUBOR, Alfred E. /ADEBAYO, Ogunubi, „Ooga Booga: The African Image in American Films“, in: *Other Voices, Other Views: An International Collection of Essays from the Bicentennial*. Hrsg. v. Robin W. Winks. Westport 1978, S. 343-375.
- ORDE, Anne, *Eclipse of Great Britain: The United States and British Imperial Decline, 1895-1956*. New York 1996.
- OROBATOR, Stanley E., *Diplomacy and Conflict Resolution in International Relations. The Soviet Union and the Nigerian Crisis*. Benin City 1997.
- OSAGHAE, Eghosa E., *Crippled Giant. Nigeria Since Independence*. London 1998.
- OSEI, Akwasi P., *Ghana: Recurrence and Change in a Post-Independence African State*. New York 1999.
- OSTERHAMMEL, Jürgen, *Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen*. München 2001.
- Ders., „Spätkolonialismus und Dekolonisation“, in: *Neue Politische Literatur* 37 (1992), S. 404-426.
- OSTERMANN, Änne /NICKLAS, Hans, *Vorurteile und Feindbilder*. München 1976.
- PACH, Chester J. /RICHARDSON, Elmo, *The Presidency of Dwight D. Eisenhower*. Lawrence 1991.
- PACKENHAM, Robert A., *Liberal America and the Third World. Political Development Ideas in Foreign Aid and Social Science*. Princeton 1973.
- PAINTER, David, „Explaining U.S. Relations with the Third World”, in: *Diplomatic History* 19 (1995), S. 525-548.
- PARMET, Herbert S., *JFK: The Presidency of John F. Kennedy*. New York 1983.
- PARRY-GILES, Shawn J., „The Eisenhower Administration's Conceptualization of the USIA: The Development of Overt and Covert Propaganda Strategy”, in: *Presidential Studies Quarterly* 14 (1994), S. 263-277.

- PATERSON, Thomas G., „Introduction: John F. Kennedy’s Quest for Victory and Global Crisis“, in: *Kennedy’s Quest for Victory: American Foreign Policy, 1961-1963*. Hrsg. v. Thomas G. Paterson. New York 1989, S. 3-23.
- Ders., „John F. Kennedy and the World“, in: *John F. Kennedy. Person, Policy, Presidency*. Hrsg. v. J. Richard Snyder. Wilmington 1988, S. 123-138.
- PAYNE, Richard J., *The Clash with Distant Cultures. Values, Interests and Force in American Foreign Policy*. New York 1995
- PAYNE, William A., „American Press Coverage of Africa“, in: *Africa Report* 11 (1966), S. 44-48.
- PEARCE, Kimber C., *Rostow, Kennedy, and the Rhetoric of Foreign Aid*. East Lansing 2001.
- PEARCE, Robert D., *The Turning Point in Africa: British Colonial Policy, 1938-1948*. London 1982.
- PELLOW, Deborah, *Ghana – Coping with Uncertainty*. Boulder 1986.
- PENNYCOOK, Alastair, *English and the Discourse of Colonialism*. London 1998.
- PÉREZ, Louis A., „Dependency“, in: *Explaining the History of American Foreign Relations*. Hrsg. v. Michael J. Hogan u. Thomas G. Paterson. Cambridge 1991, S. 99-110.
- PHILLIPS, Anne, *The Enigma of Colonialism. British Policy in West Africa*. London 1989.
- PHILLIPS, Claude S., *The Development of Nigerian Foreign Policy*. Chicago 1964.
- PICKERING, Jeffrey, *Britain’s Withdrawal from East of Suez: The Politics of Retrenchment*. London 1998.
- PIETERSE, Jan Nederveen, *White on Black: Images of Africa and Blacks in Western Popular Culture*. London 1992.
- Ders., *Empire and Emancipation: Power and Liberation on a World Scale*. London 1990.
- PINKNEY, Robert, *Democracy and Dictatorship in Ghana and Tanzania*. New York 1997.
- Ders., *Ghana under Military Rule, 1966-1969*. London 1972.
- PLUMMER, Brenda Gayle, *Rising Wind. Black Americans and U.S. Foreign Affairs, 1935-1960*. Chapel Hill 1996.
- POSENER, Alan, *John F. Kennedy*. Hamburg 1991.
- PRAH, Kwesi K., *The Social Backgrounds of Coups d’État: Brazil, Indonesia, and Ghana*. Amsterdam 1973.
- PRAKASH, Gyan (Hrsg.), *After Colonialism. Imperial Histories and Postcolonial Displacements*. Princeton 1995.
- PRICE, Robert, *U.S. Foreign Policy in Sub-Saharan Africa*. Berkeley 1978.
- QUALTER, Terence H., *Propaganda and Psychological Warfare*. New York 1962.
- QUAYSON, Ato, *Postcolonialism. Theory, Practice or Process?* Cambridge 2000.
- QUIGG, Philip W., „The Changing American View of Africa“, in: *Africa Report* 14 (1969), S. 8-10.
- RADOSH, Ronald, *American Labor and United States Foreign Policy*. New York 1969.
- RATHBONE, Richard, „Introduction“, in: *British Documents on the End of Empire. Ghana, 1941-1957*. Hrsg. v. Richard Rathbone. 2 Bde. London 1992.
- RATTANSI, Ali /WESTWOOD, Sallie (Hrsg.), *Racism, Modernity and Identity. On the Western Front*. Cambridge 1994.
- RAWNSLEY, Gary D., *Radio Diplomacy and Propaganda. The BBC and VOA in International Politics, 1956-64*. Houndmills 1996.
- RAY, Ellen /SCHAAP, William (Hrsg.), *Dirty Work 2: The CIA in Africa*. Secaucus 1979.
- REEVES, Geoffrey W., *Communications and the ‘Third World’*. London 1993.
- REEVES, Richard, *President Kennedy. Profile of Power*. New York 1993.
- REEVES, Thomas C., *John F. Kennedy: Die Entzauberung eines Mythos*. Hamburg 1992.
- RICH, Paul B., *Race and Empire in British Politics*. Cambridge 1990.

- Ders., *White Power and the Liberal Conscience*. Manchester 1984.
- RIMMER, Douglas, *The British Intellectual Engagement with Africa in the Twentieth Century*. New York 2000.
- Ders., *Staying Poor. Ghana's Political Economy, 1950-1990*. Oxford 1992.
- RIST, Gilbert, *The History of Development. From Western Origins to Global Faith*. London 1997.
- ROBERTS, Norman Philips, *The Changed Images of Africa in Some Selected American Media from 1930 to 1969*. Diss. American University 1971.
- ROBINSON, Ronald, „Imperial Theory and the Question of Imperialism after Empire“, in: *Perspectives on Imperialism and Decolonization*. Hrsg. v. Roy F. Holland u. Gowher Rivzi. London 1984, S. 42-54.
- RODGERS, Daniel T., *Contested Truths: Keywords in American Politics since Independence*. New York 1987.
- RODMAN, Peter W., *More Precious than Peace: The Cold War and the Struggle for the Third World*. New York 1994.
- RODNEY, Walter, *How Europe Underdeveloped Africa*. London 1972.
- ROELOFS, H. Mark, *Ideology and Myth in American Politics*. Boston 1976.
- ROONEY, David, *Kwame Nkrumah. The Political Kingdom in the Third World*. New York 1988.
- Ders., *Sir Charles Arden-Clarke*. London 1982.
- ROSEBERG, Jr., Carl G. /CALLAGHY, Thomas M. (Hrsg.), *Socialism in Sub-Saharan Africa. A New Assessment*. Berkeley 1979.
- ROSENBERG, Emily S., „Cultural Interactions“, in: *Encyclopedia of the United States in the Twentieth Century*, Vol. II. Hrsg. v. Stanley I. Kutler. New York 1996, S. 695-718.
- ROSITZKE, Harry, *The CIA's Secret Operations. Espionage, Counterespionage, and Covert Action*. Boulder 1977.
- ROSTOW, Walt W., *Eisenhower, Kennedy and Foreign Aid*. Austin 1985.
- ROTHERMUND, Dietmar, *Delhi, 15. August 1947. Das Ende kolonialer Herrschaft*. München 1998.
- ROYLE, Trevor, *Winds of Change: The End of Empire in Africa*. London 1996.
- RUBIN, Barry, *Secrets of State. The State Department and the Struggle Over U.S. Foreign Policy*. New York 1985.
- RUBINSTEIN, Alvin Z. (Hrsg.), *Anti-Americanism in the Third World. Implications for U.S. Policy*. New York 1985.
- Ders. (Hrsg.), *Soviet and Chinese Influence in the Third World*. New York 1975.
- Ders., *The Soviets in International Organizations. Changing Policy Toward Developing Countries, 1953-1963*. Princeton 1964.
- RYAN, David /PUNGONG, Victor (Hrsg.), *The United States and Decolonization. Power and Freedom*. London 2000.
- SACHS, Wolfgang (Hrsg.), *The Development Dictionary. A Guide to Knowledge as Power*. London 1992.
- SAID, Edward W., *Culture and Imperialism*. London 1993.
- Ders., *Orientalism*. London 1978
- SAMUELS, Michael A. /CROCKER, Chester A. (Hrsg.), *Implications of Soviet and Cuban Activities in Africa for U.S. Policy*. Washington D.C. 1979.
- SAUNDERS, Frances Stonor, *The CIA and the World of Arts and Letters. The Cultural Cold War*. New York 2000.
- SCHÄFER, Peter, *Die Präsidenten der USA im 20. Jahrhundert. Biographien – Daten – Dokumente*. Berlin 1990.
- SCHATZBERG, Michael G., *Mobutu or Chaos?: The United States and Zaire, 1960-1990*. Lanham 1991.

- SCHMITZ, David F., *Thank God They're On Our Side. The United States and Right-Wing Dictatorships, 1921-1965*. Chapel Hill 1999.
- SCHOENBAUM, Thomas J., *Waging Peace and War: Dean Rusk in the Truman, Kennedy and Johnson Years*. New York 1988.
- SCHRAEDER, Peter J., *United States Foreign Policy toward Africa: Incrementalism, Crisis, and Change*. Cambridge 1994.
- Ders. (Hrsg.), *Intervention into the 1990s. U.S. Foreign Policy in the Third World*. Boulder 1992.
- Schultz, Siegfried, *US and Soviet Trade and Aid Relations with the Third World*. Köln 1983.
- SCHUMACHER, Frank, *Kalter Krieg und Propaganda. Die USA, der Kampf um die Weltmeinung und die ideelle Westbindung der Bundesrepublik Deutschland, 1945-1955*. Köln 1997.
- SCHWAB, George (Hrsg.), *Ideology and Foreign Policy: A Global Perspective*. New York 1978.
- SEARS, Cornelia, *Africa in the American Mind, 1870-1955. A Study in Mythology, Ideology and the Reconstruction of Race*. Ann Arbor 1998.
- SEERS, Dudley (Hrsg.), *Dependency Theory. A Critical Reassessment*. London 1981.
- Ders., „The Birth, Life and Death of Development Economics”, in: *Development and Change* 10 (1979), S. 707-719.
- SEGAL, Aron, „Africa and the US Media”, in: *Issue* 6 (1976), S. 49-56.
- SEKGOMA, Gilbert A., „Decolonization: Towards a Global Perspective, 1940-1978”, in: *Africa and the International Political System*. Hrsg. v. Timothy M. Shaw u. Sola Ojo. Lanham 1982, S. 41-67.
- SELLIN, Volker, „Mentalität und Mentalitätsgeschichte“, in: *Historische Zeitschrift* 241 (1985), S. 555-598.
- SHAMUYARIRA, Nathan, „Africa and the United States“, in: *Journal of Human Relations* 10 (1962), S. 246-249.
- SHAW, Timothy M., *Africa's International Affairs. An Analysis and Bibliography*. Halifax 1983.
- SHENIN, Sergei Y., *United States and the Third World: The Origins of the Postwar Relations and the Point Four Program, 1949-1953*. Huntington 2000.
- SHENTON, Robert, „The 'Labor Question' in Late Colonial Africa”, in: *Canadian Journal of African Studies* 32 (1998), S. 174-180.
- SHEPARD, Robert B., *Nigeria, Africa, and the United States: From Kennedy to Reagan*. Bloomington 1991.
- SHEPHERD, George W., *Non-aligned Black Africa*. Lexington 1970.
- Ders., *The Study of Race in American Foreign Policy and International Relations*. Denver 1969.
- SHEPPERSON, George, *Africa in American History and Literature*. Oxford 1979.
- SHERWOOD, Marika, *Kwame Nkrumah. The Years Abroad, 1935-1947*. Accra 1996.
- Dies., „Kwame Nkrumah. The London Years, 1945-47”: in: *Africans in Britain*. Hrsg. v. David Killingray. Illford 1994, S. 164-194.
- SIMPSON, Christopher (Hrsg.), *Universities and Empire: Money and Politics in the Social Science during the Cold War*. New York 1998.
- Ders., *Science of Coercion: Communication Research and Psychological Warfare, 1945-1960*. New York 1994.
- SINDIMA, Harvey J., *Africa's Agenda. The Legacy of Liberalism and Colonialism in the Crisis of African Values*. Westport 1995.
- SITHOLE, Masipula, „Black Americans and United States Policy Towards Africa”, in: *African Affairs* 85 (1986), S. 325-350.
- SITKOFF, Harvard, *The Struggle For Black Equality, 1954-1992*. New York 1993.

- SIVONEN, Seppo, *White-Collar or Hoe-Handle? African Education under British Colonial Policy 1920-1945*. Saarujärvi 1995.
- SKURNIK, W.A.E. (Hrsg.), *African Political Thought: Lumumba, Nkrumah and Touré*. Denver 1967.
- SMALL, Melvin, *Democracy and Diplomacy. The Impact of Domestic Politics on U.S. Foreign Policy, 1789-1994*. Baltimore 1996.
- SMEDLEY, Audrey, *Race in North America: Origin and Evolution of a Worldview*. Boulder 1993.
- SMERTIN, Yuri, *Kwame Nkrumah*. Moskau 1987.
- SMITH, Anthony, *The Geopolitics of Information: How Western Culture Dominates the World*. Oxford 1980.
- SMITH, Bruce L. /LASSWELL, Harold, *Propaganda, Communication, and Public Opinion. A Comprehensive Reference Guides*. Princeton 1946.
- SMITH, Stewart, *U.S. Neo-Colonialism in Africa*. New York 1974.
- SMITH, Tony, *America's Mission: the United States and the World-wide Struggle for Democracy in the Twentieth Century*. Princeton 1994.
- SMYTH, Rosaleen, „The British Colonial Film Unit and Sub-Saharan Africa, 1939-1945”, in: *Historical Journal of Film, Radio and Television* 8 (1988), S. 285-298.
- SNOW, Philip, *The Star Raft. China's Encounter with Africa*. London 1988.
- SOLOMOS, John, *Race and Racism in Britain*. London 1993.
- SORENSEN, Thomas C., *The Word War. The Story of American Propaganda*. New York 1968.
- SOWELL, Thomas, *Race and Culture: A World View*. New York 1994.
- SPERO, Joan Edelman, *The Politics of International Economic Relations*. London 1977.
- SPIVAK, Gayatri Chakravorty, *In Other Worlds: Essays in Cultural Politics*. New York 1987.
- SPURR, David, *The Rhetoric of Empire. Colonial Discourse in Journalism, Travel Writing and Imperial Administration*. London 1993.
- STALLINGS, Barbara, *Economic Dependency in Africa and Latin America*. Beverly Hills 1972.
- STANILAND, Martin, *American Intellectuals and African Nationalists, 1955-1970*. New Haven 1991.
- STEEL, Ronald, *Imperialists and Other Heroes. A Chronicle of the American Empire*. New York 1971.
- STEVENS, Christopher A., *The Soviet Union and Black Africa*. London 1976.
- STEVENSON, Robert L., *Communications, Development and the Third World. The Global Politics of Information*. London 1984.
- STONER, John C., *Anti-Communism, Anti-Colonialism, and African Labor: the AFL-CIO in Africa, 1955-1975*. Diss. Columbia University 2001.
- SUTTON, Francis X. „Development Ideology: Its Emergence and Decline”, in: *Daedalus* 118 (1989), S. 35-58.
- TAYLOR, Philip M., *British Propaganda in the 20th Century. Selling Democracy*. Edinburgh 1999.
- Ders., *War and the Media*. Manchester 1992.
- TETZLAFF, Rainer, *Weltbank und Währungsfond - Gestalter der Bretton-Woods-Ära. Kooperations- und Integrations-Regime in einer sich dynamisch entwickelnden Weltgesellschaft*. Opladen 1996.
- Ders. (Hrsg.), *Afrika zwischen Dekolonisation, Staatsversagen und Demokratisierung*. Hamburg 1995.
- Ders., „Die Dekolonisation und das neue Staatensystem“, in: *Die neue Weltpolitik*. Hrsg. v. Karl Kaiser u. Hans-Peter Schwarz. Bonn 1995, S. 34-55.
- Ders., *Die Weltbank: Machtinstrument der USA oder Hilfe für Entwicklungsländer? Zur Geschichte und Struktur der modernen Weltgesellschaft*. München 1980.
- THOMPSON, Vincent Bakepetu, *Africa and Unity, The Evolution of Pan-Africanism*. London 1969.

- THOMPSON, W. Scott, *Ghana's Foreign Policy, 1957-1966. Diplomacy, Ideology, and the New State*. Princeton 1969.
- Ders., „Nonalignment in the Third World: The Record of Ghana“, in: *Orbis* 11 (1968), S. 1233-1255.
- TIFFIN, Chris (Hrsg.), *De-Scribing Empire. Post-Colonialism and Textuality*. London 1994.
- TIMOTHY, Bankole, *Kwame Nkrumah: From Cradle to Grave*. Dorchester 1981.
- TINKER, Hugh, *Race, Conflict, and the International Order. From Empire to United Nations*. London 1977.
- TITZMANN, Michael, „Kulturelles Wissen – Diskurs – Denksystem: Zu einigen Grundbegriffen der Literaturgeschichtsschreibung“, in: *Zeitschrift für französische Sprache und Literatur* 99 (1989), S. 47-61.
- TOMLINSON, John, *Cultural Imperialism. A Critical Introduction*. London 1991.
- TRISKA, Jan /FINLEY, David, *Soviet Foreign Policy*. New York 1968.
- TUCH, Hans, *Communicating to the World: United States Public Diplomacy Overseas*. New York 1990.
- TULVING, Endel /THOMSON, Donald M., „Encoding Specificity and Retrieval Processes in Episodic Memory“, in: *Psychological Review* 80 (1973), S. 352-373.
- TWING, Stephen W., *Myths, Models, and U.S. Foreign Policy. The Cultural Shaping of Three Cold Warriors*. Boulder 1998.
- TWUMASI, Yaw, „The Newspaper Press and Political Leadership in Developing Nations: The Case of Ghana, 1964-1978“, in: *Gazette* 26 (1980), S. 1-16.
- UGBOAJAH, Frank Okwu (Hrsg.), *Mass Communication, Culture and Society in West Africa*. New York 1985.
- VAN DER LOO, Hans /VAN REIJEN, Willem, *Modernisierung. Projekt und Paradox*. München 1992.
- VIOTTI, Paul R. /KAUPPI, Mark V., *International Relations Theory. Realism, Pluralism, Globalism*. New York 1987.
- VON ESCHEN, Penny M., „‘Who is the Real Ambassador?’ Exploding Cold War Racial Ideology“, in: *Cold War Constructions. The Political Culture of United States Imperialism, 1945-1966*. Hrsg. v. G. Christian Appy. New Caledonia 2000, S. 110-131.
- Dies., *Race against Empire: Black Americans and Anticolonialism, 1937-1957*. Ithaca 1997.
- WAGENLEITER, Reinhold, *Coca-Colonisation und Kalter Krieg. Die Kulturmission der USA in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg*. Wien 1991.
- WALLERSTEIN, Immanuel, „Africa, the United States, and the World Economy: The Historical Bases of American Policy“, in: *U.S. Policy toward Africa*. Hrsg. v. Frederick S. Arkhurst. New York 1975, S. 11-37.
- Ders., *The Modern World System*. San Diego 1973.
- WALSH, Gretchen, *The Media in Africa and Africa in the Media: An Annotated Bibliography*. London 1996.
- WALTERS, Robert S., *American and Soviet Aid. A Comparative Analysis*. Pittsburgh 1970.
- WALTERS, Ronald, *Pan Africanism in the African Diaspora. An Analysis of Modern Afrocentric Political Movements*. Detroit 1993.
- WALTON, Richard J., *Cold War and Counterrevolution: The Foreign Policy of John F. Kennedy*. New York 1972.
- WASHBROOK, David A., „Orientals and Occidents: Colonial Discourse Theory and the Historiography of the British Empire“, in: *The Oxford History of the British Empire. Volume V: Historiography*. Hrsg. v. Robin W. Winks. New York 1999, S. 596-611.
- WEHLER, Hans-Ulrich, *Die Gegenwart als Geschichte: Essays*. München 1995.
- Ders., *Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus*. Göttingen 1987.

- WEINSTEIN, Warren /HENRIKSEN, Thomas H. (Hrsg.), *Soviet and Chinese Aid to African Nations*. New York 1975.
- WEISE, Eric R. /MACAULAY, E., „The Soviet-American Struggle For Influence In Africa: A Pragmatic Assessment“, in: *African Review (Tans.)* 12 (1985), S. 32-45.
- WESTWOOD, Andrew F., *Foreign Aid in a Foreign Policy Framework*. Washington D.C. 1966.
- WHITE, Nicholas J., *Decolonisation. The British Experience Since 1945*. Harlow 1999.
- WHITEHEAD, Clive, „The Medium of Instruction in British Colonial Education“, in: *History of Education* 24 (1995), S. 1-15.
- Ders., „The Advisory Committee on Education in the British Colonies, 1924-1961“, in: *Paedagogica Historica* 27 (1991), S. 385-421.
- WHITFIELD, Stephen J., *The Culture of the Cold War*. Baltimore 1991.
- WILCOX, Dennis L., *Mass Media in Black Africa*. New York 1975.
- WILLETTS, Peter, *The Non-Aligned Movement. The Origins of a Third World Alliance*. London 1978.
- WILLIAMS, Michael W., *The Relationship between Nkrumahism and Twentieth Century Leftist Thought in the African World*. Diss. University of Notre Dame 1981.
- WILLIAMS, Patrick /CHRISMAN, Laura (Hrsg.), *Colonial Discourse and Post-Colonial Theory. A Reader*. New York 1994.
- WILSON, Angene, „Taking Tarzan out of the Textbooks“, in: *Africa Report* 13 (1968), S. 43-44.
- WILSON, Henry S., *African Decolonization*. London 1994.
- WILSON, Monica /THOMPSON, Leonard (Hrsg.), *The Oxford History of South Africa. Vol. II: 1870-1966*. New York 1971.
- WINANT, Howard, *Racial Conditions: Politics, Theory, Comparisons*. Minneapolis 1994.
- WINCHESTER, Brian N., „The U.S. Policy Toward Africa“, in: *Current History* 87 (1988), S. 193-196, 232-234.
- WINDMILLER, Marshall, *The Peace Corps and the Pax Americana*. Washington D.C. 1970.
- WINKS, Robin W., „On Decolonization and Informal Empire“, in: *American Historical Review* 81 (1976), S. 540-556.
- WINROW, Gareth M., *The Foreign Policy of the GDR in Africa*. Cambridge 1990.
- Ders., „East Germany in Sub-Saharan Africa. A Reassessment“, in: *World Today* 44 (1988), S. 205-208.
- WIRZ, Albert, „La décolonisation de l’Afrique noire: lorsque l’avenir paraissait ouvert“, in: *Relations Internationales* 77 (1994), S. 37-51.
- WISEMAN, John A., *Democracy in Black Africa: Survival and Revival*. New York 1990.
- YANSANÉ, Aguibou Y., „Decolonization, Dependency, and Development in Africa: The Theory Revisited“, in: *Decolonization and Dependency. Problems of Development of African Societies*. Hrsg. v. Aguibou Y. Yansané. Westport 1980, S. 3-54.
- YOUNG, John W., *Britain and the World in the Twentieth Century*. London 1997.
- YOUNG, Robert, *Postcolonialism. A Historical Introduction*. London 2001.
- Ders., „Egypt in America: Black Athena, Racism and Colonial Discourse“, in: *Racism, Modernity and Identity. On the Western Front*. Hrsg. v. Ali Rattansi u. Sallie Westwood. Cambridge 1994, S. 150-169.
- Ders., *White Mythologies. Writing History and the West*. London 1990.
- ZIORKLUI, Emmanuel D., *Ghana: Nkrumah to Rawlings*. Accra 1988.